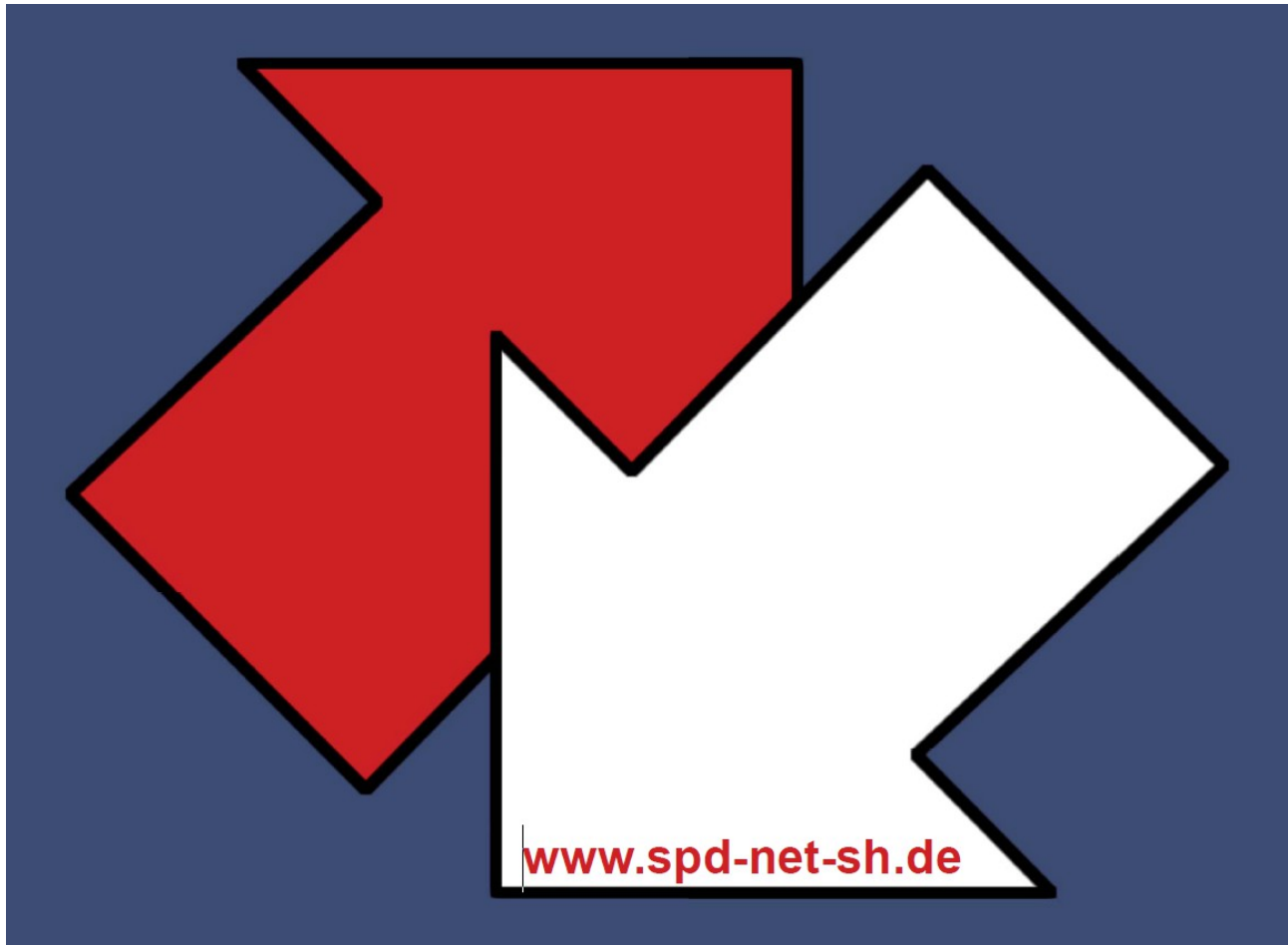


SPD-NET-SH

**Die Internetkooperative der
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein**



Artikelarchiv 2008, Januar bis April

Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.
Norderstedt, im Dezember 2013

Neugebauer: Weitere Fördermittel für Ganztagschule in Rendsburg

Das Landesprogramm „Investitionen an Ganztagschulen“ 2008/2009 stellt umfangreiche Finanzmittel für die Grundschule Schule Obereider in Rendsburg bereit, so der Rendsburger SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer in einer Pressemitteilung. An der Schule stehen für den Bau einer Küche mit Mensa, sowie für notwendige Umbaumaßnahmen für die Anbindung und Ausstattungsinvestitionen Ausgaben von 1.4 Millionen Euro an.

. 630.000 Euro sind Landesmittel aus dem SH-Fonds für Investitionen an Ganztagschulen. Die Zuwendung erfolgt in zwei Raten, 414.000 Euro werden 2008 bereitgestellt, der Rest – 216.000 Euro – folgt 2009.

Schulen, die zum nächsten Schuljahr als Gemeinschaftsschule starten wollen und dann per Gesetz offenen Ganztagschulen werden sollen, werden nach Genehmigung als Gemeinschaftsschule wie vorgesehen in das Förderprogramm aufgenommen, ergänzt der Parlamentarier, die Entscheidung hierüber wird bis Ende Januar 2008 getroffen. Dann können die Schulträger weitere förderfähige Maßnahmen anmelden.

Keine Kommentare

SPD-Engelsby: "Sicherheitslücke" wurde geschlossen

Bereits im letzten Jahr hatte sich der Infrastrukturausschuss mit der verkehrlichen Anbindung von der Engelsbyer Seite zu den Schulen auf der Mürwiker Seite beschäftigt. Kritikpunkt war die nicht hinreichend durchdachte Wegeführung für Fußgänger und Radfahrer.

Diese Verkehrsteilnehmer mussten, wenn sie aus dem Bus an der Haltestelle an der Osttangente ausgestiegen sind, die Straße Jordberg zweimal überqueren, da sich der kombinierte Fuß- und Radweg auf der westlichen Straßenseite befindet.

Allerdings nahmen viele Schüler diesen "Umweg" nicht in Kauf und gingen direkt auf der Fahrbahn zur Schule und brachten somit sich und auch andere Verkehrsteilnehmer in Gefahr.

Der Ausschuss erteilte der Verwaltung den Auftrag schnellstmöglich eine bessere Wegebeziehung zwischen der Bushaltestelle und den Schulen auf der Mürwiker Seite herzustellen. Zwischenzeitlich wurde der kombinierte Fuß- und Radweg auf der östlichen Straßenseite noch vor dem Ende der Weihnachtsferien fertiggestellt.

Die Sicherheitslücke im Wegenetz wurde damit geschlossen, sodass der Schulweg durch diese Baumaßnahme um ein Vielfaches sicherer gemacht wurde.



Keine Kommentare

Kreis-Reform: Fairen Wettbewerb eingefordert

Mit den Leitlinien der Landesregierung zur Kreisgebietsreform hat sich der nordfriesische SPD-Kreisparteiausschuss (KPA) auseinandergesetzt. Die Forderung: Der Wettbewerb muss fair sein. "Wichtig ist ein fairer Vergleich unter Berücksichtigung der besonderen Insel- und Hallig-Lage des Kreises. Wir messen uns gerne mit anderen Kreisverwaltungen unter fairen Bedingungen. Aber aus der Luft gegriffene Einsparungen auf die wir nur geringen Einfluss haben, lehnen wir ab", so der stellvertretende SPD-Fraktions-Chef im Kreistag und finanzpolitische Sprecher, Thomas Nissen.

"Der Kreis Nordfriesland wird sich einem gerechten Wettbewerb stellen, um bis 2012 zu beweisen, dass wir eine bürgernahe und effektiv arbeitende Kreisverwaltung in Nordfriesland haben." Das betonte der KPA-Vorsitzende Ralph Hoyer in der Bredstedter Sitzung in dem Gremium der SPD-Ortsvereine. Ebenso muss die ehrenamtliche politische Arbeit in einem Kreis leistbar bleiben. Und hier ist "die Grenze der Belastbarkeit" im flächenmäßig drittgrößten Kreis in Schleswig-Holstein mit den Besonderheiten der Inseln und Halligen bereits erreicht. "Es ist zu begrüßen, dass die Mindest-Einwohnerzahl von 180 000 für neue Kreise dann entfällt, wenn dadurch eine Flächengröße von mehr als 2 500 Quadratkilometern entstünde", so der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Carsten - F. Sörensen.

Nach Aussagen des SPD-Kreisvorsitzenden Ralf Heßmann entfällt die Mindestgröße von 180 000 Einwohner für Nordfriesland nur deshalb, weil ein "Großkreis Nord" mit den Kreisen NF und Schleswig-Flensburg sowie der Stadt Flensburg rund 4 200 Quadratkilometer Fläche hätte und somit die Maximalgröße von 2 500 Quadratkilometern weit überschreiten würde.

Es bleiben nach Einschätzung der nordfriesischen Sozialdemokraten Unklarheiten bei den Leitlinien des Landes, zumal nach den Aussagen des Ministerpräsidenten 37 bis 61 Millionen Euro eingespart werden sollen.

Die nordfriesische SPD war erfolgreich bei der Beseitigung des Eltern-Anteils bei den Schulbuskosten - genauso standhaft und erfolgreich wird die nordfriesische SPD für den eigenständigen Kreis Nordfriesland weiterkämpfen.

Keine Kommentare

Ziele der SPD - Kreisverband Pinneberg - für 2008

Werben um Vertrauen – Überzeugen mit Argumenten -Kreis- und Fraktionsvorsitzender Hannes Birke zu den Zielen der SPD im Jahre 2008

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

das Jahr 2008 wird für die Politik „vor der Haustür“ von der Kommunalwahl am 25. Mai bestimmt sein. Sie werden entscheiden, wer in den nächsten 5 Jahren in Ihrer Gemeinde, in Ihrer Stadt oder im Kreis die politischen Weichen stellt.

Wir werben um Ihr Vertrauen und setzen dabei auf die Überzeugung mit Argumenten.

Die Lebenswirklichkeit der Menschen in unserem Kreis stärker und direkter zu verbessern ist unser Verständnis von sozialer Gerechtigkeit. Mit unseren politischen Zielen wollen wir glaubwürdig sein. An dem vor jeder Wahlentscheidung beliebten Spiel jedem alles zu versprechen werden wir

uns nicht beteiligen. Das wäre unredlich, bei einem Schuldenberg von 80,0 Mio €, die den Kreis belasten.

Mit Bildung – Familie und Umwelt setzen wir Schwerpunkte, für eine zukunftsweisende Politik, die auch im Spannungsfeld begrenzter Finanzen glaubwürdig gestaltbar ist.

Die Gemeinschaftsschule und die Regionalschule haben Wege für eine Bildung mit Zukunft geebnet. Es ist unser Ziel, den Eltern vor Ort die Wahlfreiheit zu ermöglichen für ihre Kinder das geeignete Bildungsangebot auswählen zu können.

Unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft sollen Kinder und ihre Familien die gleichen Chancen für ihre Lebensperspektive haben. Chancengleichheit ist unser Ziel - unabgänglich vom Geldbeutel der Eltern. Ein gutes und ausreichendes Betreuungsangebot für Kinder bis zu 3 Jahren, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit und die frühzeitigen und gezielten Hilfen für vernachlässigte und missbrauchte Kinder haben für uns Priorität. Eine deutliche Verbesserung des Angebotes an Krippenplätzen, eine sozialgerechte und einheitliche Kita-Sozialstaffel und die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren die Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung unterstützen, sind die Eckpunkte unserer Familienpolitik.

Global denken – regional handeln. An diesem Grundsatz richten wir unsere Politik für den Schutz unserer Landschaft und einen regionale Klimaschutz aus. Die Ausweisung von 10 Landschaftsschutzgebieten, die Umstellung der kreiseigenen Gebäude auf Öko-Strom und einen Naturpark Elbmarschen sind beispielhafte Ziele, die wir in den nächsten Jahren erreichen wollen.

Wir setzen nicht nur auf die Überzeugung mit Argumenten. In unserem Kreis muss es wieder eine politische Kultur der des offenen und kritischen Dialogs mit den Menschen geben. Nur in dieser Form lässt sich Politik am wirkungsvollsten entwickeln.

Politik für und mit den Menschen in unserem Kreis – danach wollen wir handeln und uns messen lassen.

Ihnen allen wünsche ich ein gutes, gesundes und zufriedenes Jahr 2008

Hans-Helmut Birke
Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes u. der Kreistagsfraktion

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 07.01.2008, 17:31 Uhr - 14180 Clicks - Nr. 5

Jugendliche für Demokratie und Vielfalt

„Unsere Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen und politischen Leben. Vor allem Kinder und Jugendliche sollten lernen, Verantwortung zu übernehmen und sich zu engagieren“, meint der SPD Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen.

Thießen ruft die Jugendlichen seines Wahlkreises zur Beteiligung am „Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb“ auf, den die Dresdner Bank, das ZDF und das Bündnis für Demokratie und Toleranz veranstalten. Unter dem Motto „Kreativ für Toleranz“ wird Jugendlichen ab 14 Jahren

damit die Möglichkeit geboten, sich aktiv für Demokratie und Vielfalt einzusetzen. „Junge Leute müssen verstehen, dass unsere Gesellschaft ohne Gleichheit und Toleranz nicht funktionieren kann“, erklärt Thießen.

Einzelpersonen, Schulklassen und Vereine können ab sofort mit Songs, Videos, Reportagen, Theaterstücken, Websites oder Interviews zeigen, welche Vorstellungen sie von einer demokratischen, toleranten und weltoffenen Gesellschaft haben. Zur Jury, die alle eingereichten Beiträge sichte, gehören Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, der Chef der Dresdner Bank Herbert Walter, ZDF-Intendant Markus Schächter, Sportwissenschaftler und Fan-Forscher Gunter A. Pilz, die ZDF-Moderatorin Maybrit Illner und Stefanie Kloß von der Gruppe „Silbermond“. Die Teilnehmer mit den besten Arbeiten können Reisen nach Prag, Straßburg und Krakau sowie Wertpapierkonten der Dresdner Bank im Wert von jeweils 1.000 € gewinnen. Einsendeschluss ist der 31. März 2008.

Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb 20
Kreativ für Toleranz 08



Alle interessierten Schüler und Lehrer, die sich näher über den Wettbewerb informieren und gegebenenfalls daran teilnehmen wollen, können die Wettbewerbsbroschüre von der Website www.victor-klemperer-wettbewerb.de herunterladen. Werden Klassen- bzw. Gruppensätze benötigt, kann die Broschüre auch per E-Mail unter klemperer-wettbewerb@bfdt.de angefordert werden.

Kommentar von [Markus Herdejürgen](#) vom 19.11.2011, 09:55 Uhr:

Familie Herdejürgen

Hallo, wie Ihnen schon aufgefallen ist haben wir den selben Nachnamen, daher wollte ich fragen ob es möglich ist ob wir verwandt sind. Mein Großvater (Herbert Herdejürgen) meinte mal, "alle die den Namen Herdejürgen tragen, müssten wir verwandt sein". Vielleicht sagt ihnen der Name meines Großvaters ja was. Würde mich freuen wenn Sie mir antworten könnten! MFG Markus Herdejürgen

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 08.01.2008, 17:02 Uhr - 49993 Clicks - Nr. 6

ASJ: Jugendhilferecht ausschöpfen statt Rechtsverschärfung!

Zu den jüngst veröffentlichten Vorschlägen einzelner CDU- und CSU-Politikerinnen und -Politiker zur Verschärfung des Jugendstrafrechts erklärt der Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ) Schleswig-Holstein, Falk Stadelmann:

„Die bedrückenden Bilder aus der Münchener U-Bahn und andere Nachrichten über Gewalttaten dürfen nur zum Anlass genommen werden, vernünftige Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit der Menschen in unserem Land sachlich und nüchtern zu erörtern. Die wiederholte Schelte der Gerichte, dass sie Heranwachsende fälschlich zu oft nach dem mildereren Jugendstrafrecht bestrafen würden, und die knapp bemäntelte Forderung nach der Wiedereinführung geschlossener Heime sind dagegen wirkungsloser und billiger Populismus, der den Schutz der Schwächeren in keiner Weise stärkt!

Das moderne Jugendhilferecht ermöglicht Maßnahmen und Projekte, in denen auch außerhalb des Jugendstrafrechts und des Jugendstrafvollzugs gewalttätige Jungen und Mädchen erzogen werden können – und zwar so, dass diese sich der Erziehung nicht durch Verweigerung oder Flucht entziehen können. Eine solche intensive Betreuung von Gewalttäterinnen und –tätern in Jugendhilfemaßnahmen hat mit dem schlichten „Wegsperrn“ in einem „geschlossenen Heim“

nichts zu tun und ist um ein Vielfaches teurer – dafür aber sind die Rückfallquoten der betroffenen jungen Menschen auch um ein Vielfaches geringer. Eine nachhaltige Kriminalpolitik, die die sozialen Folgekosten im Auge hat, berücksichtigt dies und heischt nicht nach nur augenblicklicher Zustimmung, indem sie schlicht und schrill die Verschärfung bestehender Gesetze einfordert. Stattdessen sind Kreativität und eine realistische Betrachtung der Möglichkeiten der Jugendhilfe auf dem Gebiet der Vor- und Nachsorge bei den politisch Verantwortlichen – auch und gerade auf kommunaler Ebene – gefragt.

Vernünftig ist die zeitnahe Ahndung von Gewalttaten jugendlicher Täterinnen und Täter – in Schleswig-Holstein wird dies durch das unter sozialdemokratischer Regierungsführung entwickelte – und auch für die Große Koalition vereinbarte – sog. vorrangige Jugendverfahren („Flensburger Modell“) umgesetzt. Vernünftig ist der Ausbau der Gewaltpräventionsarbeit, insbesondere an Schulen – bereits unter Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) sind Projekt wie „Sport gegen Gewalt“ oder PiT – Präventiom im Team“ angelaufen.

Ein „Warnschussarrest“ oder die Wiedereinführung geschlossener Heime, wie sie die schleswig-holsteinische CDU noch im Landtagswahlkampf 2005 gefordert hat, lehnen wir nachdrücklich ab.“

Keine Kommentare

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 08.01.2008, 18:41 Uhr - 3676 Clicks - Nr. 7

4 Punkte für die SPD

Freuen Sie sich...

...auf mehr Bildungsgerechtigkeit!

Die SPD setzt sich für längeres gemeinsames Lernen in der Gemeinschaftsschule ein. Alle Kinder haben die gleiche Chance verdient. Die Begabung zählt, nicht die Herkunft. Deshalb bleibt mit uns auch das Erststudium gebührenfrei.

Gute Bildung für alle und Aufstieg durch Bildung ist unser Ziel.

...auf gerechten Lohn für gute Arbeit!

Wir akzeptieren nicht, dass immer mehr Menschen in unserem Land so geringe Löhne erhalten, mit denen sie sich und ihre Familien nicht über die Runden bringen können.

Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit den Gewerkschaften für einen Mindestlohn ein.

...auf die Energie der Zukunft!

Wir setzen bei unserer Klima- und Energiepolitik darauf, am Ende des Jahrhunderts ohne fossile Brennstoffe auszukommen. Deshalb müssen wir heute viel mehr Energie sparen, regenerative Energieerzeugung ausbauen und die erzeugte Energie effizienter nutzen. Das ist nicht nur gut für das Klima, sondern auch für unsere Wirtschaft. Für uns steht fest: Klimaschutz geht nur ohne Atom, denn wir setzen auf Zukunft und nicht auf Risiko.

...auf eine tolle Zeit mit Familie und Kindern!

Die Familienpolitik der SPD setzt bei der Förderung von Familien und Kindern auf kostenfreie Betreuung und Bildung, ausreichende finanzielle Unterstützung und Hilfsangebote für Familien und auf eine familienfreundliche Steuerpolitik.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 08.01.2008, 19:01 Uhr - 2594 Clicks - Nr. 8

SPD-Engelsby: Schulamt ab 21. Januar im Rathaus

Vom 16. bis einschließlich 18. Januar zieht das Schulamt von der Bahnhofstraße 28 in das Flensburger Rathaus und ist für den Kundenverkehr geschlossen. Ab 21. Januar befindet sich das Schulamt in der 10. Etage im Rathaus.

Termine können dann unter 85-2640 vereinbart werden. Ohne vorherige Terminvereinbarung ist das Schulamt montags bis freitags von 8.30 bis 12 Uhr und donnerstags von 14 bis 16.30 geöffnet.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 10.01.2008, 10:07 Uhr - 1393 Clicks - Nr. 9

Sportentwicklungsplanung hilft auch armen Kindern!

Der sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt zur heutigen Berichterstattung in den Kieler Nachrichten:

"Die SPD unterstützt den Sportverband Kiel in seinem Einsatz für die Teilhabe armer Kinder und Jugendlicher am Vereinssportgeschehen.

Wir freuen uns über die positive Reaktion des Sportverbandsvorsitzenden Dr. Robin Kähler auf den Beschluss der Ratsversammlung zum Projekt "Kinderarmut und Sport", das auf Initiative der SPD überparteilich behandelt wurde und den jetzt beginnenden Dialog. Von der Verwaltung erwarten wir, dass sie noch vor den Frühjahrsferien Überlegungen zu Strategien vorlegt, vermehrt Kinder und Jugendliche aus armen Familien die Teilnahme am Vereinssport zu ermöglichen.

Bedauerlicherweise hat Schwarz-Grün vier Jahre der Hilfe für arme Kinder und Jugendliche in Sportvereinen verhindert, weil sie unsere Initiative für einen Sportentwicklungsplan abgelehnt haben."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 10.01.2008, 10:16 Uhr - 1820 Clicks - Nr. 10

Fischer/Kietzer zum Verkehrsentwicklungsplan:

Wegen überhöhter Geschwindigkeit aus dem Verkehr ziehen!

Die Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes Rolf Fischer und der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklären:

"Der Bau und die Organisation von Straßen, Wegen usw. betrifft alle Einwohner. Die Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes (VEP) gehört deshalb zu den zentralen Instrumenten der kommunalen Stadtentwicklungsplanung.

Seine Inhalte sind aufgrund der erheblichen Konsequenzen für die Stadtteile, der direkten Auswirkung auf das Lebensumfeld der Bürger und der Realisierungsdauer der Projekte von übergeordnetem öffentlichen Interesse.

Die Vorgehensweise zur Beratung des VEP-Entwurfs belegt, dass weder Stadtbaurat Bürgermeister

Todeskino (Grüne) noch Oberbürgermeisterin Volquartz (CDU) die Meinung der Kielerinnen und Kieler zum Entwurf des Verkehrsentwicklungsplanes hören wollen. Sie fürchten Kritik aus den Stadtteilen mangels Prioritätensetzungen und klaren Aussagen zur Ostuferentlastung, Südspange, CITTI-Anbindung, Schnellfähren/Wassertaxis, Stadtregionalbahn, Flughafen, ZOB-Konzept usw.. Der VEP-Entwurf - laut beigefügter Beschlussvorlage - soll bis Anfang März von 29 Fachausschüssen, Beiräten und Ortsbeiräten behandelt und jeweils mit Voten versehen werden. Dabei ist es kein Witz, dass die Ortsbeiratsvorsitzenden am 24.12.07 eine Einladung zu einem Treffen im Rathaus für den 2.1.2008 erhielten, um dort den Plan vorgestellt zu bekommen!! Bemerkenswert ist auch, dass die Beratungsfolge für die Ortsbeiräte schon heute mit den tatsächlichen Sitzungstagen nicht übereinstimmt.

Offensichtlich hat die Verwaltung die Übersicht bei der Beteiligung des Arbeitskreises Verkehrsmarketing verloren. Diesem wurde der Entwurf des Verkehrsentwicklungsplanes nicht vorgelegt, obwohl er als Beirat für die Verkehrsentwicklungsplanung seit mehr als vier Jahren die Aufgabe hat, gegenüber der Ratsversammlung bzw. dem Bauausschuss an der Beschlussempfehlung zum VEP-Entwurf mitzuwirken. Der Beirat für Stadtgestaltung soll am 19.02. also 2 Wochen nach der 2. Bauausschusssitzung angehört werden, was ebenfalls nicht nachvollziehbar ist.

Ein solches Verfahren ist ohne Beispiel. Die Kieler SPD lehnt dieses Verfahren ab. Die Verwaltung hatte seit 2003 Zeit, den VEP auf den Weg zu bringen. Bereits 2002 - noch in der vorherigen Wahlperiode - begann die Phase der Mobilitätsdatenerhebung. Wenn die Verwaltung vorhatte, die Beschlussfassung in dieser Wahlperiode zu erreichen, hätten sie das gesamte Jahr 2007 zur Beratung in der Öffentlichkeit nutzen müssen. Dieses hat sie versäumt. Nun soll der Entwurf in wenigen Wochen durch die Ortsbeiräte durchgedrückt werden. Das Chaos wird also 2008 fortgesetzt!

Wir werden am kommenden Freitag in einer Runde der SPD-Fraktionen aus den Ortsbeiräten das weitere Vorgehen beraten. Wir meinen, dass ein solcher Entwurf wegen überhöhter Geschwindigkeit aus dem Verkehr gezogen werden muss."

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 10.01.2008, 10:35 Uhr - 7721 Clicks - Nr. 11

Berlinfahrt vom 30.05. - 01.06.08 - Jetzt anmelden

Am Ende des Wonnemonats Mai - vom 30.05. bis 01.06.2008 - veranstaltet der SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde wieder eine Busfahrt in unsere Bundeshauptstadt Berlin. Unser Bundestagsabgeordneter Sönke Rix wird durch den Reichstag führen.

Die frühere Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde Ulrike Mehl und ihr Mann Andreas Schröter werden uns bekannte und weniger bekannte Sehenswürdigkeiten in und um Berlin zeigen und erklären.

Es bleibt Zeit für eigene Unternehmungen – vom Museums- bis zum Theaterbesuch oder „Eroberung“ des Kurfürstendamms. Der Preis für 2 Übernachtungen im Doppelzimmer mit Frühstück beträgt 165,00 €. (Im Einzelzimmer 210,00 €/Person)

Melden Sie sich an, wer zuerst kommt, mahlt zuerst.

Verbindliche Anmeldung an:

Ingrid Ehlers

Wiesenredder 7

24340 Eckernförde

Tel.: 04351-42162

e-mail: injo.ehlers@web.de

Lothar Hay: Das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ernst nehmen!

Zur Debatte über den Umgang mit jugendlichen Gewaltstraftätern erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay:

„Alle Menschen in Schleswig-Holstein haben einen Anspruch darauf, in Sicherheit zu leben.

Die Gesellschaft darf keinen Raum aufgeben, weder öffentliche Verkehrsmittel noch Parks dürfen Jagdreviere für jugendliche Schläger werden.

Wir Sozialdemokraten nehmen die Ängste vieler Menschen sehr ernst, Opfer von gewalttätigen Übergriffen zu werden. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, Gewaltstraftätern deutlich vor Augen zu führen, dass es sich der Staat nicht gefallen lassen wird, dass Menschen, oft nur als Zeitvertreib verprügelt, verletzt, beleidigt und beraubt werden.

Wir sehen mit Besorgnis, dass der Anteil jugendlicher Täter bei den Gewaltstraftaten sehr hoch ist und dass hierbei männliche Jugendliche aus Migrantenfamilien überproportional stark betroffen sind.

Populistische Forderungen ohne praktischen Nutzen sind kein Beitrag zum Opferschutz, sie dienen nur dem Sicherheitsgefühl bedrängter Wahlkämpfer vor der nächsten Umfrage.

Die Chance zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität von Jugendlichen besteht nach unserer Überzeugung nicht nur in der Abschreckung durch Strafverfolgung und -vollzug, sondern vor allem in Prävention. Wenn alle Fachleute als Grund für Gewaltexzesse und Bildung von Jugendgangs die soziale Verwahrlosung, gesellschaftliche Isolation und berufliche Perspektivlosigkeit ganzer Gruppen von Kindern und Jugendlichen erkannt haben, dann hat Politik für schulische und berufliche Qualifikation und für gesellschaftliche Integration auch Jugendlicher mit Migrationshintergrund zu sorgen.

Auch die konsequente Bekämpfung des Rechtsextremismus ist ein Beitrag zur Verhinderung rassistisch motivierter

Gewaltstraftaten von Jugendlichen, derer man sich nicht einfach durch Abschiebung entledigen kann.

Hierfür müssen wir die Finanzierung von Jugendhilfe, Polizei, Justiz und Bildungswesen weiter verbessern, wofür die SPD-Landtagsfraktion in den anstehenden Haushaltsberatungen eintreten wird.

Auf der Basis der im Koalitionsvertrag mit der CDU vereinbarten Maßnahmen ist die Landesregierung auf dem richtigen Weg. Dieser ist jedoch noch nicht zu Ende.

Entscheidend ist für Jugendliche und Heranwachsende gleichermaßen die zügige Ahndung der Straftat und die konsequente Anwendung der vorhandenen Gesetze.

In Schleswig-Holstein muss dafür gesorgt werden, dass das „vorrangige Jugendverfahren“ in allen Landgerichtsbezirken zu schnellen und wirksamen Verurteilungen führt. Dies werden wir weiter voranbringen.

Nach ihrer Entlassung aus der Jugendanstalt dürfen auch jugendliche Gewaltstraftäter nicht allein gelassen werden. Jugendhilfe, Bewährungshilfe und Strafvollzug müssen das

„Übergangsmanagement“ für die jungen Leute vom Vollzug in die Freiheit optimieren, damit Resozialisierung kein hehres Ziel, sondern konkrete Realität werden kann. Ein modernes Jugendstrafvollzugsgesetz haben wir gerade beschlossen.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 10.01.2008, 19:42 Uhr - 3647 Clicks - Nr. 13

SPD-Engelsby: Neue Spiele einfach ausprobieren!

Spieleabend im Kulturcafé

Das Spielmobil der Stadt Flensburg stellt am Dienstag, dem 15. Januar, von 19 bis 22 Uhr im Kulturcafé des vhs-Zentrums im Nikolaikirchhof Spiele zum „Ausprobieren“ zur Verfügung.

Alle die gerne spielen sind herzlich eingeladen eine Vielzahl von neuen und schon bekannten Brett-, Gesellschafts-, Karten-, Kinder- und Familienspielen zu testen.

Weitere Termine der Aktion des Kinder- und Jugendbüros sind der 12. Februar sowie der 11. März 2008.

Die Teilnahme ist kostenlos.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 11.01.2008, 11:26 Uhr - 54631 Clicks - Nr. 14

Lothar Hay, Konrad Nabel, Stefan Bolln:

Kohlendioxid reduzieren, auf Kohle und Kernkraft verzichten!

Das zurückliegende Jahrzehnt ist das wärmste seit dem Beginn der wissenschaftlichen Wetteraufzeichnungen im Jahr 1850, und 2007 war in der nördlichen Hemisphäre das zweitwärmste Jahr seit dem Beginn der Messungen. Die Temperaturen steigen mit zunehmender Geschwindigkeit, weltweit schmelzen die Gletscher ebenfalls mit zunehmendem Tempo. Die SPD Schleswig-Holstein hat sich das Ziel gesetzt, in unserem Land bis zum Jahr 2050 den Ausstoß von Kohlendioxid-Emissionen (CO₂) gegenüber 1990 um 80% zu reduzieren. „Dies zu erreichen, ist realistisch“, erklärte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay, in einer Pressekonferenz in Kiel.

Der umweltpolitische Sprecher Konrad Nabel stellte dazu einen Zehn-Punkte-Aktionsplan vor, dessen Schwerpunkt auf dem Energiebereich liegt. Die höchste Priorität hat Energieeinsparung; dazu gehören Information der Bürgerinnen und Bürger, Maßnahmen bei landeseigenen Liegenschaften, Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen, Förderprogramme und Maßnahmen im Wohnungsbau.

Bis 2020 soll der Anteil der KraftWärme-Kopplung auf 30% ausgebaut werden und die Stromproduktion zu 100% aus erneuerbaren Energien erfolgen. Auch für die Bereiche Mobilität, Landwirtschaft und Bildung für nachhaltige Entwicklung stellte Nabel konkrete Maßnahmen vor. Die Aufgaben der Landwirtschaft betreffen die Reduzierung der Düngung und die Renaturierung der Moore. Auf diese Weise kann die Produktion von Lachgas und Kohlendioxid erheblich reduziert werden.

Stefan Bolln, der im SPD-Landesvorstand für Umwelt und Energie zuständig ist, informierte über das regenerative Kombikraftwerk zur Energieerzeugung ohne Atomstrom und fossile Energieträger. Es handelt sich dabei um einen Verbund verschiedener kleinerer dezentraler Kraftwerke zur Energieerzeugung aus regenerativen Quellen wie Wind, Wasser, Sonne, Erdwärme und Biomasse. Die Energieträger Wind und Sonne sind naturgemäß wetterabhängig, während Biomasse, Erdwärme und Wasserkraft grundlastfähig sind. Im Gegensatz zu konventionellen Kraftwerken (AKW, Kohle)

können speziell die Bioenergiekraftwerke sehr schnell auf Bedarfsveränderungen reagieren und so die notwendige Regelleistung zur Verfügung stellen und Kapazitätsschwankungen ausgleichen.

Aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels laut IPCC-Bericht (Intergovernmental Panel on Climate Change / Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe über den Klimawandel) bis 2100 um 37 bis 58cm muss der Küstenschutz in Schleswig-Holstein verstärkt werden, so Lothar Hay. Er schlägt ein langfristiges Küstenschutzmanagement vor, das aufgrund von Modellierungen Raumordnungspläne erarbeitet, die aufzeigen, in welchen Zeitabschnitten welche Maßnahmen ergriffen werden müssen. Hay verwies in diesem Zusammenhang auf den Rückbau von Deichen in den Niederlanden, wo so wieder Überflutungsbereiche geschaffen wurden. Denn wo das Wasser sich flächenhaft ausbreiten kann, werden die Schäden für Siedlungsbereiche geringer ausfallen.

Zehn-Punkte-Aktionsplan der SPD-Landtagsfraktion:

1. Energiesparen

Energie einzusparen hat die höchste Priorität und soll über Information, Maßnahmen bei landeseigenen Liegenschaften, Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen und Förderprogramme verwirklicht werden.

2. Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung, Gebäudesanierung

Der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung soll bis 2020 bei 30% liegen.

3. Kombikraftwerke, alternative Energien

Strom soll bis 2020 zu 100% mit erneuerbaren Energien produziert werden.

4. Geothermie

Sowohl die oberflächennahe als auch die Tiefengeothermie kann in Schleswig-Holstein genutzt werden. Mit der Geothermie wird die Wärme der Erde genutzt.

5. Atomausstieg

Die Atomenergie ist nicht nur nicht nötig, sondern kann im Falle eines Unfalls auch sehr gefährlich sein. Zudem ist die Müllentsorgung sehr problematisch.

6. Kohleausstieg

Zur reinen Stromgewinnung reichen die regenerativen Energieträger aus. Zur Herstellung von Wärme können als Übergangslösung dezentrale Kraftwerke in Verbindung mit der Kraft-Wärme-Kopplung genehmigt werden.

7. Mobilität mit weniger CO₂ (Ausbau ÖPNV und Radwegenetz)

Durch den Ausbau des Fahrradwegenetzes und des ÖPNV sollen Fahrten im Nahbereich, der Arbeitsweg und die Mobilität der Touristen mit geringem CO₂-Ausstoß möglich sein.

8. Reduzierung des Düngeeintrags in der Landwirtschaft

Durch die Verwendung von stickstoffhaltigem Dünger entsteht Lachgas, das 310mal höhere Treibhauswirksamkeit hat als CO₂. Daher muss der Einsatz von Düngemitteln reduziert werden.

9. Moorrenaturierung (Kohlenstoff- und Stickstoffbindung)

Durch die Entwässerung der Moore werden große Mengen CO₂ frei. Durch die Renaturierung könnten wieder bis zu 200 kg Kohlenstoff pro Jahr und Hektar in den Mooren gebunden werden.

10. Bildung für nachhaltige Entwicklung zur Sensibilisierung der Bevölkerung

Motivation durch Umweltbildung von Kindern und Jugendlichen mit dafür ausgearbeiteten Materialien.

Keine Kommentare

[SPD-Brande-Hörnerkirchen](#) - veröffentlicht am 11.01.2008, 12:18 Uhr - 3833 Clicks - Nr. 15

Verschlechterungen für die Bürger im Amt Hörnerkirchen ?

Bringt die Verwaltungsstrukturreform, hier die Zusammenlegung der Verwaltungen des Amtes Hörnerkirchen mit der Stadt Barmstedt, doch, entgegen allen Beteuerungen, Verschlechterungen für die Bürger des Amtsbezirkes mit sich?

Dieser Eindruck entsteht, nachdem die neuen Öffnungszeiten des Bürgerbüros durch den Bürgermeister der Stadt Barmstedt bekanntgegeben wurden.

War die Amtsverwaltung in Hörnerkirchen bisher von Mo.-Fr. von 08:00 - 12:00 Uhr geöffnet, so trifft dieses jetzt nicht mehr zu. Donnerstags ist das Bürgerbüro in Hörnerkirchen jetzt geschlossen! Konnten die Bürger sonst auch nach den offiziellen Öffnungszeiten bis 12:00 Uhr im Amt noch klingeln, um etwas erledigt zu bekommen, so ist dieses jetzt nicht mehr möglich, da nach 12:00 Uhr jetzt niemand mehr im Amt Hörnerkirchen arbeitet. Die beiden Damen des Bürgerbüros müssen in den Nachmittagsstunden und am Donnerstag ganztätig Dienst im Bürgerbüro in Barmstedt verrichten.

So haben wir uns dies allerdings nicht vorgestellt. Auf einem Workshop wurden die Grundsätze für die Verwaltungszusammenlegung vereinbart. Hiernach sollte der Service für den Bürger besser werden. Es wurde sogar über erweiterte Öffnungszeiten nachgedacht.

Jetzt ist es genau umgekehrt. Die Öffnungszeiten haben sich verschlechtert. Dies ist unakzeptabel.

Wir werden nachhaken.

Hoffen wir nur, dass der weitere Service nicht auch schlechter für die Bürger im Amt Hörnerkirchen wird.

Keine Kommentare

[SPD-Brande-Hörnerkirchen](#) - veröffentlicht am 11.01.2008, 12:48 Uhr - 2789 Clicks - Nr. 16

Zickzackkurs der CDU-Fraktion in Brande-Hörnerkirchen

Einen regelrechten Zickzackkurs vollführte die CDU-Fraktion im Gemeinderat in Hörnerkirchen, als es um die Beschaffung einer neuen Rettungsschere für die Feuerwehr Hörnerkirchen / Osterhorn ging.

Die SPD-Fraktion hatte nach einem Gespräch mit dem Vorstand der Feuerwehr im Gemeinderat folgenden Antrag eingebracht: Die Gemeinde möge für die Feuerwehr eine neue Hydraulikschere anschaffen.

Auf Vorschlag der CDU (in der CDU-Fraktion befinden sich 3 aktive Feuerwehrkameraden) wurde der Antrag an den Amtsausschuss verwiesen, weil man der Ansicht war, diese könne auch auf Amtsebene für die Feuerwehren angeschafft werden. Diesem Ansinnen konnten wir noch folgen. Uns ging es ja nur darum, dass die Feuerwehr mit ordentlichem Gerät ausgerüstet ist, welches sie für ihre Arbeit zum Wohle des Bürgers benötigt.

Um so erstaunter waren wir, als die gleichen Vertreter der CDU im Amtsausschuss äußerten: "Schön das sich die SPD auch einmal um die Feuerwehr kümmert, aber eine neue Hydraulikschere benötigen wir nicht. Wir benötigen ganz andere Dinge".

Die Beschaffung einer Hydraulikschere auf Amtsebene wurde abgelehnt, da es nicht sinnvoll ist die Schere irgendwo zu lagern und im Falle eines Unfalles dann erst vom Lagerort zu holen. Die

Rettungsschere gehört auf das Feuerwehrfahrzeug.

Bei einem kurze Zeit später stattgefunden sogenannten Bürgermeistergespräch mit den Wehrführern wurde vom Wehrführer der Hörnerkirchener / Osterhorner Feuerwehr der Bedarf einer neuen Rettungsschere bestätigt.

Nun bracht die SPD diesen Vorgang in der letzten Gemeinderatssitzung erneut zur Sprache. Siehe da, jetzt stimmt die CDU-Fraktion der Sache zu.

Allerdings gab sie der SPD als Ratschlag mit auf den Weg, sie möge die Gespräche mit der Feuerwehr doch dem Bürgermeister überlassen, um Missverständnisse zu vermeiden.

Eine ähnliche Situation erlebten wir, als es um die Einrichtung von Krippenplätzen ging. Im Frühjahr letzten Jahres beantragte die SPD im Gemeinderat eine Umfrage, um den Bedarf an Krippenplätzen im Amtsbereich zu ermitteln.

Dieser Antrag wurde von der CDU-Fraktion abgelehnt, da dies nicht Aufgabe der Politik sei. Hierfür sei der Kindergartenträger zuständig.

Nun in der Dezembersitzung des Gemeinderates brachte die CDU-Fraktion den Antrag ein, doch Geld für die Bereitstellung von Krippenplätzen im Kindergarten zur Verfügung zu stellen, da ein Bedarf vorhanden sei.

Hört, hört.

Dem Antrag auf Bereitstellung von Geld für die Einrichtung von Krippenplätzen im Kindergarten in Hörnerkirchen konnte die SPD-Fraktion natürlich zustimmen.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 11.01.2008, 17:43 Uhr - 3148 Clicks - Nr. 17

SPD-Engelsby: Im Regen stehen und warten

Ist schon ein echtes Sauwetter zur Zeit. Ärgerlich, wenn man auf den Bus angewiesen ist und im Regen stehen und warten muss. Bereits im Jahre 2002 wurde der Wunsch nach einem Wartehäuschen in der Merkurstraße (stadteinwärts) an uns herangetragen.

Leider hatten wir mit unseren Bemühungen, dort ein Buswartehäuschen aufstellen zu lassen, keinen Erfolg. Unsere Idee, das ehemalige Wartehäuschen am alten Einkaufszentrum in der Engelsbyer Straße in die Merkurstraße zu verlegen, klappte leider auch nicht.



Die Begründung aus dem Fachbereich, dort kein Häuschen aufzustellen war einleuchtend, schliesslich verläuft vor der Haltestelle "Twedt" ein auf der Fahrbahn markierter Radweg. Ein verschwenken des Radweges ist an dieser Stelle ebenso wenig nicht möglich, wie das Aufstellen eines Wartehäuschens aus Platzgründen.

Der SPD-Ortsverein Engelsby wird sich erneut mit den Verkehrsplanern in Verbindung setzen, um eine Verbesserung für die wartenden Fahrgäste zu erreichen.

Keine Kommentare

Verkehrsentwicklungsplan: Bürgerbeteiligung sicherstellen!

SPD-Kreischef Rolf Fischer hat auf einer kurzfristig anberaumten Besprechung mit den SPD-Ortsbeiratsmitgliedern die Leitlinie der Kreispartei zur Beratung des Verkehrsentwicklungsplans (VEP) abgestimmt:

„Der Bereich Verkehrsplanung betrifft alle Bürgerinnen und Bürgern in allen Stadtteilen. Jeder und jede nutzt Verkehrswege und hat einen Fußweg, einen Radweg oder eine Straße vor der Tür. Eine solch bedeutende Entscheidung bedarf der Einbindung der Öffentlichkeit.

Die Beteiligung der Ortsbeiräte ist gerade für Maßnahmen, die direkt und umfassend auf den Stadtteil einwirken, zu Recht vorgeschrieben. Pflicht der Stadt ist es, nicht nur über die Vorhaben im Vorfeld zu informieren, sondern auch die Stadtteilgremien ernsthaft zu beteiligen.



Die aktuelle Vorlage des VEP erfüllt keinen dieser Punkte:

Zwar wurden vor langer Zeit die Ortsbeiräte einmal über die Absicht informiert, den VEP fortzuschreiben. Dann aber war Sendepause. Plötzlich ist Eile angesagt. Die Ortsbeiräte werden kurzfristig mit dem fertigen Plan konfrontiert und haben keine Chance der echten Befassung. Ein hektischer Zeitplan ist aufgestellt.

Die Möglichkeit, den Plan mit der Situation im Stadtteil abzugleichen, ggf. sogar Vor-Ort-Termine wahrzunehmen, ist nicht gegeben. Die Chance im Gespräch mit den Bürgern Alternativen einzubringen, Prioritäten zu verändern oder Korrekturen vorzunehmen, besteht ebenfalls nicht. Gleiches gilt für die gesetzlich vorgeschriebene Einbeziehung anderer Gremien wie Beiräte oder Arbeitskreise, die der Bürgerbeteiligung dienen.

Wir protestieren gegen ein solches Verfahren, dass viele Bürger - und mögliche inhaltliche Alternativen - ausschließt! Wir protestieren, weil damit ohne öffentliche Debatte zentrale Vorentscheidungen getroffen werden; z.B. Anmeldung bzw. Nichtanmeldung von Verkehrsprojekten auf der Bundesebene.

- Wir fordern daher unsere Ortsbeiratsmitglieder auf, ihr Recht auf Vertagung zu nutzen. Mit den Stimmen eines Drittel der Mitglieder kann eine Beratung vertagt werden. So schaffen wir zumindest einen kleinen Aufschub. Dort, wo dies nicht möglich ist, bitten wir unsere Ortsbeiratsfraktionen den Plan mit Hinweis auf das Verfahren abzulehnen.

- Es ist öffentlich von der Stadt angemerkt worden, dass der VEP vor der Kommunalwahl durchgesetzt werden soll. Hier geht es also einzig um das Aufpolieren der politischen Bilanz.

- Hektik ist gerade in dieser Frage, die alle Bürgerinnen und Bürger betrifft, völlig unangemessen. Da wir eine Fortschreibung des VEP grundsätzlich für richtig halten, werden wir diese nach der Kommunalwahl wieder auf die Tagesordnung setzen und ein ordnungsgemäßes Verfahren sicherstellen.

Keine Kommentare

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zur Standortfrage für den UKSH - Verwaltungssitz:

"Die Kieler Universität einschließlich des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein, die Landeshauptstadt Kiel und das Land Schleswig-Holstein müssen gestärkt aus den notwendigen Strukturveränderungen beim UKSH hervorgehen. Bei der Gewichtung der Argumente für den Standort des UKSH - Verwaltungssitzes spricht alles für Kiel.

Die SPD bereitet dazu eine interfraktionelle Resolution für die Ratsversammlung am kommenden Donnerstag, 17.01.2008 vor."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.01.2008, 12:20 Uhr - 1611 Clicks - Nr. 20

Unangemessener Alleingang der Oberbürgermeisterin

Ratsversammlung erwartet Entschuldigung von Frau Volquartz (CDU)!

Als "völlig indiskutables Vorgehen" bezeichnen die Vorsitzenden der Ratsfraktionen von SPD und FDP, Ratsfrau Cathy Kietzer und Ratsherr Jan Huuk, die Kündigung der K.E.R.N.-Mitgliedschaft am 20.12.2007 auf dem Wege einer Eilentscheidung der Oberbürgermeisterin, ohne die Selbstverwaltung umgehend darüber in Kenntnis zu setzen:

"Frau Volquartz (CDU) hat nicht unverzüglich die Gemeindevertretung bzw. vorsorglich den Hauptausschuss über ihre Eilentscheidung, die Mitgliedschaft der Stadt in K.E.R.N. e.V. zu kündigen, informiert. Sie hat mit diesem Fehler die Rechte der Ratsversammlung grob missachtet. Auszug aus der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein:

- § 65 Aufgaben
(4)..... Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind der Gemeindevertretung oder dem Ausschuss unverzüglich mitzuteilen.

Der Vorgang zeigt doch deutlich erhebliche Defizite im Geschäftsbereich der Oberbürgermeisterin auf. Das, was sie schon vor Monaten in einem ordentlichen Verfahren unter Beteiligung der Selbstverwaltung hätte erledigen können, macht sie quasi auf den letzten Drücker am Ende des Jahres.

Die Ratsversammlung erwartet deshalb ihre Entschuldigung, die im Hauptausschuss allein nicht ausreicht. Frau Volquartz (CDU) hat es noch nicht einmal geschafft, für die Sitzung des Hauptausschusses am 09.01.08 ihre Eilentscheidung vorzulegen. Erst auf Drängen des Ausschusses erhielt die Selbstverwaltung das Kündigungsschreiben vom 20.12.07. Der Hauptausschuss verfügte bis zur Sitzung nur über die öffentliche Vorlage 1254/2007 vom 5.12.07 - Kündigung der Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Kiel in K.E.R.N. e.V..

Die Oberbürgermeisterin hat durch ihr Versäumnis, der Ratsversammlung rechtzeitig die Kündigungs-Beschlussvorlage zur Entscheidung zu geben, einen erheblichen Fehler begangen. Am 11.08.07 räumte Frau Volquartz (CDU) in den Kieler Nachrichten der K.E.R.N.-Region keine Zukunftschance mehr ein, aber erst am 05.12.07 erhielt der Hauptausschuss "außerhalb der Tagesordnung" die Vorlage zur Kündigung der Mitgliedschaft auf den Tisch gelegt. Frau Volquartz (CDU) hat damit der Ratsversammlung das Recht genommen, in einem geordneten Verfahren fristgerecht über den Austritt zu entscheiden.

Besonders pikant ist der Umstand, dass am 20.12.07 eine Sitzung des Hauptausschusses stattfand und das Gremium also am Tag der Kündigung hätte informiert werden müssen.

Die Fraktionen von SPD und FDP missbilligen die Eilentscheidung!"

Keine Kommentare

[SPD-Schuby](#) - veröffentlicht am 13.01.2008, 12:05 Uhr - 2433 Clicks - Nr. 21

Öffentlicher Theaterabend in Schuby

Öffentlicher Theaterabend
am Sonnabend, den 02. Februar 2008, 19:30 Uhr
im Jugendmusikheim in Schuby.
„Nix as Kuddelmuddel“
Eintritt frei (wie immer) - Einlass ab 18.30 Uhr

Die SPD-Kandidaten zur Kommunalwahl stellen sich vor

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 13.01.2008, 16:05 Uhr - 3878 Clicks - Nr. 22

SPD-Engelsby: Top-Programm zum 25.

Zum 25. Mal in Folge hatte die Stadt Flensburg ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger zum Neujahrsempfang im Deutschen Haus eingeladen. Stadtpräsident Hans Hermann Laternus und Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner begrüßten die Gäste persönlich im Foyer.

Ein Spitzenprogramm wurde den Gästen von Anfang bis Ende geboten. Angefangen mit den Stadtbläsern, dem Kinder- und Jugendballet und den Landstreichern ging es bis zur Pause rund im großen Saal.



Im Anschluss spielte dann die Rockband Mellowdays, danach sang der dänische Chor Uglekoret unter der Leitung von Frau Inga Schulz. Wie immer gab Frau Christiansen, die Petuhntante, mit ihrem Untermieter Herrn Nissen, ihren Kommentar zum Stadtgeschehen ab.

Die Mädchenband Miss Fortune, die Flying Saucers, die Samba- und Raggaeband policia do samba zählten zu den Höhepunkten des Nachmittags.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 13.01.2008, 22:32 Uhr - 5849 Clicks - Nr. 23

Kieler SPD schaltet Internet-Auftritt frei

Der Landesvorsitzende der schleswig-holsteinischen SPD, Ralf Stegner, gab das Startsignal. Auf der Parteikonferenz des Landesverbandes am Samstag, den 12. Januar 2008 erfolgte gemeinsam mit dem SPD-Spitzenkandidaten Ralph Müller-Beck und dem Kieler Kreisvorsitzenden Rolf Fischer die Freischaltung des Internet-Auftritts der Kieler SPD www.kieler-staerke.de.



Jetzt ist es möglich, sich über den Bürgervertrag, die Kandidatinnen und Kandidaten in verschiedenen Kreisen und Termine zu informieren. Ein besonderes Highlight ist die Aktion „Sozi frei Haus!“: Wer mit fünf Freunden einen SPD-Politiker live und in Farbe diskutieren will, muss nur eine Mail an die SPD schicken und Zeit und Ort vorschlagen. Die Kieler Sozialdemokraten kommen – nach Hause, in die Kneipe oder in den Verein.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 14.01.2008, 10:37 Uhr - 51158 Clicks - Nr. 24

Perspektiven Sozialdemokratischer Politik in Schleswig-Holstein

Jahresauftakt-Kongress der SPD mit 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern

Mit einem Jahresauftakt-Kongress ist die SPD Schleswig-Holstein am 12. Januar 2008 in Rendsburg ins neue Jahr gestartet. In Hinblick auf die im Januar und Februar anstehenden Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg und vor allem mit Blick auf die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein im Mai dieses Jahres ging es den anwesenden Kommunal-, Landes- und Bundespolitikern um den Austausch über die Inhalte und die Strategie für die SPD Schleswig-Holstein im Jahr 2008.



In einer von den rund 200 Zuhörern begeistert aufgenommenen Rede zu Beginn der Veranstaltung stellte der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner die Grundsätze der SPD Schleswig-Holstein und die Kernthemen der Sozialdemokraten für das neue Jahr dar. Im Anschluss informierten sich die aus dem ganzen Land angereisten Kommunalpolitiker in vier thematisch gruppierten Workshops über erfolgreiche sozialdemokratische Projekte aus der Kommunalpolitik in Schleswig-Holstein.

"Ein gelungener Auftakt für ein politisch wichtiges Jahr", resümierte SPD-Landesgeschäftsführer Christian Kröning die Konferenz. "Die SPD geht mit frischen Ideen und kompetenten Kandidatinnen und Kandidaten geschlossen in den Kommunalwahlkampf. Wir spüren deutlich Rückenwind für unsere Politik in den Kreisen, Städten und Gemeinden unseres Landes. Die Leute merken, dass nur mit uns eine sozial gerechte Politik vor Ort durchsetzbar ist. Die Zeit der schwarzen Mehrheiten für unsoziale Politik wird bald vorbei sein!"

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 16.01.2008, 12:47 Uhr:

RE: Perspektiven Sozialdemokratischer Politik in Schleswig-Ho

Die Veranstaltung trägt erste Früchte, auf unserem Kreisparteitag am 13.1.08 wurden sogleich die Stolpersteine ausgelegt, die auf die Mindestlohnkampagne hinweisen. Die Parteikonferenz kann damit wirklich die lokalpolitische Arbeit befruchten. Danke Rudolf Riep SPD-Steinburg

Vorstandssitzung der AG 60plus-Dithmarschen

Der Vorstand traf sich zu seiner ersten Vorstandssitzung im Jahre 2008 in der Begegnungsstätte der AWO in Heide.

Die erste Vorstandssitzung der Arbeitsgemeinschaft 60plus im Jahre 2008 fand am 09. Januar in der Begegnungsstätte der AWO statt. Neben dem vollzählig erschienenen Vorstand nahmen auch Reinhold Siegel von der AWO und weitere Gäste teil.

Im Namen der AWO begrüßte Reinhold Siegel die Anwesenden. Er bedankte sich dafür, dass die AWO-Mitglieder immer die Möglichkeit haben an den Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft 60plus Heide teilzunehmen. Er berichtet von den Schwierigkeiten, die durch die Brandstiftung bei der AWO aufgetreten sind. Dadurch wurden die Lebensmittelausgabe der Heider-Tafel und die AWO-Kleiderkammer in Mitleidenschaft gezogen. Weiter berichtete er über die Bestrebungen in Büsum eine Tafel einzurichten.

Danach beschäftigte sich der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kommunalwahlprogramm der Kreis-SPD. Hier wurden einige Änderungsvorschläge erarbeitet. Diese werden, zusammen mit dem vom Vorstand verabschiedeten Memorandum „Älter werden in Dithmarschen“, an den Kreisvorstand weitergeleitet. Auf der Tagesordnung standen auch die Planungen für das Jahr 2008. Vorgesehen sind: eine Fahrt zum Landtag nach Kiel am 30. April, eine Reise zu den „Anfängen der Programmgeschichte“ -Eisenach, Erfurt, Weimar, Gotha- für die Zeit vom 02.10. bis 06.10.08. Weiter sind geplant: ein Gespräch mit der Polizei über Sicherheit für Seniorinnen und Senioren, die Verkehrsunfallstatistik usw. Weiter wurden angesprochen: die Teilnahme an der Klausurtagung des LV 60plus in Malente und eine Podiumsdiskussion zum Thema Renten. Eine öffentliche Veranstaltung zum neuen Pflegegesetzbuch ist für Meldorf geplant. Fortgesetzt werden soll die Veranstaltungsreihe „Mobil bis ins hohe Alter“.

Der Vorstand hat sich also wieder viel vorgenommen

Keine Kommentare

Erhebliche Kritik an der Reform der Bundespolizei

Bei der am Montag in Berlin veranstalteten Anhörung des Deutschen Bundestags haben sich Experten in teilweise scharfer Form zu den Reformplänen des Bundesinnenministeriums geäußert. „Dieser Gesetzentwurf wurde mit heißer Nadel gestrickt – und dies auch noch ohne ausreichende Beteiligung der Fachleute vor Ort“, bemängelt der Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen unter dem Eindruck der Anhörung: „Dies gilt leider auch für die Expertise, die sich im Standort Bad Bramstedt befindet.“

Zu den Kritikern bei der auf Einladung des Innenausschusses anberaumten Anhörung gehörte etwa der Berliner Polizeipräsident Dieter Glietsch: Er habe dem Ministerium mitgeteilt, zur Anhörung ungenügend vorbereitet zu sein, weil ihm Informationen vorenthalten und „wichtige Fragen nicht beantwortet“ würden. Auch der Vertreter der Gewerkschaft der Polizei, GdP, Josef Scheuring, äußerte deutliche Kritik: Es wirke negativ, dass „permanente zusätzliche Aufgaben ohne Personalausstattung und ohne vorherige Ermittlung der personellen Auswirkungen und Bindungen

aufgebürdet würden.“ An der Reform selbst hätten praktisch die gesamte Polizeiführung und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mitwirken dürfen. „Dies führt zu erheblichen Akzeptanzproblemen“, sagte Scheuring.

Jörn Thießen ärgert sich: „Bis heute wissen wir nicht, wie die konkreten Dienstposten ausgeplant werden sollen. Das ist eine große Belastung für das Personal, das über seine neuen Verwendungen weiterhin im Unklaren gelassen wird.“ Bundesinnenminister Schäuble wirft Thießen vor, mit „dieser halbgen Reform mittelfristig als Ersatz der Polizei den Bundeswehreininsatz im Inneren“ vorzubereiten. „Damit verunsichert er die gesamte Bundespolizei und die Bevölkerung gleich mit. Dieser Gesetzentwurf muss deutlich nachgebessert werden.“

Thießen kündigte weitere Gespräche mit den Personalvertretern in Bad Bramstedt an, um mit ihnen die Eckpunkte der gemeinsamen Kritik im laufenden Gesetzgebungsverfahren zu erörtern.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 15.01.2008, 08:41 Uhr - 4423 Clicks - Nr. 27

Lothar Hay, Konrad Nabel, Stefan Bolln: Kohlendioxid reduzieren,
auf Kohle und Kernkraft verzichten.

Das zurückliegende Jahrzehnt ist das wärmste seit dem Beginn der wissenschaftlichen Wetteraufzeichnungen im Jahr 1850, und 2007 war in der nördlichen Hemisphäre das zweitwärmste Jahr seit dem Beginn der Messungen. Die Temperaturen steigen mit zunehmender Geschwindigkeit, weltweit schmelzen die Gletscher ebenfalls mit zunehmendem Tempo.

Die SPD Schleswig-Holstein hat sich das Ziel gesetzt, in unserem Land bis zum Jahr 2050 den Ausstoß von Kohlendioxid-Emissionen (CO₂) gegenüber 1990 um 80 % zu reduzieren. „Dies zu erreichen, ist realistisch“, erklärte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay, in einer Pressekonferenz in Kiel.

Der umweltpolitische Sprecher Konrad Nabel stellte dazu einen Zehn-Punkte- Aktionsplan vor, dessen Schwerpunkt auf dem Energiebereich liegt. Die höchste Priorität hat Energieeinsparung; dazu gehören Information der Bürgerinnen und Bürger, Maßnahmen bei landeseigenen Liegenschaften, Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen, Förderprogramme und Maßnahmen im Wohnungsbau.

Bis 2020 soll der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung auf 30 % ausgebaut werden und die Stromproduktion zu 100 % aus erneuerbaren Energien erfolgen. Auch für die Bereiche Mobilität, Landwirtschaft und Bildung für nachhaltige Entwicklung stellte Nabel konkrete Maßnahmen vor. Die Aufgaben der Landwirtschaft betreffen die Reduzierung der Düngung und die Renaturierung der Moore. Auf diese Weise kann die Produktion von Lachgas und Kohlendioxid erheblich reduziert werden.

Stefan Bolln, der im SPD-Landesvorstand für Umwelt und Energie zuständig ist, informierte über das regenerative Kombikraftwerk zur Energieerzeugung ohne Atomstrom und fossile Energieträger. Es handelt sich dabei um einen Verbund verschiedener kleinerer dezentraler Kraftwerke zur Energieerzeugung aus regenerativen Quellen wie Wind, Wasser, Sonne, Erdwärme und Biomasse. Die Energieträger Wind und Sonne sind naturgemäß wetterabhängig, während Biomasse, Erdwärme und Wasserkraft grundlastfähig sind. Im Gegensatz zu konventionellen Kraftwerken (AKW, Kohle) können speziell die Bioenergiekraftwerke sehr schnell

auf Bedarfsveränderungen reagieren und so die notwendige Regelleistung zur Verfügung stellen und Kapazitätsschwankungen ausgleichen.

Aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels - laut IPCC-Bericht (Intergovernmental Panel on Climate Change / Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe über den Klimawandel) bis 2100 um 37 bis 58 cm - muss der Küstenschutz in Schleswig- Holstein verstärkt werden, so Lothar Hay. Er schlägt ein langfristiges Küstenschutzmanagement vor, das aufgrund von Modellierungen Raumordnungspläne erarbeitet, die aufzeigen, in welchen Zeitabschnitten welche Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Hay verwies in diesem Zusammenhang auf den Rückbau von Deichen in den Niederlanden, wo so wieder Überflutungsbereiche geschaffen wurden. Denn wo das Wasser sich flächenhaft ausbreiten kann, werden die Schäden für Siedlungsbereiche geringer ausfallen.

Anhang

Zehn-Punkte-Aktionsplan der SPD-Landtagsfraktion:

1. Energiesparen

Energie einzusparen hat die höchste Priorität und soll über Information, Maßnahmen bei landeseigenen Liegenschaften, Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen und Förderprogramme verwirklicht werden.

2. Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung, Gebäudesanierung

Der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung soll bis 2020 bei 30 % liegen.

3. Kombikraftwerke, alternative Energien

Strom soll bis 2020 zu 100 % mit erneuerbaren Energien produziert werden.

4. Geothermie

Sowohl die oberflächennahe als auch die Tiefengeothermie kann in Schleswig-Holstein genutzt werden. Mit der Geothermie wird die Wärme der Erde genutzt.

5. Atomausstieg

Die Atomenergie ist nicht nur nicht nötig, sondern kann im Falle eines Unfalls auch sehr gefährlich sein. Zudem ist die Müllentsorgung sehr problematisch.

6. Kohleausstieg

Zur reinen Stromgewinnung reichen die regenerativen Energieträger aus. Zur Herstellung von Wärme können als Übergangslösung dezentrale Kraftwerke in Verbindung mit der Kraft-Wärme-Kopplung genehmigt werden.

7. Mobilität mit weniger CO₂ (Ausbau ÖPNV und Radwegenetz)

Durch den Ausbau des Fahrradwegenetzes und des ÖPNV sollen Fahrten im Nahbereich, der Arbeitsweg und die Mobilität der Touristen mit geringem CO₂-Ausstoß möglich sein.

8. Reduzierung des Düngeeintrags in der Landwirtschaft

Durch die Verwendung von stickstoffhaltigem Dünger entsteht Lachgas, das 310mal höhere Treibhauswirksamkeit hat als CO₂. Daher muss der Einsatz von Düngemitteln reduziert werden.

9. Moorrenaturierung (Kohlenstoff- und Stickstoffbindung)

Durch die Entwässerung der Moore werden große Mengen CO₂ frei. Durch die Renaturierung könnten wieder bis zu 200 kg Kohlenstoff pro Jahr und Hektar in den Mooren gebunden werden.

10. Bildung für nachhaltige Entwicklung zur Sensibilisierung der Bevölkerung

Motivation durch Umweltbildung von Kindern und Jugendlichen mit dafür ausgearbeiteten Materialien.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 15.01.2008, 08:56 Uhr - 4469 Clicks - Nr. 28

Lothar Hay: Schule für Hörgeschädigte soll gebundene Ganztagschule werden

„Die Internatsschule für Hörgeschädigte ist als Einrichtung für Kinder mit Handicap, von denen ein Großteil aus schwierigen sozialen Verhältnissen kommt, geradezu prädestiniert für eine gebundene Ganztagschule.“ Dieses Fazit zog Lothar Hay nach einem Gespräch mit dem Schulleiter Ingo Degner in Schleswig

Hay absolvierte in der Schule für Hörgeschädigte seinen letzten Besuch als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.

Er versprach, sich dafür einzusetzen, dass die Schule aus dem vorgesehenen Pool von 50 Stellen, mit denen – zunächst an sozialen Brennpunkten – verpflichtende Ganztagschulen entstehen sollen, vier Stellen erhält, um Nachmittagsunterricht

introduzieren zu können. Da Träger dieser landesweiten staatlichen Einrichtung das Sozialministerium sei, werde er mit Ministerin Trauernicht sprechen, denn das Sozialministerium muss als Träger dieser Schule den Antrag an das Bildungsministerium stellen.

„Die Schule hat als überregionales Beratungs- und Förderzentrum ein landesweites Einzugsgebiet“, so Lothar Hay nach dem Gespräch mit Ingo Degner. Deshalb sei eine

offene Ganztagschule mit unverbindlichen Nachmittagsangeboten nicht möglich, denn die dann erforderliche flexible An- und Abfahrt zur Schule würde zusätzliche Fahrtkosten verursachen, die die Kostenträger nicht übernehmen würden. Die Schule besuchen 170 hörgeschädigte und schwerhörige Kinder aus ganz Schleswig-Holstein, 70 von ihnen wohnen im angeschlossenen Internat. „Die Schule für hörgeschädigte

Kinder muss ebenso wie Förderschulen für Kinder mit geistiger oder körperlicher Behinderung nach den Richtlinien des Bildungsministeriums gefördert werden. Das gilt auch für die Förderung als gebundene Ganztagschule, so der SPD-Fraktionsvorsitzende.

Lothar Hay zeigte sich nach dem Besuch der Schule – er nahm als Zuschauer auch am Unterricht teil – beeindruckt von den Leistungen für die hörgeschädigten jungen

Menschen, denen mit dieser auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Förderung der Weg für eine umfassende Bildung und in ein „normales“ Erwachsenenleben geebnet werde.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 15.01.2008, 13:47 Uhr - 3581 Clicks - Nr. 29

Roland Koch im Ausnahmezustand

Zum Vorschlag des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, in Ausnahmefällen das Jugendstrafrecht auf Kinder anzuwenden, erklärt der Vorsitzende des Arbeitskreises Justiz und Europa der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Der Vorstoß des hessischen Noch-Ministerpräsidenten Roland Koch, in Ausnahmefällen das Jugendstrafrecht auf Kinder unter 14 Jahren anzuwenden, macht erschreckend deutlich, wie dringend notwendig die von der SPD geforderte Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz ist.

Dort könnte Roland Koch dann nachlesen, dass auch nach der UN-Kinderrechtskonvention der Staat vorrangig für das Wohl eines Kindes und nicht eines angezählten Wahlkämpfers zu sorgen hat.

Die Anwendung des Strafrechts ist der schwerste Eingriff des Staates in die Rechte seiner Bürger. Aus gutem Grund unterliegt dieser sehr engen gesetzlichen Bestimmungen und gerichtlicher

Kontrolle. Wenn ein deutscher Politiker ernsthaft vorschlägt, dessen „Elemente“ in „Ausnahmefällen“ auch gegen „Zielgruppen“ einsetzen zu wollen, die nach dem Willen des Gesetzgebers gerade nicht bestraft, sondern notfalls in Einrichtungen der Jugendhilfe erzogen werden sollen, ist dies nicht nur rechtsstaatlich ein Skandal. Dies gilt umso mehr, als konservative Kreise in der Union noch bis vor kurzem den Erziehungsgedanken als Leitmotiv des Jugendstrafrechts zugunsten von Sühne und Vergeltung abschaffen wollten und erst das Bundesverfassungsgericht dem Spuk ein Ende machte. Kinder gehören nicht in den Knast, sondern müssen notfalls auch mit intensiver staatlicher Hilfe lernen, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden.

Es ist – auch in Hessen – Aufgabe der Jugendhilfe, das Abgleiten von Kindern in die Kriminalität zu verhindern und ihre Erziehung sicherzustellen, wenn ihre Eltern dazu nicht willens oder in der Lage sind.

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 15.01.2008, 17:39 Uhr:

RE:Roland Koch im Ausnahmezustand

Was Roland Koch hier veranstaltet war früher unter der Formel "denn geh doch nach drüben" das Ende einer Argumentationskette, die ihren inhaltlichen Sinn verloren hatte. Offenbar brauchen die Rechten ein Feindbild, um sich selbst aufzurichten. Bedauerlich, wenn ein Ministerpräsident bei den verzweifelten Versuchen seine Niederlage in der Wahl zu vermeiden sich so weit versteigt. Hier wird das demokratische Grundverständnis, dass man auch eine andere Mehrheit als die der eigenen Partei zu ertragen hat, bis über ihre Grenzen strapaziert. Kinder als Feindbild aufzubauen ist in keiner Weise eine akzeptable politische Diskussionskultur, auch nicht im Wahlkampf. Wie Rolf Fischer ausführt, muss den in Rede stehenden Kindern geholfen werden und ihrem kriminellen Verhalten Einhalt geboten werden. Wenn man die zweifelhaften statistischen Zusammenhänge beleuchtet, die von diesem Süddeutschen (Spitzen-)Politiker verwendet werden, sollte man vielleicht eher die Zusammenhänge zwischen Kriminalität und sozialer Herkunft sowie eigener Gewalterfahrung im Kindesalter herstellen. Dann wird ein Schuh draus. Wenn man dann noch Zusammenhänge zwischen der Ausstattung von Polizei und Justiz mit der Entwicklung der Jugendkriminalität herstellt, wird klar, warum in Hessen das Problem besonders dratisch ist. Hier schimpft der Verursacher über die Folgen seines Tuns, damit alle glauben, dass er es nicht gewesen ist. Wäre Koch mit seinen eigenen Versäumnissen genauso radikal zu Gericht gegengen, hätte er den Wählern aber nur noch empfehlen können, jemand zu wählen, der sich damit auskennt. Diesmal sind diese Personen nicht auf den gelben sondern auf der roten Seite zu finden. Rudolf Riep

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 16.01.2008, 08:08 Uhr - 1383 Clicks - Nr. 30

Hahn: Gebel, van Ancken und Volquartz wollen keine Zukunft für K.E.R.N.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Jürgen Hahn erklärt zu Frau Volquartz' (CDU) erklärtem Austritt aus der Technologie-Region K.E.R.N. e.V. :

"Die SPD-Ratsfraktion bedauert den vorsorglich erklärten Austritt sämtlicher KERN-Mitglieder zum Ende diesen Jahres. Diese behebbare Fehlentwicklung ist die Folge der ausschließlich parteitaktisch motivierten, systematischen Demontierung der K.E.R.N. Region durch die CDU im Landkreis Plön und im Landkreis Rendsburg-Eckernförde zusammen mit Frau Volquartz.

Die CDU hatte sich im K.E.R.N.-Vorstand isoliert und ihnen fehlte die Mehrheit.

Die jetzt durch die Landräte Gebel und van Ancken sowie Frau Volquartz mit Gewalt

vorangetriebene Gründung einer gemeinsamen Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist der durchschaubare parteitaktische Versuch, Gewerkschaften und Verbände der Wirtschaft aus wichtigen Entscheidungswegen zu verdrängen. Ihr Denken und Handeln ist dabei allein auf wirtschaftliche Interessen beschränkt.

Dass der Kieler Grüne Fraktionsvorsitzende Oschmann seine Fraktion und seine Partei dazu treibt, diese Entdemokratisierung regionaler Zusammenarbeit und Entmündigung mitzumachen, ist schon bemerkenswert.

Wir wollen K.E.R.N. weiter entwickeln und legen der Ratsversammlung den unten stehenden Alternativantrag vor."

Alternativantrag zur Ratsversammlung am 17.01.2008, Drs.0037/2008

Betreff: Kooperationsraum K.E.R.N. gestalten

Antrag:

Die Landeshauptstadt Kiel wird die Mitgliedschaft im Verein Technologieregion K.E.R.N. nutzen, um kommunal verankerte freiwillige Kooperationsräume für eine gemeinsame wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung der Kooperations- und Verwaltungsregion voranzubringen.

1.) Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, die Zusammenarbeit mit den Kreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde sowie mit der Stadt Neumünster in ausgewählten Bereichen der Wirtschaftsförderung (z.B. Standortmarketing) zu intensivieren.

Darüber hinaus wird die Oberbürgermeisterin aufgefordert, mit K.E.R.N. e.V und interessierten Kommunen Verhandlungen über die Gestaltung eines gemeinsamen freiwilligen Kooperationsraumes zur Umsetzung einer Verwaltungsstruktur- und Funktionalreform zu führen.

2.)Hierzu legt die Oberbürgermeisterin der Ratsversammlung ein mit den beteiligten Gebietskörperschaften abgestimmtes, detailliertes, umsetzungsfähiges Konzept bis zum 30.09.2008 vor. Dabei ist In zeitlicher Hinsicht zu berücksichtigen, dass auch die im Mai 2008 neu gewählten Vertretungskörperschaften der beteiligten Kreise und kreisfreien Städte die Möglichkeit erhalten sollen, ihre Vorstellungen in den Diskussionsprozess einzubringen. Es sollen insbesondere die folgenden Möglichkeiten einer kommunalen Zusammenarbeit ausgelotet bzw. entwickelt werden:

- Personalverwaltung,**
- Sozialwesen,**
- Trägerschaft für den ÖPNV,**
- Bauverwaltung,**
- Gemeinsame Immobilienwirtschaft/Liegenschaftsverwaltung,**
- Natur- und Umweltschutz,**
- Energieversorgung und Klimaschutz,**
- Kulturbetrieb und -verwaltung,**
- Gesundheits- und Krankenversorgung,**
- Sportanlagen und Schwimmbäder,**
- Beschaffungswesen,**
- Abfallwirtschaft,**
- Standortvermarktung und Wirtschaftsförderung (inklusive Cluster-**

- und Regionalmanagement),**
- Tourismus,
- Flächenentwicklung und Flächennutzungsplanung,
- weitere Sondervorhaben (z.B. Küstenzonenmanagement).

3.) Die neue Struktur wird die Grundlage bilden, die erfolgreiche Zusammenarbeit Technologieregion K.E.R.N. e.V., die einen eingeführten Markennamen darstellt, fortzuführen.

Begründung:

Die bisherigen Aktivitäten im Bereich der Technologieregion K.E.R.N. sind Grundlage einer interkommunalen Kooperations- und Verwaltungsregion, die einerseits den Anforderungen des internationalen Wettbewerbs und andererseits den Leitlinien zur Verwaltungsstruktur- und Funktionalreform gerecht werden.

Es wird angestrebt, durch die kommunale Mitwirkung über Kooperationsräume zukünftig die im Rahmen der Funktionalreform übertragenen neuen Aufgaben wahrnehmen zu können..

Für die Umsetzung einer kommunalen Zusammenarbeit sind aus sachlichen Gründen fraktionsübergreifende Lösungen zu suchen. Die Entwicklung von Lösungen soll vor den Kommunalwahlen angestoßen werden. Nach den Kommunalwahlen sind sie mit den neu gewählten Vertretern verbindlich zu regeln, um Planungssicherheit und Nachhaltigkeit sicherzustellen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 16.01.2008, 08:11 Uhr - 1767 Clicks - Nr. 31

Stück zum Rest - ZOB: Gucken, was geht

Die baupolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesine Stück erklärt zur städtebaulichen Neuordnung des ZOB-Areals:

"Mit der "unerwarteten" Erkenntnis über die Schrottreife des ZOBs ist der im Juli 2007 durchgeführte Fassadenwettbewerb Makulatur. Daher wird die SPD-Fraktion in der Ratsversammlung am kommenden Donnerstag die Auslobung eines Wettbewerbs zur Neuordnung der ZOB-Restfläche - wie es die Verwaltung vorgeschlagen hat - beantragen.

Nun bietet sich die Chance für einen Wettbewerb, in dem die Möglichkeiten einer städtebaulichen Neuordnung des Areals sowie die Etablierung zusätzlicher, den Bereich belebender Nutzungen untersucht werden.

Dabei spielt eine Rolle, inwieweit ein mehrgeschossiges Parkhaus sowie Raum für weitere Nutzungen (Dienstleistungen, Einzelhandel...) geschaffen werden können. Es ist zu untersuchen, ob die Funktion des Busfernverkehrs in den Straßenraum verlegt werden kann. Ziel des Wettbewerbs soll es auch sein, eine finanzielle Tragfähigkeit aufzuzeigen.

Außerdem soll die Einbeziehung der Fläche des Bollhörnkais in den Wettbewerb, die ebenfalls zur Entwicklung ansteht, geprüft werden.

Diese Chance wollen wir für das exponierte Grundstück (Innenstadt, Wasserlage, Verkehrsknotenpunkt) nutzen."

Keine Kommentare

Nord-SPD-Frauen für Andrea Ypsilanti -denn nicht nur Hessen hat die Wahl!

Die AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) Lübeck und Schleswig-Holstein unterstützt die SPD-Bewerberin zur Landtagswahl in Hessen am 27. Januar, Andrea Ypsilanti, und wünscht ihr ein überzeugendes Ergebnis, an dem keine andere Partei und kein Politiker vorbeikann.

„Die Zeit ist reif für Andrea Ypsilanti! - Diesen Wahlslogan der Hessen-SPD können wir voll und ganz unterschreiben“ – so die Nord-SPD-Frauen, die im Weiteren ausführen:

„Hessen braucht dringend eine andere Politik – sowohl im Stil als auch in den Inhalten. Roland Kochs unsägliche ‚Kinderknast‘-Initiative (die glücklicherweise von seinen eigenen Parteifreunden inzwischen einkassiert worden zu sein scheint) und der Missbrauch eines schrecklichen Verbrechens für bloße Wahlkampfzwecke sind ja bloß die Spitze des Eisberges. Ein Populismus, der vor primitivsten Hetzparolen nicht zurückschreckt, soll vergessen machen, dass Roland Koch und seine CDU in der Regierungsverantwortung selbst die Zustände mit herbeigeführt haben, die sie jetzt lautstark beklagen.

Wer jahre-, gar jahrzehntelang Immigration verleugnet und an den Rand drängt, um dann fehlende Integration zu bemängeln, handelt zutiefst unaufrichtig; genauso, wer dem Schulwesen keine zeitgemäße Entwicklung gönnt und damit Chancengleichheit blockiert, um nachher mit dem Finger auf kriminelle Karrieren von Jugendlichen ohne Abschluss und ohne Ausbildung zu zeigen.“

Von Schleswig-Holstein, wo – sogar in einer Großen Koalition – die Einführung von Gemeinschaftsschulen möglich war, hätte die hessische Regierung lernen können, wie bessere Bildungspolitik gemacht wird. Stattdessen sei sie stur bei den alten Zöpfen geblieben. Erschreckend finden die Sozialdemokratinnen auch, dass Hessen in der Kriminalitätsentwicklung Jugendlicher eine der schlechtesten Bilanzen aller Bundesländer vorzulegen habe. Jetzt wolle man mit Aktionismus das Ruder herumreißen – dazu mit Maßnahmen, die erwiesenermaßen noch niemals Straftaten verhindern konnten (wie viele JuristInnen inzwischen herausgestellt haben).

Eine solche Strategie entlarvt sich eigentlich selber, meint die AsF. „Die Hessen sind schlau“, sagte schon Willy Brandt – und darauf sei auch für den Wahltag in eineinhalb Wochen zu hoffen.

„Aber wir werben für Andrea Ypsilanti nicht nur deswegen, weil sie die Alternative zu Roland Koch ist“, stellen ihre Unterstützerinnen im gleichen Zuge klar, „sondern als eine ungemein kundige, couragierte und sympathische Politikerin – genau die richtige Wahl, nicht nur für Hessen!“ Wer in der SPD Andrea noch nicht kannte, konnte sie auf dem Hamburger Parteitag kennen lernen, wo sie bei der Wahl in den Bundesvorstand verdient ein Spitzenergebnis einfuhr. Wer sie jetzt noch nicht kennt und gleichfalls unterstützen möchte, sei auf die Website www.initiative-ypsilanti.de hingewiesen.

Ihr Regierungsprogramm gründet sich auf die fünf Säulen:

1. Soziale Gerechtigkeit für Familien
2. Chancengleichheit in der Bildungspolitik
3. Gleichberechtigung für Frauen
4. Ökologische Nachhaltigkeit und neue Energien in Hessen
5. Soziale Nachhaltigkeit beim Wirtschaften zum Wohle aller.

„Dies sind politische Schwerpunkte, von denen nicht nur Hessen profitieren würde“, ist die Nord-AsF sicher. „Darum unterstützen wir mit vollem Herzen Andrea Ypsilanti und wünschen ihr für den Wahltag viel Erfolg!“

Keine Kommentare

[SPD-Husby](#) - veröffentlicht am 16.01.2008, 21:32 Uhr - 4122 Clicks - Nr. 33

Ausstellung: Die Straße der zerstörten Träume

Mit der Ausstellung "Die Straße der zerstörten Träume. Langzeitarbeitslosigkeit aus Sicht der Betroffenen" soll dieses Thema sichtbar und diskussionsfähig gemacht werden.

Die Lebenssituation Erwerbsloser und ihrer Angehörigen, die Gefühle und Hoffnungen der Betroffenen, ihre Anstrengungen und Probleme, die gesellschaftliche Spaltung zwischen Arbeitsplatzbesitzenden und Arbeitslosen, die Schwächen der Arbeitsmarktpolitik, das alles sind Themen, die ins Bewusstsein gebracht werden sollen.

Die Ausstellung wird vom Arbeitsminister des Landes SH, unserem Genossen Uwe Döring eröffnet werden und wird vom 24. Januar bis 13. Februar 2008 gezeigt.

Öffnungszeiten:

Montag bis Mittwoch 9 bis 17 Uhr

Donnerstag 9 bis 19 Uhr

Freitag 9 bis 13 Uhr



Ausstellungseröffnung Donnerstag, 24. Januar 2008

Bürgerhalle Flensburg, 18 Uhr

Rathausplatz 1

Für die Ausstellungseröffnung wird um Anmeldung gebeten unter 0461/851529 oder unter schramm.angelika@stadt.flensburg.de

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 16.01.2008, 23:47 Uhr - 3293 Clicks - Nr. 34

Grote gefährdet Landesgartenschau

Sozialdemokraten warnen Oberbürgermeister Grote vor ignorantem Umgang mit Naturschutzverbänden

"Fakten schaffen zu wollen, ohne dabei auf den Rat von Naturschutzexperten zu hören - dieser Betonkopf-Mentalität hat das Verwaltungsgericht endlich einen Riegel vorgeschoben.", mit diesen Worten kommentiert der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Heiner Köncke den gerichtlichen Stop des vorzeitigen Baubeginns auf dem Gelände der Landesgartenschau.

"Wenn Herr Grote es mit der Landesgartenschau ernst meint, muß er sich jetzt mit den Naturschutzverbänden an einen Tisch setzen und die vorgetragenen Bedenken bei der weiteren Planung vollständig berücksichtigen.

Der Plan im Stillen unumkehrbare Fakten zu schaffen ist gescheitert und hat der Glaubwürdigkeit und dem Ansehen der Realisierungsgesellschaft und dem Projekt selbst schweren Schaden zugefügt. Zu den finanziellen Taschenspielertricks im städtischen Haushalt, den sogenannten Schattenhaushalten, gesellen sich jetzt auch noch Ignoranz und Verhandlungsunfähigkeit."

Für die Norderstedter Sozialdemokraten bleibt es dabei:

Sie unterstützen die Ausrichtung der Landesgartenschau 2011 weiterhin, sofern der abgesteckte Kostenrahmen von 12,5 Millionen Euro nicht überschritten wird und die versteckten Kosten für Pflege und Instandhaltung des Stadtparkgeländes im städtischen Haushalt dem Etat der LGS in vollem Umfang angerechnet werden.

"Damit stellen wir sicher, daß es in dieser Stadt endlich wieder zu einer Balance zwischen diesem Leuchtturmprojekt und den notwendigen Investitionen in Jugend, Bildung, Kinderbetreuung und Kultur kommt.", so Köncke abschließend.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 17.01.2008, 00:07 Uhr - 7082 Clicks - Nr. 35

MdB Sönke Rix: Vorrang für Prävention

Keine Frage: die Meldungen und die Bilder von Gewaltexzessen aus den letzten Wochen sind schlimm. Aber haben wir es – wie einige uns glauben machen wollen – mit zunehmender Jugendkriminalität zu tun? Die Zahlen sprechen eher eine andere Sprache, zumindest aber keine eindeutige.

Unabhängig von dieser Frage muss uns das Phänomen Gewaltkriminalität als Daueraufgabe beschäftigen. Es taugt nicht für eine überhitzte Debatte zur Verbesserung von Wahlchancen. Im Kern geht es um zwei unterschiedliche Fragen: Wie verhindern wir, dass Jugendliche überhaupt gewalttätig werden? Und: Wie gehen wir mit straffällig gewordenen Jugendlichen um? Arrest-Camps, höhere Strafmaße und eine Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters – da sind sich fast alle Experten für Jugendstrafrecht einig - sind keine Lösung. Die bestehenden Gesetze reichen aus, um kriminelle Jugendliche angemessen zu bestrafen. Das Hauptproblem liegt darin, dass oft nicht schnell genug verurteilt wird und so eine Distanz zwischen der Tat und der darauf folgenden Strafe entsteht. Eine rasche Verurteilung und ein schneller Vollzug helfen, Jugendlichen klar zu machen, welche Konsequenzen ihre Straftat hat. Um dies zu gewährleisten, benötigen die Bundesländer genügend Jugendrichter, Staatsanwälte und Polizeibeamte. Genau daran mangelt es besonders auffallend in Hessen. Gerade in dem Land, in dem der wahlkämpfende Ministerpräsident Roland Koch nach mehr Härte schreit. Wer jedoch hunderte Richterstellen streicht und bei der Polizei spart, muss sich nicht wundern, wenn sein Bundesland bei der Bearbeitungszeit zwischen Verbrechen und Gerichtsverhandlung auf dem letzten Platz liegt. Roland Koch entlarvt sich selbst als ein unglaublicher Populist: in Worten ist er groß, in Taten jedoch winzig klein. Wichtiger als die Diskussion über Strafverschärfung ist die Frage nach den Ursachen. Nicht, um Entschuldigungen für die Täter zu suchen, sondern um präventiv tätig werden zu können. Denn am besten ist es, wenn Straftaten gar nicht erst begangen werden. Ich selbst komme aus dem pädagogisch-sozialen Bereich und kann versichern, dass allein mit Härte nichts zu erreichen ist.

Präventive Maßnahmen sind wichtig: Sie bestehen z. B. in gleichen Bildungschancen, in guter Jugendarbeit, in einem Ausbildungsplatz für jeden und natürlich in einer guten Integrationspolitik. Das ärgerliche an der aktuellen Debatte ist, dass diese Erkenntnisse gar nicht so besonders neu und bei den Fachleuten auch nicht umstritten sind. Offenbar ist man mancherorts aber eher gewillt, viel Geld für Strafvollzug statt für Prävention auszugeben. Das kann man im Wahlkampf, am Stammtisch und in der Bild-Zeitung einfacher vertreten. Es hilft aber nicht weiter.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 17.01.2008, 10:43 Uhr - 11847 Clicks - Nr. 36

KKW-Betreiber sollen über Alternativen nachdenken

Nach der Entscheidung des Schleswiger Oberverwaltungsgerichts, dem Energiekonzern Vattenfall die Verlängerung der Betriebsgenehmigung für das Kernkraftwerk Brunsbüttel zu versagen, fordert der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen das Unternehmen auf, sich nun endlich mit der Situation abzufinden.



„Statt sich irgendwelche Reststrommengen schönzurechnen und nun auch noch in die nächste Instanz zu ziehen, sollte Vattenfall seine Intelligenz lieber darauf verwenden, Lösungen für Brunsbüttel nach dem Ende der Kernkraftära zu suchen“, sagt der Abgeordnete.

Vattenfall will mit der angekündigten Klage beim Bundesverwaltungsgericht das Stromproduktionskontingent des bereits stillgelegten Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich auf Brunsbüttel übertragen lassen, um eine Verlängerung des Betriebs um zweieinhalb Jahre zu erreichen, während sich ein weiterer Antrag beim Bundesumweltministerium auf die Übertragung von Kontingenten aus Krümmel stützen soll. „Aber irgendwann müssen sie doch endlich zu der Erkenntnis kommen, dass sie das Atomausstiegsgesetz nicht länger wegnörgeln können“, wünscht sich Thießen von den Betreibern des Brunsbütteler KKW. „Jetzt kommt es doch darauf an, möglichst zügig eine Alternative bieten zu können, wenn der alte Meiler endgültig abgeschaltet wird.“ Thießen gibt zu bedenken, dass moderne Gaskraftwerke bei ähnlich langfristiger Versorgungssicherheit deutlich geringere Umweltbelastungen und niedrigere CO₂-Emissionen aufweisen würden. „Auch das muss jeder verstehen: Wir machen ernst mit dem Klimaschutz“, sagt Thießen. „Spätestens 2013, wenn die kostenlose Zuteilung der Emissionszertifikate ausläuft, wird sich herausstellen, wie sinnvoll die Entscheidung für ein hocheffizientes Gaskraftwerk wäre.“

Keine Kommentare

[AG60plus - Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 17.01.2008, 13:53 Uhr - 5157 Clicks - Nr. 37

Winterliches Kaffeetrinken der AG 60plus

Die Seniorinnen und Senioren der Arbeitsgemeinschaft 60plus trafen sich zu ihrem schon zur Tradition gewordenen „Winterlichen Kaffeetrinken“ im „Café Kreativ“ in St. Michaelisdonn. Zu Beginn begrüßte der Vorsitzende der AG 60plus Dithmarschen, Klaus Steinschulte, die zahlreich erschienenen Gäste. Er gab einen kurzen Rückblick auf die Veranstaltungen im Jahr 2007 und einen Ausblick auf das Jahr 2008. Unter anderem sind eine Fahrt nach Kiel zum Beuch des Landtags und eine Fahrt zu den Anfängen der Sozialdemokratie – Eisenach, Weimar, Gotha, Erfurt –, eine Veranstaltung zum neuen Pflegegesetz und weitere Veranstaltungen geplant. Weiter bedankte er sich für die geleistete Unterstützung. Ohne diese wäre die Arbeit nicht zu leisten. Zum Dank für seine geleistete Arbeit überreichten die Anwesenden einen Blumenstrauß an Klaus Steinschulte. Die Senioren/innen in der Dithmarscher SPD befassen sich sehr intensiv mit allen Bereichen des politischen Lebens auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Dabei darf aber das gesellschaftliche Miteinander nicht zu kurz kommen.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 17.01.2008, 16:29 Uhr - 46589 Clicks - Nr. 38

Neubesetzungen der SPD in Koalitionspremien

Nach der am 15. Januar erfolgten Kabinettsumbildung besetzt die SPD die mit dem Koalitionspartner festgelegten Kommunikationspremien der Großen Koalition neu. Dazu erklärt Amin Hamadmad, Sprecher des SPD-Landesverbandes:

„Durch die Wahl von Ralf Stegner zum SPD-Fraktionsvorsitzenden und die Ernennung von Lothar Hay zum Innenminister werden seitens der SPD Nachbesetzungen in der sog. ‚Kleinen Koalitionsrunde‘ und im Koalitionsausschuss nötig.

In der sechsköpfigen ‚Kleinen Koalitionsrunde‘ werden für die SPD zukünftig die stellvertretende Ministerpräsidentin Ute Erdsiek-Rave, der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Dr. Ralf Stegner und der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Andreas Breitner verhandeln.

In den paritätisch besetzten Koalitionsausschuss wird ein bisher noch nicht benanntes Mitglied der SPD-Landtagsfraktion für den ausgeschiedenen Lothar Hay nachrücken. Die Verhandlungsführung auf der SPD-Seite liegt wie bisher beim SPD-Landesvorsitzenden Dr. Ralf Stegner.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 18.01.2008, 10:20 Uhr - 1434 Clicks - Nr. 39

Kietzer: Schnellstmöglich Stadtverordnung zu Sonntagsöffnungen 2008 erlassen!

Anlässlich der Einigung von Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammer Kiel und Kirchen über sieben Sonntage im Jahr 2008, an denen Ladenöffnungen möglich sein sollen, erklärt die Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer:

"Die SPD-Ratsfraktion sieht sich in ihrem Bestreben bestätigt, im Dialog mit den betroffenen Akteuren, also den Gewerkschaften, Wirtschaftsorganisationen und Kirchen einvernehmlich die sonntäglichen Ladenöffnungszeiten zu regeln.

So sind Lösungen möglich, die den Interessen aller gerecht werden. Eine schöne Alternative zu der ideologischen Liberalisierungsrhetorik, die die Bürger sonst von der Rathausmehrheit vernehmen müssen.

Wir fordern nun so schnell wie möglich, dass die Einigung von Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammer und Kirchen auch rechtliche Gültigkeit erlangt. Dazu muss die Oberbürgermeisterin - sie ist nach dem Gesetz allein und nicht die Ratsversammlung für die Entscheidung zuständig - eine entsprechende Stadtverordnung erlassen. Dazu wird die SPD-Ratsfraktion sie in der heutigen Ratsversammlung mit einem Dringlichkeitsantrag auffordern. Wir rechnen mit der Zustimmung der Mehrheitsfraktionen, die sich ja bereits positiv geäußert haben. Um einmal Goethe zu zitieren: Der Worte sind genug gewechselt, lasst uns auch endlich Taten sehen!"

Dringlichkeitsantrag zur Ratsversammlung am 17.01.2008 Drs.Nr. 0052/2008

Betreff: Sonntagsöffnungen 2008

Antrag:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, so bald wie möglich eine Stadtverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass an Sonn- und Feiertagen für das Jahr 2008 mit folgenden Inhalten zu erlassen:

1. Verkaufsstellen dürfen nur an den nachstehenden Sonntagen außerhalb der Gottesdienstzeiten geöffnet werden:

a. am 02. März 2008 aus Anlass des "Kieler Umschlages" für den Bereich der Kieler Innenstadt zwischen Schlossgarten - Wall - Kaistraße - über Hauptbahnhof - Ringstraße - Schützenwall - Exerzierplatz - Dammstraße - Lorentzendamm;

b. am 27. April 2008 aus Anlass der "Schwedischen Woche" für den Bereich der Kieler Innenstadt zwischen Schlossgarten - Wall - Kaistraße - über Hauptbahnhof - Ringstraße - Schützenwall - Exerzierplatz - Dammstraße - Lorentzendamm, Verkaufsstellen im Einkaufszentrum CITTI-Park im Mühlendamm 1, die Verkaufsstellen im Einkaufszentrum PLAZA im Winterbeker Weg 44 und das Möbelhaus IKEA im Westring 1;

c. am 01. Juni 2008 aus Anlass des Festes zum "Internationalen Tag der Umwelt" für den Bereich der Verkaufsstellen in der Holtenuer Straße zwischen Dreiecksplatz und Wrangelstraße einschließlich abzweigender Nebenstraßen;

d. am 14. September 2008 aus Anlass des "Brunnenfestes" in Gaarden;

e. am 28. September 2008 aus einem besonderen, noch näher zu bestimmenden Anlass für den Bereich der Verkaufsstellen im Einkaufszentrum CITTI-Park im Mühlendamm 1, die Verkaufsstellen im Einkaufszentrum PLAZA im Winterbeker Weg 44 und das Möbelhaus IKEA im Westring 1

f. am 12. Oktober 2008 aus Anlass des "Kieler Bauern- und Regionalmarktes" für den Bereich der Kieler Innenstadt zwischen Schlossgarten - Wall - Kaistraße - über Hauptbahnhof - Ringstraße - Schützenwall - Exerzierplatz - Dammstraße - Lorentzendamm;

g. am 02. November 2008 aus einem besonderen, noch näher zu bestimmenden Anlass für den Bereich der Verkaufsstellen im Einkaufszentrum CITTI-Park im Mühlendamm 1, die Verkaufsstellen im Einkaufszentrum PLAZA im Winterbeker Weg 44 und das Möbelhaus IKEA im Westring 1.

2. Aus besonderen Anlässen kann an den in Ziff. 1 bezeichneten Terminen auch in weiteren Teilen des Stadtgebietes die Öffnung von Verkaufsstellen zugelassen werden. Die Zulassung weiterer Sonntagsöffnungen darf sich nicht auf das gesamte Stadtgebiet oder auf einen Teil erstrecken, der größer als die Hälfte des Stadtgebiets ist.

3. Sonn- oder Feiertagsverkäufe außerhalb der in Ziff. 1 und 2 genannten Ausnahmen und der sonstigen gesetzlichen Ausnahmebestimmungen sind im Stadtgebiet nicht zulässig.

Begründung:

Nach § 5 Abs. 1 des schleswig-holsteinischen Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten ist die Öffnung von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass an höchstens vier Sonntagen pro Jahr zulässig. Nach einem Erlass des Ministers für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr kann die Öffnung nur in bestimmten Stadtteilen gestattet werden. In diesem Fall darf die Höchstzahl von vier Sonntagen geringfügig überschritten werden. Die Einigung zwischen Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammer Kiel und Kirchen auf sieben Sonntage, an denen in jeweils unterschiedlichen Stadtteilen Verkaufsstellen öffnen dürfen sollen, entspricht diesen rechtlichen Vorgaben und stellt einen konstruktiven Kompromiss dar, der das Gebot der Sonntagsruhe und den Schutz der im Einzelhandel Beschäftigten angemessen berücksichtigt. Die Oberbürgermeisterin ist aufzufordern, diese vernünftige Lösung umzusetzen.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 18.01.2008, 12:03 Uhr - 46062 Clicks - Nr. 40

Ralf Stegner mit zusätzlicher Verantwortung

von Bettina Hagedorn (stellv. Landesvorsitzende, MdB)

Die SPD-Landtagsfraktion hat am Dienstag, den 15. Januar 2008, mit Mehrheit Ralf Stegner zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Er löst Lothar Hay ab, der am selben Tag ins Kabinett wechselte, um Innenminister zu werden.

Damit ist vollzogen, was Ralf Stegner, Ute Erdsiek-Rave und Lothar Hay im vergangenen September mit der CDU aushandelten, um die Große Koalition im Lande zu erhalten.

Das Interesse der Medien an diesem „Ämterwechsel“ war sehr groß und es fehlten auch diesmal nicht die Mahner und Zweifler, die fragten, ob es denn Ralf Stegner gelingen würde, das Vertrauen der Abgeordneten zu erringen. Diese Frage ist nun beantwortet und die SPD hat seit Dienstag eine klare Nummer 1.

An der Spitze von Partei und Fraktion steht aber keine Alleinherrscher, sondern ein hoch kompetenter Politiker, der weiß, dass alle Kräfte in der SPD gebraucht werden, um bei künftigen Wahlen die Schleswig-Holsteiner zu überzeugen, damit sie den Sozialdemokraten ihre Stimme geben.

Ralf Stegner hat in vielen unterschiedlichen Funktionen und Aufgabenfeldern bewiesen, dass er ein ausgezeichneter Teamspieler mit Spielmacherqualitäten ist, der – um im Bild zu bleiben – sowohl im Spielaufbau, als auch in Angriff und Abwehr starke Akzente setzen kann und will. Und das nicht

zur Selbstdarstellung, sondern immer mit dem Ziel, das Spiel zu einem Sieg für die Mannschaft zu führen.

Kritik an seiner Person und an seinem Politikverständnis ist Ralf Stegner gewohnt und wenn diese Kritik von der politischen Konkurrenz kommt, nimmt er sie beinahe als Auszeichnung. Kommt sie aber offen aus den eigenen Reihen, empfindet er sie als Bereicherung und als Herausforderung - er stellt sich der Kritik und sucht gemeinsam mit anderen nach noch besseren Lösungen.

An der Spitze der Fraktion steht ein würdiger Nachfolger Lothars Hays, der durch seine Arbeit dazu beitragen wird, dass die SPD Fraktion auch in Zukunft eine beachtete und beachtliche Kraft auf der politischen Landesbühne sein wird. Um im Sprachgebrauch der Fußballer zu bleiben: Die SPD-Fraktion mit ihrem neuen Vorsitzenden Ralf Stegner strebt bei der nächsten Wahl den Spitzenplatz an.

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 18.01.2008, 18:00 Uhr - 7451 Clicks - Nr. 41

Ausverkauf von Kreisinteressen

Wird aus K.E.R.N. jetzt KuH (Kiel und Hinterland)? Diese Frage stellt sich nach der Entscheidung des Hauptausschusses des Kreises Rendsburg-Eckernförde vom 17.01.2007. Dort hat die CDU-Mehrheit gegen alle Warnungen aller anderen im Kreistag vertretenen Parteien die Gründung einer gemeinsamen Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Kiel mit den Kreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde als Ziel beschlossen.

„Damit werden die Interessen des Kreises geschädigt und die Verhandlungsposition des Kreises gegenüber Kiel massiv beeinträchtigt“, so der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Gerhard Gehringer. „Die CDU zerstört mit ihrem Alleingang die bisherige Basis, Entscheidungen über die Thematik Wirtschaftsförderung im Konsens aller im Kreistag vertretenen Fraktionen zu diskutieren“, so Gehringer weiter.

Die CDU-Mehrheit hat sich damit auch über die einstimmige Entscheidung des zuständigen Fachausschusses für Wirtschaft und Verkehr vom 16.01.2008 hinweggesetzt, der vor einer Entscheidung zunächst die sorgfältige und zügige Prüfung eines solchen Vorhabens durch die Verwaltung beschlossen und einen umfangreichen Fragenkatalog aufgestellt hatte. Diese Entscheidung des Fachausschusses war dabei vorher mit dem Vorsitzenden des Hauptausschusses abgestimmt.

Die CDU handelt hier offensichtlich nach dem Motto: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern. Mit unserer absoluten Mehrheit können wir machen, was wir wollen. Dabei spielt auch die Meinung der eigenen Fachleute im zuständigen Fachausschuss für die CDU-Granden offensichtlich keine Rolle.

In der Landeszeitung vom 17.01.2007 wurde die CDU-Fraktionsvorsitzende Hochheim noch zitiert, der einstimmige Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr sei eine Beerdigung erster Klasse. „Frau Hochheim will jetzt diese Leiche offensichtlich wieder ausgraben und noch vor der Kommunalwahl mit der jetzigen CDU-Mehrheit Fakten schaffen. Und das, ohne diese wichtige Frage vorher sachlich sorgfältig zu prüfen. Das nenne ich den vorsätzlichen Ausverkauf der Kreisinteressen. Wir sind dann nur noch Kuh und Kiel schöpft den Rahm ab“, so Gehringer.

[AfA Stormarn](#) - veröffentlicht am 18.01.2008, 19:16 Uhr - 3679 Clicks - Nr. 42

Eckwerte zur Kommunalwahl am 25.05.2008

Gemeinsame Eckwerte-Papier der AfA Stormarn und des DGB Stormarn zur Kommunalwahl 2008

1. Durch die gut laufende Konjunktur hat der Staat ein großes Plus in den laufenden Steuereinnahmen. Diese zusätzlichen Mittel müssen gewissenhaft im wahrsten Sinne des Wortes gelenkt werden. Diese Mehreinnahmen sollten nach unserer Meinung zur Stabilisierung des sozialen Netzes, der Bildung, der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Schuldenabbau genutzt werden. Es gibt Fehlentwicklungen in unserem Staat, diese müssen wir mit sinnvollen Einsatz der Mittel entgegenwirken.

2. Zeitgemäße Bildungspolitik bedeutet die Weiterentwicklung der Schule zur „Schule für alle“. Es bedeutet auch die Umgestaltung der Schulform zur Gemeinschaftsschule. Die Eltern und Kinder müssen gemeinsam mit den Lehrern und der Politik anpacken, um dieses Reformprojekt auf den Weg zu bringen. Elternwille ist an dieser Stelle bindend. Die Ausstattung mit ausreichend Lehrkräften und Material, das kostenfrei ist, jedoch auch. Die gemeinsame Konzeption für die Schule der Zukunft ist das Ziel, welches umgesetzt werden soll. Dazu gehört unbedingt die kostenlose Schulbeförderung. Dies ist ein Element der kostenfreien Erziehung als Grundaufgabe des Staates. Sozialpädagogen in den Schulen sind in der heutigen Gesellschaft unerlässlich.

3. Ehrenamtliche Politik muss sich die Frage stellen: Welche Maßnahmen können wir ergreifen, damit Arbeitsplätze entstehen und vorhandene gesichert werden. Das alleinige Verweisen auf die WAS ist nicht genug: Eine ehrenamtliche Wirtschaftspolitik ist ein lohnendes Ziel. Wir sind der Auffassung, dass 4,1 % Arbeitslosigkeit lediglich eine Zahl darstellt. Die Arbeitsbedingungen und das Einkommen, welches hinter dieser Zahl steht, ist nicht so erfreulich, wie die Zahl es vermeintlich ausdrückt. Der Aufschwung muss allen Menschen zu Gute kommen!

Schon jetzt sind Maßnahmen der ehrenamtlichen Ebene notwendig, um diesen Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt entgegen zu wirken:

- Auftragsvergabe nur an Firmen die tariftreu sind,
- Auftragsvergabe nur an Firmen, die Leiharbeit mit gleichen Lohn bezahlen,
- Besondere Unterstützung und Anerkennung von Ausbildungsbetrieben
- BQS und Hilfsorganisationen ist ein hoher Stellenwert einzuräumen,
- Produktion und Herstellung vor Ort in Bedingungen, die nicht gesundheits-schädlich für die Arbeitnehmer sind,
- Erhöhte Bezuschussung für Qualifizierung der Benachteiligten in unserer Gesellschaft, hierzu zählt auch ein Externes AusbildungsManagement(EXAM) um kleine und mittlere Betriebe bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen zu beraten und zu unterstützen.

4. Unser Kreis Stormarn mit seinen 225.000 Einwohnern ist ein starkes Gefüge. Die Lage und die damit verbundenen Verkehrswege machen die Ansiedlung von Gewerbe aller Art sinnvoll. Die Gemeinde- und Amtsverwaltungen sind eingearbeitet und auch – das ist nicht zu unterschätzen – ein „guter Ratgeber“ für die ehrenamtliche Politik. Wir wissen, was wir an diesen bürgernahen Verwaltungseinheiten haben. Gutachten, die uns von größeren Flächenverwaltungen erzählen, begegnen wir skeptisch. Wir sehen Einsparungen wohl, jedoch auch die längeren Wege des Bürgers. Wir sehen zusätzlich eine Stormarner Identität wachsen. Diese auf zu geben, muss gute Gründe

haben. Bisher sind sie nicht auf dem Tisch! Verwaltungskooperationen ja, jedoch kein Auflösen des Kreis Stormarn.

5. Die Armut in unserem Kreis ist trotz gestiegener Einnahmen des Staates gestiegen. Die Schlangen vor den Essensausgaben sind gewachsen, die Zahl der Hartz IV – Empfänger erschreckend hoch. Das Armutsrisiko in Stormarn ist stetig vorhanden.

Wir müssen mit den Mehreinnahmen die Grundversorgung der Menschen sicherstellen. Das Essen in der Ganztagschule muss für jeden frei sein und die Qualität dieses Essens muss den modernen Gesundheitsstandards entsprechen.

6. Armut ist nicht nur die Armut der Eltern mit Kindern, sondern auch die Altersarmut. Die Versorgung der älteren Menschen in unserem Gemeinwesen ist allein aus der Achtung ihrer Lebensleistung heraus ein zwingendes Merkmal der Sozialpolitik.

7. Aus den Punkten 5 und 6 ergeben sich Forderungen an die nächsten politischen Ebenen wie die Grundsicherung der älteren Menschen, der Mindestlohn von mindestens 7,50,- Euro und die Schaffung von genügend altersgerechten Wohnraum in der kommunalen Planung.

8. Wir stehen zu einem Gemeinwesen, dass sich aus sich heraus sichern kann. Sicherheit nur als subjektives Element zu erklären ist falsch. Die demokratische Freiheit kann nur bestehen, wenn Sicherheit gewährleistet ist. Die Institutionen, die diese Sicherheit der Bürger in Stormarn herstellen wollen und sollen sind Feuerwehren, Rettungsdienst, Polizei und Hilfsorganisationen. Sie in ausreichender Zahl, Ausbildung und zeitgemäßer Ausrüstung in Stormarn vorzuhalten, ist eindeutiges Ziel. Die finanziellen Mittel für diese Institutionen müssen bereitgestellt werden, damit auch bei Grosseinsätzen die Lage schnell beherrscht werden kann.

9. Unsere Umwelt und damit auch der Klimaschutz sind bedeutende Elemente unseres Lebens und auch das der folgenden Generationen. Wir fordern eine Erziehung – vom Kindergarten an – die die elementare Bedeutung der Umwelt und die Verantwortung eines jeden Einzelnen in den Mittelpunkt stellt. Die Eigenverantwortung in diesem Punkt zu stärken ist klares Ziel dieser Forderung. Praktische Beispiele so früh wie möglich zu erlernen, ist der Weg dorthin.

10. Zukunftsgerichtete Verkehrspolitik ist mit der Umwelt- und Klimapolitik direkt verbunden. Radwege, die Bahn, der gesamte ÖPNV dienen einer klimaschonenden Perspektive der Menschen in Stormarn. Die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand ist an dieser Stelle hervor zu heben. Die Planungen in diesem Bereich sollten unter der politischen Maxime stehen: Gestalten wir den Ideenwettbewerb um die umweltschonendste und klimaverträglichste Planung.

Keine Kommentare

[SPD-Hohenlockstedt](#) - veröffentlicht am 19.01.2008, 11:31 Uhr - 3000 Clicks - Nr. 43

Auf den Hund gekommen

Tiere sind vielleicht doch die besseren Menschen. Denn wieso sollten wir sonst drei Milliarden Euro im Jahr für Hund und Katz ausgeben? – Bei aller Tierliebe, diese Nachricht hat mich fast vom Stuhl gefegt.

Ähnliches ergeht mir, wenn ich an andere bereitwillige private Ausgaben denke wie z. B. die Finanzierung unseres Wahrzeichens in Hohenlockstedt, den Wasserturm. Neben Zuschüssen kamen auch über 100.000 Euro Privatspenden zusammen, um das baufällige Gebäude zu sanieren. Das ist gut so, aber wer wäre bereit, für Kinder- und Jugendprojekte so viel zu spenden? Hohenlockstedt

hätte ein Gebäude, das zu einem Kinder- und Jugendtreff umgestaltet werden könnte.

Wenn Kinder und Jugendliche vernachlässigt werden, Hund und Katz mehr bedeuten als sie, dann darf sich keiner über sie wundern. Jugendliche brauchen das Gefühl, dass sie einen Platz in der Welt haben, dass sie wichtig sind und unverzichtbar für eine Gesellschaft. Wenn sie dieses Gefühl nicht kennen lernen, ja dann werden sie zu den jungen Wilden, die Roland Koch einfach wegsperren will. (Der übernimmt übrigens den Vorsitz der CDU-Arbeitsgruppe Sicherheit. Auch diese Nachricht fegt mich fast vom Stuhl.)

Nein, Wegsperren ist keine Lösung. Jugendliche brauchen stabile Elternhäuser, gute Bildung und Ausbildung. Politik muss dafür sorgen und der Einzelne muss mindestens so viel Liebe für die nächste Generation aufbringen wie für Hund und Katz.

Ihre Rositta Krämer

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 19.01.2008, 14:54 Uhr - 10413 Clicks - Nr. 44

Neujahrsempfang des SPD-Ortsvereins in Burg

Rolf Ladwig, der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins in Burg, freute sich über viele Gäste. Nicht nur Lokalpolitiker aus den eigenen Reihen hatten sich einladen lassen. Auch Vertreter von CDU und FDP waren erschienen. Die SPD-Abgeordneten Detlef Buder, MdL, und Jörn Thießen, MdB, nahmen ebenfalls teil.



In seinem Grußwort ging Jörn Thießen auf die Themen Arbeit, Bildung und Ehrenamt ein. „Politik beginnt dort, wo in der Kommune Politik gemacht wird“, hob er hervor. Besonders die Jugendlichen, welche ihre Stimme bei den Kommunalwahlen schon ab 16 abgeben dürfen, gelte es, zum Einmischen in die eigenen Angelegenheiten zu ermutigen. Weil der Zusammenhalt der Gesellschaft nicht nur von Berufspolitikern garantiert werden könne, bräuchten wir das politische, ehrenamtliche Engagement von möglichst Vielen.

Mit Blick auf die Bildungspolitik in Deutschland fordert Thießen eine ruhige Diskussion darüber, was uns Bildung Wert sei. Nur Bildung für alle, chancengleich und gerecht verteilt, wirke der Jugendgewaltbereitschaft entgegen. Er lehne es ab, in diesem Zusammenhang von einem Ausländerproblem zu sprechen. „Wir haben kein Ausländer- sondern ein Männerproblem, wenn man davon ausgeht, dass zurzeit von rund 56 000 Strafgefangenen in Deutschland 98 Prozent Männer sind“, betonte Thießen.

Zum Thema Arbeit unterstrich er die Forderung der SPD nach der Einführung des Mindestlohns. Denn es könne nicht sein, dass ca. 800 000 Menschen trotz Ganztagsjob ihren Lohn aufgestockt bekommen müssen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Der Staat sei nicht dazu da, kostengünstige Geschäftsmodelle für Arbeitgeber zu entwickeln. Arbeit, von der man nicht leben könne, sei ungerecht. Dem müsse Politik entgegenwirken. So lieferte Jörn Thießen genug Stoff für die anschließenden Gespräche an den Tischen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende des Kreistags, Klaus-Jürgen Esch, sprach zum Abschluss von einem

Wahlprogramm, das in Dithmarschen für sozial ausgewogene und gerechte Lebensgestaltung sorgen wird.

Keine Kommentare

[SPD-Glückstadt](#) - veröffentlicht am 19.01.2008, 19:52 Uhr - 4166 Clicks - Nr. 45

Neujahrsempfang der SPD Glückstadt mit Ideensammlung

Neujahrsempfang der SPD Glückstadt - Hartmut Sierck, der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins in Glückstadt, freute sich über viele Gäste. Nicht nur Parteimitglieder aus den eigenen Reihen hatten sich einladen lassen. Auch Vertreter von CDU und FDP waren erschienen. Außerdem waren wieder viele Gäste aus den Glückstädter Umlandgemeinden dabei.

In seine Begrüßung ging Hartmut Sierck auf ein Problem ein, welches alle Parteien gleichermaßen angeht und betrifft: Die immer schlechter werdende Wahlbeteiligung. Insbesondere um die Jungwähler müsse man sich viel mehr kümmern, so Sierck. Mit Blick auf die am 25. Mai 2008 stattfindende Kommunalwahl forderte er die Anwesenden auf, zu diskutieren und Ideen zu sammeln, was man dazu vor Ort machen könnte, frei nach dem Motto:

„**Wählen gehen? – Na klar!**“

Ziel müsste sein, die jungen Leute zu informieren, sie müssten einen Vorteil für sich erkennen, wenn sie sich mit Politik beschäftigen. Es müsste „in sein“, wählen zu gehen und sich mit kommunaler Politik auseinander zu setzen.

Die Anwesenden waren sehr interessiert an diesem Thema. In den Gesprächen an den einzelnen Tischen wurden im Verlaufe des Abends viele Anregungen und Vorschläge für Aktionen gesammelt. Hartmut Sierck kündigte an, dass er mit den anderen Fraktionen im Glückstädter Rathaus dazu Gespräche führen will. Vielleicht lässt sich gemeinsam auch in den Schulen etwas machen.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 19.01.2008, 20:32 Uhr - 6582 Clicks - Nr. 46

Wodarg: "Klonen von Menschen ist schlicht überflüssig"

Mein Interview zur aktuellen Debatte um Klonen und Biotechnologie in der Tagesschau und mein Artikel zum Thema für den SHZ-Verlag, der dort heute veröffentlicht wurde.

SHZ, 19. Januar 2008, S.8 (Politik):

Die Bundesregierung bleibt ungeachtet des Erfolgs von US-Wissenschaftlern bei ihrem Nein zum therapeutischen Klonen: Das gelungene Klonen von Embryos in den USA habe keine Auswirkungen auf die Stammzelledebatte in Deutschland, hieß es gestern. Tags zuvor hatten kalifornische Forscher bekannt gegeben, Embryos aus erwachsenen Körperzellen gewonnen zu haben, deren Erbgut in Eizellen eingefügt wurde.

Der Flensburger Arzt und SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg schreibt exklusiv



für unsere Zeitung, warum er das therapeutisches Klonen für einen Irrweg hält:

Und wieder wird als Sensation gefeiert, man könne klonen, Patientenkopien herstellen, Menschen also, die als Rohstoff für individuelle Arzneimittel in Aussicht gestellt werden. Auch wenn das Klonen von Menschen in Deutschland mit fünf Jahren Gefängnis bestraft wird, gibt es auch in Deutschland immer noch einige, die solchen Meldungen auf den Leim gehen oder sie sogar für eigene Interessen nutzen.

Das Klonen von Menschen zu therapeutischen Zwecken hat sich längst als Holzweg herausgestellt. Wir brauchen keine Patientenkopien, keine Ersatzteilkone. Wir können bereits jetzt viele Arten patienteneigener Zellen so regenerieren, dass daraus neue Gewebe, ja sogar Organe wachsen, die auch vom Patienten nicht als fremd abgestoßen werden. Die Durchbrüche in der adulten Stammzellforschung in den letzten zwei Monaten haben eines ganz deutlich werden lassen: Die Bereiche des Klonens von Menschen und die Tötung von Embryonen zur Stammzellforschung sind nicht nur ethisch zu verurteilen, sondern schlicht überflüssig, wenn es um die Entwicklung neuer Therapiemöglichkeiten geht.

Eine vergleichende Forschung ist durch die Verwendung der in Deutschland aufgrund des Stammzellgesetzes zugelassenen embryonalen Stammzelllinien vor 2002 in ausreichendem Maße möglich. Die von den Befürwortern einer Aufweichung der gesetzlichen Regelung angeführten Argumente, wie etwa die Gefährdung des Wissenschaftsstandortes Deutschland, sind nicht erst seit den jüngsten bemerkenswerten wissenschaftlichen Fortschritten in der adulten Stammzellforschung offensichtlich von schlichter lobbyistischer Beeinflussung geprägt.

Mehrere Forscherteams haben kürzlich "quasi-embryonale" Stammzellen aus Zellen von Hautgewebe (Gesichts- und Vorhautzellen) gewonnen und zeigen Möglichkeiten auf, diese in mehr als 200 verschiedene Zelltypen umzuwandeln, ohne Embryonen klonen oder deren Stammzellen verwenden zu müssen. Durch die nunmehr ermöglichte Produktion dieser Zellen aus adulten Gewebezellen und die sich allgemein abzeichnende Erkenntnis, dass die embryonale Stammzellforschung im Vergleich zur adulten in allen relevanten Bereichen - in qualitativer wie quantitativer Hinsicht - weit zurück fällt, gibt es keinerlei Rechtfertigung, die bioethisch höchst problematische embryonale Stammzellforschung in Deutschland in einem größeren Ausmaß als zur Zeit erlaubt zuzulassen.

Wer jetzt noch nach neuen embryonalen Stammzellen ruft, wird in Vergleichen höchstens nochmals feststellen, dass er aufs falsche Pferd im Rennen um neue Therapien gesetzt hat. Das kann für den Gesetzgeber kein Grund sein, erneut an den Prinzipien der Menschenwürde zu rütteln. In jeder Phase menschlichen Lebens ist es weiterhin nicht erlaubt, Menschen zu Rohstoffen für die Forschung zu degradieren oder gar als Rohstoff für die Produktion von Arzneimitteln ins Auge zu fassen.

Ethische Grenzen mögen die Forschung vorübergehend hemmen. Die wissenschaftliche Forschung selbst beweist aber immer wieder, dass sie die Fähigkeit besitzt, sich übergeordneten gesellschaftlichen Zielen zu stellen und dennoch bahnbrechende Forschungsergebnisse zu erzielen.

Mein Interview in der Tagesschau können Sie sich hier ansehen: [Tagesschau](#)

Keine Kommentare

KTS soll Gemeinschaftsschule werden

Nach einer langen Sitzung konnten sich die Mitglieder des neuen Kreisvorstandes der SPD darauf einigen, dass die KTS eine Gemeinschaftsschule werden soll. „Wir versprechen uns, das dadurch die Zukunft der größten Kooperativen Gemeinschaftsschule in SH gesichert wird und man den Eltern bei dem anstehenden Schulwechsel klare Informationen geben kann. Der jetzige Zustand sei nicht hinnehmbar.“ so Helmut Trost im Anschluss der Sitzung.

Daher fordert des SPD-Kreisverband Flensburg den Kreis Schleswig-Flensburg als Schulträger und die Stadt Flensburg als Standortgemeinde auf, möglichst umgehend die Umwandlung der KTS in eine Gemeinschaftsschule einzuleiten. Ein erster Schritt wäre die Organisation eines Schulverband des Kreises und / oder der betroffenen Gemeinden mit der Stadt zu gründen. Das dies möglich ist, zeigt das positive Beispiel der Friholtschule. Es muss gelingen, dass Eltern, Lehrer und Schüler an der Beschlussfassung und der Umsetzung optimal beteiligt werden. „Wir haben nicht den Eindruck, dass die Kommunikation zwischen den zuständigen Stellen optimal verläuft. Viele Eltern und Schüler wollen endlich wissen wohin die Reise geht und nicht mehr auf unbestimmte Zeit vertröstet werden.“ beschreibt Friedhard Temme den momentanen Zustand. Er arbeitete lange im Elternrat der Schule aktiv mit. Er verfaßte ein [Thesenpapier](#) dessen Grundlage der Beschluss des Kreisvorstandes war. Ein „runder Tisch“ mit den Entscheidungsträgern soll in naher Zukunft die Wende bringen.

Keine Kommentare

Stegner: "Die SPD ist wieder da"

SPD-Landesvorsitzender Dr. Ralf Stegner und Landratskandidatin Jutta Hartweg sprachen auf dem Neujahrsempfang der SPD.

"Es ist ein Stück, wie nach Hause kommen", bekannte Jutta Hartweg, die Kandidatin für die Landratswahl am 25. Mai 2008, in einem kurzen Grußwort an die knapp 200 Gäste des Neujahrsempfangs der Segeberger Kreis-SPD im Bad Segeberger "Antikschuppen". Die selbständige Unternehmensberaterin gehörte von 1994 bis 1998 dem Segeberger Kreistag an und möchte nun als erste Frau in Schleswig-Holstein die Spitze einer Kreisverwaltung erobern. Sie habe seit ihrer Nominierung durch die SPD-Kreistagsfraktion viel Unterstützung erfahren und viele bekannte Gesichter wiedergesehen.



SPD-Landesvorsitzender Dr. Ralf Stegner lobte in seiner Neujahrsrede den SPD-Kreisverband als "kampfstarke Truppe". Stegner, der seit einigen Tagen auch Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion ist, sieht die Sozialdemokraten im Aufwind: "Die SPD ist wieder da!" Angesichts steigender Umfragewerte gab der Landesvorsitzende die Richtung vor: "Bei den Kommunalwahlen wollen wir, wo immer es möglich ist, stärkste Kraft werden."

Stegner hob den Stellenwert des ehrenamtlichen Engagements in der Kommunalpolitik hervor und ermunterte zum Mitmachen. "Politik macht Spaß, weil man etwas für die Menschen tun kann", bekannte der Vollblutpolitiker.

Ein besonderes Augenmerk widmete der Sozialdemokrat der jungen Generation. "Gerade Jugendliche brauchen Perspektiven und Orientierung."

"Bessere Ausbildung und nicht Gefängnis im Kindesalter", forderte Ralf Stegner mit Blick auf die jüngste Debatte über gewalttätige Jugendliche. Den Wahlkampf des hessischen Ministerpräsidenten Koch kritisierte er als stillos. In Schleswig-Holstein habe die SPD mit der Einführung der Gemeinschaftsschule einen sensationellen Erfolg errungen. Auch in der Frage der Schülerbeförderungskosten habe sich die SPD durchgesetzt.

Auch mit der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn wollen die Sozialdemokraten Flagge zeigen. "Hungerlöhne ziehen später Hungerrenten nach sich", warnte der Landesvorsitzende. "Es muss wieder mehr Geld in die Portemonnaies der Arbeitnehmer. Sie haben den Aufschwung erwirtschaftet."

SPD-Kreisvorsitzender Andreas Beran freute sich über den regen Zuspruch des Neujahrsempfangs. Vertreterinnen und Vertreter aus Vereinen und Verbänden, Politik und Verwaltung nutzten den Rahmen zu Gesprächen am Rande. Für den musikalischen Rahmen sorgte das Ensemble "stillos" der Kreismusikschule.

Keine Kommentare

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 20.01.2008, 23:24 Uhr - 9478 Clicks - Nr. 49

Programm für die Kommunalwahl verabschiedet

Der Kreisparteitag Steinburg hat das Programm für die Kommunalwahl im Mai beschlossen. Das **Programm** ist nach dem Prinzip von fünf mal fünf Punkten erstellt. Im Gegensatz zu früheren Programmen ist es damit kurz und übersichtlich. Der Kreisverband verspricht sich damit eine größere Anzahl von Lesern, die sich aktiv mit dem Programm auseinandersetzen. In einem zweiten Schritt werden zu den programmatischen Aussagen Erläuterungen und Ergänzungen verfasst, die im Dialog mit den WählerInnen formuliert werden sollen. Der Anfang kann an dieser Stelle mit entsprechenden Kommentaren gemacht werden. Wir freuen uns auf zahlreiche Beiträge.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 21.01.2008, 09:52 Uhr - 7827 Clicks - Nr. 50

Ein Autofreier Sonntag allein reicht nicht aus

SPD stellt Grundsätze für den Klimaschutz im Kreis vor. Anna Wehner fordert CDU auf, ihre Hinhaltetaktik aufzugeben.

Der freiwillige autofreie Sonntag am 20. Jan. wird von der SPD-Kreistagsfraktion als eine gute Aktion für den Klimaschutz unterstützt. Es ist richtig –so die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion Anna Wehner- dass mit vielfältigen Aktionen für die Reduzierung des CO 2 Ausstoße und damit für ein größeres Bewusstsein in der Bevölkerung für den Klimaschutz geschaffen wird.

Einmalige Aktionen –wie der autofrei Sonntag- reichen nicht aus, wenn der Kreis im Rahmen seiner Möglichkeiten nicht ernsthaft und zielstrebig den Klimaschutz verfolgt und daran fehlt es, kritisiert die Umweltexpertin.

„Wir haben“ –so Wehner- „dem Kreistag schon mehrfach ein umfangreiches und praxisnahes Konzept zum regionalen Klimaschutz vorgelegt, dass immer wieder in den Fachausschuss verwiesen wurde, wo es seit Monaten in einer Arbeitsgruppe schmort“.

Die Umstellung der Kreisverwaltung auf Öko-Strom, die Kreiszuschüsse für Baumaßnahmen an energieeinsparendes Bauen zu koppeln, die Ansiedlung von weiteren Windkraftanlagen im Kreis, eine Leitstelle für den Klimaschutz bei der Kreisverwaltung, die zentral Maßnahmen initiiert und über Möglichkeiten der Energieeinsparung informiert, Aufklärung über praktische Möglichkeiten des Klimaschutzes bei jungen Menschen sind nur einige Vorschläge der SPD, die schon lange „auf dem Weg“ sein können.

Die ständigen Aufforderungen der Bundes-CDU mit Bundeskanzlerin Merkel an der Spitze „es sei höchste Zeit, etwas gegen den Klimawandel zu tun“, werden bei der Kreis-CDU offensichtlich nicht ernst genommen. Anders kann sich Wehner das Verhalten der CDU nicht erklären, die zwar ständig Kritik an den Vorschlägen der SPD übt, aber keine eigenen Vorschläge macht. Der autofreie Sonntag sollte für die CDU –so die SPD- ein erneuter Anlass sein, zügig zu Entscheidungen für den regionalen Klimaschutz zu kommen und ihre „Verzögerungstaktik“ endlich zu beenden.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 21.01.2008, 10:03 Uhr - 6995 Clicks - Nr. 51

Kindeswohlgefährdung: Erster Schritt in die richtige Richtung

Kindeswohlgefährdung: Erster Schritt in die richtige Richtung – Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig SPD-Antrag zur Überprüfung der personellen Ausstattung des Kreisjugendamtes.

Thorsten Fischer kritisiert monatelange Verzögerungstaktik der CDU

Wirkungsvolle Maßnahme zur Vorbeugung von Kindeswohlgefährdung setzen - so der jugendpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Thorsten Fischer - neben der fachlichen Kompetenz auch eine handlungsfähige personelle Ausstattung beim Kreisjugendamt voraus. Für Fischer, der auch Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses (JHA) ist eine notwendige Voraussetzung für notwendige Hilfen gegen eine Gefährdung des Kindeswohles. Nicht erst der tragische Tod des Kleinkindes Tim in Elmshorn oder andere, bundesweit bekannt gewordene schwerwiegende Kindesmisshandlungen, oft mit tödlichen Folgen, hätten dies mehr als deutlich gemacht.

Einen ersten Schritt in die richtige Richtung konnte Fischer jetzt im Jugendhilfeausschusses durchsetzen. Dem erneut von der SPD gestellten Antrag auf eine Überprüfung der personelle Ausstattung der Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD) und einer ggf. notwendigen personellen Verbesserung stimmte der Ausschuss einstimmig zu. Die Verwaltung wurde aufgefordert, bis zur Märzsitzung des Ausschusses einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

„Bei der Vorbeugung gegen Kindeswohlgefährdung könnten wir schon wesentlich weiter sein“, kritisiert der jugendpolitischer Sprecher die CDU. Die SPD habe ihren Antrag bereits im September des letzten Jahres gestellt. Er wurde von CDU und FDP abgelehnt. Bei den Haushaltsberatungen in der Dezembersitzung des Kreistages erreichte die SPD lediglich eine Verweisung ihres Antrages in den JHA, der in jetzt einstimmig billigte.

„Vom Bericht des Kreisjugendamtes werden wir es abhängig machen, welche personellen Maßnahmen zum verbesserten Schutz von Leben und Gesundheit gefährdeter Kinder notwendig sind“, kündigte Fischer für die SPD-Fraktion an. Auch die schwierige Finanzsituation des Kreises darf für Fischer kein Hinderungsgrund sein, wenn es um das Wohl insbesondere von Kleinkindern geht.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 21.01.2008, 12:54 Uhr - 12025 Clicks - Nr. 52

Solidarität mit ALDRA-Beschäftigten

Auf einer Kundgebung der Beschäftigten der Aldra Fenster und Türen GmbH auf dem Meldorfer Marktplatz schloss sich Jörn Thießen den Forderungen der IG Metall an. Die Geschäftsführung der Firma Aldra hatte zum Jahreswechsel ihren Austritt aus dem Arbeitgeberverband und damit aus der Tarifbindung erklärt.

„Die Aufkündigung der Tarifbindung ist nicht nur ein falscher Weg, sondern auch ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten“, so Jörn Thießen. Die Beschäftigten hätten in der Vergangenheit durch den Abschluss eines Sanierungstarifvertrages ihr Verantwortungsbewusstsein für die Sicherung des Unternehmens unter Beweis gestellt.

Jörn Thießen: „Ich schließe mich den Forderungen der IG Metall nach einem Haustarifvertrag bzw. Anerkennungstarifvertrag an. Besser wäre aber eine Rückkehr der Firma Aldra in den Arbeitgeberverband und damit die Rückkehr zum Flächentarif!“

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 21.01.2008, 16:14 Uhr - 9440 Clicks - Nr. 53

Vorsorgen - bevor es zu spät ist

Patienten-Verfügung, Vorsorge-Vollmacht und Betreuungs-Verfügung sind wichtige Stichworte, wenn es darum geht, für sein Alter, den Krankheits- und den Sterbefall individuelle Regelungen zu treffen. Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD (Regionalverband Nord) wurde über diese Themen in einer öffentlichen Veranstaltung in der Kongresshalle des Klinikums Niebüll mit Experten diskutiert, zu denen auch der Flensburger Abgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg gehörte.



Experten fordern mehr Kräfte für die Palliativ-Medizin:

Zunächst informierte Rechtsanwalt Henrik Osmer aus Husum mit einer Power-Point-Präsentation über diese drei Verfügungen. Hiermit sollte sich jeder Mensch rechtzeitig befassen und genau

formulieren, wie er am Ende seines Lebens behandelt werden möchte, sollte er seine Wünsche nicht mehr selbst artikulieren können, so der Rat des Juristen. Fragen, die nach Antworten verlangen, seien dann beispielsweise: "Möchte ich, auch wenn ich austherapiert bin, weiter intensiv behandelt werden? Möchte ich meine Organe spenden? Wen setze ich als Betreuer ein, wenn ich meine Belange nicht mehr selbst abwickeln kann?" Die drei Verfügungen könnten auch als "Kombinations-Verfügung" zusammengefasst werden. Ein häufiges Problem sei es, so Dr. Helga Pradel aus dem Niebüller Klinikum, dass die Patienten-Verfügungen zu alt seien: "Wusste derjenige bei der Formulierung seiner Wünsche, dass es später Hilfsmöglichkeiten für ihn gibt?" Osmer: "Der Jurist ist dann gefragt, mit Hilfe der Angehörigen den Willen des Sterbenden auszulegen." Der katholische Pfarrer Mirko Zawiasa aus Husum sieht die Tendenz in der modernen Gesellschaft, alles abzugeben: "Auch die Verantwortung für unser Leben kurz vor dem Sterben." Man müsse den Mut haben, dieses Thema in der Familie anzusprechen und nicht zu sagen "Das wird schon wieder", wandte der Niebüller Arzt Eckart Schermuly ein. Er ist Vorsitzender des Qualitäts-Zirkels "Hospiz und Palliativ-Medizin" (palliativ: schmerzlindernd). Der Arzt dürfe sich nicht länger nur auf das Heilen konzentrieren. Dem stimmte sein Kollege Dr. Christoph Schmidt zu: "Der psychosozialen Begleitung des Patienten wird eine große Bedeutung eingeräumt." Für Pastor Ernst Wagner aus Neukirchen ist die Palliativ-Medizin eine logische Fortsetzung der Hospiz-Bewegung. "Durch sie ist das Sterben enttabuisiert worden - es wurde wieder in das Leben integriert."

Die Menschen werden älter, es gibt mehr chronisch Kranke und die Medizin schreitet voran, fasste Dr. Helga Pradel zusammen. 70 Prozent der Patienten würden in Krankenhäusern sterben. Es sei aber sehr schwierig, sie palliativ-medizinisch zu versorgen. "Wir benötigen einen Rahmen für die Palliativ-Medizin, mehr ausgebildete Pflegekräfte, eigene Stationen und Ein-Bett-Zimmer", so die Ärztin.

Dr. Wolfgang Wodarg prangerte Missstände durch immer häufigeres Einsparen von Personal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen an. Die verbleibenden Pflegekräfte seien überfordert. "Das ist ein perverses System." Er bewertete es zudem als "katastrophal", dass Ärzte Leistungen erbrächten, die nicht bezahlt würden. Die Krankenkassen sollten doch Interesse an einer guten palliativ-medizinischen Versorgung haben. Es sei schließlich wesentlich kostenaufwendiger, wenn der Patient wieder und wieder ins Krankenhaus komme.

Keine Kommentare

[SPD-Borstel-Hohenraden](#) - veröffentlicht am 21.01.2008, 22:31 Uhr - 2935 Clicks - Nr. 54

5. Drachenfest in Borstel-Hohenraden

Borstel-Hohenraden am 03.10.2007

Herrlicher Sonnenschein, leichte Brise, alle bester Laune, da kann man sich aufs nächste Jahr freuen! ...und das tun wir auch...

Eine Menge Aktivisten, die das Fest zum Laufen brachten und ein vielfaches an Besuchern, Eltern, Kinder und alle von den Drachen und vom Wetter begeistert bis über beide Ohren. Reichlich Erfrischungsgetränke, selbstgebackene Kuchen, knackige Grillwürstchen und das alles zu günstigsten Preise sorgten für das leibliche Wohl. Die Theken waren am Ende komplett leergegessen.

Die Hüpfburg wurde durchgehend zur Nutzung bereitgestellt, die Kinder wurden in Gruppen



aufgeteilt, so daß jeweils die Kleineren (bis 6 Jahre) und die Größeren im 10-Minutenwechsel sportlich aktiv sein konnten. Es wurde gedrängelt und geschubst, aber ernstlich wehgetan hatte sich am Ende niemand.

Keine Kommentare

[SPD-Glücksburg](#) - veröffentlicht am 22.01.2008, 12:58 Uhr - 3600 Clicks - Nr. 55

NEUJAHRSEMPFANG DES OV GLÜCKSBURG

Zahlreiche Gäste konnte der OV- Vorsitzende Dr. Uwe Kötschau zum Neujahrsempfang begrüßen. U.a. den Kreisvorsitzenden Dirk Peddinghaus, den SPD Kreistagskandidaten Uwe Baurhenne und Stadtrat John Witt.

In seiner Begrüßungsrede stellte der OV Vorsitzende Dr. Uwe Kötschau die politische Klammerfunktion des Stadtrates John Witt heraus, die mit vielen Hoffnungen verbunden sei, um den Tourismus rund um die Flensburger Förde voran zu bringen.

Die aus Chile stammende Sängerin Mercedes Tarranza und der Gitarrist Jens Richter brachten mit südamerikanischer Folklore die Gäste in Schwung. Dazu stellte Uwe Kötschau fest: " Es ist schon erstaunlich, wie eine kleine Frau die drögen Glücksburger mitreißen kann ! "

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 22.01.2008, 14:18 Uhr - 50847 Clicks - Nr. 56

Andrea Ypsilanti – „Nachricht der Woche“

Wolfgang Clement – schlechter Witz der Woche!

Vor knapp einer Woche bekundete die Lübecker und schleswig-holsteinische AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) ihre Unterstützung für Andrea Ypsilanti in Hessen – wo am kommenden Sonntag der Landtag gewählt wird. Diese Mitteilung ist auf der Website „SPD-Net-SH“ mittlerweile zur meistgelesenen „Nachricht der Woche“ aufgerückt und zählt aktuell (Mittag des 22. Januar) fast 1.500 Aufrufe.

„Das rege Interesse an Andreas Wahlkampf freut uns sehr – noch mehr aber die wachsende Zustimmung zu ihrer Person und ihren Zielen“, so speziell die Lübecker SPD-Frauen, wo diese positiven Entwicklungen gestern auch Thema auf einer Sitzung der Kreispartei waren.

„Ein Regierungsprogramm, das um soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit in der Bildung, Gleichstellung von Männern und Frauen sowie um ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit kreist, kann nicht nur in Hessen neue und dringend benötigte Impulse geben. Es verdient so rein wie möglich durchgesetzt und umgesetzt zu werden. Daher wünschen wir Andrea Ypsilanti und ihrer Hessen-SPD am 27. des Monats einen deutlichen Sieg und eine klare Basis zur Regierungsbildung!“

Wer Ypsilantis Wahlkampf jetzt noch, etwa per E-Mail, unterstützen möchte, besuche ihre Website www.initiative-ypsilanti.de

Umso unverständlicher und überflüssiger, angesichts der hessischen Siegchancen, erscheint den SPD-Frauen die eindeutig von Lobbyismus motivierte Quertreibung eines Wolfgang Clement. „Wer allein aufgrund persönlicher wirtschaftlicher Interessen von der Wahl seiner eigenen Partei abrät, disqualifiziert sich selbst – ein für allemal“, so die Meinung der Genossinnen.

„SozialdemokratInnen wollen in Hessen energiepolitisch neue Wege beschreiten, sich regenerativen Energiequellen zuwenden und ihr Land von der Nutzung von Atom und fossilen Brennstoffen unabhängig machen. Das ist auch voll und ganz die Linie der SPD in Schleswig-Holstein. Umso mehr freuen wir uns über die klare programmatische Aussage zur Hessen-Wahl.“

Und das Störfeuer des ehemaligen Arbeitsministers? „Wenn die Spitzenkandidatin sich nicht aufregt, wollen wir es auch nicht tun. Politische Ziele durchzusetzen, ist immer besser, als persönliche Angriffe zu fahren.

Aber es sollte inzwischen allseits deutlich geworden sein, dass die SPD Zustimmung nur für eine klar sozialdemokratische Politik erhält – so wie sie im aktuellen hessischen Wahlprogramm dargelegt ist. Das gilt auch in anderen Bundesländern“, resümiert die Nord-AsF.

Kommentar von [Friedrich Kortüm](#) vom 26.01.2008, 17:38 Uhr:

RE:Andrea Ypsilanti – „Nachricht der Woche“

Das Verhalten von Wolfgang Clement ist nur nachvollziehbar, wenn man dessen illoyales Verhalten als Engagement eines Lobbyisten für Kohle und Kernenergie versteht. Es ist bedauerlich, dass Clement aufgrund seiner kargen Bezüge als ehemaliger Ministerpräsident und Bundesminister darauf angewiesen ist, sich an RWE, Dussmann, Adecco und PKS-Wirtschafts- und Politikberatung, auf diese Weise zu verkaufen (so der Stern Nr. 5/2008). Hat sich nicht ein Heer von Sozialdemokraten in zahlreichen Wahlkämpfen für Clement engagiert? Auch diese Menschen müssen von ihren kargen Bezügen leben. Anstand scheint in der Tat nicht profitabel zu sein. Andrea Ypsilanti formuliert und vertritt ein strategisches energiepolitisches Ziel. Eine derartige Zielorientierung ist unerlässlich, wenn man Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen vermeiden will. Auch Clement wird einsehen müssen, dass die Ressourcen Kohle, Öl und Uran nur begrenzt zur Verfügung stehen, wenn man schon nicht in der Lage ist, die ökologischen Zwänge zu erkennen. Ypsilanti kann mit ihren Zielvorstellungen auch erreichen, dass die horrenden Gewinne der Energiewirtschaft nicht nur in der Tasche weniger Anteilseigner fließen, sondern vermehrt für die Erforschung und Entwicklung umweltschonender Energieerzeugung eingesetzt werden müssen. Hoffentlich ist der Wähler klug genug, dies zu erkennen.

Kommentar von [Klaus Albrecht](#) vom 23.01.2008, 13:28 Uhr:

RE:Andrea Ypsilanti – „Nachricht der Woche“

Wolfgang Clement war schon mein "Lieblingsfeind"; als er noch am Kabinetttisch saß. Auf die Bestätigung meiner damaligen Einschätzung hätte ich gut verzichten können!

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 22.01.2008, 21:30 Uhr:

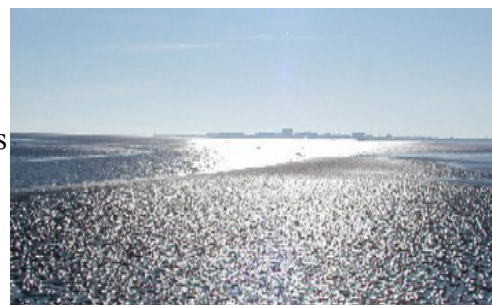
RE:Andrea Ypsilanti – „Nachricht der Woche“

Wer solche Genossen hat braucht kein Feinde! Schade, dass ein an sich verdienstvoller Genosse so tief sinkt. Rudolf Riep SPD-Steinburg

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 22.01.2008, 16:48 Uhr - 12676 Clicks - Nr. 57

„Das Wattenmeer muss Weltnaturerbe werden“

Die SPD-Bundestagsfraktion hat auf ihrer heutigen Sitzung den Bundestag aufgefordert, die Bewerbung des deutsch-niederländischen Schutzgebietes Wattenmeer als Weltnaturerbe mit der fristgerechten Einreichung des Antrages bis zum 1. Februar 2008 in die Wege zu leiten. „Damit verhelfen wir der schon jetzt in hohem Maße anerkannten Wattenmeerregion zu weiterem Ansehen“, erklärt der Abgeordnete Jörn Thießen, der den Antrag seiner Fraktion



nach Kräften unterstützt:

„Das eröffnet der Bevölkerung in den deutschen und niederländischen Küstenregionen ganz neue Chancen beim Umweltschutz und im Tourismus.“ Deutschland verfügt bereits über eine Reihe von Weltkulturerbestätten, hat aber außer der Fossilienfundstätte Grube Messel bei Darmstadt noch keine anerkannten Naturstätten. „Der Hamburger Senat muss einsehen, dass die Anerkennung des Wattenmeers nicht von wirtschaftlichen Einzelbedenken abhängen kann“, sagt Thießen an die Adresse der Hansestadt. „Wir dürfen mit dem Prädikat ‚Welterbe‘ nicht leichtfertig umgehen“, mahnt Thießen weiter. Welche Folgen das für das Image einer Region haben kann, sehe man auch beim drohenden Statusverlust des Elbtals wegen der Dresdner Waldschlösschenbrücke.

Der jetzt gemeinsam von den Niederlanden und Deutschland erarbeitete Antrag besitze Modellcharakter im Bereich des internationalen Umweltschutzes und müsse unbedingt umgesetzt werden. „Umweltprobleme lassen sich nicht im nationalen Alleingang lösen, in keinem anderen Politikfeld sind grenzüberschreitende Kooperationen von derart herausragender Bedeutung“, sagt Thießen: „Neben dem Schutz des Wattenmeeres bietet der Status als Welterbestätte aber auch wirtschaftliche Chancen für die Region, denn er stärkt die herausragende Marktposition des Wattenmeers im nachhaltigen naturnahen Tourismus.“

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 23.01.2008, 17:36 Uhr:

RE:„Das Wattenmeer muss Weltnaturerbe werden“

Die Weigerung Hamburgs sich der Bewerbung als Weltnaturerbe anzuschließen wirft kein gutes Bild auf die Zusammenarbeit bei der "Fahrrinnenanpassung" der Elbe. Die SPD-Steinburg hat mit gutem Grund auf ihrem Kreisparteitag im Programm beschlossen, die Notwendigkeit der Elbvertiefung zu prüfen und ihre Verwirklichung von der Umsetzung notwendiger Ausgleichsmaßnahmen abhängig zu machen. Rudolf Riep SPD-Steinburg

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 22.01.2008, 19:07 Uhr - 8760 Clicks - Nr. 58

30.000,00 € Defizit bei der Drostei für 2008

SPD fordert Ausgleich und langfristige Sicherung

Die kulturelle Arbeit des Kreiskulturzentrums „Drostei“ für das Jahr 2008 ist nachhaltig gefährdet. Zu dieser Einschätzung kommt Hannes Birke, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. Ihm ist bekannt geworden, dass der vorläufige Haushaltsplan der „Drostei“ bei einem Gesamtvolumen von rd. 293.000,00 € ein Defizit von rd. 30.000,00 € ausweist.

In der Dezember Sitzung des Kreistages hatte Frau Seiffert –Vorsitzende des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport (SKS) mitgeteilt, dass für 2008 die Arbeit der „Drostei“ abgesichert sei. Für den SPD Fraktionsvorsitzenden haben sich die „Zahlenspielerien“ und Prognosen der Vorsitzenden zum wiederholten male als falsch erwiesen.

Er fordert unverzüglich eine politische Entscheidung, die für 2008 den Kulturbetrieb der „Drostei“ sicherstellen und im Rahmen eines mehrjährigen Budgetvertrages die Arbeit auf ein sicheres Fundament stellen. „Da der Kreistag gerade den Haushalt ohne die Förderung der „Drostei“ verabschiedet hat –so Birke- „muss das Defizit für 2008 aus dem Haushalt erwirtschaftet werden“. Birke, der auch Finanzexperte seiner Fraktion ist, sieht dafür konkrete Möglichkeiten. So könnten die Pachtzahlungen der Drostei-Gaststätte in Höhe von rd. 30.000,00 €, die bislang dem Kreis zufließen, an die Stiftung Drostei weiter geleitet werden. Möglich sei auch die Übernahme der Kosten für die Gebäudebewirtschaftung der Drostei in Höhe von rd. 30.000,00 € durch den Kreis, die aus seinem Sachmitteletat bereit gestellt werden könnten. Das alles sind für Birke machbare

Vorschläge. Er erwartet von der Ausschusssitzung des SKS am 24. Jan. zügige und bindende Entscheidungen.

Bei dieser „Notoperation“ für 2008 darf es für die SPD nicht bleiben. „Wir werden“ –so Nicolai Overbeck, bildungspolitischer Sprecher der SPD- „im Ausschuss die zustimmende Beschlussfassung zu unserem Antrag einfordern, den der Kreistag im Dezember in den SKS verwiesen hat“. Der SPD – Antrag fordert, dass der Kreis die finanzielle Grundsicherung der „Drostei“ für den Kulturbetrieb, den Sach- und Personalkosten und den notwendigen Investitionskosten im Rahmen eines mehrjährigen Budgetvertrages übernimmt.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 23.01.2008, 07:37 Uhr - 1670 Clicks - Nr. 59

Heinrichs: Fahrradchaos am Bahnhof ist vermeidbar

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Achim Heinrichs erklärt zur heutigen Meldung über die Schließung der Stellplätze am ZOB:

"Wenn der südliche Teil des ZOB abgerissen wird, bekommt Kiel mindestens bis Herbst diesen Jahres ein Fahrradchaos im Bahnhofsumfeld. Obwohl bekannt ist, dass es nicht genügend Ausweichplätze für die sichere Unterbringung der Fahrräder am Bahnhof geben wird, soll abgerissen werden.

Mit dem beginnenden Frühjahr werden wieder mehr Menschen mit dem Rad zum Bahnhof und in die Innenstadt fahren. Ohne ausreichende und sichere Abstellmöglichkeit wird die Zahl der wild parkenden Räder an unpassenden Stellen zunehmen.

In der Kritik der Kieler Radler und der SPD-Ratsfraktion steht Bürgermeister Todeskino (Grüne), der es nicht geschafft hat, die Termine für den Abriss der Fahrradabstellanlage im ZOB mit dem Zeitpunkt der Eröffnung des neuen Fahrradparkhauses am Hauptbahnhof sachgerecht zu koordinieren. Offensichtlich wiegen die Interessen der Kielerinnen und Kieler, die ihre Räder im ZOB abstellen, bei ihm nicht so viel, wie die Renditewünsche der Investoren, die den Kopfbau errichten wollen. Die SPD-Fraktion kann nicht glauben, dass der Kieler Stadtbaurat nicht in der Lage war, eine Lösung auszuhandeln, damit die ZOB-Plätze bis zur Eröffnung des neuen Fahrradparkhauses bestehen bleiben.

Angesichts der jetzigen Terminlage (Abriss südlicher Teil des ZOB im Februar, Fertigstellung der Fahrradstation zum Ende des Jahres) kann man nur an die Verwaltung appellieren, auch für die wegfallenden kostenlosen Fahrradstellplätze (200 im ZOB und eine ähnliche Anzahl im Bereich des Bauplatzes der Fahrradstation gegenüber der Ringstraße) zeitnah Ersatz zu schaffen."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 23.01.2008, 07:39 Uhr - 1401 Clicks - Nr. 60

Wehner zur Untersuchung des Sozialdezernates:

Super-Gau für Stadtrat Möller und Frau Volquartz (CDU)?

Auf Nachfrage teilt der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Thomas Wehner mit:

"Die Organisationsuntersuchung im Dezernat IV scheint sich für Oberbürgermeisterin Volquartz (CDU) und Sozialdezernent Möller zum Super-GAU zu entwickeln.

Weder sind in dem jetzt vorliegenden Gutachten die Sparvorschläge von 11 Mio. Euro nachvollziehbar begründet noch ergibt die Neuaufteilung des Dezernates irgendeinen Sinn. Insgesamt verstärkt sich der Eindruck, dass die Einholung des Gutachtens ein teurer (188.000 Euro) Fehler der schwarz-grünen Mehrheit war. Die SPD fühlt sich in ihrer Ablehnung des Gutachtens bestärkt.

Von den 11 Mio. Euro Einsparungen sollen allein 5 Mio. Euro aus der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung aufgebracht werden. Abgesehen davon, dass bundesweit die Aufwendungen für Menschen mit Behinderungen eher steigen: Genau wird die Summe der angeblichen Einsparungspotenziale nirgendwo aufgeschlüsselt. PWC belässt es bei allgemeinen Hinweisen wie besserer Planung im Einzelfall und Umorientierung zu ambulanten Angeboten. Als hätten Verwaltung und Selbstverwaltung nicht schon längst diese Neuausrichtung vorgenommen.

Auch der Vorschlag der neuen Ämterstruktur macht keinen Sinn. Insbesondere die Aufteilung des Amtes für Familie und Soziales in ein Amt für Soziales und Grundsicherung sowie ein Amt für Sozialzentren ist nicht überzeugend. Wichtige Verknüpfungen zwischen Steuerung, Planung und der Regelung der Einzelfälle würden zerrissen.

Jeglicher ganzheitlicher auf den Menschen bezogene Ansatz würde erheblich geschwächt. Die Sozialzentren würden durch eine rein organisatorische Verselbständigung auch gar nicht gestärkt, sondern dadurch ihr Anliegen eher geschwächt. Der gegenteilige Kurs, die Zusammenfassung des alten Sozialamtes mit dem Amt für soziale Dienste, im Jahre 2003 war dagegen richtig und hat sich bewährt. Eine Ämterneustrukturierung ist überflüssig, das wird indirekt aus dem Gutachten deutlich.

Die SPD wird in den Gremien der Selbstverwaltung kritische Nachfragen stellen. Insgesamt drängt sich mir aber der Eindruck auf, dass das Gutachten niemandem weiter hilft. Leider auch nicht denjenigen Kielerinnen und Kielern, die auf Hilfe angewiesen sind. Das sollten jetzt auch diejenigen einsehen, die es beschlossen haben."



Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 23.01.2008, 09:32 Uhr - 9269 Clicks - Nr. 61

SPD kündigt erneute Initiative im Kreistag an.

CDU-Kürzungen bei der Freizeitförderung für Menschen mit Behinderung gefährdet die Arbeit. SPD kündigt erneute Initiative im Kreistag an.

Rund 210 Menschen mit Behinderung beteiligen sich regelmäßig an den wöchentlichen Angeboten der Freizeitförderung durch den der „Lebenshilfe“ im Kreis Pinneberg in den Freizeitförder- und Begegnungsstätten Elmshorn, Pinneberg und Wedel. Der Geschäftsführer der „Lebenshilfe“ Peter Schaumann zog eine positive Bilanz der Arbeit beim Besuch der SPD-Kreistagsfraktion im „Georg-Hansen-Haus“ in Elmshorn. Ausgerichtet auf die altersspezifischen Bedürfnisse machen die Einrichtung entsprechende Angebote. In Elmshorn seien es 10, berichtete die Leiterin der „Georg-Hansen-Hauses“ Dörte Hein den SPD-Politikern „ Unser Ziel -so Dörte Hein- ist es, den behinderten Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und jede Isolierung vor der Welt „draußen“ zu vermeiden“.

So sei es neben den Angeboten in der Einrichtung, von Ausflügen und von Urlaubsreisen gelungen, ein „Netzwerk“ mit Vereinen und Verbänden herzustellen. Gemeinsam mit nicht behinderten Menschen nehmen die behinderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene an den Kursen der Volkshochschule, dem internationalen Jugendprogramm des Kreisjugendringes, am Schwimmunterricht der „Schwimmsparte Elmshorn“ teil. Gut ist auch die Zusammenarbeit mit Jugendhaus „Zum Krückkaupark“. Ein direkter Zugang vom „Georg-Hansen-Haus“ zum

Jugendhaus ermöglicht die spontane Teilnahme an den dortigen Freizeitangeboten.

„Trotz aller unserer Bemühungen, wir müssten mehr tun. Die Kürzungen der Kreiszuschüsse im Jahre 2004 haben uns aber enge Grenzen gesetzt“ –so die Leiterin Hein. Der Kreistag hatte seine Zuschüsse mit der CDU-Mehrheit um 6.100,00 € auf 55.300,00 € gekürzt. Als Folge stehen 30 Kinder auf der Warteliste, denen kein Nachmittagsangebot gemacht werden kann, weil die personelle Kapazität erschöpft ist. Ausflüge und Urlaubsreisen, notwendige Angebote zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft, mussten eingeschränkt werden.

Auch SPD-Fraktionschef Hannes Birke konnte für 2008 keine Verbesserung bei den Kreiszuschüssen mitteilen. „Unsere Anträge im Kreistag, mindestens die Kürzungen zurückzunehmen“ –so Birke- „sind zum wiederholten Male an der CDU gescheitert.“ Für Birke ein Musterbeispiel von sozialer Ungerechtigkeit, wenn fast zeitgleich mit der Kürzung für die Freizeitförderung in Höhe von 6.100,00 € die CDU den Jägern im Kreis die Jagdsteuer in Höhe von 19.000,00 € erließ.

Wir werden bei der Freizeitförderung „nicht locker lassen“, kündigte Birke an. Spätestens in einem Nachtragshaushalt –vermutlich im Juli- werde die SPD erneut eine bessere finanzielle Unterstützung der Freizeitförderung einfordern.

Kommentar von [Natascha Böhnisch](#) vom 24.01.2008, 07:26 Uhr:

RE:SPD kündigt erneute Initiative im Kreistag an.

Das sind doch Punkte, die im Wahlkampf deutlich gemacht werden müssen. Die CDU betreibt doch eindeutige Klientelpolitik (s. Jagdsteuer). Das muss doch auch den Wählerinnen und Wählern klar werden. Ich sehe für uns doch einige Chancen, dass wir diesmal ein besseres Ergebnis einfahren werden!

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 23.01.2008, 13:25 Uhr - 4262 Clicks - Nr. 62

Weißer Ring in Opferschutz-Stiftung einbeziehen

Zu der Anregung von Minister Döring, eine Opferschutz-Stiftung zu gründen, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Es ist richtig und wichtig, in der derzeitigen Debatte um Jugendgewalt das Thema Opfer in den Vordergrund zu rücken. Grundsätzlich halten wir die Idee einer Opferschutz-Stiftung für vernünftig. Wir erwarten aber, dass die Kompetenz und Erfahrung des Weißen Rings in die Umsetzung des Konzepts einer Stiftung einbezogen wird.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 23.01.2008, 14:24 Uhr - 48336 Clicks - Nr. 63

Ralf Stegner: Es bleibt beim Atomausstieg

Zur Diskussion über den Atomausstieg erklärt SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner:

„Die Union hat sich heute noch mal nachdrücklich für die Atomenergie ausgesprochen. Obwohl wir ganz und gar anderer Meinung sind, begrüßen wir die Erklärungen von Dr. Wadepful und der Steinburger CDU. Denn gerade in Wahlkampfzeiten ist es gut, wenn die Wählerinnen und Wähler

wissen, woran sie sind. Für die SPD ist klar: Die Atomenergie ist wegen ihrer enormen Gefährlichkeit und des tausende Jahre strahlenden Atommülls nicht verantwortbar. Deshalb kommen Verlängerungen der Restlaufzeiten von überalterten Atommeilern nicht in Frage, ein Neubau von Atomkraftwerken schon gar nicht.

Die Regierungsbeteiligung der SPD garantiert, dass den Ankündigungen von Dr. Wadehul und Minister Austermann keine Taten folgen können.“

Keine Kommentare

[SPD-Horst](#) - veröffentlicht am 23.01.2008, 17:29 Uhr - 2994 Clicks - Nr. 64

Wir kümmern uns um den Kreis

Drei Horster KandidatInnen für den Kreistag
Die drei Kandidaten, die aus Horst stammen, haben alle eine schwierige Aufgabe vor sich, sie treten gegen respektable Gegner an.

* Sabine Riep ist langjähriges bürgerliches Mitglied im Umweltschutzausschuss und will nun in der Folge als Abgeordnete in den Kreistag einziehen, dort wird sie ihre Kompetenzen im Sozialbereich verwerten, die sie sich durch das Studium der Sozialpädagogik im Anschluss an die Familienzeit erworben hat.

* Rudolf Riep ist schon dreimal in den Kreistag gekommen und will gerne weiterarbeiten. Er ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender und zur Zeit Mitglied im Bau- und Verkehrsausschuss des Kreises, wo er aktiv an der Erstellung eines Verkehrskonzeptes mitarbeitet. Sein vorrangiges Ziel in diesem Bereich ist die Verwirklichung der Verbindung vom Kreisel am Horster Gewerbegebiet zur Wegespinne in Hahnenkamp, damit der Innenortsbereich von Horst vom Verkehr entlastet wird.

* Gerlinde Böttcher will neu in die Kreistagsfraktion kommen und dort ihre Kenntnisse aus dem Arbeitsleben einbringen. Als Mitarbeiterin der ARGE im Kreis Pinneberg hat sie vielfältige Erfahrungen in Bezug auf die Menschen die der gesellschaftlichen Unterstützung bedürfen.

Aus Horst kommt also ein Trio, das erhebliche Kompetenzen in die Arbeit im Kreistag einbringen kann. Es hofft auf gute Wahlergebnisse.



Keine Kommentare

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 23.01.2008, 18:22 Uhr - 2738 Clicks - Nr. 65

SPD Barmstedt für Lidl – Ansiedelung

Der SPD – Ortsverein Barmstedt spricht sich für die Ansiedelung eines Lidl Verbrauchermarktes auf dem Gelände der alten Meierei aus.

Der SPD – Ortsverein Barmstedt spricht sich für die Ansiedelung eines Lidl Verbrauchermarktes auf dem Gelände der alten Meierei aus.

Das alte Meiereigelände, das nun mehr als 6 Jahren brachliegend und ungenutzt die westliche Innenstadt verschandelt muss für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger wieder effektiv genutzt werden. Nach verschiedenen Ansätzen, dieses Gelände durch verdichtete Wohnbebauung oder durch andere gewerbliche Nutzung wieder vernünftig zu gebrauchen, scheiterten leider. Seit etwa 2 Jahren interessiert sich nun die Verbrauchermarktkette Lidl für dieses Gelände. Auf mehreren Bauausschuss-Sitzungen wurden die Interessen der Stadt und der Firma Lidl abgewogen, Die vom Ausschuss geforderten Gutachten für den Lärmschutz und das Verkehrsaufkommen wurden vorgelegt. Die SPD Fraktion ist zu dem Schluss gekommen, dass nun alle geforderten Maßnahmen berücksichtigt worden sind und die Genehmigung für den Bau eines Verbrauchermarktes erteilt werden kann. Vor dem endgültigen Startschuss muss allerdings noch ein Gespräch mit den Anliegern geführt werden, um die Beteiligung an den Kosten der neu zu erstellenden Strasse zwischen Königstrasse und Kuhberg zu klären. Vor diesem Gespräch und einer einvernehmlichen Lösung werden die Sozialdemokraten diesem Bau nicht zustimmen. Abschließend waren für die SPD folgende Belange besonders wichtig:

- 1.) Keine weitere Bauruine in der Innenstadt (wie die Geno-Mühle) .
- 2.) Verbesserte, günstige und umfangreiche Einkaufsmöglichkeit für die Barmstedter Bürgerinnen und Bürger.
- 3.) Stärkung des örtlichen Einzelhandels durch weiteren günstigen Verbrauchermarkt in der Innenstadt.
- 4.) Durch die Fertigstellung der Meiereistrasse, deren Verwirklichung allerdings noch etwas dauern kann, weitere Verkehrsberuhigung in der Innenstadt.
- 5.) Die Barmstedter Innenstadt als Nahversorger auch für die Umlandgemeinden interessant zu halten

Keine Kommentare

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 23.01.2008, 18:29 Uhr - 2648 Clicks - Nr. 66

SPD Barmstedt gegen Verlegung des ALDI-Marktes

Die SPD – Fraktion in der Barmstedter Stadtvertretung hat sich gegen eine Verlegung des Aldi-Marktes vom Küsterkamp an die Berliner Strasse ausgesprochen und entsprechend bei der Abstimmung verhalten.

Es war immer der politische Wille der Sozialdemokraten, die Innenstadt durch attraktive und von Kunden angenommene Geschäfte zu stärken. Man kann zu Recht behaupten, Aldi sei einer der Kundenmagnete für unsere Innenstadt. Ein Umzug hätte einen Verlust der Kundenfrequenz für den Facheinzelhandel zur Folge gehabt,

Für uns ebenso nicht kalkulierbar war der zu erwartende zusätzliche Verkehr im südlichen Bereich der Mühlenstrasse. Die Anzahl der PKW in diesem Bereich wäre ungemein gestiegen, da anzunehmen war, das die Kunden erst Aldi und dann Sky, Minimal, Lidl und die Fachgeschäfte oder umgekehrt anfahren würden.

Die Nähe zum Kindergarten“ Arche Noah“ war für uns ein weiterer Ablehnungsgrund. Es muss nicht sein, dass zusätzlicher PKW-Verkehr in die Nähe eines Kindergartens geholt wird.

Der SPD – Ortsverein hat sich bereits im Kommunalwahlprogramm zur Kommunalwahl 2003 dafür ausgesprochen, die Nahversorgung im nördlichen Teil unserer Stadt zu verbessern. Ganz besonders wichtig wird dies, wenn wir wie zu erwarten den großen Bebauungsplan 46 (über 200 Wohneinheiten) im Nordosten der Stadt nördlich des Weidkamps realisieren und in der kommenden Legislaturperiode eine Bebauung nördlich des Galgenberges in Angriff nehmen. Aber dies kann nicht auf der Basis eines Umzuges aus der Innenstadt erfolgen. Die zusätzlichen Wohneinheiten zwingen uns gerade dazu, einen zusätzlichen Anbieter für diesen Bereich zu suchen. Hier sei nur erwähnt, das zum Beispiel auch Quickborn über 2 Aldi – Märkte verfügt.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 23.01.2008, 18:44 Uhr - 9095 Clicks - Nr. 67

Über 14 Millionen Euro für Kasernen in Flensburg-Schleswig

Endlich wird neben anderen Bundeswehrstandorten in Schleswig-Holstein auch die Kai-Uwe-von-Hassel-Kaserne in Kropp 2008 Mittel in Höhe von 4.724.000 Euro erhalten. Auch die Schule für Strategische Aufklärung der Bundeswehr in Flensburg bekommt 9.412.000 Euro für Gebäudeumbau- und Sanierungsmaßnahmen aus dem vom Haushaltsausschuss beschlossenen Sonderprogramm "Sanierung Kasernen West".

Wodarg dazu: "Mit diesem Sonderprogramm soll eine deutliche Beschleunigung gegenüber der bisherigen Planung zur Erneuerung westdeutscher Bundeswehrstandorte erreicht werden. Damit können die Lebens- und Arbeitsbedingungen unserer Soldatinnen und Soldaten endlich auf einen zeitgemäßen Stand gebracht werden. Das ist sauch erforderlich als deutliches Signal für die Anerkennung ihrer Arbeit." Darüber hinaus teilt Dr.



Wodarg mit, dass von 2008 bis 2011 insgesamt mehr als 45 Mio. Euro für die Bundeswehrstandorte in Schleswig-Holstein zur Verfügung stehen, um die teilweise maroden Unterkünfte wieder auf den neuesten Stand zu bringen. Wodarg: "Ich freue mich, dass neben dem Standort Kropp, auch der Standort Flensburg-Mürwik von diesem Sonderprogramm im Haushalt 2008 profitiert. Bei meinen Besuchen in Kasernen meines Wahlkreises habe ich immer wieder gesehen, welche baulichen Mängel den Alltag der Soldatinnen und Soldaten unnötig erschweren. Die jetzt bereitgestellten Gelder sind notwendig und ein wichtiges Signal aus Berlin für die Region Flensburg-Schleswig." Zum Hintergrund: Während in den Jahren 1991 bis 2001 die Armeestandorte in der ehemaligen DDR in einem umfangreichen Sanierungsprogramm auf einen zeitgemäßen baulichen Stand gebracht wurden, wuchs der Sanierungsbedarf in den Standorten der alten Bundesländer unaufhörlich. Wehrbeauftragter und Haushaltsausschuss haben in einer gemeinsamen Initiative diesem Missstand nun ein Ende gesetzt. Bei der Prüfung aller Liegenschaften in den alten Bundesländern wurden über 800 investive Baumaßnahmen mit einem Gesamtbedarf von ca. 1,1 Mrd. Euro identifiziert. Besonders dringende Maßnahmen wurden bereits im vergangenen Jahr umgesetzt; in den Jahren 2008 bis 2011 werden insgesamt 645 Mio. Euro für Investitionsmaßnahmen zur Sanierung der Unterkünfte zur Verfügung stehen.

Keine Kommentare

[SPD Rathausfraktion Neumünster](#) - veröffentlicht am 23.01.2008, 19:52 Uhr - 4248 Clicks - Nr. 68

Neujahrsempfang des Jugendverbandes Neumünster (JVN)

Am 18.01.2008 fand der Neujahrsempfang des Jugendverbandes in dessen Räumlichkeiten („For More“) in der Boostedter Str. 3 / Ecke Altonaer Str. statt. Auch dieses Jahr hatte der JVN keine Mühen gescheut, seinen Gästen einen besonders netten und informativen Empfang zu gestalten. Carsten Kock führte wie immer gekonnt durch den mit Beat-Musik, Laien-Schauspiel, Comedy und kulinarischen Leckereien gespickten Abend. Darüber hinaus konnten die zahlenmäßig stark vertretenen Neumünsteraner Sozialdemokraten allerhand Informationen über die Aktiven des JVN und deren Arbeit erfahren.



Die SPD Neumünster wünscht dem Jugendverband Neumünster für die Zukunft auch weiterhin viel Erfolg. Und wenn die Kommunalwahl am 25.05.2008 für die SPD ebenso erfolgreich verläuft, wird sich niemand Sorgen um die finanzielle Unterstützung der Jugendarbeit in unserer Stadt machen müssen. Denn sowohl haupt- als auch ehrenamtliche Jugendarbeit besitzen für die SPD Neumünster Priorität!

Weitere Informationen:

- www.jvn.de
- Der JVN beherbergt im Erdgeschoss des „For More“ ein Cafe, in dem unter anderem auch ein täglich wechselnder Mittagstisch angeboten wird. Das Cafe betreibt der JVN in Zusammenarbeit mit dem Ausbildungsverbund Neumünster (AVN). Ein Besuch lohnt sich!

[Jan Eike Kummerfeldt - Ihr Kandidat für den Wahlkreis 21 / Stadtmitte Nord](#)

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 23.01.2008, 20:00 Uhr - 5638 Clicks - Nr. 69

Kinderarmut geht uns alle an!

Zusammen mit den örtlichen sozialen Einrichtungen hat der Kieler Ortsbeirat Ellerbek/Wellingdorf im letzten Jahr einen Sozialfonds gegen Kinderarmut ins Leben gerufen. "Ziel des Sozialfonds ist es, Kindern und Jugendlichen in Notlagen in den Stadtteilen schnell und unbürokratisch zu helfen, wenn Kinder- und Jugendeinrichtungen wie Kindergarten, Hort oder Schule einen Bedarf feststellen und staatliche Hilfen ausgeschöpft sind", erklärt der Vorsitzende des Ortsbeirates Peter A. Kokocinski (SPD).

Oft fehlt es den Kindern und Jugendlichen an Alltäglichem. "Viele können an Angeboten wie Ausflügen oder Ferienfahrten, oft das einzige Ferienerlebnis der Kinder und Jugendlichen, aufgrund fehlender finanzieller Möglichkeiten nicht teilnehmen", so Kokocinski weiter.

Alexandra Wings, Leiterin des Sozialzentrums Ost, ergänzt: "Ellerbek und Wellingdorf sind zwei Stadtteile des Sozialzentrumsbezirks Kiel Ost, der nach dem Sozialbericht 2007 der Landeshauptstadt Kiel hinter Gaarden und Mettenhof die höchste Problemdichte aufweist. Dies zeigt sich an der Zahl der Haushalte, die von Arbeitslosengeld II leben, wie auch an der steigenden Zahl der bei der schuleingangsuntersuchung auffälligen Kinder". In den Kinder- und Jugendeinrichtungen ist die Situation der Kinder und Jugendlichen bekannt, oft kann jedoch keine Abhilfe geschaffen werden. Hier soll der Sozialfonds schnell und unbürokratisch helfen.

"Mein größter Wunsch für die Zukunft wäre", macht Kokocinski deutlich, "dass ein Sozialfond gegen Kinderarmut in unseren Stadtteilen irgendwann nicht mehr nötig sein wird, weil es dann kostenlose Mittagsmahlzeiten an den Schulen gibt, kostenfreie Ferien- und Freizeitangebote vorgehalten werden und kein Kind mehr wegen seiner Kleidung oder Herkunft gehänselt wird". Da dieser Wunsch in absehbarer Zeit wohl nicht zu erfüllen ist, würde er sich aber über Spenden für den Sozialfonds freuen, denn so Kokocinski: "Kinderarmut geht uns alle an!" Im letzten Jahr kamen bei einer Benefiz-Kunstauktion 5000,- Euro zusammen und der Lions-Club hat mit Hilfe eines Bücherflohmarktes weitere 2000,- für den Sozialfonds gespendet. Aber auch über kleinere Beträge für den Kindersozialfonds würde der Ortsbeiratsvorsitzende sich freuen und ruft zum Spenden auf.

Bei Fragen zum Fonds bitte wenden an...
Peter A. Kokocinski: 0431-7298598 oder
Alexandra Wings: 0431-9014680

Spenden an:
Sozialfonds Wellingdorf/Ellerbek e.V.
Förde Sparkasse
Konto-Nr. 1400 000 632
Bankleitzahl 210 501 70



Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 24.01.2008, 14:06 Uhr - 7518 Clicks - Nr. 70

Entscheidung zur Pendlerpauschale ist nachvollziehbar und konsequent

Zur Debatte um die Pendlerpauschale erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen: "Die Entscheidung des Bundesfinanzhofs ist aus unserer Sicht nachvollziehbar und systematisch konsequent. Gerade in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein trifft die derzeitige Regelung viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die weite Wege zu ihrem Arbeitsplatz haben.

Ich warne allerdings vor zu viel Euphorie und falschen Ratschlägen, die dazu führen, dass sich Pendler z. B. bereits den vollen Fahrtkostenfreibetrag auf ihrer Lohnsteuerkarte eintragen lassen. Denn sollte das Bundesverfassungsgericht zu einem anderen Urteil kommen als der Bundesfinanzhof, dann müsste der steuerlich eingesparte Betrag an das Finanzamt nachgezahlt werden."

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 24.01.2008, 19:39 Uhr - 4437 Clicks - Nr. 71

Kürzungen bei Menschen mit Behinderungen trifft das soziale Herz

PWC-Gutachten völlig daneben

Auf der gestrigen Sitzung des SPD-Kreisausschusses wurde heftige Kritik am aktuellen PWC-Gutachten geäußert. Zu den Spar-Vorschlägen im Sozialbereich der Stadt Kiel erklärte SPD-Kreischef Rolf Fischer:

„Die „Gutacheritis“ im Rathaus hat ein weiteres Opfer gefordert: den Sozialbereich.

Die fast 200.000 Euro hätten besser angelegt werden können.

Gutachternvorschläge, die immer wieder ergänzt, verändert oder erst an die tatsächlichen Verhältnisse angepasst werden müssen, sind ihr Geld nicht wert. Damit steht auch dieses Gutachten in der verhängnisvollen Kienbaum-Tradition.



Die von PWC vorgelegten Ansätze sind für die Kieler SPD nicht tragbar. Zwei Punkte sind dabei besonders ärgerlich: Weder kommt für uns die Erhöhung der Hallennutzungsgebühren infrage, noch werden wir den Kahlschlag bei den Eingliederungshilfen akzeptieren.

Ich erinnere daran, dass wir einen Sportentwicklungsplan fordern, in dem zusammen mit dem Sportverband über eine Neuausrichtung der Hallengebühren gesprochen werden muss. Hier eine bloße Erhöhung vorzuschlagen, ist reines Stückwerk und übersieht, dass den Kieler Vereinen bereits viel zugemutet wird. Die Frage der Hallennutzungsgebühren muss sportpolitisch und nicht nur ökonomisch betrachtet werden.

Wer 5 Millionen Euro bei den Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen einspart, rechnet wohl mit wenig Lobby-Widerstand. Das ist wohl der einzige und makabre Grund für diesen Ansatz. Denn dieser Vorschlag trifft das soziale Herz der Stadt. Wir erwarten die umgehende Distanzierung des Sozialdezernenten und eine Erklärung, dass dieser PWC-Vorschlag keine Realisierungschance hat. Die Kieler SPD wird in den kommenden Wochen mit den Betroffenen sprechen. Wir werden zudem alles tun, um eine Beschlussfassung vor der Kommunalwahl zu verhindern. Sollte es doch dazu kommen, werden wir – bei entsprechender Mehrheit - nach der Kommunalwahl den Beschluss wieder aufheben.“

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 25.01.2008, 14:11 Uhr - 7088 Clicks - Nr. 72

Bildung und Sicherheit nicht zum Nulltarif!

Zum Ergebnisbericht 2008 des Landesrechnungshofs nimmt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Birgit Herdejürgen, Stellung:

„Den Ergebnisbericht 2008 des Landesrechnungshofs nehmen wir mit einem lachenden und einem weinenden Auge zur Kenntnis. Sowohl in den Fraktionsgremien wie auch im Finanzausschuss des Landtags haben wir uns intensiv mit den jeweiligen Berichten des Landesrechnungshofs befasst.

Wir haben zahlreiche Vorschläge aufgegriffen, andere Vorschläge passten auch präzise zu den Vorhaben, die Parlament und Regierung ohnehin durchgeführt hatten. Wir stehen zur Haushaltssanierung und wir stehen zum Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Bildung und Unterricht, Sicherheit und Prävention sind aber nicht zum Nulltarif zu haben. Wer Tausende von Stellen einsparen will, muss wissen, dass es genau diese Bereiche treffen würde, und

sollte das dann auch deutlich sagen.

Der Landesrechnungshof weist zu Recht darauf hin, dass die anderen Bundesländer sehr genau darauf schauen werden, ob Schleswig-Holstein sich ernsthaft um Haushaltsdisziplin bemüht. Wir sollten die begonnenen Reformen sehr ernsthaft fortsetzen. Das betrifft die Verwaltungsstrukturen, das betrifft den effizienten Einsatz von Personal, es betrifft die Förderungen des Landes. Und wir werden weiterhin klare Schwerpunkte setzen: bei Bildung, Sicherheit und Gerechtigkeit."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 25.01.2008, 14:16 Uhr - 1671 Clicks - Nr. 73

Kietzer: Stellungnahme des Kulturamtsleiters reine Satire!

Die Fraktionsvorsitzende und kulturpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zu den Ausführungen von Dr. Reiter in den Kieler Nachrichten von heute:

"Die Behauptung des Amtsleiters Dr. Reiter, neben den finanziellen Auswirkungen des Beschlusses von CDU/Grünen auch noch die inhaltlichen bewältigen zu können, spricht er mit seinen inhaltsleeren Sätzen Hohn.

Es gibt in dem ganzen Artikel keinen einzigen Satz über seine zukünftigen Vorstellungen zur Kultur. Nach eigenen Angaben sieht er sich als Sachwalter des Personalabbaus und der Kulturabschmelzung.

Die Kulturschaffenden haben selbstverständlich registriert, dass CDU/Grüne die inhaltlichen Auseinandersetzungen durch eine Aufgabenkritik nicht geführt haben, sondern allein einen Finanzbeschluss durch Abbau von 23 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen herbeigeführt haben. Diese Situation, die für jeden offensichtlich ist, erkennt Dr. Reiter nicht als Mangel.

Das Kulturforum wurde zwar vor dem Zugriff der Oberbürgermeisterin durch die starken öffentlichen Proteste gerettet, aber die inhaltliche Arbeit soll privatisiert werden!

Die Spiellinie und die Reihe "Gewaltig leise" sollen nach Aussage von Dr. Reiter beibehalten werden; nicht, weil sie erfolgreich und beinahe mit Kultstatus versehen sind und wir wirklich stolz sein können, was städtische Mitarbeiter hier leisten, sondern "weil Kieler-Woche-Mittel drinstecken"!

Weil die Volkshochschule - gepaart mit einzelnen pädagogischen Projekten - nach dem Umbau in die Stadtgalerienebeneräume einzieht, wird von Dr. Reiter vom Aufbau einer "Kunstschule" gesprochen!

Aus Sicht der SPD-Fraktion: Realsatire, die wohl leider Ernst gemeint ist!"

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 25.01.2008, 14:18 Uhr - 1147 Clicks - Nr. 74

K.E.R.N. kitten statt spalten!

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer und der wirtschaftspolitische Sprecher Jürgen Hahn erklären zu der heutigen Berichterstattung über die Entwicklung von K.E.R.N.:

"Das Scheitern von Frau Volquartz (CDU) und der sie unterstützenden Fraktionsvorsitzenden Robert Cordes (CDU) und Lutz Oschmann (Bündnis 90/Die Grünen) in Sachen "K.E.R.N.-Erbe" wird deutlich. Statt zu integrieren, zu kommunizieren und Kompromisse für die Zukunft der Region auszuhandeln spalten sie die Region.

Ihre Strategie und die Vorgehensweise sind dilettantisch. Neumünster wurde ignoriert, mit Rendsburg und Eckernförde nicht gesprochen, IHK wie DGB erfahren Grundlegendes nur aus den Medien. Es verwundert nicht, dass führende K.E.R.N.-Mitglieder wie Rendsburg, die IHK, Büdelsdorf oder der DGB sicherheitshalber ihre Mitgliedschaft auf Eis legen, bis in Kiel Vernunft und Denken eingekehrt sind.

Die SPD fürchtet um die Einwerbung von EU-, Bundes- und Landesmitteln sowie deren zielgenaue Verteilung in der Region. Frau Volquartz, CDU und Grüne zerstören funktionierende Strukturen und Netzwerke. Sie sorgen aber nicht für gleichwertigen Ersatz. Deshalb drohen der Region Millionenverluste beim "Zukunftsprogramm Wirtschaft" und "Interreg".

Frau Volquartz, die CDU und Bündnis 90/Die Grünen sollten dem dringenden Hinweis von Wirtschaftsminister Austermann folgen und K.E.R.N. kitten statt spalten.

Neumünster hat mit NORDGATE vollendete Tatsachen geschaffen. Wenn Rendsburg und Eckernförde bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft nicht mitmachen, bleibt aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde nur Landrat von Ancken übrig!

K.E.R.N. braucht schnellstens eine sachgerechte Lösung. Nur mit einem gemeinsamen Kraftakt und im Konsens kann es gelingen, den drohenden finanziellen Schaden in Millionenhöhe für die Städte, Gemeinden und Landkreise in der Region zu verhindern."

Keine Kommentare

[SPD-Rethwisch](#) - veröffentlicht am 26.01.2008, 09:18 Uhr - 2711 Clicks - Nr. 75

Rethwisch gemeinsam gestalten

Unsere Ziele - Wofür wir uns für Sie einsetzen:

Lebensqualität vor Ort: Für ein attraktives und sicheres Wohnumfeld. Einer unser Schwerpunkte ist die Pflege sowie der Ausbau der fast 20 km Wanderwege rund um Rethwisch.

Zukunft mit Kindern: Für eine familienfreundliche Gemeinde mit kostenloser Schulbeförderung, einem kostenfreien Kindergarten sowie mit guten Jugendfreizeitangeboten.

Optimale Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer:

Ausbau der Fuß- und Radwege sowie verstärkte Geschwindigkeitskontrollen an Gefahrenstellen (z. B. Ortseinfahrten).

Bürgersinn, Kultur und Sport:

Für ein lebenswertes und aktives Gemeinwesen für jede Generation.

Verwaltung: Für ein bürgerfreundliches, effizientes und garantiert wohnortnahes Amt.

Unterstützung bei der Ausstattung der Feuerwehren

Die Rethwischer Vereine sind die Träger unseres kulturellen und sportlichen Zusammenlebens. Sie werden weiterhin unsere Unterstützung erhalten.

Wir machen uns auf Kreisebene stark für die Interessen unserer Gemeinde und für den Erhalt der Fahrbücherei

Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass sich alle Rethwischer wohl fühlen in unserer Gemeinde!

Bei der kommenden Wahl am 25. Mai geht es in erster Linie um Rethwisch. Wir müssen die Frage stellen, was für den einzelnen Menschen in Rethwisch Gesellschaft und Gemeinschaft bedeuten. Tatsache ist, egal welchen Bereich wir sehen, ob Sport, Politik, ältere Menschen, Kindergarten, Schule, Freizeit oder Kultur, soziale Leistungen werden auf lokaler Ebene erbracht – durch unsere Gemeindemitglieder.

Unser Wahlprogramm gibt darüber Auskunft, was wir uns für die nächsten Jahre vorgenommen haben:

Die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger ausbauen

Wir möchten es jedem Einzelnen ermöglichen an der Wohnortqualität unserer Region, an den öffentlichen Wegen und Plätzen, am Vereins- und Kulturleben mitzuwirken. Dieses muss unabhängig von jeglicher politischer Richtung, sachorientiert möglich sein. Anders ist Kommunalpolitik nicht sinnvoll. Das ist erreichbar durch ein deutliches Mehr an direkter Bürgerbeteiligung in Rethwisch! Unverzichtbar hierzu ist es, Althergebrachtes und bereits Bewährtes fortzuführen oder wieder neu zu beleben. So wollen wir mit Einwohnerversammlungen vor wichtigen Entscheidungen durch die Gemeindegremien die notwendige Transparenz herstellen und Diskussionen ermöglichen.

Wir wollen in Rethwisch mehr Demokratie wagen.

Kindergarten

Der Kindergarten in Rethwisch ist eine wichtige soziale Institution. Wir müssen ständig weiter daran arbeiten, die Qualität im Kindergarten zu sichern und zu erweitern. Um die Qualität der Elementarerziehung zu sichern, ist sicherzustellen, dass die Mitarbeiter des Kindergartens an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen in ausreichendem Maß teilnehmen können. Weiterhin muss dafür gesorgt werden, dass der Nachfrage entsprechend zu jeder Zeit genügend Kindergartenplätze zur Verfügung stehen. Bei einer Unterauslastung ist verstärkt auf die Aufnahme von Kindern aus Nachbardörfern zu achten, zusätzlich zu den Nachbardörfern mit denen wir schon kooperieren. So kann das wohnortnahe Kindergartenangebot in Rethwisch erhalten werden. Unser Ziel ist es, das Betreuungsangebot weiter auszubauen, damit Familie und Beruf besser miteinander vereinbar sind. Hierzu sollten, bei entsprechender Nachfrage, die Öffnungszeiten ausgeweitet werden, um den Wiedereinstieg in den Beruf von vornehmlich jungen Müttern zu unterstützen. Mittelfristig muß das Ziel sein, ein kostenfreies Kindergartenangebot zu ermöglichen. Wir fordern einen freien Zugang zur Bildung – und die fängt im Kindergarten an!

Schule

Wir sind generell für den Abbau von Bildungsbarrieren. Ein freier Zugang zur Bildung ist unser oberstes Gebot! Deshalb werden wir uns dafür stark machen, dass die Schulbeförderung kostenfrei bleibt. Durch die Einführung von Ganztagschulen, ist auf eine gesunde Ernährung der Kinder in der Schulmittagspause zu achten. Wir machen uns auf Kreisebene dafür stark, dass kostenloses Mittagessen angeboten wird. Die jetzigen Kosten dürfen nicht zu einer sozialen Ausgrenzung unter den Schülern führen, die sich durch Nichtteilnahme am Nachmittagsschulangebot ausdrückt. Eine Gesellschaft, die eine Zukunft haben will, muss Eltern und Kinder angemessen unterstützen, um so einen freien Zugang zur Bildung zu ermöglichen.

Spielplätze

Die Spielplätze sind für die Kinder in Rethwisch ein besonderer Raum, wo sie ihrem Bedürfnis

nach ungestörtem Spiel nachkommen können. Eine moderne und von Technik geprägte Umwelt läßt für natürliche Spielräume wenig Platz. So ist es uns ein besonderes Anliegen, unsere Spielplätze als Schonräume für Kinder zu schützen und aufzuwerten. Die Spielgeräte der Spielplätze bedürfen zum Teil einer Erneuerung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Gemeinde für die erforderliche Erneuerung sorgt und die Spielplätze weiterhin erhält. Auch für die älteren Kinder könnten attraktive Spielmöglichkeiten ergänzt werden. Hierzu ist zum Beispiel auf dem Wiesenstraßenspielplatz ein Basketballkorb mit Spielfläche herzurichten.

Jugendarbeit aktivieren

Mitwirkung der Jugendlichen gewährleisten. Die SPD Rethwisch setzt sich für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planungen und Vorhaben der Gemeinde ein. Die Beteiligung muss vielfältig und altersgruppengerecht in die Gemeindearbeit einfließen, z. B. bei der Planung von Spielplätzen oder Radwegen. Der Jugendkeller ist für die Jugendlichen ein idealer Raum um gemeinsam die Freizeit zu gestalten und erwachsen zu werden. Grundsätzlich sind hier alle Aktivitäten zu unterstützen. Besonders freut uns das ehrenamtliche Engagement Einzelner um ein qualitativ gutes Angebot anbieten zu können und den Jugendlichen bei wichtigen Fragen zur Seite zu stehen.

Freiwillige Feuerwehren

Die Freiwilligen Feuerwehren erfüllen eine wichtige kommunale Pflichtaufgabe und leisten außerdem einen wesentlichen Beitrag in kulturellen Bereichen. Wir wollen die Wehren in beiden Dorfteilen erhalten. In den letzten Jahren hat die Gemeinde in Rethwisch und Klein Boden enorme Investitionen für den Brandschutz getätigt. Diese waren allesamt gut und richtig und sind daher von uns unterstützt und mitgetragen worden. Die Gewährung des Brandschutzes vormittags an Werktagen ist uns ein besonderes Anliegen. Da wir zunehmend ein „Pendlerdorf“ geworden sind und nur noch wenige aktive Kameraden vormittags im Ort präsent sind, werben wir für den aktiven Dienst von Frauen in den Gemeindefeuerwehren.

Ehrenamt

Ehrenamtliches Engagement ist eine wichtige und unverzichtbare Säule in unserer Gemeinde. Viele Kinder und Jugendliche, Männer und Frauen unterschiedlichen Alters und Berufes engagieren sich in vielfältiger Weise in ihren Vereinen, Initiativen, Kirchen und Verbänden. Diese wertvolle Arbeit für die Allgemeinheit wollen wir auch in Zukunft angemessen unterstützen und fördern.

Breitensport fördern

Unserer Auffassung nach fällt dem Sport für die gemeinschaftliche Freizeitgestaltung eine besondere Rolle zu. Die SPD steht für eine verlässliche Partnerschaft von Sport und Politik. Wer sich mit Sport fit hält, ist leistungsfähiger. Ein gutes und vielfältiges Sportangebot – insbesondere für junge Menschen – vermittelt früh Fairness und Teamgeist. Nirgendwo werden so viele Stunden ehrenamtlicher Arbeit in unserer Gemeinde geleistet wie im Bereich des Sports. Für die SPD Rethwisch bedeutet Sportförderung aber auch eine Förderung des Breitensports. Die vorhandene Sportstätte muss effizient genutzt werden, wobei die SPD Rethwisch weiterhin daran festhält, dass ortsansässige Vereine mit einem Angebot an Breitensport die Sportstätte kostengünstig nutzen können. Des Weiteren sollte man sich durch einen Ausbau multifunktionaler Sportflächen für Trend – Sportarten auch um jüngere Gemeindeglieder ohne Vereinsbindung bemühen. Die SPD Rethwisch wird jede sinnvolle Initiative nach Kräften und Möglichkeiten unterstützen.

Lücken im Fuß- und Wanderwegenetz schließen

Die Schönheit unserer Landschaft in und um Rethwisch macht unsere Region reizvoll. Wir setzen zum Schutz der Natur auf Aufklärung und Verständnis des einzelnen Menschen und nicht auf Verbote. Daher werden wir uns in der Gemeindevertretung dafür einsetzen, die ca. 20 km Wanderwege aufgrund des großen Freizeit- und Naherholungswertes zu erhalten und ggf.

auszubauen, mit dem Ziel, Gemeinde übergreifende Rundwege zu schaffen. Barrierefreiheit ist nicht nur ein Thema für ältere Menschen, sondern auch für Menschen mit Behinderungen und für junge Familien mit Kinderwagen. Sie brauchen unsere Unterstützung, deshalb ist eine Barrierefreiheit überall in Rethwisch sicherzustellen.

Finanzen der Gemeinde

Die Finanzen der Gemeinde sind knapp bemessen. Bei aller Knappheit werden wir uns dafür einsetzen, dass andere Prioritäten, als bisher gesetzt werden. Hierfür ist es unerlässlich, endlich eine wirkliche Transparenz der Kosten herzustellen. Wir wissen um die Notwendigkeit des eingeschlagenen Sparkurses in Rethwisch. Sparen ist aber kein Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck – damit auch in Zukunft Gestaltungsräume zur Entwicklung unserer Gemeinde erhalten bleiben.

Kommunalpolitik: Näher bei den Menschen

Wir beherzigen, was andere immer noch lernen müssen: Kommunalpolitik darf nicht das Parteiengezänk der Bundespolitik im Kleinen nachspielen. Eine gedeihliche Zusammenarbeit der politischen Kräfte untereinander sowie mit dem zukünftigen Bürgermeister und die gemeinsame Suche nach tragfähigen Lösungen ist das Rezept für eine gute, bürgernahe Politik. In dieser Tradition werden wir in Rethwisch weiterarbeiten.

Und zu guter Letzt: Wir werden uns stets für das Gemeinwohl einsetzen.

...und diese Mannschaft tritt am Sonntag, dem 25. Mai 2008 für Sie an:

1. Ernst Eick • Finanzkaufmann, Kirchberg 13a • Tel.: 891780
2. Nils Bolwig • Gewerkschaftssekretär, Am Sportplatz 16, Tel.: 888286
3. Helga Jögimar • Kauffrau, Klein Boden, Dorfstr. 3 • 8156
4. Armin Ehlert • Lehrer, Wiesenstraße 17 • Tel.: 8111
5. Dirk Kröger • Polizeibeamter, Klein Boden, Dorfstr. 3 • 8156
6. Henry Hildner • Schlosser, Treuholzer Str. 4 • Tel.: 8438

Unser Kandidat für den Kreistag: Friedrich-Eugen Bukow

Unsere Mannschaft für die Kommunalwahl ist kompetent und breit gefächert. Eine ausgewogene Mischung aus Alt und Jung, alteingesessenen Bewerbern und Neubürgern, Kandidaten und Kandidatinnen aus den unterschiedlichsten Berufen. Nutzen Sie auch unseren Sachverstand und Erfahrungen sowie die guten Kontakte zu den Bundes-, Landtags-, und Kreistagsabgeordneten, um unsere gemeinsamen Interessen erfolgreich umzusetzen!

Keine Kommentare

[SPD-Rethwisch](#) - veröffentlicht am 26.01.2008, 09:19 Uhr - 2950 Clicks - Nr. 76

SPD Rethwisch hat ihre Mannschaft aufgestellt

Ehemaliger stellvertretenden Kreispräsident Ernst Eick führt Liste an

Wir setzen als SPD auf Bürgerbeteiligung in der Gemeinde", so Ernst Eick (62), frisch gewählter SPD Spitzenkandidat in Rethwisch. "Deshalb werden wir uns stark machen, dass zu wichtigen Themen Bürgerversammlungen durchgeführt werden." betont Eick weiter. "Bis heute ist kein Bürger zur geplanten Ämterfusion in Rethwisch befragt worden, so Nils Bolwig (33), SPD Listenplatz zwei. "Hier gilt es mehr Demokratie zu wagen", sagt Bolwig weiter. "Wir haben klare Ziele, das Wahlprogramm für Rethwisch steht und zur Umsetzung unserer Vorhaben möchten wir

mit Fraktionsstärke in die Gemeindevertretung gewählt werden. Schon heute freuen wir uns auf eine gute Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedern der Gemeindevertretung", erklärt Ernst Eick abschließend.

SPD Liste Rethwisch:

1. Ernst Eick
2. Nils Bolwig
3. Hilja Jögimar
4. Armin Ehlers
5. Dirk Kröger
6. Henry Hildner
7. Udo Ehmke

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 26.01.2008, 16:20 Uhr - 1372 Clicks - Nr. 77

Kietzer: Engagierter Vorstand mit spielfreudigem Ensemble und Orchester

"Die SPD-Fraktion gratuliert dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu dem großartigen Ergebnis der ersten Hälfte der Jubiläumsspielzeit," sagt die Fraktionsvorsitzende und kulturpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer.

"Mit einem guten Gespür für das Kieler Publikum wurden die Werke ausgewählt. Die Besucherzahlen beweisen, dass es nach wie vor möglich ist, neue Kulturinteressierte in die Theater zu holen, wenn der Mix stimmt. Ohne die Ensemblemitglieder in den Schatten stellen zu wollen, stellte ich aber in Gesprächen fest, dass besonders die Kieler Philharmoniker unter Generalmusikdirektor Fritzsch enorm an Zugkraft und Ansehen gewonnen haben. Herzlichen Glückwunsch!"

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 26.01.2008, 16:20 Uhr - 1458 Clicks - Nr. 78

Keine Vorteile für Kinder- und Jugendbereich durch PWC

Die jugend- und familienpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt erklärt:

"Die SPD-Ratsfraktion erwartet die umgehende Veröffentlichung der PWC - Ergebnisse und Weitergabe aller Basis-Informationen an die Kieler Vereine, Verbände und Institutionen im Kinder- und Jugendbereich, damit diese frühzeitig informiert werden.

Generell bietet das zweite PWC - Gutachten im Kinder- und Jugendbereich in dieser Wahlperiode nichts Neues und zeigt in den Vorschlägen keine Vorteile auf. Warum sollen Kindertagesstätten, Mädchen- und Jugendtreffs und die Jugendhilfeplanung in jeweils eigenständigen Eigenbetrieben umorganisiert werden, wenn die notwendigen Betriebsoptimierungen ohne diesen Eingriff erreicht werden?

Die Umwandlung von Kinder- und Jugendbetreuungseinrichtungen in jeweils einen Eigenbetrieb kann die Vorstufe zur Privatisierung sein. Eigenbetriebe sind, anders als Ämter, problemlos auszugliedern und zu privatisieren.

Der Sinn einer Verlagerung der Spielplatzplanung in das Baudezernat ist ebenfalls nicht erkennbar. Mit großem Engagement wurden Spielplatzpaten gewonnen und die Spielplatz- und Spielumfeldplanung funktioniert da, wo sie jetzt ist.

Die SPD-Ratsfraktion geht davon aus, dass im Kinder- und Jugendbereich zusammenbleibt, was zusammengehört. Die Verwaltung sollte für diesen Bereich bei der weiteren PWC - Betrachtung keine Energie verschwenden und ihn am besten ganz ausklammern."

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 27.01.2008, 02:20 Uhr - 6270 Clicks - Nr. 79

27. Januar - Holocaust-Gedenktag

Am Morgen des 27. Januar 1945 befanden sich im Konzentrationslager Auschwitz noch etwa 7000 Gefangene. Über eine Million Menschen kamen in Auschwitz ums Leben. Es wird angenommen, dass insgesamt sechs Millionen Juden in Konzentrationslagern ermordet wurden. Das Gedenken in Harrisee, an dem ich teilnehme, findet in diesem Jahr am 29. Januar um 12 Uhr statt. Jedes Jahr werden auch am Mahnmal in Harrisee-Bahnhof im Januar Blumen und Kränze niedergelegt. Die Gedenkstätte unweit der deutsch-dänischen Grenze erinnert an das Schicksal der etwa 1600 dänischen Häftlinge, die 1944/45 aus dem dänischen Polizeigefangenenlager Frøslev über den kleinen Bahnhof in Harrisee in deutsche Konzentrationslager verfrachtet wurden. Etwa 250 von ihnen starben. Für die Häftlinge war Harrisee eine Station auf dem Weg in die Hölle. Hier wurden sie in Viehwaggons getrieben, und menschenunwürdig in die deutschen Konzentrationslager deportiert.



Der Europarat war die treibende Kraft hinter der Einführung eines Tages zum Gedenken an den Holocaust und zur Verhütung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Im Oktober 2002 beschlossen die Bildungsminister aus den Mitgliedsstaaten des Europarates die Einführung dieses Gedenktages. Während Deutschland und Frankreich den Tag am 27. Januar, dem Tag der Befreiung von Auschwitz, begehen, haben andere Länder je nach ihren jeweiligen historischen Erfahrungen ein anderes Datum gewählt.

Darüber hinaus unterstützt der Europarat Lehrer bei der Vorbereitung des Holocaust- Gedenktages, indem er Unterrichtsmaterial zur Verfügung stellt, um die Schüler für dieses dunkle Kapitel der Geschichte zu sensibilisieren und das Thema Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu erörtern. Dadurch soll die Prävention ebenso gefördert werden wie Verständnis, Toleranz und Freundschaft unter den Nationen, Ethnien und Religionen.

Keine Kommentare

[SPD-Hohenlockstedt](#) - veröffentlicht am 27.01.2008, 14:53 Uhr - 3564 Clicks - Nr. 80

Sozialdemokratie und Lobbyismus

Das Verhalten von Wolfgang Clement ist nur nachvollziehbar, wenn man dessen illoyales Verhalten

als Engagement eines Lobbyisten für Kohle und Kernenergie versteht.

Es ist bedauerlich, dass Clement aufgrund seiner kargen Bezüge als ehemaliger Ministerpräsident und Bundesminister darauf angewiesen ist, sich an RWE, Dussmann, Adecco und PKS-Wirtschafts- und Politikberatung (so der Stern Nr. 5/2008) auf diese Weise zu verkaufen. Hat sich nicht ein Heer von ehrenamtlich wirkenden Sozialdemokraten in zahlreichen Wahlkämpfen für Clement engagiert? Auch diese Menschen müssen von ihrem kargen Einkommen leben. Anstand scheint in der Tat nicht profitabel zu sein.

Andrea Ypsilanti formuliert und vertritt ein strategisches energiepolitisches Ziel. Eine derartige Zielorientierung ist unerlässlich, wenn man Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen vermeiden will. Auch Clement wird einsehen müssen, dass die Energieträger Kohle, Öl, Erdgas und Uran nur noch begrenzt zur Verfügung stehen, wenn man schon nicht in der Lage ist, die ökologischen Zwänge zu erkennen. Die steigende Nachfrage und Verknappung der Ressourcen werden weiterhin zu erheblichen Preissteigerungen führen. Dies führt zwangsläufig zu gewollten und notwendigen Innovationsschüben. Ypsilanti kann mit ihren Zielvorstellungen auch erreichen, dass die horrenden Gewinne der Energiewirtschaft nicht nur in der Taschen weniger Anteilseigner fließen, sondern vermehrt für die Erforschung und Entwicklung umweltschonender Energieerzeugung und die Erhöhung der Energieeffizienz eingesetzt werden müssen. Hoffentlich ist die Wählerin/der Wähler in absehbarer Zeit klug genug, dies zu erkennen.

Friedrich Kortüm

Kommentar von [Jürgen Klein](#) vom 27.01.2008, 17:51 Uhr:

RE:Sozialdemokratie und Lobbyismus

Es ist schade mit anzusehen, wie ein in der Vergangenheit doch tauglicher Clement durch die Gier vernebelt wird. Es soll uns ein Beispiel dafür sein, das wir Politik für die Menschen und nicht für Lobbyisten machen.

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 27.01.2008, 20:10 Uhr - 7957 Clicks - Nr. 81

CDU für Verlängerung der Restlaufzeit der Atommeiler Brokdorf und Brunsbüttel

Rückkehr zu einer „Steinzeit – Energiepolitik“ – 4 SPD-Kreisvorsitzende kritisieren Beschluss des CDU-Kreisparteitages in Wilster

Als Rückkehr zu einer „Steinzeit – Energiepolitik“ bewerten die 4 Kreisvorsitzenden der SPD Region Süd-West den Beschluss des CDU-Kreisparteitages im Kreis Steinburg am 23. Jan. 08 in Wilster. Der Parteitag hatte bei nur zwei Enthaltungen einstimmig die Verlängerung der Restlaufzeit der beiden Atommeiler Brokdorf und Brunsbüttel gefordert und sich für den Neubau eines neuen Kernkraftwerkes an der Unterelbe ausgesprochen.

Für den Sprecher der „Region Süd-West“, Hannes Birke, Kreisvorsitzender in Pinneberg ein wohl einmaliger und für die Region ein „verheerender Beschluss“. „Über alle Parteigrenzen hinweg“ –so Birke- „sollten wir als besonderes gefährdete Region ein besonderes Interesse an dem schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomkraft haben.“ Einem solchen möglichen Konsens habe die Steinburger CDU den Weg verbaut.

Kreisvorsitzender Rudi Riep aus Steinburg vermisst bei der CDU die Fähigkeit zum Umdenken auf eine zukunftsorientierte Energiepolitik. Er verweist auf das Ergebnis der UN-Klimaschutzkonferenz vom Wochenende in Lübeck. Dort hatten 120 internationale Wissenschaftler in einer gemeinsamen Erklärung festgestellt, dass der Klimawandel nur mit einem entschlossenen Umstieg auf regenerative Energieen möglich ist. „Wir“ –so Riep- „werden diesen Weg auch mit regionalen Klimaschutzprogrammen gehen“.

Nur im konsequenten gemeinsamen Handeln von Wissenschaft und Politik sieht die Kreisvorsitzende von Dithmarschen, Angelika Hansen-Siebels, die Möglichkeiten, dass mit dieser Energiewende der Ausstieg aus der Kernenergie zu erreichen ist. „Wir wollen die Energiewende und werden sie zielstrebig verfolgen“ so Siebels. Für sie hat sich die Steinburger CDU nicht von den Interessen der Menschen in der Region leiten lassen, sondern ausschließlich von den wirtschaftlichen Interesse der Kernkraftbetreiber.

Als politischen „Dinosaurier“ einer überholten Energiepolitik kritisiert Andreas Beran, Kreisvorsitzender von Segeberg, den Wirtschaftsminister Dietrich Austermann (CDU) Er hatte auf dem CDU-Kreisparteitag als einer der ersten für den Neubau eines Kernkraftwerkes und die Verlängerung der Laufzeiten der bestehenden Kraftwerke gestimmt. Beran, der auch Vorsitzender des Landesparteiirates der SPD ist, stellte klar, dass die kernenergiefreundliche Politik von Austermann im Lande chancenlos sei. Dafür werde die SPD auch in der Koalition mit der CDU sorgen.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 28.01.2008, 06:41 Uhr - 6890 Clicks - Nr. 82

Wodarg: Solidarität mit ehemaligen Mitarbeitern der Telekom!

Telekom lässt ehemalige Mitarbeiter im Stich! Folgender Hilferuf unseres Genossen Jörg Joosten in seiner Funktion als Betriebsratsmitglied der 100%igen Telekom-Tochter Vivento Customer Services (VCS) erreichte mich per Email. Unsere Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen ist gefordert. Am 13. Februar 2008 von 9:00 bis ca 13:00 Uhr findet eine Teilbetriebsversammlung im Flensburger Kinoplex statt.

Hier Jörg's Email:

Liebe Genossen/innen,

seit ein paar Tagen steht fest, dass die VCS GmbH (100% Tochter der Deutschen Telekom) den Telekom-Standort Flensburg schließen wird. Das bedeutet, das ca. 130 Mitarbeiter/innen ihren Arbeitsplatz in Flensburg verlieren. Diese Standortschließung ist terminiert für den 01. März 2008. Den Mitarbeitern/innen wird ein Arbeitsplatz in Rendsburg bei der VCS angeboten. Was dieses in Zeiten von steigenden Kraftstoffpreisen bedeutet, kann sich sicher jeder ausrechnen, insbesondere für die Kollegen/innen, die aus den Bereichen Niebüll und Gelting/Kappeln kommen. Gleichzeitig schließt die VCS den Standort Mannheim und die betroffenen Mitarbeiter/innen sollen ihren Dienst in Frankfurt/Main aufnehmen. Jedoch damit nicht genug: die Standorte Chemnitz mit Außenstandort Dresden, Schwerin, Stralsund, Göppingen und Freiburg werden an die Avarto verkauft. Die Avarto ist eine Tochter Firma der Bertelsmann AG. Hier werden den Mitarbeitern für maximal 5 Jahren ihr Lohn auf heutigem Niveau zugesagt, wobei es innerhalb dieser Frist schon zu einer Absenkung auf Avarto-Niveau kommen soll. Es ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, wie Mitarbeiter/innen aus einem Arbeitsverhältnis bei der Deutschen Telekom heraus geschoben werden und ein Einkommen bekommen sollen, von dem man zukünftig ohne weitere staatliche Hilfe nicht leben kann!

Es wird immer deutlicher, dass die VCS als Beschäftigungsgesellschaft vor allem die eine Aufgabe hat, die da lautet, Personal aus dem Konzern Deutsche Telekom zu entfernen. Wann der Standort



Rendsburg geschlossen wird, kann ich heute noch nicht sagen, ich weiß aber, dass es eine Vorgabe bei der VCS gibt, alle VCS-Standorte zu veräußern. Wir planen am Standort Flensburg Protestaktionen durchzuführen. Über den Zeitpunkt und den Umfang kann ich noch nichts sagen, wünsche mir als Sozialdemokrat Eure Teilnahme und eine hohe Solidarität von Euch. Über den Termin würde ich Euch mit einer weiteren Mail gerne informieren. Gleichzeitig wäre es schön, wenn diese Mail weitergeleitet werden würde an weitere Genossen im Lande Schleswig-Holstein, der Stadt Flensburg, dem Kreis Nordfriesland und dem Kreis Schleswig-Flensburg. Über Solidaritätsbekundungen würde sich der Betriebsrat der KNL-S/VCS sehr freuen. Für Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.
Mit freundlichen Grüßen

Jörg Joosten Betriebsrat KNL-S/VCS

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 28.01.2008, 18:13 Uhr - 2633 Clicks - Nr. 83

S-H-Arbeitsminister Uwe Döring besucht Flensburg.

In Begleitung der Landtagsabgeordneten Ingrid Franzen und des SPD- Fraktionsvorsitzenden Rolf Helgert informierte sich der Minister unmittelbar vor Ort über die Arbeitsmarktsituation in Flensburg. Für ein neues Projekt des Flensburger Jugendaufbauwerkes (JAW) zur aktiven Berufbegleitung von Flensburger Schülerinnen und Schülern ab der 8. Klasse übergab er der Leiterin des JAW einen Förderbescheid von fast 370.000€.

Rolf Helgert
Fraktionsvorsitzender

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 29.01.2008, 09:16 Uhr - 1324 Clicks - Nr. 84

Wagner zum Exer-Markt: Gemeinsam attraktiv entwickeln!

Oberbürgermeisterin muss aktive Rolle einnehmen!

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Michael Wagner fordert von der Landeshauptstadt Kiel, eine aktive Rolle in der Entwicklung des Wochenmarktes auf dem Exer einzunehmen: "Diesem innerstädtischen Markt kommt aufgrund seines Standortes eine herausgehobene Rolle zu.

Er vervollständigt das Warensortiment in der Innenstadt und trägt damit wesentlich zu ihrer Attraktivität bei. Bei der begonnenen Diskussion, den Wochenmarkt auf dem Exer zu verändern - Bericht in den KN vom 26.01.08- geht es deshalb um mehr als die Belange der Stadtteilvertretungen, obwohl der Exer-Markt auch eine wichtige Versorgungsfunktion für die ortsansässige Bevölkerung erfüllt. Ein attraktiver Wochenmarkt auf dem Exerzierplatz liegt aus Sicht der SPD auch im Interesse der gesamten Stadt.

Die Sozialdemokraten fordern die Oberbürgermeisterin auf, die Situation eingehend zu analysieren. Die Erkenntnisse und Einschätzungen der Stadt müssen dann in einem öffentlichen Erörterungsprozess mit den Markthändlern, den Ortsbeiräten und auch interessierten Kunden erörtert werden. Ziele der Debatte sind neben der Beschreibung von Problemfeldern vor allem die

Handlungsmöglichkeiten der einzelnen Beteiligten aufzuzeigen. Nur gemeinsam kann ein attraktiver Exerzierplatz-Wochenmarkt entwickelt werden."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 29.01.2008, 09:18 Uhr - 1415 Clicks - Nr. 85

Stück: Was ist gut für die Innenstadt?

Die baupolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesine Stück erklärt zur Debatte über die Rathaus-Galerie:

"Wir sollten die Sorgen des Einzelhandels ernst nehmen. Ein Jahr nach der Eröffnung des CITTI-Parks hat die Innenstadt bereits ihr Gesicht verändert und weiter Fachgeschäfte verloren. Aber auch neue Ansiedlungen in der Innenstadt wie die Rathaus-Galerie führen nicht zwangsläufig zur Stärkung der Innenstadt. Was ist gut für die Innenstadt? Die Vorstellungen der SPD beinhalten einen interessanten Stadtraum, der geprägt ist von einem unverwechselbaren Angebotsmix der Geschäfte und einer lebendigen Aufenthalts- und Wohnqualität. Die inhabergeführten Fachhandlungen in der Kieler Innenstadt machen diese Unverwechselbarkeit aus und nicht internationale Kettenläden.

Das Niveau und der Geschäftsmix im Sophienhof sind der Maßstab an dem sich die Rathaus-Galerie messen muss.

Zwei Aspekte müssen die ausstehenden Gutachten zum Einzelhandel und zum Verkehr schlüssig darstellen:

1. Können über die vorhandene Infrastruktur der Verkehr bzw. die Besucherströme umweltverträglich abgewickelt werden?
2. Kann die Innenstadt, insbesondere die Kieler Altstadt, den geplanten Verkaufsflächenzuwachs an dieser Stelle verkraften?

Diese Fragen müssen erst geklärt werden, bevor die neue Ratsversammlung die Antworten bewerten wird."

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 29.01.2008, 12:14 Uhr - 2598 Clicks - Nr. 86

08.08.08 – ein gefragtes Hochzeitsdatum

Zahlreiche telefonische Anfragen deuten darauf hin, dass der 08.08.2008 ein begehrter Hochzeitstermin ist.

Die Anmeldung zur Eheschließung für diesen Tag kann frühestens am 8. Februar erfolgen.

Aus diesem Grunde hat das Standesamt Flensburg abweichend von den normalen Öffnungszeiten am Freitag, dem 8. Februar, für Anmeldungen zur Eheschließung für den 08.08.2008 geöffnet.

Heiratswillige sollten sich vorab telefonisch (Tel. 85-2385 und -2228) mit dem Standesamt in Verbindung setzen um abzuklären, welche Unterlagen mitzubringen sind.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 29.01.2008, 16:28 Uhr - 6967 Clicks - Nr. 87

Klarer Kurs voraus – Ziele im Auge behalten

Zur heutigen Vorstellung des Jahresabschlusses 2007 nimmt Birgit Herdejürgen Stellung:

Das von Minister Wiegard vorgestellte Jahresergebnis des Schleswig-Holsteinischen Landeshaushalts ist ein Grund zur Freude. Die positive Entwicklung ist ein Ansporn, den Kurs der Haushaltskonsolidierung konsequent fortzusetzen. Wir wollen so schnell wie möglich einen verfassungsgemäßen Haushalt aufstellen – und mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt erreichen.

Bei dem positiven Ergebnis für 2007 ist zu beachten, dass wir in den kommenden Jahren mit zusätzlichen Risiken zu rechnen haben. Dazu gehören beispielsweise mögliche Folgen aus der Umsatzsteuerreform und Unsicherheiten, was die konjunkturelle Entwicklung angeht.

Dabei wollen wir unsere wichtigen gesellschaftlichen Ziele nicht aus dem Auge verlieren. Es ist ein Spagat zwischen ehrgeizigen Projekten: Die Fortschritte bei den Bildungschancen für alle Kinder, unser Kampf gegen Kinderarmut und die Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger sind nicht zum Nulltarif zu haben. Gleichzeitig müssen – darin besteht Einigkeit – die Ausgaben reduziert werden.

Der Landeshaushalt für die Jahre 2009 und 2010 wird ab Sommer vom Schleswig-Holsteinischen Landtag beraten und Ende des Jahres verabschiedet. Der Jahresabschluss 2007 hat gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Bildung und Sicherheit müssen kein Widerspruch zur Haushaltskonsolidierung sein. Wir sind in der Verantwortung für zukünftige Generationen in der Pflicht, finanzielle Spielräume zu erarbeiten.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 29.01.2008, 16:41 Uhr - 8669 Clicks - Nr. 88

Keitum-Therme: Kritik am Wirtschaftsministerium

Zum Bau der Keitum-Therme mitsamt Freibad auf Sylt erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Birgit Herdejürgen:

Ich habe heute darum gebeten, die Ereignisse rund um den Bau der Keitum-Therme und des Freibads erneut auf die Tagesordnung des Finanzausschusses zu setzen.

Am 17. Januar 2008 hat der Finanzausschuss über die Machbarkeitsstudie für die Keitum-Therme beraten. Das angrenzende Meerwasser-Freibad und eine Touristen-Information werden vom Land Schleswig-Holstein mit 2,3 Millionen Euro gefördert.

Nach der heutigen Medien-Berichterstattung scheint die finanzielle Gesamtsituation der

Baumaßnahme wesentlich problematischer zu sein als im Ausschuss vom Wirtschaftsministerium dargelegt worden ist. Die Informationspolitik des Wirtschaftsministeriums gegenüber dem Parlament löst zum wiederholten Mal Befremden aus. Es besteht weiterer Informationsbedarf. Das betrifft insbesondere die Fragen, in wie weit die Folgekosten für die Gemeinde Keitum bei der Machbarkeitsstudie berücksichtigt wurden und in wie weit der Bau des aus Landesmitteln geförderten Meerwasser-Freibads von den Problemen betroffen ist.

Gerade angesichts der sehr angespannten Haushaltssituation des Landes muss jede Landesförderung für Investitionen strengen Anforderungen genügen.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 30.01.2008, 09:53 Uhr - 49212 Clicks - Nr. 89

Ralf Stegner zu den Landtagswahlen

Liebe Genossinnen und Genossen,

ein aufregendes und für die SPD insgesamt erfolgreiches Wochenende liegt hinter uns. Die Wahlergebnisse in Hessen haben gezeigt, dass mit unserer SPD wieder bundesweit „Staat“ zu machen ist.

Die Wählerinnen und Wähler in Hessen haben den Kurs der SPD, der auf dem Bundesparteitag in Hamburg eingeschlagen wurde, verstanden und gewürdigt. Kurt Beck hat mit seiner Politik mit dem Schwerpunkt der sozialen Gerechtigkeit die SPD auf die Erfolgsspur gesetzt. Mindestlohn, längeres gemeinsames Lernen, Abbau überflüssiger Bürokratie und Einsatz für alternative Energieformen und eine gerechtere Politik für Kinder und Familien sind die politischen Felder, die den Bürgerinnen und Bürgern wichtig sind.



Unser Landesverband kann für sich in Anspruch nehmen, diese Politik seit Langem zu vertreten. Wir stehen gemeinsam mit den Gewerkschaften für Mindestlöhne. Für gute Arbeit muss es auch einen gerechten Lohn geben. Der Aufschwung muss bei allen ankommen! Das heißt einen Lohn, von dem man leben kann, ohne weitere staatliche Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen.

Die Gemeinschaftsschule haben wir im neuen Schulgesetz verankert und landesweit liegen Anträge der Schulträger vor, eine Gemeinschaftsschule einrichten zu dürfen. Bis weit in die CDU-Wählerschaft hinein findet diese neue Schule, die ein längeres gemeinsames Lernen unsere Kinder sichert, Anerkennung. Bei den Schülerbeförderungskosten haben wir uns zu Gunsten der Eltern durchgesetzt.

Unsere Position zum Ausstieg aus der Atomenergie ist klar und fest und wird von einer breiten Mehrheit getragen, neuerdings fordern Teile der Nord-Union sogar wieder den Bau neuer Atomkraftwerke.

Bei der Umsetzung der Verwaltungsstrukturreform sind wir auf einem erfolgreichen Weg. Auf der Ebene der Städte und Gemeinden werden bereits Millionen eingespart, bei den Kreisen haben wir uns in der letzten Koalitionsrunde mit unserem Partner verständigt. Auch dort gibt es keinen Stillstand.

Hessen und Niedersachsen zeigen uns aber auch, dass es nicht reicht, gute Positionen zu haben, man

muss sie auch nach außen deutlich vertreten, um für die Wählerinnen und Wähler den Unterschied zu den Konservativen, den Liberalen und zu anderen politischen Kräften deutlich zu machen. Eine kämpferische SPD mit klaren Positionen und eindeutigen Unterscheidungsmerkmalen zu den Mitbewerbern ist für die Bürgerinnen und Bürger interessant. Kommen dann noch schwere politische Fehler, wie bei Roland Koch, hinzu, dann sieht es für unsere SPD gut aus.

Ich bin sicher, dass die Hamburger SPD durch die Ergebnisse vom Wochenende beflügelt wird und es dort zu einem Regierungswechsel kommen kann.

Aber auch für die vor uns liegende Kommunalwahl gibt dieses Wochenende Rückenwind. Wir müssen uns vor niemanden verstecken, wir können selbstbewusst und optimistisch unsere kommunalpolitischen Positionen vertreten und können sicher sein, im Mai die Ernte einfahren zu können. Klare Positionen, die dem entsprechen, was die Mehrheit der Bevölkerung richtig findet. Selbstbewusstes Auftreten und ein offensiver Wahlkampf sind jetzt das Gebot der Stunde.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 30.01.2008, 14:24 Uhr - 1372 Clicks - Nr. 90

Fehlentscheidung schadet UKSH, CAU und Kiel

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zu der Kabinettsentscheidung gegen Kiel und für Lübeck als Verwaltungssitz für das UKSH:

"Mit dem Votum des Kabinetts gegen Kiel als Verwaltungssitz für das UKSH hat die Landesregierung eine krasse Fehlentscheidung getroffen.

Eindeutige Sachargumente haben gegen Partikularinteressen verloren.

Den Schaden werden das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, die Christian-Albrechts-Universität und die Landeshauptstadt Kiel haben. Wir fürchten eine Schwächung des Forschungs- und Wissenschaftsstandortes im internationalen Wettbewerb der Forschung und Wissenschaft. Es ist nicht nachvollziehbar, warum das Land in den nächsten Jahren zig Millionen Euro in die Kieler UKSH investiert - und das wird notwendig sein, unter anderem für Neubauten, wie die Frauen-, die Kinderklinik, die HNO-Klinik und die Augenklinik und die 1. Medizinische Klinik - aber Lübeck das Management für diese Einrichtungen überträgt."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 30.01.2008, 14:28 Uhr - 1503 Clicks - Nr. 91

Vogelsang zu PWC: Kein Nutzen für den Kieler Sport

CDU und Grüne bei Hallengebühren glaubwürdig?

Der sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt zur Organisations- und Aufgabenuntersuchung im Sozialdezernat:

"Die SPD-Ratsfraktion sieht für den Kieler Sportbereich keinen Nutzen aus den Vorschlägen, des fast 200.000 € teuren Gutachten von PWC. Die Abschaffung des Amtes für Sportförderung und die damit verbundene Zerstückelung der Verantwortlichkeiten in der Verwaltung lehnen wir ab.

Die Sportvereine und die vereinsungebundenen Sportler brauchen nachvollziehbare Zuständigkeiten und kompetente Unterstützung.

CDU/Grünen sind nicht glaubwürdig, wenn Sie verkünden auf 170.000 € Mehreinnahmen zu verzichten und die Hallengebühren nicht zu erhöhen. Die SPD erinnert an das gebrochenen Versprechen:

Im Kooperationsvertrag vom 23.05.2003 liest man: "Für den Breiten- und Amateursport werden die

städtischen Hallen weiterhin kostenlos zur Verfügung gestellt."

Der Fraktionsvorsitzende der CDU erklärt am 15.09.2005: "Ich sage ganz deutlich, dass Sparbeschlüsse, wie z.B. die Kostenbeteiligung der Sportvereine an der Hallennutzung, notwendige Maßnahmen waren und sind,..."

Am 15.12.2005 erklärt derselbe Vorsitzende Gert Meyer: "...bei notwendigen Sparbeschlüssen auch in der Zukunft nicht vermeiden lassen. Dinge, wie z.B. die Einführung von Sporthallennutzungsgebühren....."

Die SPD-Fraktion und der Kieler Sport haben diesen Wortbruch nicht vergessen.

Dem Vorschlag, das Sportzentrum Schilksee organisatorisch zusammen zu fassen und gegebenenfalls einen weiteren Eigenbetrieb zu errichten stehen wir ergebnisoffen gegenüber."

Keine Kommentare

[Jusos Segeberg](#) - veröffentlicht am 30.01.2008, 17:21 Uhr - 5846 Clicks - Nr. 92

Wieso macht es der Nordost-Kreis nicht nach?

Der Streit im Segeberger Kreis über das Für und Wieder des Nordgates tobt.

Die Städte an der Achse sind begeistert, Landrat Gorrissen jedoch ist nicht sehr angetan von diesem Bündnis, hätte es gerne verhindert. Der SPD-Kreistagskandidat und Jungsozialist Jens Wersig bringt sich nun aber ideenreich in die Diskussion ein: „Der Nordost-Kreis kann ja mit den Städten Bargtheide, Bad Oldesloe, Bad Segeberg, Wahlstedt, Trappenkamp und Bonhöved die Idee eines Nordgates auf der Achse entlang der A 21 verwirklichen und auch hier bereits entstehende Gewerbeflächen wie zum Beispiel in Bornhöved öffentlich wirksam vermarkten. Wenn die A 20 dann fertiggestellt ist, können diese beiden großen Wirtschaftsräume zu einem gemeinsamen zusammen wachsen.“

Weiterhin weist Wersig darauf hin, dass es im Kreis Segeberg gilt, den wirtschaftsschwachen Ostteil des Kreises Segeberg zu stärken. Dass man gute Konzepte dafür kopiert, sei schließlich auch nichts verwerfliches.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 30.01.2008, 17:46 Uhr - 12041 Clicks - Nr. 93

Jörn Thießen beim DGB in Glückstadt

Die Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ des DGB-Ortsverbands und der VHS in Glückstadt bietet eine Informationsreihe zu aktuellen gesellschaftlichen und politischen Themen an. Diesmal berichtete Jörn Thießen über die Arbeit im Bundestag.

Glückstadt entwickle sich zu einem Ort des Gesprächs, Gewerkschaften und Sozialdemokratie hätten sich wieder aufeinander zu bewegt und ihr Verhältnis erheblich verbessert, so Thießen. Es sei gut, eine solche Gesprächsreihe anzubieten. Informierte Bürgerinnen und Bürger mischten sich mehr in die eigenen Angelegenheiten ein. Das sei auch dringend nötig, denn der Zusammenhalt unseres Gemeinwesens könne nicht nur durch Berufspolitiker gefördert werden.

In seinem Bericht über die Arbeit in Berlin betonte Thießen, dass vieles bewegt wurde und einiges noch verbessert werden müsste. So sei die Gesundheitsreform hinter den Erwartungen zurück geblieben und die Zerschlagung der Bürgerversicherung eine unkluge Entscheidung gewesen. Er plädiere auch für den Mindestlohn. Allerdings sei darauf zu achten, den Drehtüreffekt, dass

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Tariflohn entlassen und anschließend mit Mindestlohn wieder eingestellt werden, zu verhindern. „Wer voll arbeitet, muss mehr im Geldbeutel haben als Teilzeitbeschäftigte oder Hartz - Empfänger. Bundesweit werden derzeit die Gehälter von 792 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufgestockt. Profit durch Arbeit wird demnach vom Staat finanziert, was so von der SPD nicht gewollt ist“, unterstrich der Bundestagsabgeordnete. Deutschland brauche nicht drei, sondern bloß einen Arbeitsmarkt. Glücklicher Weise gäbe es in Schleswig-Holstein genug Ausbildungsplätze. Allerdings müsse für die über 3000 schwer Vermittelbaren ein besseres Konzept gefunden werden. Grundsätzlich müsse der Staat dafür sorgen, dass Bildung kein Luxusgut wird, sondern für alle gleichermaßen zugänglich bleibt. Er sei auch für die Rente ab 67, jedoch nur, wenn sich ausnahmslos alle, auch die Staatsbediensteten, an den Abgaben beteiligten.

Jörn Thießen größte Sorge ist es, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik wieder zu gewinnen. Wegen einer künftigen Fünfparteienlandschaft bundesweit werde es wohl immer schwerer Mehrheiten zu gewinnen.



Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 31.01.2008, 12:07 Uhr - 50984 Clicks - Nr. 94

Daumen in den Wind

Zu dem heute in der ZEIT veröffentlichten Brief von Bürgermeister von Beust und 16 weiteren Unionspolitikern zur Integrationspolitik erklärt der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner:

„Herr von Beust ist in Wahlkampfpanik, auch in Hamburg ist die CDU dabei abzustürzen. Wie in Hessen soll das Thema Jugendgewalt und Ausländerpolitik den CDU-Wahlkampf retten, in Hamburg nur andersherum. Noch am 5. Januar hat das CDU-Präsidium in Wiesbaden mit Zustimmung von Frau Merkel einstimmig Warnschussarrest, Erziehungslager, die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts und Sicherungsverwahrung auch für Jugendliche gefordert.



Die jetzige Kehrtwende ist scheinheilig und unglaublich, da sie erst nach dem hessischen Wahltag erfolgt. Hier werden die Wähler systematisch getäuscht, denn hier geht es nicht um Integration, sondern um ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver nach dem Motto: Daumen in den Wind und rette sich wer kann. Auch in Hamburg wird es dafür eine Quittung der Wähler geben.“

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 31.01.2008, 15:17 Uhr - 8031 Clicks - Nr. 95

MdB Sönke Rix: Eine Chance für Altbewerber

Das Bundeskabinett hat im Januar die Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“

beschlossen. Kern der Initiative ist das von Bundesminister Olaf Scholz entwickelte Konzept "Jugend – Ausbildung und Arbeit", mit dem die Chancen junger Menschen auf einen Ausbildungsplatz verbessert werden sollen.

Dazu sollen sie frühzeitig bei der beruflichen Eingliederung begleitet und noch intensiver beraten werden. Außerdem sollen bis 2010 etwa 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche und Heranwachsende geschaffen werden, die schon seit längerem vergeblich nach einem Ausbildungsplatz suchen.

Die zusätzlichen Anstrengungen sind nötig. Auch wenn die Zahl der Ausbildungsverträge steigt, gibt es Handlungsbedarf. Vor acht Jahren waren 40 Prozent der gemeldeten Bewerber sogenannte Altbewerber, die sich zum wiederholten Male um einen Ausbildungsplatz bemühen. Heute sind es bereits mehr als die Hälfte. Viele junge Menschen stecken in der Warteschleife. Wir helfen ihnen jetzt, dort wieder herauszukommen.

Die zentrale Maßnahme ist der "Ausbildungsbonus", der Arbeitgebern gewährt wird, die Ausbildungsplätze für förderbedürftige Jugendliche schaffen. Damit der Ausbildungsbonus nicht zu Lasten anderer Bewerber geht, ist er an die Schaffung eines zusätzlichen Ausbildungsplatzes geknüpft. Die Höhe des Bonus richtet sich nach der Höhe der monatlichen Ausbildungsvergütung der Jugendlichen. Er ist ein einmaliger, pauschaler Zuschuss, der unkompliziert und in zwei Teilbeträgen ausgezahlt werden soll. Bei einer monatlichen Vergütung unter 500 Euro beträgt der Bonus 4.000 Euro, zwischen 500 und 750 Euro 5.000 Euro und über 750 Euro 6.000 Euro. Die Finanzierung soll aus den Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit erfolgen.

Mit dem Ausbildungsbonus für Altbewerber haben wir eine Idee aufgegriffen, die auf einen gemeinsamen Vorschlag von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit zurückgeht.

Ein weiterer Punkt: Es gibt bereits viele engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich im Rahmen von Patenschaftsprojekten zur Verfügung stellen, um jungen Menschen auf ihrem Weg in Ausbildung und Beruf beratend zur Seite stehen. Dieses zum großen Teil ehrenamtliche Engagement soll ausgebaut werden. Lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche brauchen besondere Unterstützung. Die sozialpädagogische Begleitung unterstützt nicht nur die jungen Menschen selbst, sondern auch die Betriebe. Dieses Angebot ist aber noch nicht ausreichend ausgeschöpft. Auch die individuelle Berufsberatung und Betreuung der Jugendlichen sowie eine ausreichende berufsberaterische Präsenz an Schulen müssen sichergestellt sein.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 31.01.2008, 15:23 Uhr - 7683 Clicks - Nr. 96

MdB Sönke Rix zum Umbau des Zivildienstes

„Wir werden den Gesetzentwurf zum Umbau des Zivildienstes sehr genau prüfen“, sagt Sönke Rix, zivildienstpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

In den vergangenen Tagen gab es viele Meldungen über eine bevorstehende Verlängerung des Zivildienstes. „Wir haben dazu noch keinen Gesetzentwurf aus dem Ministerium vorliegen“, so Rix, „aber er wird auf jeden Fall mehr enthalten, als eine freiwillige Verlängerung“.

Bereits seit dem Sommer 2007 beschäftigen sich das Familienministerium und die zuständigen Fachpolitiker aller Parteien mit dem Thema. Ziel ist es, den Zivildienst zu einem Lerndienst umzubauen.

Es soll geprüft werden, inwieweit durch den Zivildienst erworbene berufspraktische und theoretische Kenntnisse für Ausbildungen noch weitergehend als bisher angerechnet werden können. Zudem soll der Zivildienst stärker auf die individuellen Bedürfnisse der Zivildienstleistenden ausgerichtet werden. So sollen sie am Anfang ihres Dienstes eine qualifizierte und fachliche Einweisung von mehreren Tagen in ihren neuen Arbeitsbereich erhalten und am Schluss ein qualifiziertes Arbeitszeugnis bekommen.

Die Möglichkeit der freiwilligen Verlängerung ist in dem Konzept „Zivildienst als Lerndienst“ nur ein Teilbereich.

An diesen Punkten setzt die Hauptkritik der SPD-Mitglieder im Familienausschuss an:

Der Zivildienst ist nach dem Grundgesetz ein Ersatzdienst für den verweigerten Wehrdienst und damit ein Pflichtdienst. Das Grundgesetz sieht keine freiwillige Verlängerung des Pflichtdienstes vor, so dass wir Klärungsbedarf hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Fragen sehen.

Wenn eine Analogie zum freiwilligen Wehrdienst gewollt sein sollte, müssen aus unserer Sicht die freiwillig länger dienenden Zivildienstleistenden ähnlich wie die freiwillig länger dienenden Grundwehrdienstleistenden besoldet werden. Man muss den Trägern zeigen, dass eine Verlängerung auch wirklich gewollt ist. Lediglich der Zuschuss zur Krankenversicherung stellt in den Augen der SPD-Arbeitsgruppe Familie keinen ausreichenden Anreiz für die Träger dar.

Auch vor dem Hintergrund der gebotenen Arbeitsmarktneutralität besteht noch Diskussionsbedarf. Schon heute gibt es die Möglichkeit, im Anschluss an den Zivildienst einen Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag mit der jeweiligen Dienststelle abzuschließen. Die Dienststellen dürfen keine Möglichkeiten erhalten, Zivildienstleistende unter dem Gesichtspunkt der Bereitschaft zu einer späteren „freiwilligen“ Verlängerung auszuwählen.

Weiter ist zu klären, welche finanziellen und personellen Auswirkungen die freiwillige Verlängerung des Zivildienstes auf die Freiwilligendienste haben wird.

In dem Eckpunktepapier ist nachzulesen, dass der Zivildienst bei einer freiwilligen Verlängerung als öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis fortgesetzt werden soll. Sollte sich die Möglichkeit einer freiwilligen Verlängerung politisch durchsetzen, muss unbedingt Rechtssicherheit dahin gehend bestehen, dass die jungen Männer in der Phase des freiwilligen Zivildienstes nicht mehr dem Prinzip von "Befehl und Gehorsam" unterliegen. Es dürfen ihnen keinesfalls disziplinarische oder strafrechtliche Konsequenzen drohen, wenn sie sich Dienstanordnungen widersetzen.

Diese Fragen müssen im Sinne des Zivildienstleistenden beantwortet werden. „Bei der freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes bestehen die größten Bedenken. Darum wollen wir erst einmal den Entwurf in Händen halten“, so Rix, „dann wird entschieden.“

Keine Kommentare

Umfassendes Beteiligungsverfahren erstmals auch online

Innenminister Lothar Hay: Innovativer Schritt zu mehr Effizienz und Transparenz

Erscheinungsdatum: 31.01.2008

Eines der umfangreichsten Anhörungs- und Beteiligungsverfahren zur künftigen Entwicklung Schleswig-Holsteins hat heute (31. Januar) begonnen. Kommunen, Verbände und die gesamte Öffentlichkeit haben in den nächsten Monaten Gelegenheit, zu dem Entwurf des Landesentwicklungsplanes Stellung zu nehmen, den die Landesregierung Ende November des vergangenen Jahres beschlossen hatte. Zum ersten Mal können Stellungnahmen zum Landesentwicklungsplan samt Karte und Umweltbericht online abgegeben werden. Es handelt sich um das erste umfassende Beteiligungsverfahren über das Internet in Schleswig-Holstein. Neu ist auch, dass die gesamte Öffentlichkeit die Möglichkeit hat, zu einem Raumordnungsplan Anregungen und Hinweise zu geben.

Innenminister Lothar Hay sprach am Dienstag (30. Januar) in Kiel von einem großen innovativen Schritt. „Verwaltungsverfahren werden dadurch effizienter und transparenter“, sagte Hay. Die Landesregierung gehe mit diesem Pilotprojekt neue Wege beim E-Government. Der Minister rief Kommunen und Verbände auf, am Online-Verfahren möglichst zahlreich teilzunehmen. Nur so könne das Projekt erfolgreich sein. „Beteiligungsverfahren mit Hilfe des Internets werden in Zukunft Standard sein“, sagte Hay. Je früher eine Kommune dieses neue Medium nutze, desto schneller und sicherer bewege man sich in der Welt des E-Governments.

Die Vorteile des Beteiligungsverfahrens über das Internet sind vielfältig:

Beliebig viele Personen können gleichzeitig mit den Unterlagen arbeiten.

Lästige Tipparbeit von Textteilen, zu denen man kritische Anmerkungen machen möchte, entfällt.

Karten müssen nicht umständlich am Kopierer auf DIN A4-Ausschnitte gebracht werden.

Zu den Texten gibt es einen einfachen Zugang durch verlinkte Inhalts-, Abbildungs- und Tabellenverzeichnisse.

Eine Textsuchmaschine führt schnell zu den gewünschten Textstellen.

Stellungnahmen können von jedem Rechner mit Internetzugang erarbeitet werden.

Unter der Adresse www.lep-online.schleswig-holstein.de kommt man direkt zum Onlineverfahren.

Hier können der Text des Landesentwicklungsplanes, die Plankarte und der Umweltbericht eingesehen und unmittelbar eine Stellungnahme abgegeben werden. Zusätzlich zum Internet informiert das Innenministerium über den Landesentwicklungsplan in fünf Regionalveranstaltungen in Rendsburg, Brunsbüttel, Eutin, Flensburg und Bad Oldesloe. Sie finden in der Zeit zwischen dem 4. und 13. März 2008 statt.

Der Landesentwicklungsplan gibt Auskunft über die Ziele der Raumordnung und legt fest, wohin sich das Land und seine Regionen bis 2025 entwickeln sollen. Seine Vorgaben bilden den Rahmen für die Entwicklung des Siedlungswesens, der Wirtschaft und Wissenschaft, des Verkehrs, des Einzelhandels, der Energieversorgung, des Tourismus, der Bildung, der Gesundheit und Pflege sowie der Natur und Umwelt. Nach den derzeitigen Planungen wird der Landesentwicklungsplan voraussichtlich Ende 2009 in Kraft treten können. Danach sollen die Abwägungsergebnisse im Internet veröffentlicht werden. Wer sich online beteiligt hat, wird darüber mit einer E-Mail benachrichtigt.

Weitere Informationen zum Online-Verfahren, zur Beteiligung der Öffentlichkeit, zu

Regionalveranstaltungen und zu den neuen Eckpunkten des Planentwurfs können unter www.landesplanung.schleswig-holstein.de abgerufen werden.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 31.01.2008, 15:52 Uhr - 1628 Clicks - Nr. 98

Frau Volquartz (CDU) und Stadtrat Möller ignorieren Kinderarmut in Kiel

Die jugend- und familienpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt erklärt zur heutigen Berichterstattung in den KN über die Mitteilung zur Gesamtkonzeption Familienfreundlichkeit:

Familienfreundlichkeit:

"Die Kosten und die Arbeitskraft für die Erarbeitung dieser Vorlage hätten Frau Volquartz (CDU) und Stadtrat Möller besser für die Bekämpfung der festgestellten Kinderarmut in Kiel aufgewendet. Stattdessen werden ehrenamtliche Mandatsträger/innen wieder mit einer seitenstarken aber inhaltleeren Vorlage, die in allen acht Fachausschüssen und der Ratsversammlung beraten werden soll, beschäftigt. Die vorgelegte Drucksache enthält keine neuen Erkenntnisse und keine neuen Lösungsansätze, nur Altbekanntes.

Die SPD-Fraktion stellt fest: Die zusätzlichen Kindergartenplätze für 0-3 Jährige entstanden auch auf Kosten der Hortkinder, deren Betreuungsplätze wegfielen und die in Betreuungsplätze für jüngere Kinder umgewandelt wurden. Den Rechtsanspruch der Kieler Kinder im Alter von 3-6 Jahren haben CDU und Bündnis 90/Die Grünen immer noch nicht ganz erfüllt. Gerade für Berufstätige mangelt es es noch erheblich an flexiblen Kinderbetreuungszeiten. Auch wohnortnahe Kindergartenbetreuung ist nicht für alle Kieler Kinder selbstverständlich. Besonders Schlimm ist, dass Frau Volquartz (CDU) und Stadtrat Möller die überproportional vorhandene Kinderarmut in Kiel nicht bekämpfen. Kinderarmut und Strategien zu ihrer Bekämpfung gehören nicht zu den in der Vorlage beschriebenen weiteren Zielen und Maßnahmen."

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 31.01.2008, 16:32 Uhr - 3397 Clicks - Nr. 99

SPD-Engelsby: Sicherheitsberater für Senioren

Großes Interesse der Senioren aus der Diakoniestation Flensburg-Ost zur heutigen Veranstaltung mit den drei Sicherheitsbeauftragten des Stadtteils Engelsby. Bei Kaffee und Kuchen informierten sich die Anwesenden über mögliche Gefahren und Tricks, wie zum Beispiel bei Haustürgeschäften und Kaffeefahrten.

Der Leiter der Polizeidienststelle Herr Dirk Krause begrüßte die ca. 45 Senioren und stellte Ihnen die beiden Sicherheitsberater Frau Christel Münchow und Herrn Manfred Thiel vor.



Die Sicherheitsberater berieten über mechanische Sicherheitsvorkehrungen an Türen und Fenstern, richtiges Verhalten an der Haustür und allgemeine Vorbeugungshinweise zum Verhalten im Alltag.

Die Telefonnummern der Sicherheitsberater erfahren Sie bei der Polizeistation Engelsby/ Tarup, Telefon: (0461) 6 74 00 74 oder bei der Fachstelle für Senioren der Stadt Flensburg, Telefon (0461) 85 27 43.

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 31.01.2008, 17:21 Uhr - 3394 Clicks - Nr. 100

Alle sind für Junges Wohnen

Die CDU will das Baugebiet „B 95 Im Sand“ mit der Brechstange für Junges Wohnen durchsetzen. Dabei ist es fraglich, ob dieses Gebiet wirklich die Bedingungen für Junges Wohnen erfüllt. Jürgen Radowitz, stellv. Fraktionsvorsitzender, erläutert, warum die SPD für Junges Wohnen ist und sich trotzdem gegen dieses Vorhaben stellt.

Die CDU will die Abwanderung junger Familien nicht länger hinnehmen und mit der Brechstange das Baugebiet „B 95 Im Sand“ für Junges Wohnen durchsetzen. Ob das Gebiet (Zitat im Tageblatt) interessant ist, entscheidet sich für die CDU letztlich nach dem Markt“. Für Marktpreise brauchen wir kein Programm Junges Wohnen. Wir wollen Junge Familien mit günstigen Preisen für Quickborn gewinnen, jungen Familien eine Chance geben Eigentum zu erwerben. Wer Marktpreise zahlen kann, braucht keine kommunale Unterstützung.

Alle Parteien haben sich für Junges Wohnen ausgesprochen, nicht nur die CDU. Doch für uns gibt es gravierende Unterschiede zur CDU. In der Dezember-Sitzung 2007 wurden rund ein Dutzend Fragen gestellt, die bis heute unbeantwortet sind. Deshalb ging es in der Januar-Sitzung 2008 auch nicht weiter. Unter anderem möchten wir hören, ob die Stadt kaufen und erschließen kann, um auf die Preise Einfluss nehmen zu können. Zumindest wollen wir ein Mitspracherecht an den Preisen. Statt dessen hörten wir, dass die Stadt die Planungskosten übernehmen und auch noch für die Vermarktung bezahlen soll. Aber alles ohne Einfluss. Wir müssen viel Geld haben, wenn wir die Vermarktung von Grundstücken bezahlen, die uns nicht gehören. Mehrfach haben wir die vertraglichen und finanziellen Verpflichtungen, die anscheinend schon alle feststehen, hinterfragt, aber keine Antwort erhalten. Was gibt es da zu verschleiern?

Jedes neue Baugebiet greift in die Lebensqualität derer ein, die dort schon wohnen. Doch auch die „Altbürger“ haben ein Recht auf Interessenwahrung. Für uns Pflicht, die unterschiedlichen

Interessen abzuwägen. Deshalb möchten wir auch Vorschläge zur Erschließung hören. Denn die Straße Im Sand muss ausgebaut werden, wenn das Baugebiet entsteht. Dann zahlen überwiegend die bisherigen Anlieger. Nach unseren Satzungen korrekt, aber ist das gerecht? Auslöser ist das neue Baugebiet, das muss entscheidend an den Kosten beteiligt werden. Ohne Ausbau der Straße ist das neue Baugebiet nicht zu verantworten.

All das will die CDU später regeln, wenn alle Beschlüsse gefasst sind und nichts mehr beeinflusst werden kann. Beratungen, die unsere Verpflichtung sind, um zu gut durchdachten Lösungen zu kommen, sind ihr lästig. So hat die CDU schon am 4. Dezember 2007, bevor sich der Fachausschuss damit erstmals beschäftigte, in der Presse das Projekt gefeiert, einen Zeitplan veröffentlicht und bedauert, dass die Gespräche so schwierig waren. Welche Gespräche? Der Ausschuss war nicht beteiligt und wird auch auf Nachfragen bisher nicht informiert.

Wir hatten in der Januar-Sitzung auch beantragt, den Bebauungsplan gemäß Flächennutzungsplan zu erweitern, um die Erschließung auf Nord + Süd des Gebietes zu erweitern. Damit würde die Situation für die Bewohner Im Sand entlastet. Abgelehnt.

Wir möchten vorher wissen, worüber wir entscheiden. Deshalb haben wir eine beratungsreife Vorlage gebeten. Qualität vor Brechstange.

Die Stadt besitzt in der Bahnstraße ein eigenes Grundstück, das wir schon in den 90er Jahren zur Bebauung vorgeschlagen haben. Dort könnten sowohl Eigentumsmaßnahmen als auch preiswerte Mietwohnungen entstehen, weil die Preisfindung allein bei uns liegt. Mit diesem Grundstück können wir Familien- und Entwicklungspolitik betreiben. Denn auch „Junge Mieter“ bringen Kaufkraft und Steuereinnahmen. Nicht jede Familie kann oder will Eigentum erwerben.

Keine Kommentare

Artikelarchiv 2008

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 31.01.2008, 17:26 Uhr - 7313 Clicks - Nr. 101

NEIN! zum Einsatz der Bundeswehr als schnelle Eingreiftruppe in Afghanistan

Am 24.01.2008 fand im Bundestag eine Debatte zum Einsatz von Bundeswehrkampftruppen in Afghanistan als Quick-Reaction-Forces (schnelle Eingreiftruppe) statt. Jetzt bat die Nato die Bundesregierung offiziell um die Entsendung 250 Soldaten in den Norden Afghanistans. Es wäre nach den Tornados eine erneute Erweiterung des Aufgabenspektrums der Bundeswehr am Hindukusch. Einen Einsatz von deutschen Truppen innerhalb dieser Eingreiftruppe halte ich für falsch!



Im Herbst letzten Jahres stimmte der Bundestag dem ISAF-Mandat der Bundeswehr zu. In diesem Einsatz, den ich grundsätzlich für unterstützungswert hielt, sollen die Soldaten einen effizienten Beitrag zum Wiederaufbau Afghanistans leisten. Mit ISAF soll auch der afghanische Sicherheitssektor reformiert werden. Er soll weiterhin der Entwaffnung von illegalen Milizen und dem Aufbau einer funktionierenden afghanischen Armee dienen.

Nun ist geplant, eine norwegische Einheit, die derzeit im Nordwesten Afghanistans im Rahmen der Quick-Reaction-Force stationiert ist, durch eine deutsche Eingreiftruppe zu ersetzen.

Der Charakter eines solchen Einsatzes wird sich von den bisherigen ISAF-Einsätzen wesentlich unterscheiden. Eine Aufgabe dieser Eingreiftruppe wird es sein, bei eskalierenden Situationen zur Verstärkung und Unterstützung der afghanischen Armee, zu intervenieren. Bislang ging es bei dem Einsatz der Bundeswehr überwiegend um Schutz, Wiederaufbauhilfe und Stabilisierung der Lage vor Ort. Durch den Einsatz einer schnellen Eingreiftruppe aber werden die deutschen Soldaten verstärkt in konkrete Kampfhandlungen verstrickt werden. Dies könnte nicht nur dazu führen, dass auch Bundeswehrsoldaten in Kämpfen töten und getötet werden, sondern es würde mit Sicherheit auch das gewachsene Vertrauen in den humanitären Charakter des Einsatzes der deutschen Soldaten innerhalb der afghanischen Bevölkerung beschädigen. Die ISAF-Mission droht immer mehr in den Sog des von der Bush-Administration inszenierten Krieges "gegen den Terror" gezogen zu werden.

Wir brauchen das Vertrauen der afghanischen Menschen, müssen ihnen helfen, sich zu schützen, Verbrechen zu verhüten und rechtsstaatliche Strukturen aufzubauen. Eine Teilnahme an kriegerischen Handlungen schädigt diese Arbeit. Ich werde ihr nicht zustimmen.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 31.01.2008, 20:49 Uhr - 4073 Clicks - Nr. 102

Freude über das PTZ – Ärger über Versäumnisse der Stadt Kiel

Zur Entscheidung über das Partikel-Therapiezentrum (PTZ) erklären die Kieler SPD-Landtagsabgeordneten Rolf Fischer und Jürgen Weber:

Wir begrüßen die Entscheidung, das Partikel-Therapiezentrum in Kiel zu bauen. Rund 250 Mio Euro Gesamtkosten, davon rund 180 Mio Euro reine Investitionskosten machen deutlich, dass es sich beim PTZ um ein Projekt von nicht nur landesweiter Bedeutung handelt.

Damit wird eines der weltweit modernsten Krebs-Therapiezentren für Patienten aus Norddeutschland und Skandinavien Realität.



Umso erstaunlicher ist es, dass die Verwaltungsspitze der Landeshauptstadt Kiel wieder einmal nicht in der Lage war, rechtzeitig ihre Hausaufgaben zu machen: Bis heute hat noch nicht einmal die Kieler Ratsversammlung über den Grundstücksverkauf für das PTZ abschließend entschieden. Deshalb muss kurzfristig eine Sondersitzung der Ratsversammlung (11.2.) anberaumt werden, die sich ausschließlich mit dieser Frage befasst. Und es fehlt auch die notarielle Beglaubigung des Verkaufs des Grundstückes im Pastor-Husfeldt-Park. Spätestens zur Kabinettsentscheidung am vergangenen Dienstag hätte diese vorliegen müssen. Die Stadt Kiel hatte fast 1½ Jahre Zeit, die zu erledigen. Nach der langwierigen Grundstückssuche zu Beginn des Projektes zeigt sich jetzt erneut das große Ausmaß an Unprofessionalität der Oberbürgermeisterin.

Wir erwarten umgehend eine öffentliche Stellungnahme der Verwaltungschefin. Wir hoffen, dass durch das Versäumnis keine Verzögerung im Zeitplan dieses Megaprojektes entsteht. Ein

Imageschaden ist zumindest landesweit schon jetzt mit diesem Fehler verbunden. Wir bezweifeln, dass eine umfassende und sachlich gebotene Diskussion der Entscheidung vor diesem Hintergrund möglich ist.

Die Oberbürgermeisterin macht damit deutlich, dass sie selbst der größte Standortnachteil der Landeshauptstadt ist.

Keine Kommentare

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 31.01.2008, 21:03 Uhr - 2574 Clicks - Nr. 103

Die Gemeinschaftsschule kommt

Vor den Sommerferien des Jahres 2007 begannen die Sozialdemokraten in Barmstedt und Hörnerkirchen, dem neuen Schulgesetz zur Folge für die Geschwister- Scholl – Schule und die Chemnitzschule eine Gemeinschaftsschule zu fordern.

Nach den Erfahrungen, die wir nach der Gesamtschuldiskussion hier in Barmstedt Ende der Achtziger Jahre machten, erwarteten wir eine lange und harte Auseinandersetzung mit den Konservativen. Aber auch jetzt wurde wieder deutlich, dass besonders die Schulpolitik ideologisiert wurde.

Schneller als von uns erhofft hat sich die Barmstedter Kommunalpolitik für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule entschieden.

Wie schon auf der Kulturausschusssitzung am 29. November wollte die Vertreterin der SPD, Margit Schappe – Brabandt, auch auf der Ausschusssitzung am 23. Januar eine Elternbefragung beantragen. Die SPD hatte bereits ein breit gefächertes System an Informationsveranstaltungen vorbereitet, um die Eltern über die Unterschiede der beiden Schularten, Regional – oder Gemeinschaftsschule, zu unterrichten.

Der auf der Ausschusssitzung anwesende Schulrat zerschlug aber die Pläne, beide Schularten nebeneinander in Barmstedt zu installieren. Daraufhin stimmten auch die FWB –Vertreter im Ausschuss der Gemeinschaftsschule zu, so dass mit einem Stimmverhältnis von 7: 2 (beide Gegenstimmen von der CDU) der Ausschuss der Stadtvertretung am 12. Februar empfiehlt, ebenfalls für eine Gemeinschaftsschule zu stimmen.

Die im Ausschuss angesprochene Problematik einer zu großen Bildungseinrichtung nehmen wir auf. Es kann nur die Trennung von Grund – und Gemeinschaftsschule geben. Dabei muss aber eine enge Verzahnung der Grundschule mit der Gemeinschaftsschule sichergestellt werden. Dafür wollen wir uns einsetzen. Ferner dürfen die eingesparten Mittel nicht zur Sanierung des Landeshaushaltes benutzt werden. Wir erwarten, dass die eingesparten Gelder auch für unsere Schüler in Barmstedt eingesetzt werden. Wir werden unsere Landespolitiker entsprechend informieren und um Stellungnahme bitten.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 01.02.2008, 08:44 Uhr - 1322 Clicks - Nr. 104

Hahn zu Tourismusedwicklung: Verwaltung sollte Expertenrat folgen

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Jürgen Hahn erklärt zu der Berichterstattung in den KN über die Kieler Tourismuspotenziale:

"Die SPD-Fraktion begrüßt den von allen Fraktionen getragenen Beschluss für das Tourismuskonzept. Wir erwarten von der Wirtschaftsdezernentin, dass sie frühzeitig für die bekannten notwendigen Weichenstellungen sorgt.

Es ist eine seit langem bekannte und jetzt von den Experten nochmals bestätigte Tatsache, dass Kiel keine große Anzahl zusätzlicher Hotelbetten in der 3 bis 4-Sterne-Kategorie benötigt, sondern ein Hotel der 5-Sterne Kategorie.

Frau Volquartz (CDU) und Stadtbaurat Todeskino (Grüne) wollen aber immer noch mit der Rathaus-Galerie und dem ZOB-Gesundheitszentrum eine große Zahl neuer 3-Sterne-Hotelbetten nach Kiel bringen. Die SPD-Ratfraktion erwartet von der Verwaltung, den Widerspruch zwischen dem tatsächlichen

Hotelbettenbedarf und den Bauvorhaben im 3 Sterne-Segment aufzuklären.

Welche ernsthaften Versuche hat die Wirtschaftsdezernentin Volquartz (CDU) unternommen, bei den innerstädtischen Kaufleuten vom Sophienhof bis zur Altstadt um mehr Kreditkartenakzeptanz zu werben? Entweder war sie nicht tätig oder sie muss ihren Misserfolg endlich eingestehen."

Keine Kommentare

[Stormarner Kulturforum](#) - veröffentlicht am 01.02.2008, 12:19 Uhr - 2369 Clicks - Nr. 105

Ausstellung, Fotowettbewerb, Konzert & Lesung (u.a. mit Ralf Stegner, Björn Engh

Nachdem zuletzt knapp 100 Zuhörer zur UNICEF-Lesung mit Heide Simonis kamen, wartet unser Kulturforum auch in 2008 wieder mit interessanten Veranstaltungen auf

Es existieren eine Vielzahl von Kulturforen der Sozialdemokratie in vielen Bundesländern und ein "Kulturforum der SPD" mit Sitz im Willy-Brandt-Haus in Berlin.

Nähere Infos hier: www.kulturforen.de

Die Idee zur Lesungsreihe haben wir von dem ehemaligen Vorsitzenden der SPD Harburg, Thomas Bode, übernommen, der seit dem Bundestagswahlkampf jeden Monat für die SPD Harburg Lesungen veranstaltet, wobei kein Thema vorgeben wird.

Unsere Lesungen und Veranstaltungen in Bad Oldesloe haben dagegen immer jeweils ein übergreifendes Thema: Europa , Plattdeutsch, Maritimer Abend („Menschen auf See“), Migration/Integration, UNICEF, "Bad Oldesloe wi(e)der die Monotonie, "Mein schönstes Bild von Bad Oldesloe", "Italienischer Abend", "Französischer Abend" sowie "Städtepartnerschaften" und



**Bad Oldesloe
gemeinsam
gestalten**

werden in der Presse und in diversen Newslettern als Veranstaltung des "Bad Oldesloer Kulturforums der Sozialdemokratie" angekündigt.

Nachdem zuletzt Anfang November 2007 knapp 100 Zuhörer zur UNICEF-Lesung mit Heide Simonis kamen, wartet das Kulturforum der SPD Bad Oldesloe auch in 2008 wieder mit interessanten Veranstaltungen auf.

Den Anfang machte die Eröffnung der Ausstellung "Bad Oldesloe wi(e)der die Monotonie", die der SPD Landesvorsitzende und Innenminister a. D., Ralf Stegner, am Abend des 18. Februar im Foyer des Kreisarchivs um 19:30h eröffnete.

Die Ausstellung zeigte Arbeiten von Schülern der Integrierten Gesamtschule (IGS) und des Theodor Mommsen Gymnasiums (TMS), die an dem vom Kulturforum im letzten Jahr initiierten Wettbewerb teilgenommen hatten. Gemäß dem SPD-Slogan zur Kommunalwahl ("Bad Oldesloe gemeinsam gestalten"), waren die Schüler eines Kunst-Leistungskurses des 13. Jahrganges der IGS sowie einiger zehnten Klassen der TMS dazu aufgerufen, Konzepte für eine Belebung der Innenstadt einzureichen oder ihre persönliche Sicht möglicher Monotonie in der Kreisstadt Ausdruck zu geben.

Die Ausstellung war vom 18. bis zum 28. Februar in der Mommsenstraße 14 zu sehen.

Ab 28. April sind alle Oldesloer Bürgerinnen und Bürger, der Fotoclub Bad Oldesloe, die VHS Fotokurse sowie Schülerinnen und Schüler der Foto-AGs aller Oldesloer Schulen aufgerufen, mit der Kamera durch die Kreisstadt zu ziehen um "Mein schönstes Bild von Bad Oldesloe" zu fotografieren und bis spätestens 17. Mai entweder als Fotoabzug oder digital in den drei Oldesloer Fotofachgeschäften Jessen, Ketelhohn sowie dem Fotogeschäft an der Hude abzugeben.

Eine Jury (bestehend aus den Inhabern der drei Geschäfte, Frau Schwitzke vom Fotoclub Bad Oldesloe, Oldesloes Kulturreferentin Frau Dr. Zander, Stormarns Kreiskulturreferent Dr. Spallek sowie Christian P. Schlichte vom Kulturforum) wird zehn PreisträgerInnen ermitteln, die erneut attraktive Preise (u.a. hat Foto Jessen bereits einen Rundflug über der Kreisstadt für drei Gewinner zugesagt) gewinnen können.

Im Anschluss an den Wettbewerb werden alle Arbeiten in einer Ausstellung im Stadthaus gezeigt. Diese soll durch prominente Landespolitiker Anfang Juni eröffnet werden. Zusätzlich ist angedacht, die Bilder kopiergeschützt im Internet hier auf www.ipernity.com/home/Bad-Oldesloer-Kulturforum zu präsentieren.

Das Kulturforum sowie die beteiligten Sponsoren und Jurymitglieder freuen sich auf viele interessante und schöne Bilder von Bad Oldesloe. Der Wettbewerb soll über alle Parteigrenzen hinweg die Kultur in unserer Kreisstadt fördern und beleben.

Anfang September wartet das Kulturforum dann mit dem Höhepunkt der diesjährigen Veranstaltungen auf: die bekannte Sopranistin Martina Doehring tritt zusammen mit dem Ensemble

„floreat“ mit Karl Martin Wagner beim "Italienischen Abend" in der Peter-Paul-Kirche.

Den literarischen Teil der Veranstaltung bestreitet der ehemaligen Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, SPD-Bundesvorsitzender a. D. und Bundesminister für Bildung und Wissenschaft a. D., Björn Engholm. Das Konzert plus Lesung findet am 3. September statt und wird 11,- Euro Eintritt (Vorverkauf in der Buchhandlung Willfang 9,- Euro / Schüler ermäßigt 6,- Euro) kosten.

Die für Dezember geplante Lesung "Französischer Abend" anlässlich des Besuches einer Delegation aus Bad Oldesloes französischer Partnerstadt Olivet wird vorerst abgesagt. Grund ist der unerwartete Tod des SPD-Europaabgeordneten Willi Piecyk am 1. August.

Unser Mitgefühl gilt seiner Familie

Weitere Infos auf der Homepage der SPD Bad Oldesloe:
www.spd-badoldesloe.de bzw. auf der Internetseite des Forums
www.spd-net-sh.de/stormarn/oldesloe

Mit sozialdemokratischem Gruss -

Christian P. Schlichte
SPD Bad Oldesloe
Stellv. Vorsitzender

www.meinespd.net/profil/15181

Gründer des Bad Oldesloer Kulturforums
der Sozialdemokratie

© Bad Oldesloer Kulturforum der Sozialdemokratie, SPD Bad Oldesloe

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 01.02.2008, 19:46 Uhr - 7069 Clicks - Nr. 106

Wodarg: Einstimmig wiedergewählt

In der ersten Sitzungswoche der Parlamentarischen Versammlung des Europarates wurde ich einstimmig zum Sprecher der deutschen Sozialdemokraten und zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Sozialistischen Fraktion des Europarates wiedergewählt. Weiterhin bin ich in Straßburg stellvertretender Leiter der deutschen Delegation und Vorsitzender im Gesundheitsausschuss.

Die deutschen Sozialdemokraten sind in Straßburg hochrangig vertreten. Zu der von mir geleiteten Delegation gehören derzeit u.a. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Bundesministerin der Justiz a.D., Walter Riester, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung a.D., Kurt Bodewig,

Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen a.D. und Dr. Hermann Scheer.

Als aktives Mitglied in den Ausschüssen für Wissenschaft, Kultur und Medien, Soziales und Gesundheit und im Politischen Ausschuss arbeite ich zur Zeit an Berichten zur Rolle der Medien in der Demokratie, zur Gendiagnostik, zur Palliativmedizin und zur Gefährdung der Demokratie durch Private Militärfirmen. Auch in Straßburg sind die Rechte der Minderheiten mein Arbeitsfeld.



Die Parlamentarische Versammlung des Europarates war die erste ihrer Art in der Geschichte unseres Kontinents. Mit Delegationen aus 47 nationalen Parlamenten ist sie heute das "demokratische Gewissen" Europas. Menschenrechte, Demokratie und Minderheitenschutz gehören zu den Kernaufgaben des Europarates.

Unsere Beratungen sind richtungweisend für die Regierungen der Mitgliedsländer. Die historischen Ereignisse in Mittel- und Osteuropa nach 1989 gaben der Versammlung die einmalige Chance, zur Integration dieser Länder in den Kreis der europäischen Demokratien beizutragen und zur parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen allen Nationen Europas zu ermutigen. Auf diese Weise **trägt die Versammlung dazu bei, ein größeres Europa ohne Trennlinien aufzubauen.**

Die 318 Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung und ihre 318 Stellvertreter werden von den nationalen Parlamenten aus deren Reihen heraus gewählt oder benannt. Die Zahl der Vertreter der Mitgliedsländer (zwischen 2 und 18) hängt von der jeweiligen Bevölkerungszahl ab. Das Gleichgewicht der politischen Parteien in jeder nationalen Delegation muss in fairer Weise demjenigen im nationalen Parlament entsprechen.

In der Versammlung gibt es fünf Fraktionen: die Sozialistische/Sozialdemokratische (SOC), die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EPP/CD), die Europäische Demokratische Fraktion (EDG), die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) und die Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken (UEL). Einige Abgeordnete sind fraktionslos.

Die Versammlung wählt u.a. einen Präsidenten und den Generalsekretär des Europarates, die Richter des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und den Menschenrechtskommissar des Europarates.

Die Parlamentarische Versammlung ist besonders im Bereich Schutz der Menschenrechte aktiv. In den vergangenen Jahren nahm sie z.B zu folgenden Themen Entschlüsse an: Schaffung des Internationalen Gerichtshofes, der sich mit Kriegsverbrechen beschäftigt, Sekten und neue religiöse Strömungen, Minderheitenrechte, Rechte der Kinder, Lebensbedingungen von Schwulen und Lesben, Schutz von Asylsuchenden, Aids und Menschenrechte, Organhandel, Menschenhandel und jegliche Form der sexuellen Ausbeutung von Kindern. Die Vorschläge der Versammlung hinsichtlich der **Abschaffung der Todesstrafe** in Friedenszeiten, die Vorschläge zur Europäischen **Konvention zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung** oder Strafe und die **Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten**

wurden später vom Ministerkomitee geprüft und wurden zu Rechtsdokumenten des Europarates.

Seit 1989 beteiligt sich die Versammlung am Krisenmanagement in Europa. Die von der Versammlung verabschiedeten Texte geben dem Ministerkomitee, den nationalen Regierungen, Parlamenten und politischen Parteien und anderen Gesellschaftsbereichen wichtige Orientierungshilfen. Ihre Initiativen haben auch zu einer Reihe von internationalen Verträgen (europäischen Konventionen) sowie anderen Rechtsinstrumenten geführt, die die Grundlage für einen wirklich europäischen Rechtsraum bilden. Die bekanntesten sind **die Europäische Menschenrechtskonvention, die Europäische Sozialcharta und die Bioethik-Konvention.**

In der letzten Woche hat die Parlamentarische Versammlung des Europarats den Entwurf einer europaweiten Übereinkunft zu medizinisch begründeten Gentests einstimmig verabschiedet. Die Parlamentarier aus 47 Ländern stimmten in Straßburg meinem entsprechenden Bericht zu. Bei der Übereinkunft handelt es sich um ein Zusatzprotokoll zur Europarats-Konvention über Menschenrechte und Biomedizin, die seit 1999 in Kraft ist. In dem Entwurf wird ausdrücklich festgelegt, dass jegliche Diskriminierung von Menschen wegen ihrer genetischen Eigenschaften verboten sein soll. Das Zusatzprotokoll soll auch den Schutz genetischer Daten garantieren .

Heute, am 01.02.2008 tritt die Konvention gegen Menschenhandel in Kraft. Mehr dazu können Sie auf meiner Homepage www.wodarg.de lesen.

Keine Kommentare

[Jusos Segeberg](#) - veröffentlicht am 02.02.2008, 13:22 Uhr - 5860 Clicks - Nr. 107

Zivildienst modern gestalten

Zu den Äußerungen der Familienministerin von der Leyen zur freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes erklärt Alexander Wagner, Jungsozialist und SPD-Kandidat für den Kreistag: Es ist erfreulich, dass sich endlich einmal die zuständige Ministerin auch um dieses Thema kümmert. Lange hat man warten müssen auf die seit fast zwei Jahren schwelende Idee, den Zivildienst in einen Lerndienst umzuwandeln.

Dabei ist es sehr begrüßenswert, dass auch eine freiwillige Verlängerung des Zivildienstes möglich gemacht werden soll, wie es beim Grundwehrdienst bereits Usus ist.

Die Novelle sieht vor, dass die Dienstleistenden berufsbildende und soziale Kompetenzen erwerben, indem die Dienstzeit auf die berufliche Ausbildung angerechnet werden kann, die Schulungen der Zivildienstschulen und Träger praxisorientierter werden und eine Umstrukturierung zum Lerndienst die Aneignung von Querschnittskompetenzen und Schlüsselqualifikationen ermöglicht.

Die freiwillige Verlängerung ermöglicht den jungen Männern einen lückenlosen Lebenslauf zwischen Dienst und weiterer schulischer oder beruflicher Laufbahn. Bei einer Dienstdauer von 9 Monaten ist es nur in seltenen Fällen möglich, nahtlos überzugehen und nicht alle Träger machen von einer Weiterbeschäftigung Gebrauch. Aber zwei Dinge sind festzuhalten: Erstens ist die freiwillige Verlängerung nur ein Teil der Umstrukturierung des Zivildienstes und macht sich erst im Gesamtzusammenhang wirklich bezahlt. Zweitens muss den Zivis gewährleistet werden, risikofrei auch in der freiwilligen Zeit angestellt zu sein, das heißt weiterhin gleichwertig finanziell entlohnt zu werden, keine weiteren Kosten tragen zu müssen und von dem Prinzip „Befehl und Gehorsam“ losgelöst werden.

Wagner stellt fest:“ Der Zivildienst hat den Wehrdienst in seiner gesellschaftlichen Funktion um Längen überholt. Ohne den Ersatzdienst wären viele soziale Leistungen in ihrem momentanen Umfang gar nicht denkbar und seine Notwendigkeit wird sich in den nächsten Jahren auch nicht

unwesentlich steigern. Daher ist es mehr als angebracht, einen modernen, attraktiven Zivildienst zu schaffen, der seinen Aufgaben auch in Zukunft optimal begegnet. Darin inbegriffen sind ausführliche Fachschulungen für die Dienstleistenden sowie ein qualifizierendes Arbeitszeugnis.“

Es ist abzuwarten, was die Ausarbeitungen des Ministeriums bringen, denn, wenn die Idee gut ist, kommt es auf die richtige Umsetzung an. Und zweifelsohne ist ein Zivildienst als Lerndienst der richtige Weg.

Keine Kommentare

[AsF-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 02.02.2008, 14:36 Uhr - 3067 Clicks - Nr. 108

Frauenmehrheit für Rot-Grün

**AsF zum Ausgang der Hessen-Wahl:
Klare Alternativen mobilisieren – und motivieren!
Frauenmehrheit für Rot-Grün**

Die AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) Schleswig-Holstein gratuliert Andrea Ypsilanti zu ihrem großartigen Erfolg bei den hessischen Landtagswahlen:

Zu Beginn des Wahlkampfes noch weit abgeschlagen, lag ihre SPD im Endergebnis gleichauf mit der CDU – und hat angesichts der Fünf-Parteien-Konstellation im Land, vor allem aber infolge des Absturzes von Roland Koch mit seiner aggressiven Kampagne, die größere Auswahl und die bessere Ausgangsposition für eine Regierungsbildung.

Die hessischen SozialdemokratInnen haben mit ihrer Spitzenkandidatin in den letzten Wochen vor der Wahl eine Aufholjagd hingelegt, die auch in anderen Bundesländern für Herzklopfen sorgte.

Dabei hatte die schleswig-holsteinische AsF besonders fest die Daumen gedrückt: „Erstens empfanden wir in einem traditionell linken und aufgeschlossenen Landesverband den platt ausländerfeindlichen, demagogischen Wahlkampf eines Roland Koch als schlicht empörend. Zweitens haben wir erfreut registriert, dass Andrea in ihrem Wahlprogramm die Gleichstellung als einen zentralen Punkt benannt hatte – was auch bei weiblichen Spitzenkandidaturen nicht immer eine Selbstverständlichkeit darstellt. Und drittens wird es doch allerhöchste Zeit, dass mal wieder ein deutsches Bundesland von einer Ministerpräsidentin geführt wird!“, meinen die Nord-SPD-Frauen. „In diesem Sinne: Glückwunsch – lasst euch gebührend feiern – und führt die Koalitionsverhandlungen mit dem nötigen Selbstbewusstsein! Für uns seid ihr sowieso die SiegerInnen!“

Dabei sieht die AsF die Hessen-Wahl auch als ein Lehrstück in Sachen Demokratie. Die relativ hohe Wahlbeteiligung und die im Trend – leider noch nicht in den Mehrheiten – eindeutige Wahlentscheidung hätten gezeigt, dass die Menschen keineswegs so unschlüssig und politikverdrossen seien wie oftmals behauptet. „Wenn klare Alternativen erkennbar sind, so wie zwischen Andrea Ypsilanti und Roland Koch – zwischen Orientierung auf morgen oder Rückwärtsgang – dann wird das Wahlrecht auch wahrgenommen“, stellt ihr Landesvorstand fest und erinnert an den „Zukunftskongress“ der schleswig-holsteinischen SPD vor wenigen Monaten in Kiel. Dort hatte u.a. Gesine Schwan über „Gesellschaftliche Mehrheiten und politische Koalitionen“ referiert; im Anschluss fragte ein besorgter Zuhörer, wie die Demokratie das öffentliche Interesse zurückgewinnen könnte. Ihre Antwort, kurz und bündig: „Wenn die Menschen merken, dass sie vor zwei deutlich unterscheidbaren Alternativen stehen; und wenn sie glauben, mit ihrer Wahl etwas bewirken zu können – dann gehen sie auch wählen.“

„Damals klang solche Zuversicht noch reichlich utopisch“, so die AsF-Teilnehmerinnen. „Nach Hessen wissen wir: Gesine Schwan hatte Recht!“

Und noch etwas sei bei der Hessen-Wahl deutlich geworden:

Ginge es nach den Frauen, so wäre bereits eine Mehrheit für Rot-Grün beisammen und Andrea Ypsilanti könnte sofort mit Regieren anfangen. Unter den weiblichen Wählern hatten sich nämlich 49 % für eine solche Konstellation ausgesprochen – gegenüber nur 44 % für Schwarz-Gelb. Noch entschiedener wird das Ergebnis, wenn man sich hier auf die jüngeren Altersgruppen konzentriert. Insgesamt hatte die SPD bei den unter 30-Jährigen in dieser Wahl 20 % Zuwachs erzielen können! (Quelle: frauenpolitischer dienst, Folge 463, Seite 5)

„Wir sollten unbedingt mal ein paar von den hessischen WahlkämpferInnen zu uns ein-laden, um zu erfahren, wie sie das fertig gebracht haben“, finden die schleswig-holsteinischen Genossinnen. „Am besten noch vor der Kommunalwahl am 25. Mai !“

1. Februar 2008 – Cornelia Östreich

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 02.02.2008, 19:34 Uhr - 7452 Clicks - Nr. 109

Gewerkschaftsvorsitzender fordert politisches Engagement

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Franz-Josef Möllenberg, sprach auf dem Neujahrsempfang des SPD-Kreisverbands Pinneberg.

Die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Pinneberg sollen sich politisch engagieren. Dazu rief der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Franz-Josef Möllenberg, auf. Als Hauptredner beim Neujahrsempfang des SPD-Kreisverbands und des Ortsvereins Rellingen kritisierte er die niedrigen Wahlbeteiligungen bei den letzten Landtagswahlen: "Da kommen einem als Demokraten die Tränen." Gleichzeitig ermutigte er die Bürger, aktiv zu werden.

Es mache Spaß, sich einzumischen, sich in Politik, Vereinen und Verbänden zu engagieren. Die Gäste stimmten mit deutlichem Applaus zu.

Das aktuelle Thema Mindestlohn lag dem Gewerkschafter besonders am Herzen. Die Lohnquote sei auf einem Tiefstand, die Unternehmergewinne auf einem Höchststand. "Es geht um den Schutz von Menschen. Es geht um den Schutz vor Lohndumping", so die Zielrichtung des Referenten. Nur noch jeder dritte Arbeitnehmer stehe unter den Schutz eines Tarifvertrages. Möllenberg sprach sich für spürbare Tarifierhöhungen aus. So könne die Binnennachfrage angekurbelt werden.

Für die Jugend forderte er mehr Ausbildungsplätze. Die Kommunalpolitiker sollten für bessere Ausstattung der Schulen sorgen, appellierte er an die Vertreter der Parteien.

SPD-Kreisvorsitzender Hannes Birke gab vor der Kommunalwahl die Richtung vor. "80 Millionen Euro Verschuldung des Kreises setzen Versprechungen Grenzen", dämpfte er übertriebene Erwartungen. Die SPD werde sich auf die Schwerpunkte Familie, Bildung und Umwelt konzentrieren. Der Kreis dürfe sich nicht aus der Schulbauförderung zurückziehen. Die neuen Gemeinschaftsschulen erforderten erhebliche Investitionen. Eine kreisweite Sozialstaffel für die Kinderärzten soll mehr Gerechtigkeit schaffen.

Gut 150 Gäste aus Politik, Verwaltung, Vereinen und Wirtschaft waren am 2. Februar 2008 der Einladung in den Rellinger Hof gefolgt. Rellingens SPD-Vorsitzender Fritz Beckmann nutzte die Gelegenheit zu einem Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger: Sie sollten sich zur Mitarbeit in der kommunalen Selbstverwaltung motivieren.



Keine Kommentare

[SPD-Oelixdorf](#) - veröffentlicht am 03.02.2008, 12:27 Uhr - 3520 Clicks - Nr. 110

Landtagspräsident auf Abwegen

Anlässlich der Feierlichkeiten zur 650-Jahrfeier der Gemeinde Oelixdorf bekannte Landtagspräsident Martin Kayenburg (CDU) im Rahmen seines Grußwortes, dass er sich bei seinen Fahrten nach Kiel auf Abwege begibt.



Durch die (teilweise) Sperrung von Wirtschaftswegen in der Oelixdorfer Feldmark nutze er jetzt den Weg durch das Wohngebiet „Wriethen“ und die Spurbahn „Haischweg“. Die Sperrung der Feldmark wurde seinerzeit beschlossen, um Oelixdorf von Durchgangsverkehr zu entlasten.

„Bereits bei der Beratung über die Sperrung hat die SPD auf die „Pfadfinderfähigkeiten“ der Autofahrer hingewiesen und vor einer Verlagerung des Verkehrs auf noch weniger geeignete Strecken hingewiesen“, kommentiert SPD-Fraktionssprecher Klaus Albrecht das „Bekenntnis“ des Landtagspräsidenten. Hiermit werde einmal mehr deutlich, dass diese halbherzige Verkehrsberuhigung ein Placeboeffekt sei.

Keine Kommentare

[Jusos Segeberg](#) - veröffentlicht am 03.02.2008, 17:35 Uhr - 7398 Clicks - Nr. 111

Besserung, Herr Ritzek!

Sören Platten, Stellv. Juso-Landesvorsitzender:

Die Jusos haben - wie wohl die gesamte Norddeutsche Öffentlichkeit – Anteil genommen am Unglück des Norderstedter Landtagsabgeordneten Manfred Ritzek und wünschen gute Besserung!

Nachdem die große kreisangehörige Stadt Norderstedt dank des leidenschaftlichen Engagements des Politikers Ritzek wohl über die höchste gefühlte Briefkasten-Dichte der westlichen Hemisphäre verfügt haben sich viele Bürgerinnen und Bürger Norderstedts schon lange gefragt, mit welcher Innovation „Uns-Manfred“ als nächstes aufwartet, zumal es politisch um den CDU-Abgeordneten meist eher still ist.

In den Medien hätten wir ihn lieber durch politische Inhalte wahrgenommen denn als Opfer feierabendlicher Strapazen. Gefehlt hätte nur noch, dass man in der CDU die ritzeckschen Abenteuergeschichten genutzt hätte, das Thema der vermeintlichen „Straßengewalt“ nun auch in Schleswig-Holstein öffentlichkeitswirksam auszuschlachten.

Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten zeigen sich solidarisch mit allen, die auch mal gerne feiern. Was Herr Ritzek in den Abendstunden tut, geht niemanden etwas an. Allerdings erwarten wir von unserem Landtagsabgeordneten mehr nach außen getragene inhaltliche Energie und weniger unpolitische Selbstdarstellung.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 04.02.2008, 08:26 Uhr - 1786 Clicks - Nr. 112

Vogelsang zur Seebadeanstalt: Düsternbrook gehört in "gute Hände"

Der sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt zu der Gründung einer weiteren Interessengemeinschaft für die Seebadeanstalt Düsternbrook:

"Die SPD-Ratsfraktion beglückwünscht die Winterbader zu ihrem Entschluss, sich zusammen zu schließen, um die Seebadesanstalt als Freizeitschwimmstätte zu bewahren.

Wir freuen uns und unterstützen alle Initiativen, die den Betrieb dieser einzigartigen Einrichtung an der Kieler Förde als Badeanstalt für die Zukunft sichern wollen.

Verärgert ist die SPD-Ratsfraktion über die Hängepartie zur Entscheidung

über den zukünftigen Betreiber. Bereits seit Juni 2007 sind die Rahmenbedingungen klar, die Verwaltung aber unentschlossen. Düsternbrook gehört in "gute Hände"."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 04.02.2008, 08:28 Uhr - 1208 Clicks - Nr. 113

Hahn zur Rücknahme der INTERREG IV A-Vorlage:

Wirtschaftsdezernentin sorgt für Chaos!

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Jürgen Hahn erklärt zur Rücknahme der INTERREG IV A-Vorlage durch Frau Volquartz (CDU):

"Am 5.12.07 legte Frau Volquartz (CDU) dem Hauptausschuss "außerhalb der Tagesordnung" die Kündigung der K.E.R.N. - Mitgliedschaft vor und unterschrieb am 20.12.07 den Austritt aus K.E.R.N.

Am 15.01.2008 bringt Wirtschaftsdezernentin Volquartz (CDU) aber die Beschlussvorlage für regionale Vereinbarungen zum INTERREG IV A-Programm ins Beratungsverfahren.

Danach soll K.E.R.N. e.V. mit den Regionen Syddanmark und Schleswig Verträge schließen, um die Millionen € europäischer Fördergelder zu bekommen. Warum Frau Volquartz die Vorlage mit K.E.R.N. e.V. als Vertragspartner von Syddanmark und Schleswig eingebracht hat, sagt sie nicht. Sie zieht diese wichtige Vorlage mit der Begründung zurück, dass sie K.E.R.N. "abwickelt".

Anstelle von K.E.R.N. gibt es allerdings keinen gleichwertigen Partner für die Region Syddanmark und die Region Schleswig.

Es geht um viel Geld für strukturell benachteiligte Regionen. Deshalb ist die SPD-Ratsfraktion in großer Sorge über das von der Oberbürgermeisterin angerichtete Chaos. Wir erwarten, dass Frau Volquartz (CDU) die sinnlose Brechstangenstrategie aufgibt und sie gemeinsam mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen von K.E.R.N. eine kompromiss- und tragfähige Lösung für INTERREG IV A erarbeitet."

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 04.02.2008, 10:59 Uhr - 7714 Clicks - Nr. 114

Wodarg wendet sich an Jugendliche: Nutzt Eure Chance! "Come in Contract"!

MdB Dr. Wolfgang Wodarg appelliert an die jungen Menschen im Wahlkreis Flensburg-Schleswig, sich jetzt politisch zu engagieren. Bis zum 15. Februar 2008 können Jugendliche ihre konkreten Projektvorschläge beim Deutschen Bundesjugendring einbringen und bis zu 5000 € Förderung erhalten. Bildung und Ausbildung, Jugendkriminalität oder Umweltschutz - das, was Jugendlichen richtig unter den Nägeln brennt, sollen sie mit Entscheidungsträger/innen diskutieren können.

Bei "Come in Contract" entwickeln Kinder und Jugendliche Ideen und Forderungen zu Themen die

ihnen wichtig sind. Ziel ist es, mit Vertreter/innen aus Politik, Wirtschaft und Verbänden direkt und gleichberechtigt zu diskutieren und sich mit ihnen auf verbindliche Ergebnisse in Form von "contracts" zu einigen.

Nach über 100 erfolgreichen Veranstaltungen ist klar: Die Bandbreite von Themen, Methoden und Orten für eine gute Diskussion sind so gut wie keine Grenzen gesetzt. Die Naturschutzjugend in Hessen zum Beispiel verabredet mit Landtagsfraktionen konkrete Energiesparmaßnahmen für den Landtag und motiviert Abgeordnete mit "Rent a Politiker" zu Gesprächen mit Jugendlichen aus ihren Wahlkreisen.

Auch bereits bestehende Projekte können durch den Gedanken der Vereinbarung eine neue und interessante Richtung bekommen und so Teil von "Come in Contract" werden. Der Stadtjugendring Göttingen beispielsweise organisiert mit "Talks, Rock & Politics" erst eine Podiumsdiskussion mit fünf Landtagskandidat/innen, die sich den Forderungen der Jugendlichen stellen - danach wird der vereinbarte Katalog mit einem Abschlusskonzert gebührend gefeiert.

Nächster Antragsschluss für Projektanträge ist der **15.02.2008** (Poststempel). Der vorerst letzte Termin ist dann der 15.07.2008.

Hinter dem Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung stehen drei Partner: das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Bundeszentrale für politische Bildung und der Deutsche Bundesjugendring.

Nähere Informationen gibt es auf der [Homepage des DBJR](#). Für Fragen und Anregungen steht das Projektbüro (Deutscher Bundesjugendring, Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030-400 404-41, hanna.piotter@dbjr.de) gern zur Verfügung.



Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 04.02.2008, 11:08 Uhr - 7288 Clicks - Nr. 115

Schülerbeförderung familienfreundlich gestalten – CDU hat die Übersicht verloren

Die Schülerbeförderungskosten stehen erneut auf der Tagesordnung des Kreistages am 6. Februar. Die Schülerbeförderungskosten stehen erneut auf der Tagesordnung des Kreistages am 6. Feb. Von der CDU beantragt, soll der Kreistag beschließen, die 30%ige Elternbeteiligung zurückzunehmen und die bis zum 31.7.07 geltenden Richtlinien wieder in Kraft zu setzen. Der Kreistag soll, darauf weist SPD Fraktionsvorsitzender Hannes Birke hin, erneut einen Beschluss fassen, den er bereits im Dezember 2007 gefasst hat. „Offensichtlich“ –so Birke- „hat die CDU ein völlig desolates Fraktionsmanagement. Die Rückkehr zu den bis zum 31.7.07 geltenden Richtlinien war schon im Dezember 2007 ideenlos und hatte mit einer familienfreundlichen Gestaltung der Schülerbeförderungskosten so gut wie nichts zu tun, kritisiert Nicolai Overbeck, schulpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion, die erneute und völlig überflüssige Antragstellung der CDU.

Die SPD-Fraktion hingegen will die bestehenden Richtlinien fortschreiben und sozial gerechter

gestalten. Handlungsbedarf besteht bei der Kostenbeteiligung der Eltern. Grundsätzlich soll es keine 30%ige verpflichtende Eigenbeteiligung von den Eltern mehr geben. Nur in den Fällen, wo eine HVV Netzkarte auch für private Zwecke genutzt wird, ist eine Elternbeteiligung abgestuft nach Zonen vorgesehen. Der SPD-Antrag sieht folgende Regelungen vor: Für Grundschüler wird keine Elternbeteiligung erhoben. Bei HVV-Netzkarten wird ein Beitrag von monatlich 3,00 € für die 1. Zone und bis zu 12,00 € für den Gesamtbereich des HVV erhoben. „Damit wären“ –so Overbeck– „die von CDU und FDP beschlossenen Kostensteigerungen von bis zu 45% vom Tisch“. Nach den Berechnungen der SPD läge der Eigenbeitrag maximal bei 30% und nur bei einer Schülerkarte für den Gesamtbereich des HVV.

An der gültigen Satzung will die SPD unter anderem festhalten, weil sie eine Entlastung bei Familien mit mehreren Kindern vorsieht. Bei der sogenannten Geschwisterregelung will die SPD eine familienfreundlichere Regelung erreichen. So soll für das 2. Kind nur die Hälfte der Beteiligung erhoben werden und ab dem 3. eine Beteiligung völlig entfallen. Setzt sich die CDU mit ihrem Antrag durch, die bis 31.7.07 geltenden Regelung wieder in Kraft zu setzen, würde die Geschwisterregelung entfallen.

Auch anderen Regelungen sollen nach dem Willen der SPD erhalten bleiben. Beispielfhaft verweist Overbeck auf Kinder mit geistigen Behinderungen die oftmals mit Taxen zur Schule gefahren werden. Sollten die Eltern in der Lage sein, ihre Kinder selbst in die Schule zu bringen, würden sie aus den eingesparten Taxenkosten finanziell entschädigt werden.

Keine Kommentare

[AfA Stormarn](#) - veröffentlicht am 04.02.2008, 11:53 Uhr - 4070 Clicks - Nr. 116

SPD Arbeitnehmerflügel wählte neuen Vorstand

Seit vier Jahren erfolgreiche Politik für die Interessen der Arbeitnehmer

„Ich freue mich auf die Arbeit in den nächsten zwei Jahre als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD. Wir werden uns weiterhin intensiv für die Interessen der Arbeitnehmer und für eine soziale Arbeitsmarktpolitik in der Öffentlichkeit zu Wort melden.“ so Nils Bolwig (33) nach der Wahl zum Vorsitzenden.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden ist Christoph Asmussen (46) gewählt worden. „Wir sind froh das Christoph sofort begeistert gewesen ist, als wir ihn nominierten. Er ist einer der motivierten und klugen Köpfen in der SPD Stormarn“, so Bolwig weiter. Für uns war sofort nach dem Rücktritt als Ortsvereinsvorsitzender in Bad Oldesloe klar, dass wir Christoph für die Vorstandsarbeit in der AfA ansprechen. Die SPD kann es sich nicht erlauben gute Leute einfach gehen zu lassen. Die differenzierte Zusammensetzung des AfA Vorstandes mit seinen Beisitzern, führt zu hoher Sachkompetenz und damit zu einer starken politischen Kraft.

Ein weiterer Wechsel im AfA Vorstand war nach dem SPD Kreisparteitag in Bargtheide abzusehen: Uwe Teut (52) der seit November 2007 zum Vorsitzenden des DGB Stormarn gewählt worden ist, möchte sich mit aller Kraft für das wichtige Ehrenamt einsetzen. Überparteilichkeit und damit kritische Distanz zu allen politischen Parteien ist für den DGB und Uwe Teut an dieser Stelle besonders wichtig. Nils Bolwig bedankt sich bei Uwe Teut für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit der letzten 4 Jahre. „Wir haben gemeinsam die AfA in Stormarn gegründet und somit den Arbeitnehmern eine Stimme in der SPD aber auch im Kreis und in der Öffentlichkeit gegeben“, resümiert der Vorsitzende der AfA. Die SPD braucht die AfA. Neben den Jusos sorgen wir für eine politische, inhaltliche Debatte in der SPD und somit tragen wir zur Belebung der Politik

bei, wie es auf den SPD Kreisparteitagen zu erleben war.

Die letzten zwei Jahre waren geprägt von inhaltlicher Arbeit, wie die Arbeitnehmerkonferenz zum Mindestlohn in Trittau, die Ablehnung der Diätenreform bei gleichzeitiger Kürzung beziehungsweise Streichung des Weihnachtsgeldes bei den Landesbeamten, dem Expertengespräch mit der IHK, DGB und Berufsgenossenschaft für den Erhalt des Landesamtes für Gesundheitsschutz in Schleswig-Holstein, gegen die Unternehmenssteuerreform, Aufarbeitung der Wahlniederlage der letzten Landtagswahl, gemeinsamer Aufruf mit dem SoVD, der Kirche und dem DGB gegen die Rente mit 67, für eine bürgernahe Verwaltung und somit gegen eine Ämterfusion Bargtheide Land mit Bad Oldesloe Land, für eine gesetzliche Ausbildungsplatzabgabe für mehr Ausbildung in Deutschland, wichtige Anträge für das neue Grundsatzprogramm sowie die gemeinsame Erarbeitung des Eckwertepapier mit dem DGB zur Kommunalwahl 2008.

Als Beisitzer in die AfA sind gewählt worden: Eva Maria van Dorsten (Asklepios Klinik Bad Oldesloe), Udo Ehmke (Montagetechnik Nord), Maren Schmidt (Frau & Beruf Lübeck), Klaus Dieter Schulz (Regionalbahn Nord), Walter Albrecht (Transnet)

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 04.02.2008, 15:34 Uhr - 3268 Clicks - Nr. 117

Wissenschaftliche Exzellenz, Arbeitsplätze und Wirtschaftlichkeit sichern

Bis zum Sommer soll ein Handlungskonzept zur Sanierung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein vorgelegt werden, führt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber, aus. Er nennt zehn wichtige Aufgaben: ein Konzept zur Realisierung des Investitionsbedarfs, die Verbesserung der Verwaltungsstrukturen, Prozessoptimierung in der Krankenversorgung, Erschließung neuer Märkte, bessere Abstimmung der wissenschaftlich-medizinischen Schwerpunkte an den beiden Standorten, verbesserte Ertragsentwicklung im ambulanten und stationären Bereich, bundeseinheitliche Basisfallwerte, die Aktivierung von spezialisiertem privatem Know-how, Erhalt des Umfangs und der Qualität der Ausbildung am UKSH. Die vollzogene Entscheidung der Konzentration des Verwaltungssitzes in Lübeck ist nur ein Baustein der Sanierung, betont Weber. Er fordert, unterhalb des Vorstandes am Standort Kiel eine Struktur zu schaffen, damit es auch in Kiel adäquate Ansprechpartner gibt. Im Hinblick auf die laufenden Tarifverhandlungen erwartet er, dass die Wünsche und Forderungen der Beschäftigten berücksichtigt werden. Er formuliert drei Ziele für das UKSH: Die Sicherung der wissenschaftlichen Exzellenz und des hohen Niveaus der medizinischen Versorgung, der Arbeitsplätze sowie der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens.

Die Rede im Wortlaut:

In diesem Jahr werden entscheidende Weichen für die Zukunft des UKSH gestellt. Daher ist es durchaus verständlich, wenn der Landesregierung mehr oder weniger monatlich Berichte im Plenum zur aktuellen Lage des UKSH abverlangt werden, umso mehr, wenn es Neuigkeiten auf dem Weg zur Sanierung des Unternehmens zu beraten gibt.

Wichtig scheint es mir, noch einmal an die Aufgabenstellung von Landesregierung, Vorstand und Sanierer zu erinnern. Bis zum Sommer dieses Jahres sollen Ergebnisse der umfangreichen „Baustellen“ bei der Sanierung des UKSH vorgelegt und zu einem Handlungskonzept zusammengeführt werden. Auch wenn die Entscheidung über den Verwaltungssitz jetzt vor die Klammer gezogen wurde, brauchen alle Beteiligten die Zeit, um zu tragfähigen Lösungen zu kommen.

Um das zu unterstreichen, möchte ich die zehn wichtigsten Aufgaben hervorheben:

1.) Ein Konzept zur Realisierung des Investitionsbedarfs

durch ein Sonderinvestitionsprogramm, zumindest aber durch eine intensive Bündelung laufender Investitionsmittel des Landes, um den erheblichen Investitionsstau vor allem am Standort Kiel abzubauen. Dazu gehört auch ein Konzept für die Beteiligung privater Investoren.

2.) Eine deutliche Verbesserung der Verwaltungsstrukturen

über die Konzentration auf einen Verwaltungssitz hinaus. Unterhalb der Ebene des Vorstandes muss es eine effektivere und gleichzeitig kostengünstige Verwaltungsstruktur geben. Gerade angesichts der jetzt erfolgten Konzentration auf einen Sitz ist es unerlässlich, die Organisation auch zentraler Aufgaben in Kiel zu klären und eine Form der Geschäftsführung an beiden Campi zu etablieren.

3. Umfängliche Prozessoptimierung im Bereich der Krankenversorgung

Das immense ökonomische Potenzial eines fachgerecht gesteuerten Ressorts „Krankenpflege, Patientenservice sowie Personalentwicklung“ für die Wertschöpfung des Klinikums darf nicht unterschätzt werden. Nicht nur Kostenstellen, sondern vor allem auch Erlösbestandteile des Betriebsergebnisses im UKSH wurden bisher in diesem Ressort verantwortet. Krankenpflege und Patientenservice steuern mit modernen Methoden des Patienten- und Prozessmanagements immerhin ca. 30 % des DRG-bedingten Erlösanteils.

In der Privatwirtschaft jedenfalls wäre es sicherlich ein Unding, diese Ergebnisverantwortung ohne entsprechende Kompetenz und Verantwortung regeln zu wollen. Deswegen halten wir eine personelle Verankerung im Vorstand für erforderlich.

4. Die Fortsetzung der Erschließung neuer Märkte im In- und Ausland

5.) Eine erheblich bessere Abstimmung der wissenschaftlich-medizinischen Schwerpunkte an den beiden Standorten Kiel und Lübeck

Hier fällt dem Medizinausschuss und seinem neuen wissenschaftlichen Direktor eine zentrale Aufgabe zu. Es wird darauf ankommen, dass Forschungsmittel und -aufgaben nach Maßstäben von Exzellenz, Qualität, Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Bühne und Interdisziplinarität vergeben werden. Die Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein forscht und lehrt auf hohem Niveau.

Wir haben das Exzellenzcluster „Entzündungen“ unter Beteiligung der Universitäten Kiel und Lübeck sowie des Forschungszentrums Borstel. Die medizinische Fakultät in Kiel ist außerdem am maritimen Exzellenzcluster beteiligt und wir haben die Graduiertenschule aus dem Exzellenzwettbewerb. Nicht zuletzt aufgrund der Medizin macht sich die Kieler Universität Hoffnungen, in der nächsten Runde an den Mitteln für die sog. Eliteuniversitäten beteiligt zu werden. Und in Lübeck haben wir zudem die hochschulübergreifende Medizintechnik mit herausragender Anbindung an die Wirtschaft.

Wir leisten uns als kleines und nicht gerade finanzstarkes Land zwei medizinische Fakultäten, die trotz nicht gerade üppiger Ausstattung gemeinsam in die erste Liga aufgestiegen sind. Diese wissenschaftlichen Erfolge weiterzuentwickeln, ist eine zentrale Zukunftsaufgabe für unser Land. Dazu benötigen wir Kooperation und noch mal Kooperation. Und es müssen Leistungskriterien gelten. Mit Animositäten und Lokalpatriotismus ist niemanden geholfen.

6.) Eine verbesserte Ertragsentwicklung im ambulanten Bereich

Hier gibt es zwar bereits eine deutliche Steigerung in den letzten Jahren, aber sicherlich sind die Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft.

7.) Eine weitere Entwicklung zu höheren Erträgen im stationären Bereich.

Hier ist schon in den letzten Jahren eine deutliche Steigerung des Case Mix-Index durch Konzentration auf Fälle der Maximalversorgung gelungen. An dieser Stelle will ich hervorheben, dass das Unternehmensziel des gesamten Klinikums im Hinblick auch auf die Krankenversorgung präzisiert werden muss.

8.) Die politischen Schritte für den Übergang auf einen bundeseinheitlichen Basisfallwert oder zumindest eine weitgehende Konvergenz der Werte.

9.) Die Aktivierung von spezialisiertem privatem Know-how, dort wo es sinnvoll sein kann (z. B. bei Patientenhotels, bei IT-Strukturen und ähnlichem).

10.) Die Sicherung des Umfangs und der Qualität der Ausbildung am UKSH.

Einen weiteren Punkt will ich hier ansprechen. Er betrifft die Budgetverantwortung der Leistungszentren und die Leitung der Leistungszentren. Hierzu gibt es wichtige Anmerkungen des Landesrechnungshofs. Nach ihnen muss deutlich werden, dass Klinik- und Institutsleitung sowie Zentrumsleitung für die Einhaltung der Budgets verantwortlich sind. Das bedeutet, dass der Zentrumsvorstand über Anreiz und Sanktionsmechanismen auch verfügen muss.

Diese Liste kann man sicherlich erweitern, sie macht aber deutlich, dass die jetzt vollzogene Entscheidung der Konzentration des Verwaltungssitzes nur ein Baustein der Sanierung sein kann, wenn auch ein psychologisch wichtiger und gleichzeitig schwieriger.

Das Kabinett hat empfohlen, den Verwaltungssitz des UKSH in Lübeck anzusiedeln; die endgültige Entscheidung darüber trifft der Aufsichtsrat.

Über den Sitz der Geschäftsstelle des Medizin-Ausschusses wird dieser selbst entscheiden, sobald er komplett besetzt ist.

Für uns ist unabdingbar, dass unterhalb des Vorstandes des UKSH am Standort Kiel eine Struktur geschaffen wird, damit es auch auf dem Campus Kiel adäquate Ansprechpartner z. B. für die Krankenversicherungen, aber auch für interdisziplinär tätige Wissenschaftler und Mediziner gibt.

Entscheidungen müssen sachlich begründet sein, im Interesse der Beschäftigten, des Unternehmens, der Patienten und nicht zuletzt der Wissenschaft. Taktische Erwägungen haben immer einen kurzen Atem.

„Jubel war gestern – heute ist Warnstreik“ untertiteln die Lübecker Nachrichten heute einen aktuellen Bericht zu den Tarifaueinandersetzungen. So schnell kann es gehen. Wie ich bereits im

Dezember gesagt habe: Wir kommentieren Tarifverhandlungen nicht vom Landtag aus. Das ist nicht unsere Aufgabe. Ich will für die SPD aber schon die Erwartung formulieren, dass die Forderungen und Wünsche der Beschäftigten im Hinblick auf die Sicherung der Arbeitsplätze in einem öffentlichen Unternehmen berücksichtigt werden.

Und ich will daran erinnern, dass die Beschäftigten in den vergangenen Jahren durch den Beschäftigungspakt bereits einen erheblichen Beitrag für die Sanierung des UKSH geleistet haben. Erstaunt waren wir, aus der Presse zu erfahren, dass angeblich ein Stellenabbau von 700 bis 1000 Arbeitsplätzen geplant sei.

Irritiert sind wir zu hören, dass, nachdem schon die Ausschreibung des kaufmännischen Direktor mangelhaft war, jetzt die Stelle des wissenschaftlichen Direktors des Medizin-Ausschusses fehlerhaft ausgeschrieben und zudem die Findungskommission am Ausschreibungstext überhaupt nicht beteiligt war.

Und am Tage des Kabinettschlusses zum Partikeltherapiezentrum erfährt man, dass die Verwaltung der Landeshauptstadt immer noch nicht ihre Hausaufgaben erledigt hat und das Grundstück für das PTZ immer noch nicht übertragen ist.

Ich denke, wir dürfen erwarten, dass diese Pannenserie abgestellt wird. Diese Dinge sind alles andere als vertrauensbildend.

Die zentralen Aufgaben bleiben:

- die Sicherung der wissenschaftlichen Exzellenz und des hohen Niveaus der medizinischen Versorgung,
- die dauerhafte Sicherung der Arbeitsplätze sowie
- der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens.

Keine Kommentare

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 04.02.2008, 20:35 Uhr - 4889 Clicks - Nr. 118

Längeres gemeinsames Lernen: Gemeinschaftsschulen genehmigt

Astrid Höfs (SPD): „Positive Entwicklung für bessere Bildungschancen im Kreis Segeberg“

Die Gemeinschaftsschulen in Bad Segeberg, Wahlstedt, Bornhöved, Leezen und Boostedt haben vom Bildungsministerium in Kiel die Genehmigung erhalten und können nach den Sommerferien starten. Das teilt SPD-Landtagsabgeordnete Astrid Höfs mit. „Ich freue mich sehr, dass damit der Wunsch der Eltern, Lehrer und der Schulträger erfüllt und ihr Engagement honoriert wird“, erklärt Astrid Höfs.

49 Gemeinschaftsschulen sind für den Start im neuen Schuljahr genehmigt worden. „Das Prinzip des längeren gemeinsamen Lernens, das auch die PISA-Sieger befolgen, überzeugt immer mehr Menschen“, erklärt Astrid Höfs.

Nach den Sommerferien wird es in Schleswig-Holstein 56 Gemeinschaftsschulen geben. Damit setzt sich ein deutschlandweit einmaliges Modell einer pädagogisch modernen und gerechteren

Schule in unserem Bundesland durch. „Die Gemeinschaftsschulen mit der wir uns am erfolgreichen Vorbild Skandinavien orientieren, ist auf Initiative der SPD im schleswig-holsteinischen Schulgesetz verankert worden“, erläutert die Abgeordnete. „Mit dieser Schule, in der die Kinder gemeinsam lernen und nicht zu früh sortiert und auf einen Schulabschluss festgelegt werden, wollen wir auch erreichen, dass künftig weniger die soziale Herkunft der Schülerinnen und Schüler, als vielmehr deren Begabung über ihren Bildungsgang und damit über ihre Lebenschancen entscheidet.“ Alle Schülerinnen und Schüler haben die Chance, einen möglichst hohen Abschluss zu erreichen. Der Schlüssel dazu ist neben dem längeren gemeinsamen Lernen die individuelle Förderung nach den Lernvoraussetzungen des einzelnen Kindes.

Für die jetzt genehmigten Gemeinschaftsschulen im Kreis Segeberg haben Schule und Schulträger schlüssige pädagogische Konzepte entwickelt; dies war Voraussetzung für die Genehmigungen. „Ich danke allen Beteiligten für ihr Engagement, ohne das diese Gemeinschaftsschulen nicht ermöglicht worden wären“, so Astrid Höfs. „Ich bin überzeugt, dass die neuen Schulen ein großer Erfolg werden, denn die Gemeinschaftsschulen stehen für zukunftsfähige pädagogische Arbeit und Bildungsgerechtigkeit.“

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 05.02.2008, 08:53 Uhr - 4597 Clicks - Nr. 119

Innenminister Hay: Unseren Platz im Spitzensport sichern -

Strategiekonferenz des Landessportverbandes – Innenminister Lothar Hay: Unseren Platz im Spitzensport sichern - Für den Breitensport attraktiv bleiben

Erscheinungsdatum:02.02.2008

Innenminister Lothar Hay will den Vereinsport als wichtigen Standortfaktor und Qualitätsmerkmal für Schleswig-Holstein erhalten und nach Möglichkeit weiter stärken. „Das Sportland Schleswig-Holstein muss seinen Platz im Spitzensport sichern und für den Breitensport attraktiv bleiben“, sagte Hay am Samstag (2. Februar) auf einer Strategiekonferenz des Landessportverbandes in Malente (Kreis Ostholstein). Schleswig-Holstein habe viele leistungsstarke Sportvereine, die auf künftige Herausforderungen gut vorbereitet seien. Nach Angaben des Ministers sind im nördlichsten Bundesland rund 865.000 Menschen in 2.700 Sportvereinen organisiert. „Das ist eine solide und ausbaufähige Grundlage für den Breitensport“, sagte Hay. Er rief die Vereine dazu auf, ihr sportliches Angebot an veränderte Bedürfnisse in der Gesellschaft ständig anzupassen.

Sportförderung ist nach Ansicht von Hay auch immer aktive Gesellschaftspolitik. So habe der Sport in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Gewalt, Diskriminierung, Ausländerfeindlichkeit und Drogen geleistet. In kaum einem gesellschaftlichen Bereich gelinge die Integration von Migranten so umfassend und reibungslos wie im Sport. „Sport führt Menschen verschiedener sozialer Herkunft zusammen und stabilisiert dadurch unsere pluralistische Demokratie“, sagte der Minister. Er appellierte an die Kommunen, die Sportvereine trotz teilweise schwieriger Haushaltslage nach Kräften zu unterstützen. Es sei erforderlich, eine langfristige Sportstättenentwicklungsplanung aufzustellen. Auf der Grundlage von harten Daten müsse dabei die Frage geklärt werden, welchen Bedarf an Sportstätten für welche Altersgruppen es in Zukunft geben solle.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 05.02.2008, 14:09 Uhr - 1518 Clicks - Nr. 120

Mangelhafte Professionalität

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zu der Unruhe beim Grundstücksverkauf für das Partikeltherapiezentrum (PTZ):

"Wieder einmal müssen wir feststellen, dass Frau Volquartz (CDU) nicht in der Lage ist, Angelegenheiten ordnungsgemäß und zeitgerecht zu bearbeiten.

Nachdem wir einen nicht geordneten Ablauf zur Kündigung der Mitgliedschaft in K.E.R.N. erlebt haben, stehen wir vor dem nächsten großen Problem.

Selbst bei einer so bedeutenden Angelegenheit, wie dem PTZ arbeitet sie nicht zielgerichtet. Dabei hatte sie 18 Monate Zeit.

Für die SPD-Fraktion ist einiges nicht nachvollziehbar und wir verlangen Aufklärung:

Warum ist der Grundstückskaufvertrag noch nicht unter Dach und Fach?

Wann wurde mit dem Land verhandelt?

Wer hat verhandelt?

Bei der 1. Beschlussfassung zum PTZ bedurfte es einer Sondersitzung des Rates. Für den Kaufvertrag des Grundstücks im Pastor-Husfeldt-Park müssen wir jetzt wieder einer Sondersitzung zustimmen. Aus Sorge um die Investition haben wir einer Sondersitzung am 11.02.08 zugestimmt. Die Arbeit der Oberbürgermeisterin ist nicht mehr akzeptabel!"

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 05.02.2008, 14:11 Uhr - 1680 Clicks - Nr. 121

Wichtige Entscheidungen müssen zum richtigen Zeitpunkt getroffen werden

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer und der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Jürgen Hahn erklären zur heutigen Vorstellung der Gutachten zum GKK:

"Wichtige Entscheidungen müssen sachgerecht zum richtigen Zeitpunkt getroffen werden. Die SPD-Ratsfraktion bewertet den Vorschlag der Gutachter positiv, erst in drei bis fünf Jahren über das neue Kraftwerkskonzept zu entscheiden.

Die Empfehlung der Gutachter trägt den zur Zeit nicht absehbaren langfristigen Rahmenbedingungen auf dem Energiesektor und der Energieforschung Rechnung.

Wir begrüßen ausdrücklich die perspektivische Orientierung der Stadtwerke Kiel AG, die diese mit einem innovativen Energiekonzept, die Ergebnisse des GKK-Gutachtens aufnehmend, herleitet. Dieses bedeutet für die Landeshauptstadt Kiel eine energiepolitische Weiterentwicklung. Mit einem Konzept der Ausweitung dezentraler Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen und der Berücksichtigung von Biomasse und dezentraler GuD Anlagen rüsten sich die Stadtwerke Kiel AG für den Wettbewerb. Mit dem angestrebten breiten Energiemix werden sie für die kommenden Anforderungen zu bezahlbaren Preisen gerüstet sein."

Keine Kommentare

"Gerechter Lohn für gute Arbeit: Mindestlöhne jetzt!"

Zur Aktionswoche der schleswig-holsteinischen SPD erklärten der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner und der Lübecker Landtagsabgeordnete Wolfgang Baasch in einer Pressekonferenz:

Wirtschaft auf Wachstumskurs:

Wachstum und Konjunktur entwickeln sich in Deutschland gut. Mehr als eine Million Menschen haben in den vergangenen Monaten einen neuen Arbeitsplatz gefunden. Die Zahl der Erwerbstätigen liegt erstmals über 40 Millionen und auch die sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen haben mit über 27 Millionen einen Höchststand. Wir Sozialdemokraten nehmen für uns in Anspruch, mit den Strukturreformen der Regierung Schröder wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen zu haben. Die Arbeitslosigkeit hat den niedrigsten Stand seit 15 Jahren erreicht. Dies führt darüber hinaus auch zur Stabilisierung unserer Sozialsysteme und einer Entlastung der verschuldeten öffentlichen Haushalte. Allerdings muss auch festgestellt werden, dass es viele prekäre Beschäftigungsverhältnisse gibt und auch die Lohn- und Gehaltsentwicklung der letzten Jahre für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht befriedigend ist.

Vollbeschäftigung und Herausforderungen der Globalisierung:

Wir wissen, dass die Globalisierung in rasantem Tempo neue Technologien hervorbringt und immer größere Kapitalmengen bewegt, aber dies nicht zwangsläufig zu mehr Wohlstand für die Menschen führt. Im Gegenteil: Die rasante Dynamik der globalen Wirtschaft verstärkt auch soziale Ungleichheit mit wachsenden Risiken und Gefahren für viele Menschen. Dies gilt für die Industrieländer, auch für vorwärts stürmende Länder wie China oder Indien und erst recht für die meisten Länder der Dritten Welt. In Deutschland geht der Aufschwung an vielen Menschen vorbei.

Im neuen Grundsatzprogramm der SPD haben wir deshalb an dem Ziel der Vollbeschäftigung festgehalten und wir wollen in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik den neuen Gefahren einer ungezügelter Globalisierung mit einem immer aggressiver agierenden internationalen Finanzkapital wirksam entgegenzutreten. So wie es in den 70er Jahren einer Entspannungspolitik gegen das Wettrüsten bedurfte, muss heute die Staatengemeinschaft den Auswüchsen des globalen Finanzkapitals entgegenzutreten.

Zu dem Gesamtkomplex, den wir „Gute Arbeit“ nennen gehört: der Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit durch eine effektivere Arbeitsvermittlung, die Verbesserung der Ausbildungssituation, Sicherheit für flexible und prekäre Arbeitsformen wie Leih- oder Zeitarbeit, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Initiative 50 plus zur Steigerung der Erwerbstätigkeit über 50jähriger, unser Vorschlag eines „Deutschlandfonds“ für eine krisenfeste Mitarbeiterbeteiligung am Unternehmenserfolg, besserer Arbeitsschutz gegen Frühverrentung sowie die Sicherung und Stärkung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften.

Die negativen Begleiterscheinungen und Auswüchse der Globalisierung zwingen dazu, Arbeit und Einkommen eindeutig in das Zentrum sozialdemokratischer Politik zu stellen.

Faire Löhne auch im Niedriglohnbereich:

Im Mittelpunkt der Bemühungen um „Gute Arbeit“ steht aktuell der Kampf um die Einführung von Mindestlöhnen. Rund 20 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland arbeiten im Niedriglohnbereich. Die Lohnspreizung hat zudem in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Immer mehr Menschen werden für ihre Arbeit nicht angemessen und fair bezahlt und erzielen kein Einkommen, das ihren Lebensunterhalt sichert. Über 700.000

sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind gegenwärtig in Deutschland auf ergänzende staatliche Unterstützung durch das Arbeitslosengeld II angewiesen.

Mit anderen Worten: Dumpinglöhne führen in großem Stil dazu, dass die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrer Vollzeitarbeit nicht mehr leben können und der Staat einen Teil der Löhne bezahlt. 1,5 Milliarden Euro werden gegenwärtig aus dem Bundeshaushalt im Bereich der Grundsicherung (SGB II) an berufstätige Menschen bezahlt. Trend stark steigend.

Stundenlöhne von drei oder vier Euro sind aber kein Standortvorteil, sondern schlicht eine Schande für eine starke und moderne Volkswirtschaft. Wir sprechen von Dumping- und Hungerlöhnen und dies ist ohne Zweifel berechtigt. Denn dabei kommen bei Vollzeitbeschäftigung Monatsgehälter zwischen 500 und 700 Euro brutto heraus. Im übrigen sind die Hungerlöhne von heute die ebenfalls staatlich zu subventionierenden Hungerrenten von morgen – bei Nichthandeln ist wachsende Altersarmut vorprogrammiert.

Wir wollen dieser Ausbeutung durch die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns –der bei mindestens 7,50 Euro liegen müsste - eine Grenze setzen. Der Mindestlohn ist eine schlichte Notwendigkeit, um die Menschenwürde der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sichern. Er ist ein zwingendes Gebot sozialer Gerechtigkeit. Deshalb brauchen wir Mindestlöhne, die tarifvertraglich von Arbeitgebern und Gewerkschaften ausgehandelt werden. Überall dort, wo dies nicht geschieht, bedarf es eines gesetzlichen Mindestlohns.

Die Einführung des Mindestlohns ergibt sich aus dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft. Es obliegt der Verantwortung der Unternehmen für gute Arbeit auch gute und faire Löhne zu zahlen. Die Co-Finanzierung von Dumpinglöhnen durch den Staat aus den Steuern der Bürgerinnen und Bürger ist nicht soziale Marktwirtschaft, sondern die Perversion davon, nämlich unsoziale Wettbewerbsverzerrung plus staatliche Misswirtschaft! Daran ändern noch so viele Einlassungen von Wirtschaftsweisen oder Professoren der Volkswirtschaft nichts.

20 von 27 Mitgliedstaaten der EU haben einen gesetzlichen Mindestlohn; fünf weitere Länder haben vergleichbare Mindestlohnregelungen. Nur in Deutschland und Zypern gibt es keine gesetzlichen Lohnuntergrenzen.

Die Union und die Kanzlerin lehnen einen gesetzlichen Mindestlohn gleichwohl ab – völlig unverständlich übrigens für eine Partei, die behauptet in der Mitte sein zu wollen. Denn die Mitte der Gesellschaft zahlt über ihre Steuern das Dumpingverhalten dieser Unternehmen mit.

Völlig aberwitzig wäre es, diese allen Grundsätzen der Marktwirtschaft widersprechende Situation durch ein sog. gesetzliches Mindesteinkommen oder durch staatliche Kombi-Lohn-Modelle auf Dauer festzuschreiben, wie es Konservative und Marktliberale fordern. Deshalb muss jetzt gehandelt werden!

In einem ersten Schritt haben wir uns gegen den massiven Widerstand der Union beim Post-Mindestlohn durchgesetzt. Seit dem 1. Januar gilt der tarifliche Mindestlohn für alle Beschäftigte im Bereich der Briefdienstleistungen. Damit haben wir den in der EU vereinbarten Wegfall des Postmonopols sozial flankiert. Der Wettbewerb muss jetzt über bessere Dienstleistungen und innovative Unternehmensideen und kann nicht mehr auf dem Rücken der Postbotinnen und Postboten über Dumpinglöhne ausgetragen werden.

In der Bundesregierung wurde vereinbart, weitere Branchen in das Entsendegesetz aufzunehmen.

Branchen mit einer Tarifbindung von mindestens 50 Prozent erhalten die Möglichkeit, in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen zu werden. Dazu ist ein gemeinsamer Antrag von Arbeitgeber und Gewerkschaft eines Mindestlohn-Tarifvertrages in einer Branche notwendig. Außerdem hat sich die Bundesregierung darauf geeinigt, dass in Branchen mit einer Tarifbindung unter 50% künftig das modernisierte Mindestarbeitsbedingungen-Gesetz gilt. Es wird ein Hauptausschuss aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingerichtet, der sich Branchen mit niedrigen Löhnen ansieht und ermittelt, wo Mindestlöhne notwendig sind. Für diese Branchen zu bildende Fachausschüsse legen dann die Höhe des Mindestlohnes fest.

Der Bundesarbeitsminister wird nun beide Gesetze zügig auf den Weg bringen.

Die Festlegung der Lohnhöhen liegt auch in der Zukunft in der Hand der Tarifpartner. Die Tarifautonomie wird gestärkt, die Tariffucht und Lohndumping werden erheblich erschwert.

Gerade Schleswig-Holstein braucht Mindestlöhne!

Der Kampf gegen Tariffucht und Lohndumping ist gerade für Schleswig-Holstein von großer Bedeutung. Schleswig-Holstein ist kein Land großer Industrien, sondern geprägt durch Mittelstand und Dienstleistungen. Wir haben einen verhältnismäßig großen Anteil von Zeitarbeit (z.B. im Tourismus) und Call-Centern. Deshalb haben gerade wir ein großes Interesse an der Regelung des Mindestlohn-Problems. Deshalb drängt die schleswig-holsteinische SPD auf schnelle Lösungen. Bei vielen Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, die vor Ort angeboten werden, stellt sich die Frage des Standortwettbewerbs auch nicht. Wir würden wohl kaum aus preislichen Gründen in Polen zum Friseur gehen. Ein Einkaufsmarkt, bei dem der Bürger drei Euro an der Kasse spart, aber nur noch der Marktleiter von seinem Gehalt leben kann, während alle anderen Beschäftigten Sozialtransfers benötigen, ist kein Ansiedlungserfolg, sondern ein Standortproblem.

Die Zukunft Schleswig-Holstein hängt aber auch ab von den öffentlichen Investitionen des Landes und der Kommunen. Und dort wo die Politik selbst wirtschaftlich tätig ist, muss sie Vorbild- und Vorreiter sein. Deshalb haben wir uns seit Jahren für das Tariftreuegesetz engagiert, ein Gesetz zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen. Es wurde 2003 von SPD, Bündnis90/Die Grünen und SSW im Landtag gegen die Stimmen der CDU beschlossen. Es gilt für den Baubereich, im Schienenpersonennahverkehr und in der Abfallentsorgungswirtschaft.

Öffentliche Aufträge dürfen in diesen Branchen seitdem nur an Unternehmen vergeben werden, die den in Tarifverträgen vereinbarten Lohn zahlen. Im Juli 2007 wurde –nachdem noch im Schlie-Bericht der Vorschlag gemacht wurde, das Tariftreuegesetz komplett abzuschaffen- diesmal auch mit Zustimmung der Union, das Tariftreuegesetz auf den ÖPNV ausgeweitet. Lohndumping kann gerade auch beim Busverkehr nicht hingenommen werden, denn seine Folgen sind unweigerlich die Einstellung unqualifizierten Personals und eine hohe Personalfluktuaton zulasten der Sicherheit der Fahrgäste.

Die Laufzeit des Tariftreuegesetzes wurde bis zum 31.12.2010 verlängert. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft, im Entsorgungsbereich, im Schienenpersonennahverkehr und jetzt im Busverkehr haben damit Einkommenssicherheit bis 2010 und Schutz vor Lohndumping.

Damit ist ein Thema für den Landtagswahlkampf 2010 gesetzt. Käme es nämlich zu einer Mehrheit aus Union und FDP würde die Tariftreue sicherlich sofort wieder abgeschafft zu Lasten der arbeitenden Menschen in Schleswig-Holstein.

Wir wollen darüber hinaus darauf drängen, dass bei allen öffentlichen Investitionen und Dienstleistungsaufträgen auf Tariftreue und Mindestlohn geachtet wird. Das gibt es zweifellos –z.B.

bei der Beauftragung von Briefzustelldiensten noch wie vor Handlungsbedarf. Auch dafür wollen wir mit unserer Aktionswoche größere Sensibilität schaffen.

Anstand und Respekt:

Wenn Dumping- und Hungerlöhne, also alte Formen der Ausbeutung, in der modernen Ökonomie des 21. Jahrhunderts bei uns wiederkehren, diskreditiert dies die Idee des Zusammenwachsens Europas und der Welt auf dramatische Weise. Dumping- und Hungerlöhne sind Gift für jegliche Bemühungen um die Integration von sozial Schwachen und Menschen mit Migrationshintergrund.

Dumping- und Hungerlöhne sind aber auch ein Angriff auf Menschenwürde und Menschenrechte. Sie offenbaren eine tief greifende Missachtung der betroffenen Menschen und ihrer Arbeitsleistung. Sie verstärken darüber hinaus eine Tendenz in der Leistungsgesellschaft, derzufolge oft nur solche Menschen respektiert werden, die ebenso stark und leistungsfähig sind wie wir selbst. Darin steckt die Gefahr, dass nur Respekt verdient, wer nicht schwach und nicht bedürftig ist.

Selbstachtung hängt bei den meisten Menschen nicht nur vom wirtschaftlichen Erfolg und finanzieller Unabhängigkeit ab, sondern auch von der Anerkennung der eigenen Tätigkeit und Leistung. Anerkennung und Respekt vor anderen und ihrer Leistung ist ein knappes Gut, Dumpinglöhne zerstören den Respekt vor anderen Menschen und ihrer Leistung.

Menschen werden nicht schon deshalb mit Respekt behandelt, weil daran appelliert wird. Gegenseitige Anerkennung muss ausgehandelt werden. Und in diesem Fall brauchen wir ausgehandelte Tarifverträge und Gesetze, die Mindestlöhne festschreiben und damit auch die Würde, die Anerkennung und den Respekt vor der Leistung der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder herstellt.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 06.02.2008, 12:21 Uhr - 9003 Clicks - Nr. 123

Kandidaten op platt!

Kandidatenvorstellung bi den SPD-Ortsvereeren Schuby mol anners! De SPD-Otsvereeren Schuby har annen tweeten Februar sien jährlichen Theaterabend. Bi de Gelegenheit wörn ok de Kandidotinnen und Kandidoten vun de SPD för de Kommunolwohl in Mai vörstellt.

Opstelln laaten hebn sik: **Jens Hansen, Peter Greggersen, Martina Henningsen, Helga Svejnoha, Peter Nissen, Tanja Christensen, Gisela Wolff, Petra Schulze und Dietmar Dollase.** De **Niederdeutsche Bühne Schleswig** sorgte mit een vergnöglichen Tweeakter för een unnerholdsamen Abend. Und een spannendet Quiz geev dat ok, wobi dat schöne Priese to gewinnen geev.

De Abgeordnete in Dütschen Bundestag, **Dr. Wolfgang Wodarg**, har dafür twee Touren naa Berlin mit een Besöök in Bundestag spendeert. Toon Afschluss wer noch bannig Tiet för een beten Snack und Sluderee över Politik und de Nüigkeiten ut Dörp.

Mit den Besöök vun över 120 Lüüd weer der Ortsvereeren good tofreenen.



Keine Kommentare

Steinburg hilft Hamburg

Am 23. Februar - also einen Tag vor der Bürgerschaftswahl in Hamburg - fahren die Steinburger Sozialdemokraten zur Unterstützung des SPD-Spitzenkandidaten Michael Naumann und der SPD nach Hamburg. Diese vom Ortsverein Itzehoe angeregte Aktion geht auf eine lange Freundschaft zwischen der SPD in Altona und Itzehoe zurück.

Der Aufruf im Wortlaut:

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde



Unsere Unterstützertour wird am 23. Februar stattfinden - also einen Tag vor der HH-Wahl.

Wir werden mit folgendem Zug nach Hamburg-Altona fahren:

Die Abfahrt ist

09.23 Itzehoe

09.28 Kremperheide

09.33 Krempe

09.39 Glückstadt

Ankunft in Hamburg-Altona ist 10:20 Uhr. Durch eine Gruppenbildung wollen wir möglichst viel Fahrkosten sparen, so dass für jeden Teilnehmer nur 5,00 EUR zu zahlen sein dürfte. Die Rückfahrt kann dann durch die Gruppen individuell gesteuert werden.

Am Bahnhof werden wir dann von den Genossinnen und Genossen aus Hamburg abgeholt und für folgende Wahlkampftour eingesetzt:

Wir begleiten Michael Naumann mit möglichst vielen WahlkämpferInnen incl. einer Blaskapelle. Wir verteilen Broschüren und/oder Give-aways.

Die Route ist wie folgt:

11.00 – 12.00 Uhr Elbe-Einkaufszentrum

12.15 – 13.00 Uhr Flottbeker Markt

13.00 – 14.30 Uhr Mercado am Altonaer Bahnhof

Danach gemütlicher gemeinsamer Ausklang in einer der vielen netten Ottenser Kneipen mit den Hamburger Genossinnen und Genossen. Ich bin sicher, der Tag wird ein tolles Erlebnis für uns alle, den Hamburger Spitzenkandidaten direkt im Wahlkampf begleiten zu dürfen!

Ich darf Euch also bitten, ab sofort für diese konkrete Unterstützertour zu werben! Meldungen nehme ich ab sofort an, für die Planung der Hamburger Genossinnen und Genossen benötige ich verbindliche Aussagen **bis zum 13.02.2008**.

Lieben Gruß,

Sönke Doll

soenke.doll@klosterforst.de

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 07.02.2008, 08:26 Uhr - 1503 Clicks - Nr. 125

Angekündigt ist nicht vorgelegt

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zu der Ankündigung der Landesförderung für das Science Center und den Jubelrufen der Mehrheitsfraktionen:
"Wirtschaftsminister Austermann (CDU) wiederholt in seinem Brief an die Stadt lediglich das schon des öfteren geäußerte grundsätzliche Wohlwollen gegenüber dem Projekt Science Center. Dass CDU und Grüne darüber schon in Jubelrufe geraten, heißt nur, dass sie den Brief nicht richtig gelesen haben.

Verbindlich ist die Förderung doch erst mit dem Bewilligungsbescheid. Sollte der Förderbescheid schriftlich vorliegen, erwartet die SPD-Ratsfraktion eine Kopie.

Warum Austermann eine bereits öffentlich gemachte Aussage noch einmal schriftlich ankündigt, ist ja wohl klar: Nachdem der Minister ohne sachliche Begründung den Verwaltungssitz des UK S-H nach Lübeck verlagert hat, will er nun betonen, was Kiel alles Tolles bekommt.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 07.02.2008, 09:58 Uhr - 7764 Clicks - Nr. 126

Günter Neugebauer: Vier neue Gemeinschaftsschulen und 3 neue Regionalschulen in

Der Rendsburger SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer hat die Entscheidung von Bildungsministerin Erdsiek-Rave begrüßt, in der Region Rendsburg mit Beginn des Schuljahrs 2008/ 2009 erstmalig vier Gemeinschaftsschulen und 3 Regionalschulen zu genehmigen. Danach können die Schulen Altstadt und Rotenhof in Rendsburg und die Berthold-Brecht-Schule in Büdelsdorf sowie das Schulzentrum in Fockbek ab Sommer ihre Arbeit in der Form des gemeinsamen Lernens in der Gemeinschaftsschule aufnehmen. Regionalschulen sollen in der Christian-Timm-Schule in Rendsburg sowie in Schacht-Audorf und Jevenstedt entstehen.

„Jahrelang habe ich mich gegen starken Widerstand für diese neuen Schulformen eingesetzt. Ich freue mich im Interesse verbesserter Bildungschancen für die Schulkinder und ihre Eltern. Bekanntlich ist die Gemeinschaftsschule auf Initiative der SPD im Landtag im Schulgesetz verankert worden“

Neugebauer: Mit dieser Schule, in der die Kinder gemeinsam lernen und nicht zu früh sortiert und auf einen Schulabschluss festgelegt werden, soll erreicht werden, dass künftig weniger die soziale Herkunft der Kinder, sondern deren Begabung über ihren Bildungsgang entscheidet. Das ist unsere Antwort auf die Pisa-Studien.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 07.02.2008, 14:59 Uhr - 51407 Clicks - Nr. 127

Ein jeder kehre vor seiner Tür!

Zu der Presseäußerung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Johann Wadephul erklärt ein Sprecher des SPD-Landesverbandes:

"Bei der anstehenden Kommunalwahl in Schleswig-Holstein geht es um die Mehrheit in den Kommunalparlamenten: Hier ist die SPD die linke Volkspartei und die sogenannte Linke wird keine Chance haben.

Ziel der SPD ist es, die Linkspartei in Parlamenten zu verhindern.

Während der Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD Schleswig-Holstein sich über politische Entwicklungen in den nächsten Jahren Gedanken macht, hat die CDU schon konkret gehandelt – zur Erinnerung: Der amtierende Hamburger Bürgermeister Ole von Beust ist mit Hilfe des Rechtspopulisten Ronald Schill ins Amt gekommen.

Ein jeder kehre vor seiner eigenen Tür!

Für Hamburg gilt: Jede Stimme für die Linkspartei ist eine Stimme für Herrn von Beust."

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 07.02.2008, 16:45 Uhr - 11330 Clicks - Nr. 128

Minister Döring wirbt für faire Löhne

Schleswig-Holsteins Arbeitsminister diskutiert auf einer öffentlichen Veranstaltung in Norderstedt am 12. Februar 2008.

Faire Löhne auch im Niedriglohnbereich. Das fordern Schleswig-Holsteins Sozialdemokraten. Der SPD-Kreisverband hat den schleswig-holsteinischen Arbeitsminister Uwe Döring zu einer Diskussionsveranstaltung nach Norderstedt eingeladen. Am 12. Februar um 19.30 Uhr wird der Minister im SPD-Podium, Ulzburger Straße 308, seine Vorstellungen erläutern. „Arbeit muss sich lohnen - Faire Löhne für alle“, lautet der Titel seines Referates.



Mit dem Kabinettsmitglied diskutieren Hans-Jürgen Rummel von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die Landratskandidatin Jutta Hartwig und der Segeberger DGB-Kreisvorsitzende Rudolf-G. Beeth. Norderstedts SPD-Vorsitzender Heiner Köncke wird moderieren.

„Wir Sozialdemokraten wollen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Darin sind wir uns mit den Gewerkschaften einig“, erklärt SPD-Kreisvorsitzender Andreas Beran. Immer mehr Menschen werden für ihre Arbeit nicht angemessen und fair bezahlt. Sie können von ihrem Arbeitseinkommen ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten. Über 700.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind gegenwärtig in Deutschland auf ergänzende staatliche Unterstützung durch das Arbeitslosengeld II angewiesen.

Die Veranstaltung steht im Rahmen der landesweiten Aktionswoche der SPD zum Thema Mindestlohn.

Kommentar von [Reinhold Nawratil](#) vom 24.02.2008, 00:53 Uhr:

RE:Minister Döring wirbt für faire Löhne

Bedauerlicherweise haben nur sehr wenige die Chance genutzt, um sich über die Möglichkeit zu informieren, wie im kommunalen Bereich, die Forderung nach kostengünstiger Auftragsvergabe, die Sicherung der Tariflöhne (Mindestlöhne) und der Arbeitssicherheit (Gesundheit) in Einklang gebracht werden können. Die Veranstaltung war sehr aufschlußreich. mfg Reinhold

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 07.02.2008, 20:21 Uhr - 5553 Clicks - Nr. 129

Mindestlohn-Aktion auf dem Vinetaplatz

Im Rahmen der Mindestlohn-Aktionswoche der SPD Schleswig-Holstein vom 8. bis zum 15. Februar 2008 wird SPD auch in Kiel die Bürgerinnen und Bürger über dieses wichtige Thema informieren:

Am Samstag, dem 9. Februar 2008, werden Kieler Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zwischen 10:00 und 12:00 Uhr auf dem Vinetaplatz in Gaarden mit den Kielerinnen und Kielern vor Ort über das Thema Mindestlohn diskutieren. Neben einem Info-Stand werden sie dabei von zwei überlebensgroßen Puppen unterstützt.



Mit der Aktionswoche macht die SPD Schleswig-Holstein deutlich, dass sie sich am Leitbild der guten Arbeit orientiert und sittenwidrige Löhne verbieten will. Daher setzt sie sich für Mindestlöhne ein, denn Menschen, die Vollzeit arbeiten, sollen von ihrem Lohn leben können.

Keine Kommentare

[SPD Rathausfraktion Neumünster](#) - veröffentlicht am 07.02.2008, 21:30 Uhr - 3582 Clicks - Nr. 130

Guter Lohn für gute Arbeit

Unter diesem Titel veranstaltet der SPD-Landesverband Schleswig-Holstein zusammen mit dem DGB Bezirk Nord vom 8. bis zum 15. Februar 2008 eine Aktionswoche, in der für die Einführung von akzeptablen Mindestlöhnen und einem gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro geworben werden soll.

„Wer vollzeitig arbeitet, muss davon auch seine Familie ernähren und unterhalten können“, betont der SPD-Kreis- und Fraktionsvorsitzende Andreas Hering.

Der SPD-Kreisverband Neumünster veranstaltet im Rahmen dieser Aktionswoche am Samstag, den 9.2.2008 von 11 – 13 Uhr auf dem Großflecken in Höhe Lütjenstraße einen Informationsstand mit entsprechenden Aktionen. Auch [Andreas Hering](#) wird für Gespräche zur Verfügung stehen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 08.02.2008, 08:48 Uhr - 1209 Clicks - Nr. 131

Stadelmann: Was wird aus den Recyclinghöfen?

Zur Zukunft der Recyclinghöfe in Kiel erklärt der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann:

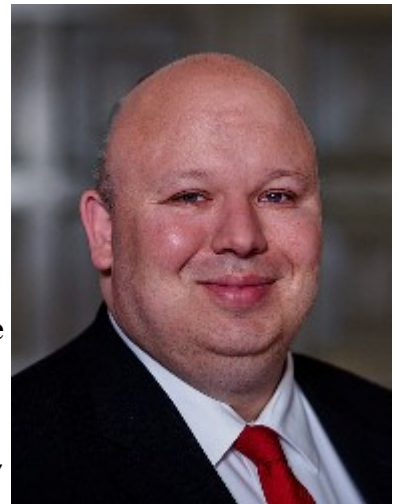
"Immer näher rückt der Zeitpunkt, an dem unsere Stadt sich entscheiden muss, ob die Recyclinghöfe auch in Zukunft von einem privaten Entsorgungsunternehmen oder aber von der Stadt betrieben werden sollen.

Bislang haben die Oberbürgermeisterin und der Abfallwirtschaftsdezernent weder dem zuständigen Wirtschaftsausschuss noch der Ratsversammlung einen Beschlussvorschlag vorgelegt, wie es weitergehen soll. Die Verantwortung dafür tragen nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abfallwirtschaftsverwaltung, sondern ausschließlich die Politik: CDU und GRÜNEN streiten über den künftigen abfallpolitischen Kurs in Kiel und vermögen sich nicht zu einigen! Dieser Streit verhindert eine klare und sachliche Entscheidung im Interesse der Kielerinnen und Kieler - bis es zu spät ist und der Stadt durch schwarzgrüne Handlungsunfähigkeit Schaden entsteht.

Die SPD-Fraktion wird darauf achten, dass die künftige Betriebsform der Recyclinghöfe die

Gebührenzahler schont, keine Arbeitsplätze im regionalen Entsorgungsmarkt gefährdet und eine ökologische Abfallentsorgung gewährleistet - wenn denn endlich eine Entscheidung getroffen werden kann. Wir fordern die Oberbürgermeisterin und den Abfallwirtschaftsdezernenten auf, endlich den zuständigen Wirtschaftsausschuss zu informieren und einen Beschlussvorschlag vorzulegen."

Keine Kommentare



[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 08.02.2008, 08:51 Uhr - 1427 Clicks - Nr. 132

Vogelsang: Kiel Schlusslicht bei der Schulentwicklungsplanung!

Der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion erklärt zur Berichterstattung in den KN über den landesweiten Wandel der Schullandschaft:

"Die SPD-Ratsfraktion tritt für eine beschleunigte Schulentwicklungsplanung ein. Unser Ziel ist der stadtweite Beginn der Gemeinschaftsschulen zum Schuljahr 2009/2010, wenn die Schulen dies wollen. Ärgerlich sind die verlorenen zwei Jahre für die Schulentwicklung in Kiel.

Die Verwaltung entsprach der politischen Vorgabe von Schwarz-Grün, in dieser Wahlperiode nicht zu entscheiden.

CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt, die Vorreiterin im Wandel der Schullandschaft sein müsste, zum Schlusslicht der landesweiten Schulentwicklung gemacht. Nicht eine einzige Gemeinschaftsschule wird in Kiel ab dem Schuljahr 2007/2008 eingerichtet. Im Schuljahr 2008/2009 wird es in Kiel ebenfalls noch keine Gemeinschaftsschule geben, landesweit aber 56 Gemeinschaftsschulen.

Weil Schwarz-Grün bei Gemeinschaftsschulen zerstritten sind, verschleppen sie die Kieler Schulentwicklungsplanung. CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben sogar alle Investitionsmittel zur Schulentwicklung im Haushalt 2008 gestrichen.

Die SPD will überall in Kiel Gemeinschaftsschulen ermöglichen, wo die Eltern es mehrheitlich wünschen. Zur Verdeutlichung des Elternwillens stellen wir zur nächsten Ratsversammlung die beigefügte Kleine Anfrage."

Kleine Anfrage Drucksache 0112/2008

Betreff: Schulentwicklungsplanung nach Elternwillen

1. Sind die Ergebnisse der Elternbefragung an den Kieler Grundschulen den jeweils im Einzugsbereich der Grundschulen befindlichen wohnortnahen Haupt- und Realschulen zuzuordnen?

2. Welche Haupt- und Realschulen in den Einzugsbereichen der Grundschulen sollten nach der Zuordnung, die sich aus 1. ergibt, Gemeinschaftsschulen werden?

3. Welche Schulkonferenzen an Kieler Haupt- und Realschulen haben bis heute beschlossen, sich zur Gemeinschaftsschule zu entwickeln?

Keine Kommentare

Günter Neugebauer fordert Mindestlöhne auch in der Region Rendsburg

Immer mehr Menschen können nicht mit dem Geld auskommen, das sie verdienen: Bundesweit erhalten über 900 000 Menschen als sogenannte Aufstocker Arbeitslosengeld II, um über die Runden zu kommen. Darauf weist der Rendsburger Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer hin. „Auch die Behauptung, dass es sich im Niedriglohnsektor nur um Un- oder Geringqualifizierte handelt, ist falsch: Mehr als 60 % der im Niedriglohnbereich Beschäftigten verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung,“ informiert Neugebauer. „Wir brauchen deshalb flächendeckend Mindestlöhne für alle Branchen.“ Die SPD Schleswig-Holstein mache nun in Aktionen und Veranstaltungen unter dem Titel „Gerechter Lohn für gute Arbeit: Mindestlohn jetzt!“ landesweit verstärkt auf diese Entwicklungen aufmerksam und werbe für den Mindestlohn.

Immer mehr Branchen zahlen Niedriglöhne. Vor allem im Dienstleistungssektor seien Stundenlöhne zwischen 4 und 7 Euro keine Seltenheit mehr. Doch ein Blick über die Grenzen zeige, dass in 20 von 27 Mitgliedstaaten der EU bereits erfolgreich Mindestlöhne eingeführt worden seien. „Die Erfahrungen dort haben gezeigt, dass ein gesetzlicher Mindestlohn weder zu Beschäftigungseinbrüchen führt noch die Tarifautonomie beschädigt.“ Auch der Chef der Arbeitsagentur Nord habe kürzlich erst bestätigt, dass der Mindestlohn kaum negative Auswirkungen auf die positive Arbeitsmarkt-Entwicklung in Schleswig-Holstein haben werde. das Argument, der Mindestlohn könne hunderttausende von Arbeitsplätzen in Deutschland vernichten sei frei erfunden und durch nichts belegt.

„Eine Ausdehnung des Niedriglohnsektors würde zu einer weiteren Verarmung in unserer Gesellschaft führen. Bereits heute arbeiten 2.5 Millionen Vollzeitbeschäftigte für Armutslöhne, also für weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens,“ sagt Günter Neugebauer. Damit diese Entwicklung sich nicht fortsetze, fordert er ein Maßnahmenpaket gegen Einkommensarmut und Lohndumping: die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf weitere Branchen und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, um Lohndumping zu verhindern; ein bundesweites Tariftreuegesetz, das alle Bereiche der öffentlichen Auftragsvergabe umfasst; Mindestlöhne, die für alle in Deutschland arbeitenden in- und ausländischen Firmen gelten und als allgemein verbindlich für die jeweilige Branche festgeschrieben werden. In Bereichen, in denen es keine Tarifstrukturen gibt, müsse ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden.

Keine Kommentare

Wodarg besucht "Alles für's Heim" Messe in der Campushalle

Am Wochenende kamen trotz Sturm und kühlen Regens Tausende von Besuchern in die Campushalle nach Flensburg, um hier die neuesten Tips und Beispiele für umweltfreundliches Bauen mitzunehmen und gemütliche Wohnumgebungen zu bewundern. Vom Dach bis zum Keller war viel Neues und Interessantes zu bestaunen. Als einer der vielen Besucher konnte der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg viele Gespräche mit Vertretern aus Handwerk und Handel führen.

"Da bekommt man richtig Lust aufs Bauen" meinte er nach seinem Rundgang durch die Fördehalle.

Besonders beeindruckend waren auch für ihn die Fortschritte in den Bereichen passive Wärmegewinnung, Nutzung regenerativer Brennstoffe und weiterer Techniken für eine ökologisch nachhaltige Gestaltung modernen Wohnraums.

"Flensburg war schon immer gut im Bereich ökologischer Energienutzung, jetzt müssen wir auch noch unsere Wohnungen wärmer einpacken, um etwas gegen eine drohende Klimakatastrophe zu unternehmen!" Der kommende Kommunalwahlkampf würde eine gute Gelegenheit bieten, um hier entsprechende Vorsätze zu fassen und festzuklopfen. "Ich werde mich weiter um dieses Thema intensiv kümmern!" meinte der Abgeordnete.

Keine Kommentare



[SPD NMS Faldera](#) - veröffentlicht am 08.02.2008, 15:48 Uhr - 4287 Clicks - Nr. 135

Kieler Nachrichten am 01.02.08: Hoffnung auf Erhalt der Uker Schule

Neumünster - Im Kieler Bildungsministerium wird keine Entscheidung über die umstrittene Fusion Uker Schule/Grundschule Faldera fallen, bevor der für Februar geplante Runde Tisch in Neumünster das Thema abgearbeitet hat. Mit dieser positiven Neuigkeit überraschten Uker-Schulelternbeiratsvorsitzende Andrea Gaertig und Hans Engelmohr vom Kreiselternbeirat am Mittwohabend rund 150 Eltern in der Turnhalle der Uker Schule.

"Und wir stehen weiterhin zu der Forderung, dass unsere Rektoren-Stelle wiederbesetzt werden muss", insistierte Gaertig.

SPD-Ratskandidat Arno Jahner wagte sogar die Feststellung: "Wenn Daniela Christiansen im Sommer nicht das Handtuch geworfen hätte, säßen sie heute Abend alle nicht hier. Diese Dame hat damals bei der Befragung im Schulleiterwahlausschuss gesagt, sie möchte an dieser Schule alt werden.""

"Offenbar haben nicht nur Prognosen über sinkende Grundschülerzahlen auch in Faldera für den Fusions-Beschluss im Rat am 4. Dezember gesorgt. Viele Eltern vermuten, dass die an Uker nach den Wechsel von Christiansen ins Ministerium nur kommissarisch besetzte Rektoren-Stelle auch eine Rolle gespielt hat bei der Entscheidung, Uker und Grundschule Faldera (unter Leitung der dortigen Rektorin Annedore Puschnigg) zu einer organisatorischen Einheit mit zwei Schulstandorten zusammenzulegen. "Mich ärgert heute, dass wir am 4. Dezember diesen Beschluss gefasst haben aufgrund falscher Kenntnisse", sagte Ingo Nötges, schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, der "persönlich" mit der Forderung nach Wiederbesetzung der Stelle sympathisierte. Und Jahner betonte: "Stadtrat Günter Humpe sieht große Chancen, dass die Sache politisch neu bewertet wird.""

"Laut Resümee von Gaertig verfolgt der Elternbeirat jetzt drei Ziele: "Wir wollen Gespräche mit allen Fraktionen der Ratsversammlung führen. Wir werden die Ergebnisse des Runden Tisches mit der Schulrätin und den Schulleitungen abwarten. Und wir halten uns die Option offen, weiterhin selbst Gespräche mit dem Ministerium zu führen."

Quelle Kieler Nachrichten vom 1. Februar 2008 (sn)

Kommentar SPD Neunmünster-Faldera:

Die SPD Faldera war zu dieser Veranstaltung zahlreich vertreten. Neben den Ratskandidaten Arno Jahner und Oliver Sundermann aus den Falderaner Wahlkreisen 17 und 19 waren auch der schulpolitische Sprecher der SPD Ratsfraktion Ingo Nötges, Werner Didwischus (Vorsitzender des SPD Ortsverein Faldera) und der Falderaner Schulpolitiker Thorsten Klimm anwesend.

"Es ist bedauerlich", so Arno Jahner, "dass zu so einer für den Stadtteil Faldera schulpolitisch wichtigen Versammlung, kein Gesprächspartner der anderen Fraktionen vor Ort war".

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 08.02.2008, 15:48 Uhr - 2720 Clicks - Nr. 136

11. Politischer Aschermittwoch der AfA

Der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädler in Marne.
Begrüßung Politischer Aschermittwoch in Marne 06.02.2008

Liebe Karnevalisten,
Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freunde der AfA, der SPD und natürlich des politischen Aschermittwoch

Am 11.11. geht traditionell der Karneval los, der Elferrat hatte diesmal ein zeitlich sehr verdichtetes Programm bis wir am 06.02., sehr früh im Jahr 2008, um 18.11. Uhr den 11. politischen Aschermittwoch und damit die karnevalistische Ruhepause wieder einläuten und die kommunalpolitische Aktivphase in Schleswig-Holstein eröffnen.

Wir wollen als SPD in Schleswig-Holstein, nach 5 Jahren vielerorts Oppositionsbänken, wieder stärkste kommunalpolitische Kraft werden.

Ja, und wir können und werden es schaffen!

Mit unseren Themen wie:

- Mindestlohn und soziale Gerechtigkeit!
- bessere Bildungschancen durch Gemeinschaftsschulen !
- mehr Sicherheit durch personelle Voraussetzungen statt Kinderknast !
- und Bewahrung unserer Welt und der vorhandenen Ressourcen statt Verschwendung und Raubbau

sind wir gut aufgestellt.

In der Kommunalpolitik hat mann/frau sich um Probleme vor Ort zu kümmern – wir wollen es und können es auch kompetent. Deshalb sind wir zuversichtlich und mobilisierungsfähig in allen Regionen.

Die vielen anwesenden aktiven Politiker der SPD aus der Kommune, dem Land und dem Bund drücken dieses auch aus.

Damit die Spannung auf den Hauptredner Ralf Stegner wächst, noch ein paar Gedankenspiele.
Zum Rosenmontag gibt es folgendes Zitat des bekannten Philosophen Arthur Schopenhauer

„Wer Humor hat, der hat beinahe schon Genie.
Wer nur Witz hat, hat meistens nicht einmal den.“

Also, Humoristen und damit vielfach auch Karnevalisten sind beinahe schon Genies.
Damit ist der Rosenmontag eine geniale Aktivität,
der Elferrat das Geniezentrum,
und der Aschermittwoch der geniale Höhepunkt, und die SPD ist der Ausrichter der Genieleistung.

Dagegen ist die CDU und die FDP nur ein Witz,
die Grünen und die Linkspartei der ewige Versuch
die Eingangstür zur Genialität zu finden.

Doch in der Wirklichkeit sieht es viel ernsthafter
aus:

· Es ist ein Skandal, dass wir Kinderarmut in
Deutschland haben und gleichzeitig eine
gigantische Vererbungswelle läuft, ohne dass die
Allgemeinheit davon ausreichend profitiert.



· Es ist ein Skandal, dass Menschen von Vollzeitarbeit nicht ohne staatliche Ersatzleistungen leben
können und Geschäftsführer solcher Firmen in Talkshows auftreten dürfen und selber ein
Mehrfaches an Jahreseinkommen dabei beziehen. Gleichzeitig aber es als unausweichlich
bezeichnen, nur solche Hungerlöhne zahlen zu können.

· Es ist ein Skandal, dass aus Profitsteigerungsgründen Betriebe hier dicht machen und aus
staatlichen europäischen und damit auch deutschen Steuergroschen bezuschusst in anderen Ländern
ihre Werke, wie NOKIA, wieder aufbauen.

· Es ist ein Skandal, dass an den Finanzplätzen gigantische Summen transferiert, verdient, aber auch
vernichtet werden und gleichzeitig die kleinen Leute beispielsweise in den USA bei den
Immobilienkrediten, oder bei uns mit dem Benzinpreis, die Zeche bezahlen müssen,

Die Welt ist wie sie ist! Doch Willi Brandts Auftrag an sich und uns war und ist –sie nicht so zu
lassen sondern zu verändern
–Sozial, Gerecht, mit Frieden und ganz viel Bildung.

Diese Reformen zu nennen passt nicht mehr in die Landschaft der letzten 10 Jahre, weil dieses
leider nicht nur missverstanden wird – halte dein Portemonnaie fest, ein Reform droht – obwohl
Reform des derzeitigen Zustandes notwendig ist.

Wir brauchen einen gesellschaftlichen Aufbruch zur Solidarität und nicht die Selbstverständlichkeit
von Managern und Sportlern wegen ihrer guten Arbeit zweistellige Millionen Einkommen im Jahr
verdient zu haben.

Die Armenspeisungen des noch 19. und 20. Jahrhunderts in Deutschland sind leider nicht nur in den

Drittländern heute Selbstverständlichkeit, sondern wieder zu uns zurück gekehrt.

Wir müssen dankbar sein, den Menschen, die tagtäglich sich darum ehrenamtlich kümmern und dabei nicht erst fragen, was macht der Staat.

Wir müssen hinschauen und glaubhafte Antworten geben und dieses verändern.

Das ist das beste Rezept, Politik wieder attraktiv zu machen, Menschen zur Wahl zu bekommen und Mehrheiten zu erlangen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Liebe Karnevalisten,

wer die Rosenmontagszüge sich angeschaut hat wird gesehen haben, wie politisch viele Wagen waren und das Humor – also Genialität (Schopenhauer) -bei ganz vielen Menschen vorhanden ist.

Nutzen wir das heute für unseren beginnenden Wahlkampf.

Lasst uns lästerlich sein aber verschmitzt

lasst uns fröhlich sein aber mit Gefühl

lasst uns schunkeln und Zusammengehörigkeit praktizieren

lasst uns klare Worte reden und Taten darauf folgen lassen.

Keine Kommentare

[SPD-Husby](#) - veröffentlicht am 09.02.2008, 10:19 Uhr - 2927 Clicks - Nr. 137

Ein neues Mitglied

Dana Meins hat sich dem Ortsverein der SPD Husby angeschlossen.

In der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins in Husby überreichte der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg das rote SPD-Parteibuch und wünschte der jungen Dana viel Erfolg bei ihrer politischen Arbeit. Zu den ersten Gratulanten zählte der Kreistagsabgeordnete und Kreisvorsitzende Dirk Peddinghaus sowie der Ortsvereinsvorsitzende Hanno Meins.



Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 09.02.2008, 16:29 Uhr - 2700 Clicks - Nr. 138

SPD-Engelsby: Frauen in die Politik

Erfolgreiche Seminarreihe geht in die zweite Runde

Flensburg. Vierzehn Frauen haben im vergangenen Jahr das Angebot genutzt und sich im Rahmen der Seminarreihe „Frauen in die Politik“ erfolgreich auf die Arbeit im politischen Umfeld vorbereitet. Einige von ihnen werden sich bei der bevorstehenden Kommunalwahl im Mai zur Wahl stellen.



Aufgrund der sehr guten Resonanz wird auch in diesem Jahr wieder eine vier Seminarblöcke umfassende Reihe angeboten.

Die Seminarreihe richtet sich an Frauen, die sich engagieren und ihre Erfahrungen in die Kommunalpolitik einbringen möchten. Teilnehmen können aber auch Frauen, die bereits politisch aktiv sind und ihre Kenntnisse erweitern wollen. Die Seminarreihe vermittelt Kenntnisse in der Kommunalpolitik, Verwaltungsrechtliche Grundlagen, Kommunikationstechniken, Konfliktmanagement, Sicheres Auftreten in der Öffentlichkeit und im Umgang mit Medien.

Interessierte Frauen können sich bis zum 3. März bei Inga Rodewald vom Frauenbüro Flensburg, Tel. 0461-852677, E-Mail rodewald.inga@stadt.flensburg.de, oder Verena Balve, Gleichstellungsbüro Harrislee, Tel. 0461-706118, E-Mail v.balve@gemeinde-harrislee.de anmelden.

Die Teilnahme an der gesamten Seminarreihe kostet 100 Euro, die Seminarblöcke finden jeweils freitags 14 bis 18 Uhr und sonnabends von 10 bis 14 Uhr statt.

Keine Kommentare

[Jusos Segeberg](#) - veröffentlicht am 09.02.2008, 17:29 Uhr - 7862 Clicks - Nr. 139

Jusos Segeberg fordern: Mindestlöhne jetzt und flächendeckend!

Zur „Aktionswoche Mindestlohn“ der SPD- Schleswig-Holstein erklärt Alexander Wagner, Kreistagskandidat und Jungsozialist im Kreis Segeberg:

Heutzutage wird der Wert eines Menschen und Arbeitnehmers in unserer Gesellschaft leider nicht selten in Geld ausgedrückt. Damit einhergehend wird der Anschein erweckt, niedrige und niedrigste Löhne sind der Ausdruck weniger wertvoller Arbeit.

Reinigungskräfte, Friseure, Wachleute, Gastronomiebeschäftigte und viele andere leisten aber nicht nur für ihren jeweiligen Arbeitgeber wertvolle Arbeit, sondern auch für das Allgemeinwohl.

Mit der Einführung von Mindestlöhnen wird erreicht, dass Vollzeit Arbeitende ihren Lebensunterhalt ohne staatliche Zuschüsse bestreiten können. Dies gibt der Arbeitnehmerin und dem Arbeitnehmer die gesellschaftliche Würde und Respekt zurück, die ihm zusteht und entlastet zusätzlich auch die Sozialkassen. Hier steckt ein großes Potenzial für innovative Investitionen.

Darüber hinaus stärken höhere Löhne die Kaufkraft und so die Binnenkonjunktur, das sind wichtige Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung.

Unsere Informationskampagne am landesweiten Aktionstag zur Mindestlohnwoche stieß auf

großes Interesse bei den Bürgerinnen und Bürgern in Bad Segeberg und war ein voller Erfolg. Die zahlreichen Stolpersteine erregten die Aufmerksamkeit vieler Passanten. „Die Resonanz zeigt, wie wichtig ein Mindestlohn in Deutschland für die Bevölkerung ist. Es lohnt sich, dafür zu kämpfen“ fasst Wagner abschließend zusammen.

Keine Kommentare



[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 09.02.2008, 18:27 Uhr - 3116 Clicks - Nr. 140

Jugendhilfeausschuss: SPD wirft CDU Untätigkeit vor

Die Norderstedter SPD-Fraktion hat Defizite in der Kinder- und Jugendpolitik der CDU kritisiert und ihr Untätigkeit in wichtigen Bereichen vorgeworfen.

„Einen wirksamen Kinderschutz und gute Politik für Kinder gibt es nur, wenn es ein Netz gibt, durch das kein Kind hindurchrutschen kann“, beschreibt der sozialpolitische Sprecher Thomas Jäger die Position der SPD.

Die CDU hingegen weigere sich insbesondere beim Schutz von Kindern, engere Maschen zu knüpfen und Löcher zu stopfen - obwohl dieses durch Landespolitik und Landesgesetzgebung möglich ist.

Jäger warb im Jugendhilfeausschuss für die umgehende Einrichtung von zwei neuen Erzieherstellen im Bereich der Jugendarbeit für die Stadtteile Glashütte und Garstedt/Friedrichsgabe.

Der CDU warf er vor, den Blick für die Realität in vielen Stadtteilen zu verschließen:

"Rund 1500 Kinder in Norderstedt leben in Armut – und die CDU sperrt sich dagegen die Fachkräfte an dieser Front endlich zu verstärken. Nach einem internen Bericht (Halbjahresbericht 2/2007) der Stadtverwaltung hat die Personalknappheit im Jugendhaus Fossi dazu geführt, daß "die tatsächlichen Anforderungen im bedarfsgerechten Umfang nicht zu realisieren sind".

Ähnliches gelte für die Jugendhäuser Glockenheide und Buschweg: "Hier nimmt die interkulturelle Jugendarbeit immer größeren Raum ein, ein Bedarf, der ebenfalls in einer personellen Verstärkung münden muß."

Die SPD habe zusammen mit der GALiN mit Hinweis auf das bevorstehende Inkrafttreten des neuen Kinder- und Jugendschutzgesetz des Landes versucht, die CDU-Vertreter von der Notwendigkeit der neuen Stellen zu überzeugen.

"Leider vergebens. Besonders enttäuscht hat uns dabei das Abstimmungsverhalten der

Geschäftsführerin den Norderstedter Sportvereins, Rosemarie Götz, die als angebliche Expertin aus den Reihen der Jugendverbände in den Ausschuss geschickt wurde. Ihr Nein zu unseren Vorschlägen stellt einseitig und völlig unnötig die von jeher gute Zusammenarbeit zwischen offener und vereinsgebundener Jugendarbeit in Frage. Konkurrenzgehebe ist in einer solchen Situation das Letzte, was die Jugendarbeit in unserer Stadt voranbringt.", so Jäger.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 09.02.2008, 18:29 Uhr - 3190 Clicks - Nr. 141

Schulentwicklung: SPD rügt "Kette der Peinlichkeiten"

Für die fünftgrößte Stadt in Schleswig-Holstein, die mit dem Slogan, "Norderstedt, eine Idee voraus" wirbt sei es eine Blamage, wenn in der überregionalen Presse (Hamburger Abendblatt, vom 5. Februar) die eigene Schulpolitik mit dem Satz "Beispielsweise Norderstedt aber hat noch keine Schulanträge gestellt" beschrieben wird.

"Überall im Land bewegt sich die Schullandschaft, nur in Norderstedt hat man die Zeichen der Zeit nicht erkannt und verschläft geradezu die Entwicklung. Über die Gründe kann man nur spekulieren: Angst vor unbequemen Entscheidungen, wahltaktische Überlegungen, aus ideologischer Verbohrtheit oder einfach aus Unfähigkeit, die gesellschaftspolitische Relevanz des Themas zu erkennen, verharren die seit fünf Jahren in Norderstedt politisch verantwortliche CDU zusammen mit Oberbürgermeister Grote in Untätigkeit und setzen die Kette der Peinlichkeiten auch in diesem Bereich fort.", rügt der Norderstedter SPD-Fraktionsvorsitzende Johannes Paustenbach die Mehrheitsfraktion.

Erwartet werden müsse dagegen die Übernahme der Verantwortung für einen geordneten Umwandlungs- und Reformprozess, wie er in anderen Kommunen längst im Gang bzw. schon abgeschlossen ist. Dass dabei die von der SPD favorisierte Gemeinschaftsschule wegen ihrer eindeutigen Vorteile gegenüber der Regionalschule besser abschneide, sei wohl aus Sicht der CDU eine weitere Erschwernis.

"Es ist nicht zu erwarten, dass die CDU-Mehrheit in Norderstedt vor der Wahl ihre Haltung noch ändern wird. Eltern, die für ihre Kinder eine wirkliche Schulreform wollen und auf die Gemeinschaftsschule setzen, müssen bis nach der Kommunalwahl warten, und durch ihre Wahlentscheidung dafür sorgen, dass die CDU ihre absolute Mehrheit verliert. Bis dahin wird allerdings wertvolle Entwicklungszeit verloren sein.", so Paustenbach.

Die Vorteile der Gemeinschaftsschule lägen klar auf der Hand : Keine Entscheidung und Auftrennung schon nach der vierten Klasse, langes Offenhalten des Bildungsweges, auf unterschiedliche Begabungen professionell eingestellte Lehrer. Kein Sitzen bleiben, individuelle Förderung, alle Abschlüsse in einer Schule, inklusive Fachabitur und Hochschulreife nach 13 Jahren durch eine eigene Oberstufe.

Keine Kommentare

[SPD Rathausfraktion Neumünster](#) - veröffentlicht am 10.02.2008, 12:31 Uhr - 3502 Clicks - Nr. 142

Gerechter Lohn für Gute Arbeit: Mindestlöhne jetzt!

Am Samstag, den 09.02.2008, beteiligte sich die SPD Neumünster mit einem Infostand auf dem Großflecken an der "Aktionswoche Mindestlohn". Fotos dazu finden Sie [hier](#).

Die SPD Neumünster informierte die Bürgerinnen und Bürger u.a. mit einem Flugblatt folgenden Wortlauts:

Liebe Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner,

im Mittelpunkt der Bemühungen um „Gute Arbeit“ steht aktuell der Kampf um die Einführung von Mindestlöhnen. Rund 20 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland arbeiten im Niedriglohnbereich. Immer mehr Menschen werden für ihre Arbeit nicht angemessen und fair bezahlt und erzielen kein Einkommen, das ihren Lebensunterhalt sichert. Über 700.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind gegenwärtig in Deutschland auf ergänzende staatliche Unterstützung durch das Arbeitslosengeld II angewiesen.



Mit anderen Worten: Dumpinglöhne führen in großem Stil dazu, dass die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrer Vollzeitarbeit nicht mehr leben können und der Staat einen Teil der Löhne bezahlt. 1,5 Milliarden Euro werden gegenwärtig aus dem Bundeshaushalt im Bereich der Grundsicherung (SGB II) an berufstätige Menschen bezahlt. Tendenz steigend.

Stundenlöhne von drei oder vier Euro sind kein Standortvorteil, sondern schlicht eine Schande für ein so reiches Land wie Deutschland!

Wir sprechen von Dumping- und Hungerlöhnen, die bei Vollzeitbeschäftigung Monatsgehälter zwischen 500 und 700 Euro brutto bringen. Im übrigen sind die Hungerlöhne von heute Hungerrenten von morgen – bei Nichthandeln ist wachsende Altersarmut vorprogrammiert.

Wir wollen dieser Ausbeutung durch die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns – der bei mindestens 7,50 Euro liegen müsste - eine Grenze setzen. Der Mindestlohn ist eine schlichte Notwendigkeit, um die Menschenwürde der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sichern. Er ist ein zwingendes Gebot sozialer Gerechtigkeit. Deshalb brauchen wir Mindestlöhne, die tarifvertraglich von Arbeitgebern und Gewerkschaften ausgehandelt werden. Überall dort, wo dies nicht geschieht, bedarf es eines gesetzlichen Mindestlohns. Zur Unterstützung von Mindestlöhnen beantragt die SPD-Rathausfraktion in der nächsten Ratsversammlung am 12.02.2008, dass die Stadt Neumünster die Vorschriften des Tarifreuegesetzes anwenden soll.

Mit der SPD: ein starkes Neumünster!

Keine Kommentare

[SPD-Kropp](#) - veröffentlicht am 10.02.2008, 14:27 Uhr - 3202 Clicks - Nr. 143

Unser Grünkohlessen

Später Gast sagt schnell Unterstützung zu

Das traditionelle Grünkohlessen der Kropper SPD fand wieder wie im Vorjahr im Wikingerhof in Kropp statt.

Zahlreiche Mitglieder des Ortsvereins waren der Einladung

des 1. Vorsitzenden Kurt Steinhöfel gefolgt und konnten sich an dem schmackhaft zubereiteten Grünkohl reichlich sattessen.

Zum Auftakt gab Kurt Steinhöfel einen kurzen Überblick über die Vorhaben im Ortsverein im Hinblick auf die Kommunalwahl im Mai und wies auf die Mitgliederversammlung am 28. Februar hin, auf der das Wahlprogramm der SPD und auch die Direkt- und Listenkandidaten vorgestellt werden sollen.

Nachdem das Essen mit dem obligatorischem Verteiler abgeschlossen war, fanden sich die Mitglieder am langen Tisch zu Gesprächen zusammen. Bürgermeister Reinhard Müller fand zusammen mit seiner Frau ebenfalls noch Zeit, nach einem anderen Termin beim hiesigen Ortsverein vorbei zuschauen.

Als bereits ein Teil der Gäste auf dem Heimweg waren, erschien wie vorher verabredet, noch ein später Gast: Bundestagsabgeordneter Dr. Wolfgang Wodarg, der mit seinem Besuch die Verbundenheit mit der Basis unterstrich. In einer intensiven Diskussion mit einigen Teilnehmern wurden Europäische und Bundespolitische Aspekte von Dr. Wodarg angesprochen. Aber er ging auch auf die Herausforderungen im Kommunalwahlkampf ein und ließ sich vom 1. Vorsitzenden in die örtlichen Vorbereitungen einweisen.

Abschließend sagte er, trotz vieler eigener Termine, spontan einen Besuch am 16. Mai auf dem Kropper Marktplatz zu.

Dann möchte er das Gespräch mit dem Kropper Bürger zu den verschiedensten Themen suchen und auch die Wahlkampf-Mannschaft des Ortsvereins unterstützen.

Der Ortsverein kann sich glücklich schätzen, für so einen Besuch ausgewählt worden zu sein.

Kommentar von [Arne Mumm](#) vom 19.02.2008, 18:48 Uhr:

RE:Unser Grünkohlessen

Nah ich hoffe der Grünkohl war wie immer lecker. Wie einige von Euch ja wissen war ich leider verhindert... in Urlaub und da war es fast noch schöner als beim Grünkohl. Das Wolfgang Wodarg sich nach langer Zeit mal wieder bei uns hat sehen lassen ist doch positiv. So kann ich also schon den 16.05 als Termin für einen Marktstand vormerken... Ich hoffe diese Seite wird weiter wachsen und auf den Bericht über die gewonnene Kommunalwahl bin ich schon sehr gespannt.

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 10.02.2008, 16:02 Uhr - 2175 Clicks - Nr. 144

Kommunalpolitischer Stammtisch der SPD-Stadtmitte

Am Dienstag, den 12. Februar 2008 um 19:00 Uhr lädt der SPD-Ortsverein Stadtmitte wieder zum Kommunalpolitischen Stammtisch ins „Feuerstein“, Norderstr. 98 ein.

In zwangloser Atmosphäre besteht wieder die Möglichkeit, mit Vertretern der SPD-Ratsfraktion über aktuelle Themen ins Gespräch zu kommen.

Keine Kommentare

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 10.02.2008, 22:13 Uhr - 3513 Clicks - Nr. 145

SPD Bad Bramstedt schöpft nach mageren Jahren Mut

Am Donnerstagabend segnete der SPD-Ortsverein auf einer außerordentlichen Jahreshauptversammlung im Kaisersaal die Kandidatenvorschläge des Vorstandes ab.

Bad Bramstedt – Die Sozialdemokraten in Bad Bramstedt wittern wieder Morgenluft. Nach fünf mageren Jahren bei einer absoluten CDU-Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung wollen die Genossen bei der Kommunalwahl am 25. Mai das Ruder herumreißen und mit Arnold Helmcke als erneutem Spitzenkandidaten verlorenes Terrain gut machen. Am Donnerstagabend segnete der SPD-Ortsverein auf einer außerordentlichen Jahreshauptversammlung im Kaisersaal die Kandidatenvorschläge des Vorstandes ab. Die Felder Bildung, Schule, Familie und Arbeit sind die Schwerpunkte des Kommunalwahlprogramms der SPD.

Einen gewaltigen Einbruch hatte die SPD bei der Kommunalwahl 2003 zu verdauen gehabt: Die CDU holte alle zwölf Wahlkreise direkt, die SPD rutschte von zuvor 37 Prozent Stimmenanteil auf magere 23,5 Prozent ab und konnte nur noch sechs statt neun Stadtverordnete stellen. „Es war sehr schmerzhaft für uns“, sagte Ortsvereinsvorsitzender Klaus-Dieter Hinck in der Versammlung am Donnerstagabend. Vor allem aus der für die SPD erfolgreichen Landtagswahl in Hessen schöpfen die Bramstedter Hoffnung. „Man wählt wieder links“, sprach Hinck der Partei Mut zu. Der SPD-Chef hofft auf mindesten 35 Prozent für die Bramstedter Sozialdemokraten beim Urnengang im Mai. „Der Wahlkampf beginnt heute, ran an die Wähler“, lautete auch der Kampfspruch des Spitzenkandidaten Arnold Helmcke.

Mit mehreren gestandenen Kommunalpolitikern, aber auch einigen neuen Gesichtern wollen die Sozialdemokraten ihr Ziel erreichen. Die Direktkandidaten in den zwölf Wahlkreisen sind Arnold Helmcke (Wahlkreis I, Wahllokal Bauhof), Stephanie von Moers (II, Holsatenallee), Dr. Manfred Spies (III, Feuerwehrhaus), Jan-Uwe Schadendorf (IV, Holsatenallee), Hans-Werner Park (V, Köhlerhof), Jens Wulf-von Moers (VI, Kurhaus), Klaus Märker (VII, Schloss), Jutta Althenhöner (VIII, Alte Schule), Bodo Clausen (IX, Grundschule Am Bahnhof), Günther Casper (X, Herbert-Dröse-Kleingartenkolonie), Klaus-Dieter Hinck (XI, Hauptschule), Matthias Carl (XII, Hauptschule). Nicht mehr als Direktkandidaten standen die Stadtverordneten Birgit Albrecht und Klaus Märker zur Verfügung. Die Liste der SPD – über sie ist die Spitzenmannschaft abgesichert - führt erneut der langjährige Stadtverordnete Arnold Helmcke. Der 66-jährige Rentner ist zurzeit zweiter stellvertretender Bürgermeister. Ihm folgen auf den aussichtsreichsten Listenplätzen SPD-Fraktionschef Bodo Clausen, Stephanie von Moers, Klaus-Dieter Hinck, Dr. Manfred Spies, Jan-Uwe Schadendorf, Hans-Werner Park, Günther Casper, Jens Wulf-von Moers, Matthias Carl, Klaus Märker und Jutta Althenhöner.

Schwarz auf Weiß bekamen die Kandidaten für den Wahlkampf die Schwerpunkte der SPD mit auf den Weg. Mit großer Mehrheit verabschiedete die Versammlung den Entwurf für das Programm für die Wahlperiode bis 2013. Die Sozialdemokraten wollen zum Beispiel die beschlossene Gemeinschaftsschule am Schäferberg zu einer Ganztagschule ausbauen und mit einer gymnasialen Oberstufe ausstatten. Wenn es nach der SPD geht, sollen außerdem die Schüler aller Bramstedter Schulen ein Mittagessen anbieten können. Zudem strebt die Partei an, mindestens eine der Grundschulen in der Stadt als Ganztagschule einzurichten. Die Elternbeiträge für die Kindergärten sind nach Meinung der SPD zu hoch, allerdings sei eine völlige Beitragsfreiheit mit städtischen Mitteln in den nächsten Jahren nicht zu erreichen. Die Elternbeiträge sollen dennoch reduziert werden und zumindest das letzte Kindergartenjahr für die Eltern kostenlos sein. Das Wahlprogramm sieht auch vor, dass die von CDU und FDP gestrichene hauptamtliche Stelle einer Gleichstellungsbeauftragten wieder mindesten als Teilzeitstelle weitergeführt wird.

Weil das alles Geld kostet und die städtische Finanzlage desolat ist, wollen die Sozialdemokraten die Einnahmen der Stadt erhöhen. Zum Beispiel mit innenstädtischen Baumaßnahmen soll der Tourismus forciert werden. Weitere Gewerbegebiete schaffen Arbeitsplätze und erhöhen die Steuereinnahmen, so die Aussagen im Wahlprogramm. Ein weiteres Mittel, mit dem sich die SPD in

den städtischen Gremien bisher nicht durchsetzen konnte: Die Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer.

Von Anna Maria Persiehl (Segeberger Zeitung)

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 11.02.2008, 08:49 Uhr - 2076 Clicks - Nr. 146

SPD gegen Sporthallengebühren, für Sportentwicklungsplan und

.....für Sporthalle Heidenberger Teich in Mettenhof

Der sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt zu den Rechtfertigungsversuchen der CDU-Führung gegenüber dem Kieler Sport:

"Die CDU hat den Kieler Sportvereinen Sporthallengebühren aufgebürdet, vorher aber das Gegenteil versprochen: "Die CDU wird die unentgeltliche Nutzung der städtischen Sportstätten durch unsere Vereine erhalten." Wer soll den Konservativen glauben?

Sie sind bisher Gutachterempfehlungen gefolgt - siehe Kienbaum. Sie werden deshalb auch die Hallengebühren weiter erhöhen. Die CDU verantwortet die teuerste Gutachtenflut in Kiel. Mit der SPD wird es keine Sporthallengebühren für die Übungs- und Wettkampfarbeit der Vereine mehr geben. Damit unterstützt die SPD die Haltung des Sportverbandes Kiel.

Die von PWC vorgeschlagene Auflösung des Amtes für Sportförderung liegt in der Zuständigkeit von Frau Volquartz (CDU). Die SPD rät ihr dringend, diese anerkannte Kontaktstelle zum Kieler Sport nicht abzuschaffen und das Sportamt zu behalten.

Inakzeptabel ist die Weigerung der CDU, mit dem Kieler Sportverband in einen Dialog um den Kieler Sportentwicklungsplan zu treten. Kiel braucht dringend einen Sportentwicklungsplan. Die Vereine brauchen politisches Gehör und Planungssicherheit.

Der CDU sind die Sportmöglichkeiten für Schulkinder in benachteiligten Stadtteilen egal. Die SPD wird sicherstellen, dass die fehlende Sporthalle in Mettenhof für die Schulen am Heidenberger Teich auf der AGENDA bleibt und schnellstmöglich gebaut wird. Das Konzept "Kids in die Clubs" muss ebenfalls zügig umgesetzt werden."

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 11.02.2008, 10:56 Uhr - 55050 Clicks - Nr. 147

SPD: Sozial. Gerecht. Vor Ort!

Zur Vorstellung des Kommunalwahlkonzeptes der CDU erklärte Amin Hamadmad, Sprecher des SPD-Landesverbandes, am 09. Februar 2008:

Die Kritik des Landesvorsitzenden der CDU, Mindestlohn sei kein Thema für einen Kommunalwahlkampf, unterstreicht die mangelnde Kompetenz der CDU in dieser zentralen Frage der sozialen Gerechtigkeit. Noch weiter weg von den Lebensrealitäten der Menschen und den Problemen in den Kommunen kann man nicht sein!

Die Kommunen des Landes sind es, die mit Sozialtransfers die Dumping- und Hungerlöhne mancher Arbeitgeber ausgleichen müssen. Dieses Geld fehlt den Kommunen z.B. für bessere Kinderbetreuung, bessere Schulen oder für mehr Klimaschutz. Im Übrigen sind die Hungerlöhne von heute die Hungerrenten von morgen. Auch diese muss dann wieder die Kommune ausgleichen.

Auf Kosten der Kommunen und auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird so

die soziale Marktwirtschaft ad absurdum geführt. Denn mit „fairem Lohn für gute Arbeit“ hat dies nichts mehr zu tun. „Dumpinglöhne plus Hartz IV“ hat nichts mit sozialer Marktwirtschaft zu tun, das ist staatsgelenkte Misswirtschaft. Mich erstaunt, dass gerade die CDU dieses wirtschafts- und sozialpolitische Konzept verteidigt. Ein Konzept, welches die Leistung der Menschen und ihre Arbeit diskreditiert.

Auch die SPD setzt im Kommunalwahlkampf klar auf die Themen Kinder und Familie. Uns geht es um u.a. die schrittweise Einführung der Kostenfreiheit für alle Kindergartenjahre, so wie es Kurt Beck derzeit in Rheinland-Pfalz vorbildlich und überzeugend umsetzt. Dass die CDU sich auch in diesem Politikfeld der Produktpiraterie betätigt und SPD-Konzepte übernimmt ist dabei nichts Neues. Neu wäre es aber gewesen, wenn die CDU ihrerseits Finanzierungsvorschläge gemacht hätte. Aber für Klarheit und Verlässlichkeit in dieser Sache wird die SPD sorgen. Im Land und in den Kommunen. Wer in seinem Ort eine bessere Politik für Familien und Kinder will wählt am 25. Mai das Original – die SPD.

Zentral für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist eine gute Bildung für alle Kinder in unserem Land. Dabei ist die Gemeinschaftsschule, über deren Gründung in den Kommunen entschieden wird, ein Garant für gute Bildung und Bildungsgerechtigkeit in Schleswig-Holstein. Wir freuen uns, dass dieses Schulmodell soviel Zuspruch und Unterstützung von vielen Eltern, Lehrerinnen und Lehrern und Schülerinnen und Schülern erhält. Doch vielerorts, wie z.B. in Kiel und Lübeck, werden diese Schulen von den konservativen Mehrheiten blockiert. Wer die besten Bildungschancen für sein Kind will, wählt am 25. Mai die SPD.

Die SPD hat ihre erfolgreiche Klima-, Energie- und Umweltschutzpolitik weiter entwickelt. Konsequenter setzen wir in den Kommunen und im Land auf regenerative Energien, auf dezentrale Strom- und Wärmeversorgung und auf Energiesparen. Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit sind die Kriterien, an denen sich unsere Energiepolitik orientiert. Wo wir können, wollen wir auf fossile Energieträger verzichten oder den Einsatz fossiler Brennstoffe auf ein Mindestmaß reduzieren. Auch ohne neue Kinderkrebsstudien setzen wir weiterhin auf den Ausstieg aus der Atomenergie. Wir halten die Pläne der CDU, die Laufzeiten der alten Schrottmöller zu verlängern - und sogar neue Atomkraftwerke zu bauen - für unverantwortlich. Wer eine sichere, zukunftsfähige und transparente Energiepolitik will, wählt am 25. Mai die SPD.

Mit diesem deutlichen inhaltlichen Profil der SPD sind die Unterschiede zwischen der SPD und den Konservativen klar. Klar ist auch: Die Zeit der absoluten Mehrheiten der CDU in Schleswig-Holsteins Kommunen ist vorbei. Wo immer möglich wollen wir Sozialdemokraten am 25. Mai stärkste Partei werden. In Schleswig-Holsteins Kommunalparlamenten sehen wir keinen Platz für linke Protestparteien. Die linke Volkspartei ist die SPD. Wir sind sozial, gerecht, vor Ort!

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 11.02.2008, 16:49 Uhr - 13675 Clicks - Nr. 148

Jörn Thießen begrüßt Beschluss des SPD-Präsidiums

Unter dem Titel "**Deutschland engagiert sich verantwortungsvoll in Afghanistan**" hat das Präsidium der SPD einen Beschluss zum Engagement der Bundeswehr in Afghanistan gefasst, der von Jörn Thießen ausdrücklich begrüßt wird.

Der Beschluss im Wortlaut:

„Die deutschen Soldaten in Afghanistan sichern zivile Aufbau- und Hilfsleistungen. Dafür danken

wir ihnen. Das Wirken der Bundeswehr und von deutschen Aufbauhelfern genießt in der afghanischen Bevölkerung hohes Ansehen - das haben jüngste Umfragen auf eindrucksvolle Weise bestätigt.

Mit dem im Herbst letzten Jahres beschlossenen Mandat hat sich Deutschland erneut zu seiner Verantwortung für Afghanistan bekannt: Wir haben die Zahl unserer dort eingesetzten Soldaten auf 3500 erhöht und wir haben nochmals unsere Leistungen für den Zivilen Wiederaufbau sowie den Polizeiaufbau massiv aufgestockt.

Mit über 3300 Soldaten stellt Deutschland das drittgrößte Truppenkontingent, stellt Tornados für die Aufklärung in Gesamtafghanistan und wird ab Sommer die Quick Reaction Force für die Nordregion stellen. All dies findet die Anerkennung unserer Partner - auch der USA.

Bereits heute unterstützt unsere Bundeswehr im Rahmen des Bundestagsmandats die NATO-Partner in ganz Afghanistan. Klar ist aber auch: Schwerpunkt unseres militärischen Engagements wird weiterhin die Nordregion bleiben. Für die SPD kommt ein Einsatz im Süden Afghanistans, wie er derzeit in der Öffentlichkeit diskutiert wird, nicht in Frage.

Das im letzten Herbst beschlossene Bundestagsmandat sieht eine Truppen-Obergrenze von 3500 Soldaten vor; das ist und bleibt Grundlage unseres Afghanistan-Einsatzes.

Die politische Lage in Afghanistan ist schwierig. Wir müssen daher unser Engagement mit der notwendigen Geduld angehen. Der Wiederaufbau des Landes und die Sicherung des Friedens nach Jahrzehnten des Bürgerkriegs brauchen Zeit.

Wie auf dem Hamburger Parteitag beschlossen, hat Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier mit dem französischen Außenminister vereinbart, diesen Sommer in Paris eine internationale Afghanistan-Konferenz zu organisieren. Auf dieser Konferenz soll das Afghanistan-Engagement der Internationalen Gemeinschaft kritisch überprüft werden.

Für die SPD kommt ein Einsatz im Süden Afghanistans, wie er derzeit in der Öffentlichkeit diskutiert wird, nicht in Frage.“

Kommentar von [Hans H. Bender](#) vom 12.02.2008, 18:30 Uhr:

RE:Jörn Thießen begrüßt Beschluss des SPD-Präsidiums

Bravo ! Hoffentlich haltet Ihr das durch ! HHB

[SPD-Husby](#) - veröffentlicht am 11.02.2008, 17:00 Uhr - 3051 Clicks - Nr. 149

Protokoll der Mitgliederversammlung

vom OV Husby.

http://www.spd-net-sh.de/sl/husby/index.php?mod=content&menu=1603&page_id=4817

Keine Kommentare

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 11.02.2008, 18:31 Uhr - 6187 Clicks - Nr. 150

Frauenfrühstück am Internationalen Frauentag

Frauenfrühstück 8. März 2008 10 Uhr
Restaurant Bürgerstuben
Lübecker Straße 12 A, Bad Segeberg

Fortschritte bei der Gleichstellung sind in den letzten Jahren zu erkennen. Frauenförderpläne in Verwaltungen zeigen Wirkung. Das Gleichstellungsgesetz ist zu einem wichtigen Instrument geworden. Frauen engagieren sich in der Politik, erreichen auch politische Führungsämter, sind Bürgermeisterinnen, Ministerinnen. Frauen haben Erfolg in Unternehmen. Doch haben junge Frauen heute wirklich die gleichen Chancen wie Männer?

Wozu noch Frauenpolitik?

Sabine Maletz-Diestelkamp
Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Segeberg
und

Ute Plagmann
Frauenzimmer e.V

referieren über frauenpolitische Erfolge, Realität der Situation von Frauen und Ziele für die nächsten Jahre.

Ich lade Sie / dich herzlich zum Frauenfrühstück ein und freue mich auf das Gespräch am Internationalen Frauentag.

Ihre / deine SPD-Landtagsabgeordnete
Astrid Höfs

Anmeldungen bitte bis zum 29.02.08

Astrid Höfs, MdL
Wahlkreisbüro Oldesloer Straße 20 Bad Segeberg
Telefon / Fax 04551 – 968460

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 11.02.2008, 18:58 Uhr - 4435 Clicks - Nr. 151

SPD fordert Krisengipfel für Zukunft von KERN!

Zur aktuellen Diskussion über die Zukunft der KERN-Region und der EU- Finanzierung bezüglich der INTERREG-Programm erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:

„Der Frontalangriff von Volquartz, Gebel und von Ancken auf KERN wird immer mehr zum landesweiten Risiko.

Es ist unverantwortlich, wenn es durch die eigenmächtige Politik dieser drei CDU-Vertreter zu

schweren Verwerfungen auch mit Dänemark kommt und wenn die millionenschweren INTERREG-Fördermittel für Kiel und die betroffenen Regionen gefährdet sind. Wir fordern umgehend einen Krisengipfel über die Zukunft von KERN; beteiligt werden müssen die kommunalen Entscheidungsträger der Fraktionen und Parteien aus der KERN-Region, um einen Weg aus diesem Dilemma zu finden.“



Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 11.02.2008, 19:20 Uhr - 3024 Clicks - Nr. 152

SPD fordert beschleunigte Heizungserneuerung in den Schulen

CDU und FDP lehnen ein Vorziehen der Heizungserneuerungen an den Quickborner Schulen ab, obwohl die zu erwartende Energie- und damit Geldeinsparung den "Zinsverlust" durch ein Vorziehen deutlich übersteigt. Dr. Christian Dornis, stellv. Fraktionsvorsitzender berichtet.

Die SPD Quickborn fordert, die im Rahmen der Schulbaumaßnahmen vorzunehmenden Heizungserneuerungen vorzuziehen. In den Planungen der Stadt zu den Baumaßnahmen im Schulbereich ist bislang die Heizungssanierung erst für die Jahre 2012 bis 2025 geplant.

Nach Auffassung der SPD lohnt es sich, für die Heinrich-Hertz-Realschule (die künftige Regionalschule) und die angeschlossenen Turnhallen sowie für das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium bereits zwischen 2008 bis 2011 die Heizungserneuerungen vorzunehmen. Denn die hierdurch zu erwartende Energie- und damit Geldeinsparung wird den "Zinsverlust" durch ein Vorziehen der genannten Maßnahmen übersteigen. Zudem bedeutet jede Reduzierung der benötigten Heizenergie und die damit verbundene Verringerung der CO₂-Emissionen einen kleinen Schritt auf dem Wege zur Rettung des Klimas.

In der Sitzung des Bildungsausschusses der Stadt Quickborn vom 22.01 stellte der SPD-Vertreter Christian Dornis diesen Antrag, der von der Ausschussmehrheit von CDU und FDP abgelehnt wurde. Die CDU meint, ein Vorziehen der Maßnahmen sei nicht sinnvoll. Technisch jedoch dürfte es aber aus Sicht der SPD unproblematisch möglich sein, die betagten Heizungsanlagen und Leitungssysteme zeitnah zu erneuern und zu erstellende Neubauten später anzuschließen.

Dass die Chance zu einer schnellen Heizkostenreduzierung im Rahmen der anstehenden Gebäudesanierungen und -erweiterungen nicht genutzt wird, ist für die SPD nur als weiteres Zeichen der Ignoranz der Quickborner CDU-Mehrheit erklärbar.

Die hierdurch vertanen Chancen für Quickborn häufen sich.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 11.02.2008, 19:30 Uhr - 7622 Clicks - Nr. 153

Kein Kind ohne Mahlzeit

Kreisbeteiligung an der Initiative „Kein Kind ohne Mahlzeit.“

Die Teilnahme darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein, fordert Thorsten Fischer - Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses und jugendpolitischer Sprecher der SPD

„Die Teilnahme am Mittagessen im Kindergarten darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein“, so umreißt Thorsten Fischer, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion, die aktuellen Initiative der Sozialdemokraten. Mit einem Antrag im Jugendhilfeausschuss (JHA) in Höhe von 10.000,00 € will die SPD eine finanzielle Beteiligung des Kreises an der Initiative „Kein Kind ohne Mahlzeit“ der Sozialministerin Gitta Trauernicht erreichen.

„Die Initiative sein lobenswert“ –so Fischer- „doch sie stellt nicht sicher, dass alle Kinder eine Mahlzeit bekommen.“ Die „Trauernicht-Initiative“ sieht eine Elternbeteiligung von 1,00 € pro Mahlzeit vor. Zusammen mit einem monatlichen Eltern – Mindestbeitrag von 15.50 € beläuft sich die Gesamtbelastung auf 35,50 €. Das sind 10% des Hartz IV Regelsatzes von 347,00 €, den z.B. eine alleinerziehende Mutter erhält, rechnet Fischer vor. Für ihn eine sozial nicht zu verantwortende Belastung.

Mit dem Kreiszuschuss wollen die Sozialdemokraten erreichen, dass alle Kinder von einkommensschwachen Familien eine kostenlose Mahlzeit erhalten. „Es handelt sich dabei nicht um ein Almosen“, stellt Fischer klar. Für die SPD muss die Teilnahme aller Kinder am Mittagessen ermöglicht werden und zwar unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Auch aus pädagogischen Gründen sei es erforderlich, dass alle Kinder am gemeinsame Mittagessen teilnehmen. Kein Kind dürfe davon ausgegrenzt werden.

Mit der Wiedereinführung einer kreisweiten und einheitlichen Sozialstaffel könnte –so der jugendpolitische Sprecher- die Teilnahme am Mittagessen verbindlich geregelt und unbürokratisch gelöst werden. Für eine solche Regelung sieht Fischer zur Zeit keine Mehrheit bei CDU und FDP. Er setzt unter den gegebenen Umständen auf ein Teillösung und ist optimistisch, im Jugendhilfeausschuss eine Mehrheit für die SPD-Initiative zu bekommen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.02.2008, 09:47 Uhr - 1337 Clicks - Nr. 154

SPD setzt Vernunft in der Ladenöffnungspolitik durch!

Zu dem von der Oberbürgermeisterin vorgelegten Entwurf einer Stadtverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass an Sonn- und Feiertagen im Jahr 2008 erklären der innenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Wagner, und der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann:

"Im Jahr 2008 soll es nach dem vorliegenden Entwurf einer Stadtverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass an Sonn- und Feiertagen nur sieben Sonntagsöffnungen geben. Mit dieser deutlichen Reduzierung gegenüber den Vorjahren kehrt nun endlich Vernunft in die Kieler Ladenöffnungspolitik ein. Es hat auch lange genug, nämlich über ein Jahr gedauert! Auf Initiative der SPD hat die Öffentlichkeit ihre kritische Stimme gegen die Aushöhlung der Sonn- und Feiertagsruhe erhoben. Durch die neue Verordnung wird nun den Interessen der im Einzelhandel Beschäftigten - es sind zu drei Vierteln Frauen - besser Rechnung getragen. Wir gratulieren den Kirchen, dem Handel und den Gewerkschaften zu ihrer einvernehmlichen Einigung auf sieben Sonntagsöffnungen. Die SPD hatte

leider vergeblich versucht, die Oberbürgermeisterin zur Moderation einer solchen Einigung zu bewegen, scheiterte aber an dem Widerstand der CDU und der GRÜNEN, die einsam mit Oberbürgermeisterin Volquartz und gegen den Widerspruch von Kirchen, Gewerkschaften, Sozialdemokraten und den Handelsorganisationen für möglichst umfassende Sonntagsöffnungen focht.

Nach der vorgelegten Stadtverordnung wird es an keinem Sonntag im gesamten Stadtgebiet erlaubte Öffnungen geben, sondern immer nur in einzelnen Stadtteilen. Diese örtliche Beschränkung erlaubt aus unserer Sicht die Überschreitung der an sich im schleswig-holsteinischen Ladenöffnungszeitengesetz festgesetzten Höchstzahl von vier verkaufsoffenen Sonntagen. Zusätzliche Öffnungen würden die Grenzen des Rechts überschreiten."

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 12.02.2008, 10:04 Uhr - 8017 Clicks - Nr. 155

Flensburg Marathon YOU!MM erneut mit prominenter Schirmherrschaft!

In einem Schreiben an MdB Dr. Wolfgang Wodarg teilte der Generalsekretär des Europarates, Terry Davis, seine Zusage zur Übernahme der Schirmherrschaft über den 5.European Minority Marathon (YOU!MM) mit. Wodarg, der als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gute Kontakte zu Terry Davis unterhält, sprach nach dem erfolgreichen 4.YOU!MM den Generalsekretär an und verwies auf die bedeutsame Rolle der deutsch-dänischen Grenzregion in Fragen nationaler Minderheiten in Europa.



Von dort aus wirkt das Generalsekretariat der Federal Union of European Nationalities (FUEN) und das Center for Minority Issues (ECMI) hat im traditionsreichen Kompagnietor, direkt an der Hafensperrmauer, seinen Sitz.

Dr. Wolfgang Wodarg, der im Vorstand des ECMI arbeitet und sich sehr über die Zusage seines Generalsekretärs aus Straßburg freut, will wieder helfen eine SPD-Staffel auf die Beine zu stellen und ebenfalls an den Start gehen.

Der YOU!MM wird am **7.September 2008** zum fünften Mal durchgeführt und verbindet Lauffans aus Minderheits- und Mehrheitsgesellschaften miteinander. Titelverteidiger ist der Cornwalise David Buzza, der im Vorjahr in einer Siegerzeit von 2:32:24 zum zweiten Mal nach 2007 auf dem Siegerpodest stand. Der YOU!MM konnte in den zurückliegenden Jahren seine Beliebtheit durch die Zunahme der Staffeldisziplin (5er-Teams) steigern und verstärkte sein Angebot im Vorjahr durch den Halbmarathonwettbewerb. An allen Disziplinen waren im letzten Jahr rund 2000 Teilnehmer am Start. **Ausgezeichnet wurde dieses Sport- und Kulturfestival 2007 mit dem Stadtmarketingpreis Schleswig-Holstein, da neben der sportlichen Ausrichtung, das Werben um ein friedfertiges Miteinander in Europa, sowie die Darstellung der Veranstaltungsregion als Wirtschafts- und Tourismusstandort unternommen wurde.** Zehn ausländische Journalisten waren zum YOU!MM akkreditiert. "In diesem Jahr verstärken wir die Bemühungen um deutlich mehr Sportlerinnen und Sportler aus dem europäischen Ausland" bekennt Koordinator Ulrich Scholl und freut sich daher besonders über den prominenten Schirmherrn.

Anmeldungen per e-mail unter info@you-mm.de sind ab 15.Februar 2008 wieder möglich.

Weitere Informationen und Nachfragen bei: Ulrich Scholl Pressesprecher YOU!MM Mobil 0177 6060117

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 12.02.2008, 10:36 Uhr - 2957 Clicks - Nr. 156

Mindestlohn

Die SPD in Schleswig-Holstein fordert den Mindestlohn
Eine Woche für den Mindestlohn

Erfolgreiche Auftaktveranstaltung in Neumünster

Die SPD in Schleswig-Holstein und der Deutsche Gewerkschaftsbund in Norddeutschland haben eine Aktionswoche für den Mindestlohn eröffnet.

Der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner und der DGB-Nord-Vorsitzende Peter Deutschland haben mit dem Arbeitsminister aus Schleswig-Holstein sowie dem Parlamentarischen Staatssekretär aus dem Berliner Arbeitsministerium Franz Thönnies in der vollbesetzten Kantine der Stadtwerke in Neumünster die Forderung der SPD und des DGB nach Einführung eines Mindestlohnes deutlich gemacht.

Ralf Stegner betonte in seiner Rede „Jeder Arbeitnehmer soll von seinem Arbeitseinkommen leben können. Es gibt jetzt schon ca. 700.000 Arbeitnehmer, die trotz eigenem Arbeitseinkommen noch auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Das Firmen mit diesen Niedriglöhnen arbeiten, ist reine Abzocke“

Einen Angriff auf die Tarifautonomie sieht keiner von SPD und DGB durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes.

In der anschließenden Diskussionsrunde gab der AFA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädler allen Anwesenden folgenden Rat: „Jeder kann etwas tun. Fragen Sie doch mal in ihrer Autowerkstatt oder beim Einkaufen im Geschäft, ob dort eigentlich nach Tarif gezahlt wird.“

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 12.02.2008, 18:01 Uhr - 13755 Clicks - Nr. 157

Sektenbeauftragter begrüßt Beobachtung von Scientology

Der Sektenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Jörn Thießen, begrüßt das heutige Urteil des Oberverwaltungsgerichtes für Nordrhein-Westfalen, das die weitere Überwachung von Scientology zugelassen hat.

„Scientology ist ein pseudoreligiöser Strukturvertrieb“, sagt Thießen. „Wir müssen auf allen Ebenen Informationen darüber sammeln, ob sich diese Organisation gegen unsere Verfassungsordnung vergeht. Dazu ist die Beobachtung durch den Verfassungsschutz das richtige Mittel.“

Wer die Schriften Hubbards auch nur flüchtig liest, dem kann die Erkenntnis nicht verborgen bleiben, dass die Welt außerhalb dieser Organisation auf eine Stufe mit ‚Geisteskranken‘ gestellt und dementsprechend analysiert wird.“

Thießen betont, dass der Staat verpflichtet sei, dieser Organisation konkrete Verstöße gegen die

Verfassung nachzuweisen, um anhand der gesammelten Fakten die Erfolgsaussicht eines eventuellen Verbotsverfahrens zu prüfen.

Der Sektenbeauftragte: „Wir leben in einem freien Land, in dem sich jeder Mensch ‚operierender Thetan‘ nennen darf. Wenn eine Organisation jedoch offen oder verdeckt Menschen unterdrückt oder gegen unsere Grundsätze vorgeht, dann muss der Staat gegen diese von Amts wegen vorgehen.“

Kommentar von [Martin Herr](#) vom 21.05.2008, 17:12 Uhr:

RE: Sektenbeauftragter begrüßt Beobachtung von Scientology

Lieber Herr Thießen! Angeregt von dem angekündigten Engagement der Sciabtology-Organisation für Meldorf las ich den von der SPD lancierten Zeitungsartikel in der "Dithmarscher Landeszeitung" und bedanke mich für das Engagement ihrer Partei in Sachen Scientology. Allerdings: Scientology ist keine Sekte. Die Lehren des Mr Hubbard sind nicht religiös und das Geschäftsgbaren der Organisation hat mit Religion nichts zu tun. Bezeichnen Sie doch bitte Scientology zukünftig als das, was es ist: eine extremistische verfassungsfeindliche Organiation. Sie folgen damit der Sprachregelung bei der Hamburger Innenbehörde. Wie wichtig Sprachregelungen sind, können Sie leider auch bei Scientology lernen... Herzliche Grüße Martin Herr Westerfeldweg 1c 25704 Wolmerdorf

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 12.02.2008, 18:34 Uhr - 2903 Clicks - Nr. 158

SPD-Engelsby: Fachbereich Umwelt und Planen unter neuer Leitung

Die Leitung des Fachbereiches Umwelt und Planen wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt auf Frank Rolfes übertragen. Der Hauptausschuss der Ratsversammlung folgte nach Abschluss des Auswahlverfahrens in seiner heutigen Sitzung einem entsprechenden Vorschlag von Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner.

Mit der Übernahme der Fachbereichsleitung gibt Rolfes die Funktion als Geschäftsführer der Flensburger Gesellschaft für Stadterneuerung (FGS) auf.

Die Nachbesetzung der Fachbereichsleiterstelle wurde erforderlich, weil Dr. Peter Schroeders mit Wirkung zum 1. März die Nachfolge von Bernd Köster als Stadtarchitekt und Fachbereichsleiter Kommunale Immobilien antritt.

Das Auswahlverfahren der mit hoher Verantwortung verbundenen Stelle konnte der diplomierte Stadt- und Regionalplaner, der nach seinem Referendariat zusätzlich den Titel „Bauassessor“ erworben hat, für sich entscheiden.

Frank Rolfes ist seit dem 1. September 1991 bei der Stadt Flensburg beschäftigt. Bis zum 30. Juni 2003 war er Leiter der Stadtsanierung. Seit dem 01. Juli 2003 ist er alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer der Flensburger Gesellschaft für Stadterneuerung.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 12.02.2008, 22:48 Uhr - 5901 Clicks - Nr. 159

Ralf Stegner bei der Flensburger SPD: „Mindestlöhne sind ein kommunales Thema –

Flensburg. Die Diskussion um die Einführung von Mindestlöhnen betrifft ganz konkret auch die Kommunen. Das machte Ralf Stegner, Landesvorsitzender der SPD in Schleswig-Holstein, deutlich, als er sich jetzt in der Akademie Sankelmark mit dem Kreisvorstand der Flensburger SPD traf. „Mindestlöhne sind ein kommunales Thema – auch in Flensburg“, so Stegner. „Denn die Kommunen sind es, die mit Sozialtransfers die Niedriglöhne mancher Arbeitgeber ausgleichen müssen. Dieses Geld fehlt dann z.B. für besser ausgestattete Schulen, mehr Klimaschutz oder bessere Kinderbetreuung.“



Die Kommunen sind sogar doppelt betroffen, erläuterte Ralf Stegner: „Denn heute gezahlte Niedrigstlöhne sind für Magerrenten von morgen verantwortlich. Und auch diese muss dann wieder die Kommune ausgleichen.“ Auf Kosten der Kommunen und auf dem Rücken der Arbeitnehmer wird bei Niedrigstlöhnen die soziale Marktwirtschaft ad absurdum geführt, meint auch die Flensburger SPD. „Denn mit angeblich fairem Lohn für gute Arbeit hat dies nichts zu tun“, so der Kreisvorsitzende Helmut Trost. Einig sind sich die Flensburger Sozialdemokraten mit ihrem Landesvorsitzenden darin, dass die Leistungen der Menschen und ihre Arbeit anerkannt werden müssen.

Gesicherte Lohnuntergrenzen führen, so Trost, auch zu steigenden Rentenansprüchen: „Der Arbeitnehmer, der mehr verdient, zahlt auch mehr in die Rentenkasse. Flächendeckende Mindestlöhne schützen also auch vor Altersarmut. Und sie entlasten auf diese Weise Kommunen wie Flensburg, die sonst bei diesen alten Menschen helfen müssten.“

„Das Beispiel von jemandem, der sein Arbeitsleben lang Wachmann ist, zeigt: Bei einem Mindestlohn von beispielsweise 7,50 Euro ergäbe sich – inklusive Riesterrente – eine Altersversorgung von rund 1000 Euro. Das ist schon deutlich mehr als für Wachleute, die heute einen Minilohn von 5,20 Euro die Stunde bekommen und als Rentner mit etwa einem Drittel weniger auskommen müssen“, verdeutlichte der Kreisvorsitzende.

„Mindestlöhne sind auch eine Frage des gesellschaftlichen Anstands“, meinte Ralf Stegner. Faire Löhne auch im Niedriglohnbereich, dafür stehe die SPD. Gerade in Schleswig-Holstein habe der Kampf gegen Lohndumping große Bedeutung: „Wir haben einen verhältnismäßig großen Anteil von Zeitarbeit, z.B. in Call-Centern und im Tourismus. Deshalb ist unser Interesse an der Regelung des Mindestlohn-Problems besonders groß.“ Der Mindestlohn sei ein zwingendes Gebot sozialer Gerechtigkeit. „Wir brauchen Mindestlöhne, die tarifvertraglich von Arbeitgebern und Gewerkschaften ausgehandelt werden. Überall dort, wo das nicht geschieht, bedarf es eines gesetzlichen Mindestlohnes“, so Ralf Stegner.

Keine Kommentare

Die Mehrheit möglich machen

Die SPD-Holtsee hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 12. Februar 2008 ihre Liste für die Kommunalwahl am 25. Mai beschlossen.

Bürgermeisterkandidat der SPD ist der 1. stellvertretende Bürgermeister Jens-Peter Frank. Er führt eine Liste an, die aus erfahrenen Kommunalpolitikern und sehr engagierten Neulingen die Grundlage für eine schlagkräftige Fraktion bilden.

Neu in diesem Jahr ist, dass sich auf der Liste der SPD-Holtsee auch Kandidatinnen und Kandidaten befinden, die nicht Mitglieder der SPD sind. Tatsache ist, dass die Menschen bereit sind, sich kommunal zu engagieren, aber dafür noch nicht den Schritt in eine politische Partei tun wollen. Die SPD ist stolz darauf, auf diesem Weg die Bürgerbeteiligung zu verbreitern und zusätzlich know-how für die Arbeit in der Gemeinde gewonnen zu haben.

Die weiteren Direktkandidatinnen und -kandidaten der SPD-Holtsee sind Hubertus Fiedler (Gemeindevertreter und SPD-Fraktionsvorsitzender), Helga Frank, Thomas Jeworrek, Carsten Ballach (Gemeindevertreter), Ingo Ratajczak (wählbarer Bürger im Bauausschuss) und Hartmut Trimpler (langjähriger Gemeindevertreter).

Die weiteren Listenplätze nehmen ein:

Rolf Ohlsen, Kandy Weide, Stefanie Ohlsen, Susanne Wiese, Renate Maßmann und Helga Schnaase.

Zielsetzung und Hauptaufgabe der SPD wird in der nächsten Legislaturperiode die Dorfentwicklungsplanung sein. Nur eine SPD-Mehrheit in der Gemeindevertretung kann eine optimale Bürgerbeteiligung und die längst überfällige Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen sicherstellen.

Die SPD-Holtsee geht sehr optimistisch in diese Wahl, Helga Schnaase, Ortsvereinsvorsitzende: „Eine Mehrheit der Sitze ist möglich. Unser Ortsverein hat einen Zuspruch wie schon lange nicht mehr. Wir haben in den letzten 12 Monaten so viele neue Mitglieder gewonnen wie seit der Gründung des Ortsvereins nicht mehr. Diese Energie werden wir für die Gemeinde erfolgreich umsetzen.“

Kommentar von [christine fiedler](#) vom 20.02.2008, 23:21 Uhr:

RE:Die Mehrheit möglich machen

dem webmaster sei gedankt!

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 13.02.2008, 11:15 Uhr - 8085 Clicks - Nr. 161

Mindestlohn-Aktionswoche

Millionen Menschen arbeiten in unserem Land für Armutslöhne. Die SPD will tarifliche Mindestlöhne über das Arbeitnehmerentendegesetz und einen gesetzlichen Mindestlohn als untere Haltelinie. Lohndumping ist unsozial und ökonomisch kontraproduktiv. Mindestlöhne sind ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Wer den ganzen Tag arbeitet, muss sich und seine Familie von dem erarbeiteten Lohn auch ernähren können!



Mindestlöhne sind ein Gebot des fairen Wettbewerbs. Wir wollen Wettbewerb über Produktivität und Qualität der Leistung, nicht über Lohndumping. Es kann nicht sein, dass die Steuerzahler Lohndumping mancher Firmen durch ergänzendes Arbeitslosengeld II bezahlen müssen.

Ich unterstütze die Kolleginnen und Kollegen der Telekom Tochter Vivento, die um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze in Flensburg und um Schutz vor weiterer Ausgliederung in eine neue Billiglohn-Firma kämpfen und fordere die Arbeitgeber auf, ihre Arbeitnehmer fair zu entlohnen und dem Lohn-Dumping den Rücken zu kehren! Die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter kämpfen derzeit ebenfalls um eine angemessene Mindestlohnregelung. Auch Ihnen gilt unsere Solidarität.

Auch wenn mit dem jetzigen Koalitionspartner ein bundesweiter genereller Mindestlohn nicht möglich ist, **wird die SPD an dieser Forderung festhalten und sich für starke Gewerkschaften und gerechten Lohn für gute Arbeit unermüdlich einsetzen.**

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Termine zum Thema: u.a. Flugblattaktion in Schleswig, Betriebs- und Personalrätekonferenz in Flensburg. Siehe Ankündigungen!

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 13.02.2008, 13:34 Uhr - 3326 Clicks - Nr. 162

Bischofssitz und Kirchenverwaltung gemeinsam in Kiel!

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte in der Nordelbischen Kirche (NEK) über die Bildung der Nordkirche erklärt Rolf Fischer, kirchenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

Bischofssitz und NEK-Kirchenamt müssen in Kiel bleiben. Es ist auf Dauer kontraproduktiv, eine dieser Institutionen im Sinne eines Kompromisses von Kiel z.B. nach Lübeck zu verlegen. In diesem Sinne habe ich an den Leitenden Bischof Knuth und an die Mitarbeitervertretung des Kirchenamtes geschrieben.

Die Landeshauptstadt wäre der richtige Ort für ein bedeutendes kirchliches Zentrum in der neuen Nordkirche, der auch die Identifikation mit der neuen Struktur erhöhen könnte. Der Verlust des angekündigten Bischofssitzes oder der Wegzug der Verwaltung wären ein herber Verlust für Kiel.

Der Brief an den Leitenden Bischof und an die Mitarbeitervertretung im Wortlaut:

„Die Reform der NEK ist ein notwendiger und tief greifender Prozess, der u.a. deshalb schwierig ist, weil heute Entscheidungen getroffen werden müssen, die ihre positiven Wirkungen erst in der Zukunft zeigen. Im politischen Feld der Kommunalreform kennen wir diese Situation zwischen nachvollziehbarer Beharrung und notwendiger Bewegung sehr gut. Der Prozess ist sensibel und die Politik ist gut beraten, sich zurück zu halten.

In einem Punkt aber, insbesondere vor dem Hintergrund der Verlegung anderer Einrichtungen (z.B. UKSH), scheint es mir als kirchenpolitischer Sprecher meiner Fraktion – und, ich gebe es zu: als Lokalpatriot angeraten, eine Meinung zu äußern, die nicht als Einmischung, sondern bitte als

Anregung verstanden werden möchte: Bischofssitz und Kirchenamt gehören nach und zu Kiel.

Es wäre der Landeshauptstadt und der ganzen Region eine Freude und Ehre, wenn der Sitz des leitenden Bischofs – wie in Aussicht gestellt – in Kiel etabliert würde. Ich werbe also deutlich für den Bischofssitz. Unmittelbar damit verbunden sollte aber auch das Kirchenamt am bisherigen Standort bleiben. Denn es ist fraglich, ob durch einen Kompromiss mit „Symbolcharakter“, d.h. durch eine Trennung beider Standorte, wie zumindest von den Mitarbeitern angedeutet, ein Ausgleich der Interessen wirklich erreicht würde. Die Erfahrung zeigt, dass über kurz oder lang die Debatte über die Sinnhaftigkeit einer Aufteilung wieder beginnen wird. Bischofssitz und Kirchenamt hätten alle Möglichkeiten, von Kiel weit über die Grenzen der Nordkirche hinaus zu wirken. Die Landeshauptstadt ist mit der CAU und der theologischen Fakultät, dem Sitz von Landesregierung und Parlament, den Büros wichtiger NGO und anderer weit über die Landesgrenzen agierender Institutionen der richtige Ort für ein so bedeutendes kirchenpolitisches Zentrum. Ich bin auch überzeugt, dass die Entscheidung, Bischofssitz und Verwaltung gerade in der Landeshauptstadt zu belassen, die Identifikation der Kirchenglieder mit der neuen Nordkirche erhöhen wird.

Ich würde mich freuen, wenn diese „Werbung“ für den Kieler Bischofssitz und den Erhalt der Kirchenverwaltung in Ihre Diskussion Eingang finden könnte. Für uns wäre eine jegliche Verlegung ein herber Verlust.“

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 13.02.2008, 13:40 Uhr - 3803 Clicks - Nr. 163

Kein Ausschachten des UKSH!

Zu der heutigen Berichterstattung über ein neues Gutachten zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein erklären der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Baasch, und der wissenschaftspolitische Sprecher Jürgen Weber:

Die SPD-Landtagsfraktion wird einer Privatisierung des UKSH nicht zustimmen. Wir haben gesagt, dass in bestimmten Bereichen andere Rechtsformen vorstellbar sind und wir private Beteiligungen prüfen.

Dabei geht es darum, privates Knowhow und Kapital zu nutzen - allerdings in gegenseitigem Interesse und als Bestandteil eines Gesamt-Sanierungskonzeptes. Wir werden nicht zulassen, dass das UKSH zum Ausschachten freigegeben wird!

Wer das UKSH ernsthaft und nachhaltig sanieren will, kann dies nicht gegen, sondern nur mit den Beschäftigten tun. Mit der SPD ist eine Sanierung auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zu machen! Wer die vermeintliche Streikbereitschaft der Beschäftigten auslotet und mit Ausgliederungen droht, sucht den Konflikt und macht Stimmung gegen die Mitarbeiter. Dies belastet die Tarifverhandlungen, die im Interesse des UKSH zu einer vernünftigen Lösung führen müssen.

Wir fordern Vorstand und Aufsichtsrat des UKSH sowie Landesregierung auf, weiter an einem zukunftsfähigen Sanierungskonzept zu arbeiten, das die wissenschaftliche Exzellenz und das hohe Niveau der medizinischen Versorgung sowie die Arbeitsplätze und die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens dauerhaft sichert.

Keine Kommentare

ASF-SH: Offener Brief an UNICEF-Deutschland

Stoppen Sie die Schmutzkampagne gegen Heide Simonis !

"Als Organisation politisch aktiver Frauen fordern wir Sie dringend auf, den unerträglichen Anwürfen, die in der Öffentlichkeit gegen die ehemalige Vorsitzende von UNICEF Deutschland, Heide Simonis, vorgebracht werden, entschieden entgegenzutreten.

Gleichfalls erwarten wir von Ihnen, auch aus den eigenen Gremien heraus – wie immer sich diese nach dem Rückzug des Geschäftsführers Dietrich Garlichs zusammensetzen mögen – nichts (mehr) zu äußern, das die verdienstvolle Arbeit von Frau Simonis nachträglich in ein negatives Licht rücken könnte.

Aus unserer Sicht ist es nicht zu verstehen, dass Frau Simonis, solange sie Vorsitzende von UNICEF Deutschland war, nicht allein mit ihren zukunftsweisenden Verbesserungsvorschlägen im Vorstand nicht durchdringen konnte – sondern in der Folge auch persönlich isoliert und zur allein Schuldigen an der gegenwärtigen Krise von UNICEF Deutschland erklärt wurde. Dies entsprach, wie jetzt immer mehr deutlich wird, der Wahrheit nicht!

Wenn schwerwiegende Anschuldigungen gegen eine gemeinnützig wirkende Organisation wie UNICEF vorliegen, wie sie im Sommer gegenüber Frau Simonis vorgebracht wurden, dann muss reagiert werden. Auch wenn diese Anschuldigungen anonymer Natur waren, so zeichneten sie sich doch durch genügend detaillierte interne Kenntnisse aus, um eine selbstkritische Reflektion zu erfordern.

Heide Simonis reagierte – nicht nur, weil öffentlicher Druck durch die Frankfurter Rundschau aufgebaut worden war. Sie wusste, die Spenderinnen und Spender und die vielen ehrenamtlichen MitarbeiterInnen erwarteten es von ihr.

Frau Simonis entwickelte mit ihrem 10-Punkte-Katalog eine klar definierte Handlungsanweisung, die eine Grundlage für die zukünftige gemeinsame Arbeit hätte sein können. (Es verwundert ein wenig, dass z. B. die „strikte Anwendung des „Vier-Augen-Prinzips“ dort als Forderung auftauchte. „Was war/ist bei UNICEF bisher üblich?“, fragt sich die Öffentlichkeit.)

Die bisher bekannten „Eckpunkte“ des jetzigen Vorstandes sind davon nur ein matter Abklatsch und erscheinen nicht geeignet, die beanstandeten Vorgänge bei UNICEF Deutschland für die Zukunft auszuschließen. Wir erwarten, dass nach dem Rücktritt von Herrn Garlichs ein überzeugenderes Konzept gefunden wird, um das verloren gegangene Vertrauen wiederherzustellen.

Was wir vor allem erschütternd fanden, war das Beharren des Vorstandes auf der richterlichen Feststellung, es habe nichts juristisch Verwerfliches stattgefunden. Von einer weltweit operierenden Organisation im gemeinnützigen Bereich kann jedoch verlangt werden, dass sie sich nicht nur „juristisch“ sondern auch moralisch untadelhaft verhält!

Die Forderung von Heide Simonis, dass der Geschäftsführer für die Dauer der Untersuchung sein Amt ruhen lässt, ist eine übliche Vorgehensweise und entsprach den Erwartungen der Spenderinnen und Spender. Wir sehen in dessen nachträglichem Rücktritt eine Bestätigung der Auffassung der ehemaligen Vorsitzenden und einen Beweis, wie sehr sie Recht hatte! Der jetzige UNICEF-Vorstand sollte die Chance ergreifen, wieder auf Frau Simonis zuzugehen und ihren Ideen, aber auch ihrer Person endlich Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Was noch?

Aus unserer Sicht das absolute Minimum wäre: Externe Evaluation – und eine Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts: Es darf nicht nur interne Überprüfungen geben, deren Ergebnisse allein den Mitgliedern zugänglich sind. Es muss eine öffentliche Transparenz über das Finanzgebaren erfolgen!

Heide Simonis zeigte kein Fehlverhalten. Wir danken ihr für ihren Mut. Ihr Verhalten war aufrecht, integer und stellt im Nachhinein betrachtet den ersten Schritt dar, für UNICEF Deutschland eine öffentliche Vertrauensbasis zurück zu gewinnen – zum Wohl der benachteiligten Kinder dieser Welt!"

Kommentar von [Hans-Joachim Schneider](#) vom 15.02.2008, 18:37 Uhr:

RE:ASF-SH: Offener Brief an UNICEF-Deutschland

Liebe Genossinnen, Ihr sprecht mir (und vielen Anderen)mit diesem Brief voll aus der Seele.Heide hat sich für UNICEF aufgeopfert und ist dafür mit Schmutz übergossen worden.Sie hat absolut Recht behalten.Mit dem Rücktritt von Herrn Garlichs ist es nicht getan. Der gesamte Vorstand muss schnellstmöglichst zurücktreten, um einen Neuanfang zu ermöglichen. Mit roten Grüßen Hajo Schneider

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 13.02.2008, 14:51 Uhr - 2601 Clicks - Nr. 165

Es wird spannend!

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zum Wegfall der 5%-Klausel in Schleswig-Holstein:

"Der Landtag wird das Wahlgesetz für die Kommunalwahl am 25.Mai 2008 jetzt ändern müssen. Damit fällt die 5% Hürde und kleine Parteien/Gruppierungen oder Einzelbewerber erhalten die Möglichkeit, in die Ratsversammlung gewählt zu werden.

Für die Landeshauptstadt Kiel bedeutet die Karlsruher Entscheidung, dass der kommenden Ratsversammlung vermutlich mehr Fraktionen angehören werden und es auch fraktionslose Ratsmitglieder geben könnte.

Entscheidend ist, dass sich die katastrophale Wahlbeteiligung von 47,3 % bei der letzten Kommunalwahl nicht wiederholt. Der Wegfall der 5%-Klausel könnte dabei hilfreich sein. Die Chance der SPD, neue Mehrheiten finden zu können, steigt.

Die Verständigung darauf, verlässliche politische Mehrheiten in der Ratsversammlung für eine Wahlperiode zu bilden, entwickelt sich anspruchsvoller. Es wird spannend."

Kommentar von [Thilo Pfennig](#) vom 12.04.2011, 19:20 Uhr:

RE: Es wird spannend!

Ach so, alter Artikel, der nur in RSS als brandneu angezeigt wurde...

Kommentar von [Thilo Pfennig](#) vom 12.04.2011, 19:18 Uhr:

RE: Es wird spannend!

Seit wann sit frau Kietzer denn Fraktionsvorsitzende der SPD?

[SGK-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 13.02.2008, 16:00 Uhr - 1738 Clicks - Nr. 166

Zur heutigen Entscheidung zum Wegfall der 5 %-Hürde

Zur heutigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Wegfall der 5 %-Hürde für die schleswig-holsteinische Kommunalwahl am 25.05.2008 erklärt der SGK-Landesvorsitzende, Rendsburgs Bürgermeister Andreas Breitner:

„Ich freue mich über den Wegfall der 5 %-Hürde.

Die schleswig-holsteinischen Kommunalparlamente werden dadurch bunter, vielfältiger und interessanter. In Zukunft reichen z. B. in Lübeck rund 2 % und in Rendsburg rund 3 % der Stimmen für den Einzug in die Bürgerschaft bzw. Ratsversammlung.

Für mich bedeutet die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Durch die verbesserte Chance auf ein Mandat, erhöht sich auch der Anreiz politisch aktiv zu werden und für die Kommunalparlamente zu kandidieren. Damit spiegelt sich noch stärker die Vielfalt der politischen Meinungsbildung wider.“

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster West](#) - veröffentlicht am 13.02.2008, 19:11 Uhr - 4117 Clicks - Nr. 167

Skat- und Kobelabend des Ortsvereins West

Am 09.02.08 fand wieder der alljährliche Skat- und Knobelabend des Ortsvereins West im Gemeinschaftshaus in der Domagkstraße statt.

Dabei hat zum allerersten Mal mit Heinrike Sparbier eine Frau das Skatturnier gewonnen.

Doch auch sonst gibt es von diesem Abend nur Gutes zu berichten: Mit 42 Teilnehmern war die Veranstaltung sehr gut besucht, die Stimmung unter den Anwesenden war mal wieder unschlagbar. Fotos von der Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Kommentar von [Heinrike Sparbier](#) vom 31.03.2008, 14:10 Uhr:

Skat- und Kobelabend des Ortsvereins West

Sehr geehrter Herr Sudermann, sehr geehrter web-site-Betreuer, vielen, vielen Dank, dass Sie endlich dieses grausame Foto von mir aus Ihrem Bericht über den Skat- und Knobelabend des Ortsvereins West getilgt haben! Es wäre schön, wenn Sie alles von Ihrem Skat- und Knobelabend bald ganz löschen würden, damit ich im Internet nicht mehr namentlich erwähnt werde (es ist mir peinlich). Mit freundlichen Grüßen und toi, toi, toi für die nächsten Kommunalwahlen Heinrike Sparbier

[SPD Neumünster-Einfeld](#) - veröffentlicht am 13.02.2008, 19:24 Uhr - 3015 Clicks - Nr. 168

Ortsverein Einfeld mit neuem Internetauftritt

Endlich ist es soweit: Der Ortsverein Einfeld ist im Internetangebot des SPD-Kreisverbandes Neumünster präsent.

Unter www.spd-neumuenster.de/einfeld ist der Auftritt ab sofort zu erreichen. Mit Blick auf die anstehende Kommunalwahl wird in naher Zukunft ein vielfältiges Informationsangebot zur Verfügung stehen.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 13.02.2008, 21:39 Uhr - 9108 Clicks - Nr. 169

MdB Sönke Rix zur Kindergeld-Diskussion

Warum die CDU-Spitze schon jetzt mit ihrer "Hamburger Erklärung" ankündigt, das Kindergeld zum 1. Januar 2009 erhöhen zu wollen, liegt auf der Hand: Am 24. Februar wird im Hamburg gewählt, und die Lage sieht für CDU-Bürgermeister von Beust nicht allzu gut aus. Da müssen offenbar einfache Formeln her, um zu retten, was zu retten ist.

Der aktuelle Streit ist zum jetzigen Zeitpunkt im Grunde genommen heiße Luft. Förderung oder Bares? Betreuung oder Kindergeld? Das sind die Fragen, die die aktuelle Debatte beherrschen.

Fakt ist: Der Gesetzgeber ist verpflichtet, in regelmäßigen Abständen zu prüfen, ob das Existenzminimum, das Familien ohne Abzug von Steuern belassen werden muss, angesichts der Lebenshaltungskosten noch hoch genug ist. Bis zum Herbst 2008 wird mit dem Existenzminimumbericht ermittelt, ob Steuerlast und Existenzminimum noch im Einklang stehen. Man kann jetzt schon davon ausgehen, dass das nicht der Fall sein wird. Dann werden die Steuerfreibeträge angepasst und damit ist es für uns auch keine Frage, dass das Kindergeld erhöht wird. Schließlich kommt der Steuerfreibetrag im Wesentlichen den Besserverdienenden zu Gute. Mittel- und Geringverdiener stellen sich mit dem Kindergeld besser und dürfen nicht ausgeschlossen werden.

Schon im letzten Jahr hat der Bund über 4 Milliarden Euro als Sondervermögen für den Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt. Das Gesetz dazu sieht vor, dass bis 2013 für rund ein Drittel aller ein- bis sechsjährigen Kinder ein Betreuungsplatz zur Verfügung gestellt wird. Die Kindertagesbetreuung auszubauen, ist ein vernünftiger Weg, sowohl die frühkindliche Bildung zu fördern als auch die Kinderarmut zu bekämpfen. So käme es garantiert den Kindern zu Gute.

Aber das ist eigentlich alles zu kurz gesprungen. Deutschland verfügt über eine Vielzahl von staatlichen Maßnahmen und Leistungen, die Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensphasen unterstützen. Von 100 Milliarden sprechen die einen, mehr als den doppelten Betrag identifizieren andere. Trotz dieser enormen Zahlen herrscht die Meinung vor, in Deutschland werde zu wenig für Familien getan.

Ich meine, es wird allerhöchste Zeit, dass alle familienpolitischen Leistungen auf den Prüfstand gestellt werden, denn oft sind die Transferleistungen für Familien nicht mehr zeitgemäß und häufig auch ungerecht verteilt.

Die Zersplitterung der Geldleistungen für Familien muss beendet werden. Vernünftige Vorschläge und Konzepte liegen bereits vor. An dem aktuellen Streit wird vor allem eines deutlich: Die Familienpolitik ist zu einem wichtigen Kernthema geworden. Entsprechend ernst sollte es diskutiert und nicht an Landtagswahlterminen ausgerichtet werden.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 14.02.2008, 00:53 Uhr - 6480 Clicks - Nr. 170

SPD: Gemeinsames JAW wäre eine Zukunftsoption

Das Jugendaufbauwerk in Süderbrarup macht weiter Schlagzeilen. Sowohl die SPD im Kreis Schleswig-Flensburg als auch in der Stadt Flensburg sprachen sich jetzt dafür aus, bei der Sicherung auch einen gemeinsamen Weg der JAW's in Flensburg, Süderbrarup und Schleswig ins Auge zu fassen.

„Im Sinne der jungen Menschen sehen wir eine Zusammenführung als mögliche Option an, wenn wir die besonders benachteiligten jungen Menschen nicht ins Abseits schieben wollen,“ meinen die beiden Kreisvorsitzenden Dirk Peddinghaus und Helmut Trost.

Für die Flensburger SPD-Ratsfraktion ist das Ergebnis der gegenwärtig laufenden Prüfung, ob das Flensburger JAW mit der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Bequa zusammengeführt werden sollte, noch völlig offen. „Wir erwarten eine unvoreingenommene Prüfung und eine präzise

Darstellung der Chancen und Risiken“, so ihr Fraktionsvorsitzender Rolf Helgert.

Auch hinsichtlich der zukünftigen Rechtsform erwartet die SPD eine sorgfältige Prüfung. „Wichtig ist beispielsweise, dass die Förderfähigkeit von Investitionen nicht gefährdet wird“, meint der Flensburger SPD-Vorsitzende Helmut Trost. „Das JAW Flensburg ist eine qualitätsorientierte, kompetente Bildungseinrichtung. Die erfolgreiche Arbeit dieses faktisch kostendeckend arbeitenden Jugendaufbauwerkes gilt als vorbildlich. Darum muss auch die Diskussion um Standortfragen und räumliche Konzentration zu einem positiven Abschluss gebracht werden.“

Dirk Peddinghaus: „Die SPD setzt ein klares Zeichen für die erfolgreiche Arbeit der bestehenden JAW's. Ich persönlich erwarte durch eine Zusammenarbeit hohe Synergieeffekte, die sowohl das Angebot des neuen JAW's betreffen, wie auch die finanzielle Situation deutlich positiver gestalten. Die SPD zeigt damit, dass für sie die Eingliederung junger Menschen in das Berufsleben besonders wichtig ist.“

Kein Verständnis hat man bei der SPD dafür, dass der Kreis das Angebot der Stadt Flensburg, sich an dem Prüfauftrag zu beteiligen, abgelehnt hat. In der Vorlage für den Flensburger Bildungsausschuss hatte die Verwaltung mitgeteilt, dass man den Prüfauftrag „um Fragestellungen zu einer weitergehenden Verbindung der Einrichtungen ergänzen“ wollte. „Dieses Angebot hat der Kreis Schleswig-Flensburg nicht angenommen“, heißt es wörtlich in der Sitzungsvorlage.

Die Verwaltungen müssten vielmehr so schnell wie möglich in konkrete Verhandlungen einzutreten, um die Zukunft der Jugendaufbauwerke zu sichern. „Wir können uns keine weitere Verzögerung leisten, wenn wir nicht das einmalige Angebot an die betroffenen jungen Menschen verlieren wollen“, so die übereinstimmende Meinung.

Nach der Entscheidung der Schleswiger Ratsversammlung für eine gemeinsame GmbH seien nunmehr die Verwaltungen in drei Gebietskörperschaften aufgefordert, die Zukunft der drei JAW's auf den Weg zu bringen. Vor dem Hintergrund des engen Zeitplanes des JAW Süderbrarup – bis Anfang März muss die Entscheidung in Schleswig-Flensburg getroffen sein – plädiert Peddinghaus zunächst für die umgehende Gründung einer gemeinnützigen kreiseigenen GmbH. Diese könnte seiner Auffassung nach im weiteren Verlauf durch die Zusammenführung mit den JAWs der Städte Flensburg und Schleswig erweitert werden.

Die Zukunft der Jugendaufbauwerke war Gegenstand von Beratungen auf einer Wochenendklausur der Flensburger SPD und des Vorstandes der Kreis-SPD am Montag. Die beiden Vorstände vereinbarten für die Zukunft eine enge Kooperation und inhaltliche Zusammenarbeit. Themen wie die bevorstehende Funktionalreform, die Schulentwicklungsplanung und die JAW-Diskussion zeigten, dass man gemeinsam mehr für die Menschen in Stadt und Kreis erreichen könne.

Keine Kommentare

Kampf um Flensburger VCS-Arbeitsplätze: Resolution übergeben

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Telekom-Tochterfirma "Vivento Customer Services" in Flensburg übergaben Dr. Wolfgang Wodarg eine Resolution zu einem Sozialkodex bei der Deutschen Telekom, die sie zuvor einstimmig in einer Betriebsversammlung beschlossen hatten.

"Liebe Kolleginnen und Kollegen, als langjähriges ver.di-Mitglied darf ich Euch so anreden, ich nehme Eure Resolution gerne entgegen und werde sie mit einem Begleitschreiben an alle Fraktionen im Deutschen Bundestag weiterleiten. Ich finde es gut und richtig, dass Ihr heute Eure Interessen so deutlich und offen vertreten und denen da oben, also uns Politikern in Berlin, wieder einmal deutlich vor Augen führt, welche Konsequenzen Privatisierungsentscheidungen für die Lebenswirklichkeit der betroffenen Menschen haben.

Ich bin hier und bringe damit meine Solidarität zum Ausdruck, weil ich der Meinung bin, dass Staat und Kommunen Verpflichtungen und Verantwortung tragen für wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge. Dazu gehören besonders die Bereiche Mobilität, Kommunikation, Ver- und Entsorgung, Gesundheit und Pflege," betonte Dr. Wodarg vor den etwa 150 Versammelten. Er meinte, dass sehr wohl bestimmte Aufgaben an Privatfirmen übertragen werden können, dass Staat und Kommunen jedoch nicht das Ruder aus der Hand geben und eine Entwicklung zulassen dürfen, bei der wichtige Bereiche des Gemeinwohles für privaten Profit ausplündert werden und die Interessen der Beschäftigten völlig aus den Augen verloren gehen.

"Es ist angesichts der aktuellen Privatisierungsdebatte um die Bahn AG wichtig, dass Ihr der Öffentlichkeit die oft versteckten Konsequenzen solcher Privatisierungen durch Eure heutige Demonstration klar macht!" bestätigte der Bundestagsabgeordnete.

Anlass der Betriebsversammlung der VCS in Flensburg sind die **Pläne des Unternehmens, die ca. 150 Arbeitsplätze aus Flensburg abzuziehen** und nach Rendsburg zu verlagern. Dies würde für die Beschäftigten, unter denen zahlreiche Teilzeitkräfte und auch Alleinerziehende sind, besondere Härten und Probleme schaffen.

Für Flensburg bedeutet es, dass wieder ein "ganzer Batzen" Arbeitsplätze in dieser Stadt verloren geht. Nicht nur deswegen bekundeten auch die SPD-Ratsherren Kai List, Stephan Menschel und Ralf Günter Schröder und der SPD-Kreisvorsitzende Helmut Trost durch ihre Anwesenheit ihre Solidarität mit den Beschäftigten der VCS.

Keine Kommentare



KEINE KÜRZUNGEN AUF KOSTEN VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Nach der Absage von Stadtrat Kurbjuhn (CDU) für die am 20.02. vorgesehene Sitzung der Lenkungsgruppe Verwaltungsreform erklärt der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Thomas Wehner:



"Der Super-GAU für Oberbürgermeisterin Volquartz und Stadtrat Möller, den wir bereits im Januar vorausgesehen haben, nimmt immer mehr Gestalt an.

Mit der Absage der Lenkungsgruppe am 20.02.2008 ist klar: PWC wird frühestens im März erklären können, wie die Ergebnisse der Firma zustande gekommen sind.

Wenn Frau Volquartz ein Interesse an einem auch nur halbwegs seriösen Beteiligungsverfahren haben sollte, müssen die Ausschüsse (Soziales, Schule und Sport sowie Jugendhilfe), der Seniorenbeirat und der Beirat für Menschen mit Behinderung beteiligt werden und ausreichend Gelegenheit zur Diskussion haben. Das ist bis zum Ablauf der Wahlperiode im Mai kaum noch darstellbar. Am besten wäre, eine Beschlussfassung nicht mehr vorzunehmen.

Die SPD-Ratsfraktion hat Stadtrat Kurbjuhn einen sechsseitigen Fragenkatalog aus allen untersuchten Bereichen zum Gutachtenentwurf übersandt. Wir erwarten die Beantwortung bis spätestens März.

Unter anderem will die SPD-Fraktion wissen, warum PWC glaubt, in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung 5 Mio. Euro einsparen zu können. Vor dem Hintergrund bundesweit steigender Kosten halten wir das für völlig unrealistisch. Und eines erklären wir Sozialdemokraten klipp und klar: Kürzungen, die zu Leistungseinschränkungen bei Menschen mit Behinderung führen werden, lehnen wir ab!"

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 15.02.2008, 16:45 Uhr - 5200 Clicks - Nr. 173

Jubilarehrung im SPD-Ortsverein Schwale

Der SPD-Ortsverein Schwale hat im Rahmen seines diesjährigen Grünkohlensens im Kiek-In seine langjährigen Mitglieder geehrt.

Aus den Händen des Bundestagsabgeordneten Dr. Michael Bürsch, des Kreis- und Fraktionsvorsitzenden Andreas Hering und des Ortsvereinsvorsitzenden Karsten Schröder erhielt dabei



der Altoberbürgermeister Dr. Uwe Harder für seine 60-jährige Mitgliedschaft in der SPD die entsprechende Ehrennadel sowie ein kleines Buchpräsent. Im Rahmen dieser Ehrung erzählte Uwe Harder noch einmal, wie er nicht zuletzt durch die Vermittlung seines Schulfreundes und SPD-Landesvorsitzenden Jochen Steffen nach Neumünster geholt wurde, wo er von 1970 bis 1988 Oberbürgermeister war.

Außerdem wurde Harald Petersen für eine 50-jährige Mitgliedschaft in der SPD mit der goldenen Ehrennadel ausgezeichnet. Harald Petersen war nach bei der Sozialistischen Jugend „Die Falken“ in Tungendorf in die SPD eingetreten und lebt seit seiner Pensionierung wieder in Neumünster.

Schließlich wurde Hermann Stark für eine 10-jährige Mitgliedschaft geehrt. Hermann Stark trat in die SPD ein, um seinen Beitrag zu leisten, dass unsere Gesellschaft ein wenig menschlicher und sozialer werde.

Das anliegende Bild zeigt von links Karsten Schröder, Harald Petersen, Andreas Hering, Hermann Stark, Dr. Uwe Harder und Dr. Michael Bürsch.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 15.02.2008, 20:37 Uhr - 5468 Clicks - Nr. 174

PWC-Gutachten gehört ins Altpapier!

Zur Verschiebung der Beratung des PWC-Gutachtens und zum Gutachten generell erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:



„Über 11 Mio. Euro jährlich soll die Stadt im Sozialbereich, bei den Schulen, Kindergärten und beim Sport einsparen! Diese Einsparvorschläge sind sozial ungerecht, weil sie vor allem Schwächere treffen:

Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen soll um 5 Mio. Euro

pro Jahr gekürzt werden. Dabei handelt es sich um Maßnahmen wie die pädagogische Frühförderung in Kindergärten, Begleitpersonen beim Besuch von Veranstaltungen, Einzelbeförderungen zu Schulen oder betreutes Wohnen. Der wohlfeile Rat der Unternehmensberater, Kiel möge zur Kostenersparnis die Hilfe passgenauer gewähren, ist schon lange Verwaltungspraxis. Mit der SPD in keinem Fall zu machen!

Die Sportförderung soll um 1,7 Mio. Euro pro Jahr gekürzt werden. Würde dieser Vorschlag umgesetzt, befürchten der Kieler Sportverband und die SPD zunehmenden Mitgliederschwund in den Sportvereinen, Probleme bei der Finanzierung der dringend notwendigen Hallensanierungen und bei den Übungsleitern und ein Ende des Wettkampfsports in unserer Stadt. Die SPD fordert einen Sportentwicklungsplan, der das Verhältnis Sport-Stadt neu regelt.

Die Hallennutzungsgebühren sollen um 1 Euro je Hallennutzungsstunde erhöht werden. Die SPD tritt erneut für die Abschaffung der Hallennutzungsgebühren ein und lehnt diesen Vorschlag als unzumutbar für die Vereine ab!

Die Kieler SPD gibt den ungerechten und unsachlichen Vorschlägen der Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers AG keine Zukunft! Schwarz-Grün und der Sozialdezernent sollen sich umgehend und endgültig distanzieren.

Das leider teure Gutachten gehört in die Altpapier-Tonne. Der SPD-Kreisverband wird am Samstag, d. 16.02.08 von 11.-ca. 12.00 Uhr dazu eine Aktion am Asmus-Bremer-Platz

durchführen.“

Keine Kommentare

[SPD-Kropp](#) - veröffentlicht am 16.02.2008, 14:03 Uhr - 2681 Clicks - Nr. 175

Genau ins Schwarze

Einladung zur Mitarbeit traf genau ins Schwarze.....

Vor gut einem halben Jahr sprach der Fraktionsvorsitzende der SPD Kropp, Dieter Mahrt, nach einer öffentlichen Sitzung der Gemeindevertreter, einen der regelmäßigen Zuhörer (Joachim Tschesch) an, ob er nicht an einer Mitarbeit in der Kropper SPD interessiert sei.

Eine Mitgliedschaft in der Partei sei dazu nicht zwingend erforderlich. Nach kurzer Bedenkzeit sagte der Angesprochene zu, da er bereits in seinem Berufsleben vielfach auf der Arbeitnehmerseite solidarisch engagiert war. Außerdem war er in seiner Zeit als Heranwachsender in West-Berlin durch das demokratische Vorbild Willy Brandts im Amt als Regierender Bürgermeister geprägt worden.

Seit Oktober 2007 durfte Joachim Tschesch dann als nicht stimmberechtigter Teilnehmer an den Vorstandssitzungen der SPD Kropp teilnehmen.

Jetzt, im Frühjahr 2008, gestaltet sich die Mitarbeit in harmonischer Weise, in dem Joachim Tschesch, der damals Angesprochene, mit der Arbeitsgruppe der „SPD-Wahlkampf-Programmierer“ seine Ideen bereits im Kreis der SPD-Vorstandsmitglieder vortragen und eigene Impulse für den Kommunalwahlkampf einbringen konnte.

Da die angekündigte Öffnung der SPD Kropp, für neue Ideen aus den Reihen der Bürger, ehrlich gemeint war, hat sich Joachim Tschesch bereit erklärt, dem Vorschlag des Vorstandes zu folgen, als parteiloser Direkt-Kandidat am 25. Mai 2008 an der Seite der SPD zur Wahl anzutreten.

Zusammen mit den Kropper SPD-Genossen will er sich, neben Perspektiven der örtlichen Lebensqualität, vorrangig für die Entwicklung des Unterzentrums Kropp zu dem Bildungsstandort der Eider-Treene-Sorge-Region einsetzen.

Die Mitgliederversammlung der SPD Kropp wird am 28. Februar 2008 nach der Vorstellung aller Kandidatinnen und Kandidaten darüber entscheiden, ob die Offene Liste der SPD mit Leben erfüllt sein wird.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 16.02.2008, 19:27 Uhr - 6800 Clicks - Nr. 176

Kurt-Tucholsky-Schule: SPD will Nägel mit Köpfen machen - Antrag: „Schulverband

Die Gründung eines Schulverbandes wäre die richtige Antwort auf die Frage nach der ungeklärten Zukunft der Kurt-Tucholsky-Schule (KTS). Sie soll dabei zukünftig als Gemeinschaftsschule geführt werden. Diese gemeinsame Stoßrichtung verabredeten jetzt die Flensburger SPD und die SPD im Kreis Schleswig-Flensburg nach mehreren intensiven Gesprächen.

Die Sozialdemokraten wollen, so die beiden Vorsitzenden Helmut Trost und Dirk Peddinghaus, die Phase der Verunsicherung beenden und Perspektiven aufzeigen. Ein Antrag an den Kreistag soll Klarheit bringen.

Dirk Peddinghaus von der Kreis-SPD. „Die Hängepartie muss endlich beendet werden und darf nicht auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Eltern ausgetragen werden. Das Problem kann und darf nicht ausgesessen werden. Einfach abzuwarten und zu hoffen, dass sich alle Probleme zum Schuljahr 2009/2010 automatisch lösen, ist ein Irrglaube!“ Sollte der Kreis als

derzeitiger Träger der KTS sich bis dahin nicht zu einer weiteren Trägerschaft bereit erklären, geht die Schule nach der derzeitigen Gesetzeslage bekanntlich automatisch in die Trägerschaft der Stadt Flensburg über.

Darum wird die SPD für die nächste Kreistagssitzung einen konkreten Antrag einbringen. Der Kreis soll seine Bereitschaft erklären, Mitglied in einem Schulverband Gemeinschaftsschule KTS zu werden. Neben dem Kreis sollen sich die Stadt Flensburg, die Stadt Glücksburg und die umliegenden Gemeinden beteiligen. Immerhin kommen etwa zwei Drittel der Schüler aus dem Kreisgebiet.

„Der Kreis hat als Gründer der Kurt-Tucholsky-Schule eine besondere Verantwortung für die Fortentwicklung der Schule, die sich in Zusammenarbeit mit Dänemark ein neues Profil geben wird“, schreibt der schulpolitische Sprecher der Kreis-SPD, Hans-Werner Johannsen, in der Begründung des Antrages. Der Kreis sollte diese Entwicklung positiv unterstützen.

Auch die Diskussion um die zukünftige Schulform muss nach Auffassung der SPD jetzt abgeschlossen werden. Klare Worte fand hierbei der schulpolitische Sprecher der SPD Flensburg Friedhard Temme: „Die Weiterentwicklung zu einer Gemeinschaftsschule, auf der Basis des Schulischen Leuchtturmprojekts für die deutsch-dänische Bildungskooperation, unter der Trägerschaft eines Schulverbandes, würde für die Kurt-Tucholsky-Schule und für die ganze Region eine große bildungspolitische Bereicherung sein und auch überregional Akzente setzen.“

Laut Aussage des Schulelternbeirates hat die Elternvertretung am 12.12.2007 einstimmig für eine zukünftige Gemeinschaftsschule votiert. Ohnehin gibt es hier einen Automatismus. Sollte bis zum Juni 2010 keine Entscheidung getroffen sein, wird die Schule entsprechend einer Regelung im neuen Schulgesetz Gemeinschaftsschule. „Hier ist der Elternwille zu respektieren und die einzig sinnvolle Lösung schnellstmöglich umzusetzen“, meint die SPD.

Keine Kommentare

[SPD-Leezen](#) - veröffentlicht am 16.02.2008, 20:17 Uhr - 2565 Clicks - Nr. 177

"Das kommunalpolitische Ehrenamt erfordert Zeit und Engagement"

Zu Ehrenamtsmesse am 17.02.2008 in Bad Segeberg erklärt Gerd-Rainer Busch, Ortsvorsitzender der SPD in Leezen und jugendpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion:

Im kommunalpolitischen Ehrenamt dienen Bürgerinnen und Bürger, die sich in ihrer Kommune für das Umfeld einsetzen wollen. Zumeist steht der Wunsch sich einzubringen im Vordergrund, ohne dass die Interessenten bereits wissen, was in den vielen unterschiedlichen Fachbereichen alles auf sie zukommen kann.

Z.B. welche Bestimmungen nach den Sozialgesetzbüchern oder dem Haushalts- und Planungsrecht zu beachten sind. Es gibt viele Gründe, sich einzuschalten. Es sind vielfach grundsätzliche Herausforderungen, wie das soziale Zusammenleben in der Gemeinde gestaltet wird, oder wie Verkehrsplanung erfolgen müsste.

Die ständig abnehmenden kommunalen Finanzmöglichkeiten erfordern heutzutage eine ganz neue Art von Kommunalpolitik. Den Bürgern zu erklären, warum man ein Hallenbad oder eine Bibliothek schließt, erfordert ganz andere Kompetenzen als früher, wo man sich noch feiern lassen durfte, weil man wieder eine neue Sporthalle eröffnet hat. Die daraus entstehenden Zwänge - die sich im kommunalen Finanzmanagement oder dem Steuerungsmodell - Strategisches Management -

auf kommunaler Ebene ausdrücken - verlangen heute sehr viel von Kommunalpolitikern.

Hinzu kommt noch, dass die Engagierten, die in die Kommunalpolitik gehen, in aller Regel den weltanschaulichen oder Wertehintergrund einer Partei vertreten, den sie durch ihr Engagement umsetzen wollen. Alle Parteien versuchen deshalb die ehrenamtlichen Politiker durch Bildungsarbeit wirksam zu unterstützen.

Es wird immer wieder diskutiert, ob man diese ehrenamtliche Tätigkeit nicht finanziell entschädigen sollte. Vieles spricht bei allen Schwierigkeiten dafür, es beim Ehrenamt zu belassen.

Wir suchen ständig jüngere Menschen für die Übernahme von Ehrenämtern in der Politik zu gewinnen. Manche sind zwar noch ohne jede Berufserfahrung und es stellt sich die Frage, ob ein so junger Mensch den Herausforderungen in der Kommunalpolitik gerecht werden kann. Berufserfahrungen sind schon wichtig, aber wie alle hat auch diese Medaille zwei Seiten. Nämlich das Besondere, was junge Menschen in solche politischen Ehrenämter hineintragen, ist ganz einfach ihre Freude an der Gestaltung und ihre noch unverkrampfte Suche nach den Alternativen. Sie haben noch nicht resigniert, wie das bei vielen älteren Kollegen manchmal der Fall ist. Viele kommunale Gremien sind überaltert, weil mittlere und erst recht jüngere Jahrgänge fehlen oder aber zu schwach vertreten sind. Es fällt ganz einfach angenehm auf, dass die jungen Leute eine andere Lebenssicht haben. Die heutige „Online-Generation“ geht sehr viel ungezwungener an Probleme heran.

Was muss ein Kommunalpolitiker wissen bzw. beachten, und welche Fachkompetenzen sollten vorhanden sein?

1. Wie gehe ich mit dem Haushalt um?
2. Wie beeinflusse ich kommunale Planungen?
3. Es geht auch um Methodenkompetenz, Projektmanagement, Zeitmanagement, Selbstorganisation usw.
4. Auch Sozialkompetenz spielt eine Rolle. Wie gehe ich mit anderen Menschen um?
5. Wie stelle ich mich und meine politischen Ziele in der Öffentlichkeit dar?

Haben Sie noch Fragen? Ihre Ansprechpartner erreichen Sie unter der Adresse: SPD Kreistagsfraktion, Bramstedter Chaussee, 323795 Högersdorf / R.

Keine Kommentare

[Jusos Segeberg](#) - veröffentlicht am 16.02.2008, 20:57 Uhr - 8911 Clicks - Nr. 178

Jusos Segeberg machen wieder aufmerksam auf Mindestlöhne

Die Jusos Segeberg haben ihr Engagement für den Mindestlohn - im Rahmen der Aktionswoche Mindestlohn des SPD-Landesverbandes - in Kaltenkirchen und Norderstedt fortgesetzt.

Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Kreis Segeberg haben zum Ende der Aktionswoche neben Wahlstedt(14.02.) auch in den Städten Kaltenkirchen und Norderstedt (16.02.) auf das Thema aufmerksam gemacht. Wie auch schon in Bad Segeberg war das Stimmungsbild der Bevölkerung sehr positiv.

Viele Unterschriften konnten gesammelt werden, die nun ans Willy-Brandt-Haus weitergeleitet werden.

Zufrieden also können die Jusos Segeberg, unter ihnen viele Kandidaten für den Kreistag oder



Stadtvertretung, auf die landesweite Mindestlohn-Woche zurückblicken.

Kommentar von [Reinhold Nawratil](#) vom 02.03.2008, 01:50 Uhr:

RE:Jusos Segeberg machen wieder aufmerksam auf Mindestlöhne

Liebe Genossen, vielen Dank für Eure Initiative. Leider muß ich feststellen, daß die Resonanz nicht so immens war auf dieses Thema, daß es in die überregionalen Zeitungen Platz gefunden hätte. Ich hätte mir gewünscht, daß der Besuch unseres Arbeitsminister Döring in Norderstedt mehr Resonanz gefunden hätte. In diesem Zusammenhange hätten auch die vielen kleine Aktionen im Kreis besseren Zugang in der Bevölkerung gefunden. Nur die Leute, die Euch zufällig begeneten, haben davon Notiz nehmen können. Uns stehen im Bereich verdi und IGM noch viele Arbeitskämpfe bevor. Erklärt Euch mit den Kollegen und Kolleginnen solidarisch. Am 1.März 2008 war der offizielle Auftakt für die Warnstreiks im Kfz-Handwerk in Kiel im Legienhaus. Unsere Kollegen und Kolleginnen im Uniklinikum SH in Kiel und Lübeck müssen um ihre Arbeitsplätze bangen. Lohndumping verboten. Gute Arbeit für gerechtes Einkommen. Alle haben das Recht auf ein solides und gerechtes Erwerbseinkommen. Mit sozialistischen Grüßen Reinhold Nawratil ehem. Juso-Vorsitzender in den 70er

[SPD-Wilster](#) - veröffentlicht am 17.02.2008, 14:59 Uhr - 3894 Clicks - Nr. 179

Gute Arbeit – Fairer Lohn

Viele Menschen schufteten den ganzen Tag und können sich und ihre Familien trotzdem nicht vom erarbeiteten Lohn ernähren.

Auf diese unmögliche und unsoziale Situation machte der Ortsverein der SPD-Wilster kürzlich im Rahmen eines Infostandes aufmerksam. „Stolpersteine“ führten die Bürgerinnen und Bürger zu einem Laufband, an dem sie die Höhe eines Mindestlohnes pro Stunde mit einem Karton aufstellen sollten.

Überwiegend entschieden sie sich, die Marke bei 12,50 € pro Stunde zu setzen. Die Skala begann mit dem Einkommen von 347 € im Monat (Hartz IV) und endete mit dem Monatsgehalt des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank von 780.000 €. Viele Teilnehmer wünschten sich auch sofort das Monatsgehalt vom Vorstandsvorsitzenden.

Dieser unglaubliche Unterschied ist so nicht mehr hinzunehmen! Mindestlöhne jetzt – das will die SPD. Wir wollen tarifvertragliche Lösungen. Deswegen fordern wir die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche. Damit ermöglichen wir branchenbezogene Mindestlöhne, etwa im Bewachungsgewerbe, im Hotel- und Gaststättengewerbe oder bei der Leiharbeit. In Branchen, in denen tarifliche Lösungen nicht greifen oder Tariflöhne ein Mindestniveau unterschreiten, brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn, der sich in seiner Höhe am Niveau vergleichbarer europäischer Länder orientieren muss.

Es kann nicht so weiter gehen, dass sich manche Firmen auf Kosten des Staates sanieren und an der Börse die großen Gewinne einfahren, aber nicht für vernünftige und angemessen bezahlte Arbeitsplätze sorgen!

Natascha Böhnisch, Vorsitzende SPD-Wilster

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 17.02.2008, 16:00 Uhr - 2283 Clicks - Nr. 180

SPD-Engelsby: Vorstandswahlen im Ortsverein

Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung am 13. Februar standen unter anderem turnusmäßig die Vorstandswahlen auf der Tagesordnung.

Nach der Verabschiedung der neuen Ortsvereinssatzung wurden die Wahlen entsprechend durchgeführt.

Als erster Vorsitzender wurde Herbert Ohms und Rolf Helgert als Stellvertreter im Amt bestätigt und wiedergewählt. Als Schatzmeister bleibt Norbert Petrowsky für 2 weitere Jahre im Amt. Zur Schriftführerin wurde Anke Schmid gewählt.

Die Funktionen der Beisitzer werden zukünftig von Malte Nehlsen und Walter Strufe besetzt. Die beiden Revisoren sind Karin Schnittke und Gerhard Schmitz.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 17.02.2008, 16:27 Uhr - 2188 Clicks - Nr. 181

SPD-Engelsby: Betrug mit Scheckkarten - Tipps und Hinweise für Kartenbesitzer

So einfach und bequem es ist, mit Karte zu bezahlen - gerät sie in die falschen Hände, haben Kriminelle ein leichtes Spiel. Kunden, denen die Karte gestohlen worden ist, können diese zwar bei ihrer Bank sperren lassen. Doch im elektronischen Lastschriftverfahren kann der Dieb die Karte weiterhin einsetzen. Indem Betrüger beim Bezahlen mit der Karte einfach die Unterschrift fälschen, verfügen sie unbefugt über fremdes Geld.

Nach wie vor ist beim bargeldlosen Bezahlen also Vorsicht geboten, wenngleich die Zahl der Delikte merklich zurückgegangen ist. Lag die Zahl der erfassten Fälle von Kreditkartenbetrug im Jahr 2005 noch bei 32.232 (mit PIN) und 48.143 (ohne PIN), so sank deren Anzahl 2006 auf 27.347 (mit PIN) und 41.561 (ohne PIN). Folglich reduzierte sich auch die Schadenssumme von 36,2 Millionen Euro im Jahr 2005 auf 32,2 Millionen Euro im Jahr 2006.

Dieser Erfolg ist unter anderem auf das Sperrsystem "KUNO" zurückzuführen, das die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes im Jahr 2006 initiiert hat. Ziel ist, die Sicherheit des elektronischen Lastschriftverfahrens (ELV) zu erhöhen. Dazu wurde in Kooperation mit dem Einzelhandel eine zentrale Meldestelle für gestohlene oder abhanden gekommene Debit-Karten beim Euro-Handelsinstitut in Köln eingerichtet.

Meldet nun ein Bürger den Verlust der Karte bei der Polizei, sendet diese die Kartendaten in einer verschlüsselten E-Mail an die zentrale Meldestelle. Von hier erhalten die Netzbetreiber und die angeschlossenen Einzelhandelsgeschäfte in Deutschland die aktuellen Sperrmeldungen. Somit ist die Karte auch für das Bezahlen mittels Karte und Unterschrift gesperrt.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 18.02.2008, 12:18 Uhr - 8305 Clicks - Nr. 182

Klare Zeichen für den Erhalt der Jugendherberge auf Helgoland

SPD-Kreistagsabgeordneter Thorsten Fischer fordert finanzielle Unterstützung des Kreises.

Die SPD-Kreistagsfraktion setzt klare Zeichen für den Erhalt der Jugendherberge auf Helgoland. So begründet Thorsten Fischer – jugendpolitischer Sprecher der Fraktion – den Antrag für den Jugendhilfeausschuss am 21. Februar 2008. In ihrem Antrag fordert die SPD die Zusage des Kreises ein, sich an der notwendigen Modernisierung der Einrichtung zu beteiligen. Über die Höhe solle nach der Vorlage eines Konzeptes mit einer gesicherten Gesamtfinanzierung entschieden. Der Träger hat eine Kreisbeteiligung von rd. 500.000,00 € beantragt.

Die 50jährige Helgoländer Jugendherberge steht vor dem Aus, wenn nicht dringend notwendige Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten erfolgen, so Fischer. Er verweist auf notwendige Brandschutzmaßnahmen, den unzureichenden Sanitäranlagen und den nicht mehr zeitgemäßen Standart der Gästezimmer. Nach einer ersten vorsichtigen Schätzung sind Investitionen in Höhe von rd. 3,8 Mio € erforderlich, an denen sich neben dem Kreis der Bund und das Land mit je rd. 1,3 Mio € beteiligen sollen.

„Wir wollen mit unserem Antrag endlich Bewegung in die Förderung bringen, denn der Antrag des Trägers liegt seit Ende November 2007 beim Kreis auf Eis“, erklärt Fischer den Vorstoß seiner Fraktion. Er setzt auf die Zustimmung des JHA auch als Anstoß für die anderen Zuschussgeber sich verbindlich an der Finanzierung zu beteiligen.

Die erste Absage einer Bundesbeteiligung aus rein formalen Gründen durch die Familienministerin v.d. Leyen will Fischer nicht hinnehmen. Er vermisst den politischen Willen der Ministerin, die Einrichtung auf der einzigen deutschen Hochseeinsel zu erhalten, die als internationale Begegnungsstätte nationale Bedeutung hat. „Auf Bundesebene muss jetzt“ – so Fischer – „eine politische Entscheidung getroffen werden“. Er sieht insbesondere den CDU-Bundestagsabgeordneten Ole Schröder in der Pflicht. Als Mitglied des Haushaltsausschusses könne er direkt den notwendigen politischen Einfluss nehmen, die Blockadehaltung der Ministerin aufzubrechen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 18.02.2008, 15:56 Uhr - 1460 Clicks - Nr. 183

Jeder hat Anspruch auf würdevolle Bestattungen!

Zum Antrag "Für angemessene und diskriminierungsfreie Bestattungen!" erklären der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, und der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Thomas Wehner:

"Die Bestattungen von Menschen müssen in unserer Stadt so durchgeführt werden, wie es der Respekt vor der menschlichen Würde und die soziale Gerechtigkeit gebieten.

Das betrifft zum einen die Sterbevorsorge: Wenn ältere Menschen pflegebedürftig werden, aber mangels Vermögen auf städtische Sozialleistungen angewiesen sind, dann müssen sie unter Umständen ihre Ersparnisse für die eigene Beerdigung für die laufenden Pflegekosten aufwenden, bevor das Sozialamt bezahlt. Das muss geändert werden: Denn für die Betroffenen ist es ein unerträglicher Eingriff in die Selbstbestimmung, die nicht nur für das Leben, sondern auch im Tode gelten soll. Und für die Stadt bedeutet der Zugriff auf die privaten Ersparnisse keine wirkliche finanzielle Entlastung, weil das Sozialhilferecht sie verpflichtet, nach dem Tod der Hilfeempfängerin oder des Hilfeempfängers ohnehin die Bestattungskosten zu übernehmen. Zum anderen müssen die Bestattungen von Sozialleistungsempfängern und Menschen ohne

Angehörige, für deren Beerdigung die Ordnungsbehörden sorgen müssen, in einem angemessenen und würdigen Rahmen stattfinden.

Armutsbegräbnisse und Bestattungen "im Vorübergehen" werden weder der Würde der Verstorbenen noch den sittlichen Grundwerten unserer Gesellschaft gerecht. Ein würdiges Begräbnis ist der Anspruch eines jeden Menschen, unabhängig von seinem Vermögen oder der Zahl seiner Angehörigen und Freunde.

Zuvorderst sind die Gesetzgeber gefordert: Der Bundestag muss das Sozialhilferecht ändern und die angemessene Bestattungsvorsorge dem so genannten Schonvermögen zuordnen, auf das das Sozialamt nicht zugreifen darf und wie dies bereits für angemessenen Hausrat oder Familien- und Erbstücke bestimmt ist. Und auf Landesebene müssen einheitliche Standards gesetzt werden, die unwürdige Armutsbegräbnisse im Fall von Sozial- oder ordnungsbehördlichen Bestattungen ausschließen.

Schon vorher ist allerdings im Rathaus zu überprüfen, wo bereits die bestehenden Gesetze der Sozialverwaltung Spielraum lassen für eine bürgerfreundliche Auslegung - insbesondere für eine Verschonung privater Sterbevorsorgeaufwendungen."

Antrag zur Ratsversammlung am 21.02.2008 - Drucksache 0103/2008

Betreff: Für angemessene und diskriminierungsfreie Bestattungen!

Antrag:

- 1. Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel fordert den Deutschen Bundestag, den Bundesrat und die Bundesregierung auf, auf eine Änderung des Sozialhilferechts - insbesondere des § 90 des Zwölften Sozialgesetzbuches (SGB XII) - hinzuwirken, so dass private Vorsorgeaufwendungen für die eigene Bestattung nicht dem verwertbaren Vermögen und damit staatlichem Zugriff (z. B. zur Finanzierung von laufenden Pflegeleistungen) unterfallen, sofern sie einen angemessenen Rahmen nicht übersteigen.**
- 2. Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel fordert den Schleswig-Holsteinischen Landtag und die Landesregierung auf, auf eine Konkretisierung des schleswig-holsteinischen Ordnungsrechts - insbesondere des § 13 des schleswig-holsteinischen Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (Bestattungsgesetz - BestattG) vom 04.02.2005 (GVBl. Schl.-H. 2005 S. 70) - hinzuwirken, so dass die Bestattungen von Menschen, die keine Angehörigen oder sonstige für ihre Bestattung verantwortliche Personen (mehr) haben, von den zuständigen Behörden in einer gleichermaßen angemessenen und den Charakter eines bloßen "Armenbegräbnisses" ausschließenden Weise durchgeführt und nicht als Bestattungen "zweiter Klasse" behandelt werden.**
- 3. Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel fordert die Oberbürgermeisterin auf, zu prüfen, ob bereits jetzt im Vorgriff auf gesetzliche Änderungen bei der Entscheidung über das einzusetzende verwertbare Vermögen auf eine Anrechnung privater Vorsorgeaufwendungen unabhängig von der Anlageform bis zu einem Betrag von 5.000 Euro verzichtet werden kann.**

Begründung:

Der Schutz der menschlichen Würde, das Sozialstaatsprinzip und die sittlichen Wertvorstellungen unserer Gesellschaft verlangen einen rücksichtsvollen Umgang mit den Vorsorgeaufwendungen der oder des Einzelnen für seine Bestattung und verbieten einen Verbrauch der individuellen Vorsorgeaufwendungen für die Finanzierung des laufenden Lebensunterhalts, wenn die oder der

Betreffende Sozialleistungen empfängt und auch seine Bestattung nach Verbrauch der Vorsorgeaufwendungen aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden müsste. Aus den gleichen Gründen dürfen mittellose Personen ohne bestattungspflichtige Angehörige bei ihrer Bestattung nicht schlechter gestellt werden als andere Menschen. Um diese Prinzipien auch in der Landeshauptstadt Kiel umfassend zur Geltung zu bringen, sind die vorgeschlagenen Rechtsänderungen erforderlich. Zugleich soll die Oberbürgermeisterin berichten, ob bereits nach geltendem Recht bei der Entscheidung über das einzusetzende verwertbare Vermögen auf eine Anrechnung privater Vorsorgeaufwendungen unabhängig von der Anlageform bis zu einem Betrag von 5.000 Euro verzichtet werden kann.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 18.02.2008, 15:58 Uhr - 1363 Clicks - Nr. 184

CDU soll sich der SPD-Linie anschließen!

Der Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Rolf Fischer und der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Thomas Wehner erklären zu den Äußerungen des sozialpolitischen Sprechers der Kieler CDU-Ratsfraktion über die SPD-Kreisverbandsaktion gegen das PWC-Gutachten:

"Über 150 Menschen haben sich in den etwa 1 1/2 Stunden unserer Aktion über das Gutachten und seine Konsequenzen informiert.

Unsere Forderungen, die Kürzung von 5 Mio. Euro bei den Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen und die Millionen-Kürzung beim Sport zurückzunehmen, erhielten große Zustimmung. Wir lehnen den vorliegenden Entwurf ab.

Wenn Herr Lintzen den Entwurf ebenfalls für "weder belastbar noch nachvollziehbar" hält, sollte er sich unserer Linie anschließen. Zudem ist absehbar, dass aufgrund der Größenordnung dieser Einsparungssumme die Gutachter diesen Betrag nicht an anderer Stelle werden einsparen können. Insofern hat das PWC-Gutachten ein strukturelles Problem, das auch durch Nachbesserungen nicht gelöst wird. Dies sollte die CDU einräumen und nicht auf eine Endfassung verweisen.

Wir halten den Lenkungsausschuss für ein wichtiges Gremium, um unsere Bedenken vorzubringen. Das werden wir auch weiterhin tun. Aufgrund der großen öffentlichen Bedeutung müssen aber auch die Bürger informiert werden.

Panik kann nur die CDU erfassen, wenn sie dem Kieler Bürger erklären muss, warum sie 200.000 Euro für ein Gutachten zahlt, das nicht umsetzbar ist."

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 18.02.2008, 21:29 Uhr - 7111 Clicks - Nr. 185

Welche Schule für mein Kind?

Regionalschule, Gemeinschaftsschule oder doch lieber auf das Gymnasium? Zwei Wochen lang hatten die SchülerInnen und Eltern Zeit sich zu informieren. Alle weiterführenden Schulen der Stadt haben für sich geworben und sicherlich sind noch nicht alle Fragen endgültig geklärt. Deshalb bietet die SPD Flensburg eine Bürgersprechstunde zum neuen Schulgesetz an.

Am Freitag den 22. Februar von 16:00 bis 17:30 Uhr und am Samstag 23. Februar von 10:30 bis 12:00 Uhr, stehen Ihnen unsere Bildungsexperten Maria Matz, Kai List und Friedhard Temme im Parteibüro Große Str. 69 zur Verfügung. Selbstverständlich können Sie uns auch telefonisch erreichen 0461 24515 oder uns Ihre Fragen per eMail an den kv-flensburg@spd.de senden. Wir bitten um Verständnis, das wir nicht eine spezielle Schule empfehlen können.

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 18.02.2008, 23:35 Uhr - 2921 Clicks - Nr. 186

Appell der Gemeinde Ellerau an die Stadtvertretung der Stadt Quickborn

Ellerau richtet einen Appell an Quickborn zur Errichtung einer Gemeinschaftsschule und Quickborn will dies nicht öffentlich in der Ratsversammlung beraten. Das geht unserer Meinung nach nicht. Jürgen Radowitz, stellv.Fraktionsvorsitzenden berichtet.

Mit Schreiben vom 20.12.07 hat die Gemeinde Ellerau an die Stadtvertretung appelliert, ihren Beschluss, keine Gemeinschaftsschule einzurichten, zu überdenken. Hintergrund ist eine Umfrage unter den Ellerauern Eltern, die dem Schulstandort Quickborn eine hohe Priorität einräumen und ein Großteil der Eltern eine Gemeinschaftsschule wünschen. Richtigerweise weist die Gemeinde Ellerau auch darauf hin, dass finanzielle Vorteile für die Stadt Quickborn entstehen, weil Ellerau für seine Schüler Schulkostenbeiträge zu zahlen hat.

Doch das Anliegen soll dem Adressaten, die Ratsversammlung, nicht vorgelegt werden. Damit sind wir nicht einverstanden. Deshalb haben wir, die SPD-Fraktion, beantragt, das Anliegen der Gemeinde Ellerau auf die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung (geplant 25.02.08) zu setzen.

Nach unserem Verständnis gehört es zum Guten Ton, Anliegen an den Adressaten weiterzuleiten und nicht durch einen untergeordneten Ausschuss entscheiden zu lassen. Wir sind wünschen uns eine gute Zusammenarbeit zwischen Ellerau und Quickborn wegen der vielen Verflechtungen und oft auch gemeinsamen Interessen. Dazu gehört Zuhören und miteinander sprechen. Diesen Grundsätzen wollen wir mit unserem Antrag auf Erörterung in der Ratsversammlung nachkommen. Als „Stadtrandkern I. Ordnung mit Teilfunktion eines Unterzentrums“ haben wir auch Verpflichtungen gegenüber unseren Nachbarn.

Keine Kommentare

[SPD-Osterby](#) - veröffentlicht am 19.02.2008, 12:23 Uhr - 3237 Clicks - Nr. 187

Doppelkopf im Schinkenkrog

28. Doppelkopfturnier des SPD-Ortsverein-Osterby

E I N L A D U N G

zum achtundzwanzigsten Osterbyer Doppelkopfturnier
am Freitag

den 07.März 2008

um 19:30 Uhr

im Schinkenkrog in Osterby

Spaß und Freude am Spiel stehen im Vordergrund, daran soll sich auch bei unserem 28.

Doppelkopfturnier nichts ändern

Für 3.- € Einsatz pro Runde gibt es wieder leckere Sachen zu gewinnen

Keine Kommentare

SPD „vor Ort“ bei der Baumschule BKN-Strobel

SPD-Kreistagsabgeordnete Anna-Ilse Wehner lobt erfolgreiches Unternehmen mit hohen Umweltstandards.

Eindruckvoll und informativ. Die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion zog eine positive Bilanz des Besuches der SPD-Kreistagsfraktion bei der Baumschule BKN Strobel in Holm.

Die Baumschule ist eine der europaweit führenden Sortimentbaumschulen im Bereich der Containerpflanzen und Rosen, stellte Betriebsinhaber Hansjörg Köhler seine Firma vor. Mit einem Team von rd. 120 Mitarbeitern bietet sie ein umfassendes Sortiment für Gartencenter an und zeichnet sich durch eine individuelle, schnelle und sorgfältige Betreuung ihrer Kunden aus.

Das ökologische System des geschlossenen Wasserkreislaufes sei –so Wehner- beispielhaft für eine umweltschonende Pflanzenproduktion. Nicht ohne Stolz konnte Hansjörg Köhler berichten, dass seine Firma bis auf ganz wenige Ausnahmen ohne Entnahmen aus dem Grundwasser mit der Wiederverwertbarkeit des Wassers den Bedarf für seine Produkte abdecken könne.

Seit mehreren Jahren bildet BKN Strobel insbesondere für den eigenen Bedarf Fachkräfte aus. Zur Zeit besteht für 9 Auszubildende ein Ausbildungsvertrag. Auch mit Blick auf die Zukunft ist für die Firmenleitung die Ausbildung unverzichtbar. „Wir müssen“ –so Köhler- „im Interesse unserer Firma selbst für Qualifizierung sorgen, wenn wir unsere Produktgüte und den hohen Standart unserer Kundenbetreuung erhalten wollen.“

Einem gesetzlichen Mindestlohn steht Köhler skeptisch gegenüber. Er halte ihn für überflüssig und setzt auf tarifliche Vereinbarungen, an die sich alle Firmen halten müssen. In seiner Firma werde tarifgerecht ein Mindestlohn von 7,05 € gezahlt, der selbstverständlich auch für ca. 30 Saisonarbeiter gelte.

Sorgen machen dem Firminhaber die wachsende Flächenkonkurrenz zwischen Baumschulen und die Ausweitung von Flächen die ausschließlich für „nachwachsende Rohstoffe“ bewirtschaftet werden. „Als Baumschuler“ –so Köhler- „benötigen wir Flächen, die nicht durch jahrelange Anpflanzung von Monokulturen, wie z.B. Mais, für unsere Produkte nicht mehr geeignet sind.

Hannes Birke, Fraktionsvorsitzender, versprach zu prüfen, ob im Rahmen der Raumordnungsplanung Lösungen erreichbar sind. „Wir müssen“ –so Birke- „ein hohes Interesse haben, einem der wichtigsten Wirtschaftsstandorte im Kreis, durch das Vorhalten geeigneter Flächen die notwendigen Produktionsbedingungen zu erhalten und die wirtschaftliche Expansion zu ermöglichen.“

Keine Kommentare

Kiel braucht „Kultur der Anerkennung“!

SPD-Kreisverband gründet Kieler Arbeitskreis Migration

Zur Gründung des Arbeitskreises erklärten SPD-Kreischef Rolf Fischer und die Vorsitzende des AK Migration Serpil Midyatli:

„Wir freuen uns, dass die Gründung des AK, an der auch unser Bundestagsabgeordneter Hans-Peter Bartels federführend beteiligt war, nun erfolgt ist.

Damit haben die Menschen mit Migrationshintergrund eine starke Stimme in der Kieler SPD und auch in unserer Stadt. Wir wollen deutlich machen, dass niemand, der in Kiel lebt, seine Herkunft verleugnen muss. Wir setzen deshalb auf eine „Kultur der Anerkennung“, die die Integration fördert, Ausgrenzung offensiv entgegentritt und ein Zusammenleben der Kulturen zum Ziel hat.

Bildung ist ein erster Schwerpunkt unserer Arbeit:

- Sprachunterricht muss schon im Kindergarten beginnen. Mehrsprachigkeit ist ein Mehrwert.
- Mehr Lehrer mit Migrationshintergrund sind wichtig, wenn Integration gelingen soll.
- Wir wollen prüfen, ob Kiel einen Lehrstuhl für Islamunterricht einrichten kann.
- Wir wollen einen offenen Dialog über Bildungschancen und begrüßen die Modellprojekte für den Islamunterricht an Kieler Schulen.

Diese Punkte werden wir in Veranstaltungen und Gesprächen in den kommenden Wochen thematisieren. Wir setzen unsere „Kultur der Anerkennung“ gegen die „Parallelgesellschaften“.

Der Arbeitskreis ist für alle Interessierten also auch für Nichtmitglieder der SPD offen.

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 19.02.2008, 18:35 Uhr - 3193 Clicks - Nr. 190

Schulbauförderung durch das Land Schleswig-Holstein

Das Land Schleswig-Holstein und der Kreis Pinneberg haben die Schulbauförderung für Neubauten aufgegeben bzw. drastisch zurückfahren. Wir fordern das Land und den Kreis auf, die erforderlichen Mittel im Interesse unserer Kinder wieder bereitzustellen. Jens-Olaf Nuckel, Fraktionsvorsitzender, berichtet.

Das Land Schleswig-Holstein und der Kreis Pinneberg haben bzw. werden die Schulbauförderung für Neubauten aufgeben bzw. drastisch zurückfahren.

Durch das neue Schulgesetz sind Kommunen gezwungen, die Schulbauten den neuen Anforderungen anzupassen. Bisher wurden diese Maßnahmen bis zu 65 % durch Kreis und Land gefördert.

Das Erstellen von neuen erforderlichen Schulbauten ist Sache der Kommunen. Hier lassen uns Land und Kreis „im Regen stehen“ und wälzen ihre Verantwortung auf die Haushalte der Kommunen ab! Auch in Quickborn sind Neubauten für die neue Regionalschule sowie für das Bonhoeffer-Gymnasium erforderlich, die ausschließlich aus der Kasse der Stadt Quickborn zu zahlen sind. Deswegen fordern wir mit unserer anliegenden Resolution die Vertreter des Landes Schleswig-Holstein sowie des Kreises Pinneberg auf, die Schulbauförderung wieder einzusetzen bzw. mit ausreichenden Mitteln wie in der Vergangenheit zu versehen.

Im Namen der SPD Fraktion Quickborn beantrage ich hiermit die Beratung über die Beschlussfassung der Resolution im zuständigen Ausschuss sowie danach zur nächst möglichen Ratsversammlung.

Keine Kommentare

Wodarg bei AfA-Kampagne für Mindestlohn in Schleswig

Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn in ganz Deutschland und brauchen starke Gewerkschaften! Deshalb unterstütze ich aktiv durch meine Mitarbeit die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD (AfA) bei ihrer Aktion. Die AfA brachte unsere bundesweite Aufklärungskampagne unter dem Motto: "Guter Lohn für gute Arbeit" in der Fußgängerzone Schlesiws unter die Leute.

Am Samstag vormittags trafen sich die Kolleginnen und Kollegen der AfA, und zahlreiche Mitstreiter aus Schleswig und den umliegenden SPD-Ortsvereinen, um für einen gesetzlichen Mindestlohn zu demonstrieren und um Passanten in der Innenstadt Schlesiws über die Notwendigkeit einer fairen Bezahlung für gute Arbeit zu informieren. Auf einer dort verteilten Karte Europas wurde sichtbar, dass wir in Deutschland mit dem Mindestlohn hinterherhinken.



Die SPD hat unter dem Arbeitsminister Franz Müntefering in den letzten Jahren bereits trotz des Widerstandes der CDU/CSU für einige Branchen einen mit der Gewerkschaft vorher ausgehandelten Mindestlohn durch den Bundestag gebracht und gesichert.

Privatisierungen, Betriebsausgliederungen, Zeitarbeit, Billigjobs, und Dumping-Löhne haben trotz sinkender Arbeitslosigkeit zu einer Zunahme von Armut und finanzieller Not in vielen Haushalten geführt. Trotz harter Arbeit können immer mehr Menschen nicht ohne staatliche Hilfe das Geld für Miete und Kindererziehung aufbringen.

Das ist besonders angesichts wachsender Gewinne in der Wirtschaft und steigender Managergehälter nicht hinnehmbar und gefährdet unsere Gesellschaft in vieler Hinsicht.

Auch im Gespräch mit Rentnern wurde immer wieder Solidarität mit den Demonstrierenden geäußert. Weiß man doch, dass ohne guten Lohn auch keine Beiträge in die Rentenkassen fließen und dass davon natürlich auch die Sicherheit der Altersrenten betroffen sein kann.

Trotz kühler Wetterlage war es ein lebendiger und erfolgreicher Samstagvormittag!

[Mehr lesen Sie hier!](#)

Keine Kommentare

SPD steht als einzige Partei seit Jahren zur Ostuferentlastungsstraße

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Achim Heinrichs erklärt zur Pressemitteilung des verkehrspolitischen Sprechers der CDU-Ratsfraktion, Stefan Kruber:

"5-Jahre schwarz-grüne Zusammenarbeit führt zum Realitätsverlust bei der CDU. In den späten 90er Jahren hat die Ratsversammlung auf Antrag der SPD-Ratsfraktion die Verwaltung beauftragt,

ein Verkehrskonzept für das Ostufer zu erstellen.

Ergebnis: Ostuferentlastungsstraße.

Seit Beginn der Wahlperiode fordert die SPD-Ratsfraktion die Planungen für die Ostuferentlastungsstraße fortzusetzen und für eine zügige Umsetzung zu sorgen, zuletzt in den Haushaltsberatungen Ende 2007. Aber die CDU hat immer brav mit ihrem grünen Bündnispartner gegen die SPD-Anträge gestimmt. Die jetzige Erklärung von Kruber ist damit scheinheilig und setzt auf die Vergesslichkeit der Bürger!"

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 20.02.2008, 08:35 Uhr - 1624 Clicks - Nr. 193

Zebrastreifen für Suchsdorf - Gute Nachrichten an alle geben

Der Suchsdorfer Ratsherr Thomas Wehner und der stellvertretende Vorsitzende des Ortsbeirates Suchsdorf Reinhard Warnecke freuen sich über die Ankündigung den Zebrastreifen Sylter Bogen/Olandwinkel wieder herzustellen:

"Die SPD begrüßt die Wiederherstellung der Schulwegsicherheit und die damit ebenfalls verbundene Querungshilfe für ältere Menschen.

Damit hat der Einsatz des SPD-Ortsvereins Suchsdorf, unter anderem mit einer Aktion im November letzten Jahres, einen provisorischen Zebrastreifen auszulegen, letztlich Erfolg gehabt.

Bei der konstruktiven Zusammenarbeit im Ortsbeirat Suchsdorf hätten wir uns gewünscht, dass diese gute Nachricht allen und nicht nur einer Fraktion zur Verfügung gestellt wird."



Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 20.02.2008, 13:04 Uhr - 6437 Clicks - Nr. 194

Ehrenamtsmesse in Flensburg

Fast 3000 Besucher zählte die Flensburger Ehrenamtsmesse 2008 in der Sportland-Halle am 17. Februar. Hier präsentierten sich in bunter Mischung Selbsthilfegruppen, Kirchen, Wohltätigkeitsverbände, Parteien, Sportvereine, Jugendgruppen, kommunale Hilfsorganisationen wie "Flensburger Tafel", der Sozilladen, Jung und Alt Aktionen, Umweltorganisationen, Elterninitiativen, Seniorenbeiräte, Wohn-, Sport-, Musik-, und andere Aktionsgemeinschaften aus Flensburg und Umgebung.



Es trafen sich begeisterte Ehrenamtler und viele andere Initiativen von Menschen, die das Leben in Flensburg erst lebenswert machen.

Über den bunten und gut besuchten Stand meiner Flensburger SPD habe ich mich natürlich besonders gefreut!

Lebensqualität kann man sich nicht kaufen. Nur durch das Engagement der Menschen in der Stadt, durch ihr Eintreten für einander, durch das von ihnen eingebrachte Wissen, ihre Erfahrung und Hilfsbereitschaft kann man sich hier wohlfühlen und bleibt in der Not nicht allein.

Eigentlich hatte ich nur einen kurzen Sonntagsspaziergang durch die Messe eingeplant, aber es ergaben sich so viele interessante Gespräche, so viele Fragen an den Bundestagsabgeordneten und so viele Fragen des Abgeordneten an die Ehrenamtler, dass es Abend wurde. Nach dem Besuch in der Sportlandhalle kam ich mir vor, wie nach einer Marathon-Sprechstunde.

Unterschiedlichste Themen und unerschöpfliche Begeisterung, das kann mitreißen, das macht Mut und das ist mir Anlass zu einem aufrichtigen Dankeschön an alle, die sich in Flensburg und anderswo ehrenamtlich für ihre Mitmenschen engagieren.

[Mehr lesen Sie hier!](#)

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 21.02.2008, 11:57 Uhr - 7867 Clicks - Nr. 195

140 Jahre Flensburger SPD – das sind 140 Jahre Engagement für die Bürger

140 Jahre SPD in Flensburg – das sind auch 140 Jahre bürgerschaftliches Engagement für die Stadt und ihre Menschen: Bürger haben sich für Bürger eingesetzt – und sie tun das heute noch und auch in Zukunft.

Auf der 2. Flensburger Ehrenamt-Messe im „Sportland“, auf der der SPD-Kreisverband Flensburg mit einem eigenen Informationsstand vertreten war, wurden den interessierten Besuchern in Bild und Wort einige Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen vorgestellt, die sich im Laufe von Jahrzehnten auch über ihre parteipolitische Arbeit hinaus ehrenamtlich in vielfältiger Weise eingesetzt haben. Barbara Philipsen und Maria



Matz – vom Kreisvorstand damit beauftragt – hatten für diese Präsentation das Dokumentationsprojekt entwickelt und vor laufender Kamera nacheinander 18 Interviewpartner zu Worte kommen lassen, darunter mit dem 92 Jahre alten Alfons Schlütter auch einen Zeitzeugen der NS-Zeit (die Nationalsozialisten hatten schon bald nach ihrer Machtübernahme 1933 die SPD verboten). Erst 1945, nun als SPD-Ratsherr, konnte er seine politische Arbeit wieder aufnehmen. Auch die ehemaligen Stadtpräsidenten Artur Thomsen, Lothar Hay und Peter Rautenberg äußern sich in diesem Film über ihre kommunalpolitische, ehrenamtliche Tätigkeit. Befragt wurden ferner die einstigen Ratsmitglieder Ingrid Franzen, Franz Mahner, Knut Franck, Edith Gerstenberg, Helmut Schumann, Dr. Willy Möhl, Christa Kolhorst und Heiko Schleppegrell, die früheren Kreisvorsitzenden Gert Roßberg und Wolfgang Wodarg sowie der neugewählte Kreisvorsitzende Helmut Trost. Die Ratsmitglieder Rolf Helgert und Barbara Philipsen beleuchteten die ehrenamtliche Arbeit in und außerhalb der Partei aus aktueller Sicht. Den Parteiennachwuchs vertrat der 21-jährige Pascal Jensen; er ist seit 2005 Vorsitzender des Juso-Kreisverbandes Flensburg. In den vielen Wortbeiträgen wurde der hohe Stellenwert des gesellschaftspolitischen Engagements

gerade im kommunalen Umfeld herausgestrichen. Zahlreiche Projekte auch außerhalb der Politik seien von Sozialdemokraten angestoßen und über Jahre geleitet worden, hieß es. Als Beispiele wurden der Förderverein Christiansenpark und die Rettung und Sanierung der Bergmühle und die Einrichtung des Abenteuerspielplatzes Taubenstraße genannt.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 21.02.2008, 14:43 Uhr - 6779 Clicks - Nr. 196

Wodarg: Ein Beitrag zur Friedenssicherung der Zukunft

Heute verlagern wir die Kriege noch ins Ausland. Die Akzeptanz für Inlandskriege ist seit dem 2. Weltkrieg doch erheblich zurückgegangen. Stellvertreterkriege sind in einigen Jahren wohl auch nicht möglich, weil es keine unterentwickelten Länder mit Marionettenregierungen mehr geben wird. Innerstaatliche Streitigkeiten in den Vereinigten Staaten von Europa und anderswo müssen dann vor Ort umweltfreundlich ausgetragen werden. Welche Lösungen sind in Sicht?



Hier könnt Ihr sehen geheime Manöverübungen einer als Zivilisten getarnten mobilen Einsatztruppe. Dieses Dokument ([HIER ANSEHEN UND STAUNEN!](#)) lässt ahnen, wie Auseinandersetzungen in zunehmend dichter werdenden urbanen Räumen in Zukunft ausgetragen werden sollen. Da heißt es fest den Zipfel in die Hand nehmen, und beherzt zuschlagen, bis die Federn fliegen. So wird die Gänsefarm zur Rüstungsindustrie! Wer hätte das gedacht!?
[Mehr lesen Sie hier!](#)

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 21.02.2008, 15:40 Uhr - 1499 Clicks - Nr. 197

Wehner zur Jahresbilanz des Jobcenters Kiel

Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Thomas Wehner erklärt:

"Die Bilanz des Jobcenters Kiel kann sich sehen lassen. Nach holprigem Beginn im Jahr 2005 ist durchaus beachtlich, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf die Beine gestellt haben. Die großen Anstrengungen, arbeitslose Jugendliche in Arbeit und Beschäftigung zu bringen, reichen aber nicht. Die Landeshauptstadt muss Kiel wieder aktive kommunale Arbeitsmarktpolitik leisten.

Die Arbeitslosigkeit ist in Kiel nach wie vor auf einem viel zu hohen Niveau. Deshalb ist es endlich an der Zeit, eine integrierte städtische Politik für Wirtschaft, Arbeit und Ausbildung zu beginnen. Das ist die Aufgabe der Wirtschaftsdezernentin, um die sie sich vorrangig zu kümmern hat.

Die SPD hofft, dass das Jobcenter Kiel seine Arbeit bis 2010 und wenn möglich darüber hinaus in verfassungskonformer Weise wird fortsetzen können."



Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 21.02.2008, 15:45 Uhr - 1321 Clicks - Nr. 198

Wagner: Gratulation an Marktbeschicker!

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Michael Wagner erklärt:

"Die SPD-Ratsfraktion beglückwünscht die Marktbeschicker auf dem Exer zu ihrer Entscheidung, sich für eine neue Interessenvertretung mit Ansprechpartnern für die Stadt zusammenzuschließen. Immer wieder stoßen die unterschiedlichen Interessen der Marktbeschicker, ihrer Kundschaft und der Anwohner aufeinander. Dabei wollen alle einen attraktiven Wochenmarkt auf dem Exer. Die SPD-Ratsfraktion unterstützt alle Bestrebungen, den Wochenmarkt auf dem Exer weiter zu entwickeln und tragfähige Kompromisse zwischen den Beteiligten zu finden. Wir haben die ungeordnete Entwicklung mit Sorge beobachtet und unter anderem zur Entwicklung der Marktstände sowie dem Warensortiment eine kleine Anfrage für die Ratsversammlung am 21.02.07 gestellt. Es ist jetzt Sache der Stadt, ihre Moderatorenfunktion anzunehmen und Lösungen für die Stand- und Parkplatzkonflikte sowie andere Probleme beim Markt auf dem Exer zu ermöglichen. Die SPD-Ratsfraktion erwartet einen Sachstandsbericht für den nächsten Innen- und Umweltausschuss."

Kleine Anfrage Drucksache 0123/2008

Ratsversammlung am 21.02.2008

Betreff: Situation des Wochenmarktes auf dem Exerzierplatz

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landeshauptstadt Kiel über die Entwicklung der Zahl der Marktstände, die Zusammensetzung des feilgebotenen Warensortimentes sowie der Anzahl der Besucherrinnen und Besucher auf dem Exerzierplatz-Wochenmarkt vor?

2. Wie bewertet die Verwaltung das derzeitige Erscheinungsbild des Wochenmarktes?

3. Welche Maßnahmen wären aus Sicht der Verwaltung möglich, um die Attraktivität des Wochenmarktes auf dem Exerzierplatz zu erhöhen?

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 21.02.2008, 20:04 Uhr - 3461 Clicks - Nr. 199

Ausbildungsinitiative für Religionslehrer unterstützen

Zur Anhörung zum Thema Religionsunterricht heute im Bildungsausschuss erklärt der kirchenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Die beiden großen Kirchen haben bei der heutigen Anhörung eine neue Ausbildungsinitiative für Religionslehrer vorgeschlagen, um dem drohenden Mangel an geeigneten Lehrkräften für das Unterrichtsfach Religion gegenzusteuern. Diesen Vorschlag werden wir aufgreifen und uns in Verhandlungen mit dem Ministerium für die Umsetzung stark machen.



Die Stellungnahmen der Verbände der Muslime haben gezeigt, dass die bestehenden Modelle des Islam-Unterrichts gute Ansätze bieten, um Muslime in die Religionslandschaft einzubinden. Wir müssen uns darauf einstellen, dass die Zahl der Lehrkräfte, die Islam-Unterricht erteilen, steigen wird.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 21.02.2008, 20:43 Uhr - 7735 Clicks - Nr. 200

Sparkassenfusion: Kundennähe und Servicequalität in Flensburg sichern!

Der Kreisvorsitzende der SPD-Flensburg erklärt zur Sparkassenfusion:

„Die beiden Sparkassen haben unterschiedliche Strukturen, die Nospa als Flächensparkasse und die Flensburger Sparkasse als auf das Stadtgebiet orientiertes Institut. Es geht darum, die Fusion so zu gestalten, dass die unterschiedlichen Merkmale zu einem erfolgreichen Ganzen zusammengefügt werden. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass die Kundennähe und Servicequalität erhalten bleiben, die die Flensburger von ihrer Sparkasse gewohnt sind. Die erfolgreiche vertrauensvolle Zusammenarbeit mit heimischen mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetrieben muss nahtlos fortgesetzt werden. Für sie ist ein starker Partner vor Ort unverzichtbar. Die Fusion bietet Chancen, die im Interesse von Privat- und Geschäftskunden genutzt werden müssen.“

Keine Kommentare

Artikelarchiv 2008

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 22.02.2008, 20:21 Uhr - 1491 Clicks - Nr. 201

Heinrichs zum VEP: Sondersitzung Bauausschuss absagen

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Achim Heinrichs erklärt zu den Berichterstattungen über die unklare Finanzierungslage bei der Stadtregionalbahn:

"Die Sondersitzung des Bauausschusses am kommenden Donnerstag ist überflüssig. Die Stadtreionalbahn ist ein wesentliches Planungselement des VEP. Weitere Projekte und Aussagen des Verkehrsentwicklungsplanes setzen das Entstehen einer Stadtreionalbahn in überschaubarem Zeitrahmen voraus.

Die Berichte, dass der Wirtschaftsminister die Hamburger Randbereiche Schleswig-Holsteins verkehrlich und finanziell zu stärken beabsichtigt und dieses zu Lasten einer möglichen Stadtreionalbahn in der Kieler Region geht, stellen eine neue Situation dar. Aus Kieler Sicht ist die Benachteiligung durch den Wirtschaftsminister inakzeptabel.

Gleichwohl ist diese Entwicklung für die SPD Anlass, die unangemessene Hektik in der VEP-Beratung nochmals nachhaltig zu kritisieren. Die Sondersitzung des Bauausschusses am 28.02. macht jetzt noch weniger Sinn. CDU/Grüne und die Verwaltung sollten das Verfahren anhalten und das Nachdenken beginnen."

Keine Kommentare

[SPD-NET-SH](#) - veröffentlicht am 23.02.2008, 20:58 Uhr - 57183 Clicks - Nr. 202

SPD-NET-SH startet in den Kommunalwahlkampf

Die Internetkooperative von 12 Kreisverbänden der SPD in Schleswig-Holstein ist für den Kommunalwahlkampf gerüstet: Derzeit betreiben 12 Kreisverbände, 164 Ortsvereine, 15 Abgeordnete im Landtag und im Bundestag, sowie viele Arbeitsgemeinschaften der Jusos, von 60plus, der AsF und der AfA ihre Webseiten bei SPD-NET-SH. Insgesamt sind es weit über 200 einzelne Internetauftritte, die mit dem selbst entwickelten Content-Management-System von SPD-NET-SH arbeiten, darunter auch der Landesverband.

Neben dem SPD-Landesverband nutzt auch unser Europaabgeordneter Willy Piecyk das System, um seine Europapolitik für Schleswig-Holstein bekannt zu machen.

Als SPD-NET-SH im Jahr 2001 mit dem System startete, konnte noch niemand ahnen, welche

Verbreitung es erlangen würde. Inzwischen gibt es mehrere eigenständige Varianten des Systems in anderen Bundesländern. SPD-NET-SH ist dabei dem Prinzip treu geblieben, ein einfaches System für die Gliederungen vor Ort zu betreiben und hat sich deshalb nur behutsam mit zusätzlichen Techniken der Webseitengestaltung ergänzt.

Dennoch wird das Content-Management-System ständig weiterentwickelt. Beispielsweise sind jetzt rss-Feeds in dem System speziell für jede Gliederung abrufbar.

Wesentlicher Bereich der Systementwicklung ist neben der stetigen Verbesserung des Angebotes die Sicherheit des Systems.

Für die Kommunalwahl wurde kürzlich ein eigenes Layout für die Webauftritte bereit gestellt.

Weitere Anregungen und Wünsche nehmen die Admins von SPD-NET-SH gern entgegen.

Keine Kommentare



Günter Neugebauer: Waldorfschule Rendsburg ist 2008 finanziell abgesichert

Nach umfangreichen Beratungen hat der Finanzausschuss des Landtags in seiner gestrigen Sitzung die finanzielle Absicherung der Waldorfschulen für 2008 beschlossen. Davon ist auch die in Rendsburg ansässige Waldorfschule betroffen. Dies teilte der Vorsitzende des Finanzausschusses, der Rendsburger SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer, der Schule heute mit. Auch die Waldorfschule Rendsburg war in eine finanzielle Notlage geraten, weil der sich an die Kosten für das öffentliche Schulwesen orientierte Zuschuss des Landes wegen der Streichung von Sonderzuwendungen für die Lehrerinnen und Lehrer des Landes für 2008 gekürzt werden musste. Für die Rendsburger Waldorfschule ging es dabei um eine Kürzung von fast 70 000 €.

Neugebauer zeigte sich erfreut, dass der einstimmige Beschluss des Finanzausschusses nun schon nächste Woche in eine Änderung des Schulgesetzes einfließen kann.

Insgesamt muss das Land fast 1,2 Mio€ für diesen Kraftakt aufwenden, die aus dem Bildungsetat durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert werden sollen.

Für die nächsten Jahre planen die Koalitionsfraktionen im Interesse der Planungssicherheit der Waldorfschulen eine neue zeitliche Anpassung der Zuschüsse an die Privatschulen analog der Regelung für die dänischen Schulen. Darüber soll noch dieses Jahr eine Entscheidung fallen.

Keine Kommentare

AfA in Schleswig-Holstein solidarisch mit der Landes-SPD

Der AfA-Landesvorstand für Erhöhung des Mitgliedsbeitrages Mehr Beitrag = mehr S P D

Der AfA-Landesvorstand fordert insbesondere die SPD-Mitglieder, die der „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ angehören auf, ihren Beitrag um mindestens 1 € zu erhöhen.

Als Zeichen hat der AfA-Landesvorstand dieses als Selbstverpflichtung umgesetzt, wie auf dem Foto zu sehen ist.



Aus der gewerkschaftlichen Erfahrung wissen wir:

Kampfkraft ergibt sich aus Mitgliederstärke und Finanzkraft

Wir wissen welche Bedeutung Mitgliedsbeiträge für eine Organisation haben, auch wenn Gewerkschaften in ihrer Finanzierung mit Parteien nicht vergleichbar sind.

Um jedoch die Abhängigkeit von Spenden und staatlicher Finanzierung in einem politisch vertretbaren Rahmen zu halten, müssen satzungsgemäße Mitgliedsbeiträge nach den finanziellen

Möglichkeiten der Mitglieder Standard sein.

Beschlossen auf der AfA-Landesvorstandsitzung am 21. Februar 2008
Wolfgang Mädler
AfA-Landesvorsitzender

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 25.02.2008, 15:03 Uhr - 3179 Clicks - Nr. 205

SPD-Engelsby: Kostenlose Annahme von Schadstoffen

Am Sonnabend, dem 1. März 2008, nimmt die Freiwillige Feuerwehr Engelsby mit dem TBZ in der Engelsbyer Str. 101 (ehemaliges Mazda Autohaus) wieder von 10.00 bis 13.00 Uhr kostenlos Schadstoffe entgegen.

Farben und Lacke, Holz- und Pflanzenschutzmittel, Altmedikamente, Reiniger, Lösungsmittel, Kleberreste, Batterien sowie Spraydosen, Leuchtstoffröhren und quecksilberhaltige Produkte können dann vor Ort abgegeben werden.

Nicht angenommen werden Altöl und Autobatterien, da diese Dinge über den Fachhandel zu entsorgen sind.

Die Kosten der Annahme sind in der Grundgebühr ihrer Abfallwirtschaftsgebühr der Stadt Flensburg enthalten. Gewerbebetriebe sind von dieser Möglichkeit, ihre Schadstoffe zu entsorgen ausgeschlossen, da für sie eine Nachweispflicht besteht.

Unabhängig von diesem Angebot bleibt es an den Wochentagen bei der Annahme im Technischen Betriebszentrum AÖR (TBZ), Schleswiger Straße 95 a montags von 9 bis 19 Uhr, dienstags bis freitags von 9 bis 17 Uhr und samstags von 9 bis 13 Uhr.
Das TBZ nimmt auch Sonderabfall aus dem Kreisgebiet an !

Weitere Informationen rund um das Thema Sonderabfall erhalten umweltbewusste Bürgerinnen und Bürger unter der Telefon-Nr. 85 2281 im TBZ.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 25.02.2008, 16:35 Uhr - 3150 Clicks - Nr. 206

Rolf Fischer und Benny Engelbrecht zum Treffen deutscher und dänischer Sozialdem

Bereits zum dritten Mal trafen sich am Wochenende dänische Sozialdemokraten aus dem Folketing, der neuen Großregion Syddanmark und der Stadt Apenrade und Vertreter der SPD-Landtagsfraktion sowie des SPD-Landesvorstandes. Gäste waren Kommunalpolitiker aus Flensburg und Vertreter des SPD-Europaforums Schleswig-Holstein. Die Gespräche finden abwechselnd diesseits und jenseits der Grenze statt.

Dazu erklären Rolf Fischer, MdL, der das Treffen in Flensburg leitete, und Benni Engelbrecht, sozialdemokratischer Folketingsabgeordneter:

Das Treffen war für uns ein voller Erfolg. Es fand in überaus angenehmer Atmosphäre statt und war

sehr konstruktiv. Drei Gesprächsbereiche standen im Zentrum:

1. Hafenkooperation: Wir streben eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Häfen in Apenrade und Flensburg an. Wir sind uns einig, dass das bestehende 10 Jahre alte Kooperationsabkommen beider Häfen dringend überarbeitet und erneuert werden muss. Für die maritime Entwicklung der Region ist dies unabdingbar. Wir werden im Schleswig-Holsteinischen Landtag eine Initiative starten, die die Chancen dieser Hafenkooperation für die Grenzregion deutlich werden lässt. Die dänische Seite wird entsprechende Schritte gleichzeitig auch in Kopenhagen gehen.

2. Gesundheitspolitik: Wir streben eine Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich Gesundheitspolitik an. Das neue von der EU verabschiedete Weißbuch zur grenzüberschreitenden Gesundheitspolitik stellt finanzielle Mittel in Aussicht, die Chancen eröffnen. Die SPD wird dazu eine Veranstaltung noch vor der Sommerpause organisieren. Thema war auch die Planung des neuen Krankenhauses, das in der Grenzregion gebaut werden soll. Hier gibt es zur Zeit in Süddänemark eine Debatte über den konkreten Standort.

3. Verkehrspolitik: Der Bau der Westküsten-Autobahn von Hamburg bis Esbjerg wird nicht vor 2015 Realität werden. Gleiches gilt für die entsprechende Bahnverbindung. Beide Projekte sind in der mittelfristigen Planung. Die verkehrliche Anbindung der Region ist gerade auch für die dänische Seite von Bedeutung. Thema war auch die feste Fehmarnbelt-Querung. Einigkeit bestand, dass die Grenzregion zwischen den Zentren Kopenhagen und Hamburg nicht abgehängt werden darf.

Noch vor der Sommerpause wird das nächste Treffen deutscher und dänischer Sozialdemokraten in Apenrade stattfinden.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 25.02.2008, 17:36 Uhr - 3451 Clicks - Nr. 207

SPD-Engelsby: Kandidaten zur Kommunalwahl 2008

Bereits Ende letzten Jahres hatte sich der SPD-Ortsverein Engelsby mit der Aufstellung der Kandidaten zur Kommunalwahl und somit der Besetzung der vier Wahlkreise intensiv beschäftigt. Zum Ortsverein gehören die Wahlkreise 14, 16, 17 und 20.

Karin Schnittke, seit 2003 Mitglied der Ratsfraktion kandidiert erneut im Wahlkreis 14, Rolf Helgert seit 1990 dabei, kandidiert ebenfalls erneut im Wahlkreis 17.

Erstmals stellen sich Sylva Meyerding (3. v.l.) im Wahlkreis 20 und Andree Nitsch (1. v.l.) im Wahlkreis 16 zur Wahl am 25. Mai 2008.



In der nächsten Ausgabe unserer Stadtteilzeitung, das Pussloch, werden Sie mehr über unsere vier Kandidaten erfahren.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 25.02.2008, 19:04 Uhr - 5674 Clicks - Nr. 208

Konstruktiver deutsch-dänischer Dialog der Sozialdemokraten

Flensburg. Bereits zum dritten Mal trafen sich am Wochenende dänische Sozialdemokraten aus dem Folketing, der neuen Großregion Syddanmark, der Stadt Apenrade und Vertreter der SPD-Landtagsfraktion sowie des SPD-Landesvorstandes.

Für Flensburg waren die Landtagsabgeordnete Ingrid Franzen, der SPD-Kreisvorsitzende Helmut Trost sowie Peter Köhler, Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke, dabei. Die Gespräche finden abwechselnd diesseits und jenseits der Grenze statt, diesmal in Flensburg. Rolf Fischer, MdL, und Benni Engelbrecht, sozialdemokratischer Folketingsabgeordneter, bezeichnen das Treffen als einen vollen Erfolg. Es habe in angenehmer Atmosphäre stattgefunden und sei sehr konstruktiv gewesen.

Drei Themen standen im Mittelpunkt der Beratungen:

„1. Hafenkooperation: Wir streben eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Häfen in Apenrade und Flensburg an. Wir sind uns einig, dass das bestehende 10 Jahre alte Kooperationsabkommen beider Häfen dringend überarbeitet und erneuert werden muss. Für die maritime Entwicklung der Region ist dies unabdingbar. Wir werden im Schleswig-Holsteinischen Landtag eine Initiative starten, die die Chancen dieser Hafenkooperation für die Grenzregion deutlich werden lässt. Die dänische Seite wird entsprechende Schritte gleichzeitig auch in Kopenhagen gehen.

2. Gesundheitspolitik: Wir streben eine Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich Gesundheitspolitik an. Das neue von der EU verabschiedete Weißbuch zur grenzüberschreitenden Gesundheitspolitik stellt finanzielle Mittel in Aussicht, die Chancen eröffnen. Die SPD wird dazu eine Veranstaltung noch vor der Sommerpause organisieren. Thema war auch die Planung des neuen Krankenhauses, das in der Grenzregion gebaut werden soll. Hier gibt es zur Zeit in Süddänemark eine Debatte über den konkreten Standort.

3. Verkehrspolitik: Der Bau der Westküsten-Autobahn von Hamburg bis Esbjerg wird nicht vor 2015 Realität werden. Gleiches gilt für die entsprechende Bahnverbindung. Beide Projekte sind in der mittelfristigen Planung. Die verkehrliche Anbindung der Region ist gerade auch für die dänische Seite von Bedeutung. Thema war auch die feste Fehmarnbelt-Querung. Einigkeit bestand, dass die Grenzregion zwischen den Zentren Kopenhagen und Hamburg nicht abgehängt werden darf.“

Noch vor der Sommerpause wird das nächste Treffen deutscher und dänischer Sozialdemokraten in Apenrade stattfinden.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 26.02.2008, 15:36 Uhr - 2616 Clicks - Nr. 209

Verhandlungen wieder aufnehmen!

Zu den Verhandlungen über einen Tarifvertrag für Beschäftigte des UKSH erklären der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber, und der sozialpolitische Sprecher Wolfgang Baasch:

Nach Abbruch der Verhandlungen über einen Tarifvertrag für nichtwissenschaftliche Beschäftigte des UKSH, erinnern wir daran, dass mit dem 2007 ausgelaufenen Beschäftigungspakt das Personal bereits einen erheblichen Sanierungsbeitrag geleistet hat.

Das sollte in den laufenden Verhandlungen berücksichtigt werden. Die Beschäftigten am UKSH

dürfen nicht von der Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt werden. Eine „Minusrunde“ kann deshalb von niemandem ernsthaft gewollt werden.

In diesem Sinne fordern wir die Tarifparteien auf, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Das UKSH kann nur mit den Beschäftigten saniert werden. Wir haben kein Verständnis dafür, wenn diesen von Arbeitgeberseite mit Privatisierung gedroht werden sollte. Eine Privatisierung auch von Teilbereichen – vor allem der medizinischen Versorgung – des UKSH ist mit der SPD nicht zu machen.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 26.02.2008, 20:45 Uhr - 6511 Clicks - Nr. 210

WODARG: POLITIK ANSCHAULICH

Am 17.3.2008, 19:30 Uhr beginnt eine Serie Politischer Filmabende mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg im Flensburger KINOPLEX:

Auf Anregung von Schülerinnen und Schülern biete ich ab März jeden dritten Montag im Monat einen interessanten Spielfilm mit politisch brisanten Themen an. Im Anschluss wird das Thema mit den Zuschauern diskutiert.

Als ersten Film zeigen wir "Blood Diamond".

Vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs in Sierra Leone thematisiert der Film den Handel mit Blutdiamanten. Der Begriff Blutdiamanten wurde von nichtstaatlichen Organisationen wie u.a. "Amnesty International" eingeführt, um die Öffentlichkeit auf das zutiefst amoralische Geschäft zu sensibilisieren. Regierungstruppen und andere militärische Gruppen in Afrika nutzen die Einnahmen aus dem Diamantenhandel, um ihren Krieg zu finanzieren. Der Schmuck der westlichen Welt verlängert so das Leiden in Schwarzafrika. Die damit verbundenen Themen Gewaltökonomie, private Militärfirmen, Kindersoldaten und die Rolle der reichen Länder bei diesen Problemen sind in dem Film auch beispielhaft dargestellt.

Als Entwicklungspolitiker sehe ich die Not der Menschen in vielen armen Ländern dieser Welt. Und ich bin überzeugt, dass die friedliche und menschenwürdige Entwicklung eines



NEU IM KINOPLEX.DE
POLITISCHE FILMABENDE

Unter der Leitung von
Dr. Wolfgang Wodarg
-Mitglied des Bundestages-

Jede Veranstaltung behandelt
ein Diskussionsthema, welches
im Film angesprochen wird.

Montag, den 17. März
um 19.30 Uhr

Blood Diamond
Diskussionsthema:
Gewaltökonomien
und Kindersoldaten
in Afrika

Eintritt:
5,- Euro (Rang) / 6,- Euro (Loge)

globalen Miteinander unser erstes politisches Ziel sein muss!

[Mehr lesen Sie hier!](#)

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 26.02.2008, 22:55 Uhr - 2980 Clicks - Nr. 211

Mehr Beitrag - mehr SPD

Der AfA-Aufruf zeigt Wirkung

Unser Aufruf zur Beitragserhöhung wird von prominenten Gewerkschaftern und SPD Mitgliedern positiv aufgenommen. Ralph Müller-Beck, DGB-Regionsvorsitzender KERN und SPD-Spitzenkandidat in bei der Kommunalwahl 2008 hat den AfA-Aufruf zur Beitragserhöhung sofort umgesetzt und seinen Beitrag spontan verdoppelt.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 27.02.2008, 12:10 Uhr - 1378 Clicks - Nr. 212

Segler nicht in Hallenflaute belassen

Die baupolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesine Stück erklärt zu der offenen Frage, wo der Schilkseer Yachtclub Winterlagerhallen für seine Schiffe bekommt:

"Spätestens seit dem unwirksamen Vorpreschen von Frau Volquartz (CDU), die im Sommer 2007 versuchte, den Ortsbeirat zu überrumpeln, ist klar, dass der Parkplatz Tempest für Winterlagerhallen nicht zur Verfügung steht.

Auch Baudezernent Todeskino (Grüne) - frei von Kenntnis der seglerischen und lokalen Anforderungen - hat sich nicht mit Ruhm bekleckert.

Die SPD-Ratsfraktion geht davon aus, dass die Vereinsmanager in der Frage des Winterlagerhallenstandortes flexibel und kompromissbereit agieren. Deshalb ist es nicht nachzuvollziehen, warum bislang in der Landeshauptstadt Kiel und angemessener Nähe zur Förde kein geeignetes Objekt gefunden werden konnte.

Ein weiteres Beispiel für das chaotische Vorgehen von Frau Volquartz (CDU) und Herrn Todeskino (Grüne)."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 27.02.2008, 12:12 Uhr - 1174 Clicks - Nr. 213

Hahn zu INTERREG IVA Vorlage: Chaos kostet Zeit und Geld!

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Jürgen Hahn erklärt zu der von Frau Volquartz dem Wirtschaftsausschuss vorgelegten Ersatzvorlage zu INTERREG IV A:

"Die Ersatzvorlage soll die Basis schaffen für die weitere Bearbeitung der INTERREG IV A Förderung. Damit kann Frau Volquartz (CDU) aber nicht das Porzellan der regionalen Zusammenarbeit kitten, das sie in den vergangenen Monaten hemmungslos zerschlagen hat.

Frau Volquartz (CDU) hatte - wie bekannt - Kiels Mitgliedschaft im K.E.R.N. e.V. ohne Ratsbeschluss gekündigt. Die anderen Mitglieder kündigten vorsorglich mit der Folge, dass ab 2009 kein Büro in K.E.R.N. für die Bearbeitung des operationellen Programms INTERREG IV A

existiert. Eine belastbare Nachfolgeregelung zu schaffen, daran hat Frau Volquartz nicht gedacht. Die Beauftragung der Kieler Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit dieser Aufgabe führt zu einer Umsatzsteuerpflicht und damit zu einer Kostenerhöhung. Dieses von ihr zu verantwortende Chaos kostet Zeit und Geld.

Die SPD-Fraktion wird deshalb ihr Vorgehen auf folgende Ziele ausrichten:

1. Die SPD-Fraktion wird der Ersatzvorlage nur dann zustimmen, wenn K.E.R.N. e.V. für dieses Jahr die Bearbeitung des operationellen Programms erhält und dadurch 2008 keine Umsatzsteuerpflicht entsteht.
2. Wir werden gemeinsam mit der Region, dem DGB und der IHK die Möglichkeiten ausloten und die Voraussetzungen schaffen für Wiedereintritte in die Technologieregion K.E.R.N. e.V. nach der Kommunalwahl im Mai."

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 27.02.2008, 15:52 Uhr - 7818 Clicks - Nr. 214

MdB Sönke Rix zum Jugendfreiwilligendienstgesetz

In der nächsten Woche werden wir im Bundestag das neue Jugendfreiwilligendienstgesetz beschließen. Das Gesetz regelt sowohl das freiwillige soziale Jahr (FSJ) als auch das freiwillige ökologische Jahr (FÖJ). Als zuständiger Berichterstatter für dieses Thema war ich an der Entstehung dieses Gesetzes beteiligt.

Jugendfreiwilligendienste sind bei jungen Menschen zwischen 16 und 27 sehr beliebt, rund 25.000 Jugendliche haben im letzten Jahr ein FSJ oder FÖJ absolviert. In einer Kita Kleinkinder und Erzieherinnen durch den Alltag zu begleiten, sich in Rumänien in einem Projekt zugunsten obdachloser Straßenkinder zu engagieren oder in einer Robbenaufzuchtstation an der Nordsee den Tierpflegern bei der Arbeit zu helfen, diese und viele andere Möglichkeiten bieten ein FSJ oder ein FÖJ.

Mit dem neuen Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten verbessern wir die Rahmenbedingungen für die Freiwilligendienste. Nachdem wir in den vergangenen Jahren mehrmals Erhöhungen der Haushaltsmittel für Freiwilligendienste im Bundesetat erreichen konnten, gehen wir nun noch einen Schritt weiter:

Bei der Neuregelung steht vor allem der Nutzen für die Teilnehmer im Mittelpunkt. So werden in Zukunft zum Beispiel Lernziele vereinbart. Damit wollen wir erreichen, dass die Freiwilligen nicht nur als billige Arbeitskräfte erhalten, sondern etwas für ihre Zukunft lernen. Zusätzlich dazu wird die Zahl der Seminartage erhöht, wenn der Freiwilligendienst länger als ein Jahr absolviert wird. Außerdem ist es jetzt möglich, ein FSJ oder FÖJ als so genannten Kombinationsdienst in Blöcken im In- und Ausland abzuleisten. Für die Anbieter von FSJ und FÖJ haben wir eine Regelung gefunden, die vermeidet, dass sie unter die Umsatzsteuerpflicht fallen.

Weiterhin ist klar: Wer ein FSJ oder FÖJ ableistet, tut etwas Gutes für die Gesellschaft und auch für sich selbst. Das ist ein Qualitätsmerkmal, das wir unbedingt erhalten müssen.

Eine Studie über die Jugendfreiwilligendienste hat gezeigt, dass nur eine bestimmte Zielgruppe von einem FSJ oder FÖJ profitiert. Meistens sind es nämlich gut situierte und gut ausgebildete junge Frauen und Männer, die einen Freiwilligendienst absolvieren. Das wollen wir ändern. Deshalb setzt die SPD-Fraktion sich dafür ein, dass mehr benachteiligte junge Menschen und Jugendliche nichtdeutscher Herkunft ein FSJ oder FÖJ absolvieren. Gerade für diese Jugendlichen ist ein FSJ oder FÖJ eine Möglichkeit, wichtige fachliche und soziale Fähigkeiten zu erlangen.

Freiwilligendienste stärken Selbständigkeit, Selbstbewusstsein sowie die Eigenverantwortung und das Bewusstsein, auch für andere Menschen Verantwortung zu übernehmen. So sind Freiwilligendienste nicht nur für die Jugendlichen, sondern für die gesamte Gesellschaft einen Gewinn.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 27.02.2008, 15:57 Uhr - 8227 Clicks - Nr. 215

Kein Kind ohne Mahlzeit

CDU und FDP blockieren schnelle Lösung im Jugendhilfeausschuss, kritisiert Thorsten Fischer

Mit einer schnellen Entscheidung einer Kreisbeteiligung an dem Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ ist nicht mehr zu rechnen. Mit einem Antrag wollte die SPD-Fraktion das Landesprojekt „Kein ohne Mahlzeit“ durch einen Kreiszuschuss in Höhe von 10.000,00 € unterstützen. Auf Initiative von CDU und FDP hat der Jugendhilfeausschuss den Antrag in die Fraktionen verwiesen und von der Verwaltung ergänzende Informationen verlangt.

Da das Landesprogramm bei einer Elternbeteiligung von täglich 3,00 € für das Mittagessen im Kindergarten lediglich einen Zuschuss von 2,00 € vorsieht, wollte die SPD mit dem Kreiszuschuss zeitnah erreichen, dass Kindern aus Familien mit geringem Einkommen die Teilnahme am Mittagessen im Kindergarten kostenfrei ermöglicht wird. „An dem Ziel halten wir weiter fest“ –so Fischer- „auch wenn CDU und FDP eine zügige Entscheidung verhindert haben“.

Das CDU und FDP für ihre abschließende Meinungsbildung noch ergänzende Informationen von der Verwaltung benötigen, kann sich Fischer nur mit einem oberflächlichen Umgang von Informationen des Kreisjugendamtes erklären. Schon im letzten Jahr, -erbost sich Fischer- hat die Verwaltung darauf hingewiesen, dass Kinder vom Mittagessen aus Kostengründen ausgeschlossen oder in Einzelfällen sogar vom Kindergarten abgemeldet werden, weil die Eltern schamvoll ihre schwierige Finanzsituation verdecken wollen.

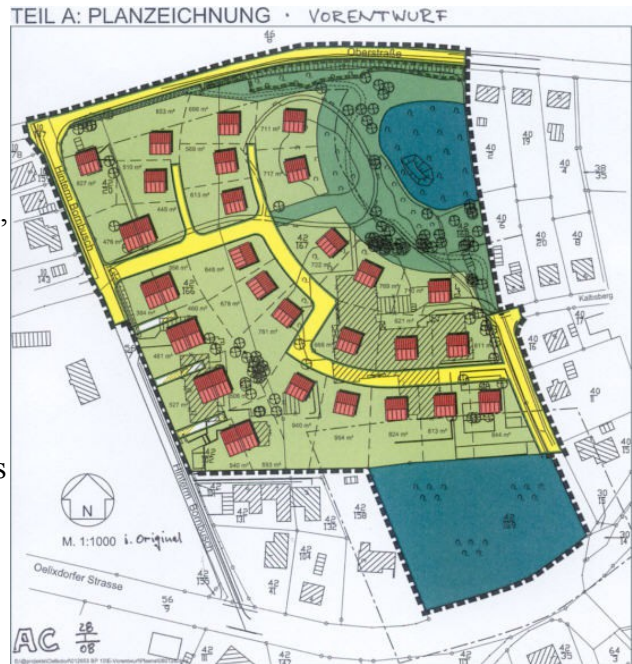
Für Eltern, die wenig verdienen oder von 347.- € Arbeitslosengeld II monatlich leben müssen, bleibt selbst bei einem Landeszuschuss noch eine monatliche Belastung von rd. 20.- € übrig, rechnet Fischer vor. Für diese Familien oder Alleinerziehende ist das viel Geld, denen ohne längere Verzögerungen hätte geholfen werden können, ist Fischers bitteres Fazit über das Abstimmungsverhalten von CDU und FDP im Jugendhilfeausschuss.

Keine Kommentare

Neue Pläne für den Bornbusch

Nachdem die mit viel Aufwand betriebenen Planungen für das Gelände des ehemaligen Alten- und Pflegeheimes „Haus am Bornbusch“ wegen offensichtlicher Differenzen zwischen der DRK-Schwesternschaft als Eigentümerin und der Plathe-Gruppe als Vermarkter zu keinem Ergebnis führten, hat die Schwartkop-Immobilien GmbH das Gelände erworben.

Nachdem Bernd Schwartkop und Martin Stepany von Büro AC Planer einen Vorentwurf vorgelegt haben, hat die Gemeindevertretung jetzt einstimmig den notwendigen Vorentwurfsbeschluss gefasst. Ein städtebaulicher Vertrag, der die Planungskosten regelt, wurde mehrheitlich beschlossen. Damit ist der Weg für eine neue Nutzung des Geländes als Wohngebiet geöffnet.



Besonders positiv wurde die Absicht aufgenommen, dort nur 30 bis 40 Wohneinheiten zu realisieren. Damit passe sich die Bebauung dem örtlichen Charakter besser an als die ursprünglich geplanten 80 Wohneinheiten.

Keine Kommentare

SPD Quickborn wählt Kandidaten für Kommunalwahl

Die Ortsvereinsvorsitzende Elke Schreiber kann sich auf ihre Mitglieder verlassen. Auf einer gut besuchten Mitgliederversammlung wurden alle 15 Direktkandidatinnen und -kandidaten einstimmig gewählt. Elke Schreiber gibt einen Ausblick auf die Kommunalwahl am 25. Mai 2008



Die Ortsvereinsvorsitzende Elke Schreiber kann sich auf ihre Mitglieder verlassen. Auf einer gut besuchten Mitgliederversammlung wurden die 15 Direktkandidatinnen und -kandidaten alle einstimmig gewählt. Auch die Gesamtliste mit dem Fraktionsvorsitzenden Jens Olaf Nuckel und der Ortsvereinsvorsitzenden Elke Schreiber auf den Plätzen 1 und 2 wurde einstimmig gewählt. Die Wahl musste erneut durchgeführt werden, weil die Wahl im November 2007 vor der der amtlichen Bekanntmachung der Wahlbezirke im Dezember 2007 durchgeführt wurde. Um rechtlich nicht angreifbar zu sein, wurde die Wahl vorsichtshalber noch einmal durchgeführt. Die Liste der Kandidaten können Sie auf der linken Seite dieser Homepage unter "Kommunal 2008" einsehen.

Nach der Wahl wurde noch lebhaft über die SPD-Themen im Wahlkampf diskutiert. Das Wahlprogramm wird in den nächsten Tagen auf dieser Seite veröffentlicht.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 28.02.2008, 11:18 Uhr - 4197 Clicks - Nr. 218

Urteil über Online-Durchsuchungen - Lothar Hay:

Unverrückbarer Grenzstein zwischen Bürgerrechten und Verbrechensbekämpfung.

Erscheinungsdatum: 27.02.2008

Der schleswig-holsteinische Innenminister Lothar Hay hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Online-Durchsuchungen begrüßt. „Wir haben jetzt die notwendige Rechtsklarheit in einer bisher strittigen und schwierigen verfassungsrechtlichen Frage“, sagte Hay am Mittwoch (27. Februar) in Kiel.

Das Urteil sei „ein unverrückbarer Grenzstein zwischen dem Recht des Bürgers auf einen geschützten Kernbereich privater Lebensgestaltung und der Pflicht des Staats zur Verbrechensbekämpfung“. Es sei ab sofort der alleinige Maßstab für die Prüfung der rechtlichen Ausgestaltung von Regelungen zur Online-Durchsuchung.

Der Minister sieht seine Auffassung bestätigt, vor der geplanten Novellierung des Gesetzes über das Bundeskriminalamt zunächst die höchstrichterliche Entscheidung abzuwarten. „Das war klug und richtig“, sagte Hay. Die Verfassungsrichter hätten die Vorgaben der sozialdemokratischen Innen- und Rechtspolitiker im Wesentlichen bestätigt.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 28.02.2008, 13:56 Uhr - 1215 Clicks - Nr. 219

Scheitern von CDU/Grünen bringt Region in Nöte!

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zu dem Beschluss des Hauptausschusses und des Ältestenrates von Rendsburg-Eckernförde, sich für eine Kooperation der bestehenden Wirtschaftsförderungsgesellschaften anstelle einer neuen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit Kiel und Plön zu entscheiden:

"Die Regionalpolitik von CDU und Bündnis 90/Die Grünen ist gescheitert und bringt Projekte in der Region in Nöte.

Am 17. Januar beschlossen Schwarz-Grün, bis zum 31.03.08 eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit den Landkreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde zu gründen. Rendsburg-Eckernförde hat diese Überlegungen jetzt beendet, weil es zu viele offene Fragen gibt. Wie in der Unterlage zur Ratsversammlung am 17.01.08 geschrieben, handelt es sich also doch nur um ein Ergebnis eines Termins bei der CDU am 08.11.07.

Jetzt rächt sich, dass CDU und Grüne vor ihrem Beschluss am 17.01.2008 die einsame K.E.R.N.-Kündigung von Frau Volquartz unkritisch und willig mitgetragen haben. Nichts ist durchdacht oder vereinbart. Sie stehen jetzt mit leeren Händen dar."

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 28.02.2008, 17:24 Uhr - 2191 Clicks - Nr. 220

SPD-Engelsby: Neue Ausgabe Stadtteilzeitung

Sehr geehrte Pussloch-Leser.

Ausgabe März ist soeben erschienen. Der eMail-Versand ist bereits erfolgt.

Die Briefkastenverteilung beginnt am Freitag.

Freuen Sie sich auf eine bunte Mischung an Artikeln und Beiträgen aus dem Stadtteil.



Aus dem Inhalt:

- Wir waren nicht untätig
- Sicherheitsberater für Senioren in Engelsby
- Mozartstraße: Grüne Welle für Radfahrer
- Fahrradfreundliches Engelsby - Ihre Zuschriften
- Vier für Engelsby - Unsere Kandidaten zur Kommunalwahl

und vieles Interessantes aus Ihrem Stadtteil.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen unserer kleinen Stadtteilzeitung für Engelsby.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 28.02.2008, 19:14 Uhr - 13844 Clicks - Nr. 221

Energiegewinnung durch Biomasse

Die Anlage der Biogas GmbH & Co. KG in Reher bildete den Rahmen für das Treffen der SPD-Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen, Ernst Dieter Rossmann und Marco Mühlstein mit Vertretern des Bauernverbandes und den Betreibern der Anlage Bernd Ehlers und Timm Kühl. Marco Mühlstein ist u. a. Berichterstatter für Bioenergie in der SPD-Bundstagsfraktion.



Vor der Verabschiedung des neuen EEG-Gesetzes, das am 01.01.2009 in Kraft treten soll, informiert sich Mühlstein vor Ort über den Einsatz von erneuerbaren Rohstoffen und Energien. Das Ziel der EU und Deutschland beim Einsatz von erneuerbaren Rohstoffen und Energien ist es, den Anteil von Windkraft, Fotovoltaik, Biomasse und Geothermie bei Elektrizität und Wärme in den Jahren 2020 bis 2050 auf 26% bzw. 58% zu erhöhen.

Die Biogasanlage in Reher ist eine von bisher drei Anlagen ihrer Art im Kreis Steinburg. Sie liefert fünf Millionen KW im Jahr ins Netz und benötigt dafür 250-270 Hektar Mais. Trotz Güllebonus verzichten die Betreiber Ehlers und Kühl auf den Einsatz von Gülle bei der Erzeugung ihres Biogases. Sie würden es begrüßen, wenn sie das durch Mais gewonnene Gas nicht erst in Strom umsetzen müssten, sondern direkt in Leitungen einspeisen könnten.

Marco Mühlstein wünscht sich ein Biogaseinspeisegesetz, das der Koalitionspartner bisher ablehnt. Die Konkurrenz zur Lebensmittelgewinnung werde durch das neue EEG geregelt, so Mühlstein auf die Befürchtung der Landwirte, die Getreidepreise könnten steigen und die Lebensmittelgewinnung verteuern. Jörn Thießen versicherte, die Landwirte in Deutschland könnten trotz des Einsatzes von Biomasse bei der Energiegewinnung immer genug Lebensmittel produzieren.

Das Hauptanliegen der Betreiber der Biogasanlage in Reher an die Politik ist der gesetzlich gesicherte Bestandschutz. Bisher gewährte Privilegien dürften durch neue Gesetze nicht gestrichen werden, um nachhaltig wettbewerbsfähig zu bleiben und das Vertrauen der Geldgeber nicht zu verlieren, forderten Ehlers und Kühl.

Biogasanlagen sind grundlastfähig, weil sie 24 Stunden rund um die Uhr ohne Wetterabhängigkeit das ganze Jahr hindurch Energie erzeugen können. Deshalb müsse das Netz ausgebaut werden, was die großen Energieanbieter allerdings ablehnten, berichtete Mühlstein abschließend. Für erneuerbare Energien müsse ein eigenes Netz geschaffen werden und das europaweit. Ein erweitertes bzw. neues Netz sei besser als Energie zu speichern.

Novellierung des EEG:

Dem Parlament lagen zu der Debatte in erster Lesung mehrere Gesetzentwürfe der Bundesregierung vor, die Teil des vom Kabinett im Dezember beschlossenen Klimaschutzpaketes sind. Danach soll das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) novelliert werden mit dem Ziel, den Anteil regenerativer Energien an der Stromversorgung bis 2020 auf bis zu 30 Prozent zu erhöhen. Mit dem so genannten Wärmegesetz soll zudem für einen stärkeren Anteil Erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung von Gebäuden gesorgt werden. Ferner soll der Ausbau von Biokraftstoffen mehr als bisher auf die Minderung von Treibhausgasemissionen ausgerichtet werden.

Näheres unter

www.bmu.de

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 28.02.2008, 19:26 Uhr - 5946 Clicks - Nr. 222

Rote Frauenpolitik für Kiel!

SPD legt neue verbindliche Leitsätze vor: „Rote Frauenpolitik für Kiel!“

Aus Anlass des anstehenden Internationalen Frauentages am 8. März 08 erklärten Ratsfrau Ingrid Lietzow und SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:

„Die SPD legt zum Internationalen Frauentag neue Leitsätze zur Kieler Frauenpolitik vor.

In der kommenden Woche werden wir diese Thesen mit den Frauenorganisationen diskutieren. Acht verbindliche Grundsätze sollen die Frauen in Kiel und ihren Einfluss auf die kommunale Politik stärken. Im Anhang geben wir diese Grundsätze zur Kenntnis.



Wir fordern u.a. feste Quoten für Nachwuchswissenschaftlerinnen, Kinderarmut ist in Kiel vor allem Frauenarmut, deshalb schlagen wir gesonderte Angebote für alleinerziehende Frauen vor, besondere Maßnahmen gegen Gewalt sind notwendig. Frauen und Männer dürfen nicht nachlassen in ihrem Kampf für eine geschlechtergerechte Gesellschaft.

Wir werden – als kommunales Hauptziel - einen neuen Gleichstellungsausschuss einsetzen, der sich mit allen frauenrelevanten Fragen in der Kommune befasst und entsprechende Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit erarbeitet. Ein erfolgreiches Aufstiegsmanagement für Frauen fehlt in Kiel offensichtlich. So gibt es z.B. heute bei der Stadt Kiel keine Dezernentin und in den 26 Ämtern keine Amtsleiterin mehr. Das werden wir ändern.

Wir werden alle Ausgaben der Stadt daraufhin überprüfen, ob es geschlechterspezifischen Nachteile für Frauen gibt (gender budgeting).

Auf die Situation der Frauen in Kiel wollen wir auch mit einer Aktion aufmerksam machen: sie findet am 01. März 2008, von 11:00 bis 13:00 Uhr vor dem Sopianhof/Höhe Blume 2000 statt. Alle Wünsche, die Frauen an unseren Wunschbaum hängen, werden zu unserem Auftrag.

Anhang: Papier "[Rote Frauenpolitik für Kiel](#)"

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 28.02.2008, 19:43 Uhr - 6226 Clicks - Nr. 223

Wodarg: Die Kinder in der Welt brauchen UNICEF - trotzdem!

Bei der Ehrenamtsmesse in Flensburg war die Enttäuschung der ehrenamtlichen Helfer am UNICEF-Stand deutlich spürbar. Die Flensburger Arbeitsgruppe hat viele Jahre gute Arbeit geleistet und diesen Ärger nicht verdient!

Zusammen mit meinen Kollegen/innen der SPD-Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bedauere ich den Rücktritt von Heide Simonis als Vorsitzende der deutschen Sektion der UNICEF.



Bei der Ehrenamtsmesse in Flensburg war die Enttäuschung der ehrenamtlichen Helfer am UNICEF-Stand deutlich spürbar. Die Flensburger Arbeitsgruppe hat viele Jahre gute Arbeit geleistet und diesen Ärger nicht verdient! Dort, wo die Kinderrechte verteidigt und vertreten werden müssen, trägt UNICEF dazu bei, die Kindersterblichkeit zu senken, Schulbildung zu fördern und den Kindern den Zugang zur Gesundheit, Kultur und Sport möglich zu machen.

Die aktuellen Vorwürfe gegen Geschäftsführung und Vorstand der UNICEF Deutschland haben der UN Organisation erheblich geschadet. Die Affäre hat dem Ruf des Kinderhilfswerks sehr geschadet, das Spendenaufkommen sinkt wegen der negativen Schlagzeilen weltweit. Es ist zu befürchten, dass durch die verschlossene Haltung des Vorstandes die Hilfe für bedürftige Kinder leidet.

Die ehemalige Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein hatte sich nach ihren wiederholten Warnungen und Aufforderungen zu mehr Transparenz in der Geschäftsführung verpflichtet gefühlt, mit ihrem Rücktritt auf nicht hinnehmbare Missstände hinzuweisen. Heide Simonis hat im Interesse der bedürftigen Kinder versucht, UNICEF-Deutschland vor einem Vertrauensverlust zu schützen - dieses bleibt ihr Verdienst und dafür gebührt ihr Dank und Respekt. Gerade im sensiblen Bereich altruistischer Spenden ist eine völlige Transparenz unabdingbar!

Nun sollte UNICEF alles Mögliche unternehmen, um das Vertrauen der Öffentlichkeit schnell zurückzugewinnen. Zu diesem Zweck halte ich es für notwendig, dass UNICEF Deutschland zunächst seine Satzung überprüft und für eine transparente und wirksame Gestaltung der Verantwortungsbereiche von Vorstand und Geschäftsführung sorgt. Es sollten klare Zuständigkeiten und Kompetenzen definiert werden. Vor personellen Konsequenzen darf eine solche Transparenz-Initiative nicht zurückschrecken.

Den Flensburger Ehrenamtlern sage ich: Kopf hoch! Wir alle sollten die wichtige Arbeit von UNICEF weiterhin tatkräftig unterstützen.

[Mehr lesen Sie hier!](#)

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 29.02.2008, 09:31 Uhr - 8353 Clicks - Nr. 224

Grosses Interesse der Flensburger Schüler/innen an der Bundespolitik

Nach einem Besuch in Berlin hatten vier Klassen der IGS-Flensburg ihren Bundestagsabgeordneten zu einer Diskussion in Ihre Schule eingeladen. Neben grundsätzlichen Fragen zur Arbeit der Volksvertreter interessierten sich die gut vorbereiteten Schülerinnen und Schüler für Themen wie Biotechnologie und Menschenwürde, Globalisierung und Gerechtigkeit, Zukunft Europas, Friedens- und Umweltpolitik.



Etwa einhundert Schülerinnen und Schüler der Integrierten Gesamtschule Flensburg waren in einem grossen Raum neben der Schulbibliothek versammelt um mit Dr. Wodarg Fragen zu diskutieren, die sie nach einem Besuch im Deutschen Bundestag in Berlin besonders bewegten: Wie wird man Politiker? Was ist eine Gewissensentscheidung? Darf man aus Menschen Arzneimittel herstellen? Ab wann ist der Mensch ein Mensch? Welche Einflüsse nimmt die Wirtschaftslobby auf Politik? Zahlt Deutschland zu viel in Europa? Was kann man tun, um eine Klimakatastrophe zu verhindern?

Die zwei Stunden vergingen im Fluge und es ergab sich eine Diskussion, bei der Schülerinnen und Schüler so manches über die anstrengende und interessante Arbeit ihres Abgeordneten erfuhren und

der Abgeordnete vieles über die Sorgen und Sichtweisen der Politiker von Morgen lernen durfte.

Auf die Frage an den Politiker: "Was können wir tun?" antwortete dieser: "Kämpft für Eure Interessen - aber nicht nur für Eure!"

[Mehr zum Lesen und Gucken hier!](#)

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 29.02.2008, 10:38 Uhr - 48062 Clicks - Nr. 225

Ralf Stegner zur Diskussion um die Parteienlandschaft

Liebe Genossinnen und Genossen,

in diesen Tagen ist viel zu hören und zu lesen über einen angeblichen Links-Ruck in der SPD oder über die Frage von angeblichen Links-Bündnissen, Koalitionen, aktiven Kooperationen und ähnlichem mit der Gruppierung, die sich Links-Partei nennt. Die SPD hat überhaupt gar keinen Grund, sich über ihr Verhältnis zu anderen Parteien, Fraktionen, Gruppierungen zu definieren.

Richtig ist vielmehr, dass die Sozialdemokratie die einzige linke Volkspartei ist und überall dort, wo sie mit klarem politischen Profil antritt, die Chancen hoch sind, sich nicht nur von den Konservativen abzusetzen, die teilweise, wie in der Familienpolitik, versuchen, sozialdemokratischen Themenklau zu betreiben. Gleichzeitig ist es auch die beste Chance, linke Protestparteien klein oder aus den Parlamenten und den Kommunalvertretungen heraus zu halten. Andrea Ypsilanti wäre dieses in Hessen nach einem fulminanten Wahlkampf fast gelungen; 0,1 % mehr Wahlbeteiligung und die so genannte Links-Partei wäre nicht im Landtag von Wiesbaden gewesen und es fehlte auch nicht viel daran, die CDU von Roland Koch stimmenmäßig hinter sich zu lassen.

All dieses hat auch damit zu tun, dass seit dem Hamburger Parteitag die SPD wieder Mut gefasst hat. Auch Dank unseres Vorsitzenden Kurt Beck hat es dort ein Signal für innerparteilichen Aufbruch und innerparteiliche Demokratie gegeben. Überall können wir hören, dass gerade bei den wichtigen Gerechtigkeitsthemen unsere Anhängerinnen und Anhänger und Mitglieder sich endlich wieder erkennen. Etwas, was in den „Basta- und Agenda-Zeiten“ ein Stück weit verloren gegangen war.

Gerade in Schleswig-Holstein sind wir mit unseren Themen Aufstieg durch Bildung, längeres gemeinsames Lernen und unseren großen Erfolg mit dem Aufbau von Gemeinschaftsschulen überall im Land in einer sehr guten Position. Darüber hinaus haben wir mit unserer klaren Position zum Thema faire Mindestlöhne, zur Tariftreue und zu der Vorstellung, dass man von seiner Arbeit nicht nur leben können muss, sondern auch die Menschen, die den Aufschwung erarbeitet haben, nachher noch fair beteiligt werden. Genauso gute Ausgangspositionen wie mit unserer Haltung zu einer sozialen Politik für Kinder und Familien oder mit unseren Vorstellungen für eine nachhaltige Klima- und Energiepolitik, die ohne Atomstrom auskommt.

Mit einem solchen Profil können wir selbstbewusst in die Kommunalwahlen gehen und werden es schaffen, nicht nur der Union eine deutliche Niederlage zuzufügen (die ja immerhin von über 50 % der Stimmen kommt), sondern auch an vielen Orten im Land wieder stärkste Kraft zu werden. Insofern haben wir überhaupt gar keinen Grund, nach anderen zu schießen. Wir sollten auch aus der Vergangenheit lernen, dass über Koalitionen die Wählerinnen und Wähler entscheiden und insofern,

da man sich ja kein neues Volk wählen kann, man vor Wahlen mit klaren Positionen antritt und nach Wahlen mit all denjenigen redet, mit denen man reden muss (außer mit Nazis), um möglichst viel von eigenen Positionen durchsetzen zu können. Dabei brauchen wir überhaupt keine Belehrungen anderer Parteien. Denjenigen, die SED-Blockparteien mit Personal und Vermögen aufgesogen haben, fehlt es an Glaubwürdigkeit, wenn sie uns Ratschläge hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Kommunisten geben wollen. Die SPD wurde in der DDR zwangsvereinigt, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wurden in der DDR teilweise verfolgt. Daher haben wir die SPD nach der Wende im Osten neu gegründet, was man ja auch an unserer organisatorischen Schwäche noch sehen kann.

Auch wer, wie Union und FDP, mit der rechtspopulistischen Schill-Partei in Hamburg koalitiert hat, hat jedes Anrecht verloren, die SPD anzugreifen, wenn diese sich Gedanken darüber macht, was möglicherweise zu tun ist, wenn eine sich verweigernde FDP in Hessen naheliegendere und wünschenswertere Bündnisse unmöglich macht. Die Brecht'sche Option, ein neues Volk zu wählen, gibt es jedenfalls nicht.

Insgesamt gilt ohnehin, dass die SPD als älteste demokratische Partei, die im Reichstag vor 75 Jahren als Einzige dem Ermächtigungsgesetz von Hitler widerstanden hat, was wir in diesen Tagen als einen wichtigen Erinnerungstag parlamentarischen Selbstbewusstseins der SPD begehen, dass diese SPD keinerlei moralische Belehrungen von anderen Parteien nötig hat, was unsere Einstellung zu Freiheit und Demokratie angeht.

Ich rate uns sehr dazu, dass wir uns nicht Debatten aufdrücken lassen, die von dem ablenken, was am allerwichtigsten ist, nämlich glaubwürdig bei unseren Inhalten zu bleiben Inhalte, mit denen wir uns nicht nur deutlich von anderen Parteien unterscheiden, sondern auch eine Politik für die Mehrheit der Bevölkerung machen. Mit diesem Selbstbewusstsein wird es uns auch gelingen, Wahlschlappen der Vergangenheit hinter uns zu lassen, wieder Erfolge zu erringen und auch wieder mehr Mitglieder für uns zu gewinnen. Denn wir sind nicht nur die Partei, die stolz sein kann auf ihre Traditionen, sondern auch diejenige, die Vorstellungen darüber hat, wie unsere Zukunft sozial und gerecht ausgestattet werden kann. Mit den Schlüsselthemen Bildung, Arbeit, soziale Politik für Kinder und Familien und Umwelt- und Energiepolitik.

In diesem Bewusstsein sollten wir unsere inhaltlichen Diskussionen führen und uns nicht von potentiellen Bündnisdebatten mit dem dritten Konjunktiv verunsichern lassen. Wir sollten uns schon gleich gar nicht von anderen Debatten aufzwingen lassen, zu denen wir überhaupt gar keinen Grund haben. Die Beschlüsse des Parteipräsidiums und des Parteivorstandes der SPD sind fast einstimmig gefallen und es hat auch niemand einen klügeren Vorschlag unterbreitet. Sie haben nur noch einmal bekräftigt, dass über die Frage von Regierungsbildungen in den Ländern selbstverständlich die Landesverbände selbst entscheiden, wie sie das immer getan haben – sicherlich nicht ohne Rücksicht auf alle anderen Ebenen, aber selbstständig und ohne Diktat von irgendjemandem. Im Lande gilt das gleiche, auch hier geht es nicht darum, dass der Landesverband den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern irgendwelche Vorschriften und Vorgaben macht, zumal es in den Kommunen nicht um Regierung und Opposition, sondern um kommunale Selbstverwaltung geht.

Wir wollen aber im Vorfeld der Kommunalwahlen mit den Genossinnen und Genossen, die gerade nach Wegfall der fünf Prozent Hürde in mittleren und größeren Städten, in Kreistagen auf Konstellationen treffen könnten, die eine Auseinandersetzung mit der so genannten Links-Partei erfordern, demnächst zum Erfahrungsaustausch zusammentreffen.

Ob wir auch dauerhaft ein Fünf-Parteien-System in Deutschland bekommen (in Schleswig-Holstein mit dem SSW wäre es ja dann ein Sechs-Parteien-System), ist nicht ausgemacht. Das kann so sein und dann muss man es als Demokrat auch akzeptieren und damit umgehen. Aber diese Frage wird

auch wesentlich davon abhängen, ob die SPD ihr Profil als linke Volkspartei mit einer fortschrittlichen Programmatik und glaubwürdig handelnden Personen auf allen Ebenen den Bürgerinnen und Bürgern darstellen kann. Das ist die beste Alternative. In diesem Sinne waren auch die Wahlkämpfe der letzten Monate zu sehen. Wer vor einem dreiviertel Jahr prognostiziert hätte, dass es uns gelingen würde, in zwei von drei Landtagswahlen nicht nur die absoluten Mehrheiten zu knacken, sondern auch zu verhindern, dass es zu schwarz-gelben Mehrheiten kommt, wäre für verrückt erklärt worden. Dies ist ein Erfolg unseres Aufbruchs nach dem Hamburger Parteitag – und deshalb gibt es auch gar keinen Grund, Fundamentalkritik am Bundesvorsitzenden Kurt Beck zu üben.

Herzliche Grüße aus Kiel

Euer

Ralf Stegner

Kommentar von [Alexander Wagner](#) vom 02.03.2008, 22:32 Uhr:

RE:Ralf Stegner zur Diskussion um die Parteienlandschaft

Lieber Bert, die SPD hat schon wesentlich schlimmere Dinge verkraftet. Wir können uns sicher sein, dass sie auch "Aachener Gesinnungsprobleme" überstehen wird... Eine linke Mehrheit ist möglich, wir müssen sie nur wahrnehmen. Dass das ohne Kompromisse vor allem seitens der Linken nicht geht, liegt aber auf der Hand. Dennoch ist klar: Ich habe mit EINEM Linkspartei-Mitglied ideologisch mehr gemeinsam als mit der ganzen CDU von der FDP ganz zu schweigen! (Nicht zu vergessen, dass einige Linken in Westdeutschland auch ehemalige Genossinnen und Genossen waren, die ihrer Überzeugung treu geblieben sind.) Das Teile der SPD dies anders sehen, ist wirklich traurig. Aber erschreckend wird dies erst, wenn derartige Kräfte (wieder) die Oberhand in unserer Partei gewinnen. Mit roten Grüßen, Alexander Wagner, KV Segeberg

Kommentar von [Simone Lange](#) vom 02.03.2008, 21:08 Uhr:

RE:Ralf Stegner zur Diskussion um die Parteienlandschaft

Ralf Stegner hat vollkommen recht. Gerade die derzeitige Diskussion und Auseinandersetzung mit der sog. Linkspartei hält uns wieder einmal den Spiegel vor und zeigt uns, dass wir uns noch stärker dafür einsetzen müssen, unsere eigenen Ziele zu kommunizieren und vor allem umzusetzen. In ca. 12 Wochen ist Kommunalwahl und wir sollten nicht Gefahr laufen, uns in der hitzigen Diskussion um ein mögliches Linksbündnis zu verlaufen. Wir sollten weiter unbeirrt unsere Ziele verfolgen und sie den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln. Die Bürgerinnen und Bürger sollen wissen, wer die echte linke Volkspartei ist, worin sie sich von den anderen unterscheidet und vor allem, weshalb sie die besseren Argumente hat. Dazu bedarf es eines klaren, erkennbaren Profils, das wir haben, das wir aber durchaus noch schärfen können. Und deshalb appelliere ich an alle Sozialdemokraten, sich weiterhin auf unsere Inhalte zu konzentrieren und Bündnisdebatten erst dann zu führen, wenn es soweit ist. Allen Kommunalwahlkandidatinnen und -kandidaten wünsche ich viel Erfolg! Simone Lange, Flensburg

Kommentar von [Reinhold Nawratil](#) vom 02.03.2008, 03:50 Uhr:

RE:Ralf Stegner zur Diskussion um die Parteienlandschaft

Für mich gibt es kein für und wider in der Frage der Abgrenzung. Nur gemeinsam sind wir Demokraten stark. Dazu zähle ich auch die verschmähten ehemaligen Sozialdemokraten in der WSAG, jetzt Linkspartei. Das damalige Verbot der KPD war genauso ein großer Fehler wie die vielen Berufsverbote der Ära Brandt oder der Ausschluß der Juden 1930. Die Reaktion reibt sich schon die Hände. Ich kann den Worten von Ralf Stegner nur folgen. Kurt Beck ist und bleibt unser Erster Vorsitzende und er ist Bundeskanzlerkandidat. mrg Reinhold

Kommentar von [bert reinartz](#) vom 01.03.2008, 21:09 Uhr:

RE:Ralf Stegner zur Diskussion um die Parteienlandschaft

Sehr geehrter Herr Stegner! Das was unser Vorsitzender treibt ist wohl UMFALLEN und WORTBRUCH. Er ist nicht mehr tragbar.in seiner PFALZ lässt er die Linke vom Staatsschutz überwachen,und in Hessen gilt das nicht. Wenn er keine Kehrtwendung macht,werden einige Mitgl.im Aachener Raum die SPD.verlassen. Bert Reinartz

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 29.02.2008, 11:08 Uhr - 7095 Clicks - Nr. 226

Ökostrom: SPD setzt sich durch – CDU gibt Widerstand auf

Umweltausschuss beschließt Umstellung auf Öko-Strom für die Kreisverwaltung. Anna Wehner: SPD setzt sich durch – CDU gibt Widerstand auf.

Die Umstellung der Gebäude des Kreises auf 100%igen Öko-Strom dürfte nur noch reine Formsache sein. So kommentiert Anna Wehner, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion, die einstimmige Entscheidung des Umweltausschusses vom letzten Donnerstag. Noch ist die Umstellung keine beschlossene Sache, denn die abschließende Entscheidung trifft der Kreistag am 19. März.

Der Kreistag muss die Umstellung beschließen, wenn er die Ausschreibungsfristen nicht versäumen will. Die Stromversorgung der kreiseigenen Gebäude wird alle zwei Jahre europaweit neu ausgeschrieben. Der bestehende Vertrag mit der „E.ON Hanse AG“ endet am 31.12.08. Um einen zeitgemäßen Ablauf der erforderlichen Vorbereitungen für die Ausschreibung sicherzustellen, braucht die Kreisverwaltung noch im März einen entsprechenden Beschluss. Nach dem einstimmigen Votum des Umweltausschuss –so Anna Wehner- sprechen alle Anzeichen dafür, dass die CDU im letzten Moment ihren Widerstand gegen die Umstellung aufgeben wird.

Sollte der Kreistag der Empfehlung des Umweltausschusses folgen, könnte ab dem 1. Jan. 2009 die Stromversorgung der Kreisgebäude mit einem Bedarf von rd. 2.100.00 Kilowattstunden (kWh) aus regenerativen Quellen und damit CO2 freier Stromerzeugung erfolgen. Für die SPD ein richtiges Zeichen praktizierten Klimaschutzes, dass sie seit Oktober 2007 fordert.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 29.02.2008, 11:22 Uhr - 7138 Clicks - Nr. 227

Erfolgreiche Initiative der SPD: Modernisierung Jugendherberge Helgoland

"Die Modernisierung der Jugendherberge Helgoland ist grundsätzlich auf einem guten Wege" freut sich der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses (JHA) und jugendpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Thorsten Fischer.

Der JHA hatte über einen Antrag unter anderem der SPD-Kreistagsfraktion beraten und dann beschlossen, dass die Modernisierung der Helgoländer Jugendherberge, die von der Schleswig-Holsteinischen Gesellschaft für Einrichtungen der Jugendpflege e. V. betrieben wird, erforderlich ist.

"Es liegt ein besonderes Interesse des Kreises Pinneberg vor, durch eine Modernisierung der Einrichtung deren Fortbestand zu sichern" so fasst Fischer den Beschluss des Jugendhilfeausschusses zusammen. "Und schließlich hat die Modernisierung auch einen wirtschaftlichen Aspekt: Helgoland lebt im erheblichem Maße vom Tourismus. Die Modernisierung der Jugendherberge trägt mit dazu bei, dass die Hochseeinsel als Fremdenverkehrsziel langfristig attraktiv bleibt und dadurch dort Arbeitsplätze und Einkommen gesichert werden" umreißt Fischer die Auffassung der SPD-Kreistagsfraktion.

Über die Höhe der Förderung durch den Kreis Pinneberg in Höhe von rund 508.000 € hat der JHA

allerdings noch nicht entschieden. "Dies geschieht - so Fischer weiter - erst nachdem die Gesamtfinanzierung, an der sich auch Bund und Land beteiligen müssen, gesichert ist. Die Entscheidung trifft dann der Hauptausschuss als Finanzausschuss. "

Wichtig ist nach Fischers Aussage, dass der Träger jetzt weitere Planungssicherheit hat. Da neben dem grundsätzlichen Bekenntnis des JHA auch das Land Schleswig-Holstein den Landesanteil für die Modernisierungsmaßnahme in Höhe von 1,7 Mio. € in den Haushalt 2008/2009 eingestellt hat, "fehlt nur noch das Okay des Bundes" fasst Fischer den aktuellen Stand zusammen. "Ich bin sicher, dass die Bundestagsabgeordneten Dr. Ernst-Dieter Rossmann (SPD) und Dr. Ole Schröder (CDU) sich in Berlin weiterhin für den Bundeszuschuss in Höhe von ebenfalls rund 1,7 Mio. € stark machen werden" so Fischers Einschätzung.

Bereits am 27. 02. 2008 wird sich nach Fischers Aussage der Hauptausschuss erstmals mit den voraussichtlichen finanziellen Aspekten der Modernisierung der Jugendherberge Helgoland befassen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 29.02.2008, 12:03 Uhr - 1463 Clicks - Nr. 228

Hahn: Fr. Volquartz (CDU) vertauscht Ursache und Wirkung!

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Jürgen Hahn erklärt zur gestrigen Presseerwiderung von Frau Volquartz (CDU):

"Frau Volquartz Rechtfertigungsversuch zu den Zeitabläufen ihrer Kündigung der Mitgliedschaft in der Technologie-Region K.E.R.N. e.V. misslingt und entstellt die Tatsachen.

Frau Volquartz (CDU) hatte, nach dem Vorratsbeschluss von Neumünster zur Kündigung, nichts besseres zu tun als am 10.08.07, zusammen mit den Landräten von Plön und Rendsburg-Eckernförde, das Ende von K.E.R.N. zu verkünden.

Sie hat nicht versucht, Neumünster dazu zu bewegen, den Vorratsbeschluss zurückzunehmen. Am 05.12.07 gab sie "außerhalb der Tagesordnung" eine Vorlage mit der K.E.R.N.-Kündigung in den Hauptausschuss. Die verbleibenden K.E.R.N.-Mitglieder kündigten dann vorsorglich, nachdem sie von dieser Vorlage erfahren hatten. Obwohl Zeit genug war, schaltete die Oberbürgermeisterin die Selbstverwaltung bei der K.E.R.N.-Kündigung aus. Befürchtete sie Widerstände in den eigenen Reihen? Nachdem die vorsorglichen Kündigungen der anderen K.E.R.N.-Mitglieder ausgesprochen waren, kündigte sie als Eilentscheidung die Mitgliedschaft der Landeshauptstadt. Ihre Rechtfertigungsversuche kennen wir aus anderen misslungenen Vorgängen. Auch dieses Mal ziehen sie nicht."

Beschlussvorlage Dezernat II Stadtplanungsamt Landeshauptstadt Kiel Drucksache 1254/2007

Hauptausschuss am 05.12.2007

Betreff: Kündigung der Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Kiel im Verein zur Förderung der technologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit in der Technologie-Region K.E.R.N. e. V. (Technologie-Region K.E.R.N. e.V.)

Antrag:

Die Landeshauptstadt Kiel kündigt ihre Mitgliedschaft im Verein zur Förderung der technologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit in der Technologie-Region

K.E.R.N. e. V. (Technologie-Region K.E.R.N. e.V.) entsprechend § 5 der Satzung des Vereins fristgemäß zum 31.12.2008.

Begründung:

Die Landeshauptstadt Kiel plant zusammen mit den Kreisen Plön und Rendsburg- Eckernförde die Gründung einer gemeinsamen Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur gemeinsamen Vermarktung der Region. Ziel ist es, die Region als die „maritime Metropolregion“ für Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie zu positionieren, um sich im Wettbewerb der Europäischen Region zu behaupten. So soll das Interesse der internationalen Investoren verstärkt auf die Region gelenkt und das technologische Potential intensiver genutzt werden.

Außerdem wird angestrebt, die Geschäftstellentätigkeit für das Zukunftsprogramm Wirtschaft auf die Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungs GmbH zu verlagern. Damit macht eine weitere Mitgliedschaft in K.E.R.N. e. V. keinen Sinn mehr. Hinzu kommt, dass die Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde den K.E.R.N. e. V. bereits zum Ende dieses Jahres verlassen werden und die Stadt Neumünster zum 31.12.2008 gekündigt hat. Um die Mitgliedschaft fristgerecht gemäß Satzung zum 31.12.2008 kündigen zu können, muss diese Kündigung bis zum 31.12.2007 gegenüber K.E.R.N. e. V. ausgesprochen werden.

gez. Angelika Volquartz

Keine Kommentare

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 29.02.2008, 13:44 Uhr - 5361 Clicks - Nr. 229

Krippenfinanzierung Redebeitrag am 29.02.08 im Landtag

Nicht nur die Parlamente auf Bundes, Landes- und Gemeindeebene, sondern unsere Gesellschaft setzt mit immer größerer Regelmäßigkeit das Thema „Kindertagesstätten“ und „Kinderkrippen“ auf die Tagesordnung.

Das ist auch richtig so, und es war mit Sicherheit keine Luxusentscheidung der

sozialdemokratischen Landesregierung nach 1988 einen Schwerpunkt auf die bedarfsdeckende Versorgung mit Plätzen in Kindertagesstätten zu setzen, sodass wir heute eine Versorgungsquote von etwa 96 % haben.

Die klassischen Argumente für den Ausbau der Kinderbetreuung waren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Unterstützung der Familien.

Aber in den letzten Jahren hat sich ein dritter Aspekt in den Mittelpunkt geschoben, nämlich der eigenständige Bildungsauftrag der vorschulischen Betreuungseinrichtungen. Dabei ist Bildung natürlich mehr als die bloße Vermittlung von Informationen. Der Erwerb kognitiver und sozialer Kompetenzen ist genauso wichtig.

Die Verbesserung der Bildung auf allen Ebenen ist ein ganz neutraler Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit.

Gerade für Kinder aus bildungsfernen Schichten und Kinder mit Migrationshintergrund

ist es entscheidend, dass sie schon in der Kinderkrippe im Umgang mit anderen Kindern ihre

Deutschkompetenz ausbauen und so gar nicht erst Bedarf nach Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung haben.

Denn – oft genug zitiert – dank PISA – Studie wissen wir, wie sehr Bildungsarmut aufgrund sozialer Selektion vererbt wird.

Unser Ziel ist ehrgeizig: allerspätestens bis 2013 sollen flächendeckend in Deutschland für mindestens 35 % aller Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze angeboten werden, sei es in Tagespflege, sei es in Kindertageseinrichtungen.

Ab 2013 wird es darauf einen Rechtsanspruch geben.

Dieser von uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen durchgesetzte Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung ist richtig und wichtig – wenn auch zu spät für die jetzigen Kleinen.

Ein bedarfsgerechter Ausbau der Betreuungsplätze ist offensichtlich nur mit einem Rechtsanspruch erreichbar.

Ich will auch nicht verschweigen, dass es in der Gerechtigkeitsdebatte unterschiedliche Ansätze gibt. Die Koalition in Berlin hat sich auf die Einführung eines Betreuungsgeldes ab 2013 für Eltern geeinigt, die ihre Kinder zu Hause betreuen wollen oder müssen.

Dabei gilt, dass der Bundestag in der kommenden Legislaturperiode auch eine andere Entscheidung treffen kann.

Wir akzeptieren diesen Kompromiss, der uns grünes Licht für die Umsetzung des Bundesprogramms zum Ausbau der Betreuungsplätze gibt.

Es ist nichts Neues, dass wir Sozialdemokraten von dieser Leistung nicht viel halten. Es geht aus unserer Sicht vorrangig darum, die bisherige Gerechtigkeitslücke zu schließen, die zu Lasten derer besteht, die aus wirtschaftlichen Gründen gar nicht die Möglichkeit haben, zu Hause zu bleiben.

Wer in dieser Frage eine Wahlfreiheit hat, wird ja ohnehin u.a. durch das Ehegattensplitting gefördert, das Alleinverdiener-Ehepaare bevorteilt und den Staat jährlich mehrere Milliarden Euro kostet.

Das Betreuungsgeld wird nach den bisherigen Berechnungen 2 bis 2,7 Milliarden Euro kosten, die ich lieber für ein quantitativ wie qualitativ besseres Betreuungsangebot anlegen würde, oder darüber hinaus für die grundsätzliche Senkung der Gebührensätze, kostenfreie Verpflegung bis hin zur gänzlichen Kostenbefreiung.

Im März vergangenen Jahres waren 5 890 Kinder unter drei Jahren in Betreuung. Das sind knapp 400 mehr als ein Jahr zuvor. Dieses Wachstum reicht also bei weitem nicht aus um bis 2013 auf die dann erforderlichen 17 000 Plätze zu kommen.

Allein die Kindertageseinrichtungen müssen um etwa 7 600 Plätze verstärkt werden, die Tagespflegeplätze um fast 3 900 vermehrt werden.

35 % Versorgungsgrad ist die Zahl, die angenommen wird, um den im Tagesbetreuungsausbaugesetz von 2004, das unter der Verantwortung von der früheren Familienministerin Renate Schmidt entstanden ist, festgeschriebenen Anspruch auf ein bedarfsgerechtes Angebot in Betreuungseinrichtungen umzusetzen.

Das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) verpflichtet die Kommunen bereits seit Januar 2005 zu einem Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Doch bisher ist leider viel zu wenig in den Kommunen geschehen. Sie sind den Anforderungen

bisher nicht nachgekommen. Lediglich 8 % der Kinder unter drei Jahren werden in Schleswig-Holstein entweder in einer Krippe oder bei Tagesmüttern betreut.

Bund und Länder haben deshalb vereinbart, bis zum 1. Oktober 2010 einen Versorgungsgrad von etwa 17 % zu schaffen und diesen in den darauf folgenden Jahren erneut zu verdoppeln.

Bund und Länder haben für den Zeitraum 2008 bis 2013 ein Investitionsprogramm

Kinderbetreuungsfinanzierung vereinbart.

Der Bund bringt in dieses Sondervermögen einen Finanzierungsanteil von 2,15 Mrd. Euro ein.

Davon erhält Schleswig-Holstein 136 Mio. Euro.

Die Landesregierung wird bis zum Jahr 2013 um das Ziel von 35 % Versorgungsquote zu erreichen insgesamt 113 Mio Euro einbringen müssen. Davon entfallen 62 Mio Euro auf die Betriebskosten. Das sind angesichts unserer Haushaltslage wirklich keine Peanuts.

Das Land wird den kommunalen Trägern die 136 Mio Euro, die der Bund für Schleswig-Holstein aufbringt, vollständig weiterreichen. Davon entfallen 74 Mio Euro auf Investitionsmittel. 62 Mio Euro sind für Betriebskosten vorgesehen.

Die Investitionsmittel stehen bereits im laufenden Jahr zur Verfügung, Bund und Land werden in die Betriebskosten ab dem kommenden Jahr einsteigen.

Erfreulich ist in jedem Falle, dass erreicht werden konnte, dass der Bund sich nicht wie ursprünglich geplant nur an den Investitionskosten beteiligt. Ohne eine Beteiligung an den laufenden Kosten wäre niemandem wirklich geholfen, denn den Löwenanteil stellen nun mal die Personal- und somit die Betriebskosten.

Wir gehen davon aus, dass 30 % der erforderlichen Betreuungsplätze in der Tagespflege entstehen werden. Das ist in einem Land mit einer zum Teil sehr kleinteiligen Siedlungsstruktur wie in Schleswig-Holstein erforderlich, da bei weitem nicht jede Familie in kleinen Orten eine Kindertagesstätte in reichweite hat.

Hieran hängt natürlich immer die Frage von Standards und Qualifikation. Die Tagesmütter und hoffentlich auch die Tagesväter sollen in insgesamt 80 Einrichtungen, in Kompetenzzentren landesweit ausgewählt, vermittelt, fachlich begleitet und weiterqualifiziert werden.

Schon jetzt findet in Familienbildungsstätten und Familienzentren diese Ausbildung erfolgreich statt.

Es ist alles gut vorbereitet. Nun ist es wirklich an der Zeit, dass die Kommunen endlich für die erforderlichen Betreuungsplätze sorgen.

Der Bedarf ist in jedem Falle da, die Nachfrage vorhanden. Viel zu oft fragen junge Eltern ohne Erfolg nach Betreuungsplätzen für ihre Kinder unter drei Jahren und kommen so in ganz problematische Situationen, wenn es gilt Familie und den Beruf unter einen Hut zu bekommen.

Es ist mir einfach unbegreiflich, dass einige kommunale Politiker und Politikerinnen lieber zusehen wie ihre Kindertagesstätten leer laufen anstelle sich für Krippenplätze in ihren Einrichtungen stark zu machen.

Dabei lassen sich in einigen Einrichtungen die Plätze gut umwandeln und tragen so zum Erhalt der Kindertagesstätte bei.

Der Ausbau der Krippenplätze wird örtlich natürlich sehr unterschiedlich sein. Während in einigen Orten die geforderten Plätze durch Umwandlung vorhandener Gruppenräume entstehen können, werden auch Umbau, Ausbau und Neubauten erforderlich sein. Und das muss einfach zügiger geschehen.

Eltern und Kinder können nicht warten. Sie können heute eigentlich nur noch dort leben, wo auch

die Betreuung der Kinder gewährleistet wird.

Krippenplätze sind eine Investition für die Zukunft und für die Kommunen ein bedeutender Standortfaktor, der immer mehr ins Gewicht fällt.

Bedauerlich, dass viele Gemeinden dies offensichtlich nicht begriffen haben, dass die Betreuung U 3 eine bedeutungsvolle Aufgabe für die Zukunft der Gemeinden ist.

Abschließend bedanke ich mich bei der Bildungsministerin und ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für den Bericht, den wir in den Bildungsausschuss mitberatend in den Sozialausschuss und Finanzausschuss überweisen wollen.

Die Landesregierung sollte über die Umsetzung dieses Programms regelmäßig zumindest in den Ausschüssen berichten.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 29.02.2008, 16:27 Uhr - 2871 Clicks - Nr. 230

Neuer „Förde-Regional-Rat“ statt KERN!

Vor dem Hintergrund der Debatte über die Zukunft von KERN und über die Zusammenlegung der Wirtschaftsfördergesellschaften erklären die beiden Landtagsabgeordneten Anette Langner (Plön) und Rolf Fischer (Kiel): Die angestrebte Vereinigung der Wirtschaftsfördergesellschaften erweist sich als nicht durchdacht, die Beteiligung an EU-Förderprogrammen ist gefährdet und noch immer haben die KERN-Gegner keine Alternative für die Zukunft der Region vorgelegt. Doch die Zeit drängt. Wir machen deshalb einen politischen Vorstoß, der klare Rahmenbedingungen für die zukünftige Kooperation setzt und eine neue gemeinsame Perspektive für die Region eröffnet:

Der neue Regionsverbund besteht aus den Kommunen und Kreisen der sog. „Förderegion“. Dieser Kooperationsraum basiert auf den Vorstellungen der Gutachter für die Kommunalreform in Schleswig-Holstein und richtet sich nach bestehenden ökonomischen Verbindungen, Pendlerströmen und gewachsenen Kooperationen in der Kiel-Umland-Beziehung.

Diese Partner gründen einen Zusammenschluss in der Rechtsform der GmbH. Die Interessen von Umland und Stadt müssen gleichberechtigt vertreten sein. Die GmbH ist offen für weitere Partner wie IHK, Gewerkschaften u.ä. Eine neue Geschäftsführung wird eingerichtet.

Die politischen Partner werden in Form eines „Förde-Regional-Rates“ eingebunden. Hier gilt es, aus Erfahrungen in der Region um Flensburg zu lernen. Dieser Rat spiegelt die politischen Mehrheitsverhältnisse der Region wider und könnte deshalb auch beschränkte hoheitliche Aufgaben übernehmen. Dies soll im Rahmen der zukünftigen Aufgabenübertragung des Landes auf die Kommunen erfolgen.

Die Arbeitsfelder umfassen Arbeits-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Sozial- und Bildungs- und Kulturpolitik. Feste Ausschüsse mit Informations-, Beteiligungs- und auch Entscheidungsmöglichkeiten sind im „Förde-Regional-Rat“ einzurichten.

Die Abwicklung der Landes- und EU-Förderprogramme ist über die neue Geschäftsstelle der Region vorzunehmen.

Auf der Basis des Ergebnisses der Kommunalwahl 2008 könnten bereits vor der Sommerpause erste

konkrete Beschlüsse zur Umsetzung in den politischen Vertretungen gefasst werden, so dass in der zweiten Jahreshälfte die Umsetzung erfolgt.

Damit wird erstmals ein Vorschlag für eine neue, effektive Struktur vorgelegt. Wir benötigen diese dringend, um in der Konkurrenz der Regionen nicht abgehängt zu werden. Diese Struktur muss ausgewogen sein und die Interessen der großen und kleinen Kommunen, der Stadt Kiel und der Kreise berücksichtigen. Ein Rückfall in eine organisatorische und politische „Kleinstatelei“ schadet den Menschen in der Region genauso wie die gegenwärtige Hängepartie. Deshalb sind wir initiativ geworden.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 29.02.2008, 18:51 Uhr - 2676 Clicks - Nr. 231

SPD-Engelsby: Fundsachenversteigerung im Rathaus

Die nächste Fundsachenversteigerung findet am Dienstag, dem 4. März 2008, um 14 Uhr in Raum K 18 (Kellergeschoss) des Rathauses statt.

Versteigert werden wieder Gegenstände, die länger als sechs Monate im Fundbüro aufbewahrt wurden, da die Eigentümer sich nicht gemeldet haben. Unter anderem befinden sich 32 Fahrräder, 12 Handys - darunter ein Fotohandy -, eine Klarinette, Schmuck und zwei Uhren im Angebot.

Die komplette Versteigerungsliste kann im Internet unter www.flensburg.de / Stadtverwaltung / Bürgerinformationssystem / Fundbüro, Versteigerung von Fundsachen eingesehen werden.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 29.02.2008, 20:06 Uhr - 3484 Clicks - Nr. 232

"Leistungsstark und bürgernah" -

Die neue Gemeinde Handewitt wird in die kommunale Familie aufgenommen.

Der freiwillige Zusammenschluss der Gemeinden Handewitt und Jarplund-Weding ist nach Ansicht von Innenminister Lothar Hay ein hervorragendes Ergebnis der Verwaltungsstrukturreform in Schleswig-Holstein.

„Die neue Gemeinde Handewitt wird im Kreis Schleswig-Flensburg leistungsstark und bürgernah arbeiten können“, sagte Hay während eines Empfanges am Vorabend der kommunalen Neubildung am Freitag (29. Februar) in Hüllerup. Das größere Handewitt wird offiziell am 1. März in die kommunale Familie aufgenommen. Gleichzeitig löst sich das Amt Handewitt auf.

Als Starthilfe erhält Handewitt 100.000 Euro vom Land. Das Geld kommt aus einem besonderen Topf des Kommunalen Finanzausgleichs, aus dem freiwillige Gebietsänderungen von Gemeinden gefördert werden. „Handewitt kann über die Verwendung des Betrags frei entscheiden“, sagte Hay. Die Mittel seien an keine Bedingungen geknüpft. Der Minister lobte die Fusionsentscheidung der Kommunalpolitiker als einen mutigen Schritt. Vom Norden Schleswig-Holsteins gehe damit ein wichtiger Impuls für freiwillige kommunale Zusammenschlüsse im ganzen Land aus.

Erscheinungsdatum: 29.02.2008

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 29.02.2008, 20:16 Uhr - 4065 Clicks - Nr. 233

Innenminister Lothar Hay im Landtag zu Munitionsablagerungen, Kampfmittel ...

Erscheinungsdatum: 29.02.2008

In der Debatte des Landtags über Munitionsablagerungen, Kampfmittel oder Giftmüll in Schleswig-Holsteins Küstengewässern sagte Innenminister Lothar Hay am Freitag (29. Februar) in Kiel: „Aus aktuellem Anlass möchte ich Sie hinsichtlich des Verdachts auf Giftstoffe in der Lübecker Bucht und über Munitionsaltlasten im Bereich der Kieler Bucht genauer informieren.

1961 sind – so Medienberichte - auf Anordnung der Hansestadt Lübeck 15 Gasflaschen in der Ostsee vor der Neustädter Bucht versenkt worden. Hiervon hätten 13 Flaschen insgesamt 520 Liter Chlorgas und jeweils eine Flasche 10 Liter Lachgas beziehungsweise 10 Liter Phosgen enthalten. Nicht geklärt worden ist bislang, ob der Bund an der Genehmigung der Versenkung beteiligt gewesen ist.

Das Innenministerium hat der Hansestadt Lübeck sofort nach Bekanntwerden fachliche Unterstützung durch den Kampfmittelräumdienst angeboten und um Angabe der genauen Versenkungsstelle gebeten. Untersuchungen des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) im Umkreis der angegebenen Stelle sind bislang erfolglos geblieben.

Allerdings sind im Jahr 2001 vor der Neustädter Bucht 15 Objekte geortet worden. Eine Sondierung konnte seinerzeit den Austritt von radioaktiven Substanzen und Kampfstoffen ausschließen. Nunmehr hat das BSH am 21.02.08 über einen Fund von 15 bis 20 zylindrischen Behältnissen mit unbekanntem Inhalt informiert. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es sich dabei um die vor Lübeck versenkten Gasflaschen handelt.

Das Innenministerium hat an beiden Fundstellen eine Gefährdungsabschätzung veranlasst. Sofern eine Gefahr für Menschen, Umwelt, Schifffahrt und Fischerei nicht ausgeschlossen werden kann, werden die Behälter geborgen und entsorgt. Das Innenministerium ist dabei als Gefahrenabwehrbehörde im Einzelfall tätig. Die für Bergung und Beseitigung der Behälter erforderlichen Haushaltsmittel betragen rund 450.000 Euro, sie werden durch Umschichtungen im Haushalt des Innenministeriums finanziert. Die generelle Zuständigkeit für die Abwehr von Gefahren für die Umwelt obliegt dem Umweltministerium. Innen- und Umweltministerium befinden sich hierzu in enger Abstimmung.

Mit dieser Verfahrensweise kann den besonderen Umständen des vorliegenden Einzelfalles

Rechnung getragen werden, um insbesondere die Sicherheit der Bevölkerung im Hinblick auf die bevorstehende Badesaison zu gewährleisten.

Was die weiteren Fragen betrifft, verweise ich auf die aktuellen Untersuchungsergebnisse des Umweltministeriums aus 2007. Zudem wurde von der deutschen Marine im Jahre 2000 der Altlastenatlas „Baltic Sea Ordnance Pilot“ für den gesamten Ostseebereich erstellt. Darüber hinaus wurde unter der Federführung des BSH im Jahre 1993 der Bericht einer Bund/Länder Arbeitsgruppe „Chemische Kampfstoffe in der Ostsee“ und im Jahre 1994 der Report der Helsinki Commission „Report on Chemical Munitions Dumps in the Baltic Sea“ veröffentlicht.

Aktuell beschäftigen wir uns außerdem mit der Beseitigung von Altmunition in der Kieler Bucht vor Heidkate, die auf Veranlassung der Alliierten dort versenkt wurde. Das Innenministerium ist bestrebt, alle Möglichkeiten einer umweltschonenden Munitionsbeseitigung - Stichwort Schutz der Schweinswale - wahrzunehmen und hat sich daher zu Probesprengungen unter Verwendung der Drucklufttechnik (Möglichkeiten des Unterwasserschallschutzes durch das Prinzip des Blasenvorhangs) entschlossen. Die Probesprengungen finden – wenn die Wetter- und Sichtverhältnisse dies zulassen – in der kommenden Woche rund 1,5 Seemeilen vor Heidkate statt. Fachfirmen, Umwelt- und Innenministerium zusammen mit Vertretern von Umweltverbänden arbeiten hier Hand in Hand zusammen. Die Vertreter der Umweltverbände begrüßen diese Verfahrensweise, wie ich weiß.

Verantwortlich für diesen Pressetext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 01.03.2008, 13:00 Uhr - 2354 Clicks - Nr. 234

Fördehotel und Klarschiff, wir beziehen Stellung!

Über eine Bebauung der Fläche am Ballastkai, dort wo heute noch der Kailagerschuppen steht, gibt es seit Jahren ausgiebige Diskussionen.

Die nachfolgenden Thesen sind in Leserbriefen, schriftlichen Eingaben und Publikationen so aufgestellt worden.

Wir antworten wie immer ehrlich und kompetent.

Von Stephan Menschel, Ratsherr und Planungspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion.

1. Die Planungen für das Hotel am Ballastkai sind wegen rechtlicher Unsicherheiten eingestellt worden.

Im Rahmen der Bürgerbeteiligung wurden die Pläne vier Wochen öffentlich ausgelegt. Hierbei konnten Anregungen und Bedenken vorgebracht werden.

Die eingegangenen Anregungen und Bedenken haben die Fraktionen als Kopie, aber ohne eine

inhaltliche Stellungnahme oder einen Abwägungsvorschlag der Verwaltung, erhalten.
Der Beschluss vom Mai 2007, dass Planverfahren einzustellen, war ein rein politischer Beschluss, weil keine Mehrheit für einen Satzungsbeschluss in der Ratsversammlung mehr zu erwarten war und beruht nicht auf rechtliche Planungsfehler.

2. Das Hotel hätte wegen zu geringer Abstandsflächen zum benachbarten Fischmarkt nicht gebaut werden dürfen.

Es gibt die Möglichkeit, die Abstandsflächen im Bebauungsplan zu verringern, die Voraussetzung sollten durch den Vorhaben- und Erschließungsplan (eine Variante des Bebauungsplanes) geschaffen werden.

3. Das Gebiet ist Hochwassergefährdet, ein Hotel hätte hier nicht stehen dürfen.

In den Hochwassergefährdeten Bereichen (Tiefgarage und Eingangsebene), sollte keine Wohnnutzung stattfinden. Auch die im Norden folgenden Gebäude (Fischmarkt und Werftkontor) dürften sonst nicht genutzt werden.

4. Für das Gebiet, auf dem das Kailagerhaus steht, gibt es keinen Bebauungsplan, daher auch kein Baurecht.

Auch ohne Bebauungspläne gibt es ein Baurecht nach den § 34 (Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile, „Bauen im Innenbereich“) oder § 35 (Bauen im Außenbereich) des Baugesetzbuches (BauGB).

5. Das Gebiet liegt nicht innerhalb des Rahmenplans „Hafen-Ost“, daher kann es keine Veränderung der Nutzung geben.

Der Rahmenplan „Hafen-Ost“ zeigt die Entwicklungsmöglichkeiten für den Industriehafen, mit dem Schwerpunkt gewerblicher Hafenumschlag auf. Das Kailagerhaus liegt im Gebiet der „Touristischen-Perlenkette“ und hat somit einen anderen Schwerpunkt. Ein Rahmenplan selbst ist keine verbindliche Planung, sondern eine Vision für Politik und Verwaltung. Ein Rahmenplan ist, wie auch der Flächennutzungsplan der Stadt, keine städtische Satzung, mit unmittelbarer Rechtsverbindlichkeit nach außen.

6. Das Projekt Klarschiff fügt sich nicht nach Art und Maß der baulichen Nutzung in die Umgehung ein, weil es höher als das Nachbargebäude ist.

Maßgeblich für die Bewertung sind nicht allein die Nachbarbebauung, sondern auch das Werftkontor und die Häuser am Hafendamm.

Maßgeblich sind auch die Bestimmungen der Baunutzungsverordnung (BauNVO) die Höchstgrenzen für die Grundflächenzahl (GRZ) und Geschossflächenzahl (GFZ) festsetzen.

Die Grundflächenzahl gibt an, wie viel Quadratmeter Grundfläche je Quadratmeter Grundstücksfläche zulässig sind. Die Geschossflächenzahl gibt an, wie viel Quadratmeter Geschoßfläche je Quadratmeter Grundstücksfläche zulässig sind.

Die zulässigen Höchstgrenzen sehen als GRZ 0,8 und als GFZ 1,2 vor.

Das Projekt hat eine GRZ von 0,64 und eine GFZ von 1,18 und liegt somit unterhalb der Höchstgrenzen.

7. Der Umwelt- und Planungsausschuss darf keine Baugenehmigung erteilen, weil ein Verfahren zum Denkmalschutz und eine Beschwerde bei der EU anhängig sind.

Der Umwelt- und Planungsausschuss kann keine Baugenehmigungen erteilen, dies ist ausnahmslos Sache einer Bauordnungsbehörde. Auch eine Bewertung oder Entscheidung nach § 34 steht ihm nicht zu.

8. Auch das so genannte „Gemeindliche Einvernehmen“ nach § 36 BauGB hätte aus den nach Frage 7 genannten Punkten abgelehnt werden können.

Das Gemeindliche Einvernehmen ist keine Bauordnungsrechtliche Zustimmung, sondern eine Städtebauliche. Wenn die Bauordnungsbehörde zu der Erkenntnis kommt, dass ein Vorhaben nach § 34 (siehe Antwort zu 6) zulässig ist, kann eine Gemeinde aus diesen Gründen ein Vorhaben nicht ablehnen. Die Gemeinde kann dennoch ein Vorhaben zum Anlass nehmen, einen Bebauungsplan aufzustellen, der im Ergebnis das Vorhaben nicht zulässt.

9. Die Eigentumsfrage ist ungeklärt, zumindest benötigt der Investor noch Grundstücke. Auch dies hätte zum Ablehnen des Vorhabens führen müssen.

Über das Gemeindliche Einvernehmen wird unbeachtet von tatsächlichen Eigentumsverhältnissen entschieden.

10. Die Ratsversammlung hätte eine Veränderungssperre nach § 14 BauGB erlassen können, bis über die Beschwerde bei der EU entschieden wurde.

Eine Veränderungssperre ist nur in Verbindung mit der Aufstellung oder der Änderung eines Bebauungsplanes möglich.

11. Die Ratsversammlung hätte einen Bebauungsplan aufstellen können, mit dem Ziel ein Wohn- und Geschäftshaus zu verhindern und eine Markthalle zu ermöglichen.

Eine Markthalle ist auch ohne Bebauungsplan möglich, das Projekt „Klarschiff“ lässt eine solche Nutzung im Sockelgeschoss auch zu.

Eine Nutzung als Wohn- und Geschäftshaus hätte auch durch einen Bebauungsplan nicht verhindert werden können, da das Gebiet den Charakter eines „Mischgebietes“ hat. Hier ist Wohnen ausdrücklich zulässig.

Neben dem Mischgebiet kennt die BauVO noch folgende Gebietstypen:

a) Kleinsiedlungsgebiete, b) Reine Wohngebiete, c) Allgemeine Wohngebiete d) Besondere Wohngebiete, e) Dorfgebiete, f) Kerngebiete, g) Gewerbegebiete, h) Industriegebiete i) Sondergebiete (Hafen, Hochschule, etc.).

In den Gebietstypen a bis f sind ist Wohnen zulässig, lediglich g und h schließt Wohnen, jedoch nicht Büronutzung aus.

Ein Bebauungsplan hätte also eine Nutzung als Wohn- und/ oder Bürohaus nicht verhindern können. Lediglich Festsetzungen, die das Maß der Baulichen Nutzung hätte einschränken können, wären möglich gewesen.

12. Die Ratsversammlung hätte eine Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB beschließen können.

Eine Erhaltungssatzung kommt dann zum Zuge, wenn eine städtebauliche Eigenart des Gebietes oder eine besondere Zusammensetzung der Wohnbevölkerung erhalten werden soll. Eine solche Satzung allein auf das Kailagerhaus zu begrenzen, wäre rechtlich nicht haltbar, weil eine Erhaltungssatzung auf den Erhalt eines Gebietscharakters abzielt.

Zum Beratungszeitpunkt über das Gemeindliche Einvernehmen, war das Kailagerhaus weder als einfaches, noch als Kulturdenkmal mit besonderer Bedeutung eingestuft.

13. Die Entscheidung über das Gemeindliche Einvernehmen ist „durchgeboxt“ worden, die Entscheidung hätte auch bis zu einer Entscheidung zum Denkmalschutz oder zur EU-Beschwerde vertagt werden können.

Der § 36 Absatz 2, Satz 2 ist hier unmissverständlich: Das Einvernehmen der Gemeinde gilt als erteilt, wenn es nicht binnen zwei Monate nach Eingang des Ersuchens verweigert wird.

14. Die Mitglieder des Umwelt- und Planungsausschusses machen sich schadenersatzpflichtig, wenn sie das Gemeindliche Einvernehmen erteilen, später aber die Beschwerdeführer von der EU Recht bekommen.

Das Gemeindliche Einvernehmen ist keine Baugenehmigung und erfolgt ungeachtet von Eigentumsverhältnissen. Das Gemeindliche Einvernehmen stellt auch keinen Verwaltungsakt da. Der Kommunale Schadensausgleich hat zudem unmissverständlich festgestellt: „Die Erteilung oder die Versagung des Einvernehmens hat sich ausschließlich an den zwingenden rechtlichen Regelungen des BauGB zu orientieren, einen politischen Spielraum gibt es nicht, Entscheidungen nach „laienhaften Ermessen“ sind nicht statthaft.“ Daraus ergibt sich, dass bei Fehlerhaften Versagen, nicht aber bei einer fehlerhaften Zustimmung Schadenersatzansprüche gegen die Ausschussmitglieder bestehen.

15. Die Investoren Theilen und Höft haben massiv Druck auf die Entscheidungsträger der SPD im Umwelt- und Planungsausschuss ausgeübt.

Herr Höft hat das Modell und die Pläne in der SPD-Ratsfraktion vorgestellt, hierbei aber keine Drohungen ausgesprochen oder anderweitig Druck auf die interne Entscheidung ausgeübt. Herr Theilen hat mit der SPD über das Projekt keine Gespräche geführt. Im Vorfelde gab es hingegen schriftliche Drohungen gegen die Ratsmitglieder, wenn diese dem Projekt zustimmen.

16. Das Projekt „Markthalle“ sollte umgesetzt werden.

Es sind Außenansichten eines solchen Vorhabens bekannt. Wer die Investoren sind, welches Konzept dahinter steckt, ist der Politik und der breiten Öffentlichkeit nicht bekannt. Dem Vernehmen nach lehnen die Investoren es auch ab, mit dem derzeitigen Grundstückseigentümer Kaufverhandlungen vorzunehmen. Sicher scheint, dass die Investoren eine politische Gruppierung finanziell unterstützen, damit diese Druck auf die Entscheidungsträger ausübt.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 01.03.2008, 17:07 Uhr - 7692 Clicks - Nr. 235

Günter Neugebauer: "Es gibt keinen Anlass, das Spielbankengesetz jetzt zu ändern

In der Landtagsdebatte zu TOP 15 (Privatisierung der Spielbanken Schleswig-Holstein, Drucksache 16/1834) führte Günter Neugebauer für die SPD u.a. aus:

Für uns Sozialdemokraten gibt es keinen aktuellen Anlass, das geltende Spielbankengesetz zu ändern. In dem Gesetz heißt es, dass „die Anteile von Betreibern völlig oder überwiegend von öffentlichen Trägern gehalten werden müssen“. Die geltenden Konzessionen laufen bis mindestens 2010 und sie sind in guten Händen. Die Spielbanken sind ertragreich

Die öffentlich-rechtliche Trägerschaft trägt auch dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2006 Rechnung, wonach der Staat die Aufgabe hat, Spielsucht, soweit entstanden, zu kanalisieren und zu mindern und Begleitkriminalität zu verhindern. Der Erfolg aller Bundesländer, das staatliche Monopol bei den Glückspielen aus eben diesen Gründen gegen den heftigsten Widerstand mit Wirkung vom 1. Januar 2008 verteidigt zu haben, würde durch eine jetzt eingeleitete Privatisierung der Spielbanken ins Gegenteil verkehrt. Es wäre inkonsequent.

Wir haben Verständnis für die Haltung der HSH-Nordbank als Rechtsnachfolgerin der Landesbank Schleswig-Holstein, sich von ihrer Beteiligung an der Spielbank GmbH zu trennen. Der Betrieb von Spielbanken gehört in der Tat nicht zum Kerngeschäft der Bank. Er ist auch wegen der Rechtsform der AG nur bedingt und nur wegen der laufenden Konzession mit dem Wortlaut des § 1 Spielbankgesetz vereinbar.

Wir Sozialdemokraten würden eine Übernahme durch die landeseigene Investitionsbank begrüßen und unterstützen. Hier erwarten wir finanzielle Synergieeffekte im Zusammenhang mit dem Lotto-Betrieb.

Die FDP als Antragstellerin hat ihre Wiedervorlage geöffnet und will alte Anträge neu diskutieren. Das ist zulässig, aber unbegründet. Wir Sozialdemokraten sehen keinen aktuellen Handlungsbedarf.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 01.03.2008, 17:12 Uhr - 7644 Clicks - Nr. 236

Staubbelastung im Kreishafen. Neugebauer wendet sich an den Umweltminister:

Anwohner aus der Nachbarschaft des Getreidesilos im Kreishafen Rendsburg haben sich mit einer Beschwerde über Staubbelastung an den Rendsburger SPD-Landtagsabgeordneten Günter Neugebauer gewandt. Die betroffenen Bewohner der Wohnblocks in der Friedrich Voss Strasse beklagen sich darüber, dass sich der Staub auf den abgestellten PKWs festsetzt, die Fenster müssen geschlossen gehalten werden, um das Eindringen des Staubes in die Wohnungen zu vermeiden. Das Aufhängen von Wäsche auf den Balkonen i

Neugebauer hat die Beschwerden der Anwohner schriftlich zusammengefasst und dieses Schreiben mit der Bitte um Prüfung und Abhilfe dem Umweltminister zugeleitet.

„Staubbelastungen ausgehend vom Getreidesilo waren vor Jahren schon einmal der Inhalt einer Beschwerde bei der ich tätig wurde. Bestimmte Auflagen an den Betrieb führten damals zur Abhilfe,“ ergänzte der Abgeordnete.

Keine Kommentare

[SPD Rathausfraktion Neumünster](#) - veröffentlicht am 01.03.2008, 17:50 Uhr - 3889 Clicks - Nr. 237

SPD Neumünster: "Zur Sache, Herr Geerds!"

Die von Herrn Geerds am 27. Februar 2008 aufgestellten Behauptungen im Holsteinischen Courier, zum möglichen Umgang der Neumünsteraner SPD mit der Linken, gehen aus der Sicht der Neumünsteraner Sozialdemokraten völlig ins Leere und stoßen bei der SPD allenfalls auf Mitleid. Die von Geerds veröffentlichte Presseinfo zur Linken in Neumünster ist der gescheiterte Versuch, im Hinblick auf die bevorstehende Kommunalwahl im Mai dieses Jahres, eine inhaltlich

ausgebrannte personell schlecht aufgestellte CDU Neumünster ins Rampenlicht zu rücken. Und wahrscheinlich wollte Torsten Geerds nach einem Vierteljahr sein Foto mal wieder in der Zeitung sehen.

Vielleicht äußert sich Herr Geerds ja auch mal zu den Themen, die den Menschen in unserer Stadt wirklich unter den Nägeln brennen? Wie geht es weiter mit dem DOC? Soll der Grundvertrag zwischen der Stadt und der Investorengemeinschaft Michel/Mc Arthur Glen aufgehoben und neu ausgeschrieben werden? So schlagen es jedenfalls Oberbürgermeister und SPD-Fraktion vor. Wird das TBZ nach der Wahl doch noch privatisiert, Arbeitnehmerrechte mit Füßen getreten und den Bürgern erhebliche Gebührensteigerungen zugemutet? Ist die CDU auch für einen Sozialtarif bei den Stadtwerken für bedürftige Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner, die wegen ihrer kleinen Rente oder einem menschenunwürdigen Stundenlohn von vielleicht nur 4 EUR nicht wissen, wie sie die nächste Stromrechnung bezahlen sollen?



Diese Fragen stellen uns die Bürger unserer Stadt, die das Gefühl haben, dass sich CDU und FDP nicht für sie einsetzen. Nicht die SPD treibt die Wählerinnen und Wähler in die Arme der Linken, sondern Herr Geerds und seine CDU, die seit 5 Jahren die Mehrheitsfraktion im Rathaus stellen. Viele Neumünsteraner sind enttäuscht von einer konservativen Mehrheit, die sich 5 Jahre nur einen Showkampf nach dem anderen mit dem Oberbürgermeister geliefert haben. Die Interessen der Neumünsteraner sind durch diese Politik nach Gutsherrenart von CDU und FDP völlig ausgeblendet worden.

Die SPD wird in den nächsten Monaten weiterhin auf die richtigen Themen setzen: soziale Gerechtigkeit, Mindestlohn, Bildungschancen. Die Ergebnisse in Hessen und Hamburg sind ein riesiger Erfolg für die SPD und bedeuten Rückenwind für die Schleswig-Holsteinischen Sozialdemokraten bei der Kommunalwahl am 25. Mai.

„In Neumünster werden wir Sozialdemokraten deutlich machen, dass wir die linke Volkspartei sind. Wir brauchen hier keine Linke“, so SPD-Kreisvorsitzender Andreas Hering.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 02.03.2008, 09:12 Uhr - 4169 Clicks - Nr. 238

Ein starkes Trio für die Flensburger Innenstadt

Die SPD-Stadtmitte geht mit einem starken Trio in die Kommunalwahl am 25. Mai 2008.

Zur Person:

Sönke Bohm, Ihr Kandidat für den Wahlkreis 5 (Nördliche Altstadt/ Duburg), rechts im Bild
Jahrgang 1979

Diplom- Wirtschaftsingenieur, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Flensburg
Mitglied in der SPD seit 2002, Stellvertretender Kreisvorsitzender

Kandidiert zum ersten Mal für die Ratsversammlung



Zur Person: Stephan Menschel

Ihr Kandidat für den Wahlkreis 11 (Exe/ Südstadt), Bildmitte

Jahrgang 1968

Justizvollzugsbeamter in der Justizvollzugsanstalt Flensburg

Mitglied in der SPD seit 1987, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Stadtmitte, Schatzmeister des SPD-Kreisverbandes

Mitglied der Flensburger Ratsversammlung seit 1999, Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses seit 2002

Zur Person: Helmut Trost

Ihr Kandidat für den Wahlkreis 12 (St. Johannis/ Sandberg), links im Bild

Jahrgang 1953

Sozialwissenschaftler, Bürgermeister der Stadt Flensburg a.D.

Mitglied in der SPD seit 1972, Kreisvorsitzender

Kandidiert zum ersten Mal für die Ratsversammlung

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 02.03.2008, 11:26 Uhr - 14109 Clicks - Nr. 239

Jugendliche für Toleranz im Schulalltag

Die Meldorfer Gelehrtenschule, kurz MGS, leistete mit ihrem Projekt „Toleranz im Alltag“ ihren Beitrag zum Victor-Klemperer Jugendwettbewerb 2008. Schülerinnen und Schüler ab Klasse 10 zeigten mit einem Theaterstück und einer Photostory, wie intolerant der Schulalltag sein kann. In einer Podiumsdiskussion erörterten sie in der überfüllten Aula, wie Kinder und Jugendliche Toleranz erwerben können und ob das Internet bei dem Erlangen sozialer Kompetenz schadet.



Gesprächspartner waren der Schulleiter der MGS Wolfgang Kernbichler, der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen, der Jugendbeauftragte des Landkreises Dithmarschen Gerhard Manzke und Pastor und Religionslehrer Dietmar Gördel. Maike Busch und Niels Klein aus der 10a moderierten.

Die Podiumsteilnehmer waren sich darüber einig, dass Toleranz überall da, wo wir uns geregelt auseinander setzen, erlernbar sei. Wenn allerdings einige Bausteine im sozialen Umfeld von Kindern und Jugendlichen wegfielen, führe das zu intolerantem Verhalten. Erzieher, ganz gleich ob Lehrer oder Eltern, könnten durch vorbildliches Verhalten zu Toleranz erziehen. In der Schule müsse es erlaubt sein, Fehler zu machen und mit Fehlern konstruktiv umgehen zu lernen, so Schulleiter Kernbichler, begleitet von heftigem Beifall.

Für Jörn Thießen bedeutet Toleranz: Aushalten, dass der andere anders ist, genießen, dass der andere anders ist und Grenzen von Toleranz bestimmen. „Toleranz hört für mich da auf, wo andere ihre Mitmenschen in ihren Grundrechten verletzen“, so Thießen. Auf die Frage, wie die Politik Ausgrenzung in Schulen verhindern könne, empfahl der Bundestagsabgeordnete den Schülerinnen und Schülern, nicht zu sehr auf die Politik zu vertrauen, dass sie durch Projekte wie gegen den Rechtsextremismus eine tolerante Haltung bekämen. Sie müssten schon selber entdecken, wie wichtig ein tolerantes und gewaltfreies Miteinander für das Gemeinwesen ist. Denn keiner könne zur Toleranz gezwungen werden.

Beim Thema Internet betonten die Podiumsteilnehmer, dass die virtuelle Welt keine zweite Welt sei, in der man ein zweites Ich parallel zur realen Welt schaffen könne. Einen Zufluchtsort vor der Realität biete das Internet nicht, weil man stets ein und derselbe Mensch bliebe. An dem Miteinander von Angesicht zu Angesicht käme keiner vorbei, so Thießen abschließend dazu.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 03.03.2008, 11:52 Uhr - 7088 Clicks - Nr. 240

Diskussion über Themen der kommunalen Daseinsvorsorge mit MdB Dr. Wodarg

Am Donnerstag, 28. Februar fand beim SPD-Ortsverein Busdorf eine öffentliche Diskussionsveranstaltung mit MdB Dr. Wolfgang Wodarg zum Thema Demographischer Wandel, Gesundheit und Pflege statt. Diese Themen stellen eine grosse Herausforderung für künftige Politik in Kommunen, Land und Bund dar. Wodarg: "Eine Neuorientierung ist notwendig und möglich!"



Vor Beginn der Veranstaltung wurden zwei Mitglieder für Ihre Treue zur SPD geehrt:

Dr. Marcus Rüdinger für 10 Jahre SPD-

Mitgliedschaft und Gerhard Schulz, der nicht nur erfahrener Parteimitarbeiter und Helfer für zahllose Veranstaltungen und Wahlkämpfe im Norden Schleswig-Holsteins ist, sondern auch Ortsvereinsvorsitzender in Dannewerk. Er erhielt zu seiner Urkunde die silberne Ehrennadel seiner Partei.

Auf großes Interesse stieß der mit vielen Detailinformationen und konkreten Handlungsvorschlägen angereicherte Vortrag des Gesundheitspolitikers Dr. Wolfgang Wodarg, der zeigte, dass er mit gutem Grund gegen die letzte Gesundheitsreform mobil gemacht hatte.

Er hob hervor, dass demografischer Wandel, anbietergesteuerte Entwicklung in der Medizin und zunehmende Marktorientierung im Dienstleistungsbereich unsere solidarischen Strukturen auf allen Ebenen zu zerstören drohen. Die Kassen müssten ihre Verhandlungsmacht auf Landesebene bündeln und gemeinsam als starke Nachfragekraft auftreten. Wodarg: "Die Kassen haben gemeinsam das Geld und damit auch die Strukturverantwortung! Sie dürfen sich nicht in einem unproduktiven Wettbewerb schwächen. Auch auf kommunaler Ebene sollten wir uns unsere Verantwortung füreinander nicht abkaufen lassen."

Sorge und Pflege würden in Skandinavien regional organisiert. Er forderte alle Kommunalpolitiker auf, jetzt in den Kommunen aktiv zu werden, damit nicht grosse Konzerne das herauskaufen, womit man die schnelle Mark machen kann. Nur die kommunale Ebene könne mit dem Geld aus der Pflegeversicherung, der Sozialhilfe, den finanziellen und ehrenamtlichen Beiträgen der Einwohner ein nachhaltiges Sorge- und Pflegenetz aufbauen, bei dem niemand durch die Maschen falle.

Wodarg meinte, dass das von Ulla Schmidt eingebrachte Pflege-Reformgesetz hierfür die Voraussetzungen verbessern würde. Mit zahlreichen Grafiken, Tabellen und Bildern illustriert, gab sein Vortrag ordentlich Diskussionsstoff. Das Thema passte ohne Frage in die jetzt laufende Phase kommunaler Neuorientierung.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 03.03.2008, 13:58 Uhr - 1489 Clicks - Nr. 241

CDU hat Bau Regionaler Bildungszentren verschleppt

Der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt:

"In der Schulbausanierung gibt es keine politischen Differenzen. Das im Jahr 2000 von der SPD begonnene und weiter fortgesetzte Sondersanierungsprogramm ist erfolgreich und muss fortgeführt werden.

Nach fünf Jahren schwarz-grüner Verzögerung entscheidet nächste Woche der Schulausschuss über die Konzentration der bisherigen sieben Kieler Beruflichen Schulen auf drei Regionale Berufsbildungszentren in neuen bzw. grundsanierten Gebäuden. Dieselbe Verschleppung wie bei den RBZs praktiziert Schwarz-Grün auch bei der Schulentwicklungsplanung in Kiel."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 03.03.2008, 14:00 Uhr - 1390 Clicks - Nr. 242

Langfeldt: Babyklappe beim Krankenhaus gut angesiedelt

Die familienpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt erklärt:

"Die Babyklappe wird beim städtischen Krankenhaus gut und zentral angesiedelt sein und darüber freut sich die SPD-Ratsfraktion. Unser politischer Schwerpunkt in der Debatte lag aber bei der Verbesserung der Hilfen für werdende Mütter/Eltern in Notlagen.

Wir erwarten von der Verwaltung hierzu alsbald Vorstellungen und Vorschläge, wie die Hilfen in Kiel zu optimieren sind."

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 03.03.2008, 17:14 Uhr - 7534 Clicks - Nr. 243

Erfolgreicher Auftakt der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in Rendsburg-Eck

In Gettorf fand das erste Treffen der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in Rendsburg-Eckernförde statt. Gleich zu diesem ersten Treffen der AfB nahm sich die Ministerin für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein Ute Erdsiek-Rave viel Zeit, um den fast 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ihre Ideen und Standpunkte zu einer guten Bildungspolitik im Allgemeinen und speziell im Kreis Rendsburg-Eckernförde vorzustellen

In der anschließenden Diskussion wurde sehr intensiv und konstruktiv über diese Impulse diskutiert. Bei den aus dem ganzen Kreis Rendsburg-Eckernförde angereisten Teilnehmerinnen und Teilnehmern handelte es sich aber nicht nur um spezielle Fachleute, vielmehr traf sich eine bunte und damit sehr interessante Mischung von an Bildungsfragen interessierten Leuten.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren sich schnell einig, dass es bei Bildung um mehr geht als um Schule. Natürlich war die Umgestaltung der Schullandschaft in Schleswig-Holstein einer der zentralen Punkte. Die Inhalte umfassten aber auch mit nicht weniger Intensität die Punkte Kindertagesstätten sowie Aus- und Weiterbildung. Neben Fragen der künftigen Organisation sprachen wir auch ausführlich über die Inhalte und deren Vermittlung.

„Bildung ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft - Bildung ist der Weg zu Aufstieg und Freiheit! Das galt schon vor 150 Jahren bei den Arbeitervereinen und ist auch heute noch eine genauso wichtige und brennende Frage – nicht nur für Sozialdemokraten – besonders wenn es um die Verteilung von Bildungschancen geht. Wir müssen uns gerade heute wieder engagiert dafür einsetzen, dass es keine Frage der Herkunft und des Geldbeutels ist, welchen Schulabschluss jemand machen kann und ob ein Studium möglich ist oder nicht.“, stellte Ulf Daude vom Kreisvorstand der SPD Rendsburg-Eckernförde und Initiator dieser Auftaktveranstaltung gleich zu Beginn fest und erhielt dafür viel Zuspruch.

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) Rendsburg-Eckernförde hat sich vorgenommen, sich in Zukunft monatlich zu Treffen. Zu Beginn wollen wir wie bei diesem ersten Treffen eine/n interessante/n Referentin/en einladen, die uns ihre / seine Sicht zu einer guten Bildungspolitik in Rendsburg-Eckernförde und in Schleswig-Holstein vorstellt und dies gemeinsam diskutieren. Wir würden uns sehr freuen, wenn wir aus allen gesellschaftlichen Bereichen (Gewerkschaften, Elternverbände, Lehrerverbände, Berufsverbände, Firmen, etc.) viele Menschen hierfür begeistern können.

Interessierte melden sich bitte bei Ulf Daude unter 0431-63569 oder daude@spd-molfsee.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 06.03.2008, 08:01 Uhr - 6560 Clicks - Nr. 244

Wodarg: Der Steuerhinterziehung in Europa einen Riegel vorschieben

Steuerhinterziehung ist asozial. Sie muss europaweit offensiv angegangen werden. Wir Sozialdemokraten werden dafür kämpfen, dass europäische sowie weltweit bestehende "Steueroasen" beseitigt werden. Zur Hinterziehung von Steuergeldern nach Liechtenstein und in andere europäische "Steueroasen" erklärt der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg:

Auch für Nicht-EU-Staaten wie Liechtenstein und Island existiert eine Kooperationspflicht. Als Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und des Schengener Abkommens sollten sie sich partnerschaftlich verhalten. Liechtenstein steht unmittelbar vor dem Schengen-Beitritt. Vor diesem Hintergrund ist es Zeit für ein vertrauensvolles Verhältnis und für eine Kooperation zwischen diesem Land und der EU. Verheerend ist aber, dass das Fürstentum Amts- und Rechtshilfe in "fiskalischen Strafsachen" regelmässig verweigert. Dies sollte auf europäischer Ebene gerügt werden.



ich habe das nicht vorausgesehen!

Lichtenstein, Island und die Schweiz sind zwar keine EU-Mitglieder, sie gehören jedoch dem Europarat an. Wenn diese Länder kriminelle Handlungen in anderen Mitgliedsländern des Europarates tolerieren oder sogar unterstützen und von ihnen profitieren, widerspricht das den Prinzipien unserer gemeinsamen Menschenrechtskonvention.

Steuern sind ein Beitrag zur Stabilisierung wichtiger Funktionen der staatlichen Daseinsvorsorge. Besonders Benachteiligte sind auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen, brauchen Steuermittel.

Ich werde dieses Thema deshalb im politischen Ausschuss des Europarates auf die Tagesordnung setzen und gemeinsam mit der Bundesregierung auch dort auf ein faires Miteinander in Europa hinwirken.

Aber auch innerhalb der EU muss bei Verdacht auf Steuerhinterziehung uneingeschränkte Amtshilfe selbstverständlich werden. Das gilt auch für Luxemburg und die britischen Kanalinseln. Hierfür bedarf es einer vollständigen Umsetzung der EU-Zinsrichtlinie in jedem EU-Land. Die bisherigen Kontrollen der Geldanlagen sollten auf alle Kapitaleinkünfte ausgedehnt werden.

Klar ist, dass die Steuerfahndung in Deutschland personell wie finanziell besser ausgestattet werden muss.

Die milliardenschweren Untersuchungsfälle von Steuerhinterziehung beweisen, dass Steuerflucht sowohl im hohen Masse praktiziert als auch bagatellisiert wird. Wenn sich Manager mit Spitzengehältern der Gemeinschaft zustehende Gelder aneignen, haben sie jegliches Anstandsgefühl verloren. Das moralische Gewissen der Wirtschaft scheint hier nicht zu greifen. Dies wird auch in manchen beschwichtigenden Bekundungen in der laufenden Diskussion deutlich. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich daher für transparente Regeln für die Zusammensetzung und die Höhe der Managergehälter einsetzen.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 06.03.2008, 08:54 Uhr - 3358 Clicks - Nr. 245

Kompetenzanalyse: wichtige Orientierung für Minderheitenpolitik

Zur heutigen Vorstellung der Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion“ im Europa-Ausschuss erklärt der minderheitenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Die Kompetenzanalyse kann ein Fahrplan für eine neue Phase der Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein und grenzüberschreitend für Dänemark sein. Sie gibt wichtige Orientierungspunkte, die auch für die Politik von Bedeutung sind.

Ich begrüße den Vorschlag eines „Minderheitenclusters“, mit dem neue Kooperationen aufgebaut und verbindlich gemacht werden können. Begrüßenswert ist auch die vorgeschlagene „Denkfabrik“, die neue und innovative Ansätze erarbeiten kann. Spannend ist der Vorschlag der Schaffung eines europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), das heißt einer politischen Einheit mit eigener Rechtspersönlichkeit. Ein solcher Verbund könnte auch mit vergleichbaren Regionen in Europa und mit nationalen Regierungen aufbauen.

Allerdings gibt es auch Kritikpunkte:

Die Einbindung der Minderheiten in den Tourismus darf nicht zu einer Folklorisierung der Minderheiten führen. Wenn nur noch von „Werbefriesen“ oder „Trachtendänen“ gesprochen wird, dann steht dies im Gegensatz zu unserer bisherigen Minderheitenpolitik. Gerade die Folklorisierung wollen wir verhindern.

Zudem muss das ECMI, das europäische Zentrum für Minderheiten in Flensburg, stärker in die

regionale und überregionale Minderheitenpolitik unseres Landes einbezogen werden.

Grundsätzlich aber bleibt: Setzen wir Segel für eine neue Phase der Minderheitenpolitik! Die Studie bringt den notwendigen Rückenwind.

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 06.03.2008, 09:02 Uhr - 2373 Clicks - Nr. 246

Nordgate - das Tor zum Norden öffnen

„Nordgate ist ein zukunftssicheres Modell für den Kreis Segeberg“ stellt die SPD-Kreistagsfraktion als das Ergebnis einer Gesprächsrunde mit der Landratskandidatin Jutta Hartwig, dem Norderstedter Oberbürgermeister Grote, Frau Wilkens-Caspar von der IHK zu Lübeck, Leitender Kreisbaudirektor Knoche als Vertreter von Holsteins Herz und weiteren Wirtschaftsförderern, hauptamtlichen Verwaltungsmitarbeitern und Kommunalvertretern in Bad Bramstedt fest. Nordgate bündelt von Norderstedt über Quickborn, Henstedt-Ulzburg, Kaltenkirchen, Bad Bramstedt bis nach Neumünster die Interessen und Angebote dieser Gemeinden bei der Gewerbeansiedlung. Diese Konzeption resultiert aus der wenig professionellen Vermarktung des Kreises Segeberg durch die WEP.

Der Kreis Segeberg ist ein interessanter Partner in der Metropolregion Hamburg. Der Kreistag bewege sich wie ein „Blatt im Winde“, so Arnold Wilken, mal wende man sich nach Westen in Richtung Pinneberg, mal wieder nach Osten in Richtung Lauenburg.

Die Bindungen des Kreises Segeberg zu Pinneberg mit der Sparkasse Südholstein, der SVG und anderen Angeboten, z.B. WEP und AKN haben sich stärker entwickelt als die Beziehungen zu Stormarn und Lauenburg.

Die vielen Sitzungen der Lenkungsgruppe „Verwaltungskooperation Segeberg – Stormarn – Lauenburg“ im Jahr 2007 haben bisher sehr wenig gebracht. Überwiegend stellte man fest, was nicht geht und unter den Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe verbreitet sich zunehmend die Meinung, dass man da wohl in eine selbst gestellte Falle nach dem Motto „außer Spesen nichts gewesen“ hineingetappt ist.

Nordgate dagegen verbindet sechs Gemeinden mit ca. 210.000 Menschen, 78.500 Beschäftigten und einer überdurchschnittlichen Kaufkraft von 110%.

Zu den 1.Million Quadratmeter Gewerbeflächen kommen zukünftig 2,5 Millionen Quadratmeter hinzu, die für zunächst drei Jahre auf Messen gemeinsam angeboten werden. Ein gemeinsamer Flyer und eine stets aktuelle Homepage runden diese neuen Aktivitäten ab. Es entsteht dabei keine neue Wirtschaftsförderungsgesellschaft im engeren Sinne, sondern eine Marketingkooperation.

Diese neue Achse wird auch auf den strukturschwächeren Ostkreis ausstrahlen und dort neue Arbeitsplätze schaffen. Die Spekulationen, den Kreis Segeberg in einen Ostteil und einen Westteil aufzuspalten, werden damit hinfällig und Hamburg hat im Norden einen starken Partner. Hier werden endlich die potentiellen Standortvorteile durch die A 7 aktiviert, die bisher nur bedingt für ein Wirtschaftswachstum beitragen.

Leitender Kreisbaudirektor Hartwig Knoche stellt die Stärken des Nord-Ostteils des Kreises Segeberg heraus. In diese Region wird die Umsetzung des Gutachtens der Universität Kiel und der IHK zu Lübeck für frischen Wind sorgen. Eine Stärkung der Wirtschaftskraft auf der Achse an der

A 7 oder an der AKN wird die Entwicklung des Nordostens nicht negativ sondern eher positiv beeinflussen.

Arnold Wilken abschließend: Nordgate kann zu einem Erfolgsmodell für den Kreis Segeberg und muss nicht zu einem Fass ohne Boden werden, in dem viel öffentliches Geld verschwindet.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 06.03.2008, 16:05 Uhr - 3209 Clicks - Nr. 247

Land und Kommunen auf gemeinsamen Wegen in die Zukunft

Lothar Hay startet Dialog mit den Kommunen in den Regionen

Erscheinungsdatum:04.03.2008

Innenminister Lothar Hay hat am Dienstag (4. März) in Rendsburg die erste von insgesamt fünf Informationsveranstaltungen über den Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans eröffnet. Weitere Veranstaltungen finden bis Ende nächster Woche in Brunsbüttel (5. März), Eutin (11. März), Flensburg (12. März) und Bad Oldesloe (13. März) statt. Der Minister rief die Kommunen auf, die nächsten Monate zu nutzen, um eigene Positionen zu entwickeln, Anregungen zu geben und Wünsche zu äußern. Der Landesentwicklungsplan soll Ende 2009 in Kraft treten.

„Land und Kommunen müssen auf gemeinsamen Wegen in die Zukunft gehen“, sagte Hay. Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsplanes müssten nachvollziehbar sein und akzeptiert werden. „Wir wollen den Regionen mehr Möglichkeiten geben, ihre Entwicklung selbst zu gestalten, statt alles von oben zu ordnen“, sagte Hay. Ein Beispiel sei die Absicht der Landesregierung, die Verantwortung für die Regionalplanung künftig in die Hände der Kommunen in den Regionen zu geben.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die kommunale Wohnungspolitik. Denn die Nachfrage nach Wohnungen wird tendenziell zurückgehen. Hay zieht daraus den Schluss: „Wir brauchen künftig weniger Neubaugebiete.“ Deshalb soll in Gemeinden, die keine so genannten Zentralen Orte sind, in den nächsten Jahren weniger gebaut werden können. „Wir müssen beim Wohnungsbau Schwerpunkte bilden, und die liegen eher in den größeren Städten“, sagte der Minister.

In der Diskussion über eine Stärkung der Metropolregionen trat Hay der Befürchtung entgegen, die ländlichen Räume könnten von der Entwicklung abgehängt werden. „Ich setze auf ein Miteinander von Stadt und Land“, sagte der Minister. Die Förderung des ländlichen Raums stehe nicht im Gegensatz zu der Notwendigkeit starker Stadtregionen. „Wir brauchen beides: starke Umlandgemeinden und starke Städte mit ihren Regionen“, sagte Hay. Dabei dürften Stadt und Land sich nicht wie zwei Konkurrenten gegenseitig belauern, sondern sollten gemeinsam für die Region arbeiten.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 06.03.2008, 16:26 Uhr - 1330 Clicks - Nr. 248

Haushalt 2007 nicht ausgeglichen - Verschuldung erhöht

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Falk Stadelmann erklärt:

"Die SPD-Fraktion sieht keinen Anlass, in den Jubel einzustimmen, den Frau Volquartz (CDU) beim Rechnungsergebnis für 2007 angestimmt hat. Erneut gelang es nicht, den von CDU/Grünen defizitär beschlossenen Kieler Haushalt 2007 auszugleichen.

Die jetzt festgestellte, beherrschbare Unterdeckung 2007 verdankt die Stadt den Einnahmen, die in Folge der Weitsicht von Oberbürgermeister Norbert Gansel und der SPD erzielt wurden, die konsequent 30 Mio. € für Kiel erstritten haben.

CDU und Grüne haben seit 2003 keinen ausgeglichenen Haushalt beschlossen. Unter schwarz-grüner Mehrheit und Oberbürgermeisterin Volquartz (CDU) stiegen die Schulden der Stadt wieder. Nachdem die SPD - gemeinsam mit Oberbürgermeister Norbert Gansel - Kiels Verschuldung auf rd. 316 Mio. € bis Ende 2003 abgebaut hatte, ließen CDU und Bündnis 90/Die Grünen mit Frau Volquartz (CDU) Kiels Verschuldung wieder um rd. 46 Mio. € auf rd. 362 Mio. € zum 31.12.2007 ansteigen."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 06.03.2008, 16:27 Uhr - 1452 Clicks - Nr. 249

Frau Volquartz (CDU) im Kommunalwahlkampf?

Die familienpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt erklärt:

"Warum fordert die Oberbürgermeisterin plötzlich ein beitragsfreies drittes Kindergartenjahr? Frau Volquartz (CDU) hat bislang keine Initiative im Städteverband gestartet und bisher der Ratsversammlung in Kiel keine Überlegungen zu ihrer "Herzensangelegenheit" vorgelegt. Immerhin hatte sie fünf Jahre Zeit dazu.

Ist sie jetzt im Kommunalwahlkampf?

Der Bund hat im Rahmen der Kompromisse zum sog. Abtreibungsparagrafen § 218 StGB das Recht auf Kinderbetreuung in Kindertagesstätten für alle Kinder von 3-6 Jahren geschaffen. Schon zu dieser Zeit, also im letzten Jahrtausend, sprach sich die SPD programmatisch für den kostenfreien Kindergartenbesuch aus. Deshalb freuen wir uns über die Signale aus dem Land, ein Kindergartenbesuchsjahr elternbeitragsfrei zu halten.

Die Möglichkeiten, Kinder aus benachteiligten Familien frühzeitig zu erreichen werden damit allerdings nicht verbessert. In der Regel wird eine finanzielle Entlastung für bestehende Betreuungsverhältnisse eintreten. Auch das ist gut und wird von uns unterstützt. Das Ziel der Beitragsfreiheit sowie die möglichst frühzeitige Förderung, um die Chancengleichheit der Kinder zu verbessern, die es besonders bedürfen, darf dabei nicht aus den Augen verloren werden."

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 07.03.2008, 11:17 Uhr - 4937 Clicks - Nr. 250

Kriminalstatistik 2007 - Lothar Hay: Wir haben eine stabile Sicherheitslage.

Kampf gegen Rohheitsdelikte und Jugendkriminalität hat hohe Priorität

Erscheinungsdatum:06.03.2008

Innenminister Lothar Hay (r.) und Jürgen Sievers (LKA)

Die Entwicklung der Kriminalität in Schleswig-Holstein zeigt bereits im dritten Jahr hintereinander keine wesentlichen statistischen Ausschläge nach oben oder unten. „Wir haben eine stabile Sicherheitslage“, sagte Innenminister Lothar Hay am Donnerstag (6. März) bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) vor der Landespressekonferenz in Kiel. Danach stellte die Polizei im vergangenen Jahr insgesamt 242.615 Straftaten fest, 260 oder 0,1 Prozent mehr als 2006. Dieses vergleichsweise niedrige Niveau wurde in den zurückliegenden zehn Jahren lediglich zweimal unterschritten.

Die Aufklärungsquote von rund 47 Prozent liegt ebenfalls im statistischen Mittelfeld der letzten zehn Jahre.

Die Häufigkeitszahl, die darüber Auskunft gibt, wie viel Straftaten auf 100.000 Einwohner kommen, erreicht mit 8.560 Fällen fast wieder den Tiefststand des vergangenen Jahres. Das bedeutet: Die Gefahr für die Menschen, in Schleswig-Holstein Opfer einer Straftat zu werden, ist weiterhin gering.

Die Zahl der Tatverdächtigen nahm leicht um 0,3 Prozent zu. Unter den 79.900 Tatverdächtigen waren 10.600 Ausländer. Das entspricht einem Anteil von 13,3 Prozent im Vergleich zu 2006 mit 13,6 Prozent.

Eigentumsdelikte

prägen erneut die Kriminalstatistik 2007. Rund 46 Prozent aller Straftaten waren Diebstähle. In 110.000 Fällen zeigten Bürger den Verlust von Eigentum bei der Polizei an, die Diebstahlskriminalität nahm damit um 1,2 Prozent ab. Ebenfalls rückläufig waren die Vermögens- und Fälschungsdelikte. Sie gingen um 3,8 Prozent auf rund 31.600 Fälle zurück. Hay bezeichnete die Entwicklung der Diebstahlskriminalität wegen der seit Jahren rückläufigen Zahlen als insgesamt erfreulich. „Das ist das Ergebnis von intensiver öffentlicher Aufklärung und guter technischer Prävention“, sagte der Minister. Zum Vergleich: 1998 wurden der Polizei noch rund 140.000 Diebstähle gemeldet. Das heißt: Die Diebstahlskriminalität sank im Verlauf der letzten zehn Jahre um 21 Prozent.

Sachbeschädigungen

stehen mit 35.700 Fällen auf Platz zwei der häufigsten Delikte. Sie gingen im vergangenen Jahr um rund sechs Prozent nach oben. Brennpunkte sind Lübeck sowie die Kreise Pinneberg, Ostholstein und Herzogtum Lauenburg. Bis auf Kiel und die Kreise Nordfriesland und Rendsburg-Eckernförde haben alle anderen kreisfreien Städte und Kreise steigende Fallzahlen gemeldet. „Offensichtlich nimmt die Bereitschaft der Menschen weiter zu, Sachbeschädigungen auch geringfügiger Art konsequent anzuzeigen“, sagte Hay.

Rohheitsdelikte

machten im vergangenen Jahr einen Anteil an der Gesamtkriminalität von 13 Prozent aus, von Jahr zu Jahr steigende Fallzahlen sind nach Aussage von Hay jedoch Anlass zur Sorge. „Es ist eine Herausforderung für Polizei, Justiz und die gesamte Gesellschaft, mit Maßnahmen der Prävention und Repression angemessen und gezielt gegenzusteuern“, sagte Hay. Die Polizei registrierte im vergangenen Jahr 31.900 Fälle von Raub, räuberischer Erpressung, Körperverletzungsdelikten, Nötigung und Bedrohung. Das ist ein Anstieg um 3,9 Prozent oder rund 1.200 Taten. Ein Beleg für die zunehmende Gewaltbereitschaft in Teilen der Gesellschaft ist der Anstieg der Fälle von gefährlicher und schwerer Körperverletzung. Rund 5.770 Mal wurden Menschen geschlagen,

getreten oder in anderer Weise verletzt. Das sind 385 Fälle oder sieben Prozent mehr als im Vorjahr. Fast 41 Prozent dieser Taten (2.343 Fälle) ereigneten sich in der Öffentlichkeit, 1.130 mehr als 2006.

Der einzige Lichtblick in diesem Deliktsfeld ist nach den Worten von Hay die hohe Aufklärungsquote von 85 Prozent. „Räuber und Schläger bleiben in den meisten Fällen nicht unentdeckt und können ihrer Strafe nicht entgegen“, sagte der Minister. Der Kampf gegen Rohheitsdelikte werde von der Polizei mit hoher Priorität fortgesetzt. Gewalt von wem, aus welchem Motiv und in welcher Form sei nicht akzeptabel. „Gegen Gewalttäter gibt es keine Toleranz“, sagte der Minister. Die Polizei werde das Gewaltmonopol des Staates überall und zu jeder Zeit konsequent durchsetzen. „Es darf keine rechtsfreien Räume geben, in denen das Gesetz des Stärkeren herrscht“, sagte Hay.

Er appellierte an die Bürgerinnen und Bürger, Straftaten anzuzeigen und sich als Zeugen zur Verfügung zu stellen. „Wer Drohungen nachgibt, überlässt das Feld den Kriminellen“, sagte Hay. Gewalttäter rechneten damit, dass Bürger aus Angst nicht zur Polizei gingen. Dieses Kalkül müsse man durchbrechen. „Wer seine Angst überwindet und sich vertrauensvoll an die Polizei wendet, hilft sich selbst und der Gesellschaft, künftig wieder sicherer zu leben“, sagte der Minister.

Jugendliche Straftäter

beschäftigten die Polizei auch im vergangenen Jahr wieder. Insgesamt stellte die Polizei 23.644 Tatverdächtige unter 21 Jahren fest, ein leichter Anstieg von rund einem Prozent. Darunter waren 2.275 jugendliche Ausländer, rund vier Prozent weniger als 2006. Insgesamt ist fast jeder dritte Tatverdächtige unter 21 Jahren. In einigen Deliktsbereichen sind Jugendliche besonders stark vertreten. So etwa bei Sachbeschädigungen, Raubdelikten und der Straßenkriminalität, wo rund 60 Prozent der Tatverdächtigen unter 21 Jahren sind. Im Bereich von gefährlicher und schwerer Körperverletzung sowie bei Diebstählen unter erschwerenden Umständen gehört etwa jeder zweite Tatverdächtige zu dieser Altersgruppe.

Im Kampf gegen die Jugendkriminalität

gibt es nach Überzeugung von Hay keine Alternative zur Prävention. Sie müsse so früh wie möglich beginnen. „Staat und Gesellschaft müssen gemeinsam dafür sorgen, dass aus jugendlichen Ersttätern keine Intensivtäter werden“, sagte der Minister. Im Jugendstrafrecht seien keine schärferen Gesetze erforderlich, sondern schnelles und konsequentes Handeln unter Ausschöpfung des vorhandenen Strafrahmens. „Nur wenn die Strafe auf dem Fuße folgte, kann sie den gewünschten Erziehungseffekt bei den Jugendlichen haben“, sagte Hay. Er warnte davor, die Themen Jugendkriminalität und Ausländerintegration miteinander zu verknüpfen. „Das ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer“, sagte Hay. Es gehöre zu der Verantwortung von Politikern, den Menschen deutlich zu sagen, dass es für viele Probleme keine einfachen und schnell wirkenden Lösungen gebe.

Die Polizei in Schleswig-Holstein nimmt nach Aussage von Hay ihren gesetzlichen Auftrag zur Verhinderung und Bekämpfung von Jugendkriminalität sehr ernst. „Wir sind gut aufgestellt“, sagte der Minister. In den größeren Städten des Landes gebe es besondere Ermittlungsgruppen, in denen Beamte der Schutz- und Kriminalpolizei gemeinsam Straftaten jugendlicher Intensivtäter bearbeiteten.

Die Landespolizei ist nach Aussage von Hay das Schwungrad der Prävention in Schleswig-Holstein. Der Landesrat für Kriminalitätsverhütung habe seit Mitte der neunziger Jahre gezielt Projekte zur Eindämmung von Jugendgewalt angestoßen, die von den örtlichen Polizeidienststellen zusammen mit Organisationen der Jugendhilfe, Vereinen und anderen Institutionen verwirklicht worden seien. Hay nannte die Beispiele „Prävention im Team (PIT)“, die Arbeitsgemeinschaft

gegen Gewalt an Schulen, die auch repressiv wirkt, sowie das Elmshorner Projekt „Reden statt Schlagen - Freiheit ohne Gitterstäbe“.

Polizei und Justiz in Schleswig-Holstein können auf Jugendkriminalität auch repressiv angemessen antworten. Beispiel Diversionsverfahren: Es wird bei jugendlichen Ersttätern angewandt. Im Mittelpunkt steht der erzieherische Gedanke. Beispiel Vorrangiges Jugendverfahren: Es setzt den Grundsatz um, dass die Strafe möglichst schnell auf die Tat folgen muss. Beispiel Intensivtäterkonzept: Hier haben Mehrfach- und Intensivtäter immer wieder mit demselben Ermittler zu tun. Das garantiert eine konzentrierte, kompetente und schnelle Sachbearbeitung.

Die politisch motivierte Kriminalität

nahm im vergangenen Jahr um rund 100 Delikte leicht zu. Die Polizei registrierte insgesamt 1.017 Straftaten. Während die rechtsextremistischen Straftaten von 510 Delikten in 2006 auf 440 Fälle im vergangenen Jahr zurück gingen, stieg die Zahl der politisch motivierten Kriminalität von links von 118 Delikten in 2006 auf 236 Taten in 2007 an. Diese Zunahme hängt im Wesentlichen mit strafbaren Handlungen im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel zusammen.

Die ausführliche Pressemitteilung mit den Tabellen können Sie hier herunterladen: Die Presseinformation vom 06.03.2008 zur Kriminalstatistik 2007 (pdf 78-KB)

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 07.03.2008, 11:54 Uhr - 50403 Clicks - Nr. 251

SPD-Landesvorstand: Wir sind die linke Volkspartei

Der Landesvorstand der schleswig-holsteinischen SPD hat sich heute unter Leitung des Landesvorsitzenden Ralf Stegner mit der nach den Landtagswahlen in Hessen und Hamburg entstandenen Diskussion befasst und einstimmig die Position des Parteivorstandes und des Parteirates der SPD bekräftigt.

Nach dem Hamburger Parteitag im vergangenen Oktober ist die SPD inhaltlich und personell gut aufgestellt und hat in beiden Wahlen erhebliche Stimmenzuwächse erzielt. Dieser inhaltliche Aufbruch der SPD ist das herausragende Verdienst von Kurt Beck. Der Beschluss des Parteivorstandes hat die bisherige Praxis der SPD bestätigt, dass die Entscheidung über Konstellationen der Regierungsbildung jeweils unter Abwägung der inhaltlichen und personellen Gegebenheiten in den Ländern –wie bisher- in den Händen der SPD-Landesverbände liegt. Auf Bundesebene ist eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei aufgrund ihrer gegenwärtigen Positionen in der Außen-, Sicherheits-, Finanz- und Wirtschaftspolitik unmöglich.

Bei uns in Schleswig-Holstein setzen wir als linke Volkspartei die richtigen mehrheitsfähigen

Themen: Aufschwung für alle, Mindestlohn, Gemeinschaftsschulen, soziale Politik für Kinder und Familien, moderne Umwelt-, Energie- und Klimapolitik ohne Atomkraft. Die Linkspartei ist in Schleswig-Holstein bekanntermaßen inhaltlich und personell in desolater Verfassung. Wir sind zuversichtlich, dass es uns mit unserem selbstbewussten politischen Profil gelingt, diese Partei aus dem Landtag 2010 und auch bei der bevorstehenden Kommunalwahl -trotz des Wegfalls der 5%-Klausel- aus den Kommunalparlamenten weitgehend herauszuhalten.

Es gibt in Schleswig-Holstein keinen Anlass, uns der Linkspartei zu nähern. Sie ist ein politischer Gegner.

Wir sind die linke Volkspartei und das Original für soziale Gerechtigkeit. Wir werden den Kommunalwahlkampf mit voller Kraft themenbezogen führen. Unser Wahlziel ist es, in Schleswig-Holstein wo immer möglich, wieder stärkste kommunalpolitische Kraft zu werden und unsere Kreise, Städte und Gemeinden nach sozialdemokratischen Werten und Zielen zu gestalten. Das sind unsere Ziele; über die Zusammensetzung der Kommunalvertretungen aber entscheiden die Wählerinnen und Wähler. Nach den Wahlen am 25. Mai werden unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker vor Ort selbst in eigener Verantwortung aufgrund der örtlichen Wahlergebnisse entscheiden, wie sie die Inhalte sozialdemokratischer Politik vor Ort umsetzen können. Eine Bevormundung durch die Landespartei oder die Bundespartei wird es dabei nicht geben. Einen Meinungsaustausch der Kommunalpolitiker der SPD und des Landesvorstandes wird es am 14. März in Kiel geben.

Diese Position des Landesvorstandes wird auch von den Landesministern der SPD Uwe Döring und Lothar Hay ausdrücklich geteilt. Sozialministerin Gitta Trauernicht hat dem Beschluss des Parteivorstandes bereits am Montag im Parteirat der SPD in Berlin zugestimmt.

Wir lassen uns von CDU oder FDP, die nach der deutschen Einheit anders als die SPD, die ehemaligen kommunistischen Blockparteien der DDR samt Personal, Organisation und Vermögen gefressen haben oder wie in Hamburg eine Koalition mit dem Rechtsextremisten Schill eingegangen sind, keine Debatte über eine Zusammenarbeit mit Kommunisten aufdrängen.

Bei der Kommunalwahl geht es um die wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Zukunft unserer Kreise, Städte und Gemeinden. Die CDU, die bisher in weiten Teilen des Landes über absolute Mehrheiten in den Kommunen verfügt, wird ihre Bilanz im Kommunalwahlkampf verantworten müssen und ihre Gründe haben, der inhaltlichen Debatte auszuweichen.

Kommentar von [F. Ewert](#) vom 25.03.2008, 15:32 Uhr:

RE:SPD-Landesvorstand: Wir sind die linke Volkspartei

alle irgendiwe angedachten, ausgeführten machterhaltungsstrategien münden letztlich in kompromissen, die ein grosser teil der linken nicht gewillt ist mit zu gehen. also besetzt linke positionen, dann haben wir kein problem mit den linken!!!!

Kommentar von [Alexander Wagner](#) vom 15.03.2008, 22:51 Uhr:

RE:SPD-Landesvorstand: Wir sind die linke Volkspartei

Es gibt nur einen politischen Gegner, den wir haben, und das sind die Nazis. Ich finde es äußerst merkwürdig, wie nicht nur in diesem Fall irgendwelche Vokabeln, ohne Nachdenken über ihre Bedeutung, verwendet werden. Die SPD ist eine Volkspartei, richtig. Sie ist aber auch eine LINKE Volkspartei, was heißen mag, dass sie zwar natürlicherweise in der Mitte der Gesellschaft angesiedelt ist. Aber, um in der Metapher zu bleiben, eben ein wenig mehr links von ihr als die "rechte" Volkspartei. Es ist Vermessen, das gesamte Mittenspektrum für sich vereinnahmen zu wollen, wo es doch sui generis immer das Anliegen der SPD war, links von der Mitte zu punkten. Dass dies nun einer anderen Partei besser gelungen ist, als uns, liegt eindeutig in der Schuld der SPD selbst. Linksruck ist im übrigen auch eine von diesen "netten" Vokabeln. Ein jeder Genosse

erinnert sich gerne an die siebziger Jahre zurück, in den alles noch so "schön einfach" war und die SPD deutlich stärkste Partei. Damals waren wir links. Und bei diesem damaligen "Links" sind wir auf unserer Achterbahnfahrt ins politische Spektral-Niemalsland noch lange nicht wieder angekommen. Es ist vermessen, vom Linksruck zu reden, wo wir doch eigentlich unbewusst begreifen, was "links" für die SPD einmal geheißen hat. rote Grüße, Alexander Wagner KV Segeberg

Kommentar von [Egon Tiedje](#) vom 15.03.2008, 11:54 Uhr:

RE:SPD-Landesvorstand: Wir sind die linke Volkspartei

Falls jemand in der Landespartei (oder im Kreis Pinneberg) interessiert ist an praktischen Erfahrungen mit "linksalternativer" Kommunalpolitik, möge er/sie sich an den OV Barmstedt wenden. Wir haben seit zig Jahren 2 DKP-Abgeordnete im Stadtparlament. Anfang der 90er Jahre "fusionierten" sie mit einer neuen Gruppe, der BALL (Barmstedter Alternative Linke Liste). Tatsächlich vertraten wenige Jahre statt der alten DKP-Volkstreter zwei parteilose Idealisten diese Gruppe im Stadtparlament, aber seit rund 10 Jahren sind die beiden alten Kämpen, die wir schon aus den DKP-Zeiten kennen, nicht mehr nur im Hintergrund aktiv, sondern auch wieder die BALL-Gesichter in der Stadtvertretung. Ob sie nun ihre Mitgliedschaft geändert haben oder nicht, ist egal, denn die Methoden sind die altbekannten: beliebig erweiterbaren Wunschzettel aufstellen, Draufsatteln, gefällige Entscheidungen der Stadtvertretung als eigene "Erfolge" verkaufen - aber auf keinen Fall Verantwortung (z.B. für den städtischen Haushalt) übernehmen. Und wenn heute noch die Bürgermeister von den Stadtvertretern zu wählen wären, würde man sicher wieder gemeinsam mit der CDU einem angeblich "rechten" Sozialdemokraten einen "linken" Parteilosen vorziehen - auch wenn der damalige Kandidat 1. nicht nur so inkompetent war, dass er nach wenigen Jahren von allen Fraktionen abgewählt wurde, sondern 2. so "links", dass er in seiner Panik vor seiner Abwahl noch schnell in die CDU eintrat. Eine Diskussion über "Die Linke" erübrigt sich, weil wir diese Richtung - unter anderem Namen - schon haben. Lohnt sich nicht!!!

Kommentar von [Jürgen Klein](#) vom 08.03.2008, 20:11 Uhr:

RE:SPD-Landesvorstand: Wir sind die linke Volkspartei

Ich denke, die Diskussion hat uns so oder so geschadet. Ehrlichkeit und Verlässlichkeit sind die Attribute, die uns auch wieder gewinnen lassen. Ich glaube langsam, unsere SPD hat den Wunsch zum Erfolg verloren. Wenn wir vor Ort für die Sozialdemokratie kämpfen und auch unsere Erfolge haben, können wir mit Sicherheit davon ausgehen, dass irgendeiner unserer „ Hauptberuflichen „ Mist baut“. Für verlorene Gelegenheiten in der Politik, gibt es kein Fundbüro.(Paul-Heni-Spaak) Schade, und trotzdem gibt es keine Alternative zur Sozialdemokratie. Ich bin der Meinung: Wir müssen es ohne die „ Linken schaffen“ weil Klientelpolitik schon von den „ Schwarzen „ betrieben wird. Last uns weiter kämpfen, es lohnt sich, denn wir können es besser.

Kommentar von [Hans-Christian Koch](#) vom 08.03.2008, 11:31 Uhr:

RE:SPD-Landesvorstand: Wir sind die linke Volkspartei

Von linker Volkspartei kann im Moment wohl niemand innerhalb der SPD reden - dazu hat sie sich unter Schröder und Müntefering zu weit Richtung Mitte bewegt. Leider gibt es immer noch genug Leute innerhalb der SPD, die sich weigern, einen Linkskurs einzuschlagen. Und deshalb darf man sich nicht wundern, wenn die Linke im Moment Zuwachsraten hat, die die SPD gern hätte.

Kommentar von [b p holst](#) vom 07.03.2008, 23:14 Uhr:

RE:SPD-Landesvorstand: Wir sind die linke Volkspartei

Wir sind die linke Volkspartei und das Original für soziale Gerechtigkeit. Die Linkspartei ist unser politischer Gegner und kein Mitbewerber .

Kinderarmut und Gesundheit

Beeindruckt zeigten sich Ralf Stegner, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, und Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen von der Produktionsstätte der Firma Pohl-Boskamp in Dägeling.



„Gerade in Schleswig-Holstein wird die Wirtschaft getragen von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die ihre besondere Verantwortung für die Region und für die Schaffung von Arbeitsplätzen wahrnehmen“, so Stegner. „Diese Unternehmen verdienen unsere besondere Unterstützung.“

So konnten die beiden Abgeordneten auch gleich einige Arbeitsaufträge mitnehmen. Im gemeinsamen Gespräch mit den SPD-Ortsvorsitzenden aus Hohenlockstedt und Dägeling und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Unternehmens wurde eine Reihe von Themen kritisch diskutiert.

„Im Rahmen der Gesundheitsreform sind Entscheidungen getroffen worden, die große Pharmakonzerne zu Lasten der mittelständischen Industrie begünstigen,“ erläuterte Firmeninhaberin Marianne Boskamp.

Darüber hinaus seien auch bestimmte Regelungen aus familienpolitischer Sicht nicht nachvollziehbar. „Wenn Kinder ab 12 Jahren wie Erwachsene behandelt werden und der Zuzahlungspflicht bei Medikamenten unterliegen, trifft dies besonders einkommensschwache Familien,“ so Marianne Boskamp.

Stegner und Herdejürgen verwiesen in diesem Zusammenhang auf die Kindergesundheitsinitiative des Landes und das Handlungskonzept gegen Kinderarmut. Damit sei Schleswig-Holstein an der Spitze der aktuellen Diskussion. „Wir werden dieses Thema aufgreifen. Wir sind zuversichtlich, dass angesichts der politischen Bewertung auch ein Land wie Schleswig-Holstein auf Bundesebene erfolgreich sein kann.“

Zudem sagten die beiden Landtagsabgeordneten zu, sich für die Einbeziehung der Firma Pohl-Boskamp in das Medizin-Cluster Schleswig-Holsteins einzusetzen.

Keine Kommentare

Kommunalpolitischer Stammtisch der SPD-Stadtmitte

Am Dienstag, den 11. März 2008 um 19:00 Uhr lädt der SPD-Ortsverein Stadtmitte wieder zum Kommunalpolitischen Stammtisch ins „Feuerstein“, Norderstr. 98 ein.

In zwangloser Atmosphäre besteht wieder die Möglichkeit, mit Vertretern der SPD-Ratsfraktion über aktuelle Themen ins Gespräch zu kommen.

Keine Kommentare

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 07.03.2008, 22:30 Uhr - 9372 Clicks - Nr. 254

Wir trauern um Uwe John

Mit Bestürzung haben wir vom Tode unseres ehemaligem Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten erfahren.

Uwe John hat sich in seiner aktiven Zeit für alle seine Vorhaben voll eingesetzt und viel für uns erreicht. Auf allen politischen Ebenen von der Gemeinde bis zum Landtag hat er seine Kraft eingesetzt. Der Umgang mit ihm war nicht immer einfach leicht. Wir denken jetzt an seine Leistungen, die er für uns erbracht hat und bewahren ihm ein ehrendes Angedenken.

Rudolf Riep für die SPD-Steinburg

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 08.03.2008, 14:40 Uhr - 6327 Clicks - Nr. 255

Wodarg zum WELTFRAUENTAG

Heute, am 8. März, wird weltweit der internationale Frauentag gefeiert. Er entstand im Kampf um Gleichberechtigung und Wahlrecht für Frauen und kann auf eine lange Tradition zurückblicken.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Selbstbestimmung bei Sexualität und Schwangerschaft, Gewaltschutz und Frauenförderung waren in den vergangenen Jahrzehnten die Forderungen der Aktivistinnen. Auf gesetzgeberischer Ebene wurde in Deutschland viel erreicht und die Wirkung der Frauenbewegungen ist hier unübersehbar. Dennoch, es bleibt viel zu tun auf dem Weg zur tatsächlichen Umsetzung der Gleichberechtigung: auf dem Gebiet der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dem Engagement gegen Gewalt an Frauen oder der Teilhabe der Frauen an der politischen und wirtschaftlichen Macht.



In Europa ist leider Häusliche Gewalt sogar die größte Gefahr für Gesundheit und Leben von Frauen - noch vor Krebs und Autounfällen zusammen. Und auch in Deutschland ist jede vierte Frau schon einmal von Häuslicher Gewalt betroffen gewesen.

In der Arbeitswelt sind die Lohngefälle von Frauen und Männern oft noch unausgewogen. So ist die Forderung: "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", auch heute noch ein Thema in Deutschland. Frauen verdienen hier nur 78 Prozent des Einkommens von Männern.

Besonders in den Ländern der sogenannten Dritten Welt sind Frauen von Armut, Hunger, Ausbeutung und Gewalt betroffen, obwohl sie den Großteil der Nahrungsmittel produzieren und sich um die Ernährung und Erziehung der Kinder kümmern. Mehr als 70 Prozent aller in Armut lebenden Menschen sind Frauen.

Im internationalen Durchschnitt erreichten Frauen nur zwischen 50 und 80 Prozent der Bezahlung, die Männer für gleiche Tätigkeiten erhalten. Auch der Zugang zu Bildung ist für Mädchen und Frauen in vielen Ländern noch erschwert. Schlechtere Bildungschancen bedeuten auch schlechtere Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe.

Täglich sterben weltweit während der Schwangerschaft oder bei der Geburt ihres Babys viele Frauen. Vor allem für Frauen in Afrika südlich der Sahara ist es oft lebensgefährlich, ein Kind auszutragen oder zu entbinden. In dieser Region stirbt eine von 22 Frauen bei der Geburt - in Deutschland ist es eine von 19.200 Frauen. Ein wichtiger Grund für die hohe Müttersterblichkeit in Entwicklungsländern ist der fehlende Zugang zu modernen Familienplanungsmethoden, zur ausreichenden Ernährung und zur Gesundheitsversorgung.

Zu den häufigsten Menschenrechtsverletzungen gehört Gewalt gegen Frauen. Sie werden zwangsverheiratet und so genannte Ehrenverbrechen werden nicht geahndet. Die Hilfsorganisationen World Vision kritisierte, "noch immer werden jeden Tag rund 70.000 minderjährige Mädchen weltweit gegen ihren Willen verheiratet". In einigen Ländern werden Frauen zu Schwangerschaftsabbrüchen gezwungen, gerade wenn das ungeborene Kind ein Mädchen ist.

Genitalverstümmelungen wird in vielen Ländern immer noch massenhaft praktiziert und findet sogar in Deutschland heimlich statt. Nach Angaben des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) ist eine von fünf Frauen auf der Welt Opfer einer Vergewaltigung geworden. Vergewaltigung von Frauen wird in afrikanischen Krisengebieten sehr häufig zur Demütigung der jeweilig bekämpften Bevölkerung benutzt. Sie ist so häufig, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Mädchen im südlichen Afrika lesen und schreiben lernt geringer ist als die, dass es vergewaltigt wird, bis es erwachsen ist.

Zur Zeit herrscht eine extreme Gewalt gegen Frauen besonders im Osten der Demokratischen Republik Kongo und in Kenia.

Um geschlechtsspezifischer Gewalt entgegenzuwirken, ist es notwendig, Frauen in ihrem selbstbestimmten Handeln zu stärken. Dazu gehört auch eine konsequente Bekämpfung des immer noch wachsenden Menschenhandels. Frauen sollten auch eine wichtigere Rolle bei Friedensverhandlungen und Konfliktprävention spielen.

Wichtig ist aber vor allem, Frauen mehr Bildungsmöglichkeiten anzubieten. Das Motto der Vereinten Nationen im Jahr 2008 lautet "Investing in Women and Girls".

Weltweit organisieren schon jetzt viele NROs und auch Regierungsprogramme Fort- und Weiterbildungen speziell für Frauen und Mädchen in der Dritten Welt. Wir brauchen aber viel mehr Alphabetisierungskurse und thematische Fortbildungen. Mit Hilfe von Kleinkredit-Systemen können Frauen in armen Ländern neue Berufe ergreifen oder Geschäftsideen verwirklichen und ihre Überlebenschancen erhöhen.

GESCHICHTE:

Am 27. August 1910 beschloss die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen auf Initiative der deutschen Sozialistin Clara Zetkin die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentags. Ziel war, mit diesem Tag auf die Interessen der Frauen aufmerksam zu machen und gegen mehrfache Ausbeutung und Unterdrückung zu protestieren. Die zentralen Forderungen waren

damals unter anderem ein Wahl- und Stimmrecht für Frauen, ein ausreichender Mutter- und Kinderschutz, der Achtstundentag, gleicher Lohn bei gleicher Arbeitsleistung für Frauen und Männer sowie die Festsetzung von Mindestlöhnen und eine klare Positionierung gegen den Krieg.

Der erste internationale Frauentag fand in 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA statt. In den folgenden Jahren wurde er jährlich zwischen Februar und April begangen. Die Festlegung auf den 8. März erfolgte 1921 im Gedenken an zwei Ereignisse: Den Streik der Hemdennäherinnen in New York 1857, die sich gegen die schlechten Arbeitsbedingungen zu Wehr setzten und den Streik der Textilarbeiterinnen in St. Petersburg 1917. Beide Streiks begannen am 8. März (in St. Petersburg nach dem russischen Kalender am 23. Februar).

In Deutschland konnte der Internationale Frauentag während der NS-Zeit wegen des Verbots sozialistischer Parteien nicht durchgeführt werden. 1932 wurde er verboten und durch den Muttertag ersetzt. In Westeuropa gewann der Tag in den 1980er Jahren wieder größere Bedeutung; heute gibt es in ganz Deutschland jedes Jahr am 8. März in vielen Städten und Gemeinden Veranstaltungen, die sich aktuellen Frauen- und Menschenrechtsfragen widmen wie den Rechten von Ausländerinnen, der Diskriminierung von nichtheterosexuellen Lebensweisen und der besseren Sicherung der Frauenrechte im Rahmen der europäischen Annäherung.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 08.03.2008, 16:02 Uhr - 1602 Clicks - Nr. 256

Bücherei Wik - Stadt ignoriert Rahmenbedingungen

Die kulturpolitische Sprecherin und Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zu der Öffnungssituation der Bücherei in der Wik:

"Die SPD-Fraktion sieht dringenden Unterstützungsbedarf durch eine hauptamtliche Kraft, um die notwendigen Öffnungszeiten sicherzustellen. Wir unterstützen die einstimmige Ortsbeiratsinitiative.

Mit Sturheit lehnen CDU und Bündnis 90/Die Grünen die gut begründete Forderung des Vereins Kinderbücherei Wik ab. Dabei liegt es klar auf der Hand, dass ehrenamtlich organisierte Vereinsarbeit, die überwiegend von berufsrückkehrwilligen Müttern mit Kindern getragen wird, hohe Fluktuation bedeutet und damit mehr hauptamtliche Unterstützung erfordert.

Es ärgert uns, dass ehrenamtlich engagierte Mütter mit Kindern ausgenutzt werden. Sie fühlen sich in der Verantwortung und schultern mit der Organisation von Kindern und Erziehung sowie dem Wunsch, wieder berufstätig zu sein, große Lasten. Wenn CDU und Grüne ehrenamtlich engagierten Müttern die beantragte 11-stündige hauptamtliche Unterstützung verweigern, wird ihre Behauptung, dass Kiel kinder- und familienfreundlich ist, zum wiederholten Male als Worthülse entlarvt."

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 09.03.2008, 10:01 Uhr - 4533 Clicks - Nr. 257

Seglerverbandstag – Innenminister Lothar Hay bescheinigt Vereinen großes ...

Engagement im Naturschutz

Erscheinungsdatum: 08.03.2008

Innenminister Lothar Hay hat den Seglern in Schleswig-Holstein ein gutes Zeugnis im Naturschutz ausgestellt. Auf dem Seglerverbandstag am Samstag (8. März) in Glücksburg (Kreis Schleswig-Flensburg) sagte Hay, die Seglervereine lieferten mit ihrer Arbeit ein Beispiel dafür, dass Sport und

Umwelt nicht nur harmonierten, sondern auch voneinander profitieren könnten.
Er erinnerte daran, dass Vereine inzwischen sogar Aufgaben im Umweltschutz übernommen haben, wie etwa die Markierung von Schutzgebieten auf Seen. „Naturschützer und Segler sind Verbündete beim Erhalt und bei der Pflege der schleswig-holsteinischen Gewässer“, sagte Hay.

Der Segelsport gehört nach Ansicht des Ministers untrennbar zu Schleswig-Holstein. „Segeln ist ein Markenzeichen unseres Landes“, sagte Hay. Der Tourismus als ein wichtiger Wirtschaftszweig für Schleswig-Holstein brauche ein gutes Sportangebot. „Sportveranstaltungen ziehen Menschen und Kaufkraft in unsere Städte und Gemeinden“, sagte der Minister. Er rief die Sportvereine auf, ihrerseits die Chancen eines florierenden Tourismus für den Sport zu erkennen und strategisch zu nutzen.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 09.03.2008, 12:50 Uhr - 7560 Clicks - Nr. 258

NS-Machtübernahme vor 75 Jahren in Kiel

Wir erinnern an Wilhelm Spiegel, Fritz Böttcher und Otto Eggerstedt

Rede von Jürgen Weber anlässlich der Gedenkveranstaltung zur NS-Machtübernahme vor 75 Jahren in Kiel

"Vor 75 Jahren, im März 1933, übernahmen die Nazis die Macht in Deutschland und in Kiel.

Auch nach der noch halbwegs legalen Reichstagswahl am 5. März - zu diesem Zeitpunkt waren schon viele Kommunisten und Sozialdemokraten verhaftet und das Erscheinen der linken Tageszeitungen verboten – hatten die Nationalsozialisten und ihre deutschnationalen Steigbügelhalter noch keine verfassungsändernde Mehrheit im Reichstag. Mit dem Ermächtigungsgesetz vom 23. März, dem auch alle bürgerlichen Parteien zustimmten, war diese Hürde beiseite geräumt.



Die NS-Herrschaft in Kiel war nicht nur der Beginn von politischer Verfolgung und Unterdrückung. Sie begann gewissermaßen symbolisch mit einem spektakulären Mord.

Anhand von drei kurzen biographischen Skizzen möchte ich einen Ausschnitt der Ereignisse vor 75 Jahren beleuchten:

zum Gedenken an die Opfer des Machtantritts der Nazis im Frühjahr 1933.

1. Der Fall **Wilhelm Spiegel** hat über die Grenzen Kiels hinaus Geschichte gemacht. In allen

wichtigen antifaschistischen Dokumentationen der 30er Jahre wurde auf diesen politischen Mord während der Machtübernahme der Nationalsozialisten hingewiesen.

Wilhelm Spiegel, ein republikanischer Jurist, ein bürgerlicher Sozialdemokrat und deutscher Jude wurde vor bald genau 75 Jahren in Kiel erschossen. Obwohl es zahlreiche Tatzeugen gab, zeigte sich die Justiz damals und auch nach dem Krieg nicht in der Lage oder bereit, seine Mörder zur Verantwortung zu ziehen. Die Tat ist bis heute ungesühnt geblieben.

Was war passiert: Am 12 März 1933, dem Tag der Kommunalwahl in Kiel, wurde der Rechtsanwalt Spiegel in seiner Wohnung im Forstweg 42 nachts um 01.45 Uhr durch Kopfschuss getötet. Obwohl es Zeugen gab, die übereinstimmend aussagten, bei den Tätern hätte es sich um Personen in SA oder SS-Uniform gehandelt, wurde eine solche Spur nie ernsthaft verfolgt. Vielmehr wurde das Gericht ausgestreut, die Täter seien in linken Kreisen zu suchen, die entweder eine Rechnung mit Spiegel offen hatten oder aber diese Tat den Nazis in die Schuhe schieben wollten.

Auf jeden Fall dienten diese Gerüchte dazu, am 13. März das Gewerkschaftshaus in der Legienstraße und damit auch das SPD-Büro, das sich dort befand, zu besetzen, Material zu beschlagnahmen, und mehrere führende Sozialdemokraten zu verhaften. Hintergrund war, dass noch am 12.03. Flugblätter in Kiel verteilt wurden, die die Nazis des Mordes bezichtigten und die offenbar in den Räumen des SPD-Büros hergestellt worden waren.

An diesem Tag vollzogen die Nationalsozialisten auch faktisch und sichtbar die politische Machtübernahme in der Stadt. Der NSDAP-Kreisleiter Walter Behrens rief sich selbst zum Oberbürgermeister aus, entließ die sozialdemokratischen Stadträte und den gerade vor einem Jahr wiedergewählten konservativen Bürgermeister Lueken.

Warum Wilhelm Spiegel? Der aus Westfalen stammende Jurist wurde in Kiel schnell zu einem bekannten Anwalt. Vor allem sein Einsatz für politisch Bedrängte und seine Vertretung von Arbeitern vor Gericht machte ihn in der bürgerlichen Welt der Kieler Justiz schnell zu einer nicht besonders geschätzten Person.

1911 stand sein Name erstmals auf der Wahlliste der Kieler SPD für das Stadtverordnetenkollegium. Seitdem war er in der Kommunalpolitik aktiv. Überregionale Mandate und Funktionen lehnte er stets für sich ab.

Im September 1919 wurde Spiegel zum Vorsitzenden der Stadtverordnetenvertretung gewählt. Dieses Amt behielt er bis 1924. Während des Kapp-Putsches war er einer der führenden Vertreter der Kieler Arbeiterschaft, der nicht nur half, den Putsch niederzuschlagen, sondern der auch als Verhandlungsführer der Arbeiter versuchte, die Auseinandersetzung möglichst ohne Blutvergießen zu beenden.

Mitte der 20er rückte seine berufliche Arbeit mehr in den Mittelpunkt. Nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Kommunisten schätzten ihn als Anwalt in rechtlichen Auseinandersetzungen.

Spiegel engagierte sich in vielerlei Hinsicht als Republikaner. Mit Otto Eggerstedt oder Richard Hansen, dem Kieler Führer des Reichsbanners, verband ihn eine gemeinsame Arbeit. Aber auch mit den wenigen, aber herausragenden republikanisch orientierten Professoren der Kieler Universität war er eng verbunden, so mit Otto Baumgarten, Ferdinand Tönnies, Ernst Kantorowicz, sowie mit dem Völkerrechtler Walther Schücking.

Wilhelm Spiegel hatte sich als engagierter Kommunalpolitiker, als engagierter Vertreter von Arbeitern, vor allem von politisch organisierten Arbeitern und natürlich auch als Jude zum Hassobjekt der Nazis gemacht. Es gibt eine ganze Reihe von Hinweisen, die dafür sprechen, dass der Mord an Spiegel von langer Hand geplant, zumindest gedanklich vorweggenommen wurde.

Der Mord an Wilhelm Spiegel war nicht das einzige Verbrechen, das beinahe schon symbolisch am Beginn der Naziherrschaft in unserer Stadt steht. Erwähnt sei der Fall Dr. Friedrich Schumm, Jude und Anwalt wie auch Spiegel, der bei der Boykottaktion jüdischer Geschäfte am 01. April 1933 vor seinem Elternhaus in der Kehdenstraße in einem Handgemenge einen SS-Mann in Notwehr anschoß. Er wurde im Polizeipräsidium inhaftiert und nachdem der Polizeipräsident eine Auslieferung an die SS abgelehnt hatte, drangen SS-Leute in das Polizeigefängnis ein und erschossen Schumm in einem Akt von Lynchjustiz. Auch in diesem Fall wurde das Verfahren nach einiger Zeit eingestellt. Niemand wurde jemals für den Mord zur Rechenschaft gezogen.

Das Gleiche gilt auch für den Mörder des Reichsbannermannes Edmund Schnurak, der am 01. Mai 1933 in „Stenders Restaurant“ in der Brunswik getötet worden war. Das Verfahren gegen den namentlich bekannten Täter wurde niedergeschlagen.

Auch auf die Morde an den beiden kommunistischen Funktionären Timm und Heuck im Neumünsteraner Gefängnis sei hier hingewiesen.

Am 15. März 1933 fand im Krematorium auf dem Eichhof die Trauerfeier für Wilhelm Spiegel statt. Der Trauerzug durch die Straßen der Stadt wurde zu einer letzten gewissermaßen stummen Demonstration des demokratischen, des republikanischen Kiels. Die Belegschaften von Werften und Fabriken hatten allen nationalsozialistischen Drohungen zum Trotz demonstrativ ihre Arbeit niedergelegt. Die vorsorglich in Alarmbereitschaft gesetzte Polizei hielt sich zurück. Die Trauerrede für Spiegel hielt sein Freund und politischer Weggefährte Otto Eggerstedt. Eggerstedt, der sich zu diesem Zeitpunkt bereits selbst in Gefahr befand, sagte zum Schluss seiner Ansprache:

„Die Erinnerung an Dich wird leben, so lange uns noch ein Herz für die Freiheit schlägt! Und für die Freiheit werden in Deutschland Herzen schlagen, bis sie wieder Gemeingut des ganzen Volkes geworden ist. Und wir werden sie dann als Erbe unseres Toten, als Erbe auch Deines Wirkens, besser zu werten und zu schützen wissen als bisher!“

2. Friedrich Böttcher, geboren 1888, war in den Jahren der Weimarer Republik der wichtigste und einflussreichste Gewerkschafter in Kiel.

Als Bevollmächtigter der Metallarbeitergewerkschaft wurde er schließlich 1928 geschäftsführender Vorsitzender des ADGB in Kiel. Gleichzeitig war er Stadtverordneter für die SPD. 1933 war er zudem Kandidat der SPD für den Preußischen Landtag und für den Schleswig-Holsteinischen Provinziallandtag.

Auch Böttcher wurde unmittelbar nach der Kommunalwahl am 12. Mai für kurze Zeit verhaftet. Allerdings versuchten die Nationalsozialisten, anders als bei den reinen Parteifunktionären, Gewerkschaftsvertreter zu ködern bzw. zu benutzen. Das hatte bei Böttcher einen gewissen Erfolg. Er erklärte sich bereit, auf einer Veranstaltung der Nationalsozialisten Betriebsorganisation (NSBO) zu reden. Dazu möchte ich aus den Erinnerungen von Karl Rickers, vor 1933 und nach 1945 Redakteur der „Volkszeitung“ zitieren:

„Die Gewerkschaften freilich hatte man schon Anfang Mai 1933 zerschlagen, da stand schon nichts mehr im Wege. Zunächst versuchte man, deren Sekretäre zu ködern, wie zum Beispiel den bisherigen Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes, Fritz Böttcher. Der ging darauf ein, die Nazis beriefen dann eine Großveranstaltung für Arbeiter in die Kieler Nord-Ostseehalle an der Gutenbergstraße ein und kündigten als Redner Fritz Böttcher an. Außerdem wurde im Plakat freie Aussprache zugesichert... Auf dieses Angebot aber wollten wir eingehen, mit dem Ziel, den Renegaten Böttcher vor den Arbeitern bloßzustellen. Der Doppelsaal der Nord-Ostseehalle war voll, aber es war klar, dass die Teilnehmer, zumal aus den Großbetrieben, zum Erscheinen genötigt

worden waren, um ihnen zu zeigen, dass ihr Bevollmächtigter jetzt zu den Nazis stand. Freie Aussprache, das war uns klar, konnte gefährlich werden. Dennoch wollten wir sie riskieren. Wir, das war eine Gruppe von etwa einem Dutzend jüngerer Sozialdemokraten und Gewerkschaftern. Ich erinnere aus dieser Gruppe nur noch Albert Witte und Walter Raabke sowie den Mann, der als Redner vorgeschickt werden sollte, nämlich Jonny Weiss, einen Metallarbeiter, der von den Kommunisten zur SPD zurückgekehrt war.

Nun aber geschah auf der Rednertribüne etwas Unvorhergesehenes: Fritz Böttcher bekannte sich nachdrücklich zu seinem Lebensweg, dem eines sozialdemokratisch aufgewachsenen Metallarbeiters. Freilich hängte er ein Bekenntnis zur Neuordnung dem NS-Staat an....

Vielleicht war Fritz Böttcher von der Erwartung inspiriert, dass mit einem Kotau vor den Nazis die Gewerkschaften in ihrer Existenz als Vertreter der Arbeiter gerettet werden könnten....

Für die Nazis aber war er lediglich als Werkzeug gedacht, um die organisierten Arbeiter in ihr System einzugliedern. Sie fühlten sich keineswegs gehindert, Fritz Böttcher selber.... in ein Konzentrationslager zu sperren.“

Zum Verständnis Böttchers muss man wissen, dass die Gewerkschaften schon 1932 versucht haben, sich ein Stück weit von der SPD zu trennen. Unter dem Kanzler von Schleicher war die Gewerkschaftsführung für ein Bündnis gegen Kommunisten und Nazis gleichermaßen gesprächsbereit. Außerdem schlug bei ihnen auch die scharfe Trennung zwischen SPD und KPD und vor allem deren Generalstreikpolitik durch.

Hinzu kamen natürlich Einschüchterungen und Verhaftungen. Beispielhaft mag ein Brief des Vorsitzenden des ADGB Leipart vom 21.03.1933 an den neuen Reichskanzler Adolf Hitler sein: „Die Aufgaben der Gewerkschaften müssen erfüllt werden, gleichwohl welcher Art das Staatsregime ist... Die Gewerkschaften beanspruchen nicht, auf die Politik des Staates unmittelbar einzuwirken.... Eine wahre Gewerkschaft muss von den Unternehmern ebenso wie von politischen Parteien unabhängig sein.“

Diese Art von Opportunismus kann man natürlich aus heutiger Sicht kritisieren.

Unabhängig davon gibt es keinen Zweifel an der demokratischen Grundhaltung Böttchers.

Die Bereitschaft zur Kooperation Böttchers schützte ihn nicht vor Verhaftung. 1933 noch kam er in das KZ Papenburg. Nach seiner Entlassung blieb er zwar eine Zeit lang unbehelligt und konnte im Wohnungsamt der Stadt Kiel arbeiten, bis er 1944 nach dem Attentat auf Hitler wieder für eine Zeit inhaftiert wurde. Bei Kriegsende war er leitend im Wohnungsamt der Stadt Kiel tätig.

Nach 1945 nahm er aktiv an der Wiedergründung der Gewerkschaften in Kiel teil. Sein Verhalten 1933 führte aber dazu, dass er in Gewerkschaften und SPD keine Funktion mehr übernehmen durfte.

3. **Erinnert sei heute auch an Otto Eggerstedt.**

1886 in Kiel geboren besuchte er hier die Mittelschule und lernte das Bäckerhandwerk. Er schloss sich sehr frühzeitig Gewerkschaft und Sozialdemokratie an.

Im Frühjahr 1919 wurde er Geschäftsführer des Arbeiter- und Soldatenrates von Groß-Kiel.

Bis zu seiner Berufung in den preußischen Verwaltungsdienst 1927 arbeitete er als Parteisekretär für die Kieler SPD. Auch dem schleswig-holsteinischen SPD-Bezirksvorstand gehörte er ab 1920 an.

Bis 1924 war er Stadtverordneter in Kiel und von 1921 bis 1933 Abgeordneter des Deutschen Reichstags.

Eggerstedt gehörte damit zu den bekanntesten und profiliertesten schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten.

Überregional bekannt wurde Eggerstedt durch die Übernahme der Leitung des Polizeipräsidiums in Altona. Seine Amtszeit als Polizeipräsident wurde dabei vom so genannten Altonaer Blutsonntag überschattet. Am 17. Juli 1932 forderten Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und der Polizei in der Altonaer Altstadt 18 Todesopfer.

Obwohl Eggerstedt gar nicht vor Ort war, erklärten Nazis und Kommunisten ihn zum Hauptverantwortlichen und diffamierten ihn seitdem öffentlich ununterbrochen. Die Ereignisse in Altona dienten letztlich dann auch als Vorwand, um am 20. Juli 1932 die demokratisch gewählte preußische Regierung durch einen Staatsstreich abzusetzen.

Ab dem Sommer 1932 engagierte sich Eggerstedt wieder verstärkt in der Parteiarbeit. Noch im Januar 1933 übernahm er erneut den Vorsitz der SPD in Kiel.

Seinen letzten öffentlichen „Auftritt“ in Kiel hatte Eggerstedt bei seiner mutigen Trauerrede für den ermordeten Freund Wilhelm Spiegel Mitte März 1933 in Kiel. Eine Woche später gehörte er zu den Sozialdemokraten, die in der Kroll-Oper in Berlin gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten. Der ehemalige Polizeipräsident war eine besondere Zielscheibe der Nationalsozialisten geblieben. Ein gegen ihn angestrebtes Ermittlungsverfahren veranlasste Eggerstedt unterzutauchen. Ende Mai 1933 wurde er schließlich bei Lütjensee im Kreis Stormarn verhaftet.

Seinen Parteifreunden war bewusst, dass sich Eggerstedt in höchster Lebensgefahr befand. Der stellvertretende Bezirksvorsitzende und ehemalige Reichsbannerführer in Schleswig-Holstein Richard Hansen war nach Dänemark geflohen und organisierte von hier aus mit finanzieller Unterstützung dänischer Sozialdemokraten einen Fluchtversuch für Otto Eggerstedt. Ein Krankenhausaufenthalt sollte für die Befreiung genutzt werden.

Der Tag der Flucht war bereits vereinbart. Da machte eine Anzeige aus dem engsten Familienkreis alles zunichte. Ein Verrat mit tödlichen Folgen

Direkt aus dem Altonaer Krankenhaus erfolgte am 12. August 1933 Eggerstedt's Überstellung in das KZ Esterwegen. Beim Einsatz in einem Sonderkommando wurde der bereits grausam misshandelte und gequälte Eggerstedt am 12. Oktober 1933 von zwei Wachleuten gezielt erschossen.

Nach 1945 konnte der noch lebende Mörder vor Gericht gestellt werden. Nach 13 Jahren Gefängnis wurde der zu lebenslanger Haft verurteilte Täter dann begnadigt.

4. Die Frage, warum die Weimarer Republik scheiterte, hat schon mehrere Generationen von Historikern beschäftigt. Und immer wieder stand dabei im Mittelpunkt die Tragik der Spaltung der Arbeiterbewegung und letztlich die faktische Wehrlosigkeit der stärksten Arbeiterparteien der westlichen Hemisphäre.

Man mag darüber streiten, ob die SPD und die Gewerkschaften beim so genannten Preußenschlag im Sommer 1932 zu militanteren Formen der Auseinandersetzung und der Verteidigung der Republik hätten übergehen sollen. Es gab gewiss viele, die zu mehr Widerstand und dem Risiko eines Bürgerkrieges bereit gewesen wären, um die Republik zu verteidigen.

Aber die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften hätten diesen Kampf alleine führen müssen. Für die Kommunisten waren sie weiterhin Sozialfaschisten, und große Teile auch der bürgerlichen Rechten sah es mit Wohlgefallen, dass die „Marxisten“ endlich vollständig von den Hebeln der

Macht verdrängt wurden.

Es war letztlich im Frühjahr 1933 eine Mehrheit der Menschen auch in Kiel, die bereit war, den Nationalsozialisten den Weg zu ebnen.

Die Phase des Machtübergangs der immerhin noch ein gewisses Maß an Legalität hatte, hat in Kiel eine blutige Spur an Opfern hinterlassen.

Zum Mord an Spiegel wagten sich nicht einmal die Nazis sich offen zu bekennen. Aber diese „Rücksichtnahme“ auf die öffentliche Meinung sollte bald einer brutalen Unterdrückungsmaschinerie weichen, die die Ausschaltung von Regimegegnern ganz offen propagierte.

Viele Kieler Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kommunisten wurden in den nachfolgenden Jahren von den Nazis verfolgt und ermordet. Und viele konnten und mussten ins Ausland flüchten. Die Geschichte der vielen Menschen in Deutschland und hier in Kiel, die bis 1933 fest zur Arbeiterbewegung zur Demokratie und Republik gehalten haben, erschöpft sich aber natürlich nicht nur in den Überschriften Verfolgung, Unterdrückung und Exil.

Viele verloren ihren Arbeitsplatz oder mussten als Hilfsarbeiter Arbeit suchen. Viele unterlagen regelmäßiger Bespitzelung, es kam immer wieder zu Verhaftungen. Aber sehr viele versuchten auch einfach zu überwintern. Man kann das „sich arrangieren“ nennen. Sie hatten ihre Familien zu ernähren. Sie wollten überleben, sie wollten leben. Daraus kann man wahrlich keinen Vorwurf in irgendeiner Form machen. Sich nicht einzulassen auf das NS-Regime, aber gleichzeitig vorsichtig zu sein, um die Existenz nicht aufs Spiel zu setzen – das war die Haltung vieler.

Und es gab auch erstaunliche Umwege, wie Funktionäre der Kieler SPD auch nach 1933 zeitweise politische Wirkung erzielten. Genannt sei das Beispiel der Zeitung „Blick in die Zeit“, die in Berlin erschien und bis Sommer 1935 als eine Art Presseschau kritische Informationen zwischen den Zeilen lieferte.

An dieser Zeitung, die von einem deutschnationalen Verleger herausgegeben wurde, arbeiteten unter anderem die Kieler Sozialdemokraten Andreas Gayk, Karl Rickers, August Rathmann und andere. So mancher in Kiel verfolgte Gewerkschafter, fand in anderen Teilen Deutschlands wieder ein berufliches Betätigungsfeld. Die Totalität des Regimes hatte auch Lücken. Als Beispiel genannt sei Julius Bredenbek, der aus Kiel fliehen musste und dann in Magdeburg eine neue Beschäftigung fand.

Viele, die 1933 inhaftiert wurden, konnten in den Jahren danach sich wieder mehr oder weniger als Arbeiter und Angestellte über Wasser halten. Mit der Aktion Gewitter 1944, unmittelbar nach dem Attentat auf Hitler, wurden auch in Kiel wieder ehemalige Funktionäre von SPD und Gewerkschaft verhaftet und in das KZ Neuengamme überstellt. Und die Tragik wollte es, dass viele von ihnen Anfang Mai 1945 bei englischen Bombenangriffen auf KZ-Schiffe in der Neustädter Bucht ums Leben kamen. So zum Beispiel der frühere Parteivorsitzende Willi Verdieck.

Und gehören nicht auch diejenigen zu den Opfern des Nationalsozialismus, die im Inneren ihre Überzeugung behalten haben, sich im NS-Staat nichts haben zu Schulden kommen lassen, als Soldaten zu einem Krieg eingezogen wurden, den sie nicht wollten, aber auch nicht verhindern konnten. Und die in diesem Krieg, den sie nicht wollten und für ein Regime, das sie hassten, ihr Leben lassen mussten.

Wir gedenken heute der Opfer der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten. Und wir erinnern an den Beginn einer Leidensgeschichte, die wir nicht vergessen dürfen."

Links:

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 09.03.2008, 16:04 Uhr - 7077 Clicks - Nr. 259

Zur aktuellen SPD-Debatte: Auf die Inhalte kommt es an!

MdB Dr. Wodarg: Zur aktuellen Debatte nach den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg hat der Vorstand der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion eine Positionierung erarbeitet, die ich hiermit zur Kenntnis gebe. In Bund, Land und besonders in den Kommunen gibt es viele Gründe für Sozialdemokraten stolz und selbstbewusst an die Leistungen der SPD für unsere Gesellschaft zu erinnern und den politischen Wettstreit mit anderen Parteien nicht zu scheuen!



1. Sagen, was ist! Die SPD kann nach drei schwierigen Landtagswahlen eine selbstbewusste Bilanz ziehen. Zwei absolute CDU-Mehrheiten klar gebrochen, drei Mal kräftige Verluste für die CDU, in zwei Bundesländern sensationell gute wie gute Gewinne für die SPD. Das dürfen wir nicht kleinreden. Gleichzeitig dürfen wir nicht selbstzufrieden und unkritisch sein. Für die Rückkehr zu alter sozialdemokratischer Stärke müssen wir weitere Wählerschichten gewinnen. Ein Anfang ist gemacht. Bei allen drei Wahlen hat die SPD bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern massiv dazu gewonnen. Bei Arbeitnehmern, Gewerkschaftsmitgliedern und Arbeitslosen konnte die SPD signifikant dazu gewinnen. Klare Positionen (gegen Studiengebühren, für Mindestlöhne) haben hier einen Beitrag geleistet. Auf der anderen Seite gilt: Für die wachsende Wählergruppe der Älteren, der Rentner und Pensionäre, bedarf es nun überzeugender Politikangebote der SPD und einer glaubwürdigen Vertrauensarbeit.

2. Wer den wegweisenden inhaltlichen Beschlüssen des Hamburger Parteitags und den gegenwärtigen strategischen Überlegungen nur die Durchhalteparolen der letzten Jahre entgegenzusetzen hat, führt die SPD in eine Sackgasse. Wir sind schon weiter. Die SPD hat insgesamt neues Profil gewonnen. Die SPD muss für ihren eigenen Weg beharrlich weiter kämpfen, den einer erneuerten Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert. Wir definieren uns dabei nicht über andere Parteien, sondern über den Kern unserer eigenen politischen Mission. Es geht um die ganze Breite unseres Programms als linke Volkspartei. Deshalb kommt es darauf an, dass die SPD ihr Profil in der Großen Koalition weiter schärft. Wir brauchen nicht den Erfolg der Großen Koalition an sich. Wir brauchen mehr Erfolge in der Großen Koalition für unsere Wählerschaft, für die Menschen, die wieder auf uns setzen wollen und sollen.

3. Konkret: Deshalb kommt es uns darauf an, die Teilhabe aller am Aufschwung erfolgreich durchzusetzen. Deshalb streiten wir für gute Arbeit und faire Entlohnung, für mehr Managerverantwortung und für die effektive Begrenzung eines ungezügelten Finanzkapitalismus, für mehr Steuergerechtigkeit und mehr Steuerehrlichkeit, für gleiche Bildungschancen und mehr Zukunftsinvestitionen, für mehr Klimaschutz und die notwendige ökologischen Wende. Aus der Analyse der Landtagswahlen müssen jetzt die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden: Es ist jetzt für die SPD zwingend erforderlich, effektive Wege zur Zurückdrängung der sich immer stärker

ausbreitenden prekären Beschäftigungsverhältnisse und zur Bekämpfung der absehbar wachsenden Altersarmut aufzuzeigen. Dies ist sowohl gesellschaftlich wie ökonomisch notwendig als auch strategisch geboten. Denn hier geht es an die Schlüsselfragen unserer Sozialstaatssicherung. Zukunft gewinnen heißt, jetzt zu handeln.

4. Der Kampf für die eigenen Inhalte und die eigene Stärke entbindet die Partei jedoch nicht davon, Bündnisüberlegungen anzustellen, die die optimale Durchsetzung sozialdemokratischer Politik in den Parlamenten ermöglichen. Dafür brauchen wir Fortschrittskoalitionen. Hier muss die SPD den Raum nutzen, den ihr der demokratische Teil des Parteienspektrums bietet. Die Propagandawelle von CDU/CSU und ihren Büchsenspannern in Wirtschaft und Medien darf uns deshalb nicht erschrecken. Diesen Kräften war eine kastrierte SPD schon immer die liebste SPD. Den eigenen Spielraum ohne Not einzuschränken spielt nur unseren Gegnern in die Hände, Konservativen und Marktradikalen von rechts sowie den Realitätsverweigerern und Dogmatikern von radikallinks.

5. Die Dämonisierung der Linkspartei hat ihrem Parteibildungsprozess und ihrem Abschneiden bei den vergangenen Wahlen nicht geschadet - eher im Gegenteil. Eine ebenso sachlichkritische wie harte Auseinandersetzung ist für die SPD der glaubwürdigere Kurs - auch angesichts erfolgreicher rot-roter Regierungspolitik in Berlin und vorher auch in anderen Bundesländern. Sachlich-kritische und harte Auseinandersetzung erfordert dabei auch den Einstieg in eine wirkliche inhaltliche Auseinandersetzung mit der Linkspartei. Denn jedes mögliche Zusammenwirken steht angesichts der weiterhin bestehenden schwerwiegenden inhaltlichen und personellen Unklarheiten in dieser noch entstehenden Partei und der großen konzeptionellen Unterschiede zwischen SPD und Linkspartei vor hohen Hürden und muss sehr sorgfältig abgewogen werden.

6. Die Initiative von Kurt Beck und die Beschlüsse von Parteivorstand und Parteirat, den SPD-Landesverbänden vor Ort die Entscheidung zu überlassen, in welcher Form sie Regierungsverantwortung in den Ländern anstreben, sind der richtige Weg. Die Landesverbände stehen in der Verantwortung zu prüfen, ob potentielle Koalitionspartner über genügend inhaltliche Schnittmengen verfügen, geeignetes Personal anbieten und zu verlässlicher Regierungsarbeit bereit und in der Lage sind. Die SPD gibt hier jetzt endlich eine gesamtdeutsche Antwort, für den Osten und den Westen, von Flensburg bis Passau, von Frankfurt/Oder bis Saarbrücken. Das klärt die Lage.

7. Der Parteivorstand hat die Verantwortung, grundlegende strategische Weichenstellungen für die Partei anzustoßen. Dies gilt insbesondere für die Frage, wie sich die SPD auf die offenen Auseinandersetzungen in einem möglichen Fünf-Parteien-System (6 Parteien mit der CSU) einstellt. In der Frage des Umgangs mit der Linkspartei im Bund und in den Ländern hat der Parteivorstand die Position des Parteivorsitzenden nahezu einstimmig unterstützt. Nun müssen alle Mitglieder des PV den gemeinsam getroffenen Beschluss auch öffentlich und parteiintern vertreten und für ihn werben.

8. Nur mit dieser inhaltlichen und strategischen Gelassenheit, nur mit mehr sozialdemokratischem Profil in der großen Koalition und mehr Erfolg für die Wählerschaft der SPD in der großen Koalition wird es für die Partei auch möglich, ein breites Fortschrittsbündnis aus Arbeitnehmerschaft und Gewerkschaften, aus verantwortungsbewusster Unternehmerschaft und fortschrittlichen Selbstständigen, aus linkem Bürgertum sowie den liberal und ökologisch gesinnten Teilen der Bevölkerung zu bilden. Die SPD darf sich bei ihren Forderungen und Initiativen nicht aus der Mehrheitsposition der Bevölkerung abdrängen lassen. Wir wollen die solidarische Mehrheit in der Bevölkerung repräsentieren und gestalten konkrete Politik für diese Mehrheit.

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 10.03.2008, 07:52 Uhr - 2073 Clicks - Nr. 260

Zusammenarbeit im künftigen Kreistag

Über die Frage von Regierungsbündnissen und Zusammenarbeit auf Landesebene entscheiden die SPD Landesverbände! Diese Feststellung des SPD Bundesparteirates unter Vorsitz von Claus Möller, Kiel wird von der SPD Kreistagsfraktion ausdrücklich begrüßt.

Für die Kommunen und die Kreise im Land Schleswig – Holstein geht es nicht an, dass der Landesverband den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern irgendwelche Vorgaben macht, mit welchen gewählten Kreistagsabgeordneten wir reden dürfen. Zumal es in den Kommunen und Kreisen nicht um Regierung und Opposition, sondern um kommunale Selbstverwaltung geht.

Die SPD braucht auch keine Belehrungen aus anderen Parteien. Auch nicht von den Christdemokraten und den Liberalen, die die Mitglieder der SED-Blockparteien aufgesogen haben.

Kommentar von [Reinhold Nawratil](#) vom 22.03.2008, 23:58 Uhr:

RE:Zusammenarbeit im künftigen Kreistag

Kommunale Parlamente, Selbstverwaltungen kennen keine Koalitionen. Da auch der Landrat/die Landrätin direkt vom Wahlvolk gewählt wird, fällt auch im letzten Fall die Absprache fort. Der einzige Zwang, der in kommunalen Parlamenten ausgeübt werden kann, ist der Fraktionszwang. Abstimmungen sind somit reine Zählgemeinschaften. Der Bürger kann zum Zwecke der Kontrolle auch Wählergemeinschaften gründen, deren Mitglieder aus unterschiedlichen Parteien stammen können. Wichtig bei Abstimmungen ist also das Ziel für eine Sache. Die Kompetenz entscheidet über die Richtigkeit des Ergebnisses. Das Kommunalparlament überprüft die Tätigkeit der Verwaltung und stimmt nicht über Gesetze ab. Die Gesetzesinitiative liegt beim Bund und den Ländern. Dieser Tatbestand sollte auch bei den selbsternannten Politikstrategen angekommen sein. Mit freundlichen Grüßen Reinhold Nawratil

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 10.03.2008, 08:43 Uhr - 1414 Clicks - Nr. 261

Langer Atem nötig für Standortentwicklung

Die baupolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesine Stück erklärt zur Eröffnung des Wissenschaftszentrums und zum Startschuss bei den Germania-Arkaden:

"Standortentwicklung ist ein Geschäft, bei dem man einen langen Atem braucht. Die Projekte, über die wir uns heute alle freuen, wurden bereits in der vergangenen Wahlperiode angestoßen. Das Wissenschaftszentrum verspricht eine fruchtbare Verbindung von Wirtschaft und Wissenschaft. Kiel nutzt damit seine Potenziale, die ihm als Hochschulstandort zur Verfügung stehen. Darüber hinaus wird dieser Standort für Innovation und Qualifikation stehen und weit über das ganze Land ausstrahlen.

Die Germania-Arkaden sind ein wichtiger Baustein zur weiteren Entwicklung des Hörn-Geländes. Wenn nun noch das Science Center kommt, hat die Ostuferseite noch mehr an Attraktivität gewonnen."

Ohne Zustimmung des Ortbeirates darf Kieler Kuhle nicht geschlossen werden

Die jugendpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt erklärt zu den Plänen, den Spielplatz Kieler Kuhle zu schließen:

"Ohne Zustimmung des Jugendhilfeausschusses, grünem Licht aus dem Ortsbeirat und dem Einverständnis der betroffenen Familien überdehnt Bürgermeister Todeskino (Grüne) seine Kompetenzen, wenn er den Spielplatz schließt.

Die Spielumfeld- und Spielplatzplanung ist Angelegenheit des Sozialdezernates, nicht des Baubereichs.

Im 182.000 € teuren PWC-Gutachten, das CDU und Bündnis 90/Die Grünen bestellten, wird zwar der Zuständigkeitenwechsel auf das Baudezernat vorgeschlagen. Das hat aber keine Gültigkeit.

Bürgermeister Todeskino (Grüne) unterschätzt wieder einmal die Brisanz seiner Ausführungen.

"Konkrete Planungen gäbe es zur Zeit nicht", aber einen Baudezernaten, der in unverantwortlicher Weise die Menschen aufschreckt. Der Ortsbeirat sowie die Bürgerinnen und Bürger in Wellingdorf schätzen die gute Lage des vorhandenen Spielplatzes Kieler Kuhle. Sie verweisen zu Recht darauf. Die Verknüpfung, einen Angstraum mit einem Spielplatz heilen zu wollen, ist nach Auffassung der SPD Augenwischerei. Diese Maßnahme hat keinen Bezug zu den Spielbedürfnissen von Kindern und betroffenen Anwohnern. Wieder will die Verwaltung nur Kasse machen, statt kinderfreundlich zu handeln.

In seinem üblichen chaotischen Vorgehen "übersah" Herr Todeskino (Grüne) es, den am 06.03.08 tagenden und zuständigen Jugendhilfeausschuss ordnungsgemäß zu informieren. Dort hätte er Gelegenheit, seine "zur Zeit nicht konkreten Planungen" vorzustellen. Der Stadtbaurat kennt das Versprechen der Verwaltung, keinen Spielplatz gegen das Votum eines betroffenen Ortsbeirates zu schließen. Die SPD wird auf die Einhaltung der Zusage achten!"

Keine Kommentare

SPD-Engelsby: Höhere Hinzuverdienstmöglichkeiten für Rentner geplant

Altersrentner unter 65 und Erwerbsminderungsrentner sollen rückwirkend ab Januar 2008 mehr zu ihren Renten hinzuverdienen können.

Bundestag und Bundesrat haben dem Gesetz bereits zugestimmt.

Mit dieser Änderung wird die Hinzuverdienstgrenze von derzeit 355 Euro wieder der Minijob-Grenze angeglichen, die schon seit einigen Jahren bei 400 Euro liegt.



Die Gefahr von Verwechslungen gehört damit der Vergangenheit an.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 10.03.2008, 11:12 Uhr - 3069 Clicks - Nr. 264

SPD-Engelsby: Flensburg macht Frühjahrsputz

Für Sonnabend, den 15. März, ruft der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag zusammen mit dem Städteverband Schleswig-Holstein unter dem Motto „Unser Sauberes Schleswig-Holstein“ zum landesweiten gemeinsamen Müllsammeln auf.

Das Technische Betriebszentrum AöR unterstützt zusammen mit vielen freiwilligen Helfern diese Initiative.

Möglichst viele öffentliche Plätze und Grünanlagen sollen vom gedankenlos weggeworfenen Abfall befreit werden. Jeder, der noch mitmachen möchte, ist uns herzlich willkommen.

Interessierte können sich noch unter der Telefonnummer 85-1000 an das Kundenzentrum des Technischen Betriebszentrums AöR wenden. Das TBZ übernimmt auch in diesem Jahr wieder die Koordination der Sammelpunkte sowie die Abholung des gesammelten Abfalls.

Schulen und Kindergärten können wie in den Vorjahren am Freitag, dem 14. März, sammeln.

Im letzten Jahr hatten sich rund 1000 Flensburger und Flensburgerinnen tatkräftig beteiligt. Stolze 6000 kg Abfall verschwanden dort, wo sie nicht hingehörten.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 10.03.2008, 16:00 Uhr - 3895 Clicks - Nr. 265

SPD-Osterrönfeld für anstehende Wahl gut gerüstet

Die SPD-Osterrönfeld hat sich für die Kommunalwahl am 25. Mai 2008 aufgestellt...

Am 5. März trafen sich die Mitglieder des SPD-Ortsvereins, um die Kandidaten für die Kommunalwahl im Mai zu wählen. Im Vorfeld waren Mitglieder aber auch Nichtmitglieder aufgerufen, sich als Kandidat/Kandidatin zur Verfügung zu stellen. „Wir wollten eigentlich als offene Liste antreten, um auch Außenstehenden die Gelegenheit zu geben, sich aktiv in sozialdemokratische Politik einzubringen“, erklärte der Ortsvereinsvorsitzende, Detlef Strufe, den anwesenden Mitgliedern. Diese Bemühungen waren auch durchaus erfolgreich. „Aus der offenen Liste ist dann aber doch nichts geworden“, erklärte er weiter mit einem Augenzwinkern; diese hatte sich zwischenzeitlich durch Beitritt zum SPD-Ortsverein erledigt.

Insgesamt wurden 19 Kandidaten für die Gemeindevertretung gewählt, da sich der Gemeinderat von derzeit 17 auf dann 19 Mitgliedern vergrößern wird.

Die Wahl leitete kein geringerer als der SPD-Landratskandidat, Dr. Frank Martens, der kurzerhand nach dem Motto: „Wenn du schon hier bist, musst du auch was tun“, zum Wahlleiter auserkoren wurde. Frank Martens stellte sich den Ortsvereinsmitgliedern persönlich vor und erläuterte seine Ziele und Vorhaben als Landrat. Er wolle eine bürgernahe Verwaltung führen und sich für einen familienfreundlichen Kreis einsetzen, sagte der SPD-Kandidat, der auch von den Grünen unterstützt wird. Darüber hinaus stellte Frank Martens seine Internet-Präsentation vor, die unter www.frank-martens.de zu finden ist und bereits sehr gut angenommen wird.

Neben den 10 unmittelbaren Kandidaten für die 5 Wahlkreise (s. Bild) wurden weitere neun für die Listenplätze gewählt.

Weitere Informationen erhalten Interessierte unter anderem auf der Homepage der SPD-Osterrönfeld unter www.spd-osterroenfeld.de.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 11.03.2008, 10:06 Uhr - 6533 Clicks - Nr. 266

Wodarg: Eindrücke von der Ehrenamtsmesse in Schleswig

Die Ehrenamtsmesse im Kreishaus in Schleswig war ein eindrucksvoller Beleg für die Kraft unserer Zivilgesellschaft! Ich habe von Stand zu Stand gespürt, wie stark und selbstbewusst die Ehrenamtler unser tägliches Miteinander unterstützen. Es gibt eben doch noch vieles, was mit Geld nicht zu bezahlen ist und was wir uns als Gesellschaft nicht abkaufen lassen.

Neben den vielen Eindrücken und Gesprächen habe ich von den sechs Stunden meines Besuches auch fotografische Impressionen mitgenommen, von denen ich einige hier zeigen möchte.



[Zur Bildergalerie](#)

Allen Ehrenamtlern einen herzlichen Dank für die geleistete Arbeit und das beeindruckende Engagement!

Mein Dank gilt allen, die sich ehrenamtlich auf kommunalpolitischer Ebene für ihre Mitmenschen engagieren. Auch Parteien leisten bei der Ausgestaltung unserer Gesellschaft eine wichtige Arbeit. Im Schleswiger Kreishaus mussten die vielen Ehrenamtler aus den Parteien draußen bleiben. Mehr Mut zur Demokratie hatten die Flensburger, bei deren Ehrenamtsmesse -eine Woche zuvor-den Kommunalpolitikern Gelegenheit gegeben wurde, den Bürgerinnen und Bürgern über ihre ehrenamtliche Arbeit Rede und Antwort zu stehen. Wer seine politischen Vertreter nicht für vorzeigbar hält, muss sich nicht wundern, wenn keiner zur Wahl geht!

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 11.03.2008, 12:03 Uhr - 7701 Clicks - Nr. 267

Schülerbeförderung

Schülerbeförderung: Eltern finanziell entlasten und familienfreundlich gestalten fordert Nicolai Overbeck

Das Thema Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten wird wohl noch in diesem Monat abschließend entschieden, hofft Nicolai Overbeck, schulpolitischer Sprecher der SPD Kreistagsfraktion. Am 13. März wird der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport (SKS) eine

Beschlussempfehlung für die abschließende Entscheidung des Kreistages am 19. März geben.

Für Overbeck ist nach dem Stand der politischen Diskussion der Wegfall der verbindlichen 30%igen Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten „vom Tisch“. Grundschüler würden damit wieder kostenfrei zur Schule befördert werden. Mit dem Wegfall der 30% Regelung haben wir“ –so Overbeck- „ein wichtiges politisches Ziel erreicht, für das wir uns seit 9 Monaten immer wieder eingesetzt haben“.

Auch in den Fällen, wo eine HVV Netzkarte auch für private Zwecke genutzt wird, zeichnet sich nach Einschätzung von Overbeck eine Elternbeteiligung abgestuft nach Zonen ab. Hier will die SPD erreichen, dass zwischenzeitliche Fahrkostensteigerungen des HVV nicht auf die Elternbeteiligung angerechnet werden. So soll der Eigenbeitrag bei den Netzkarten auf monatlich 3,00 € für die 1. Zone und bis zu 12,00 € für den Gesamtbereich des HVV festgeschrieben werden.

Ein weiteres Ziel ist für die SPD eine familienfreundliche Regelung bei den HVV-Netzkarten. So soll für das 2. Kind nur die Hälfte der Beteiligung erhoben werden und beim 3. Kind soll die Beteiligung völlig entfallen.

An bewährte Regelungen der bestehenden Schülerbeförderungssatzung will die SPD festhalten. Beispielhaft verweist Overbeck auf Kinder mit geistigen Behinderungen, die oftmals mit Taxen zur Schule gefahren werden. Sollten die Eltern in der Lage sein, ihre Kinder selbst in die Schule zu bringen, würden sie aus den eingesparten Taxenkosten finanziell entschädigt werden.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 11.03.2008, 14:25 Uhr - 1526 Clicks - Nr. 268

Höchste Zeit für Gemeinschaftsschulen in Kiel

Der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt:

"Die von CDU und Bündnis 90/Die Grünen verursachte Verunsicherung der Kieler Eltern muss zügig beendet werden. Deshalb ist es höchste Zeit, Haushaltsmittel für die Schulentwicklung einzuplanen. Die drei integrierten Gesamtschulen werden per Gesetz zu Gemeinschaftsschulen. Diese drei Schulen müssen von der Verwaltung sofort tatkräftig und mit Sach- und Finanzmitteln bei ihrer Entwicklung zu Gemeinschaftsschulen unterstützt werden. Dann können sie zu Beginn des Schuljahres 2009/2010 Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe sein. Für alle Haupt- und Realschulen, deren Schulkonferenzen bis heute Beschlüsse der Entwicklung zu Gemeinschafts- oder Regionalschulen gefasst haben, gilt diese notwendige Dynamik gleichermaßen.

Im Haushalt der Stadt für 2008 gibt es kein Geld für Schulentwicklung. CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben alle Mittel aus dem Haushaltsentwurf 2008 herausgestimmt und wollten auch keine Verpflichtungsermächtigungen für bauliche Maßnahmen.

Deshalb fordert die SPD-Fraktion unter anderem von der Verwaltung die unverzügliche Kostermittlung, um noch vor der Sommerpause Zahlen für die Verabschiedung eines Nachtragshaushaltes zu bekommen und diesen zu verabschieden. Der umfassende Initiativantrag ist dieser Pressemitteilung beigelegt."

Antrag zur Ratsversammlung am 13.03.2008; Drucksache Nr. 0211/2008

Betreff: Haushaltsmittel für Schulentwicklung

Antrag:

Für die stadtweite Einführung von Regional- und Gemeinschaftsschulen sowie die Umwandlung von Integrierten Gesamtschulen zu Gemeinschaftsschulen sind umgehend Kostenermittlungen durchzuführen.

Dabei ist die Option gymnasialer Oberstufenzentren für Gemeinschaftsschulen zu prüfen und geeignete Standorte zu ermitteln.

Die Basis dafür ist der bestehende sowie der in Vorbereitung befindliche Schulentwicklungsplan für die Landeshauptstadt.

Die Verwaltung legt dem Finanzausschuss am 06.05.08 sowie dem Ausschuss für Schule und Sport am 08.05.08 einen ersten Entwurf grob ermittelter Kosten vor.

Eine Beschlussfassung über die notwendigen Ausgaben soll für den ersten Nachtragshaushalt 2008 vorbereitet werden.

Begründung:

Die Planungen innerhalb der Verwaltung sehen vor, den neuen Schulentwicklungsplan bis Ende September 2008 aufzustellen. Ab 01.08.2009 wird dann in Kiel der Unterricht an Gemeinschafts- und Regionalschulen beginnen.

Im Haushalt 2008 sind keine Mittel für die Vorbereitung der neuen Schulstrukturen vorgesehen, beziehungsweise wurden von Schwarz-Grün aus dem Haushalt gestrichen.

Für die Bereitstellung der notwendigen baulichen und sachlichen Voraussetzungen für die Umwandlung der Schulen sind die notwendigen Haushaltsmittel durch den Schulträger einzuplanen.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 11.03.2008, 16:13 Uhr - 9777 Clicks - Nr. 269

HSH Nordbank: Solides Geschäftsergebnis

„Die Entscheidung, den geplanten Börsengang zu verschieben, ist richtig. Angesichts der hohen Bewertungsabschläge auf Bankaktien würde ein übereilter Börsengang der Bank eher schaden. Mit der derzeitigen Reduzierung der Bewertung von Banken um 30% ist das Umfeld für einen Börsengang derzeit alles andere als optimal.“ Dies erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen.

„Das Jahresergebnis, das trotz der Subprime-Krise einen Überschuss von 250 Millionen Euro aufweist, macht deutlich, dass die HSH Nordbank auch in der Vergangenheit solide gewirtschaftet hat. Nach der Wertberichtigung gibt es keine stillen Lasten aus Subprime, so dass die Risiken nunmehr vollständig verarbeitet sind. Das hohe Plus bei den operativen Erträgen zeigt, dass der Wachstumskurs der HSH Nordbank anhält.“

Mit der vorgesehenen Umwandlung der stillen Beteiligungen in vollständig haftendes Eigenkapital und der Eigenkapitalerhöhung ist die HSH Nordbank weiterhin auf dem richtigen Weg. Die Anteilseigner, darunter mit rund 20% das Land Schleswig-Holstein, tun gut daran, das weitere Wachstum der Bank zu stärken.

Mit der von Minister Wiegard vorgeschlagenen Beauftragung der Gesellschaft zur Verwaltung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein (GVB) werden wir uns im Finanzausschuss des Landtages befassen.“

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 11.03.2008, 19:39 Uhr - 4769 Clicks - Nr. 270

Automatisierte Kennzeichenerfassung nichtig -

Innenminister Lothar Hay: Urteil ist Mahnung und Auftrag zugleich
Erscheinungsdatum: 11.03.2008

Der automatisierte Abgleich von Autokennzeichen mit Fahndungsdaten der Polizei wird sofort beendet.

Damit reagierte Innenminister Lothar Hay auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die entsprechende Regelung im schleswig-holsteinischen Polizeirecht. Die Karlsruher Richter haben die Vorschrift im Landesverwaltungsgesetz für nichtig erklärt. Hay sprach sich auch gegen einen erneuten Vorstoß zur Anpassung der Regelung an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus.

„Die Karlsruher Richter haben heute Politik und Staat wiederholt ermahnt, bei Operationen am offenen Herzen des Rechtsstaats nicht zu tief zu schneiden“, sagte Hay. Das Bundesverfassungsgericht zwingt die Politik, bei Sicherheitsgesetzen die Freiheitsrechte der Bürger stärker zu gewichten als dies in der Vergangenheit bisweilen der Fall gewesen sei. „Das Urteil aus Karlsruhe ist für uns Mahnung und Auftrag zugleich“, sagte der Minister.

Hay zeigte sich zufrieden, dass das Bundesverfassungsgericht den praktischen Vollzug des Kfz-Scannings im polizeilichen Alltag nicht gerügt habe. Die Beamtinnen und Beamten seien so vorgegangen, dass die Anforderungen des Gerichts hinsichtlich des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung eingehalten worden seien. „Nicht die konkrete Arbeit der Polizei verstieß gegen die Verfassung, sondern die Unbestimmtheit der Norm im Gesetz“, sagte der Minister. Das Gericht habe das Scanning als Methode zur Fahndung auch nicht im Kern für rechtstaatlich unmöglich erklärt.

Gerade mit Blick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sieht Hay in der automatisierten Kennzeichenerfassung ein Missverhältnis zwischen Aufwand und Ertrag. So wurden seit Beginn der Erprobungsphase im August des vergangenen Jahres bis heute lediglich 26 Verstöße gegen das Haftpflichtversicherungsgesetz festgestellt. Kein einziges gestohlenen Fahrzeug befand sich unter den rund 131.000 Kennzeichen, die durch die Lesegeräte der Polizei durchgelaufen sind. „Das Kfz-Scanning hat sich als ungeeignetes Instrument zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit erwiesen“, sagte Hay. Es binde Personal, das an anderen Stellen sinnvoller für operative Polizeiarbeit eingesetzt werden könne.

Am 27. April 2007 trat das neue Polizeirecht in Schleswig-Holstein in Kraft. Eine von mehreren polizeirechtlichen Ermächtigungen ist seither die automatisierte Kennzeichenerfassung. Dazu heißt es in dem entsprechenden Paragraph 184 Absatz 5 des schleswig-holsteinischen Landesverwaltungsgesetzes: „Die Polizei kann bei Kontrollen im öffentlichen Verkehrsraum ... personenbezogene Daten durch den offenen Einsatz technischer Mittel zur elektronischen

Erkennung von Kraftfahrzeugkennzeichen zum Zwecke des automatisierten Abgleichs mit dem Fahndungsbestand erheben.“

Seit Anfang August 2007 fahndet die Polizei mit zwei Erfassungsgeräten landesweit nach Kennzeichen von Kraftfahrzeugen, deren Halter die Haftpflichtversicherung nicht gezahlt haben oder die als gestohlen gemeldet wurden. Im Fahndungsbestand der Polizei befinden sich derzeit 4.628 Kennzeichen von Autos, die in den zurückliegenden zwei Wochen gestohlen wurden und 65.287 Kennzeichen von nicht versicherten Fahrzeugen. Die beiden Erfassungsgeräte haben insgesamt rund 50.000 Euro gekostet, ein Erfassungsgerät ist in einem Fahrzeug der Polizei installiert, das andere steht fest auf einem Stativ.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.03.2008, 07:49 Uhr - 1782 Clicks - Nr. 271

Sondersitzung des Bauausschusses grenzt an Lächerlichkeit

"Das Gute an unserer Demokratie ist, dass hier jeder den Grad seiner Lächerlichkeit selbst bestimmen darf. CDU und GRÜNE machen von dieser Möglichkeit in den letzten Wochen vor der Kommunalwahl massiv Gebrauch," erklären der SPD-Ratsherr Cai-Uwe Lindner und der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Achim Heinrichs zu der Sondersitzung des Bauausschusses am 17. März 2008.

Nachdem die SPD-Mitglieder im Bauausschuss die Dringlichkeit der Vorlage zum Verkehrsentwicklungsplan (VEP) wegen noch ausstehender Voten von Ortsbeiräten nicht anerkannt hatten, kündigte die CDU eine Sondersitzung an. Daraufhin wurde den Vertretern von CDU und GRÜNEN der weitere Verlauf der Beratungen in den städtischen Gremien aufgezeigt. Ihnen wurde eindeutig nachgewiesen, dass auch ohne Sondersitzung spätestens die Ratsversammlung am 15. Mai 2008 über den VEP zu beschließen hätte. Damit würde ihr Ziel, den VEP noch vor der Kommunalwahl zu beschließen, in jedem Falle erreicht werden. Alle Bemühungen, Schwarz-Grün von der sinnlosen Sondersitzung abzubringen, stießen auf Granit. In dieser Sondersitzung am 17. März wird vielleicht der VEP mehrheitlich von CDU und GRÜNEN beschlossen. Die nächste Ratsversammlung tagt aber erst am 17. April (eine Woche nach der ordentlichen Bauausschusssitzung am 10. April) und für den Fall einer Vertagung würde die Ratsversammlung am 15. Mai 2008 beschließen.

Lindner und Heinrichs erklären abschließend: "Wie wenig diese Sondersitzung in den Fraktionen von CDU und GRÜNEN koordiniert wurde zeigt sich auch daran, dass weder der Vorsitzende Gerd Reimers (CDU) noch der 1. Stellvertretende Vorsitzende Bernd Vogelsang (SPD) die Sitzungsleitung übernehmen können. Die Einberufung der Sondersitzung ist also nichts anderes als sinnlose Kraftmeierei, die niemandem nützt. Durch sie wird nichts gewonnen. Es wird kostbare Zeit von Rats- und Verwaltungsmitgliedern vergeudet."

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 12.03.2008, 10:17 Uhr - 3057 Clicks - Nr. 272

SPD-Engelsby: Unterstützung für Familie Abdi gefordert

Die Eltern dreier Kinder wurden in Syrien überfallen. Bei dem Überfall wurde die Mutter tödlich und der Vater schwer verletzt. Eine syrische Familienangehörige hat sich bereit erklärt mit nach Flensburg zu kommen und sich um die Kinder zu kümmern. Leider bekommt sie keine Aufenthaltsgenehmigung für länger als drei Monate. Der SPD-Ortsverein Engelsby - hier Frau Sylvia Meyerding - hat einen Brief an den Botschafter von Syrien verfasst und um Unterstützung gebeten.

Sehr geehrter Herr Botschafter,
mit Trauer und Bestürzung haben wir von dem Unglück erfahren, dass Familie Abdi widerfahren ist. Da die Familie bei uns in Flensburg- Engelsby lebt, nehmen wir großen Anteil. Wir betrauern mit Herrn Abdi den Tod seiner Frau, besonders liegt uns aber das Schicksal der drei kleinen Kinder am Herzen. In ihrem Alter ist der plötzliche Verlust der Mutter nur schwer zu verkraften. Es erscheint uns deshalb als Glück im Unglück, dass eine Verwandte der Kinder ihnen bei der Bewältigung dieses Schicksalsschlages beistehen kann. Wir würden den Kindern wünschen, dass dies auch weiterhin möglich ist, und die Tante sie nach Flensburg begleiten kann.

Darüber hinaus wird natürlich weitere Hilfe vor Ort nötig sein. Dankenswerter Weise wollen kirchliche Stellen dabei behilflich sein, hier auch eine deutschsprachige Betreuung zu finden. Das ist gut und wichtig. Doch zunächst erscheint die emotionale Stabilisierung der Kinder vordringlich, die am ehesten durch eine vertraute Bezugsperson zu gewährleisten ist.

Wir möchten Sie deshalb bitten, im Fall der Familie Abdi großzügig von Ihrem Ermessensspielraum bei der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis Gebrauch zu machen und so zu helfen, das Leid der Kinder zu lindern.

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung und Grüßen Sie herzlich aus Flensburg.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 12.03.2008, 13:23 Uhr - 14452 Clicks - Nr. 273

„160 x 16“ – Erstwähleraktion zur Kommunalwahl

Anders als bei Bundes- oder Landtagswahlen liegt das Wahlalter bei den anstehenden Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein bei 16 Jahren. Grund genug für den Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen, die jugendlichen Erstwähler seines Wahlkreises mit einer Massenaktion an die Urnen zu locken: „160 x 16“ heißt die gemeinsam mit den Schülervertretern von vier Schulen in Dithmarschen, Steinburg und Segeberg-West ins Leben gerufene Initiative: 160 Schülerinnen und Schüler im passenden Alter stellen sich in Form einer riesigen 16 zum Gruppenfoto auf, um ihre Altersgenossen zur Teilnahme an der Wahl aufzurufen.

Um den überparteilichen Charakter seiner Aktion zu unterstreichen, hat Jörn Thießen auch seine Bundestagskollegen Koschorrek (CDU) und Koppelin (FDP) eingeladen. „Eine hohe Wahlbeteiligung fällt nicht einfach vom Himmel, dafür müssen Politiker aller demokratischen Parteien sich einsetzen“, sagt Thießen. „Unsere Glaubwürdigkeit hängt schließlich auch davon ab,

wieviel Prozent der Gesamtbevölkerung uns wählen, nicht nur von relativen Mehrheiten innerhalb der kleiner werdenden Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern, für die eine Teilnahme an Wahlen noch selbstverständlich ist.“

Die Termine der Foto-Shootings:

18.3. 09:35 Uhr Gymnasium Marne, Jürgen-Plambeck-Straße 9

Ansprechpartner Schülervvertretung: Jonathan Jeute

11:00 Uhr Gelehrtenschule Meldorf, An den Anlagen 16

Ansprechpartner SV: Maximilian Schay

19.3. 10:00 Uhr Jürgen-Fuhlendorf-Schule/Realschule Bad Bramstedt, Düsternhoop 48

Ansprechpartner SV: Helmar Krane

11:40 Uhr Kaiser-Karl-Schule Itzehoe, Hinter dem Sandberg 1-3

Ansprechpartner SV: Niels Hahn

Unterstützung kommt von dem Wiener Fotokünstler Florian Bolka, der seine Erfahrungen aus der Massenfotografie für die Schulhofaktion 160x16 zur Verfügung gestellt hat. Künstlervita und Arbeitsproben siehe <http://sock.strain.at>

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.03.2008, 14:59 Uhr - 1510 Clicks - Nr. 274

Tätigkeitsbericht der Hochschulbeauftragten

Die hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesine Stück fordert in der nächsten Ratsversammlung einen Bericht über die Tätigkeit der Hochschulbeauftragten der Landeshauptstadt Kiel ein:

"Für den Hochschulstandort Kiel sind die ansässigen Einrichtungen von zentraler Bedeutung. Frau Volquartz (CDU) hat im Juli 2006 mit viel Tam-Tam eine hauptamtliche Hochschulbeauftragte der Landeshauptstadt Kiel eingesetzt. Seitdem herrscht Stille, zumindest gegenüber der Selbstverwaltung.

Die SPD-Ratsfraktion möchte deshalb gerne wissen, was inzwischen tatsächlich geschehen ist. Welche Tätigkeitsfelder der Hochschulbeauftragten gibt es? In welchen Bereichen sind ihre Aktivitäten besonders förderlich?

Wo überhaupt ist "Hochschule" in der Verwaltung angesiedelt?"

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 12.03.2008, 17:51 Uhr - 6445 Clicks - Nr. 275

Mit Bono für Afrika

Der Rockstar Bono war gestern zu Besuch in der SPD-Bundestagsfraktion. Er war gekommen, um die Abgeordneten der SPD für ihren Einsatz bei der Armutsbekämpfung zu loben. Sein Lob war gleichzeitig eine eindrucksvolle Mahnung, mit dem deutschen Engagement für die Armutsbekämpfung nicht nachzulassen. Als Zuständiger für Afrika und den Kampf gegen HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria im Entwicklungsausschuss hat Dr. Wolfgang Wodarg sich für den politischen Rückenwind bei Bono persönlich bedankt.



"Die gute Nachricht ist: Hilfe wirkt!" sagte Bono.

Der von der rot-grünen Regierung international erstrittene Schuldenerlass für Afrika habe dazu geführt, dass dort zusätzlich 29 Millionen Kinder eine Schule besuchen können.

Bono hob hervor, dass Deutschland durch sein 2007 beschlossenes Hilfsprogramm für den Kampf gegen Aids, Malaria und Tuberkulose wesentliche Impulse gegeben habe. In den kommenden drei Jahren könnten so drei bis vier Millionen Menschenleben gerettet werden.

Bono sagte, er sei sehr glücklich über ein selbstbewusstes Deutschland, das der Welt zeigt, für welche Werte es sich zu kämpfen lohne. 82 Prozent der Deutschen wollen, dass mehr für die Bekämpfung der Armut getan werde. Das mache ihn zu unserem Fan.

Ministerin Wiczeorek-Zeul bekräftigte, dass lediglich 20 US-Dollar pro Kopf und Jahr würden ausreichen, die Millenniumsziele wie geplant bis 2015 zu erreichen. Sie verwies darauf, dass derzeit für Rüstung 187 Dollar pro Mensch im Jahr ausgegeben werden.

Bei einem Gespräch nach seiner zündenden Rede lobte Bono Dr. Wolfgang Wodarg gegenüber auch die guten Englischkenntnisse der SPD-Fraktion. Es waren nämlich Übersetzungsgeräte an alle verteilt worden, die aber nichts von sich gaben, weil niemand in den aufgestellten Dolmetscherkabinen saß, der übersetzen könnte. Trotzdem: "There was a big mutual understanding!"

Hier findet Ihr [MEHR ZUM GUCKEN UND ZUM LESEN!](#)

Keine Kommentare

[SPD-Kropp](#) - veröffentlicht am 12.03.2008, 18:04 Uhr - 3249 Clicks - Nr. 276

Zeit das Kropp sich dreht

Unter diesem Motto startete der **Kropp SPD-Ortsverein** in den Wahlkampf. Das attraktive Wahlprogramm aus einem Guss, **sozial gerecht, bürgernah und zukunftsorientiert**, präsentierte der erste Vorsitzende **Kurt Steinhöfel** vor Mitgliedern und Freunden der SPD Kropp im Restaurant „Rosengarten“ am Rheider Weg.

Kurt Steinhöfel ließ in seinen Ausführungen das in den letzten Jahren durch die SPD in der Gemeinde Erreichte nicht unerwähnt, z.b.: Verlegung der Waldsportplätze in den Ort, Ausweisung eines Gewerbeparks um große Unternehmen anzusiedeln, die Umgestaltung des Kropp Ortskerns um Platz für attraktive Veranstaltungen zu gewinnen, Erweiterung der Kropp Schule durch Anbau



und Sanierung (siehe: Zukunftsprojekt Bildungsstandort), Errichtung einer Photovoltaik-Anlage auf der Schule um Kindern die erneuerbaren Energien näher zubringen, Ausweisung neuer Baugebiete, die ausgesprochen gut angenommen werden.

Dazu passend stellten sich die zehn Direkt-Kandidatinnen und Kandidaten der SPD persönlich vor. Aufgrund des Vorstandsvorschlages wurden unter der Leitung von **Reinhard Müller** die Direktkandidaten in geheimer Wahl für ihre zugehörigen Wahlkreise gewählt. Fast alle erhielten die mögliche Höchststimmenzahl. Im Anschluss daran erfolgte die vorgeschlagene Listenwahl (Offene Liste) durch die Mitgliederversammlung. Angeführt wird die Liste von dem Spitzenkandidaten **Uwe Baurhenne**, der sich auch für das Amt des Bürgervorstehers zur Verfügung stellt. Insgesamt gab es keine Einwände gegen ein starkes 20er-Team mit einem breiten Altersspektrum.

Die Direktkandidaten hatten im 5er-Team in den letzten Wochen das Wahlprogramm gemeinsam erarbeitet, argumentativ um die treffendsten Aussagen gerungen, um es vom Vorstand des Ortsvereins dann beschließen zu lassen. Die Aufnahme des Programms bei den Mitgliedern war äußerst positiv und wurde mit kleinen Verbesserungen gestern einstimmig verabschiedet. Alle Kandidaten bekundeten den unbedingten Willen nach Erringen von vielen Direktmandaten. Sie wollen danach das anspruchsvolle Programm in den kommenden fünf Jahren Punkt für Punkt umzusetzen.

Front-Thema des Programms ist der Bildungsstandort Kropp der sich zu einem Magneten der Eider-Treene-Sorge-Region entwickeln wird.

„**Chancengerechtigkeit durch Bildung und Kultur erreichen**“ ist das Unterthema zum Bildungsstandort Kropp.

Garant dafür wird die Weiterentwicklung der jetzigen Realschule mit Grund- und Hauptschulteil zur Gemeinschaftsschule (ggf. mit gymnasialer Oberstufe) im Unterzentrum Kropp sein. Die Förderschule wird eigenständig bleiben. Diese Bildungsanstrengungen wird führend die SPD im Einklang mit dem Elternwillen und dem neuen Schulentwicklungsplan des Kreises Schleswig-Flensburg beginnend für das Schuljahr 2009/10 durchsetzen. Damit werden die Kropper Bürger erleben, dass für den bereits zukunftsorientiert angelegten „Bildungs-Euro“ im Ort weit mehr zu haben ist, als es eine einfache Regionalschule mit ihren 2 Bildungsgängen je für unsere Kinder anbieten kann.

Die weiteren 5 zukunftsorientierten Felder des SPD-Wahlprogramms sind:

- **Kinder und Familien stärken,**
- **Arbeit und Ansiedlung von Gewerbe mit Perspektiven ermöglichen,**
- **Versorgung sichern, Infrastruktur verbessern,**
- **Perspektiven für örtliche Lebensqualität geben,**
- **Kropp als sozialen Ort neu gestalten.**

Das komplette Wahlprogramm der SPD Kropp wird nach Drucklegung hier ebenfalls nachzulesen sein.

Alle Kropper SPD-Kandidatinnen und Kandidaten sind sich einig, die Kommunalwahl 2008 zu einem vollen Erfolg werden zu lassen. Dazu bedarf es einer konzentrierten Arbeit im Vorfeld der Wahl, einer hohen Wahlbeteiligung (ab 16 Jahren!), aber auch gleich zu Beginn der neuen Wahlperiode gute Arbeit in den Kropper Gremien.

DAS WIR IST STÄRKER!

Tatkräftige Unterstützung in ihren Bemühungen finden die SPD-Kandidatinnen und Kandidaten durch den engagierten Kropper Bürgermeister Reinhard Müller (SPD), der sich am Kommunalwahltag gesondert zur Wiederwahl stellt, so wie durch Landtags- und Bundestagsabgeordnete, von denen einige auch in Kropp persönlich erscheinen werden.

SPD Kropp – sozial gerecht – bürgernah – zukunftsorientiert!
Ab 16 Jahre zur Wahl gehen... 25. Mai 2008 SPD wählen!

Joachim Tschesch

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 12.03.2008, 18:21 Uhr - 2476 Clicks - Nr. 277

Engagierte Arbeiter im Fachbereich "Stadtentwicklung"

Bürgermeister Thomas Köppl versucht, die aus unserer Sicht nach wie vor bestehende Unterbesetzung des so wichtigen Fachbereiches „Stadtentwicklung“ zu rechtfertigen und schönzureden. Das ist deutlich misslungen. Jürgen Radowitz, stellv. Fraktionsvorsitzender, stellt die Fakten klar

Der Bürgermeister Thomas Köppl versucht, die aus unserer Sicht nach wie vor bestehende Unterbesetzung des so wichtigen Fachbereiches „Stadtentwicklung“ zu rechtfertigen und schönzureden. Das ist deutlich misslungen.

Der Hinweis auf bald 9 Personen im Fachbereich Stadtentwicklung ist zwar richtig, irritiert aber den Leser, weil der Bürgermeister verschweigt, dass nicht alle Mitarbeiter Vollzeit arbeiten. Deshalb weist der Stellenplan auch nur 7,69 Stellen aus; inklusive 1,5 Stellen, die befristet für 3 Jahre eingestellt werden sollen, also noch gar nicht da sind.

Der Bürgermeister behauptet im Leserbrief, dass die „Notbremse“ nicht von der Verwaltung gezogen worden ist. Die Realität sieht anders aus. Es ist gut ein Jahr her, dass die Verwaltung den Fachausschuss informierte, dass die anstehenden Arbeiten nicht in einem überschaubaren Zeitraum bearbeitet werden können. Die Verwaltung schlug eine Auswahl vor und wollte diese in ca. 8 Jahren abarbeiten. Dieser lange Zeitraum wurde vom Ausschuss abgelehnt. Entstanden ist die Auswahl von einem Dutzend Projekte für die nächsten 4-5 Jahre bei gleichzeitiger Verstärkung von 1,5 Mitarbeitern für 3 Jahre. Allein für diese Bearbeitung verging ein rundes Jahr. Ein deutliches Zeichen für die Unterbesetzung. Die befristete Verstärkung von 1,5 Stellen für 3 Jahre hat die Politik auf Vorschlag der Verwaltung genehmigt, weil sonst noch weniger laufen würde. Ein unterbesetzter Fachbereich Stadtentwicklung passt nicht zusammen mit angeblichen Personalkosteneinsparungen durch die Verwaltungsstrukturreform.

Natürlich werden die Projekte nicht erst in 5 Jahren abgeschlossen sein. Das hat auch niemand behauptet. Dennoch bleibt es dabei, dass in den nächsten 4-5 Jahren nichts anderes mehr geht. Quickborn läuft Gefahr, von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt zu werden. Das ist für eine Stadt wie Quickborn nicht zu verantworten. Ein schwerwiegender Mangel an der Verwaltungsstrukturreform mit unzureichender Personalbemessung. Deshalb haben wir den Stellenplan 2008 abgelehnt.

Die Personalsituation wurde und wird auch durch eine „Personalie“ belastet. Eine kompetente Mitarbeiterin mit langjährigem Hintergrundwissen wurde aus dem Fachbereich versetzt. Unsere mehrfache Bitte, das Fachwissen dieser Mitarbeiterin weiterhin zu nutzen, wenn auch nicht an vorderster Front, verhallte. Damit liegt eine wichtige Personalressource brach. Und das in der derzeitigen Situation. „Das ist schlimmer als Gelder unverzinslich unterm Kopfkissen zu sparen.“

Die MitarbeiterInnen im Fachbereich Stadtentwicklung sind an dieser Situation schuldlos. Sie geben ihr Bestes und verdienen unsere Anerkennung, wie sie ihren Alltag unter diesen Bedingungen meistern.

Jürgen Radowitz - stv. SPD-Fraktionsvorsitzender

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 12.03.2008, 20:33 Uhr - 5077 Clicks - Nr. 278

Baumfäll-Aktion in der Moltkestraße ist respektlos!

Zur Baumfäll-Aktion in der Moltkestraße und zur heutigen Stellungnahme des Mieterbundes erklärten SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer und Ratsfrau Ursula Latacz:

„Wir verfolgen die Aktivitäten der Stadt und der Mieter nun schon seit geraumer Zeit. Die Baumfäll-Aktion ist respektlos und zeigt ein hohes Maß an vorauseilendem Gehorsam gegenüber des Wohnungsunternehmens FRANK. Es müssen die juristischen Entscheidungen abgewartet werden, bevor Verwaltungshandeln einsetzt. So sähe jedenfalls ein geordnetes Verfahren aus, auf das sich die Bürger auch verlassen könnten. Die Interessen der Bürger, d.h. der Mieter, die sich immer noch gegen die Räumung wehren, sind hier offensichtlich zweitrangig bewertet worden. Der Mieterbund kritisiert zu recht.“

Link: [Kieler Mieterverein](#)

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 13.03.2008, 09:01 Uhr - 52350 Clicks - Nr. 279

SPD zu Äußerungen von Wadephul

Zu den Äußerungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Johann Wadephul erklärt SPD-Landesgeschäftsführer Christian Kröning:

„Die Äußerung des CDU-Fraktionsvorsitzenden, Herr Stegner würde das millionenfache Morden in kommunistischen Regimes verniedlichen, ist eine krasse und schlimme Entgleisung, angesichts deren Unverschämtheit einem wirklich der Atem stockt. Die SPD ist die älteste deutsche Partei, deren Mitglieder sowohl im Nationalsozialismus als auch in der DDR verfolgt worden sind und sich stets für Freiheit und Demokratie in der DDR eingesetzt haben.

Während sich die CDU nach der deutschen Einheit die CDU-Blockpartei in der DDR samt Mitglieder, Organisation und Vermögen einverleibt hat, ist die SPD in den neuen Ländern neu gegründet worden. Die CDU fusionierte 1990 mit einer Partei, die über Jahrzehnte Mitverantwortung für das DDR-Regime getragen hatte. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen und nicht solche absurden Vorwürfe erheben.

In Sachen Demokratie und Freiheit braucht sich die SPD keine Ermahnungen oder Angriffe von rechts oder links gefallen lassen.

Hier ist wirklich eine Entschuldigung fällig.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 13.03.2008, 19:17 Uhr - 2720 Clicks - Nr. 280

Kietzer und Stadelmann: Verzicht auf Anlagenerweiterung bedauerlich

Zur Berichterstattung in den Kieler Nachrichten vom 13.03.2008 erklären die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Cathy Kietzer, und der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann:

"Die SPD-Fraktion nimmt den Rückzug der Fa. REMONDIS aus der geplanten Erweiterung der Kieler Müllverbrennungsanlage mit Bedauern zur Kenntnis.

Die Investition hätte aus unserer Sicht eine ökologisch saubere Abfallbeseitigung für die Region und gleichzeitig eine umweltverträgliche Fernwärmeerzeugung für Kiel garantiert - und der Stadt erhebliche Einnahmen bringen können. Aber eine solche Investition ist nur im Einvernehmen mit dem Mitgesellschafter des gemeinsamen Unternehmens MVK möglich.

Wäre die CDU-Fraktion im Jahr 1997 dem Antrag der SPD-Ratsfraktion auf Erweiterung der Müllverbrennungsanlage gefolgt, stünde die Stadt jetzt nicht vor einem Scherbenhaufen. Eine im Jahre 2005 in Betrieb gehende Erweiterung wäre ökologisch und wirtschaftlich ein Erfolgsmodell geworden.

Überlegungen müssen angestellt werden, wie die städtische Abfallwirtschaft und das Müllverbrennungswerk in Zukunft zu beidseitigem Vorteil für die Stadt und die bei beiden Betrieben Beschäftigten besser zusammenarbeiten können."

Keine Kommentare

[SPD-Russee](#) - veröffentlicht am 13.03.2008, 20:30 Uhr - 3114 Clicks - Nr. 281

Erbpacht in Kiel – was ändert sich ?

SPD-Ortsverein Russee-Hammer lädt ein zur Bürgerversammlung

Mit dem Beschluss der Ratsversammlung vom 17. Januar ist eine wesentliche Veränderung in der Erbbaupolitik der Stadt eingeleitet worden: Die Landeshauptstadt Kiel will sich von ihren Erbbaugrundstücken mittels einer Verkaufsaktion an die Erbpächter bzw. einen bisher nicht bekannten Dritten trennen. Neue Erbbaugrundstücke werden demnach nur noch in Ausnahmefällen vergeben.



Mit dieser Kehrtwende verbinden sich insbesondere für die betroffenen Erbbaunehmer viele Fragen: Was wird aus den bestehenden Erbpachtverträgen ? Wie ist es um den Kündigungsschutz bestellt ? Wer übernimmt die bestehenden Erbpachtverträge, sofern sie nicht vom Erbbaunehmer übernommen werden ?

Zur Information und Aussprache über diese und andere Probleme zum Thema lädt der SPD-Ortsverein Russee-Hammer herzlich zu einer Bürgerversammlung ein.

Sie findet statt am Freitag, den 14. März um 19.30 h im Heim der Siedlergemeinschaft Hammer-Russee-Demühlen, Speckenbeker Weg 71. Als Sachverständige zum Thema werden sich äußern Siegfried Schmidt, Kreisvorsitzender des Verbandes Wohneigentum, Ratsherr Michael Wagner, Mitglied im Siedlerbeirat der Landeshauptstadt Kiel sowie Hans Mehrens, ehem Leiter des Liegenschaftsamtes des Stadt Kiel. Die Moderation übernimmt Winfried Jöhnk, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Russee-Hammer.

Keine Kommentare

Wodarg: FÜREINANDER SORGEN

PFLEGESETZ SOLL HÜRDEN ZWISCHEN KASSEN UND SOZIALHILFE ABBAUEN: Hier eine kurze Darstellung und Auswertung des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes, welches heute im Plenum des Deutschen Bundestages in der 2. und 3. Lesung verabschiedet wird. Neben der Arbeit für den Nachwuchs muss der Aufbau von örtlichen Pflege- und Sorgestrukturen eine vordringliche kommunalpolitische Aufgabe werden. Folgender Artikel ist am 13.03.2008, im SHZ-Verlag Seite 7 erschienen.



Es gibt in Deutschland kaum noch eine Familie, die nicht mit der Sorge um pflege- und hilfebedürftige Angehörige belastet ist. Dieses Problem wird sich in den nächsten Jahren verstärken und durch herkömmliche Versicherungs-Arithmetik nicht zu lösen sein.

Das im Bundestag zur Entscheidung anstehende Pflege-Weiterentwicklungsgesetz bietet große Chancen für die Betroffenen. Es will Leistungen und Zuständigkeiten für Sorge und Pflege vor Ort bündeln und diese für Bedürftige und deren Angehörige transparenter und leistungsfähiger machen. Nachdem ein wachsender Pflegemarkt die Erscheinungsformen von Pflege für alle Beteiligten bereits vielerorts geformt und verfremdet hat, begrüße ich das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz als Signal für einen längst fälligen Kurswechsel.

Trägerübergreifende Beratung und Fallmanagement sollen den konkreten Bedarf der Pflegebedürftigen in den Mittelpunkt stellen und helfen, die administrativen Hürden zwischen Pflegekassen, örtlicher und überörtlicher Sozialhilfe und weiteren Leistungsträgern zu überwinden und zusammenzuführen. Zusammenarbeit soll zur selbstverständlichen Aufgabe aller in Sorge und Pflege vor Ort Engagierten werden.

Wachsender "Misstrauensaufwand" verzehrte nach Inkrafttreten der Pflegeversicherung durch administrative Auswüchse, Verdrängungswettbewerb, Zertifizierungen, Dokumentationsorgien und zu spät kommende medizinische Schadensberichte immer mehr der ohnehin knappen Ressourcen.

Wir brauchen deshalb Strukturen, in denen gegenseitige Vertrautheit, örtliche Verantwortung und überörtlicher professioneller Beistand eine neue Übersichtlichkeit ermöglichen. Administrative Reibungsverluste und Kontrollaufwand müssen minimiert, die Selbstorganisation der Betroffenen vor Ort gefördert und fachkundig qualifiziert werden.

DOCH WAS BRINGT DAS NEUE GESETZ KONKRET?

Die zahlenmäßig zunehmende Gruppe der wegen Demenz Hilfebedürftigen wird endlich auch Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten! Das bedeutet bis zu 200 Euro pro Monat für ambulante Leistungen. Eine Erleichterung, da wegen der naturgemäß stark wechselnden Symptomatik Demenzkranke nur schwer den geltenden Pflegestufen zugeordnet werden konnten.

Auch Pflegeheime werden in Zukunft zusätzliche Betreuungsassistenten beschäftigen, die

altersverwirrte Menschen bei der Bewältigung ihres Tagesablaufs unterstützen. Verwirrheitszustände können allein durch Austrocknung auftreten! Es ist nicht hinnehmbar, dass aus Zeitmangel viel zu oft Magensonden zur Ernährung gelegt werden. Auch Essen kann man verlernen! Teufelskreise, die jetzt durch den verstärkten Einsatz von Personal aufgelöst werden können.

Jährliche Qualitätsprüfungen durch den Medizinischen Dienst sollen in Pflegeeinrichtungen zur Pflicht werden. Ihre in allgemein verständlicher Form veröffentlichten Ergebnisse werden eine Heimauswahl für Betroffene und deren Angehörigen erleichtern.

Unzureichende ärztliche Versorgung in Heimen soll durch geschulte Heimärzte ausgeglichen werden und gleichzeitig belastende, oft überflüssige Einweisungen in Krankenhäuser minimieren.

Das ehrenamtliche Engagement im Bereich der Pflege wird verbessert, Aufwandsentschädigungen werden möglich. Die neue Förderung soll vor allem Demenzkranken zugute kommen.

Das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz sieht zudem vor, dass bessere Rahmenbedingungen insbesondere für neue Wohnformen geschaffen werden. So etwa durch die gemeinsame Inanspruchnahme von Leistungen ("Pools") und erweiterte Einsatzmöglichkeiten für Einzelpflegerkräfte. "Daheim statt Heim" ist das Ziel.

Auskunft, Beratung, Fallmanagement und Pflegenottelefon sind gut, aber reichen nicht aus. Zu Recht tritt unsere Landesgesundheitsministerin auch für die Einrichtung von Pflegestützpunkten ein, die aus den vorhandenen Hilfsangeboten heraus entwickelt werden und folgende Funktion übernehmen sollen: Koordinierung aller wohnortnahen gesundheitsfördernden, präventiven, kurativen, rehabilitativen und sonstigen medizinischen sowie pflegerischen und sozialen Hilfs- und Unterstützungsangebote mit Hilfestellung bei der Inanspruchnahme; Vernetzung aufeinander abgestimmter pflegerischer und sozialer Versorgungs- und Betreuungsangebote.

Für Schleswig-Holstein kann nach den gültigen Verteilungskriterien mit etwa zwei Millionen Euro Anschubfinanzierung gerechnet werden. Bei maximaler Förderung könnten bei uns danach bis zu 40 Stützpunkte profitieren.

Alle gesetzlich ermöglichten Leistungen kommen nur dann zum Tragen, wenn wir uns unsere Verantwortung füreinander nicht abkaufen lassen. Deshalb wird es in jedem Amtsbereich, in jeder Stadt eine der wichtigsten Herausforderungen sein, die Möglichkeiten der Pflegereform mit allen Kundigen und Willigen zu einer konkreten lokalen Hilfestruktur werden zu lassen.

Neben der Arbeit für den Nachwuchs, Kindertagesstätten und Bildungseinrichtungen muss der Aufbau von örtlichen Pflege- und Sorgestrukturen eine vordringliche kommunalpolitische Aufgabe werden.

Dr. Wolfgang Wodarg

MEHR ZUM LESEN [HIER!](#)

Keine Kommentare

Verkehrsplanung auf der Überholspur führt zum Crash!

Zur VEP-Entscheidung im Rat und zur bevorstehenden Sitzung des Bauausschusses am Montag erklären SPD-Kreischef Rolf Fischer und Ralph Müller-Beck, SPD-Spitzenkandidat:

„Die Überholspur ist kein geeigneter Ort für eine sachliche Verkehrsplanung. Das führt wie wir erleben zum Crash. Der VEP wird ohne Rücksicht auf Inhalte, Ansprüche und Konsequenzen durch die notwendigen Beratungen getrieben.“

Die Stadtreional-Bahn wurde durch Wirtschaftsminister Austermann längst aufs Abstellgleis geschoben, die vorliegenden Vorschläge aus den Ortsbeiräten werden einfach angehängt und der Metroexpress als Phantom-Option wieder aufs Gleis gesetzt. Längst sind durch die Verfahrenshektik innere Logik und damit die sachliche Qualität auf der Strecke geblieben. Wir verweisen darauf, dass auch die betroffenen Bürger ihre Anliegen noch nicht vorgebracht haben. In den konkreten Beratungen vor Ort wird der VEP dann wieder ein anderes Gesicht bekommen.

Die Kieler SPD hat auf dem vergangenen Kreisparteitag entschieden, den VEP nach der Kommunalwahl erneut zu beraten. Wir werden den vorgesehenen Zeitplan mit der umfassenden Beratung und Entscheidung der Maßnahmen in den Stadtteilen wieder aufnehmen und dann einen abgestimmten Entwurf vorlegen. Ob das vorliegende Papier ein vorläufiger Entwurf, ein Zwischenbericht, eine Optionssammlung oder was auch immer ist, wir werden über die Kieler Verkehrsplanung neu beraten.“

Keine Kommentare

Pflegestützpunkte für Steinburg und Dithmarschen

Jörn Thießen begrüßt die heute verabschiedete Pflegereform: „Dass wir jetzt endlich einen deutlich verbesserten Leistungsumfang für Pflegebedürftige anbieten können, ist ein großer Fortschritt“, freut sich der Abgeordnete. Nach der Entscheidung des Deutschen Bundestags seien jetzt die Bundesländer aufgefordert, rasch an die Umsetzung der nun mit stabilen Rahmenbedingungen versehenen Pflegestützpunkte zu gehen.

„Ich fordere die Krankenkassen auf, in Steinburg und Dithmarschen umgehend in Pflegestützpunkte zu investieren, und zwar mindestens in jeder kreisfreien Stadt und in jedem Kreis einen Hauptpflegestützpunkt und zwei oder drei Satelliten, die bürgernah als Ansprechpartner in der Fläche dienen können“, erklärt Thießen.

Nach dem Konzeptentwurf der Landessozialministerin Gitta Trauernicht, den sie in dieser Woche der Landesgruppe der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten vorgestellt hat, kann mit dem Aufbau der neuen Stützpunkte kurzfristig begonnen werden, weil an vorhandene Strukturen angeknüpft werden kann: In Schleswig Holstein gibt es bereits acht trägerunabhängige Beratungsstellen, eine davon im Kreis Dithmarschen. Die Kosten von rund 200.000 Euro im Jahr für die neuen Pflegestützpunkte werden zukünftig von den Pflege- und Krankenkassen, den Kreisen oder Städten und mit Förderungen des Bundes und des Landes aufgebracht. „Die vorhandenen trägerunabhängigen Beratungsstellen mit in das neue Konzept einzubinden, hat den Vorteil, dass bereits aktive sozialpädagogische und Pflegefachkräfte weiter erfolgreich arbeiten können“, erläutert Thießen.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 14.03.2008, 22:12 Uhr - 10033 Clicks - Nr. 285

MdL Neugebauer: Erfolgreiche Beschwerde der Anwohner

Der Rendsburger SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer ist aufgrund von Beschwerden der Anwohnerinnen und Anwohner aus der Friedrich-Voß-Straße wegen der Staubbelastungen durch ein Getreidesilo im Kreishafen mit einer Eingabe an das Umweltministerium tätig geworden und hat nun eine Antwort des Ministers erhalten.

Der Betrieb unterliegt den Bestimmungen des Bundesimmissions-schutzgesetzes, insbesondere der Technischen Betriebsanleitung Luft. Eine hiernach vorgeschriebene sog. „Altanlagenanierung“ wird im Sommer 2008 abgeschlossen sein. Hierzu zählt u. a. die Umhausung der Annahmegasse mit Absaugung. Ferner werden sechs Emissionsmessungen als zusätzliche Abnahmekontrolle an ausgewählten Luftaustritten der Filteranlage erfolgen.

Das Staatliche Umweltamt Kiel ist bereits tätig geworden, defekte Tuchfilter wurden in der Mühlenlinie ausgetauscht, die als Ursache der Staubbelastung ausgemacht wurden. Weiterhin wurde eine tägliche Sichtkontrolle des Betriebes der Filteranlagen vereinbart.

„Ein hoffentlich zufrieden stellendes Ergebnis für die Anwohnerinnen und Anwohner der Friedrich Voß Straße“, so Neugebauer und ermutigt die Bürgerinnen und Bürger sich bei offensichtlichen Missständen zu Wort zu melden.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 15.03.2008, 13:52 Uhr - 3308 Clicks - Nr. 286

„Kulturwerk am See“ wird zum teuren Wahlgeschenk

Zur Diskussion um den Ausbau der Potenberg-Ruine auf dem Gelände der künftigen Landesgartenschau erklärt der Vorsitzende der Norderstedter Sozialdemokraten, Heiner Köncke:

„So wünschenswert und nützlich das Projekt für die Kulturszene in unserer Stadt auch sein mag, die leidenschaftlichen Debatten lenken von der Tatsache ab, dass wir in Norderstedt noch ganz andere „Baustellen“ abzarbeiten haben:

- den öffentlich stark diskutierten Ausbau der Kita-Betreuung durch mehr und besser bezahltes Personal für optimale Bildungschancen unserer Kinder,
- die Sanierung von Schulbauten, exemplarisch sei hier die marode Turnhalle an der Grund- und Hauptschule Friedrichsgabe genannt, deren Neubau nach dem Willen der CDU noch lange auf sich warten lässt,
- besserer Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung durch verstärkte Jugendarbeit an sozialen Brennpunkten ist auch nicht zum Nulltarif zu haben.

All dieses ist noch nicht mal in trockenen Tüchern oder auch nur annähernd finanziert und trotzdem sollen ad hoc sieben Millionen Euro für die nächsten Jahre der Kulturszene zufließen.“

Köncke warnte Oberbürgermeister Grote davor, von der zunehmenden sozialen Spaltung in der

Stadt durch teure Wahlgeschenke abzulenken.

„Auch wenn es einige nicht wahr haben wollen: Bis zum heutigen Tag gibt es keinen Beschluss zur Finanzierung des kostspieligen Neubaus auf dem Gelände der Potenberg-Ruine, auch im Nachtragshaushalt 2008/2009 herrscht diesbezüglich inhaltliche Leere – von „durchfinanziert“ kann also keine Rede sein. Ebenfalls existiert kein tragfähiges Nutzungskonzept. Die angeblich nicht entstehende Konkurrenz zur Tribühne wurde vom Oberbürgermeister bislang nur in Presseinterviews festgestellt.

Belastbare Zahlen und Fakten hierzu ist Herr Grote uns schuldig geblieben. Und von angeblichen 3,5 Millionen Euro Fördermitteln des Landes für das Projekt ist plötzlich auch keine Rede mehr.“, kritisiert Köncke.

Wer rund sieben Millionen Euro ausgeben wolle, sei in der Pflicht zu sagen, woher das Geld kommen soll bzw. wo in der Folgezeit gekürzt wird.

„Angenommene künftige Einnahmen bei der Gewerbesteuer als unterstützendes Argument anzuführen, das hat mit solider Haushaltspolitik nichts zu tun. Auf dieser äußerst schwachen Grundlage konnten wir den Beschluss nicht mittragen. Es gibt für uns die bereits genannten „Baustellen“ die absoluten Vorrang vor der Realisierung des „Kulturwerk am See“ haben. Wir werden uns deshalb nicht in die Reihen derjenigen einordnen, die die soziale Wirklichkeit in unserer Stadt dank dieses Projektes ausblenden und einseitig dringend benötigte Millionen binden.“, betonte Köncke abschließend.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 15.03.2008, 19:27 Uhr - 3314 Clicks - Nr. 287

SPD-Engelsby: Mehr Sicherheit durch einen Spiegel

Eine Anwohnerin aus der Engelsbyer Straße hat uns auf eine gefährliche Ecke an einer Straßeneinmündung aufmerksam gemacht. Der vor einiger Zeit auf nördlicher Seite neu angelegte Fußweg von der Merkurstraße in Richtung Kauslund wird als Radweg zweckentfremdet. Da in vielen Fällen nicht gerade langsam gefahren wird, entsteht für Kinder und andere Verkehrsteilnehmer unter Umständen eine deutliche Gefahr. Kommt es an der auf dem Foto zu erkennenden Einmündung zu einer Kollision zwischen Fußgänger und Radfahrer, kann dies für alle Beteiligten schlimme Folgen haben.



Die Anwohner schlagen deshalb die Aufstellung eines Spiegels vor, um somit die Sichtverhältnisse für Radfahrer und Fußgänger zu verbessern. Der SPD- Ortsverein hat den Wunsch an den TBZ-Ausschuss und an die Verkehrsbehörde der Stadt weitergeleitet.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 16.03.2008, 11:59 Uhr - 6445 Clicks - Nr. 288

Wodarg: Herzlichen Glückwunsch, Karlheinz Böhm! Zum 80. Geburtstag alles Gute!

Der Schauspieler Karlheinz Böhm feiert heute seinen achtzigsten Geburtstag. Er hat vor siebenundzwanzig Jahren in Äthiopien die Rolle seines Lebens gefunden: Mit seiner Stiftung "Menschen für Menschen" hat er Millionen Kindern, Frauen und Männern die Chance auf ein besseres Leben geschenkt. Bei meiner Reise nach Äthiopien im letzten Jahr habe ich ihn besucht.



Karl-Heinz Böhm hat viel Gutes getan: In seiner Wahlheimat im Osten Afrikas hat er Tausenden von Menschen das Leben gerettet, hat er weit über 170 Schulen gebaut, ganze Dörfer gegründet und verhungerten Nomaden eine neue Heimat geschaffen. "Ich gehe dahin, wo die Not am größten ist!" ist sein Leitmotiv. Karl-Heinz Böhm betonte, dass er alle Aktionen mit der Regierung Äthiopiens abstimmt, "damit die Schule auch dauerhaft funktioniert und die Kinder dort auch von Lehrern unterrichtet werden."

Anlässlich seines achtzigsten Geburtstages stellen Karlheinz Böhm und seine Frau Almaz das neue Bildungsprogramm "ABC-2015" vor: Hunderttausende Kinder sollen eine Schulbildung erhalten - und auch Jugendliche und Erwachsene werden in die Bildungsoffensive eingebunden.

Karlheinz Böhm hat einen Wunsch: "Wenn Sie mir eine Freude machen wollen, dann spenden Sie bitte für Menschen für Menschen!" Mehr über Spenden und Schenkungen [HIER](#).

Ich wünsche Karl-Heinz Böhm alles Liebe, viel Glück, Erfolg und noch einen langen Atem!

Keine Kommentare

[SPD-Owschlag](#) - veröffentlicht am 16.03.2008, 19:21 Uhr - 3613 Clicks - Nr. 289

Die Neuen für den Owslager Gemeinderat gewählt

SPD-Owschlag stellt Liste für die Kommunalwahl auf.

Volkhart Meyer Spitzenkandidat

14 Frauen und Männer wollen sich für die Gemeinde engagieren.

Die Kandidaten und die Liste finden Sie unter: Kommunalwahl 2008 - Die Neuen für Owschlag.

Am Freitag den 14. März hat der SPD-Ortsverein Owschlag in einer gut besuchten öffentlichen Mitgliederversammlung die Frauen und Männer für die Direktkandidaturen und die Liste für die Gemeinderatswahl in Owschlag aufgestellt. Zuvor legte der Vorsitzende, Volkhart Meyer, einen Rechenschaftsbericht ab (Anlage), in dem er berichtete, dass nach einem Tiefpunkt die Mitgliederzahlen wieder um 11 Prozent gestiegen seien. Der Vorsitzende betonte, dass in einer Ideenschmiede als Schwerpunkte der künftigen Arbeit die Themen Schule, Kindergarten (Krippenplätze), Dorfentwicklung mit der Sicherung des Status als Zentralort, Armutsbekämpfung, Verbesserung der Situation bei der Feuerwehr Norby.

In der folgenden Wahl wurden alle Kandidatinnen und Kandidaten für die 9 Direktmandate und 15 Listenplätze einstimmig gewählt, aus der Sicht von Meyer ein Zeichen der Geschlossenheit.

Keine Kommentare

SPD Rellingen

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 17.03.2008, 20:00 Uhr - 4318 Clicks - Nr. 291

Kommunale Wohnungsmarktkonzepte

Lothar Hay: "Es herrscht ein Geist des Aufbruchs und der Kreativität."

Erscheinungsdatum: 17.03.2008

Innenminister Lothar Hay hat das wohnungspolitische Engagement in Schleswig-Holstein gelobt. „Es herrscht ein Geist des Aufbruchs und der Kreativität“, sagte Hay am Montag (17. März) während einer Fachtagung in Kiel. Das Innenministerium hatte Bürgermeister, Stadtplaner und Vertreter der Wohnungswirtschaft eingeladen, um über die Zwischenbilanz und die Perspektiven kommunaler Wohnungsmarktkonzepte zu diskutieren. Hay zeigte sich erfreut, dass bereits 17 Städte Wohnungsmarktkonzepte entwickelt hätten, darunter die vier kreisfreien Städte Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster sowie eine Reihe von Mittelstädten.

„Schleswig-Holstein hat auf dem Gebiet der integrierten Stadtentwicklung eine Vorreiterrolle in Deutschland“, sagte der Minister. Kommunale Wohnungsmarktkonzepte seien inzwischen unverzichtbar für eine moderne und zielgerichtete Stadtentwicklungspolitik. Sie seien die Grundlage einer sozialen Wohnraumförderung und bildeten das Forum für die Zusammenarbeit von Wohnungswirtschaft, Land und Kommunen. „Nur wenn alle wohnungspolitischen Akteure miteinander kooperieren, können wir die Zukunft unserer Städte als attraktive Orte des Wohnens und Arbeitens erhalten und stärken“, sagte Hay.

Das Wohnraumförderungsgesetz des Landes, das nächstes Jahr in Kraft treten soll, ist nach Auffassung des Ministers ein wichtiger weiterer Baustein für eine Partnerschaft von Mietern, Investoren und Kommunen. Das Gesetz ziele darauf ab, soziale Verantwortung gemeinsam zu übernehmen und dabei wirtschaftlich und flexibel zu handeln. „Wir verwirklichen damit eine Kernidee der sozialen Marktwirtschaft“, sagte Hay. Der Staat helfe weiterhin, Menschen mit ordentlichen Wohnungen zu versorgen, die ohne staatliche Hilfe auf dem Markt keine Chance hätten.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

Das Sozialbüro in Sörup - ein lobenswertes Beispiel für den Gemeinschaftssinn

MdB Dr. Wodarg: Ich freue mich an dieser Stelle von einem beispielhaft solidarischen und nachahmenswerten Projekt aus meinem Wahlkreis berichten zu können. Vor kurzem habe ich das Sozialbüro der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Sörup im Kreis Schleswig-Flensburg besucht und war begeistert.



Das im April 2007 eröffnete Büro dient sowohl den Bewohnerinnen und Bewohnern der örtlichen Seniorenwohnanlage als Anlaufstelle, als auch allen Menschen aus Sörup und Umgebung.

Johannes Hansen, der das Sozialbüro hauptamtlich besetzt, hilft bei allen Arten von Problemen, die nicht allein bewältigt werden können.

Neben der Unterstützung bei Behördenangelegenheiten, der Vermittlung von Hilfsangeboten und der Begleitung bei Spaziergängen oder zu Terminen, bietet das Sozialbüro insbesondere den Seniorinnen und Senioren auch Freizeitangebote wie Fahrten und andere gesellige und kulturelle Veranstaltungen.

"Am Anfang hielt sich der Ansturm in Grenzen, aber jetzt kann ich mich vor Anfragen kaum retten" weiß Hansen zu berichten. Nur die wenigsten kommen noch aus Sörup, der Großteil nimmt viele Kilometer Anfahrtsweg in Kauf, um den umfassenden Service zu nutzen. Dabei spricht eine erste Zwischenbilanz für sich. Im letzten halben Jahr begleitete Hansen seine "Klienten" besonders häufig erfolgreich bei Arbeitsamtbesuchen, vor denen viele, wegen schlechten Erfahrungen mit den Beamten, Angst hatten. Ähnlich häufig konnte er bei der Beantragung von Sozialhilfe, Wohngeld, GEZ-Befreiung, Telekom-Gebührenermäßigung, Behindertenausweisen und Zuzahlungsbefreiungen bei Krankenkassen helfen. Aber auch beim Thema Versicherungen, Erbschaft, Scheidung, Pfändung und Kindergeld hat das Sozialbüro Sörup einiges erreichen können.

Auch wenn das für Johannes Hansen mitunter volle Wochen bedeutet, sagt er klar: "Mir macht das großen Spaß den Leuten zu helfen und jeder Erfolg bestätigt mich nur noch mehr in meiner Arbeit." Er fährt fort: "Es ist manchmal erschreckend, wie viele Leute ohne fremde Hilfe nicht zu ihrem Recht kommen und Leistungen, die ihnen eigentlich zustehen, nicht beziehen."

Das Sozialbüro in Sörup zeigt, wieviel man mit wenigen Mitteln erreichen kann. Ich danke Johannes Hansen für seine unermüdliche Arbeit und Unterstützung und kann nur alle Kommunen und sozialen Träger ermuntern, sich für ihre Bürger auf diese Weise einzusetzen und das bürgerschaftliche Engagement und gegenseitige Hilfeleistungen auf diese Weise zu fördern.

Das Büro hat folgende Kontaktdaten: AWO-Sozialbüro Schwanenweg 4, 24966 Sörup, Ansprechpartner Johannes Hansen, Tel.: 0 4635-28 83, Öffnungszeiten: Mo., Mi., Fr.: 9.00 -12.00 Uhr, Do.: 14.30 - 18.30 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 18.03.2008, 14:22 Uhr - 1437 Clicks - Nr. 293

Fr. Volquartz (CDU) will ernten, ohne zu säen

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Jürgen Hahn erklärt zum Interview mit Frau Volquartz (CDU), vgl. KN 17.03.2008:

"Der Versuch von Frau Volquartz (CDU), wirtschaftspolitisch zu ernten ohne vorher zu säen und das Feld bestellt zu haben, scheitert.

Das soeben eröffnete Wissenschaftszentrum hat ebenso wenig mit Frau Volquartz Bemühungen zu tun, wie das gemeinsame Gewerbegebiet mit Altenholz, das boomende Kreuzfahrtgeschäft oder der Bau des Partikeltherapiezentrum.

Alle von ihr genannten Projekte stammen entweder aus der letzten Wahlperiode vor 2003, sind vom Land zu verantworten oder von Privaten.

Das wundert wenig; denn das Verhältnis der Landeshauptstadt Kiel zur Kieler Wirtschaft und zur Industrie- und Handelskammer ist seit langem zusehends problembehaftet. Irritationen wurden von Frau Volquartz (CDU) erzeugt, als sie die Zukunft des Seehafen Kiel für ihre Fehde mit dem früheren Seehafenchef missbrauchte. Der Stop des Flughafenausbaus und damit die Zerstörung der Zukunft des Flughafens Kiel-Holtenau geht allein zu ihren Lasten. Dadurch sowie durch ihr Vorgehen gegen ein privates Partnerunternehmen der Stadt Mitte 2007 hat sie das Vertrauen der Wirtschaft in die Zukunftsfähigkeit des Standortes beschädigt.

Frau Volquartz (CDU) Vorgehen gegen die Wirtschaftsförderung der Technologieregion K.E.R.N. e.V. belegt den Kurs der Spaltung der Region. CDU und Grüne stimmen zwar für den eigenen Antrag zu einer regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Die Kieler Wirtschaftvertreter in Aufsichtsräten und der Landkreis Rendsburg-Eckernförde sehen diese Konstruktion kritisch und haben andere Vorstellungen. Eine gleichwertige, handlungsfähige Alternative für die regionale Wirtschaftsförderung anstelle von K.E.R.N. e.V. ist noch nicht in Sicht."

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 18.03.2008, 14:35 Uhr - 2502 Clicks - Nr. 294

SPD-Engelsby: Schöffen gesucht

Für die Jahre 2009 bis 2013 werden wieder Schöffen für die Land- und Amtsgerichte gesucht. Die ehrenamtlichen Richter, die in der jeweiligen Hauptverhandlung volles Stimmrecht haben, werden aus Vorschlagslisten der Gemeinden ausgewählt.

Ab sofort kann man sich entweder selbst für ein solches Ehrenamt bewerben oder eine Person dafür vorschlagen. Dabei muss man sich zwischen einer Tätigkeit als Schöffe für das Strafgericht (Erwachsene) und einer Tätigkeit als Jugendschöffe entscheiden. Für die Vorschlagslisten in Flensburg werden 120 Personen für die Schöffenwahl und 80 Personen für die Wahl der Jugendschöffen benötigt. Aus diesem Personenkreis werden dann 60 Schöffen und 40 Jugendschöffen ausgewählt. Für Glücksburg werden 8 Vorschläge zur Wahl von 4 Schöffen gebraucht. Sobald ausreichend viele Vorschläge eingereicht wurden ist das Vorschlagsverfahren beendet.

Vorausgesetzt werden neben der deutschen Staatsangehörigkeit, dass man am 1. Januar 2009 mindestens 25 und noch keine 70 Jahre alt sein wird und in Flensburg beziehungsweise Glücksburg wohnt. Die frühere Vorgabe, nach der man seit mindestens einem Jahr in der Gemeinde gewohnt

haben musste, besteht nicht mehr.

Ein ausführliches Merkblatt und der Bewerbungsbogen liegen im Bürgerbüro, bei der Rathausinformation und im Rathaus in Glücksburg aus.

Weitere Informationen gibt es im Flensburger Rathaus bei Britta Callsen, Tel. 85 2100, Fax 85 2171,

Email: callsen.britta@stadt.flensburg.de

Und schließlich noch die Postadresse:
Stadt Flensburg,
Büro für Grundsatzangelegenheiten,
24931 Flensburg.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 18.03.2008, 15:03 Uhr - 8036 Clicks - Nr. 295

MdL Neugebauer fordert Planfeststellungsverf. f. Modern. d. Eisenbahnhochbrücke

„Bisher war in Zusammenhang mit den Arbeiten an der Hochbrücke von Sanierung und Instandsetzung die Rede. Nun spricht die Deutsche Bahn AG von Modernisierung und meint damit eine Verstärkung der Brücke mit dem Ziel, dass nach Fertigstellung höherlastige Züge die Brücke passieren können“, so der Rendsburger SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer in einem Schreiben an den Wirtschaftsminister Austermann.

Er führt weiterhin aus, dass sowohl beim Bau als auch beim Betrieb weitaus höhere Lärmbelastungen von der Brücke ausgehen werden, dafür reicht das bisherige Planfeststellungsverfahren seiner Meinung nach nicht aus. Beschwerden aus der Anliegerschaft über starke Zunahme des Lärms durch den Zugbetrieb lägen bereits schon jetzt dem Abgeordneten vor.

Er fordert deshalb den Wirtschaftsminister auf, zu prüfen, ob das vorliegende Verfahren ausreiche und was die Landesregierung im Interesse der Lebensqualität der betroffenen Anlieger von der Deutschen Bahn AG und der Wasser- Schifffahrtsdirektion während der Bauphase und des laufenden Zugverkehrs danach erwarte bzw. welche Initiativen sie selbst zu ergreifen gedenke.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 18.03.2008, 17:12 Uhr - 4263 Clicks - Nr. 296

Städtebauförderungsprogramm 2008

Innenminister Lothar Hay: „Wohnen und Arbeiten im Stadtquartier müssen wieder attraktiv werden“

Erscheinungsdatum: 18.03.2008

Für Investitionen in die Stadtentwicklung stehen in diesem Jahr rund 27,5 Millionen Euro zur Verfügung, rund zwei Millionen weniger als 2007. Das Geld fließt an 21 Städte in Schleswig-

Holstein, die damit in 29 verschiedenen Sanierungsgebieten zahlreiche Projekte finanzieren. Brunsbüttel, Norderstedt und eine neue Sanierungsmaßnahme in Rendsburg wurden in das am Dienstag (18. März) von der Landesregierung beschlossene Städtebauförderungsprogramm neu aufgenommen.

Innenminister Lothar Hay bezeichnete die Städtebauförderung als ein äußerst erfolgreiches Förderprogramm von großer wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Bedeutung. „Die Städtebauförderung hilft den Kommunen, das Wohnen und Arbeiten im Stadtquartier wieder attraktiv werden“, sagte Hay. Außerdem stärke das Programm die regionale Wirtschaft, denn ein öffentlicher Euro löse in der Regel das Sechs- bis Achtfache an Bauinvestitionen aus.

Die staatlichen Finanzhilfen werden nach Angaben von Hay eingesetzt, um Innenstädte und Ortsteilzentren städtebaulich weiter zu entwickeln und wirtschaftlich zu stabilisieren. In den Innenstädte würden brach liegende Flächen für den Wohnungsbau oder für kulturelle, soziale und ökologische Zwecke reaktiviert. Darüber hinaus trügen die Finanzhilfen dazu bei, soziale Missstände in besonders belasteten Stadtteilen zu beseitigen. Auch Belange der Denkmalpflege und des Naturschutzes würden berücksichtigt. Bund, Länder und Gemeinden finanzieren das Städtebauförderungsprogramm zu je einem Drittel, das heißt, auf jeden Euro des Bundes legen das Land und die geförderte Stadt jeweils einen weiteren Euro drauf.

Das Städtebauförderungsprogramm setzt sich aus vier einzelnen Programmteilen zusammen. In dem Programm Sanierung und Entwicklung werden Maßnahmen in Stadtkernen gefördert, um sie als Mittelpunkt des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens der Städte und ihrer Regionen zu stärken. Dabei geht es darum, die Bedingungen für den Einzelhandel und das Dienstleistungsgewerbe zu verbessern, die Bevölkerung mit sozialen und kulturellen Einrichtungen zu versorgen und das Wohnen in der Innenstadt attraktiver zu machen. Das Programm Sanierung und Entwicklung hat einen Gesamtumfang von rund 9,7 Millionen Euro. Gefördert werden Flensburg, Lübeck, Bordesholm, Brunsbüttel, Geesthacht, Glückstadt, Marne, Reinfeld und Schleswig.

Das Geld aus dem Programm Soziale Stadt fließt in Stadtteile, in denen es erhebliche soziale Probleme gibt. Typisch für dieses Programm ist deshalb auch die Verknüpfung baulicher und städtebaulicher Investitionen mit sozialen Projekten. Grundlage der Förderung ist ein Konzept, das die verschiedenen Fördermöglichkeiten gezielt bündelt und von einem professionellen Quartiersmanagement vorbereitet und umgesetzt wird. Das Programm Soziale Stadt einen Umfang von rund 6,8 Millionen Euro. Gefördert werden Flensburg, Kiel, Neumünster, Elmshorn, Itzehoe, Lauenburg, Lütjenburg und Rendsburg.

Das Programm Stadtumbau West hilft Städten, die beispielsweise Probleme mit sinkenden Bevölkerungszahlen haben oder in die Auswirkungen des wirtschaftsstrukturellen Wandels besonders stark zu spüren bekommen, etwa weil wichtige Betriebe schließen mussten. Die Mittel aus dem Programm Stadtumbau West werden daher gezielt eingesetzt, um die Siedlungsstruktur an neue Gegebenheiten anzupassen, Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Umwelt zu verbessern, innerörtliche Quartiere aufzuwerten und Altbaubestände zu erhalten, Gebäude umzubauen, neu zu nutzen oder leer stehende oder nicht mehr benötigte Gebäude abzureißen und frei gelegte Flächen städtebaulich zu entwickeln. Das Programm Stadtumbau West hat ein Gesamtvolumen von rund 9,2 Millionen Euro. Gefördert werden Flensburg, Neumünster, Bad Oldesloe, Büdelsdorf, Eckernförde, Elmshorn, Husum, Itzehoe und Rendsburg.

Das Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren richtet sich speziell an Städte, die in ihren Zentren zunehmend Probleme mit leer stehenden Gewerbeimmobilien haben. Das Ziel der Förderung ist deshalb die Erhaltung und Entwicklung der Stadt- und Ortsteilzentren als Standorte für Wirtschaft

und Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben. Private Initiativen, Partnerschaften zwischen Kommunen und örtlichen Akteuren, sollen dabei in einem besonderen Maße gestärkt werden. Das Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren löst das Programm Sanierung und Entwicklung ab. Es hat daher zurzeit noch einen recht geringen Umfang von rund 1,9 Millionen Euro. Gefördert werden Norderstedt und Rendsburg.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 19.03.2008, 07:41 Uhr - 1442 Clicks - Nr. 297

Prioritätensetzung für Verkehrsentwicklungsplanung erforderlich

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Achim Heinrichs und SPD-Ratsherr Cai-Uwe Lindner fordern:

"Nach umfänglicher Vorberatung des Verkehrsentwicklungsplanes sollte dieser mit einer klaren Prioritätensetzung verabschiedet werden.

Mit einem Initiativantrag möchte die SPD-Ratsfraktion diesen Mangel des Verkehrsentwicklungsplanes beheben. Als Arbeitsschwerpunkte für die Verwaltung bis spätestens 31.12.2010 sind deshalb folgende Maßnahmen vorrangig:

- Für die StadtRegionalBahn sind Finanzierung von Bau und Betrieb als ÖffentlichPrivatesPartnerschaft - Projekt (ÖPP-Projekt) bei gleichzeitigem Erhalt der KVG bis spätestens 31.12.2009 abzuklären. Anderenfalls ist das Projekt zu beenden.

- Der Bau der Südspange Gaarden und der Ostuferentlastungsstraße ist vordringlich zu verfolgen. Die erforderlichen planerischen Vorarbeiten sind zu veranlassen.

- Der Bereich der mittleren Innenstadt zwischen Berliner Platz und Ziegelteich/Stresemannplatz wird angesichts der angestrebten Verkehrsentlastung verkehrlich und stadtgestalterisch mit dem Ziel einer verbesserten Aufenthaltsqualität überplant.

- Die potentiellen Autobahnanschlüsse A215/Uhlenkrog und A215/Russeer Weg sind in ihren jeweiligen Verkehrsdaten und ihren Auswirkungen auf die angrenzenden Wohngebiete unter Anzeige der voraussichtlichen Kosten/Finanzierung vergleichend darzustellen.

Daraus ableitend wird der Ratsversammlung bis April 2009 eine gesonderte Vorlage für eine verkehrstechnisch optimale und umwelt- sowie anwohnerverträgliche Anschlussvariante zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt.

In diesem Zusammenhang soll die Zufahrt zum alteingesessenen Plaza-Markt über die Saarbrückenstraße unverändert erhalten bleiben. Die Sperrung des Bahnüberganges in der Saarbrückenstraße lehnt die SPD-Ratsfraktion ab.

Zum Umgang mit den abgelehnten und unberücksichtigten Anträgen, Anregungen und Stellungnahmen der Ortsbeiräte, Beiräte und Träger öffentlicher Belange sowie der

Bürgereinwendungen fordert die SPD-Ratsfraktion, diese sowie die Bewertungen der Verwaltung als zu prüfende Elemente in die weitere Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplanes aufzunehmen. Dies gilt ebenfalls auch für Einwendungen, die aufgrund der kurzen Beratungs- bzw. Bearbeitungszeit erst nachträglich bei der Verwaltung eingehen. Im weiteren Verlauf der Abarbeitung des VEP sind die Ortsbeiräte und Beiräte wieder zu beteiligen."

Antrag zur Ratsversammlung am 17.04.2008, Drucksache 0255/2008

Betreff: Verkehrsentwicklungsplan 2008 (VEP) hier: Änderungsantrag zur Beschlussvorlage DRS 1197/2008 vom 21.12.2007

Antrag:

Der Entwurf des VEP 2008 (Anlage) wird mit folgenden Maßgaben beschlossen:

1. Die abgelehnten bzw. die unberücksichtigten Anträge, Anregungen und Stellungnahmen der Ortsbeiräte, Beiräte und TÖB zum Entwurf des VEP werden als zu prüfende Elemente in die weitere Umsetzung des VEP aufgenommen. Die sich daraus ergebenden Umsetzungsvorschläge der Verwaltung werden den Ortsbeiräten und Beiräten im Rahmen der Beteiligungsverfahren rechtzeitig zur Beratung und Stellungnahme zugeleitet. Gleiches gilt für die Geschäftliche Mitteilung der Verwaltung, Drucksache 0208/2008 vom 05.03.2008

2. Folgende Themen bilden die Arbeitsschwerpunkte für den Zeitraum bis 31.12.2010

2.1 Die Stadtreionalbahn ist eine idealer Beitrag für eine umweltverträgliche Verkehrsentwicklung der Stadt. Ihre Realisierung steht jedoch unter einem Finanzierungsvorbehalt. Zur Vorbereitung einer endgültigen Entscheidung der Ratsversammlung ist bis spätestens 31.12.2009 von der Verwaltungsspitze die Finanzierung von Bau und Betrieb der Stadtreionalbahn als ÖPP-Projekt bei gleichzeitigem Erhalt der KVG abzusichern. Anderenfalls wird dieses Projekt beendet. Für diesen Fall sind begleitend alternative Handlungsszenarien für die Verkehrsentwicklung zu entwickeln und darzustellen.

2.2 Die Maßnahmen zur Realisierung der Südspange Gaarden sind vordringlich zu verfolgen. In diesem Zusammenhang sind auch alle erforderlichen planerischen Aktivitäten aufzunehmen, die eine beschleunigte Genehmigung und Realisierung der Ostuferentlastungsstraße ermöglichen. Die Konsequenzen des Ausbleibens beider Verkehrsprojekte sind bei gleichzeitiger Darstellung alternativer Szenarien aufzuzeigen.

2.3 Der Bereich der mittleren Innenstadt zwischen Berliner-Platz und Ziegelteich / Stresemannplatz wird angesichts der angestrebten Verkehrsentlastung verkehrlich und stadtgestalterisch mit dem Ziel einer verbesserten Aufenthaltsqualität überplant.

2.4 Die potenziellen Autobahnanschlüsse A215 / Uhlenkrog und A215 / Russeer Weg werden in ihren jeweiligen Verkehrsdaten und ihren Auswirkungen auf die angrenzenden Wohngebiete und unter Anzeige der voraussichtlichen Kosten / Finanzierung vergleichend dargestellt. Bei der Darstellung der Uhlenkrog-Anbindung ist auf die Sperrung des Bahnübergangs in der Saarbrückenstraße für den Kfz-Verkehr zu verzichten. Daraus ableitend wird der Ratsversammlung bis April 2009 eine gesonderte Vorlage für eine verkehrstechnisch optimale und umweltverträgliche Anschlussvariante zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt.

Über den Stand der Entwicklungen zu den Punkten (Ziffer 2.1 - 2.4) ist dem Bauausschuss mindestens halbjährlich - beginnend ab Oktober 2008 - zu berichten.

Begründung:

Der VEP sollte mit einer ersten Prioritätensetzung von der Ratsversammlung beschlossen werden. Dies gilt insbesondere für die weitere Verfolgung und Entscheidung über so wichtige und ehrgeizige Projekte wie die Stadtreionalbahn und die Ostuferentlastungsstraße, die zu den tragenden Säulen des VEP gehören.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 19.03.2008, 11:01 Uhr - 7430 Clicks - Nr. 298

Jugendhilfeausschuss beschließt finanzielle Beteiligung

"Das war ein guter Tag für die Familien im Kreis Pinneberg" fasste Thorsten Fischer, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses (JHA) und jugendpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion die Entscheidungen in seinem Ausschuss zusammen.

Einstimmig beschloss der Ausschuss einen Zuschuss von 10.000,00 € zur Mitfinanzierung des Projektes „Kein Kind ohne Mahlzeit“. Der Ausschuss folgte damit einem von der SPD gestellten Antrag. Das von der Sozialministerin Gitta Trauernicht (SPD) auf den Weg gebrachte Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ soll Kindern aus einkommensschwachen Familien die Teilnahme am Mittagessen in den Kindertagesstätten ermöglichen.

Die Initiative der Kieler Sozialministerin sieht eine Elternbeteiligung von 1,00 € pro Essen vor. Mit den jetzt bereit gestellten Mitteln –so Fischer- soll sichergestellt werden, dass die Kindern aus den Familien mit einem „schmalen Finanzbudget“ das Mittagessen kostenlos erhalten. Für den Fall, dass die jetzt bereit gestellten Mittel nicht ausreichen, kündigte Fischer die Aufstockung zum Nachtragshaushalt 2008 an . „Es ist unser Ziel“ –so Fischer- „dauerhaft kein Kind von der Teilnahme am Mittagessen auszugrenzen“.

Um fachlich angemessen und ohne zeitliche Verzögerung insbesondere bei Kindeswohlgefährdung reagieren zu können, sollen die Allgemeinen Sozialen Dienste des Kreisjugendamtes mit 2,8 Stellen personell verstärkt werden. Damit schloss sich der JHA einer SPD Initiative an, mit der Konsequenzen aus den tragischen Ereignissen von Kindesvernachlässigung der letzten Zeit z.B. in Städten Darry und Schwerin gefordert wurde.

„Wir wollen im Rahmen unserer politischen Handlungsmöglichkeiten Voraussetzungen schaffen, um gefährdeten Kinder die größtmögliche Hilfe zu geben“, so Fischer. Die vom JHA beschlossene Personalverstärkung ist für ihn ein notwendiger Schritt in die richtige Richtung.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 19.03.2008, 11:59 Uhr - 4673 Clicks - Nr. 299

Verkehrsunfälle 2007

Lothar Hay: Entwicklung insgesamt erfreulich, aber kein Grund zur Zufriedenheit – Motorradfahrer bleiben im Blick der Polizei

Erscheinungsdatum: 19.03.2008

Bei Verkehrsunfällen auf schleswig-holsteinischen Straßen starben im vergangenen Jahr 156 Menschen,

16 weniger als 2006. Damit erreicht Schleswig-Holstein fast wieder den historischen Tiefstand von 2005, als 151 Menschen ihr Leben im Straßenverkehr verloren. Innenminister Lothar Hay sprach am Mittwoch (19. März) in Kiel von einer insgesamt erfreulichen Entwicklung, die aber keinen Anlass zur Zufriedenheit gebe. „Denn jeder Verkehrstote ist einer zu viel“, sagte der Minister.

Lothar Hay: Unfallzahlen dauerhaft senken und Unfallfolgen gering halten

Es sei ein ernstes Signal, dass die Zahl der Verkehrsunfälle um 1,2 Prozent auf 59.454 wieder leicht gestiegen sei. Dabei wurden 16.252 Menschen verletzt, 3,7 Prozent mehr als 2006. Hays Schlussfolgerung: „Wir müssen uns weiter bemühen, die Verkehrssicherheit zu steigern.“ Die Polizei arbeite daran, die Unfallzahlen dauerhaft zu senken und die Unfallfolgen gering zu halten. „Die Landespolizei ist auf einem guten Weg“, sagte der Minister. Denn auf eine Million Einwohner kommen in Schleswig-Holstein statistisch 55 Verkehrstote. Der Bundesdurchschnitt beträgt 60. „Wir haben den drittniedrigsten Wert aller Flächenländer“, sagte Hay.

Hauptunfallursache Vorfahrtsmissachtung

Ursache für fast jeden vierten Unfall ist Vorfahrtsmissachtung. Auf den Plätzen zwei und drei der Hauptunfallursachen folgen Fehler beim Abbiegen/Wenden/Rückwärtsfahren (21 Prozent) und nicht angepasste Geschwindigkeit (18 Prozent). Durch Alkohol und Drogen wurden im vergangenen Jahr rund 1.900 Verkehrsunfälle verursacht, das sind 99 Unfälle mehr als 2006. Junge Autofahrer - dazu zählt die Polizei Frauen und Männer im Alter von 18 bis 24 Jahren - verunglückten im vergangenen Jahr am häufigsten, weil sie zu schnell fuhren.

Raserei auf den Autobahnen mit schweren Folgen

Nicht angepasste Geschwindigkeit ist auch weiterhin mit deutlichem Abstand die Hauptunfallursache (20 Prozent) auf den Autobahnen des Landes. Allerdings ereignen sich lediglich 6,7 Prozent aller Verkehrsunfälle auf den Autobahnen. Gleichwohl: Bei jedem sechsten Verkehrsunfall auf der Autobahn wurde ein Verkehrsteilnehmer getötet oder verletzt. Hay sagte, es sei unerlässlich, dass die Polizei weiter intensiv nach Rasern fahndet. Ein Schwerpunkt repressiver Verkehrssicherheitsarbeit seien auch gezielte Kontrollen, um alkoholisierte oder unter Drogeneinfluss stehende Fahrer aus dem Verkehr zu ziehen.

Als Fußgänger lebt man weniger gefährlich

Die Entwicklung der Unfallzahlen bei den so genannten schwächeren Verkehrsteilnehmern verlief 2007 weiter positiv. Während sich die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle mit Fußgängern auf dem Niveau der zurückliegenden Jahre bewegt, ging die Zahl der getöteten Fußgänger deutlich zurück: Starben 1997 noch 40 Fußgänger im Straßenverkehr, waren es im vergangenen Jahr nur noch 13, der niedrigste Wert der letzten fünf Jahre.

Kinder verunglücken häufig als Mitfahrer

Die Zahl der Unfälle mit Kindern ging auch im vergangenen Jahr weiter zurück. Bei 1.308 Unfällen (2,7 Prozent weniger als 2006) wurden drei Kinder getötet, sechs weniger als 2006. Insgesamt verunglückten 1.382 Kinder, fast ebenso viel wie 2006. Die Analyse der Statistik zeigt, dass Kinder immer weniger als Fußgänger und Radfahrer verunglücken, dafür aber häufiger als Mitfahrer. Der Minister sagte, die Polizei werde wieder verstärkt auf die Nutzung von Kindersitzen und Sicherheitsgurten achten.

Motorradunfälle – Erfolgreiche Verkehrssicherheitsaktion wird fortgesetzt

Die Verkehrssicherheitsaktion 2008 widmet sich erneut den Motorradfahrern. Unter dem Motto „Raser kommen zu früh! ... in den Himmel“ wendet sich die Polizei neben Bikern besonders an Autofahrer, um deren Verhalten gegenüber Motorradfahrern zu verändern. Hay verspricht sich davon eine Trendwende in der Entwicklung der Verkehrsunfälle mit motorisierten Zweirädern, deren Zahl 2007 um sechs Prozent erneut angestiegen ist. Dabei wurden 438 Menschen schwer verletzt, ebenso viele wie 2006, allerdings registrierte die Polizei zwölf Unfalltote weniger. „Unser Konzept zeigt Erfolge, auf denen wir aufbauen können“, sagte der Minister.

Eine Untersuchung der Bundesanstalt für Straßenwesen bestätigte auch eine für Schleswig-Holstein geltende Feststellung, dass etwa die Hälfte der Motorradunfälle andere Verkehrsteilnehmer verursachten. Es fällt auf, dass in Schleswig-Holstein trotz einer steigenden Zahl von Motorradunfällen die schweren Folgen für die Verkehrsteilnehmer weniger dramatisch ausfallen. „Motorradfahrer fahren insgesamt umsichtiger“, meinte Hay. Die intensive Überwachung, viele Präventionsaktionen der Polizei auf Motorradveranstaltungen und die breite Öffentlichkeitsarbeit hätten Wirkung gezeigt. Es gebe keine Alternative zu einer ausgewogenen Mischung aus Prävention und Repression.

Die ausführlichen Informationen zur Unfallstatistik finden Sie im Verkehrssicherheitsbericht 2007 (pdf 734-KB).

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 19.03.2008, 15:30 Uhr - 1585 Clicks - Nr. 300

Seebad Düsternbrook-Ratsversammlung muss über wichtige Angelegenheit entscheiden

Der sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt zu der angekündigten Vertragsunterzeichnung für den Betreiberwechsel der Seebadeanstalt Düsternbrook zwischen der Landeshauptstadt Kiel und der Strandkultur MMV OHG:

"Die SPD-Ratsfraktion hat erhebliche Bedenken gegen die Unterzeichnung des Vertrages. Wir haben die Oberbürgermeisterin aufgefordert, den Vertrag nicht abzuschließen, weil dies eine Missachtung der Gemeindeordnung und der Zuständigkeiten der Selbstverwaltung bedeuten könnte. Nach unserer Auffassung muss die Verwaltung die Ratsversammlung nach Vorberatung in den Ausschüssen für Schule und Sport sowie für Soziales, Wohnen und Gesundheit über den Vertrag beschließen lassen.

Nach § 27 GO entscheidet die Gemeindevertretung über alle für die Gemeinde wichtigen Selbstverwaltungsangelegenheiten. Der Vertragsschluss zum Betreiberwechsel für das Seebad Düsternbrook ist eine wichtige Angelegenheit für Kiel! Die Bedeutung der historischen Seebadeanstalt Düsternbrook und die außerordentlich ausgeprägte Identifikation vieler Kielerinnen und Kieler mit dieser Einrichtung widersprechen dem simplen Vertragsschluss zwischen Stadt und Privaten ohne Beteiligung der Ratsversammlung. Die Verwaltung darf deshalb erst nach Beschluss durch die Selbstverwaltung einen Vertrag schließen."

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 19.03.2008, 17:32 Uhr - 8134 Clicks - Nr. 301

Steuerfahndung braucht gutes Personal

„Steuerhinterziehung ist nicht hinzunehmen. Sie entzieht der solidarischen Gesellschaft Geld, mit dem Bildung, Arbeit und soziale Gerechtigkeit gefördert werden müssen. Die Ergebnisse der Steuerfahndung 2007 machen deutlich, dass es sich lohnt, gegen Steuerhinterziehung vorzugehen.“ Dies erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Birgit Herdejürgen zur Bilanz der Steuerfahndung für 2007.

„Die SPD-Landtagsfraktion fordert weiterhin, die Zahl der Ausbildungsplätze in der Steuerverwaltung zu erhöhen. Nicht nur bei der Steuerfahndung und bei den Betriebsprüfungen ist gutes Personal notwendig. Auch im Innendienst benötigen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Zeit, wenigstens grundlegende Plausibilitätsprüfungen vorzunehmen.

Konsequentes Vorgehen gegen Steuerhinterziehung ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wir danken den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Steuerverwaltung für ihren Einsatz.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 20.03.2008, 08:30 Uhr - 1441 Clicks - Nr. 302

Rathaus-Galerie der Spekulation preisgegeben

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Jürgen Hahn erklärt zu dem von Frau Volquartz (CDU) und Herrn Todeskino (Grüne) dargestellten Zwischenergebnis des CIMA Gutachtens zum Kieler Einzelhandel:

"Die Zwischenergebnisse des CIMA-Gutachtens liegen nur Frau Volquartz (CDU) und Herrn Todeskino (Grüne) vor. Sind dessen Ergebnisse so problematisch für die beiden, dass sie es nicht wagen, die wirtschaftspolitischen Sprecher oder die Fraktionsvorsitzenden darüber zu unterrichten? Mit der Veröffentlichung und zeitgleichen Interpretation der Teilergebnisse, einen Tag bevor die Strukturanalyse zum Einzelhandel der Industrie- und Handelskammer sowie des Einzelhandelsverbands Nord e.V. vorliegt, beweisen Frau Volquartz (CDU) und Herr Todeskino (Grüne) ihre Unfähigkeit die Wirtschaft und ihre Verbände in komplexe Projektentwicklungen einzubinden. Stattdessen schaffen sie Raum für Spekulationen. In der Kritik der SPD-Fraktion steht dabei die Ignoranz gegenüber den berechtigten Innenstadtinteressen."

Keine Kommentare

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 20.03.2008, 10:16 Uhr - 3077 Clicks - Nr. 303

Gemütliches Kaffeetrinken im Haus Stormarn

Der SPD-Ortsverein Neumünster Süd lud am 14 März zu einem gemütlichen Kaffeetrinken in das Haus Stormarn ein und 75 Seniorinnen und Senioren kamen. Gastgeber war der Vorsitzende Wolfgang Radzko, einige Mitglieder des Ortsvereins und die Kandidatin im Wahlbezirk 11, in dem die Häuser Stormarn, Lauenburg und Dithmarschen liegen, Helga Hein. Leckere selbstgebackener Kuchen und Torten (von den SPD- Mitgliedern selbst hergestellt) wurde verteilt, die Gäste ließen sich Kaffee und Kuchen schmecken.

Nach der Begrüßung durch Helga Hein und Wolfgang Ratzko übernahm das Folklore-Duo "handgemacht" die weitere Unterhaltung. Frau Lobsien (Akkordeon) und Herr Nissen (Gitarre und

Gesang), brachten die Stimmung schnell auf Touren, und so manche Dame schmolz beim Gesang von "Hans Albers" dahin.

Nach zwei Stunden verabschiedeten sich alle voller Schwung. Die Gastgeber freuten sich, dass alles so gut geklappt hatte, und sagen Dank an den guten Geist des Hauses Stormarn, Frau Jahner. Die Gäste freuten sich über den kurzweiligen Nachmittag, der mit viel Umsicht ausgerichtet worden war.

Man kann schon sagen: Mit der SPD kann man vergnügt feiern!

Keine Kommentare

[SPD-Wilster](#) - veröffentlicht am 20.03.2008, 11:14 Uhr - 4564 Clicks - Nr. 304

SPD-Wilster stellt Kandidatinnen und Kandidaten auf

In großer Einmütigkeit stellten die Genossinnen und Genossen des SPD-Ortsvereins Wilster im Rahmen einer gut besuchten Mitgliederversammlung kürzlich die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wilsteraner Ratsversammlung auf. Zuvor wurde das Programm für Wilster verlesen, noch in einigen Punkten nach Diskussion nachgebessert und anschließend beschlossen.

Natascha Böhnisch, Vorsitzende der SPD-Wilster, dankte der Wahlkampf- und Programmkommission für die gute Vorarbeit.

Das [Programm](#) für die nächsten fünf Jahre und die [Direktbewerberinnen und -bewerber, sowie die Listenkandidatinnen und -kandidaten](#) sind hier veröffentlicht!



Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 20.03.2008, 11:48 Uhr - 9348 Clicks - Nr. 305

Wodarg: Ein Leuchtturm-Projekt ist es jetzt schon!

"Ich will einmal stolz sein auf das, was ich für die Menschen in dieser Stadt geschaffen habe", meinte nachdenklich der Unternehmer Gerhard Mittelmann, als ich nach seinen eigenen Erwartungen an das spannende Speicher-Projekt im Kappeler Hafen fragte.

Zu meiner Bürgersprechstunde in Kappeln gehört auch immer der Informationsaustausch mit dem Bürgermeister und ggf. weiteren Stadtvertretern.



Als ich mein Gespräch beim Kappeler Bürgermeister Feodoria fast beendet hatte, fragte der noch: "Waren Sie schon einmal beim Speicher am Hafen?"

Seine Darstellungen machten mich neugierig und ich bat ihn zu fragen, ob ich dort gleich einmal vorbeischaun dürfte. Telefonisch kam grünes Licht und wenige Minuten später stand ich neben dem mächtigen Backsteingebäude vor einem bescheidenen Container und ein freundlicher Herr Mittelmann bat mich in sein provisorisches Büro.

Nach einem Rundgang durch die luftige Baustelle war ich Feuer und Flamme für die vielen grossartigen Ideen, die das landwirtschaftliche Zweckgebäude zu einem hochattraktiven Hotel direkt an der Schlei machen werden.

Auch die ökologische Dimension kam nicht zu kurz: Der erfahrene Ingenieur Mittelmann möchte großflächige Heizungselemente in den denkmalgeschützten Bau integrieren, die aus der jederzeit gleichmäßig zur Verfügung stehenden Erdwärme eine Vorklimatisierung des ganzen Gebäudes sicherstellen. Im Winter wäre dann der zusätzliche Energieaufwand für Heizzwecke minimal und könnte leicht mit regenerativer Energie gedeckt werden.

Wegen der dafür notwendigen Unterstützung habe ich inzwischen den Schleswig-Holsteinischen Ministerpräsidenten um Unterstützung gebeten, der sich auch gleich bereit erklärt hat, dieses Kappeler Leuchtturmprojekt wohlwollend zu prüfen.

Beim "Tschuß" auf der Hafensperrmauer war gleich zu erleben, wie kommunikativ die Hafengegend in Kappeln ist: Hier braucht man bloß vor die Tür zu gehen und schon gibt es immer jemanden für einen zünftigen Klönschnack!

Ich freu mich schon auf die Eröffnung des neuen "alten Speichers"!

[Dr. Wolfgang Wodarg MdB](#)

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 20.03.2008, 16:24 Uhr - 1678 Clicks - Nr. 306

Situation der Frauen bei der Stadt Kiel zunehmend schwieriger!

"Die Situation der Frauen, die bei der Landeshauptstadt Kiel beschäftigt sind, hat sich verschlechtert", mit diesen Worten kommentiert die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Ingrid Lietzow den Bericht der Frauenbeauftragten der Landeshauptstadt aus der letzten Ratsversammlung.

"Insbesondere der Anteil von Frauen in Führungspositionen bei der Stadt ist prozentual rückläufig.

Die Begründungen aus dem Bericht der Frauenbeauftragten sind vielfältig. Einerseits fielen Stellen aufgrund von Zusammenlegungen von Ämtern weg, andererseits gab es angeblich nicht genügend Bewerberinnen für neu zu besetzende Stellen bei der Landeshauptstadt.

Fakt ist, dass sich das Arbeitsklima bei der Stadt mit Amtsantritt von Frau Volquartz (CDU) erheblich verschlechtert hat. Allein fünf Amtsleiterinnen warfen in dieser Zeit das Handtuch, verließen die Stadt oder ließen sich versetzen. Krankheitsgründe sollen dabei eine



erhebliche Rolle gespielt haben.

Aber woher resultiert die erhebliche Zunahme von langfristigen Erkrankungen insbesondere bei Mitarbeiterinnen der Stadt in Führungsetagen? Jeder weiß aus eigener Erfahrung, dass sich Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zunehmend krank melden, wenn sie überlastet oder unzufrieden mit ihrer Arbeit sind. Als Verwaltungschefin sollte sich Frau Volquartz die Frage stellen, was sie zukünftig im Personalbereich besser machen kann, anstatt wieder einmal über uneffektive Zusammenlegungen von Ämtern nachzudenken" so Lietzow abschließend.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 21.03.2008, 11:21 Uhr - 12057 Clicks - Nr. 307

Die schielende Braut SPD

Jörn Thießen ist „die schlechte Rechtfertigungslyrik“ seiner Parteigenossen leid. In einem Gastbeitrag für die „Netzeitung“ zur „Richtungsdiskussion“ in der SPD stellt er klar: „Die Linke bietet nichts, aber auch gar nichts, was wir nicht selbst und auch viel besser könnten.“



Den ganzen Beitrag gibt es [HIER](#).

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 21.03.2008, 11:26 Uhr - 13051 Clicks - Nr. 308

Sigmar Gabriel zu Besuch in Dithmarschen

Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen und des Kreisvorstands der Dithmarscher SPD traf Sigmar Gabriel in Begleitung der SPD-Kreisvorsitzenden Angelika Hansen-Siebels, des Landtagsabgeordneten Detlef Buder und des umweltpolitischen Sprechers des SPD-Landesverbandes Stefan Bolln den Unternehmer Bernd Bartels bei der Besichtigung der BeBa Energie GmbH in Kaiser-Wilhelm-Koog. Das Unternehmen bietet Kleinwindkraftanlagen (KWEA) an, die jeder in seinen Garten stellen könnte, so Bartels. KWEA seien im Bereich der Erneuerbaren Energien eine neue, innovative Lösung.



Sigmar Gabriel hob in seinem anschließenden Vortrag in Meldorf hervor, dass das nationale Klimaschutzprogramm erst durch den europäischen Emissionshandel ermöglicht werde. Weil CO₂-Ausstoß Geld koste, fördere diese Art Abfallgebühr den Reiz auf Erneuerbare Energien. Den Ängsten Dithmarscher Bürgerinnen und Bürger vor dem geplanten neuen Kohlekraftwerk in Brunsbüttel begegnete Gabriel, indem er ihnen die Alternative aufzeigte: Keine neuen Kohlekraftwerke bedeuteten mehr CO₂, weil die alten länger am Netz bleiben müssten. Der

Minister unterstrich, dass über 80 Prozent der weltweiten Klimaprobleme nicht durch Energieerzeugung entstünden, sondern durch die Futtermittel- und Kosmetikindustrie. Er sehe keine Konkurrenz zwischen Energieerzeugung und Klimaschutz, sondern zwischen Klimaschutz und Nahrungsmittelproduktion, hauptsächlich von Fleisch. „Wir haben nur die Wahl zwischen beherrschbarem oder nicht beherrschbarem Klimawandel und nicht zwischen Klimawandel oder kein Klimawandel.“ So der Minister zum Abschluss. Außerdem gehe es beim Klimaschutz auch um die Frage von sozialer Sicherheit und Weltfrieden. Schon jetzt würden Kriege um regenreiche Gebiete geführt, wie etwa in Teilen Afrikas. Die Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung mit Rohstoffen und die Senkung von CO₂ sei eine der größten industriellen Herausforderungen dieses Jahrhunderts.

Keine Kommentare

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 21.03.2008, 11:47 Uhr - 13294 Clicks - Nr. 309

Irish Folk in der Stadthalle Krempe

Der SPD-Ortsverein Krempe mit Stützpunkt Süderau/Steinburg veranstaltet am 05.04.2008 seinen 3. Irish-Folk-Abend in der Kremper Stadthalle und lädt dazu herzlich ein. Der Eintritt kostet lediglich 5 EUR. Beginn ist um 20:00 Uhr. Einlass ab 19:00 Uhr. Von 19:00 bis 23:00 Uhr wird auch wieder eine Kinderbetreuung angeboten. Spaß bei guter Musik, süffigem Kilkenny und leckeren Single-Malt-Whiskys ist garantiert.

Für die gute Musik steht in diesem Jahr wieder die Gruppe Stew`n`Haggis. Stew`n`Haggis ist seit fast 8 Jahren ein Leckerbissen auf dem



Speiseplan für die irish & scottish Folkfans. Ihre Musik lässt niemanden hungrig nach Hause gehen. Vielfalt an Instrumenten, mehrstimmiger Gesang und vor allem die Spielfreude bringen die Zuhörer schnell in Stimmung. Von Balladen über Tunes und mitreißenden Tanzstücken, die auf keiner Folknight fehlen dürfen, ist alles dabei.

Auftritte, wie in der Markthalle Hamburg als Support für die legendäre Oysterband aus England oder bei den British Days in Hamburg und Krefeld gehören zu den Highlights ihres Schaffens. Bereits vor 2 Jahren standen Stew`n`Haggis in der Stadthalle in Krempe auf der Bühne. "Es war ein super Abend und wir freuen uns schon, am 5.4. wieder dort zu sein." sagen Urte Eggers (Flöte, Gesang), Ralf Siegner (Gesang, Gitarre, Mandola), Michael Fitzner (Gesang, Mandoline, Gitarre, Accordeon) und Markus Lenggenhager (Geige, Accordeon).
Kommentar von [Kristin Fuchs](#) vom 21.03.2008, 12:19 Uhr:

RE:Irish Folk in der Stadthalle Krempe

Hallo liebe Kremper, leider kann ich in diesem Jahre nicht dabei sein, weil meine Nichte Konfirmation feiert. Drum sei an dieser Stelle gesagt: Schöne Veranstaltung, guter Whiskey, klasse Musik. Wer auch immer Zeit hat, es lohnt sich in Krempe mitzufeiern.

[SPD-Oelixdorf](#) - veröffentlicht am 21.03.2008, 13:18 Uhr - 4511 Clicks - Nr. 310

Ehrung für Edgar Wolf

25 Jahre Mitgliedschaft in der SPD war Anlass, die Leistungen von Edgar Wolf zu würdigen. Ortsvorsitzende Gisela Albrecht ließ zu Beginn der Jahreshauptversammlung die Leistungen von Edgar Wolf Revue passieren.

„Du hast sehr schnell nach deinem Eintritt in die Partei Verantwortung übernommen und 20 Jahre die Kasse des Ortsvereins geführt. Auch in der Gemeindevertretung hast du viele Jahre mitgearbeitet und dir insbesondere Verdienste als Vorsitzender des Schul- und Sportausschusses erworben“, würdigte Gisela Albrecht das Engagement von Edgar Wolf und überreichte ihm neben der Urkunde und silbernen Ehrennadel ein Buchgeschenk.



Keine Kommentare

[SPD-Hattstedt](#) - veröffentlicht am 21.03.2008, 17:44 Uhr - 2675 Clicks - Nr. 311

Treffen mit Vereinen

Der SPD-Ortsverein Hattstedt hat eingeladen:

Am 07. April 2008 (19:00 Uhr) lädt der SPD-Ortsverein die Vertreterinnen und Vertreter der Hattstedter Vereine zu einer Gesprächsrunde in Christiansens Gasthof ein. Die Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl möchten den Vereinen Gelegenheit geben, ihre Erwartungen an Kommunalpolitik und Gemeindevertreter zu formulieren. Wir hoffen auf rege Beteiligung und anregende Diskussionen zu diesem Thema getreu nach unserem Motto:

"SOZIAL - GERECHT - VOR ORT".

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 23.03.2008, 15:35 Uhr - 8081 Clicks - Nr. 312

Wodarg: Das Vermächtnis von Otto Wels bleibt unsere Verpflichtung!

Vor 75 Jahren, am 23. März 1933, entmündigte sich der deutsche Reichstag selbst und beschloss das sogenannte Ermächtigungsgesetz. Ein weiterer Schritt, der den Nazis den Weg an die Macht ebnete. Die Sozialdemokraten mit ihrem Vorsitzenden Otto Wels standen damals mit ihrem Nein gegen die diktatorischen Vollmachten für die Nazis allein. Die jetzige SPD-Fraktion trifft sich regelmäßig in "Otto-Wels-Saal" im Reichstagsgebäude.

Mit großem Pathos gab Hermann Göring kurz vor 20 Uhr das Ergebnis bekannt. "Mit 444 gegen 94 Stimmen ist das Ermächtigungsgesetz mit der verfassungsmäßigen Mehrheit angenommen. Der Reichstag des neuen nationalen Deutschlands hat in effektiver Arbeit in wenigen Stunden eine

Leistung vollbracht, zu der er früher in Jahren nicht im Stande gewesen wäre", rief der Parlamentspräsident unter Heil-Rufen der Nationalsozialisten. Der Reichstag hatte sich mit den dafür notwendigen Stimmen aller bürgerlichen Parteien selbst entmündigt. Die Sozialdemokraten standen damals mit ihrem Nein zu den diktatorischen Vollmachten für Adolf Hitler allein.



Mit dieser Verabschiedung des "Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich", wie es korrekt hieß, im provisorischen Sitzungssaal in der Berliner Kroll-Oper gegenüber dem ausgebrannten Reichstagsgebäude erreichten Nazis ihre Ziele formal legal. Es war die Ausschaltung von Parlament und Verfassung und gab ihnen freie Hand beim Übergang zur Alleinherrschaft. Darauf folgten die Gleichschaltung aller Behörden, Institutionen und Organisationen und die Auflösung aller Parteien außer der NSDAP.

Um die für diesen Beschluss notwendige Zweidrittel-Mehrheit zu sichern und eine Beschlussunfähigkeit des Reichstages durch ein Fernbleiben der linken Parteien zu verhindern, manipulierten die Nazis zunächst mit Billigung der bürgerlichen Fraktionen die Geschäftsordnung. Inhaftierte oder ausgeschlossene Abgeordnete wurden einfach für anwesend erklärt. Die 81 Parlamentarier der kommunistischen Partei, die zum großen Teil bereits verhaftet oder auf der Flucht waren, wurden zu dieser Sitzung nicht mehr eingeladen. Um das Gesetz durchzubringen, waren die Nazis aber trotzdem zumindest auf die Stimmen der katholischen Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei angewiesen. Für die 94 der 120 SPD-Abgeordneten, die noch teilnehmen konnten, wurde bereits der Weg in den Sitzungssaal zu einem Speißbrutenlauf. Sie mussten durch eine Gasse von SA-Trupps.

Es herrschte Totenstille, als Göring dann dem 60-jährigen SPD-Vorsitzenden Otto Wels das Wort erteilte. Die furchtlose Rede des gelernten Tapezierers aus Berlin gipfelte in dem legendären Satz: "Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht." Mit höhnischem Gelächter übertönten die NSDAP-Vertreter seine Sätze, in denen bereits Resignation durchzuklingen schien: "Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten." Besonders bewegend sein Schlusswort: "Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten ... ihr Bekenntnis, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft."

Dem schloss sich die fast kampflose Kapitulation des übrigen demokratischen Lagers an. Der Vorsitzende des Zentrums, Prälat Ludwig Kaas, begründete mit sorgenvoller Stimme das Ja der Fraktion. Reinhold Maier, der nach dem Krieg FDP-Vorsitzender wurde, schloss sich für die kleine liberale Staatspartei diesem Schritt an. Der spätere FDP-Politiker Theodor Heuss, der einmal Bundespräsident werden sollte, wollte eigentlich ablehnen. Schließlich beugte er sich dem Willen seiner Kollegen.

Keine Kommentare

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 25.03.2008, 09:51 Uhr - 3467 Clicks - Nr. 313

Jugendhilfeausschuss beschließt finanzielle Beteiligung

Jugendhilfeausschuss beschließt finanzielle Beteiligung am Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ und Verbesserungen beim Schutz vor Kindeswohlgefährdung.

Das war ein guter Tag für die Familien im Kreis Pinneberg“ fasste Thorsten Fischer, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses (JHA) und jugendpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion die Entscheidungen in seinem Ausschuss zusammen.

Einstimmig beschloss der Ausschuss einen Zuschuss von 10.000,00 € zur Mitfinanzierung des Projektes „Kein Kind ohne Mahlzeit“. Der Ausschuss folgte damit einem von der SPD gestellten Antrag. Das von der Sozialministerin Gitta Trauernicht (SPD) auf den Weg gebrachte Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ soll Kindern aus einkommensschwachen Familien die Teilnahme am Mittagessen in den Kindertagesstätten ermöglichen.

Die Initiative der Kieler Sozialministerin sieht eine Elternbeteiligung von 1,00 € pro Essen vor. Mit den jetzt bereit gestellten Mitteln –so Fischer- soll sichergestellt werden, dass die Kindern aus den Familien mit einem „schmalen Finanzbudget“ das Mittagessen kostenlos erhalten. Für den Fall, dass die jetzt bereit gestellten Mittel nicht ausreichen, kündigte Fischer die Aufstockung zum Nachtragshaushalt 2008 an . „Es ist unser Ziel“ –so Fischer- „dauerhaft kein Kind von der Teilnahme am Mittagessen auszugrenzen“.

Um fachlich angemessen und ohne zeitliche Verzögerung insbesondere bei Kindeswohlgefährdung reagieren zu können, sollen die Allgemeinen Sozialen Dienste des Kreisjugendamtes mit 2,8 Stellen personell verstärkt werden. Damit schloss sich der JHA einer SPD Initiative an, mit der Konsequenzen aus den tragischen Ereignissen von Kindesvernachlässigung der letzten Zeit z.B. in Städten Darry und Schwerin gefordert wurde.

„Wir wollen im Rahmen unserer politischen Handlungsmöglichkeiten Voraussetzungen schaffen, um gefährdeten Kinder die größtmögliche Hilfe zu geben“, so Fischer. Die vom JHA beschlossene Personalverstärkung ist für ihn ein notwendiger Schritt in die richtige Richtung.

Gez.

Thorsten Fischer

-Vorsitzender des JHA und jugendpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion-

Keine Kommentare

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 25.03.2008, 09:54 Uhr - 3612 Clicks - Nr. 314

Schülerbeförderung

Das Thema Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten wird wohl noch in diesem Monat abschließend entschieden, hofft Nicolai Overbeck, schulpolitischer Sprecher der SPD Kreistagsfraktion. Am 13. März wird der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport (SKS) eine Beschlussempfehlung für die abschließende Entscheidung des Kreistages am 19. März geben. Für Overbeck ist nach dem Stand der politischen Diskussion der Wegfall der verbindlichen 30%igen Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten „vom Tisch“. Grundschüler würden damit wieder kostenfrei zur Schule befördert werden. Mit dem Wegfall der 30% Regelung haben wir“ –so Overbeck- „ein wichtiges politisches Ziel erreicht, für das wir uns seit 9 Monaten immer wieder eingesetzt haben“.

Auch in den Fällen, wo eine HVV Netzkarte auch für private Zwecke genutzt wird, zeichnet sich nach Einschätzung von Overbeck eine Elternbeteiligung abgestuft nach Zonen ab. Hier will die SPD erreichen, dass zwischenzeitliche Fahrkostensteigerungen des HVV nicht auf die Elternbeteiligung angerechnet werden. So soll der Eigenbeitrag bei den Netzkarten auf monatlich

3,00 € für die 1. Zone und bis zu 12,00 € für den Gesamtbereich des HVV festgeschrieben werden.

Ein weiteres Ziel ist für die SPD eine familienfreundliche Regelung bei den HVV-Netzkarten. So soll für das 2. Kind nur die Hälfte der Beteiligung erhoben werden und beim 3. Kind soll die Beteiligung völlig entfallen.

An bewährte Regelungen der bestehenden Schülerbeförderungssatzung will die SPD festhalten. Beispielhaft verweist Overbeck auf Kinder mit geistigen Behinderungen, die oftmals mit Taxen zur Schule gefahren werden. Sollten die Eltern in der Lage sein, ihre Kinder selbst in die Schule zu bringen, würden sie aus den eingesparten Taxenkosten finanziell entschädigt werden.

Gez.

Nicolai Overbeck

-schulpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion-

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 25.03.2008, 13:14 Uhr - 21297 Clicks - Nr. 315

Wählen mit 16

Auf Initiative von Jörn Thießen stellten sich 160 Schülerinnen und Schüler an drei Schulen in seinem Wahlkreis (Steinburg, Dithmarschen-Süd und Segeberg-West) in Form einer riesigen 16 zum Gruppenfoto auf, um ihre Altersgenossen zur Teilnahme an der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein aufzurufen. „Eine hohe Wahlbeteiligung fällt nicht vom Himmel“, so Thießen. Deshalb diese Massenaktion zur Erinnerung daran, dass in Schleswig-Holstein schon 16-jährige an den Kommunalwahlen teilnehmen können.



Link zu einem Bild

[Kaiser-Karl-Schule Itzehoe](#)

[Gymnasium Marne](#)

[Gelehrtenschule Meldorf](#)

Link zu einem Artikel der [Norddeutschen Rundschau](#) vom 22.03.2008.

Kommentar von [Lutz Frank](#) vom 27.03.2008, 12:37 Uhr:

RE:Wählen mit 16

Eine super geile Aktion von Dir, finde ich/wir sehr gut! Grüße von der Seedorfer SPD Lutz

Kommentar von [Jürgen Klein](#) vom 27.03.2008, 10:47 Uhr:

RE:Wählen mit 16

Ich denke, wir alle sollten die Aktion von Jörn Thießen unterstützen. Die 16-Jährigen von heute sind die "Macher" von morgen. Wenn es uns nicht gelingt, die Jugendlichen davon zu überzeugen, dass es sich lohnt aktiv zu werden, wer soll dann z.B. die Kommunalpolitik in der Zukunft gestalten. Die Gesellschaft sollte ein großes Interesse daran haben, den Jugendlichen Politik nahe zu bringen

und verständlich zu machen. Dazu gehört auch, die Probleme der jungen Leute ernst zu nehmen und ihnen Mut zu machen sich einzubringen. Wenn wir es gemeinsam schaffen, unsere Erstwähler davon zu überzeugen zur Wahl zu gehen, haben wir den ersten Schritt getan.

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 25.03.2008, 13:45 Uhr - 1625 Clicks - Nr. 316

SPD zum Sozialpolitischen Hearing

Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Thomas Wehner erklärt:

"Das Sozialpolitische Hearing am 19. März hat deutlich gemacht, dass erhebliche Anstrengungen erforderlich sind, um Armut und Kinderarmut in Kiel wirksam zu bekämpfen. Nur drei Schlaglichter:

- Ein Drittel aller Kieler Kinder unter 15 Jahren müssen von Leistungen nach dem SGB II leben,
- in Gaarden sind es sogar 2/3 und in Mettenhof noch 60 %.
- Alleinerziehende Frauen sind von Armut besonders betroffen.

Die SPD-Ratsfraktion sieht sich in ihren Forderungen nach besseren Bildungschancen für alle und die zügige Einführung von Gemeinschaftsschulen und mehr Ganztagsangeboten bestätigt. Wir brauchen in den Stadtteilen Gaarden und Mettenhof und im Sozialraum Ost eine viel stärkere Forderung der Sozialarbeit in den Schulen als bisher.

Eine vehement vorgetragene Forderung im Hearing war nach einem Busticket für arme Kinder. Das von der SPD eingeführte Sozialticket haben CDU und Grüne gegen die SPD in dieser Wahlperiode abgeschafft. Wir werden uns hierum, wie auch um die Erstausrüstung für Schulkinder (Schulranzen) kümmern."



Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 25.03.2008, 20:36 Uhr - 2752 Clicks - Nr. 317

5 Gründe für die Gemeinschaftsschule

Die CDU versucht mit viel Polemik, den Quickbornern eine Gemeinschaftsschule auszureden. Je polemischer die Angriffe, desto wichtiger ist es für uns, die Vorteile dieser für unsere Kinder so wichtigen Schulform noch einmal vorzustellen. Jens-Olaf Nuckel, Fraktionsvorsitzender, stellt klar. Die Quickborner CDU weiss mal wieder alles besser!! Zum Thema Gemeinschaftsschule gab und gibt es immer wieder neue überwiegend polemische Kommentare. Diese wollen wir hiermit aufgreifen und dazu wie folgt Stellung nehmen:

1. Das Quickborner Elsensee-Gymnasium soll platt gemacht werden.

Was auch immer dies bedeutet, so ist diese Aussage falsch.

Angedacht ist, das Schulzentrum Süd als Gemeinschaftsschule zu entwickeln. Dies bedeutet, dass die Grundschule Goetheschule, die Heidkamp-Realschule sowie das Elsensee-Gymnasium zu einer Schule zusammengefasst werden sollen. Hier wäre endlich die Chance, unseren Kindern ein langes gemein-sames Lernen nach skandinavischem Vorbild zu ermöglichen.

Der Hinweis auf finnische Verhältnisse ist polemisch und falsch. In unserer Partnerstadt Boxholm in Schweden gibt diese Schulform schon sehr lange und alle Boxholmer Schüler sind sehr zufrieden

damit – auch mit grösseren Klassen und ggf. nur einem Lehrer!!

2. Es gibt in Gemeinschaftsschulen keine individuelle Förderung

Dies wurde im Rahmen der Diskussion über die Gemeinschaftsschule in der Ratsversammlung behauptet. Diese Aussage zeugt von Unkenntnis der Organisation der Gemeinschaftsschule und ist falsch! In einer Gemeinschaftsschule hat JEDER Schüler die Chancen, je nach Begabung angebotene Kurse nach Leistungsstärke zu belegen und somit eine Qualifikation für höhere Abschlüsse zu bekommen!

3. Die Gemeinschaftsschule ist der grösste Etikettenschwindel in der Bildungspolitik

Diese Aussage ist polemisch und falsch!

Unser dreigliedriges Schulsystem ist bereits über 100 Jahre alt und wurde vor dem Jahr 1900 in Deutschland eingeführt. Gesellschaftlich hat sich seit dieser Zeit einiges geändert und es ist an der Zeit, die Schulformen den Gegebenheiten und Anforderungen unserer heutigen Gesellschaft anzupassen. Schleswig-Holstein ist nicht der Vorreiter dieser Veränderungen. In den neuen Bundesländern, in Rheinland-Pfalz und Hamburg sind Veränderungen bereits seit langem durchgeführt oder werden jetzt eingeführt. Und diese Länder haben eben auch schon länger positive Erfahrung mit ihren neuen Schulformen gemacht.

4. Die Lehrer sind noch nicht einmal ausgebildet für diese Schulform

Diese Aussage ist polemisch und falsch!

Das Konzept einer Gemeinschaftsschule soll durch das Kollegium erarbeitet werden. Natürlich muss hierbei durch das Land Schleswig-Holstein gestützt werden. Diese Unterstützung ist zugesagt. Gleichzeitig muss das Rad ja nicht immer neu erfunden werden. Die in Thüringen und Rheinland-Pfalz bereits praktizierten Schulen gleichen denen der Gemeinschaftsschule. Auf diese Erfahrungen können Schulen jederzeit zurückgreifen!

5. Die Gemeinschaftsschule nimmt der geplanten Regionalschule die Schüler

Diese Aussage ist polemisch!!

Gesagt wird damit jedoch, dass

- die Gemeinschaftsschule deutlich mehr angenommen wird als die Regionalschule
- die Gemeinschaftsschule eine zukunftsorientiertere Schulform ist
- das Eltern die Chancen ihrer Kinder in einer Gemeinschaftsschule deutlich höher bewerten

Wir, die SPD in Quickborn glauben nicht daran, dass die Regionalschule keine Berechtigung hat. Wir gehen davon aus, dass beide Schulen gemeinsam in unserem grossen Quickborn mit dem Einzugsgebiet aus dem Umland bestehen können.

Unser vorrangiges Ziel ist es, den Eltern in Quickborn und Umgebung die Wahl der Schulform zu geben. Wer anders als die Eltern kann über die eigenen Kinder am besten entscheiden!

Und diese Wahl wurde den Eltern genommen. Verwiesen wird durch die Quickborner CDU auf Gemeinschaftsschulen in der Umgebung. Damit vertreiben wir Quickborner Bürger aus unserem

Ort. Ansiedlungsentscheidungen werden bei jungen Familien überwiegend nach dem Schulangebot entschieden.

Insofern konterkariert die Quickborner CDU das Bestreben nach neuen Wohngebieten, ausgewiesen als „Junges Wohnen“!

Mittlerweile sind über 50 Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein geplant. 50 Schulen, die dem „grössten Etikettenschwindel der Bildungspolitik in Schleswig-Holstein aufgefressen sind“sagt die Quickborner CDU.

Wir fordern die CDU in Quickborn auf, sich endlich inhaltlich und nicht polemisch mit der absolut zukunftsfähigen Gemeinschaftsschule auseinanderzusetzen und den Elternwillen zu respektieren!!

25451 Quickborn, den 23.03.2008
Jens-Olaf Nuckel
Fraktionsvorsitzender

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 25.03.2008, 21:29 Uhr - 3623 Clicks - Nr. 318

Diskotheek bald in der Innenstadt?

Der Artikel vom 14.03.08 im QT lässt den Eindruck erwecken, dass die SPD nicht an der Ausschusssitzung teilgenommen hat. Zur Klarstellung dieser Leserbrief.

Der Artikel lässt den Eindruck erwecken, dass die SPD nicht an der Ausschusssitzung teilgenommen hat. Zur Klarstellung dieser Leserbrief.

Wir befürworten nach wie vor eine Disko in dem Gebiet, lehnen aber eine Großdisko - nur die sei angeblich wirtschaftlich zu betreiben - strikt ab. Auf unsere Initiative werden zur nächsten Beratung der Kinder- und Jugendbeirat sowie ein Fachmann eingeladen. Die sollen ihre Meinung zu einer „kleineren“ Diskothek äußern. Ein Planer schlug eine Disko mit 300 qm Nutzfläche vor, um Beeinträchtigungen in der Nachbarschaft zu mindern. Doch auf diese Vorfestlegung wollte ich die Beratung nicht eingeeengt haben.

Diskotheeken erfreuen unsere Jugendlichen und sind ein Bestandteil lebendigen Lebens in einer Stadt. Doch sie können auch Beeinträchtigungen für die Anlieger erzeugen. Negative Erfahrungen sind noch in guter Erinnerung. Sollten mit einer neuen Diskothek flankierende Maßnahmen wie zum Beispiel ein Wachdienst diskutiert werden, setze ich mich für eine Beteiligung durch die Stadt ein. Analog der Regelung, als sich die Stadt an den Kosten für einen „Diskobus“ beteiligt hatte. Denn wir dürfen die Anlieger nicht alleine lassen.

Keine Kommentare

Wahrnehmungsstörungen, ein wachsendes Problem bei Kindern und Jugendlichen!

WODARG IN NIEBÜLL:

Wahrnehmungsstörungen bei Kindern und Jugendlichen erfordern mehr Aufmerksamkeit und mehr Engagement der ganzen Gesellschaft! Eine spannende Diskussion im Kongresssaal des Krankenhauses Niebüll zeigte die bestehende Defizite und wies die Richtung für pädagogische und politische Konzepte. So viel kompetente Einmütigkeit muss für die Politik im Kreis, Land und Bund Konsequenzen haben, war die Forderung der veranstaltenden SPD-Politiker und ihrer Gäste.



Auf großes Interesse stieß die Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS) zum Thema Wahrnehmungsstörungen bei Kindern und Jugendlichen, die am 19. März 2008 im Kongresssaal des Krankenhauses in Niebüll stattfand. Über hundertsechzig Engagierte aus Kindertagesstätten, Schulen, Praxen, Verwaltungen und betroffenen Elternhäusern waren der Einladung des Moderators Niels Arndt gefolgt, um mit ausgewiesenen Fachleuten Prävention, Diagnostik, Therapie und Rehabilitation dieser immer häufiger bei jungen Menschen auftretenden Störung zu diskutieren.

Akustische Botschaften werden nicht oder unzureichend gehört, wahrgenommen, verarbeitet oder memoriert und das führt zu Lern- und Verhaltensstörungen mit schwerwiegenden Folgen für viele betroffene Kinder und deren Umfeld.

Schulpsychologe, Lerntherapeut, Logopädin, HNO-Arzt, Fachberaterinnen aus Schulen, Verwaltung und Spezialeinrichtungen, Bildungs- und Gesundheitspolitiker: alle lieferten fachliche Beiträge, sprachen über Stärken und Defizite der bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung von Wahrnehmungsstörungen bei Kindern.

Über die audiologischen, entwicklungsphysiologischen, psychologischen, pädagogischen und sozialen Abläufe und Störungen zu Haus, in Kita und Schule oder später wurden die Anwesenden somit gründlich informiert. Auch die notwendigen Hilfestrukturen stellten die erfahrene Fachleute aus der Nordregion vor und ergänzten ihre Bestandsaufnahme durch Forderungen an Kreis-, Landes- und Bundespolitik.

Im Kreis Nordfriesland existiere bereits ein bewährtes Frühförderungsnetzwerk, welches man auf alle Fälle erhalten und um noch bessere Fördermöglichkeiten in Bildungseinrichtungen ergänzen möchte. Legasthenie-Kinder würden aber immer noch unzulässig benotet und nicht - wie eigentlich möglich - unter Berücksichtigung ihrer Behinderung behandelt.

Woher kommt die Zunahme der Wahrnehmungsstörungen bei Kindern? Was müssen wir tun um sie zu vermeiden? Schnelle Bild und Tonsequenzen aus dem Fernseher, nicht verarbeitbare Reizüberflutung, Bild- und Ton-Müll bringt nicht nur Kinder und Jugendliche zum Abschalten. In der kindlichen Entwicklung haben sie jedoch verheerende Folgen.

DR. WODARG:

Konzentriertes Zuhören, wenn vorgelesen oder erzählt wird, ist eine notwendige Übung, für die in vielen Familien gar keine Zeit mehr bleibt. Wahrnehmungsstörungen treten besonders häufig bei Kindern auf, deren Eltern sozial, finanziell und von den Bildungsvoraussetzungen her selbst stark belastet sind. Auch der Zugang zu Diagnose und Hilfen ist abhängig von der sozialen Schichtzugehörigkeit. Das ist eine große Herausforderung für unsere Gesellschaft. Wenn wir nicht sofort energische Maßnahmen zur Prävention und Hilfe ergreifen, wird die Not größer und die Hilfe später sehr teuer und schwierig.

Weniger fernsehen und mehr Geld für Bildung? Warum nicht eine Bildungsabgabe mit den Fernsehgebühren erheben? Monatlich 1 Euro und wir hätten gut eine halbe Milliarde mehr im Jahr für notwendige Maßnahmen und Personal in Kitas und Schulen! (Wenn dadurch weniger ferngesehen wird, ist das kein Schaden!)

Und noch etwas zum Thema Personalmangel: Warum werden zwei Drittel der Lehrerinnen und Lehrer im Schnitt mit 54 Jahren pensioniert und nicht mehr für unser Bildungssystem in anderer Funktion umgeschult und eingesetzt?

Weshalb sind wir nicht mutig genug, alle Maßnahmen der Kinderbetreuung und Förderung wie in vielen anderen Staaten aus Steuergeldern zu finanzieren? Die Region, die damit anfinge, wäre ein Magnet für junge Eltern, würde also auch finanziell sehr schnell von dieser nachhaltigen Investition profitieren und hätte später weniger Last mit teurer Therapie, Rehabilitation und Schadensbegrenzung. Also mehr Mut und Eile sind geboten - es lohnt sich für die ganze Gesellschaft!

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 26.03.2008, 14:29 Uhr - 3960 Clicks - Nr. 320

Für den Breitensport Kooperationen nutzen

Zu der am 20.03. vorgestellten Studie „Sportstätten neu denken und gestalten“ erklärt der sportpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Die Studie bestätigt unsere Einschätzung, dass neue Finanzierungsformen für die Sanierung und Erhaltung von Sportstätten entwickelt werden müssen. Sie gibt dafür gute Anregungen. Jede Kooperation, z. B. von Kommunen und Vereinen, in einer Genossenschaft oder als öffentlich-private Zusammenarbeit ist einer Vollprivatisierung vorzuziehen, wenn wir weiterhin Breiten- und Vereinssport für alle Bevölkerungsschichten ermöglichen wollen.

Der Sport leistet viel sowohl in der Gesundheitsvorsorge als auch im sozialen Bereich, z.B. bei der Gewaltprävention. Aus den Vereinen kommen immer wieder bemerkenswerte Innovationen. Ein hervorragendes Beispiel ist der Aufbau und die Gründung einer gemeinnützigen Einrichtung zur Kriminalitätsverhütung.

Die Bedeutung des Sports als Wirtschaftsfaktor wird bei uns immer noch unterschätzt. Das Sportland Schleswig-Holstein sollte das Dienstleistungsangebot für sportbezogene Nachfragen

ausbauen und verstärkt sportinteressierte Urlauber ansprechen – dieses Feld sollten auch die Vereine nutzen. Die Möglichkeit, privates Kapital in Form von Sponsoring oder Stiftungen zu erhalten, wird sicherlich noch nicht genügend ausgeschöpft.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 27.03.2008, 10:28 Uhr - 3032 Clicks - Nr. 321

SPD-Engelsby: Kinder fotografieren ihren Stadtteil

In den vergangenen beiden Winterhalbjahren fotografierten Kinder aus dem Stadtgebiet ihr direktes Lebensumfeld. Rund 500 Kinder aus allen Stadtteilen haben bei dem Spielmobil-Winterprojekt mitgemacht und präsentieren nun im Rahmen einer Ausstellung in der Bürgerhalle des Flensburger Rathauses ihre Sichtweise für ihren Stadtteil.

Die Ausstellung wird am Montag, dem 7. April, um 16 Uhr, in der Bürgerhalle des Flensburger Rathauses, vom Zweiten Bürgermeister Jochen Barckmann eröffnet.

Die Ausstellung kann bis zum 24. April während der Öffnungszeiten des Rathauses besichtigt werden.

Keine Kommentare

[Ute Erdsiek-Rave](#) - veröffentlicht am 27.03.2008, 14:31 Uhr - 3899 Clicks - Nr. 322

Land fördert Ausbau der Kleinkinderbetreuung mit 113 Mio.

Der deutliche Ausbau der Kleinkinderbetreuung wird die Familien in Schleswig-Holstein weiter stärken. "Wir stellen damit die frühkindliche Förderung insgesamt auf eine breitere Basis. Zugleich hilft es den Eltern und besonders alleinerziehenden Müttern und Vätern, die einen Beruf ausüben wollen", so Bildungs- und Frauenministerin Ute Erdsiek-Rave.

Dadurch werde die Stellung der Städte und Gemeinden als Bildungsstandorte gestärkt und Schleswig-Holstein insgesamt noch attraktiver für junge Familien.

Dieser Ausbau wird ermöglicht durch ein Milliardenprogramm des Bundes und der Länder. Schleswig-Holstein erhält aus dem Bundesprogramm bis 2013 eine Gesamtsumme von 136 Millionen Euro, davon 74 Millionen Euro für Investitionen und 62 Millionen Euro für den laufenden Betrieb. Trotz schwieriger Haushaltslage hat das Land sich verpflichtet, mit 113 Millionen Euro zum Ausbauprogramm beizutragen. Damit wollen wir erreichen, dass die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren bis zum Jahr 2013 von 8 auf 35 Prozent erhöht wird. Es geht ganz konkret um 17.000 neue Betreuungsplätze – davon zwei Drittel in Kindertageseinrichtungen und ein Drittel in der Tagespflege.

Daneben wird aber auch in die Qualität der Betreuung investiert. Denn die Familien, die ihr Kind in eine Einrichtung geben, müssen davon überzeugt sein, dass es dort gut aufgehoben ist und dass es seinem Alter entsprechend gefördert wird. Rund 80 ausgewählte Kindertageseinrichtungen sollen als Kompetenzzentren unter anderem die Qualifizierung und Vermittlung von Tagesmüttern übernehmen. Dafür stellt das Land gesondert fünf der 113 Millionen Euro bereit.

Auch in anderen Ländern gibt es gute Erfahrungen mit frühkindlicher Betreuung: Z.B. in Dänemark oder Frankreich. Auch hier profitiert das Familienleben von der umfassenden Versorgung mit Krippenplätzen. Dabei ist klar: Kleinkinder brauchen natürlich zuallererst die Eltern als enge Bezugspersonen - aber das schließt eben nicht aus, sie werktags für einige Stunden in andere Obhut zu geben. Es ist belegt, dass die Intensität der Bindung an Mutter und Vater wichtiger ist, als die reine Zeit, die Eltern und Kinder zusammen verbringen. Zudem spielt die Krippenbetreuung gerade für Kinder aus schwierigen familiären Verhältnissen eine wichtige Rolle. Die besondere Förderung schon in der Krippe und dann in einer Kindertageseinrichtung haben in der Regel positive Auswirkungen auf die späteren Leistungen in der Schule.

Auch die Wirtschaft profitiert von einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Angesichts des Fachkräftemangels liegt es im Eigeninteresse von Unternehmen, gerade gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen eine Perspektive zu verschaffen. Dabei darf nicht nur den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Flexibilität abverlangt werden. Betriebe müssen sich auch auf Familien zubewegen. Dies steigert nicht zuletzt auch die Motivation der Beschäftigten.

Mit den Zusagen des Bundes und der Länder, können die Kommunen, auf der Grundlage einer Bedarfsplanung, in die Ausbauplanung und – umsetzung starten. Alle Bauprojekte ab Mitte Oktober 2007 können durch die Träger über die Kommunen an die zuständigen Kreise eingereicht werden.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 28.03.2008, 11:41 Uhr - 1260 Clicks - Nr. 323

Qualifizierter Nachwuchs für Kieler Verwaltung bald Mangelware?

Die personalpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Ingrid Lietzow erklärt zur Situation der Nachwuchskräfte für die Kieler Verwaltung:

"Bewerberinnen für eine Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten im Jahr 2008 haben vor Kurzem einen Brief von der Verwaltung erhalten. Darin wurde ihnen bestätigt, dass sie (vor einiger Zeit) an einem schriftlichen Test für die Verwaltungsausbildung teilgenommen haben, aber Ergebnisse wurden nicht mitgeteilt, sondern: ".....war es uns leider nicht möglich, das Auswahlverfahren weiter zu führen..." und "... werden das Verfahren voraussichtlich Ende April/Anfang Mai wieder aufnehmen..." Die Adressaten sollten noch kurz telefonisch mitteilen, falls sie anderweitig einen Ausbildungsplatz erhalten haben oder kein Interesse mehr besteht. Unterschrieben war der Brief nicht.

Die SPD-Fraktion kritisiert dieses schleppende Vorgehen zur Auswahl von Nachwuchskräften deutlich. Wir sind entsetzt, dass die Verwaltung die Prioritäten nicht ausbildungsorientiert bestimmt, sondern künftige Leistungsträger vergrault. Der Ruf der Kieler Verwaltung als guter Ausbildungsbetrieb nimmt durch diese Peinlichkeit zunehmend Schaden.

Dabei steht im Konzept Ausbildung der Landeshauptstadt Kiel unter anderem:

"Eine zielgerichtete Werbung für das Ausbildungsangebot der Landeshauptstadt Kiel gewinnt verstärkt an Bedeutung, insbesondere unter Berücksichtigung der Prognosen, dass mittel bis langfristig immer weniger Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung stehen werden.

Bereits heute wird es zunehmend schwieriger, aus dem Kreis der Bewerberinnen und Bewerber



geeignete Auszubildende auszuwählen.

In Konkurrenz zu anderen Ausbildungsbetrieben ist es notwendig Werbemaßnahmen zu ergreifen.....Die Auswahl der Auszubildenden erfolgt in einem kontinuierlichen, ganzjährigen Prozess....."

Hoch qualifizierte und für die Verwaltung geeignete Schulabgänger bewerben sich in der Regel auf mehrere Stellen und entscheiden nach der Qualität des Ausbildungsbetriebes. Beim schleppenden Vorgehen der Kieler Verwaltung wird es schwer, die Besten als Verwaltungsauszubildende einzustellen."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 28.03.2008, 11:45 Uhr - 1680 Clicks - Nr. 324

Auch Standortfrage bewirkt Personalengpass

Der bundeswehrpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt zur Meldung über Personalengpässe beim Marinefliegergeschwader:

"Für die SPD-Ratsfraktion ist die Verschlechterung der Einsatzzeiten bei Rettungsaktionen der Marineflieger nicht akzeptabel und Anlass zur Besorgnis. Der Personalengpass beim Marinefliegergeschwader 5 hat Gründe und die liegen nicht allein in der Attraktivität der fliegerischen und flugtechnischen Berufswahl, sondern in erster Linie in der laschen Haltung von CDU, Grünen und der Oberbürgermeisterin zum Standort der Marineflieger in Kiel-Holtenau.

Seit Jahren hat sich die SPD-Ratsfraktion in Anträgen und durch persönliche Kontakte für den Erhalt des Marinefliegerstandortes Kiel eingesetzt. Gleichwertiges Engagement konnten wir bei CDU und Grünen, leider auch bei Frau Volquartz (CDU), nicht feststellen."

Keine Kommentare

[Jusos Segeberg](#) - veröffentlicht am 28.03.2008, 11:49 Uhr - 9095 Clicks - Nr. 325

Nie wieder!

Die Jusos Segeberg beteiligen sich am Aktionstag „Demokratie und Toleranz stärken – Jung und Alt gemeinsam gegen Rechts“ am 2. April 2008.

Gemeinsam mit der AG 60plus, welche alle SPD-Mitglieder älter als 60 Jahre organisiert, werden die Jusos als die Repräsentanten der jungen Generation einen alternativen Stadtrundgang in Bad Segeberg durchführen.

Aufgezeigt werden soll, auf welcher dramatische und abstoßende Weise die Geißel des Nationalsozialismus das unmittelbare Leben der Menschen auch im Kreis Segeberg beeinflusst hat. Im Rahmen der Stadtführung werden historische Stätten wie das Kalkbergstadion sowie die neu eröffnete Synagoge besucht. Es soll aufgezeigt werden, welche Rolle diese Orte in der Zeit des Nationalsozialismus gespielt haben. Das Fazit der Erkenntnis muss sein: Nie wieder Nationalsozialismus und Intoleranz!

Treffpunkt der kostenlosen Führung ist am 2. April 2008 um 14 Uhr vor dem Kalkbergstadion in Bad Segeberg (Indian Village - Vorplatz). Im Anschluss findet in der Segeberger Synagoge des Nordens ein Abschlussgespräch statt.

Die Teilnahme ist ohne Anmeldung möglich. Bei Rückfragen stehen die Jusos Segeberg zur

Verfügung. Kontakt: Alexander Wagner, Tel. 0175 150 7474; wagner.alexander@spd-online.de

Bei Bedarf kann die kostenlose Mitnahme von Norderstedt aus organisiert werden. Kontakt hierfür: Sören Platten (Stellv. Landesvorsitzender der Jusos), S.Platten@jusos-sh.de oder 0174 – 33 66 494.

Keine Kommentare

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 29.03.2008, 12:11 Uhr - 11487 Clicks - Nr. 326

SPD-NET-SH - ein Erfolgskonzept in Steinburg

Mit dem SPD-Ortsverein Münsterdorf ist die dreißigste Gliederung im Kreis Steinburg der Internetkooperation SPD-NET-SH beigetreten. Damit sind jetzt alle Internetpräsenzen der SPD im Kreisverband Steinburg vernetzt.

„Unser nächstes Ziel ist es, die noch nicht im Internet präsenten Ortsvereine zu gewinnen“, so Kreisvorsitzender Rudolf Riep, der auch Sprecher der Netzwerkkooperation ist. „Dass unser Konzept erfolgreich ist, zeigt sich auch daran, dass die Internetseite des Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen in einem Webseitentest von 2.456 Abgeordneten aus Bund und Ländern zu den besten gehört!“

Kommentar von [Martin Preuschhof](#) vom 30.03.2008, 19:12 Uhr:

RE:SPD-NET-SH - ein Erfolgskonzept in Steinburg

Hallo Carsten & Rudi, ok, der mehrjährige unausgesprochene Wettkampf, zwischen den Kreisverbänden IZ und SE, wer mehr Gliederungen online stellt (die natürlich mit Leben erfüllt sein müssen) habt Ihr zu Euren Gunsten entschieden. Das gebe ich neidlos zu. Wer gewonnen hat, sollte bei Gelegenheit mal einen Ausgeben. Rote Grüße aus Norderstedt von Martin

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 30.03.2008, 21:03 Uhr - 8954 Clicks - Nr. 327

MdB WODARG: BETRIEBSBESUCHE IN DER REGION

FSG, Danfoss, FFG, Ultratroc/Donaldson, Kristronics, Robbe & Berking, FWN, Jürgensen: wirtschaftlicher Erfolg im Norden soll auch den Belegschaften zugute kommen. Über Wachstum, Strukturveränderungen und die besonderen Bedürfnisse und Sorgen der einzelnen Unternehmen und ihrer Mitarbeiter im Raum Flensburg informierte sich der Bundestagsabgeordnete bei zahlreichen Besuchen und Gesprächen mit Mitarbeitervertretungen und Firmenrepräsentanten vor Ort.



Die Besuchsreihe wird fortgesetzt! Am 17. April trifft sich der Abgeordnete zur Diskussion mit den Betriebsräten des Nordens im Flensburger Technologiezentrum und wird mit ihnen und seinem Gast, der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles über aktuelle Fragen der Sozial- und Arbeitspolitik diskutieren. (Siehe "Termine")

Keine Kommentare

Jusos-SH enttäuscht über Polizeieinsatz in Lübeck

Friedliche Demonstranten, darunter Jusos und Sozialdemokraten, mussten teilweise unverhältnismäßigen Polizeieinsatz mit ansehen und gerieten zwischen die Fronten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Juso-Kreisverband Steinburg veröffentlicht im folgenden eine Pressemitteilung von Sören Platten (LaVo) und Anne-Christin Heinrich (Kiel) zur Demonstration am 29.03.2008 in Lübeck:

Sag mir wo du stehst!

Zu den Vorkommnissen im Zusammenhang mit der Anti-Nazidemo in Lübeck erklären der stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos Schleswig-Holstein, Sören Platten (Norderstedt), und Anne-Christin Heinrich, Mitglied des Kreisvorstandes der Jusos Kiel:

"Gemeinsam mit engagierten Menschen aus ganz Deutschland haben die Jusos Schleswig-Holstein auf der Gegendemonstration am 29. März ein Zeichen gesetzt gegen den Rechtsradikalismus, der unser freiheitliches Wertesystem zum Feind hat. Leider wurde ihnen dieses Ansinnen schwerer gemacht, als man es erwarten sollte wenn man sich für Mitmenschlichkeit einsetzt", so Sören Platten.

"Zutiefst entsetzt mussten wir mit ansehen, wie die bis 15 Uhr angemeldete Kundgebung der Neonazis um eine halbe Stunde überschritten wurde, ohne dass die Polizei sie aufgelöst hätte. Obwohl sich die Polizei vorher nicht zu schade war, Zwangsmaßnahmen gegen friedliche Demonstranten anzuwenden, ließ sie die menschenverachtende Kundgebung über die Maßen hinaus gewähren.

Dies darf in einem demokratischen Staat nicht geschehen", so Anne-Christin Heinrich.

"Die Versammlungsfreiheit ist eines der wichtigsten Güter unserer Demokratie", so Sören Platten.
"Wenn die Nazis versuchen, sich der Mittel der Demokratie zu bedienen, um ihre menschenverachtende Ideologie herauszuposaunen, so erwarten wir von unseren Ordnungskräften, dass sie rechtsstaatliche Möglichkeiten zur Restriktion hier besonders empfindlich anwenden und nicht unnötig großzügig vorgehen.

Diese Forderung wiegt besonders schwer, als die demokratischen Demonstranten zuvor nicht unerheblichen Einschränkungen ausgesetzt waren. Wir erwarten von unserer Polizei, dass sie im Zweifelsfall immer weiß, wo sie steht", so Sören Platten.

"Darüber hinaus wurden die aus dem ganzen Land angereisten Jungsozialistinnen und Jungsozialisten Zeugen übertriebener Härte vor allem von einer Einsatzgruppe aus Berlin, die sogar Unbeteiligte in Richtung der vereinzelt Steinewerfer schubste, so dass diese in den unruhigen Kessel zwischen Polizei und Antifa gerieten.

Einem Rechtsstaat steht es wahrlich nicht gut an, wenn die Bürger Angst vor den Einsatzkräften der Polizei haben müssen", so die Kieler Jungsozialistin Anne-Christin Heinrich.

Dem pflichtet Sören Platten bei: *"Insgesamt drängte sich der Eindurck auf, dass die Lübecker Einsatzleitung, so sie denn überhaupt noch Herr des Einsatzes war, die Lage nicht kontrollieren konnte und nicht deeskalierend wirkte.*

Die Jusos lehnen Gewalt jedweder Art ab und bekennen sich zum rechtsstaatlichen System. Das impliziert aber eben auch, dass die Polizei als exekutives Organ unserer Demokratie eine Vorbildposition einnimmt, sich nicht provozieren lässt oder sogar selbst provoziert und vor allen Dingen auch solche Demonstranten schützt, die sich von Gewalt distanzieren. Diesem Anspruch wurden die in Lübeck eingesetzten Polizisten nicht immer gerecht", so Sören Platten abschließend.

Ergänzend zur Presseerklärung äußerte der Steinburger Juso-Kreisvorsitzende Arne Engelbrecht:

"Leider kann ich als Teilnehmer an der Demo am Sonnabend die in der Presseerklärung geäußerten Details nur bestätigen.

Insbesondere die Berliner Polizeieinheit ließ jegliches Augenmaß vermissen und machte keinen Unterschied zwischen friedlich demonstrierenden Bürgern und verummten Steineschmeißern. So wurden auch wir als friedlich demonstrierende Jusos und Sozialdemokraten von insbesondere Berliner Polizeikräften bedrängt und sogar attackiert. Das Verhalten dieser Polizisten war für uns nicht real von dem der gewalttätigen Demonstranten zu unterscheiden, geschweige denn wirkten die Beamten deeskalierend.

Wir als Jusos und Sozialdemokraten lehnen Gewalt grundsätzlich ab und dulden diese nicht in unseren Reihen.

Wir demonstrieren gegen Geschichtsrevisionismus, gegen braunes Gedankengut und für unsere demokratische Grundordnung. Letztere hat der Polizeieinsatz mit Sicherheit niemandem vermitteln oder näherbringen können."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 01.04.2008, 07:59 Uhr - 1386 Clicks - Nr. 329

SPD: Kiel braucht einen maritimen Tierpark

"Kiel braucht einen maritimen Tierpark. Mit Nemo, Knut, Flocke & Co. sollten wir Kiel auf den richtigen Kurs bringen" fordert SPD-Ratsherr Cai-Uwe Lindner.

Lindner moniert: "Während die OB Volquartz (CDU) und ihre schwarz-grünen Getreuen mit teuren Gutachten nach der richtigen Marktposition für Kiel suchen, lassen sie einfache menschliche Mechanismen völlig außer Acht. Angesichts des immensen Zulaufs von Besuchern in öffentlichen Tierparks und der vielfältigen Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen über possierliche Tiere in deutschen Zoos, muss man sich fragen, ob Kiel in diesem touristischen Segment richtig aufgestellt ist.

Vor kurzem wurde die Architektur für das neue Science Center an der Hörn präsentiert. Wenn dort künftig das Leben mit und aus dem Meer dargestellt werden soll, dann sollte die Stadt doch auch die Gelegenheit nutzen und die entsprechende Tierwelt lebendig präsentieren. Eisbären, Seehunde und Clownsfische sind echte Selbstgänger. Das Kindchen-Schema tut ein Übriges und verursacht ungebremste ekstatische Besucherströme. Die Stadt muss hier schnellstmöglich nachbessern. Das Hörngelände bietet ausreichend Platz für diese sinnvolle Ergänzung beim Science Center."

Abschließend erklärt Lindner: "Wer hätte geglaubt, dass Raubtiere wie Eisbären mit ihrem knuddeligen Nachwuchs eine derartige Euphorie bei den Menschen auslösen würden? Wenn ein Clownsfisch zum Hauptdarsteller eines Zeichentrickfilms werden kann, dann dürfte doch auch eine glibbrige Feuerqualle namens Püppi mit der richtigen Vermarktungsstrategie das Zeug zum Weltstar haben. Die SPD wird noch vor der Kommunalwahl eine entsprechende Initiative in die Ratsversammlung einbringen."

Keine Kommentare

[SPD-Owschlag](#) - veröffentlicht am 01.04.2008, 11:47 Uhr - 2942 Clicks - Nr. 330

Schülerbeförderung: Eltern erhalten Geld zurück

Erfolg für Owschlager SPD: Der SPD-Ortsverein Owschlag hatte vor einem Jahr beantragt, politisch durchzusetzen, den Elternbeitrag für die Schülerbeförderung nicht zu verlangen. Diese Linie hatte sich dann in der SPD durchgesetzt. Jetzt wird das Geld zurückgezahlt und andere schmücken sich damit.

Man glaubt es kaum, was ein kleiner Ortsverein der SPD erreichen kann: Am 3. März 2007 hat Volkhart Meyer für die Owschlager SPD auf einem Kreisparteitag beantragt und begründet, dass die kurz zuvor im Landtag beschlossene Elternbeteiligung für die Schülerbeförderung zurückgenommen wird. Dem



folgten der SPD-Kreisparteitag und der nachfolgende SPD-Landesparteitag. (Der IGEL berichtete) Unterstützt wurde diese Linie durch Elternproteste.

Als der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner im Landtag für diese Interessen der Eltern eintrat, war die Empörung beim Koalitionspartner so groß, dass er letztlich zum Erhalt der Koalition sein Amt als Innenminister aufgeben hat. Das war honorig und wir bedauern es.

Bei uns im Ort wurde im September 2007 von der Owschlager Kreistagsabgeordneten in dem Blättchen ihrer Partei ausführlich begründet, warum man auf keinen Fall auf die Elternbeteiligung bei der Schülerbeförderung verzichten könne. Zum Teil mit zynisch wirkenden Argumenten. Der Kreis habe „*seine Möglichkeiten zur Reduzierung der Belastung für die Eltern weitestgehend ausgeschöpft*“

Jetzt, rechtzeitig zur Kommunalwahl, wird das Geld zurückgezahlt. **Wir gratulieren den Eltern und freuen uns über den von uns mitzuverantwortenden Erfolg.**

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 01.04.2008, 13:12 Uhr - 7757 Clicks - Nr. 331

Demokratie und Toleranz stärken - Jung und alt gemeinsam gegen Rechts

„Rechtsextremismus darf keine Chance haben – weder in der Öffentlichkeit noch in den Parlamenten. In der Auseinandersetzung gegen neuen und alten Rechtsextremismus sind wir alle gefragt und gefordert. Wegschauen hilft nicht weiter“, das ist die Botschaft der SPD-AG 60 plus Kreis Rendsburg – Eckernförde.

„Auch Seniorinnen und Senioren können im Widerstand gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, für Demokratie und friedliches Miteinander einen wichtigen Beitrag leisten“, so der Sprecher der Kreisarbeitsgemeinschaft Heinz Danker und der Bewerber für den Kreisvorstand der AG 60 plus Hans Peter Robin zur lokalen Presse.

Deshalb steht der diesjährige, bundesweite „Tag der älteren Generation“ am 02.04.08 unter dem Motto „Demokratie und Toleranz stärken ! – Jung und alt gemeinsam gegen Rechts“.

Zusammen mit der Juso AG Rendsburg/Büdelndorf und Umland werden die SPD – Seniorinnen und Senioren das Dr. Bamberger Haus aufsuchen und nach einer Führung im Jüdischen Museum persönliche Erfahrungen aus Vergangenheit und Gegenwart austauschen (02.04.08 – 15.00 Uhr).

Keine Kommentare

SPD Rathausfraktion: Keine Privatisierung des Friedrich Ebert Krankenhauses

Zum Tarifabschluss im öffentlichen Dienst erklärt der Vorsitzende der SPD-Rathausfraktion, Andreas Hering:



„Die lineare Erhöhung für die Beschäftigten der kommunalen Krankenhäuser in Höhe von 1,6 % für 2008 und weitere 4,3 % ab 1. Januar 2009 darf nicht zu weiteren Belastungen der Beschäftigten im FEK führen... Die SPD appelliert in diesem Zusammenhang an die Bundesregierung, die Budgetierung der Krankenhausaussgaben an die realen Ausgabensteigerungen der Häuser anzupassen. Höhere Kosten für Energie und medizinischen Fortschritt dürfen nicht auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des FEK ausgetragen werden.“

Zum Hintergrund: Seit vielen Jahren dürfen die Krankeneinnahmen nur nach Vorgaben des Gesetzgebers steigen, egal wie viel die Krankenhäuser für ihre Leistung aufwenden müssen. Seit Jahren kommen die Krankenhäuser mit den niedrigen Steigerungsraten nicht mehr aus. Die Folge sind steigende Fallzahlen und Personalabbau. Dies führt zu unzumutbaren Belastungen der Beschäftigten in den Krankenhäusern.

Nach Auffassung der SPD-Rathausfraktion muss die Bundesregierung auf diese Entwicklung endlich reagieren!

Deshalb unterstützt die SPD-Fraktion eine Initiative der Betriebs- und Personalräte der 4 K-Kooperation (Friedrich-Ebert-Krankenhaus Neumünster, Westküstenkliniken Heide und Brunsbüttel, Klinikum Itzehoe, Rheumaklinik Bad Bramstedt). Diese hat bereits den Kreistag Dithmarschen zu einer Resolution zur Unterstützung der kommunalen Krankenhäuser bewegen können, der sich alle im Kreistag vertretenen Fraktionen angeschlossen hatten.

Diese Initiative wird jetzt auch von der SPD-Rathausfraktion unterstützt, die einen gleich lautenden Antrag für die Ratsversammlung am 29.04. vorlegen wird. Vorher wird die SPD die Resolution mit CDU und Grünen abstimmen. „Wir streben eine einvernehmlich Lösung aller im Rat vertretenen Parteien an“, erklärt SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Hering.

Und eines macht die SPD besonders deutlich: Trotz der angespannten Finanzlage kommunaler Krankenhäuser denke man nicht an eine Privatisierung des FEK, so wie die CDU es beim TBZ geplant hatte. SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Hering fordert von der CDU und allen anderen Parteien eine deutliche Absage an Privatisierungspläne und ein klares Bekenntnis zum FEK.

Man werde gemeinsam mit dem Betriebsrat und der Geschäftsführung nach kreativen Wegen suchen, um das FEK auch in Zukunft als leistungsfähiges Krankenhaus vor Ort zu erhalten. Das schaffe man jedoch nur, wenn jegliche Unsicherheit durch etwaige Privatisierungsgedanken ausgeräumt sind, so die SPD-Rathausfraktion abschließend in ihrer Erklärung.

Keine Kommentare

SPD-Kreisverband startet Kommunalwahlkampf

Dazu erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:

„150 Helfer haben in der Nacht zum vergangenen Sonntag mit der Plakatierung begonnen.



Rund 1300 Plakate sind aufgestellt und werben für die Politik und die Kandidaten der Kieler SPD. Für uns ist dies ein Beweis der hohen Motivation der Kreispartei. Das ist umso wichtiger, weil wir alles ehrenamtlich erledigen. Unser Beschluss, keine Spenden aus der Wirtschaft anzunehmen, setzt uns finanzielle Grenzen, die wir nur durch ehrenamtliches Engagement unserer Mitglieder ausweiten können. Wir rufen mit dem Wahlkampfauftakt auch zur Aktion „Such den roten Boxhandschuh!“ auf: Unser Symbol „roter Boxhandschuh“ steht für Selbstbewusstsein ohne Überheblichkeit, wir sind offensiv, aber fair. Es lohnt sich eine Tour durch die Stadtteile zu machen und sich die unterschiedlichen Plakate anzuschauen. Denn die roten Boxhandschuhe kommen auf den Plakaten sehr unterschiedlich zum Einsatz. Sind Sie neugierig geworden? Dann machen Sie sich doch auf zu einer Plakat-Schnitzeltour durch Kiel. Machen Sie mit bei unserem Preisrätsel „Such den roten Boxhandschuh!“

Mehr unter: www.kieler-staerke.de . Preise sind Büchergutscheine im Wert von 50 Euro und paar andere interessante Dinge.

Einsendeschluss ist am 25. Mai 2008.“

Keine Kommentare

Stadelmann: SPD begrüßt den Tarifabschluss für die Kommunen!

Zum Tarifabschluss im öffentlichen Dienst erklärt der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann:

"Die SPD-Fraktion begrüßt den Tarifabschluss für die Kommunen, besonders die höhere Anhebung der unteren Entgeltgruppen und die Erhöhung der Ausbildungsentgelte. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung werden so am Wirtschaftswachstum beteiligt. Das wird die Kaufkraft in der Stadt stärken und sowohl der Kieler Wirtschaft als auch den städtischen Steuereinnahmen zugute kommen. Zugleich kommt in dem Tarifabschluss auch die wichtige Anerkennung für die wertvolle Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst zum Ausdruck.



Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und der Schaffung eines modernen Zuwanderungsgesetzes durch die SPD-geführte Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde bereits eine strukturelle Entlastung der Kommunen von Aufgaben begonnen, die eigentlich gesamtstaatlicher Natur sind. Der Bund muss weiter in die Pflicht genommen werden, sich verstärkt an der Finanzierung der auf kommunaler Ebene vollzogenen Aufgaben zu beteiligen, z. B. bei der Grundsicherung. Das gilt auch für den kommunalen Finanzausgleich des Landes, der

derzeit noch immer die Städte mit ihren Zentrumsfunktionen zu wenig berücksichtigt. Hierin liegt die Zukunft der Konsolidierung des Kieler Haushalts."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 02.04.2008, 11:05 Uhr - 1276 Clicks - Nr. 335

Langfeldt: Wortbruch ist für die CDU kein Beinbruch!

Zur Pressemitteilung der stellvertretenden Kieler CDU-Ratsfraktionsvorsitzenden Michaela Pries vom 01.04.2008 erklärt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt:

"Aus der Pressemitteilung der stellvertretenden Vorsitzenden der Kieler CDU-Ratsfraktion vom 01. April 2008, die sich mit meteorologischen Phänomenen in der Politik befasst, entnehmen wir den Satz "Die CDU steht zu ihrem Wort". Offenbar handelt es sich da um einen - wenn auch schlechten - Aprilscherz.

Nur zur Erinnerung:

- Im Kommunalwahlkampf 2003 versprach die Kieler CDU, die Vergabe von Erbpachten für den Eigenheimbau fortzusetzen - heute will sie die Kieler Erbbaugrundstücke veräußern und macht damit künftige Erbpachtvergaben unmöglich.

- Außerdem versprach die Kieler CDU in demselben Kommunalwahlkampf 2003 und noch später in ihrem Kooperationsvertrag mit den GRÜNEN, dass der Breiten- und Amateursport die städtischen Hallen weiterhin kostenlos würde nutzen dürfen - und führte anschließend Hallennutzungsgebühren ein.

Wir lernen daraus: Für die CDU ist ein Wortbruch kein Beinbruch. Allerdings sollte die CDU nicht von sich auf andere schließen: Die SPD hat einen Beschluss getroffen - und der gilt. So einfach ist das."

Keine Kommentare

[SPD NMS Faldera](#) - veröffentlicht am 02.04.2008, 17:05 Uhr - 5503 Clicks - Nr. 336

"Patientenverfügung" - ich bestimme über mich selbst!

Arno Jahner - SPD Direktkandidat im Wahlkreis 19 / Faldera lädt Sie als interessierte Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner ein!

Im Rahmen seiner Kandidatenvorstellung findet am Freitag, 11. April 2008 um 17 Uhr in der Ukerhalle ein informativer Nachmittag rund um das Thema "Patientenverfügung - ich bestimme über mich selbst!" statt. Für Informationen aus erster Hand und kompetente Aufklärung sorgt der geladene Referent Klaus-Peter Puls, Rechtsanwalt und Notar a.D. sowie innen- und rechtspolitischer Sprecher der SPD Landtagsfraktion Kiel.

Bei Interesse melden Sie sich bitte telefonisch bei Arno Jahner / Telefon 04321/66933 an. Die Veranstaltung wird ca. 2 Stunden dauern und lässt ausreichend Zeit für kommunal- und landespolitische Fragen. Arno Jahner und der SPD Ortsverein Faldera haben zudem einen Abholservice zu



dieser Veranstaltung eingerichtet und freuen sich auf eine gutbesuchte und informative Veranstaltung.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 03.04.2008, 15:53 Uhr - 1478 Clicks - Nr. 337

Langfeldt: Aufatmen beim UKSH - was lange wehrt wird endlich gut!

"Wir sind sehr erleichtert, dass ein erneuter Streik beim UKSH in letzter Minute abgewendet werden konnte. Alle Beteiligten haben sich bewegt und sind aufeinander zugekommen", so die stellv. Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt".

"Ein gutes Zeichen für den Tarifabschluss beim UKSH war möglicherweise der erfolgreiche Ausgang der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst aus der vergangenen Woche. Für die Mitarbeiter des UKSH ist der Tarifabschluss erfolversprechend, denn eine Lohnerhöhung von 2,9 %, die Zahlung eines 13. Gehaltes, eine Beschäftigungsgarantie bis 2015 und ein weitgehender Verzicht auf Privatisierung des Universitätsklinikums zeigen, dass der Vorstand den vielen Beschäftigten weit entgegengekommen ist," so Langfeldt weiter.

Das Universitätsklinikum hat einen hervorragenden Ruf - auch weit über die Grenzen Kiels hinaus. Damit dies auch so bleibt ist es wichtig, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zufrieden ihre Arbeit verrichten können. Offen ist nur die Frage der Finanzierung des Tarifabschlusses. Es bleibt zu hoffen, dass schnellstmöglich ein konkretes Finanzierungsmodell auf den Weg gebracht wird," so Langfeldt abschließend.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 03.04.2008, 16:23 Uhr - 1539 Clicks - Nr. 338

Langfeldt: Jugendpolitik für SPD-Fraktion schon immer ein Thema!

Zur Pressemitteilung des CDU-Abgeordneten Niclas Herbst vom 03.04.08 zum Thema "Jugendpolitik im Abseits" erklärt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt:

"Seit 2003 hat sich die SPD-Ratsfraktion immer wieder für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den politischen Gremien eingesetzt. Zuletzt im März 2008, als die SPD-Ratsfraktion den Antrag für die Einrichtung eines Kinder- und Jugendbeirates in der Landeshauptstadt Kiel in die Ratsversammlung eingebracht hat.

Danach sollte ein Kinder- und Jugendbeirat in der Landeshauptstadt eingerichtet werden, um Jugendliche in Kiel an städtischen Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, stärker zu beteiligen. Zu unserem Bedauern stimmten gerade die Mitglieder von CDU und Grünen dem Antrag nicht zu, sondern votierten für eine Überweisung in den zuständigen Fachausschuss.

Mit der Veranstaltung "Jugend im Rat", die im Februar 2008 im Ratssaal stattfand, wurde vorerst ein Anfang gemacht. "Der Paragraph 47 der GO ist nicht umstritten, sondern leider so allgemein gehalten, dass sich die Verwaltung und Teile der Selbstverwaltung nur in geringem Umfang von ihm angesprochen fühlen. Hier gilt es nachzubessern", betont Gesa Langfeldt.

Eine gute Möglichkeit, Jugendliche an ihre Beteiligungsrechte und damit auch an die politische Arbeit heranzuführen, bieten die zahlreichen Jugendtreffs im Stadtgebiet. Nach den Aussagen von Herrn Herbst sind wir zuversichtlich, dass unser Antrag im Jugendhilfeausschuss beschlossen wird.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 04.04.2008, 22:56 Uhr - 8211 Clicks - Nr. 339

AG 60+ und Jusos: Zusammenstehen gegen Fremdenhass und rechte Gewalt

„Rechtsextremismus darf keine Chance haben – weder in der Öffentlichkeit noch in den Parlamenten. In der Auseinandersetzung gegen neuen und alten Rechtsextremismus sind wir alle gefragt und gefordert. Wegschauen hilft nicht weiter“, das ist die Botschaft der SPD-AG 60 plus Kreis Rendsburg – Eckernförde und der Juso AG Rendsburg/Büdelsdorf und Umland.

„Gerade Seniorinnen und Senioren können aufgrund ihrer Lebenserfahrung im Widerstand gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, für Demokratie und friedliches Miteinander einen wichtigen Beitrag leisten“, so die Sprecher der Kreisarbeitsgemeinschaft, Heinz Danker, und der AG 60 plus Rendsburg, Hans Peter Robin, zur lokalen Presse.

Deshalb stand der diesjährige, bundesweite „Tag der älteren Generation“ am 02.04.08 unter dem Motto „Demokratie und Toleranz stärken ! – Jung und alt gemeinsam gegen Rechts“. Teilnehmerin war auch die Landesvorsitzende der AG 60 plus Gertrud Ehrenreich.

Die gemeinsame Veranstaltung begann mit einem Besuch des Jüdischen Museums in Rendsburg. Nach einer Führung durch das Dr. Bamberger Haus wurde versucht, einen Bogen zu spannen von der Vergangenheit bis hin zur Gegenwart. Die älteren Genossinnen und Genossen erzählten aus ihrer Jugendzeit, die Jusos berichteten von ihren Erfahrungen.

Besonders aufschlussreich dabei die Erzählung von jungen Leuten mit Migrationshintergrund, die Ausländerfeindlichkeit erfahren und sich u. a. auch deshalb der Juso AG angeschlossen haben, um sich inhaltlich mit diesen „Wirrköpfen“ auseinanderzusetzen.

Einigkeit kam in der Forderung nach einem Verbot der NPD zustande. Aber auch die argumentative Auseinandersetzung wurde gefordert. „Vielleicht hilft einfach auch eine andere, eine bessere Politik. Eine sozial gerechte Politik würde derartige rechte und auch linke Extreme gar nicht erst entstehen lassen“, forderte zum Schluss ein älterer Teilnehmer.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 05.04.2008, 12:13 Uhr - 7079 Clicks - Nr. 340

MdB Dr.Wodarg: Private Militärfirmen gefährden das staatliche Gewaltmonopol!

Es sind längst keine Touristen mehr, die am Bagdader Flughafen landen. Die meisten Passagiere tragen Wüstenstiefel. Die zur Schau gestellten Muskelpakete und das kurz geschorene Haar lassen auf ihren Beruf schließen: es sind jedoch keine Soldaten der Koalitionstreitkräfte, es sind moderne Söldner. Nach einer Diskussion im Rahmen eines politischen Filmabends zu den Themen Gewaltökonomie und Privatarmeen im Flensburger "KINOPLEX", hier eine thematische Nachbereitung:

Die Söldner kommen aus aller Welt und werden von hohen Prämien - pro Tag bis zu 1.000 Dollar - in den Irak gelockt. In der Flughafenhalle erwarten sie Ihre Arbeitgeber - z.B. Blackwater, Triple, Canopy oder Aegis.

Nicht nur im Irak, wo mittlerweile weit über 30 000 Wachleute und Aufpasser das zweitgrößte Kontingent nach den US-Truppen stellen, bieten die privaten Sicherheitsfirmen ihre Leistungen an. In Saudi-Arabien, Afghanistan, Russland, Kolumbien, Liberia und anderen Krisenregionen bekommen die neuen Söldnern - darunter auch Deutsche - mit ihren High-Tech Aufklärungstechniken und modernsten Kriegsgeräten Aufträge.



Rolf Uessler addierte in seinem lesenswerten Buch "Krieg als Dienstleistung" (Berlin 2006) die Umsätze der privaten Militär- und Sicherheitsfirmen auf und gibt an, dass der Branchenumsatz 2005 bei ungefähr 200 Milliarden Euro lag. Von allen Wirtschaftszweigen weisen diese Firmen die höchsten Wachstums- und Profitraten auf. Private Militär und Sicherheitsfirmen gefährden das Gewaltmonopol und damit die Demokratie!

Diese Multi Million Dollar Industrie bietet unterschiedliche Dienstleistungen an. Dazu gehören die Durchführung von Kampfoperationen, Polizei- und Wachdienstfunktionen, Übernahme von logistischen Aufgaben, einschließlich Versorgung und Nachschub sowie Ausbildung, Beratung und nachrichtendienstliche Aufgaben. Die Auftraggeber sind Behörde, internationale Organisationen und Unternehmen. Bezogen auf Deutschland heißt dies, dass die private Kriegsindustrie auch Aufgaben wahrnimmt, die in die Kompetenz vom Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz fallen, denn auch Geheimdiensttätigkeiten sind im Aufgabenspektrum der privaten Militärfirmen in den letzten Jahren überproportional schnell gewachsen.

Überall auf der Welt wird Krieg zum Geschäft. Die Abhängigkeit der regulären Streitkräfte von privaten Söldnern hat deutlich zugenommen, auch im Westen. Staaten wie die USA und Großbritannien sind immer mehr auf dieses Outsourcing bestimmter Aufgaben angewiesen, so dass sie ohne die Hilfe der privaten Sicherheitsfirmen gar nicht mehr handlungsfähig sind. Weltweit sind heute mehr als eine Million Mitarbeiter bei den privaten Sicherheitsunternehmen als Söldner tätig. Selbst der normale Entwicklungsdienst in Krisengebieten wird immer häufiger von Sicherheitsdiensten begleitet, die gelegentlich schon teurer sind als die Entwicklungshilfe selbst.

Problematisch für die Friedenssicherung - die bei Militäreinsätzen unter UN- oder Nato-Mandat das Ziel darstellt - ist vor allem, dass es den Marktinteressen der privaten Militärfirmen widerspricht Konflikte in Krisenregionen zu entschärfen. Wenn es "knallt", blüht das Geschäft erst richtig auf! Das wirtschaftliche Interesse an der Verlängerung kriegerischer Auseinandersetzungen liegt in der Natur dieser Unternehmen.

Da das Aufgabenfeld dieser privaten Akteure auch militärische Kernaufgaben mit einschließt, berührt diese Entwicklung tatsächlich zunehmend das für Staaten und Völkergemeinschaften essentielle Gewaltmonopol. Durch mangelnde parlamentarische Kontrolle der Kriegsprofis und fehlende militärische Strafgerichtsbarkeit operieren Söldner nur all zu oft in rechtsfreien Räumen.

Mit dem Folterskandal im Gefängnis von Abu Ghraib wurde vielen klar, wie sehr das alarmierende Phänomen der Kriegsprivatisierung im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen aus dem Ruder laufen kann. Auf einem weltweit veröffentlichten Foto konnte man sehen, wie die Soldatin Lynndie England einen nackten irakischen Gefangenen an einer Leine wie einen Hund hinter sich her zog. Es stellte sich später heraus, dass die amerikanische Soldatin ihre Aufträge von einem Verhörspezialist bekommen hatte, der nicht in die militärische Befehlskette gehörte, sondern ein Verhörspezialist der privaten Militärfirma CACI International mit Sitz in den Vereinigten Staaten war.

Mit dem Namen Blackwater ist das Thema weiter ganz aktuell in den Fokus der Berichterstattung gelangt. Der private Sicherheitsdienstleister aus North Carolina arbeitet im Auftrag der US-Behörden und hat 20 000 "Mitarbeiter" im Irak. Die Firma hat zahlreiche Flugzeuge und Hubschrauber zur Verfügung. Im September letzten Jahres wurden in Bagdad Firmenmitarbeiter in eine Schießerei verwickelt. Laut Zeugenberichten schossen die Blackwater-Leute wahllos. 13 Iraker wurden verletzt, acht starben.

Jeremy Scahill, hat in seinem Enthüllungsbuch "Blackwater- die mächtigste militärische Dienstleistungsfirma der Welt" die fragwürdigen Machenschaften dieses Unternehmens im Irak dokumentiert: "Wenn Blackwaters Leute Iraker umbringen, dann versichert ihnen das State-Department: Nichts von dem, was ihr sagt wird, vor einem Gericht gegen euch verwendet werden. Das Justizministerium hat jüngst dem Kongress mitgeteilt, dass es kein Gesetz gibt, um Blackwater für seine Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Nicht nach militärischem Recht, nicht nach Zivilrecht. Die USA haben dafür gesorgt, dass die irakischen Behörden sie nicht als Mörder im eigenen Land anklagen können." Internationales Recht erkenne die Bush-Administration aus gutem Grund immer noch nicht an. Kurzum: "Diese Leute stehen jenseits allen Rechts."

Immer mehr private Militärfirmen sind in solche Gewalthandlungen verwickelt. Kein Wunder wenn man weiss, dass im Irak Leute wie Tim Spicer tätig sind. Tim Spicer, ein ehemaliger, erfahrener Offizier der britischen Armee, führt die Firma Aegis, die im Irak Aufträge übernimmt. Spicer geriet früher in die Schlagzeilen, als er Sandline International, einen anderen privaten Militärdienstleister, leitete: 1998 lieferte seine Firma der Regierung von Sierra Leone Waffen trotz UN Waffenembargos. Spicer hatte dabei die heimliche Zustimmung der Blair Regierung und der Skandal brachte den damalige Premierminister und seine Mannschaft in enorme Rechtfertigungszwänge.

Seit April 2003 haben Militärgerichte hunderte von regulären Soldaten wegen Verbrechen gerichtlich verfolgt und abgeurteilt. Allerdings wurde bisher keiner der im Irak tätigen privaten Söldner für Übergriffe strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen. Einer der Gründe dafür könnte sein, dass die Militärunternehmen mit ihren Auftraggebern undurchsichtige "Unterverträge" abschliessen, die der Öffentlichkeit und der parlamentarischen Kontrolle nicht zugänglich sind. Es ist unerlässlich, dass privaten Militärfirmen und ihre staatlichen Auftraggeber für rechtswidriges Tun haften.

Was können wir tun um diese gefährlichen Form der Privatisierung zu entschärfen? Der Europarat hat mich als Berichterstatter für dieses Thema benannt. Derzeit arbeite ich an einer aktuellen Bestandsaufnahme und bereite eine Expertenanhörung zu diesem Thema für die Parlamentarische Versammlung vor. Auch im Deutschen Bundestag habe ich mit weiteren Kollegen einen Antrag initiiert, in dem wir die Bundesregierung auffordern, dazu beizutragen, auf internationaler Ebene mehr Transparenz und klarere Haftungsbedingungen zu schaffen. Dazu sind unter anderem folgende Maßnahmen erforderlich:

- 1.) Die Einführung eines Registrierungs- und Lizenzierungssystem von privaten Sicherheitsunternehmen;
- 2.) ein verbindlicher Verhaltenskodex für Militär- und Sicherheitsfirmen;
- 3.) Formulierung und Einhaltung klarer Regeln für die Verfolgung von Straftaten im Einsatzgebiet.

Auf internationale Ebene muss zumindest die Internationale Konvention gegen die Rekrutierung, Verwendung, Finanzierung und Ausbildung von Söldnern von 1989 -in Kraft getreten am 20.

Oktober 2001- von Deutschland und den anderen Zeichnerstaaten endlich ratifiziert werden.

Weiterhin sollten gesetzliche Normen für die Duldung von Söldnerarbeit im jeweils eigenen Land ebenfalls international verpflichtend werden.

Neben weiteren Aufgaben der Daseinsvorsorge ist das Gewaltmonopol seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges ein wesentliches Existenzmerkmal moderner Staaten und Staatengemeinschaften. Wer dieses in Frage stellt und das Geschäft mit der Gewalt als neuen Wachstumsmarkt fördert, riskiert das Chaos eines neuen Mittelalters. In vielen Krisengebieten der Welt lässt sich eine solche Entwicklung schon heute besichtigen.

Dr.Wolfgang Wodarg, MdB

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 06.04.2008, 16:28 Uhr - 2551 Clicks - Nr. 341

Stadteigene Grundstücke an der Bahnstraße

Bauland oder Biotop? SPD Quickborn setzt sich für eine Wohnbebauung in der Bahnstraße ein. Für eine gute Wohnungspolitik, sei es für den Mietwohnungsbau oder sei es für Eigentumsmaßnahmen für Wohnungen oder Häuser, fehlt es Quickborn an eigenen Grundstücken. Allerdings hat die Stadt an der Bahnstraße verkehrsgünstig gelegene Immobilien. Auf Teilen stehen noch Behelfsheime. Seit Anfang der 90-iger Jahre wird versucht, die Grundstücke für preiswerten Wohnraum zu nutzen. Bisher vergeblich, weil Landesgesetze aus dem ehemaligen Acker Biotope werden ließen. Die Landesgesetze sind geändert worden. Deshalb hatte die SPD-Fraktion das Thema auf die Tagesordnung des Planungsausschusses am 11.03.08 setzen lassen.

Die Hoffnungen auf eine schnelle Umsetzung wurden je zerschlagen. Jetzt sind Teile der Grundstücke nicht nur ein Biotop, sondern auch noch Wald geworden. Damit geben wir uns nicht zufrieden. Es ist reine Unvernunft, wenn ehemalige Acker, die zur Bebauung oder Bodenbevorratung angekauft werden, zum Biotop oder Wald werden, weil sie nicht regelmäßig umgepflügt werden. Dies gilt für stadteigene aber auch für private Grundstücke gleichermaßen. Das hat nichts mit Umweltschutz zu tun.

Wir hatten auf eine Lockerung der Landesgesetze gehofft und sind deshalb der Empfehlung der CDU gefolgt, darauf zu warten. Daraus wurde ein Bumerang. Die Ursache muss ein handwerklicher Fehler bei der Gesetzgebung sein, denn die jetzigen Folgen sollten ja abgestellt werden.

Der Ausschuss einigte sich auf Gespräche mit der Landesregierung in Kiel auf höchster Ebene. Dass schlagkräftige Argumente fehlen, sehen wir nicht. Wohnraumbewirtschaftung, gerade für Bevölkerungsschichten, die nicht jeden Preis bezahlen können, ist ein wichtiger Baustein in der Stadtentwicklung und Steuerung. Wenn aus der Bodenbevorratung aufgrund von Landesgesetzen Biotope und Wälder entstehen, sind diese Gesetze kontraproduktiv und gehören in die Mülltonne.

Wir haben unsere Landtagsabgeordneten um Unterstützung gebeten.

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 07.04.2008, 08:51 Uhr - 4280 Clicks - Nr. 342

Mit der SPD - ein starkes Neumünster!

Der SPD Kreisverband Neumünstert startet am 8. April 2008 voller Elan in den Kommunalwahlkampf.

Gast: Gottfried Böttger (aus der Talkshow "3 nach 9")

Um 19 Uhr läuten die Genossinnen und Genossen der Schwalestadt in der Passage der Stadthalle die heiße Wahlkampfphase ein. Neben dem Spitzenkandidaten Andreas Hering stehen alle Direktkandidatinnen und Direktkandidaten in lockerer Atmosphäre für ein Gespräch zur Verfügung.

Abgerundet wird der Abend mit dem aus der Talkshow "3 nach 9" bekannten Jazz-Pianisten und Moderatoren Gottfried Böttger. Für einen informationsreichen und unterhaltsamen Abend ist also gesorgt. Der Eintritt ist frei! Herzlich Willkommen!

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 07.04.2008, 09:14 Uhr - 1306 Clicks - Nr. 343

Stadelmann: Tariftreue auch nach EuGH-Urteil für Kiel unverzichtbar!

Zum Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 03.04.2008 "Rüffert./Land Niedersachsen" erklärt der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann:

"Wenn ein Unternehmen einen öffentlichen Auftrag - bezahlt durch öffentliche Gelder - ausführt, dann ist die Verpflichtung zur Zahlung von Tariflöhnen an die Beschäftigten ebenso sozial gerecht wie wirtschaftspolitisch sinnvoll. Karlsruhe hat bereits in diesem Sinne entschieden: Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hatte mit Beschluss vom 11.07.2006 (1 BvL 4/00) ausdrücklich festgestellt, dass landesrechtliche Tariftreueeregungen mit dem Grundgesetz vereinbare Beschränkungen der Wettbewerbs- und Vertragsfreiheit der Unternehmer sind - weil sie einen Verdrängungswettbewerb der Betriebe über immer niedrigere Lohnkosten verhindern sollen, weil so Arbeitslosigkeit bekämpft werden soll, weil die bei tarifgebundenen Unternehmen Beschäftigten geschützt werden sollen und weil auf diese Weise der Staat und die sozialen Sicherungssysteme vor verstärkter Inanspruchnahme bewahrt werden sollen. Dies entspricht der Auffassung der SPD-Fraktion: Für uns bleibt die Tariftreue ein unverzichtbares Kriterium für die Ausschreibung öffentlicher Aufträge der Stadt.

Der Europäische Gerichtshof hat nun mit Urteil vom 03.04.2008 (C-346/06) die niedersächsischen Tariftreueeregungen für unvereinbar mit der Gemeinschaftsrichtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern erklärt, sofern die Tariftreueerregung Unternehmen aus anderen EU-Mitgliedstaaten erfasst. Zwar ist die schleswig-holsteinische Tariftreueerregung anders gefasst als das - nun verworfene - niedersächsische Gesetz. Gleichwohl: Sollte die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes hier Änderungen erzwingen, so muss auch in Zukunft die Tarifbindung der Unternehmen als Kriterium für einen Zuschlag in rechtskonformer Weise geregelt werden - ob nun im Vergaberecht des Bundes, das gerade überarbeitet wird, oder in entsprechenden landesrechtlichen Bestimmungen. Es kann nicht sein, dass nach einer öffentlichen Ausschreibung ein Unternehmen allein deshalb den Zuschlag erhält, weil es mit Billiglöhnen unter Tarif die Mitbewerber ausgestochen hat - und die Stadt aus ihrem Haushalt dann auch noch für lohnergänzende Sozialleistungen bezahlen muss."

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 07.04.2008, 09:17 Uhr - 1487 Clicks - Nr. 344

Stück zum Wettbewerb Alte Feuerwache: Entweder publikumswirksame Nutzung oder ..

...frei zugängliche Parkplätze

Zur Berichterstattung der Kieler Nachrichten vom heutigen Tage zur Bebauung Alte Feuerwache, erklärt die baupolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesine Stück:

"Das Kieler Architektenbüro Zastrow & Zastrow hat einen soliden Entwurf für die Bebauung des Altstadt-Areals Alte Feuerwache vorgelegt. Wieder hat sich ein Kieler Büro in einem Wettbewerb durchgesetzt, wie bereits im Fall des Science Centers - und dort sogar gegen internationale Konkurrenz. Hier zeigt sich, dass die Kieler Architektenschaft auf einem hohen Niveau ist.

Die SPD hat immer gesagt: Solche Wettbewerbe sind für die Stadtentwicklung grundsätzlich der richtige Weg. Die Stadt muss ihre eigenen Vorstellungen entwickeln anstatt sich von Investoren Parkhäuser direkt vor die Nase setzen zu lassen.

Im speziellen Fall allerdings bemängeln wir, dass CDU und Grüne "nur" eine reine Wohnbebauung für den Wettbewerb vorgegeben haben. Sicherlich will auch die SPD Wohnen in der Stadt befördern. Doch dafür hat das Grundstück eine zu hohe strategische Bedeutung für die nördliche Innenstadt. Insbesondere die Kaufmannschaft der Dänischen Straße ist auf die frei zugänglichen Parkplätze angewiesen. Der Hinweis auf die umliegenden Parkhäuser geht an den tatsächlichen Verhaltensweisen der Kunden vorbei. Der Verlust der nahe gelegenen Parkplätze könnte höchstens durch einen so genannten "Frequenzbringer", wie von der SPD gefordert, ausgeglichen werden.

Für die SPD-Ratsfraktion steht fest: Wenn schon nicht eine publikumswirksame Nutzung, wie zum Beispiel das Historische Zentrum, realisiert werden soll, dann muss es zumindest weiterhin die frei zugänglichen Parkplätze geben. Sonst nicht."

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 07.04.2008, 15:23 Uhr - 4399 Clicks - Nr. 345

Krise um den Lokschuppen - und kein Ende

Presseerklärung der SPD Neumünster zum unseligen Streit zwischen der Deutschen Bahn und dem Verein der Eisenbahnfreunde in Neumünster

Presseerklärung der SPD-Rathausfraktion

Krise um den Lokschuppen - und kein Ende



Seit einiger Zeit zeichnet sich bereits ab, dass die Deutsche Bahn den Eisenbahnfreunden in Neumünster das Leben schwer macht. Seit dem Jahr 2005 schwelt der Streit, wie die Lokomotiven und der Lokschuppen genutzt werden dürfen, schien jedoch im letzten Jahr beigelegt worden zu sein, nachdem sich die DB und die Eisenbahnfreunde gerichtlich geeinigt hatten. Jetzt jedoch hat die DB dem Verein untersagt, den Lokschuppen für Veranstaltungen zu

nutzen, was das Aus für die Nutzung durch den Kunstfleckchen bedeutet.

Die SPD hat kein Verständnis für diese Maßnahme. Die kulturpolitische Sprecherin der SPD, Helga Hein: "Mit Sorge sehe ich die Entwicklung in Bezug auf den Lokschuppen, denn sie bedeutet, dass die finanzielle Basis des Vereins unterhöhlt wird und dass über kurz oder lang der Lokschuppen geschlossen werden muss. Das darf jedoch nicht geschehen."

Bereits im Februar 2006 und ein weiteres Mal im September 2007 forderte die Ratsversammlung auf Antrag der SPD den Oberbürgermeister auf, sich beim Vorstand der DB für den Erhalt in Neumünster einzusetzen. Leider zeigte sich die DB bis heute nicht einsichtig.

Mit der Schließung des Lokschuppens ginge ein einzigartiger Treffpunkt der kunst- und kulturinteressierten Menschen in unserer Stadt verloren. Neumünster würde einen attraktiven Treffpunkt sowohl für Eisenbahnbegeisterte als auch für Besucher des Kunstfleckens einbüßen.

Die SPD fordert alle Beteiligten auf, sich energisch für den Erhalt dieses einzigartigen Treffpunktes einzusetzen, und wird am 29. April einen Antrag in die Ratsversammlung einbringen, in dem der Herr Oberbürgermeister erneut gebeten werden soll, sich beim Vorstand der DB für den Erhalt des Lokschuppens in Neumünster zu verwenden.

Helga Hein

Keine Kommentare

[SPD-Glücksburg](#) - veröffentlicht am 07.04.2008, 16:11 Uhr - 3864 Clicks - Nr. 346

Literatur aus Afrika südlich der Sahara

VERANSTALTER:

VEREIN DER FREUNDE UND FÖRDERER DER STADTBÜCHEREI GLÜCKSBURG UNTER LEITUNG VON FRAU PROFESSOR BIRGIT DANKERT (SPD).

Der Frühling 2008 steht im Zeichen der Literatur aus Afrika südlich der Sahara.

Am 24. Mai 2008, in der Zeit von 15.00 Uhr - 18.30 Uhr findet im Landschafts- und Skulpturengarten von Frau Dr. Windt, Schwennastr. 46, 24960 Glücksburg diese Veranstaltung statt.

Geboten wird u.a. afrikanische Musik, Diskussion über zwei ostafrikanische Bücher und ein Reisebericht .

Der Eintritt ist frei !

Für weitere Auskünfte steht Frau Prof. Birgit Dankert zur Verfügung; E-mail b-dankert@t-online.de

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 07.04.2008, 18:59 Uhr - 2739 Clicks - Nr. 347

SPD begrüßt Tarifabschluss beim UKSH

Zum Ende der Verhandlungen über einen Tarifvertrag für nichtwissenschaftliche Beschäftigte des UKSH erklären der Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner, der sozialpolitische Sprecher Wolfgang Baasch und der hochschulpolitische Sprecher Jürgen Weber:

„Es war dringend erforderlich, dass die Mitarbeiter im Klinikum eine klare und vertrauensbildende

Perspektive bekommen. Deswegen hat die SPD Landtagsfraktion im Laufe der Verhandlungen Gespräche mit dem Vorstand, den Personalräten und ver.di geführt.

Wir begrüßen den heutigen Tarifabschluss - auch deswegen, weil nun alle bisher tariflosen Zustände im Klinikum beendet werden. Es wurde Zeit, dass für die Beschäftigten Sicherheit über ihre künftigen Arbeitsbedingungen hergestellt wird. Dazu zählt insbesondere die für die Beschäftigten gewonnene Arbeitsplatzsicherheit bis 2015. Die Verhandlungspartner haben außerdem weitgreifenden Privatisierungsphantasien eine deutliche Absage erteilt. Es entspricht der Position der Landtagsfraktion, vor allem in der medizinischen Versorgung keine Privatisierungen zuzulassen.

Auf Grundlage dieses Ergebnisses kann nun endlich ein Gesamtkonzept für die Zukunft des UK S-H entwickelt werden. Der SPD Landtagsfraktion geht es dabei um die Wahrung der Interessen der Beschäftigten, um eine gesunde Perspektive für das Klinikum als größtem Arbeitgeber im Land und um die Sicherung der Qualität der medizinischen Versorgung und Forschung.

Es ist deutlich geworden, dass die Sanierung nur gemeinsam mit den Beschäftigten erfolgen kann. Diese haben bereits ein hohes Maß an Belastungen auf sich genommen, um den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens zu ermöglichen. Mit dem 2007 ausgelaufenen Beschäftigungspakt hat das Personal bereits einen erheblichen Sanierungsbeitrag geleistet. Sie haben dieses Ergebnis erfolgreich erstritten und mehr als verdient.“

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 08.04.2008, 09:01 Uhr - 8000 Clicks - Nr. 348

Weltgesundheitsstag

Der Weltgesundheitsstag wird auf der ganzen Welt am 7. April begangen. Dieses Datum ist gleichzeitig das Gründungsdatum der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Der jedes Jahr stattfindende Weltgesundheitsstag war in diesem Jahr, neben dem 60. Jubiläum der WHO, vor allem den gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels gewidmet. "Vom Seuchenschutz bis zum Klimawandel - 60 Jahre WHO" war der Titel der Auftaktveranstaltung vom 3. April 2008.



Dazu erklärt der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg: "Die WHO hat viel erreicht. Sie nimmt eine Schlüsselrolle bei der weltweiten Bekämpfung von Infektionskrankheiten ein. Ich begrüße es, dass sich die WHO nun auch verstärkt den gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels annimmt und diese wissenschaftlich unter die Lupe nehmen wird. Ich wünsche der Organisation weiterhin viel Erfolg und alles Gute zu ihrem 60 jährigen Bestehen."

Die Weltgesundheitsorganisation hat 193 Mitgliedstaaten. Deutschland ist dieser Sonderorganisation der Vereinten Nationen 1950 beigetreten.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 08.04.2008, 11:04 Uhr - 2550 Clicks - Nr. 349

SPD-Engelsby: Noch Plätze frei

Für die Aufführungen der Jugendfilmtage am 22. und 23. April in Flensburg werden noch Anmeldungen entgegengenommen.

Nach dem großen Erfolg 2006 finden die Jugendfilmtage zu den Themen Liebe, Sexualität und Aids auch in diesem Jahr wieder in Schleswig-Holstein statt.

pro familia und die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e.V. führen gemeinsam mit örtlichen Kooperationspartnern dieses Projekt der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) für Jugendliche und Lehrer von Februar bis Mai in 11 Städten durch.

Alle Schülerinnen und Schüler zwischen 11 und 18 sind eingeladen sich die altersgerechten Filme zu den Themen Sexualität, Liebe, Freundschaft, HIV und AIDS anzusehen.

Der Eintritt beträgt einen Euro.

Nähere Informationen zu den Terminen in Flensburg gibt es bei Karin Clemenz-Kühl von den städtischen Gesundheitsdiensten unter Telefon: 0461 852101 oder per email: clemenz-kuehl.karin@stadt.flensburg.de.

Hier werden auch die Anmeldungen entgegengenommen.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 08.04.2008, 12:06 Uhr - 7197 Clicks - Nr. 350

CDU blockiert Schulentwicklung im Kreis Pinneberg.

Overbeck kritisiert überholte Bildungspolitik. „Die CDU-Kreistagsfraktion blockiert die Weiterentwicklung der Schulen im Kreis Pinneberg“, kommentiert der schulpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion, Nicolai Overbeck, den Beschluss im Kreistag, den Kreisschulentwicklungsplan derzeit nicht zu beschließen.

Der von der Kreisverwaltung in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden, den Kreiselternbeiräten und den Nachbarkreisen vorgelegte Entwicklungsplan ist die Grundlage für ein umfassendes gleichmäßiges und wohnortnahes Schulangebot im Kreis. Er sieht u.a. die Einrichtung von neun Gemeinschaftsschulen und acht Regionalschulen vor.

„Normalerweise“ - so Overbeck - „ist eine solche, mit allen Beteiligten abgestimmte Planung, ein politisch unstrittiger Vorgang“. Die Blockadehaltung der CDU kann er sich nur damit erklären, dass die Stadt- und Gemeindevertretungen sich nicht an die Absicht der Kreis-CDU gehalten haben, die sich bereits sehr frühzeitig darauf festgelegt hatte, lediglich 6 Gemeinschaftsschulen zu „genehmigen“.

Die Entscheidung im Kreistag macht für Overbeck zum wiederholten Male deutlich, dass die Schulpolitik der CDU von einer überholten Bildungsideologie bestimmt wird, an der auch der Wille der Eltern, nach einem modernen und zukunftsweisenden Schulangebot scheitert. Er fordert die Städte und Gemeinden auf, ihre Anträge auf Gemeinschafts- und Regionalschulen jetzt direkt beim Bildungsministerium in Kiel zu stellen, um weitere Verzögerungen bei der Einrichtung dieser beiden Schulformen zu verhindern.

Keine Kommentare

Die Kita-Betreuung muss kostenfrei werden – kein Kind ohne Mahlzeit!

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich heute ausführlich mit dem Thema Kita-Betreuung befasst und einen Stufenplan zum kostenfreien Besuch der Kindertagesstätten beschlossen. Dazu erklären der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner, die Kita-politische Sprecherin Astrid Höfs, der sozialpolitische Sprecher Wolfgang Baasch sowie der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK), Andreas Breitner:

Für die SPD ist es unabdingbar, dass möglichst alle Kinder eine Kita besuchen und dort auch ein Mittagessen erhalten. Wir wollen erreichen, dass der Kita-Besuch für die Eltern kostenfrei wird. Dies soll in drei Schritten geschehen. Ab 1. August 2009 soll zunächst das dritte Kita-Jahr beitragsfrei sein. Weil wir Verbesserungen für die Kinder erreichen wollen und hier die besten Umsetzungschancen sehen, haben wir uns entschieden, beim letzten Kita-Jahr mit der Beitragsfreiheit zu beginnen, obwohl wir mit den Wohlfahrtsverbänden darin übereinstimmen, dass der Einstieg beim 1. Kita-Jahr pädagogisch sinnvoller und wirkungsvoller wäre.

Der Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion ist qualitativ und quantitativ unzureichend. Wir streben die völlige Beitragsfreiheit an; der Einführung im dritten Kita-Jahr werden wir deshalb nur zustimmen, wenn die weiteren Schritte verbindlich im Kindertagesstättengesetz festgeschrieben werden: Ab 2011 wollen wir das zweite, ab 2013 dann das erste Jahr und somit den gesamten Kita-Besuch gebührenfrei stellen. Wir wollen eine garantierte beitragsfreie Betreuungszeit von fünf Stunden täglich.

Dieser Plan reicht weit in die nächste Legislaturperiode hinein und wird deshalb Bestandteil des Wahlprogramms der SPD Schleswig-Holstein sein. Wir wollen allen Kindern den Aufstieg durch Bildung ermöglichen; Bildung muss deshalb von der Kita bis zum Hochschulabschluss gebührenfrei sein.

Für die Übergangszeit bis zur vollen Beitragsfreiheit der Kitas bedarf es landesweit einer gerechten Ausgestaltung der Sozialstaffeln. Dies mit den kommunalen Landesverbänden abzustimmen, ist Aufgabe der Landesregierung.

Um Kinderarmut zu bekämpfen, ist es unerlässlich, den Kindern auch ein Mittagessen anzubieten. Deshalb wollen wir die Offensive des Sozialministeriums „Kein Kind ohne Mahlzeit“ dauerhaft stärken. Dafür sollen die bei den Kommunen eingesparten Aufwendungen bei der Sozialstaffel eingesetzt werden. Auch aus Einsparungen im Zuge der Verwaltungsstrukturreform, die von unabhängigen Gutachtern auf eine hohe Millionensumme beziffert werden, können Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Kindertagesstätten dienen der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit. Schleswig-Holstein hat dies im neuen Kindertagesstättengesetz und in den Richtlinien zum Bildungsauftrag verankert. Mit uns wird es keine Abstriche bei der Qualität und den Standards geben. Insbesondere die Sprachförderung ist für zahlreiche Kinder – nicht nur aus Migrantenfamilien – eine unverzichtbare Voraussetzung für einen erfolgreichen Schulbesuch. Sie muss deshalb im bisherigen Umfang erhalten bleiben.

Über dieses Paket werden wir mit unserem Koalitionspartner verhandeln; dabei werden wir auch den bisherigen Finanzierungsvorschlag der Union einbeziehen. Klar ist, dass in den Beratungen des Doppelhaushalts 2009/2010 zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden müssen.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 08.04.2008, 16:50 Uhr - 11603 Clicks - Nr. 352

Jörn Thießen gegen Verschiebung des Stichtags bei der Stammzellforschung

Gegen den Druck der Deutschen Forschungsgemeinschaft und anderer, die auf einer Lockerung des Stammzellgesetzes bestehen, wird Jörn Thießen am Freitag einem fraktionsübergreifenden Antrag zustimmen, der eine Verschiebung oder gar Abschaffung der gültigen Stichtagsregelung zurückweist. „Dabei geht es gar nicht um die Gewinnung von Stammzellen aus Embryonen bei uns, die ist sowieso verboten“, erklärt Thießen.

„Die Stichtagsregelung, dass nur embryonale Zelllinien von vor dem 1.1.2002 für die Grundlagenforschung verwendet werden dürfen, dient vor allem dazu, den Import solcher Zellen zu verhindern.“ Nur so könne gewährleistet werden, dass der gesetzliche Embryonenschutz dauerhaft bestehen bleibe. Die Argumente der Befürworter hält Thießen für vorgeschoben: „In Wirklichkeit geht es um viel weiter reichende Forderungen und sicher auch erhebliche finanzielle Interessen, die dahinterstehen“, bekräftigt der Abgeordnete. „Man will Eizellen mittelfristig auch zur vorgeburtlichen Selektion von Leben verwenden“, so Thießens Vermutung. „Um das zu verhindern, hilft nur eine kategorische Absage an die aktuellen Versuche, die Gesetzeslage aufzuweichen“, bekräftigt Thießen. „Ich bestehe deshalb darauf, dass menschliche Embryonen auch in Zukunft ausschließlich zur Herbeiführung einer Schwangerschaft dienen dürfen.“

Hier kann man den [fraktionsübergreifenden Antrag](#) nachlesen.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 08.04.2008, 18:26 Uhr - 3654 Clicks - Nr. 353

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur hat für die Grenzregion hohe Priorität

Grenzüberschreitende Verkehrsfragen und die Hafenwirtschaft standen im Mittelpunkt des vierten Treffens des Arbeitskreises Europa der SPD-Landtagsfraktion und Kommunalpolitikern aus Flensburg und dem SPD-Landesvorstand mit Vertretern der dänischen Sozialdemokraten aus dem Folketing, dem Regionsrat Syddanmark und Kommunalvertretern aus diesem Bereich, das in Apenrade stattfand.

Rolf Fischer stellte als Vorsitzender der Arbeitskreises Europa eine kleine Anfrage der SPD-Fraktion vor, in der es unter anderem um die Weiterführung der A 23 nach Esbjerg und den Ausbau und die Elektrifizierung der Westküsteneisenbahn (Marschenbahn) von Itzehoe über Niebüll und Tondern bis nach Esbjerg geht.

Beim Weiterbau der A 23 geht es um die Streckenführung und die Finanzierung des Ausbaus.

Die dänischen Sozialdemokraten unterstützen den Ausbau der Bahnstrecke Niebüll-Esbjerg als einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Tourismus in der Region und Anbindung des Hafens Esbjerg und schlugen folgende verkehrliche Weiterentwicklung der Grenzregion vor:

- eine südliche Verbindung von der Insel Fünen auf das Festland,
 - eine Anbindung (Querverbindung) an den Flughafen Billund
 - sowie einen zweispurigen Ausbau der Eisenbahnstrecke von Kolding bis zur Grenze.
- Von beiden Seiten wird eine Hafenkooperation zwischen Apenrade und Flensburg gefordert. Die zurzeit bestehenden Vereinbarungen sollten ergänzt und weiterentwickelt werden.

Auf dänischer Seite werden die Themen durch die sozialdemokratischen Vertreter in die Beratungen des Folketing und des Regionsrat eingebracht.

Das nächste Treffen wird in Sonderburg stattfinden und sich mit dem Thema Energie beschäftigen, außerdem soll die darauffolgende Sitzung in Flensburg zu dem Thema grenzüberschreitender Arbeitsmarkt und Entwicklung eines gemeinsamen Arbeitmarktes der Region Syddanmark und des Landesteils Schleswig vorbereitet werden.

Abschließend erklärten Leif Hansen für die dänischen Sozialdemokraten und Rolf Fischer:

„Wir wollen eine starke Grenzregion, die nur durch eine enge und solidarische Zusammenarbeit der Sozialdemokraten verwirklicht werden kann.“

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 08.04.2008, 19:05 Uhr - 4813 Clicks - Nr. 354

Zum NPD-Verbotsverfahren: Entweder gemeinsam oder gar nicht

Innenminister Lothar Hay zum NPD-Verbotsverfahren: Entweder gemeinsam oder gar nicht

Erscheinungsdatum: 08.08.2008

Der schleswig-holsteinische Innenminister Lothar Hay ist skeptisch, dass es zu einem erneuten Verbotsverfahren gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht kommt.

„Solange nicht alle demokratischen Parteien in dieser Frage einig sind, ist ein Gang nach Karlsruhe politisch nicht angezeigt“, sagte Hay am Dienstag (8. April) in Kiel. Die NPD würde den Dissens unter den Demokraten hemmungslos propagandistisch ausnutzen. Eine weitere öffentliche Debatte um das Für und Wider eines NPD-Verbots hält Hay daher für schädlich. „Entweder Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat stellen den Antrag gemeinsam, oder wir lassen es gemeinsam“, sagte der Minister.

Er bedauerte, dass die Mehrheit der CDU-Innenminister sich weigere, zur Vorbereitung eines Verbotsantrags an einer Materialsammlung weitgehend offen erlangter Erkenntnisse mitzuarbeiten. „Wir verpassen hier eine wichtige Chance, die Gemeinsamkeit und Entschlossenheit der Demokraten im Kampf gegen Extremisten sichtbar unter Beweis zu stellen“, sagte Hay. Die NPD sei eindeutig verfassungsfeindlich. Den Nachweis dafür lieferten nicht nur die Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder, sondern auch eine von den sozialdemokratisch geführten Innenressorts speziell für ein Verbotsverfahren erarbeitete Zusammenstellung von Erkenntnissen.

Verantwortlich für diesen Presstext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 09.04.2008, 09:32 Uhr - 13629 Clicks - Nr. 355

Mehr Bewusstsein für die Probleme von posttraumatischen Belastungsstörungen

Auf Initiative von Jörn Thießen hat heute in Berlin eine Expertenanhörung zum Thema „Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) in der Bundeswehr“ stattgefunden. Bislang sind 700 Soldaten auf PTBS nach Einsätzen behandelt worden, berichtet das Bundesministerium der Verteidigung – allerdings befürchten die Experten gerade bei Berufssoldaten eine hohe Dunkelziffer, die aus Angst vor einer Stigmatisierung auf Behandlung verzichtet.



Belastungen durch PTBS haben durch die vermehrten Auslandseinsätze der Bundeswehr zugenommen, ergab die Gesprächsrunde der AG Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion, an der auch der Wehrbeauftragte Reinhold Robbe teilnahm. Die bisherigen Kapazitäten der Bundeswehr reichen bislang noch aus. Auch ist klar, dass die Bundeswehr über hervorragend ausgebildetes medizinisches Personal verfügt, das auch spezielle Therapieangebote hat. Ob in Zukunft mehrere zentrale Einrichtungen geschaffen werden müssen, werden die Verteidigungspolitiker der SPD-Bundestagsfraktion in den kommenden Wochen intensiv beraten.

Klassische, akute Verletzungen wie zum Beispiel Verwundungen nach Explosionen gehen zurück. Dagegen treten traumatische Erkrankungen nicht nur häufiger, sondern oft erst nach Jahren auf. Deshalb müssen betroffene Soldaten einfach und unbürokratisch entsprechende Betreuung in Anspruch nehmen können, auch wenn sie aus dem aktiven Dienst bereits ausgeschieden sind. Die Arbeitsgruppe der SPD-Verteidigungspolitiker wird deshalb eine Evaluierung der Behandlungsmöglichkeiten und die Intensivierung der Grundlagenforschung in diesem Bereich vorschlagen. Wichtig ist zunächst, das Bewusstsein für das Krankheitsbild PTBS zu schärfen: Ein Soldat, der furchtbare Ereignisse aus dem Einsatz nicht allein verarbeiten kann, ist kein Schwächling!

Das Bild zeigt von links: Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, Reinhold Robbe, Dr. Ulrich

Eickstädt als Vertreter des Ministeriums, Oberstarzt Dr. Karl-Heinz Biesold (Leiter der Psychiatrie des Bundeswehrkrankenhauses Hamburg) und Oberstleutnant Ulrich Kirsch vom Bundeswehrverband.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 09.04.2008, 16:24 Uhr - 2213 Clicks - Nr. 356

Stadtrundgang durch das Gängeviertel von St. Jürgen.

Am Sonntag, den 13. April 2008, 11:00 Uhr lädt der SPD-Ortsverein Stadtmitte zum Stadtrundgang durch das Gängeviertel von St. Jürgen ein.

Vom Treffpunkt an der Hafenspitze (Spielplatz) aus, geht es an der Hafenpromenade lang, durch die Gänge von St. Jürgen, die Treppen rauf und runter führt der Weg bis zur Johanniskirche.

Dazwischen Informationen zum Viertel aus erster Hand, von Peter Jensen (Vorsitzender des Vereins zur Erhaltung der Östlichen Altstadt).

Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung nicht erforderlich.

Keine Kommentare

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 09.04.2008, 20:40 Uhr - 4634 Clicks - Nr. 357

Die SPD Mannschaft zur Kommunalwahl am 25. Mai 2008

Eine recht junge, aber trotzdem erfahrene Mannschaft wurde auf der Wahlkonferenz des SPD – Ortsvereines am 13. März für die Kommunalwahl nominiert. Auf den ersten 10 Plätzen konnten 4 Frauen platziert werden. Der älteste Bewerber ist 62 Jahre, der jüngste Kandidat 23 Jahre alt.

Vertreten sind Hausfrauen, Handwerker, Kaufleute und Beamte.

Im Einzelnen wurden folgende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf folgende Listenplätze gewählt:

Listenplatz 1 und Spitzenkandidat Heinz Brabandt, 62 Jahre, verheiratet und 2 erwachsene Kinder. Seit mehr als 20 Jahre in der Barmstedter Kommunalpolitik und dabei in diversen Ausschüssen tätig, seit 2003 auch Fraktionsvorsitzender.

Auf Platz 2 die ausgewiesene „Fachfrau“ für Sozial- und Kulturfragen, Margit Schappe-Brabandt. Sie ist 2. stellvertretende Bürgervorsteherin und ebenfalls bereits seit 20 Jahren in der Kommunalpolitik aktiv. Sie ist 62 Jahre alt, verheiratet und Mutter 2 erwachsener Kinder.

Jürgen Busse ist auf Listenplatz 3. Der 48 jährige Vorsitzende des Barmstedter Kinderfestausschusses ist verheiratet und Vater von 2 Töchtern. Mitglied im Haupt- und Bauausschuss.

Auf Platz 4 der Liste der Vorsitzende der Barmstedter SPD Hans- Christian Hansen. 48 Jahre alt, verheiratet und 3 Kinder. Vorsitzender des Bauausschusses, Vorsitzender AWO Barmstedt und Jugendtrainer des SSV Rantzeupfel.

Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Barmstedt, Petra Krämer, kandidiert auf Platz 5.

Die 49 jährige ist Mutter 2 fast erwachsener Töchter.

Gabriele Hackländer, in vielen Initiativen und Kulturgruppen aktiv, befindet sich auf Listenplatz 6.

Stefan Bolln ist Direktkandidat auf Listenplatz 7. Er ist verheiratet und 37 Jahre alt.

Mitglied des Landesvorstandes der SPD und hier für Umweltfragen zuständig.

Elisabeth Luckmann-Reumann kandidiert auf Listenplatz 8. Verheiratet, 3 Kinder. Aktiv schon über viele Jahre im BMTV als Trainerin für Jugend- und Erwachsenenturnen.

Auf Platz 9 der Liste finden wir Torsten Suhr, 44 Jahre alt, 1 Tochter. Torsten ist 2007 aus

Hemdingen nach Barmstedt gezogen. In Hemdingen war er Vorsitzender des Schul – und Sportausschusses und Organisator des Hemdinger Kinderfestes. Torsten Krause ist 23 Jahre alt. Trainer mehrerer Handball Jugendmannschaften des BMTV und Spieler der 1. Herren des BMTV. Torsten kandidiert auf Listenplatz 10.

Auf den weiteren Listenplätzen wurden Wilma Saar, Annette Bremer-Wilms, Reinhart Reiner, Hans-Hellmut Sternberg, Hans-Joachim Wilms, Hedine Meier-Stehnken, Angela Suhr und Sabine Hamer gewählt.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 10.04.2008, 07:50 Uhr - 1431 Clicks - Nr. 358

Wehner zur Organisationsuntersuchung im Sozialdezernat der LHS Kiel –

...Schwarz-Grün kläglich gescheitert

Thomas Wehner, stellv. Fraktionsvorsitzender und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion erklärt zur heutigen Berichterstattung der Kieler Nachrichten zum Thema „Organisationsuntersuchung im Dezernat IV“:

„Das Gutachten der Firma Pricewaterhouse Coopers AG (PWC), dass für teu-res Geld in Auftrag gegeben wurde und zu erheblichen Einsparungsmaßnah-men im Dezernat IV der LHS führen sollte, kann bis Ende April nicht vorgelegt werden. Beschlüsse werden hierzu in dieser Wahlperiode nicht mehr gefasst. Damit sind CDU und Grüne mit diesem Vorhaben kläglich gescheitert.

Sollte die SPD-Ratsfraktion als Sieger aus der Kommunalwahl im Mai hervor-gehen, so werden wir das Gutachten nicht umsetzen. Auch die Kürzungen der Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen werden dann vom Tisch sein .“



Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 10.04.2008, 07:55 Uhr - 1524 Clicks - Nr. 359

Wagner: Schutzhüllen für Reisepässe verbessern Datensicherheit!

Zum (erneut) im Innen- und Umweltausschuss zu beratenden Antrag "Unbefugtes Auslesen von Reisepassdaten verhindern" erklärt der innenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Wagner:

"Die SPD-Fraktion fordert weiterhin, dass die Stadtverwaltung denjenigen Kielerinnen und Kielern, die einen elektronischen Reisepass beantragt und erhalten haben, auch den Verkauf einer Schutzhülle gegen ungewolltes Datenausspähen anbietet. Die in den neuen Pässen eingearbeiteten Speicherchips enthalten persönliche und biometrische Daten (Gesichtsfoto, Fingerabdrücke), die vor unbefugten Zugriffen geschützt werden müssen. Auf seiner eigenen Website (Stand: 07. April 2008) räumt das Bundesinnenministerium selbst ein, dass ein unerlaubtes und heimliches Auslesen der gesamten Reisepassdaten einschließlich Foto und Fingerabdrücken trotz der technischen Verschlüsselung des Speicherchips möglich ist, wenn dem Ausspähenden ein Teil der Passdaten bekannt ist und er sich dem Passträger unbemerkt - z.B. in einer Menschenmenge - nähern kann. Egal, für wie wahrscheinlich man so eine Situation hält: Wenn Bürgerinnen und Bürger einen

zusätzlichen Schutz auch gegen eine solche Ausspähungsmöglichkeit wünschen, dann soll eine datenschutzfreundliche Verwaltung diesen Schutz auch bieten. Indem die aluminiumhaltigen Schutzhüllen zum Selbstkostenpreis (in Lübeck beträgt er 6,- Euro) verkauft werden, entsteht durch diese Serviceleistung auch keine zusätzliche Haushaltsbelastung. Wir fordern die anderen Fraktionen auf, uns bei der Verbesserung der Verwaltungsqualität und der Datensicherheit für die Kielerinnen und Kieler zu unterstützen. Die schlichte Erklärung von Stadtrat Kurbjuhn, kritische Bürger sollten doch den eigenen Pass in normale Alufolie wickeln (Drucksache 0191/2008), genügt diesem Anspruch ganz sicher nicht. Gerade die aktuelle Diskussion zeigt die Aktualität des Themas "Datenschutz". Wäre der Antrag der SPD-Ratsfraktion bereits in der Ratsversammlung direkt verabschiedet worden, und nicht - wie so oft - von CDU und Grünen in die Warteschleife des Innen- u. Umweltausschusses überwiesen worden, hätte hier schnell ein kommunaler Beitrag zu mehr Datensicherheit für Kieler Bürgerinnen und Bürger geleistet werden können."

*Hinweis: Die Ausführungen des Bundesinnenministeriums zu den Schutzmechanismen gegen unberechtigtes Auslesen der Daten im ePass-Chip finden Sie unter:
http://www.bmi.bund.de/cln_028/nn_1084000/Internet/Content/Themen/PaesseUndAusweise/Einzelseiten/Sicherheit__ePassChip.html*

*(Text der Website des Bundesinnenministeriums, Stand: 07.04.2008)
Schutzmechanismen gegen unberechtigtes Auslesen der Daten im ePass-Chip*

Art und Umfang der Daten im ePass-Chip

Bürgerinnen und Bürger haben in den Passbehörden die Möglichkeit, die auf ihrem ePass-Chip gespeicherten Daten an speziellen Anzeigegeräten, den ePass-Lesern, einzusehen. Wie die folgende Abbildung zeigt, sind im Chip auch die aus dem Passbuch bekannten Daten abgelegt:

- 1. personenbezogen: Vor- und Nachname, Geburtsdatum, Geschlecht und Staatsangehörigkeit sowie*
- 2. dokumentenbezogen: Seriennummer, ausstellender Staat, Dokumententyp und Gültigkeitsdatum.*

Internationale Standards

Der Pass ist ein Reisedokument und muss daher gewährleisten, dass bei einer Grenzkontrolle überprüft werden kann, ob derjenige, der den Pass vorlegt, auch tatsächlich der Passinhaber ist. Beim ePass ist neben der herkömmlichen (d.h. optischen) Überprüfung ein maschineller 1:1-Abgleich möglich. Dies ist der wichtigste Grund für die Einführung von Chiptechnik und Biometrie im Pass. Um diesen maschinellen Abgleich zu ermöglichen, muss der Chip im ePass an Grenzkontrollstellen auslesbar sein. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass die Daten vor unbefugtem Zugriff (Datenspionage) geschützt werden. Die Lösung, die beide Ansprüche erfüllt, wurde in internationalen und europäischen Gremien abgestimmt und geregelt. Beispielsweise werden die im Chip gespeicherten Daten elektronisch signiert, so dass sie nicht unbemerkt verändert werden können. Zusätzlich wird der Chip unmittelbar nach der Personalisierung für weitere Schreibzugriffe gesperrt. Darüber hinaus wurden technische Mechanismen für den Zugriffsschutz auf die Daten im Chip EU-weit verbindlich festgelegt.

Funktionsweise des Zugriffsschutzes

Der Ablauf bei behördlichen Kontrollen (d.h. befugtem Zugriff) ist folgender: Der ePass-Inhaber kommt an die Kontrollstelle und händigt sein Dokument dem Kontrollbeamten aus. Dieser schlägt den ePass auf und scannt die maschinenlesbare Zone (kurz: MRZ) der Passkarte ein. Die MRZ enthält Vor- und Nachnamen des Passinhabers, Geburtsdatum, Passnummer und Ablaufdatum des Dokuments. Aus den letzten drei Angaben wird ein Schlüssel generiert, den das Lesegerät dem Pass

übermittelt, um vom Chip die gespeicherten Daten zu erhalten. Das heißt: Werden dem ePass-Chip Geburtsdatum, Passnummer und Ablaufdatum übermittelt, gibt er seine Daten frei.

Für ein unerlaubtes, heimliches Auslesen der Daten (z.B. aus dem geschlossenen Pass in der Jackentasche) müssen dem "Angreifer" ebenfalls diese drei Angaben vorab bekannt sein. Nur dann kann er den notwendigen Schlüssel generieren und so den Chip dazu bewegen, die Daten frei zu geben. Für die Praxis bedeutet das: Wenn man das Geburtsdatum einer Person, ihre Passnummer und das Ablaufdatum des Passes kennt, nahe genug (d.h. auf 20 cm) an die Person herankommt (dann kennt man in der Regel auch das Gesicht) und zudem weiß, wo sich der ePass befindet (z.B. in der Reisetasche oder im Sakko), kann man mit einem Lesegerät den Chip auslesen. Vorausgesetzt, die Person bewegt sich mehrere Sekunden nicht von der Stelle. Dieses Szenario ist offensichtlich sehr unwahrscheinlich.

Und selbst wenn ein solcher Spionage-Versuch gelänge: Welchen Informationsgewinn hätte der "Angreifer"? Bekannt waren ihm vorab bereits Passnummer, Geburtsdatum und Ablaufdatum. Neu ermittelt wurden nur Name und Vorname, Geschlecht, Staatsangehörigkeit sowie das Passfoto. Vor- und Nachname, Geschlecht und Staatsangehörigkeit wird der "Angreifer" aber vorher gewusst haben. Schließlich hatte er bereits Passnummer, Geburtsdatum und Ablaufdatum des Passes herausgefunden. Bleibt als "Gewinn" nur das digitale Passfoto aus dem Chip. Dieses wäre aber bei Vorliegen krimineller Energie weitaus einfacher und unauffälliger zu bekommen: Mit einer leistungsfähigen Digitalkamera müsste sich ein Datenspion nicht auf 20 cm der Zielperson nähern.

Unabhängig von der Frage des eigentlichen Informationsgewinns sind dem "Angreifer" auch technische Grenzen für die Weiterverwendung der ausspionierten Daten gesetzt:

Erstens sind die ausgelesenen Daten durch eine elektronische Signatur geschützt und können daher nicht geändert und in geänderter Form in neue Chips/Pässe gebracht werden. Die Signatur schützt die Daten gegen nachträgliches Ändern.

Zweitens wird es nicht gelingen, einen Klon-Chip in ein anderes Passdokument einzubringen und auf diese Weise einen Klon-Pass herzustellen. Denn dann müssten auch sämtliche weitere Sicherheitsmerkmale der Pässe (Hologramme, Sicherheitsschriften etc.) gefälscht werden, was eine praktisch unüberwindbare Hürde für Fälscher darstellt. Deutsche Pässe gehören anerkanntermaßen zu den sichersten weltweit.
Zusätzlicher Schutz der Fingerabdrücke

Unabhängig vom schon jetzt hohen Sicherheitsstandard sollen die vorgesehenen Fingerabdrücke als besonders sensible persönliche Daten noch einmal speziell geschützt werden. Deshalb hat sich die Bundesrepublik Deutschland für einen zusätzlichen Schutzmechanismus eingesetzt und diesen unter Federführung von Bundeskriminalamt und Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik in den entsprechenden europäischen Gremien entwickelt. Beim ePass der zweiten Generation kommt dieser zusätzliche Zugriffsschutz zum Tragen: Nur Staaten, die von Deutschland spezielle Zugriffsberechtigungen erhalten, können auf die Fingerabdrücke im Chip zugreifen.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 10.04.2008, 11:31 Uhr - 12452 Clicks - Nr. 360

Praktikum im Krankenhaus

Auf Einladung des Betriebsrates der Westküstenkliniken Brunsbüttel und Heide wird Jörn Thießen ein zweitägiges Praktikum im Krankenhaus Heide absolvieren.



Am 14. und 15. April wird Jörn Thießen sich auf verschiedenen Stationen ein Bild über die Arbeitsbelastungen der Beschäftigten im Krankenhaus verschaffen. „Die Einladung zu diesem Praktikum habe ich gern angenommen. Dadurch erhoffe ich mir einen realistischen Einblick in die Auswirkungen der Gesundheitsreformen und Erkenntnisse über notwendige Veränderungen“, so Jörn Thießen.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 10.04.2008, 11:38 Uhr - 7523 Clicks - Nr. 361

Dr. Ralf Stegner zu Besuch im Wahlkreis Rendsburg

Am Freitag, 11. April 2008, kommt der SPD-Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion zu einer Wahlkreisbereisung in den Wahlkreis 11 Rendsburg. Er wird in Begleitung des örtlichen Wahlkreisabgeordneten Günter Neugebauer, SPD, die Rendsburger Tafel in der Materialhofstraße 7, die Werft Nobiskrug und die AWO-Sozialstation in Büdelsdorf besuchen, um sich in Gesprächen mit Leitung und Geschäftsführung, dem Betriebsrat und mit Betroffenen zu informieren.

Um 19.00 Uhr spricht Dr. Stegner auf einer öffentlichen Veranstaltung des SPD-Ortsvereins Fockbek in Paulsens Gasthof zum Thema „Sozialdemokratische Perspektiven für Schleswig-Holstein“. Die anschließende Diskussion wird moderiert von Günter Neugebauer. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich willkommen.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 10.04.2008, 20:37 Uhr - 6288 Clicks - Nr. 362

Tibets Klöster abgeriegelt - MdB Wodarg besucht Krisenregion

Auf der Suche nach Schutz vor dem chinesischen Regime haben viele Tibeter lange Zeit in Nepal Obdach gefunden. Sie sind dort gut integriert. Doch auf Proteste gegen China reagiert Nepals Führung brutal. Folgender Artikel erschien im überregionalen Teil des Flensburger Tageblatts vom 08.04.2008 als Tagesthema auf der Seite 7.

Als Mitglied einer fünfköpfigen Delegation des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kehrte der Flensburger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg jetzt aus Nepal zurück. Neben Projektbesuchen und Gesprächen mit Regierungs- und Oppositionsvertretern prägten besonders die bevorstehenden Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung sowie die Krise im benachbarten Tibet das Programm.

In der Hauptstadt Kathmandu traf Wodarg auch mit Flüchtlingen aus Tibet, dem dortigen Repräsentanten des Dalai Lama und Vertretern des tibetischen Exil-Parlaments zusammen. Sie

berichteten, dass chinesische Sicherheitskräfte viele Klöster in Tibet abgeriegelt hätten, um die Mönche und Nonnen an Demonstrationen zu hindern. In einigen Klöstern seien Nahrungsmittel und Medikamente knapp, was bereits zu Todesopfern geführt habe. Die Exil-Tibeter bekräftigten, dass die Proteste in Tibet überwiegend gewaltfrei seien. Einige Ausschreitungen seien von chinesischen Sicherheitskräften inszeniert und den Mönchen in die Schuhe geschoben worden, hieß es. Die Exil-Tibeter präsentierten Fotos, auf denen chinesische Sicherheitskräfte in Uniform zu sehen sind, die tibetische Mönchskutten im Gepäck mit sich führen.



In einem Gespräch mit Ministerpräsident Koirala forderten die Bundestagsabgeordneten die nepalesische Regierung auf, den Exil-Tibetern Demonstrationsfreiheit zu gewähren. Zurzeit finden in Kathmandu täglich gewaltfreie Proteste statt, die von der nepalesischen Polizei unter Einsatz von Schlagstöcken aufgelöst werden.

"Die nepalesische Regierung steht stark unter Druck des mächtigen Nachbarn China", erklärten die Abgeordneten. Der chinesische Botschafter, mit dem die Bundestagsdelegation auch zusammentraf, hätte die nepalesische Regierung aufgefordert, noch konsequenter die "anti-chinesischen Kundgebungen" in Kathmandu zu unterbinden. Andererseits befänden sich im Rahmen einer UN-Mission 800 Wahlbeobachter und Menschenrechtsexperten in Nepal, die die für den 10. April vorgesehene Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung überwachen. Diese internationale Präsenz sei auch ein Schutz für die Exil-Tibeter in Nepal, erklärten die Abgeordneten. "Auch unsere Anwesenheit und unsere Gespräche mit Regierungs- und Parteienvertretern hat wohl zu mehr Besonnenheit bei den Verantwortlichen geführt. Wären die ausländischen Beobachter nicht im Land, wären die Demonstrationen der Tibeter sicherlich noch brutaler und rücksichtsloser niedergeknüppelt worden", erklärte Wodarg: "Die Lage in Nepal selbst ist so kurz vor den Wahlen ohnehin kritisch."

[MEHR BILDER HIER.](#)

Keine Kommentare

Treffen deutscher und dänischer Sozialdemokraten: Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Grenzüberschreitende Verkehrsfragen und die Hafenwirtschaft standen im Mittelpunkt des vierten Treffens zwischen deutschen und dänischen Sozialdemokraten. In Apenrade trafen sich Sozialdemokraten aus dem Folketing und dem Regionsrat Syddanmark mit dem Arbeitskreis Europa der SPD-Landtagsfraktion sowie Vertretern des SPD-Landesvorstandes.

Flensburg war durch die Landtagsabgeordnete Ingrid Franzen und den SPD-Kreisvorsitzenden Helmut Trost vertreten. Mit dabei waren deutsche und dänische Kommunalpolitiker aus der Grenzregion.

Rolf Fischer stellte als Vorsitzender der Arbeitskreises Europa eine kleine Anfrage der SPD-Fraktion vor, in der es unter anderem um die Weiterführung der A 23 nach Esbjerg und den Ausbau und die Elektrifizierung der Westküsteneisenbahn (Marschenbahn) von Itzehoe über Niebüll und Tondern bis nach Esbjerg geht.

Beim Weiterbau der A 23 geht es um die Streckenführung und die Finanzierung des Ausbaus. Die dänischen Sozialdemokraten unterstützen den Ausbau der Bahnstrecke Niebüll-Esbjerg als einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Tourismus in der Region und Anbindung des Hafens Esbjerg und schlugen folgende verkehrliche Weiterentwicklung der Grenzregion vor:

- eine südliche Verbindung von der Insel Fünen auf das Festland,
- eine Anbindung (Querverbindung) an den Flughafen Billund sowie
- einen zweispurigen Ausbau der Eisenbahnstrecke von Kolding bis zur Grenze.

Von beiden Seiten wird eine Hafenkooperation zwischen Apenrade und Flensburg gefordert. Die zurzeit bestehenden Vereinbarungen sollten ergänzt und weiterentwickelt werden.

Auf dänischer Seite werden die Themen durch die sozialdemokratischen Vertreter in die Beratungen des Folketing und des Regionsrat eingebracht.

Energiepolitik und Klimaschutz sowie Arbeitsmarktpolitik werden Schwerpunkte der weiteren Zusammenarbeit sein. Das nächste Treffen wird in Sonderburg stattfinden und sich mit dem Thema Energie beschäftigen. Außerdem soll die darauf folgende Sitzung in Flensburg zu dem Thema grenzüberschreitender Arbeitsmarkt und Entwicklung eines gemeinsamen Arbeitmarktes der Region Syddanmark und des Landesteils Schleswig vorbereitet werden.

Abschließend erklärten Leif Hansen für die dänischen Sozialdemokraten und Rolf Fischer: „Wir wollen eine starke Grenzregion, die nur durch eine enge und solidarische Zusammenarbeit der Sozialdemokraten verwirklicht werden kann.“

Keine Kommentare

Vorstand des OV Glücksburg

In der Jahreshauptversammlung 2008 des OV Glücksburg wurden folgende Mitglieder in den Vorstand berufen:

Vorsitzender: Dr. Uwe Kötschau

Stellvertr. Vorsitzender: Hermann Jobben,

Kassierer: Uwe Leple,

Beisitzer: Gisela Nürnberger,
Lothar Bartsch,
Hans-Peter Fölsch,

Revisoren: Klaus-Dieter Neumann,
Petra Moritz

Kreistagsdelegierte: Dr. Uwe Kötschau
Hermann Jobben
Gisela Nürnberger,

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 11.04.2008, 12:45 Uhr - 12728 Clicks - Nr. 365

Verwendung menschlicher Stammzellen

Zur Beschlussfassung der Änderung des Stammzellengesetzes erklärt Jörn Thießen:

„Nun dürfen Wissenschaftler in Zukunft mit jüngeren embryonalen Stammzellen forschen, die aus dem Ausland bezogen werden.

Der Bundestag beschloss am Freitag in Berlin eine Verschiebung des Stichtags auf den 1. Mai 2007. Bislang durften die Forscher nur Stammzellen verwenden, die vor dem 1. Januar 2002 im Ausland gewonnen wurden.

Ich habe diesem Antrag nicht zugestimmt, da ich für die Beibehaltung der jetzt gültigen Regelung eingetreten bin. Die heute mit deutlicher Mehrheit gefundene Lösung entspricht nicht meinen Vorstellungen, ist aber unter den gegebenen Umständen die „zweitbeste“ Lösung.

Ich hoffe nun sehr, dass in Zukunft keine weiteren Verschiebungen dieser Grenze vorgeschlagen werden. Dagegen würde ich mich klar aussprechen.“

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 11.04.2008, 17:20 Uhr - 3271 Clicks - Nr. 366

SPD-Engelsby: Verkehrskonzept Engelsby

Unter Federführung des Bürgerforums Engelsby findet am Donnerstag, 17. April um 19.30 Uhr im Gemeindezentrum Engelsby, Brahmsstraße, eine Bürgerversammlung zum Thema Verkehrskonzept Engelsby statt.

Mit der Fertigstellung der Osttangente haben sich die Verkehre im Stadtteil deutlich verändert.

Vorschläge, die in der Vergangenheit zur Verkehrsführung gemacht wurden, wurden größtenteils bis

zur Fertigstellung der Osttangente zurückgestellt.

Was sich bisher entwickelt und wie es nun weiter gehen soll, werden die Fachleute der Verwaltung auf der Versammlung erläutern und mit den interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern diskutiert.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 11.04.2008, 21:11 Uhr - 2358 Clicks - Nr. 367

Kommunalpolitischer Stammtisch der SPD-Stadtmitte

Am Dienstag, den 15. April 2008 um 19:00 Uhr lädt der SPD-Ortsverein Stadtmitte wieder zum Kommunalpolitischen Stammtisch ins „Feuerstein“, Norderstr. 98 ein.

In zwangloser Atmosphäre besteht wieder die Möglichkeit, mit Vertretern der SPD-Ratsfraktion über aktuelle Themen ins Gespräch zu kommen.

Mit dabei sind auch die Kandidaten für die Wahlkreise 5 (Nördliche Altstadt/ Duburg) Sönke Bohm, 11 (Exe/ Südstadt) Stephan Menschel und 12 (St. Johannis/ Sandberg) Helmut Trost.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 11.04.2008, 23:20 Uhr - 6830 Clicks - Nr. 368

Wodarg's Bürgersprechstunde in Flensburg am 17.04.2008

Am Donnerstag, dem 17.04.2008, hat Dr. Wodarg zwischen 15:30 und 17:30 Uhr Sprechstunde im SPD-Kreisbüro in Flensburg. Anmeldung erforderlich! SPD-Kreisbüro in Flensburg: Große Straße 69. Anmeldung unter Telefon 0461/9 78 88 20 in den Bürozeiten von 11-14 Uhr und außerhalb der Bürozeiten unter 0157/74974649.



Regelmäßig lade ich in meinem Wahlkreis zu Sprechstunden ein, die immer gut besucht sind. Bei dieser Gelegenheit tragen die Menschen eine große Vielfalt von Themen an mich heran. Zum einen sind es oft sehr persönliche Problem- oder gar Notfälle, in denen ich um Hilfe gebeten werde. Oft kann ich unmittelbar helfen, aber ebenso oft ist es besser den Leuten einen Hinweis auf eine geeignete Stelle zu geben, bei ihnen bei ihrem Anliegen geholfen werden kann. Diese persönlichen Schicksale machen mir immer wieder sehr deutlich bewusst, welche Auswirkungen politische Entscheidungen in der Lebenswirklichkeit der Menschen haben können.

Die zweite Gruppe in der Sprechstunde sind die Menschen, die mit einer Idee oder einem Projekt, sei es für Kinder, sei es im Naturschutz, zu mir kommen und um Unterstützung bitten. Hier kann ich oft die richtigen Kontakte zu Einrichtungen oder Institutionen herstellen, die die passenden Ansprechpartner für solche Vorschläge sind. Die Phantasie, die Kreativität und das Engagement dieser Leute beeindruckt mich immer sehr. Davon wünsche ich mir mehr in unserer Gesellschaft.

Eine dritte große Gruppe bilden die Menschen, die dem Abgeordneten mal "ihre Meinung sagen

wollen". Mit diesen diskutiere ich über aktuelle Entwicklungen oder meine persönliche Haltung zu bestimmten politischen Fragen. Das politische Interesse und das Problembewusstsein dieser Gesprächspartner beeindruckt mich immer sehr. Politikverdrossenheit kann ich da nicht feststellen. Ich freue mich besonders, wenn es mir gelingt, die Menschen zu bewegen, selbst politisch aktiv zu werden.

Wenn Sie glauben, dass ich Ihnen helfen könnte, wenn Sie Unterstützung bei einer interessanten Idee brauchen oder wenn Sie einfach mal mit mir über Politik diskutieren wollen, dann besuchen Sie mich in meiner Bürgersprechstunde: Die nächsten Termine entnehmen Sie bitte meiner Homepage im Internet, aus der Tagespresse oder fragen Sie einfach in meinem Wahlkreisbüro nach.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.04.2008, 13:41 Uhr - 1444 Clicks - Nr. 369

Kietzer und Stück zur CAU: Verteilung knapper Mittel hilft keinem

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer und die hochschulpolitische Sprecherin Gesine Stück erklären:

"Die SPD-Ratsfraktion Kiel bekennt sich zu der Landesuniversität CAU - und zwar nicht nur, weil es die "hauseigene" Kieler Universität ist.

Sondern weil nur die CAU bundesweit überhaupt konkurrenzfähig im Exzellenzwettbewerb ist. Mit einer Verteilung der knappen Mittel auf mehrere Standorte ist keinem geholfen. Die Konzentration der vorhandenen Kräfte auf Kiel liegt im Interesse des gesamten Wissenschaftsstandortes Schleswig-Holstein."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.04.2008, 14:09 Uhr - 1580 Clicks - Nr. 370

Kietzer und Müller-Beck: "NPD-Verbot, das würde Deutschland gut zu Gesicht stehe

Die Spitzenkandidaten der Kieler SPD und Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer und der Spitzenkandidat der Kieler SPD Ralph Müller-Beck erklären:

"Die Kandidatur der NPD zur Kommunalwahl wird von uns mit großer Sorge gesehen.

Insbesondere vor dem Hintergrund der eindrucksvollen Präsentation des "Zuges der Erinnerung", die gerade im Kieler Hauptbahnhof zu sehen war, erscheint diese Kandidatur mehr als abstoßend.

Wir sind durchaus für ein NPD-Verbot, das würde Deutschland gut zu Gesicht stehen."

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 12.04.2008, 19:38 Uhr - 3000 Clicks - Nr. 371

Die Gemeinschaftsschule setzt sich durch

Nicht allein die SPD hat den Wert der Gemeinschaftsschule erkannt, auch große Teile der CDU beginnen zu begreifen, dass diese Schulform in die richtige Richtung zeigt. Das Festhalten an einem Schulsystem, das vor 100 Jahren erfunden wurde, hat keine Zukunft. Leider ist die Quickborner CDU noch nicht so weit. Jens-Olaf Nuckel gibt Details zu diesem Thema

Mit viel Interesse lese ich immer wieder die Ausführungen der Quickborner CDU zum Thema Gemeinschaftsschule. Deren Polemik möchte ich nicht kommentieren. Wir haben uns sachlich mit dem Thema auseinandergesetzt und unsere Argumente dargelegt.

Vielleicht will die Quickborner CDU mit Ihrer Polemik uns überzeugen?!?!? Das wird nicht klappen, da wir nicht an über 100 Jahre alten Schulkonzepten hängen und uns sehr deutlich für eine zukunftsorientierte Gemeinschaftsschule aussprechen.

Die Quickborner CDU sollte den Fokus auf andere Orte richten, die nach unserer Meinung einen deutlichen Schritt weiter sind:

Die Konservativen (ehemals CDU) in Ellerau hat die Quickborner Politik gebeten, eine Gemeinschaftsschule einzurichten!

Die CDU in Bönningstedt entscheidet sich für eine Gemeinschaftsschule!

Die CDU in Barmstedt entscheidet sich gegen eine Regionalschule und richtet eine Gemeinschaftsschule ein!

Die CDU in Halstenbek entscheidet sich für eine Gemeinschaftsschule!

Die CDU in Pinneberg entscheidet sich für eine Gemeinschaftsschule!

Die CDU Schleswig-Holstein schafft die Möglichkeit zur Einrichtung von Gemeinschaftsschulen im Land!

Die CDU in Hamburg schafft das dreigliedrige Schulsystem ab und diskutiert sehr offensiv die Einführung von Stadtteilschulen!

Diese Liste ist beliebig fortsetzbar!

Da die Quickborner CDU ja alles besser weiss als ihre oben genannten Parteimitglieder, sollte sie hier versuchen, in Kontakt zu treten. Das hätte aber zur Folge, dass sie merken, dass sie auf dem Holzweg sind!

Wir, die Quickborner Sozialdemokraten sind überzeugt von der Zukunftsfähigkeit der Gemeinschaftsschule und haben keine Angst, diese in Quickborn nach der Wahl einzuführen!

Mit freundlichen Grüßen
09.04.2008

Jens-Olaf Nuckel
Fraktionsvorsitzender

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 13.04.2008, 20:16 Uhr - 7155 Clicks - Nr. 372

Wodarg: Endlich Darfur helfen!

Heute findet der fünfte, internationale Aktions-/Gedenktag, zum immer noch andauernden Völkermord in der sudanesischen Provinz Darfur statt. Völkermord, Vertreibung und die Qualen der dort lebenden Menschen müssen endlich gestoppt werden! Ziel der

Demonstrationen und weiteren Aktionen die heute stattfanden, ist es die Menschen in aller Welt auf diese Tragödie aufmerksam zu machen. Wir alle machen uns schuldig, wenn wir dem Morden länger zuschauen!

In vielen Ländern hat heute anlässlich des Beginns des Konfliktes vor fünf Jahren ein internationaler Aktionstag für Darfur stattgefunden. Menschenrechtsorganisationen, Aktionsbündnisse und Engagierte erinnerten heute weltweit an den größten Völkermord der Gegenwart, an die andauernde humanitäre Katastrophe im westsudanesischen Darfur.



Seit fünf Jahren ist die Zivilbevölkerung dieser Region grausamen Taten ausgesetzt: ganze Dörfer werden verbrannt und dem Erdboden gleichgemacht, Frauen und Mädchen werden vergewaltigt, Menschen hungern und werden getötet. Die meisten sind auf der Flucht, sie leben in Flüchtlingscamps und sind traumatisiert. Die Welt muss endlich aufwachen und sich für einen sofortigen Waffenstillstand einsetzen! Darfur wird sonst unser zweites Ruanda! Nachdem der Druck auf die sudanesisische Regierung nichts bewegt hat, sind jetzt die Vereinten Nationen (UN) gefordert. China spielt übrigens nicht nur in Tibet, sondern schon lange und in erheblichem Masse auch im Sudan eine wichtige Rolle bei der Verhinderung der Umsetzung von Menschenrechten!

Nachdem in der Afrikanischen Union grosse Einigkeit bestand, dass man diesen Konflikt mit afrikanischen Truppen lösen wollte und sich keine Weissen in Darfur einmischen sollten, hätte die UN dieser Bitte entsprechend ihre Truppen zusammenstellen können. In diesem Zusammenhang ist es sehr fragwürdig, dass Frankreich jetzt als ehemalige Kolonialmacht und als bekannter Interessent für die Uran Vorkommen in Nachbarregionen sich hier unter Nutzung eines UN-Mandates ins Spiel bringt.

Im Zentrum des diesjährigen "Global Day for Darfur" steht das Schicksal der Kinder, die ganz besonders unter der anhaltenden Gewalt und katastrophalen humanitären Lage leiden. Schätzungen zufolge sterben in Darfur jeden Tag 75 Kinder unter fünf Jahren an den Kriegsfolgen. Immer mehr Kinder sind lebensbedrohlich unterernährt. Es gibt auch dort etwa 7000 Kindersoldaten.

In Darfur kämpfen seit Februar 2003 Rebellenorganisationen gegen regierungstreue Milizen und Streitkräfte. Nach UN-Schätzungen kamen in dem Konflikt bisher rund 200.000 Menschen ums Leben. Rund 2,2 Millionen Menschen wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Und etwa ein Zehntel von ihnen ist in das Nachbarland Tschad geflohen.

Ich schliesse mich dem Appell an die internationale Öffentlichkeit, an die Bundesregierung, Frankreich, die EU, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und vor allem an China an, sich noch viel aktiver für ein Ende des Konfliktes in der sudanesischen Region Darfur einzusetzen!

Dr.Wolfgang Wodarg, MdB

[MEHR BILDER HIER](#)

Keine Kommentare

Großer Andrang beim Stadtrundgang

Rund 60 Interessierte nahmen auf Einladung des Ortsvereins Stadtmitte am Rundgang durch St. Jürgen und St. Johannis teil.

Tradition haben beim SPD-Ortsverein Stadtmitte die Stadtteilrundgänge, die immer großen Zuspruch in der Bevölkerung finden.

Den Auftakt 2008 machte ein Rundgang durch das „Kapitänsviertel“ von St. Jürgen und durch St. Johannis. Peter Jensen, engagierter Bewohner des Stadtteils und Vorsitzender des Vereins zur Erhaltung der „Östlichen Altstadt“ führte die rund 60 Teilnehmer durch „sein Viertel“.

Beginnend an der Hafenspitze ging der Weg vorbei am Kailagerhaus, wo dem gemeinsamen Kampf des Vereins zur Erhaltung der Östlichen Altstadt und der SPD-Stadtmitte gegen das geplante Hotel gedacht wurde, die Friedastr. hoch zur St. Jürgen-Kirche, wo ein Aussichtspunkt einen imposanten Ausblick über den Hafen bietet. An der St.-Jürgen-Str. lang ging es dann durch die kleinen Gassen, mit den verträumten Häusern zur kleinen St.-Jürgen-Treppe. Nach einem kurzen Vortrag über das Paarungsverhalten von Fröschen, führte dann der Weg die Treppe hoch zur Bachstr. die vor kurzen einen weiteren Aussichtspunkt erhalten hat.

Am Margarethenhof gab es einen kleinen Einblick in die Industrielle Geschichte Flensburgs zur Gründerzeit und der Baulichen Entwicklung der letzten 20 Jahre am Platz.

Nach rund zwei Stunden und einen kurzen Stopp am Grab des sagenhaften Ritters Fleno, war das Ziel, die St. Johannis-Kirche erreicht.

Hier rief der langjährige Bauausschussvorsitzende Knut Franck nochmals die Verkehrsplanungen der 60'iger Jahre in Erinnerung: Der so genannte „Wehner-Plan“ sollte Flensburg zur „Verkehrsgerechten Stadt“ machen. Den gigantischen Straßenneubauten sollten das Johannisviertel und die Nordseite der Toosbystr. weichen. Die Aufgabe dieser Verkehrsplanung und die dann folgende Stadtsanierung der Östlichen Altstadt, wurden dann aber von der SPD durchgesetzt. Ziel der SPD damals wie heute war und ist nicht die „Verkehrsgerechte“ sondern die „Menschengerechte“ Stadt.

Die nächsten Rundgänge der SPD Flensburg sind:

27. April 2008 , 10:30 Uhr

Treffpunkt: Schwarzentel (untere Eckenerstr.), Ziel: Landesfeuerweherschule Harrislee (Süderstr.)
„ Von Flensburg nach Harrislee – auf den Spuren sozialdemokratischen Widerstands von 1933 bis 1945“

Ein historischer Rundgang mit Jens Jacobsen

Der Rundgang geht in etwa zwei Stunden zu einigen originalen Schauplätzen. Hierbei gibt er Erläuterungen über riskante Aktionen von Sozialdemokraten und ihrer Verfolgung durch den Nazis. Für Rückfahrgelegenheiten von Harrislee zum Ausgangspunkt ist gesorgt.

Veranstalter: SPD-Ortsverein West

15. Mai 2008, 18: 00 Uhr

Treffpunkt: Parkplatz Kanonenberg (B-Gebäude der AVS

„Flensburg von oben betrachtet“

Stadtrundgang mit Knut Franck.

Vom Kanonenberg führt der Rundgang an den Hängen der Flensburger Altstadt lang zum Collundtspark. Hierzu gibt es Erläuterungen von Knut Franck, dem langjährigen Vorsitzenden des Bauausschusses.

Veranstalter: SPD-Ortsverein Stadtmitte

Anmeldungen sind nicht erforderlich, die Teilnahme ist kostenlos.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 14.04.2008, 12:54 Uhr - 52242 Clicks - Nr. 374

Pressemitteilung der AsF SH zum beitragsfreien Kindergartenjahr

Die Landesvorsitzende der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen), Cornelia Östreich, begrüßt die landespolitische Initiative für eine beitragsfreie Kinderbetreuung in Schleswig-Holstein.

Die Nutzung öffentlicher Kindertageseinrichtungen beitragsfrei zu stellen, ist in der Tat der notwendige Schritt, um echte Wahlfreiheit bei Erziehung und Betreuung herbeizuführen. Solange dies nicht gegeben ist, werden gerade Kinder aus den bildungsfernen Schichten – die von einer außerhäuslichen Betreuung am meisten profitieren könnten – schon aus Kostengründen von diesen Angeboten ferngehalten.

Was die Diskussion um das Kindergartenjahr betrifft, mit dem eine solche Freistellung beginnen sollte, hätte die AsF allerdings eindeutig für das erste Jahr plädiert – nicht für das letzte, wie es in der Großen Koalition allein zu machen war.

Damit schlossen sich die SPD-Frauen auch der Stellungnahme diverser Landesverbände wie des „Paritätischen“, der Diakonie und der schleswig-holsteinischen Elternvertretung an. Dort wurde sehr richtig argumentiert, dass der „Grenznutzen“ einer Beitragsbefreiung im letzten Kindergartenjahr sehr viel geringer wäre als im ersten – weil im letzten Jahr bereits über 90 % der Kinder im Land Tageseinrichtungen besuchen. In früheren Lebensjahren geschieht der Besuch bei weitem nicht so häufig; dabei ist dies gerade die Zeit, in der Kinder nachweislich den größten Nutzen aus Bildungsanregungen und qualifizierter Betreuung ziehen. „Hier gilt es keine Zeit zu verschenken“, sagt Cornelia Östreich. „Gerade vor dem Hintergrund eklatanter Kinderarmut in Schleswig-Holstein kann öffentliches ‚Kümmern‘ gar nicht früh genug ansetzen.“

Dies belege auch die jüngste OECD-Studie, welche in Deutschland weiterhin die hohe Abhängigkeit zwischen Bildungschancen der Kinder und sozialem Status der Eltern rügt und als wesentliches Gegenmittel frühkindliche Förderung empfiehlt.

Derselben Studie entnehmen die SPD-Frauen ein weiteres Argument für das erste Kindergartenjahr. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Deutschland sei viel zu niedrig; dies schade der Volkswirtschaft und den sozialen Systemen. „Wenn das neue Elterngeld eine nachhaltige Wirkung auch für die berufliche Gleichstellung von Frauen entfalten soll, muss die Betreuungsfrage von Anfang an geklärt sein – nicht erst kurz bevor das Kind in die Schule kommt“, erklärt Cornelia Östreich.

Daher die Enttäuschung über den Kompromiss in der Großen Koalition beim letzten Kindergartenjahr, nachdem weitergehende Vorschläge der SPD – z.B. ein verbindlicher Einstieg in zusätzliche beitragsfreie Betreuungszeiten – nicht zum Tragen kamen.

„Es ist uns unerfindlich, wie die schleswig-holsteinische CDU unter diesen Voraussetzungen sagen

kann: ‚Willkommen im Club!‘ (PM 124/08). SozialdemokratInnen haben sich bereits für öffentliche Kinderbetreuung eingesetzt, als dies für viele Konservative noch ‚Teufelszeug‘ war“, stellt Cornelia Östreich fest. „Unsere Forderung, dass solche Kinderbetreuung so früh wie möglich zu beginnen hat und die finanzielle Sorge dafür den Eltern abgenommen werden muss, bleibt bestehen – als Grundlage für mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit!“

Keine Kommentare

[SPD Rathausfraktion Neumünster](#) - veröffentlicht am 14.04.2008, 15:24 Uhr - 4731 Clicks - Nr. 375

Das Thema betrifft nicht nur die Alten!

Knapp 30 Teilnehmer waren am Freitag, 11. April 2008 der Einladung des Falderaner SPD-Direktkandidaten Arno Jahner gefolgt, um sich rund um das Thema Patientenverfügung zu informieren.

In einem kurzen, aber durchaus informativen Vortrag hatte Klaus-Peter Puls, innen- und rechtspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Kiel, die Gäste zum diskutieren und nachdenken angeregt.

"Es ist zu empfehlen, dass trotz der auf Bundesebene laufenden Diskussion um ein vollkommenes Gesetz zur Patientenverfügung, jeder Bürger für sich schon eine Verfügung nach den bisherigen Vorgaben erstellt, um unverzüglich für sich selbst eine Vorsorge zu treffen", unterstrich Puls die Wichtigkeit des Themas. "Hierbei empfiehlt es sich, die Verfügung nicht zu allgemein zu formulieren. Zudem sollte man vorab ein ärztliches Beratungsgespräch durchführen, da es der verfügenden Person zumeist an der Fachkenntnis für die Beschreibung eines bestimmten Krankheitszustandes fehlt"

Im Anschluss an seinen Vortrag beantworteten der Experte die Fragen der Anwesenden und wies nocheinmal darauf hin, dass es in vielen Städten Institutionen gibt, die bei der Erstellung einer Patientenverfügung beratend zur Seite stehen. "Das Seniorenbüro Neumünster macht hier eine hervorragende Betreuungsarbeit!" ergänzte Arno Jahner.

Nachdem im Anschluss auch noch die ein oder andere Frage zu kommunal- und landespolitischen Themen angesprochen wurde, endete die Veranstaltung mit dem Aufruf des Gastgebers: Am 25. Mai - SPD wählen! Was sonst!

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 14.04.2008, 15:46 Uhr - 50642 Clicks - Nr. 376

Ralf Stegner: Die Bahn wird nicht privaten Gewinninteressen geopfert

Zu den Vorschlägen der SPD zur Bahnreform erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und des SPD-Landesverbandes, Dr. Ralf Stegner:

„Mit den Vorschlägen der SPD zur Bahnreform wird die Bahn nicht privaten Gewinninteressen geopfert. Zugleich werden neue Möglichkeiten für Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Bahnhöfe und Klimaschutz bei der Bahn geschaffen. Das von der SPD vorgeschlagene Modell liegt auch im

Interesse der Beschäftigungssicherung der 220.000 Bahnbeschäftigten und der Gewerkschaften. Damit wird die Zukunft der Bahn gestärkt. Eine Zerschlagung des Bahnkonzerns und englische Verhältnisse wird es mit der SPD nicht geben.



Für die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein entscheidend ist, dass Fern- und Nahverkehr zusammen bleiben. Auf dem SPD-Bundesparteitag im Oktober sind wir noch davon ausgegangen, dass das Streckennetz der Bahn zu 49% privatisiert wird. Das war die Grundlage für die Diskussion über Volksaktienmodelle. Mit dem Vorschlag von Kurt Beck bleibt das Streckennetz nun zu 100% in öffentlichen Besitz. Mit dem Verkauf von max. 24,9% der Anteile am Personen- und Güterverkehr an private Anleger wird es keinen strategischen Einfluss von Privaten auf die Bahnpolitik geben. Das ist der Hauptpunkt für SPD und die Bahnkunden. Der Vorschlag von Kurt Beck folgt dem Prinzip: Gemeinwohl geht vor Eigennutz.

Ich freue mich über dieses Ergebnis, das auch Skeptiker von Privatisierungen gut mittragen können. Es ist auch ein Erfolg der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten. Es liegt jetzt an der Union, eine Lösung mitzutragen, die das Gemeinwohl eindeutig vor private Interessen stellt. Die Privatisierungseuphorie von Austermann und Arp zu Lasten der Bahn und ihrer Kunden haben jedenfalls keine Chance auf Realisierung.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 14.04.2008, 18:54 Uhr - 10889 Clicks - Nr. 377

Stegner und Neugebauer besuchen AWO-Haus in Büdelsdorf

Stegner und Neugebauer beeindruckt von der Angebotsvielfalt des AWO-Hauses für Soziale Dienste in Büdelsdorf.

Im Rahmen seiner Wahlkreisbereisung im Wahlkreis des Rendsburger Landtagsabgeordneten Günter Neugebauer besuchte der SPD-Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende der SPD im Kieler Landtag Dr. Ralf Stegner auch das AWO Haus für Soziale Dienste in Büdelsdorf. Die Leiterin der Einrichtung, Frau Ulrike Hass und ihre Stellvertreterin, Frau Beate Sameisky, begrüßten die Gäste, zu denen neben Stegner auch MdL Günter Neugebauer, Wahlkreismitarbeiter Hans Peter Robin, Ortsvereinsvorsitzender Alexander Lerbs als Vertreter der hiesigen SPD, sowie die beiden SPD-Stadtvertreter Horst Eckert und Marlon Kruse gehörten.

Frau Hass betonte im besonderen Maße die reibungslose Zusammenarbeit der Vereine und Verbände im Ort und die Unterstützung der Stadt Büdelsdorf und des AWO-Ortsvereins. Die Sozialstation besteht seit 16 Jahren, hat derzeit 50 Bewohnerinnen und Bewohner in den betreuten Wohnungen, 23 im Reihenhause und 27 im Wohnblock. Auf Barrierefreiheit wird großer Wert gelegt. Zur Unterstützung stehen auch zwei Zivis zur Verfügung. Kerngeschäft des AWO Hauses ist die ambulante Betreuung, von den 50 Beschäftigten sind 39 in diesem Versorgungszweig eingesetzt. Das AWO Haus bietet dreimal wöchentlich Mittagsverpflegung an; als weitere Angebote werden u. a. eine Tagesmüttervermittlung, der Sozialruf und die Betreuung an Demenz erkrankter Menschen

vorgehalten. Zum Versorgungsbereich gehört eine Zweigstelle in Schacht – Audorf, die von Frau Sameisky betreut wird.

„Um unser Betreuungsangebot richtig rund zu machen, wäre als weiterer Baustein das Angebot einer Tagespflege wünschenswert“, so die Leiterin Frau Hass. Die anwesenden Büdelsdorfer Stadtvertreter bekundeten ihre Unterstützung.

Sowohl Dr. Ralf Stegner als auch Günter Neugebauer zeigten sich beeindruckt von der Angebotsvielfalt des AWO Hauses für Soziale Dienste.

„Wir spüren förmlich die hohe Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Einrichtung. Wir erinnern zugleich an die traditionellen Gemeinsamkeiten zwischen SPD und AWO und wir hoffen zukünftig wieder auf ein festeres Miteinander“, so die Parlamentarier zum Abschluss ihres Informationsbesuches.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel-Süd](#) - veröffentlicht am 14.04.2008, 19:44 Uhr - 3428 Clicks - Nr. 378

Vorstandswahlen des SPD-Ortsvereins Kiel Süd

Der SPD-Ortsverein hat auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung am 10. April 2008 seinen Vorstand neu gewählt. In ihren Ämtern jeweils einstimmig bestätigt wurden Jasmin Bauer als 1. Vorsitzende, Dirk Sievers als stellvertretender Vorsitzender, Andreas Schulz als Kassenwart und Ralf Ibs als Beisitzer. Neu im Vorstand als Beisitzerinnen sind Norina Ciemnyjewski, Eva Killing und Swenja Robinius. Johannes Wiedemann ergänzt den Vorstand als neuer Schriftführer. Die Funktion der Seniorenbeauftragten nimmt zukünftig Norina Ciemnyjewski wahr. Sie löst Uschi Petersen ab, die als Dank für die langjährige Ausübung dieser Aufgabe ein Geschenk vom Ortsverein erhielt. Der Europaabgeordnete Willi Piecyk berichtete aus der Arbeit im Europaparlament mit dem Schwerpunkt „Maritime Politik“. In den nächsten Monaten wird der OV Kiel-Süd vor allem mit der Organisation des Sommerfestes Anfang September beschäftigt sein.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 15.04.2008, 13:20 Uhr - 7152 Clicks - Nr. 379

Wodarg zur Stammzellenforschung

Nach kontroverser Debatte am vergangenen Freitag beschloss das Parlament in Berlin eine Lockerung des Stammzellgesetzes. Nach Auffassung des SPD-Politikers Wolfgang Wodarg, sind von der Forschung mit embryonalen Stammzellen "keine Therapien zu erwarten". "Wir brauchen diese embryonalen Stammzellen nicht", sagte Wodarg bei n-tv. "Wir müssen den Menschen vor der Vernutzung schützen." Wodarg bedauert die neueste Entscheidung im Bundestag.

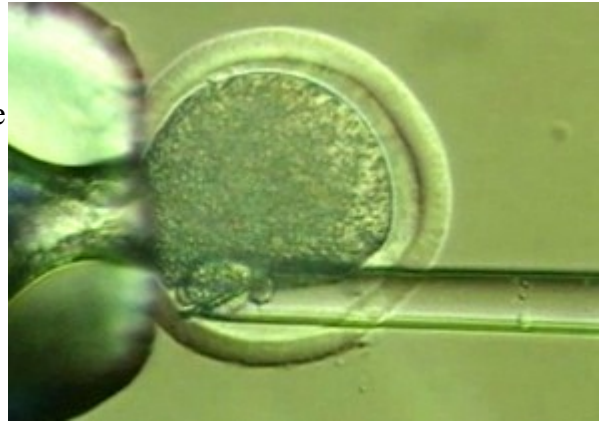
Der Bundestag hat am Freitag, dem 11. April 2008, in namentlicher Abstimmung entschieden, den Stichtag für die Forschung an embryonalen Stammzellen einmalig auf den 1. Mai 2007 zu verschieben. Bisheriger Stichtag war der 1. Januar 2002. Insgesamt lagen vier Gesetzentwürfe vor.

Dr. Wodarg's Artikel zum Thema erschien im überregionalen Teil des shz-Verlags vom 10. April 2008 auf der Seite 2 :

EINE SACKGASSE DER WISSENSCHAFT

Das Stammzellgesetz aus dem Jahr 2002 mit der Stichtagsregelung stellt bereits einen Kompromiss dar, der den Interessen der Forschung weit entgegen kommt. Durch die Verschiebung des Stichtages würde dieser Kompromiss haltlos und prinzipiell immer wieder ausweitbar.

Embryonen sind Menschen in ihrer frühesten Entwicklungsphase und dürfen nicht zu Labor-Reagenzien oder Arzneimitteln verarbeitet werden. Für sie gilt die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die grundgesetzliche Basis unseres friedlichen Zusammenlebens. Regenerative Therapien mit patienteneigenen Stammzellen sind eine viel versprechende Alternative ohne ethische Konflikte.



Der Ruf einzelner Institute nach frischen menschlichen embryonalen Stammzellen kommt aus einer wissenschaftlichen Sackgasse. Alle Experimente mit menschlichen embryonalen Stammzellen der letzten zehn Jahre haben gezeigt, dass diese für die medizinische Anwendung an Patienten nicht konkurrenzfähig sind.

Embryonale Stammzellen vom Menschen sind nicht mehr der Standard, den man zur vergleichenden Forschung heranziehen sollte. Versuche mit tierischen Stammzelllinien oder mit bestehenden humanen Stammzelllinien sind zu Zwecken der Grundlagenforschung möglich und ausreichend. Das wurde auch von jenen Forschern bestätigt, die in letzter Zeit bahnbrechende Ergebnisse in der regenerativen Medizin vorweisen konnten.

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

[Mehr zum Gucken und zum Lesen](#)

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 15.04.2008, 15:52 Uhr - 1664 Clicks - Nr. 380

Beim Klimawandel über den Turm der Nikolaikirche hinaus denken

SPD-Ratsfraktion beantragt Beitritt der Stadt zum Konvent der Bürgermeister

Die Einbindung der Stadt Kiel in das internationale Engagement gegen den Klimawandel verstärken will die SPD-Ratsfraktion. "Kommunen wie Kiel sind wesentliche Akteure auf diesem Gebiet: Auf lokaler Ebene können die zur Bewältigung des Klimawandels notwendigen ganzheitlichen, integrierten und von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragenen Lösungskonzepte am besten entwickelt werden.

"Nachdem wir in der letzten Ratsversammlung die Vorlage des beschlossenen Energie- und Klimaschutzkonzeptes gefordert haben, werden wir diesmal den Beitritt zu Konvent der Bürgermeister beantragen", sagte Michael Wagner, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion. "In dieser von der EU-Kommission gestarteten Initiative finden sich viele positive Ansätze, die auch in Kiel umgesetzt werden sollten".

Die Mitglieder des Konventes gehen die Selbstverpflichtung ein, mittels Aufstellung und Umsetzung von Aktionsplänen für nachhaltige Energie ihre CO₂-Emissionen um mehr als 20% zu senken und die Nutzung erneuerbarer Energien durch Effizienzmaßnahmen zu erhöhen. In Kiel

werden dies die Umsetzungsschritte des Energie- und Klimaschutzkonzeptes sein. Die Kielerinnen und Kieler werden regelmäßig über die durch Dritte überwachten Fortschritte unterrichtet. Die Verbreitung der besten Verfahren für nachhaltige Energienutzung unter den Mitgliedern des Konventes wird durch die EU-Kommission mit Hilfe eines besonderen Mechanismus ("Benchmark für Exellenz") befördert. Außerdem wird absehbar die Möglichkeit bestehen, Klimaschutzprojekte mit Mitteln der Europäischen Investitionsbank auch in Kiel zu realisieren.

"Wir begrüßen diese ehrgeizige Initiative zur Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in den Kampf gegen den Klimawandel. Es stünde der seit über 14 Jahren als Klimaschutzstadt engagierten Stadt Kiel gut zu Gesicht, möglichst rasch ihren Beitritt zu erklären und zu den Erstunterzeichnern im Januar 2009 zu gehören. Sie würde damit dem Beispiel der Mehrzahl der Mitglieder im Klimabündnis Europäischer Städte folgen, die ihren Beitritt bereits beschlossen haben. Wer der globalen Erderwärmung wirkungsvoll entgegenzutreten will, dessen Politik darf nicht an der Stadtgrenze aufhören", sagte Michael Wagner abschließend.

Antrag zur Ratsversammlung am 17.04.2008 Drucksache Nr. 0320/2008

Betreff: Beitritt der Landeshauptstadt Kiel zum Konvent der Bürgermeister (Covenant of Majors) gegen den Klimawandel

Antrag:

Die Landeshauptstadt Kiel tritt dem Konvent der Bürgermeister (Covenant of Majors) gegen den Klimawandel bei.

Begründung:

Die EU-Kommission hat mit dem Konvent der Bürgermeister in Brüssel eine wichtige Initiative zur Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in den Kampf gegen den Klimawandel auf der lokalen Ebene gestartet.

Fast 100 Städte Europas, darunter 15 Hauptstädte, haben nach informellen Konsultationen im Vorfeld ihre Unterstützung für diese Initiative zum Ausdruck gebracht. Kiel mit seinem Engagement als Klimaschutzstadt seit 1994 sollte zu den Erstunterzeichnern dieser ehrgeizigen Initiative gehören.

Die Mitglieder des Konventes verpflichten sich, ihre CO₂-Emissionen durch Energieeffizienz und ihre Nutzung erneuerbarer Energie über das von der EU angestrebte Ziel hinaus zu reduzieren bzw. zu erhöhen. Der Konvent der Bürgermeister soll eine ergebnisorientierte Initiative sein, in deren Mittelpunkt konkrete Projekte und messbare Ergebnisse stehen. Die teilnehmenden Städte und Regionen verpflichten sich, ihre CO₂-Emissionen bis 2020 durch Aktionspläne für nachhaltige Energie um mehr als 20% zu senken. Diese werden in Kiel die Umsetzungsschritte des von der Verwaltung vorzulegenden Energie- und Klimaschutzkonzeptes sein. Die Kielerinnen und Kieler werden durch die Verwaltung regelmäßig über die durch Dritte überwachten Fortschritte unterrichtet. Die Verbreitung der besten Verfahren für nachhaltige Energienutzung unter den Mitgliedern des Konventes wird durch die EU-Kommission mit Hilfe eines besonderen Mechanismus ("Benchmark für Exellenz") befördert werden. Die Förderung der Tätigkeiten und die Überwachung der Vernetzung wird durch das einzurichtende Sekretariat des Konventes geleistet, welches aus dem Programm "Intelligente Energie - Europa" finanziert wird.

Keine Kommentare

KVG den Weg zur Eigenwirtschaftlichkeit ebnen

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion und Mitglied des Aufsichtsrates der Kieler Verkehrsgesellschaft AG Achim Heinrichs erklärt zur Antragsinitiative für die Ratsversammlung am 17.04.2008:

"Auch in Zukunft muss der Öffentliche Personennahverkehr in Kiel und der Region durch ein kommunaleigenes Unternehmen sichergestellt werden.

Dieser Weg bietet ein Optimum an bedarfsorientierter Versorgungsvielfalt und Angebotssicherheit. Mit unserer Initiative am 17.04. wollen wir die Prüfung der Rahmenbedingungen für eine Rekommunalisierung der KVG mit dem Zeitplan für die zur Zeit unvermeidbare Ausschreibung der Verkehrsleistungserbringung durch die Stadt erreichen.

Unser Ziel ist es unbedingt, die KVG und damit die fast 600 Arbeitsplätze des Verkehrsunternehmens für Kiel zu erhalten.

Im Rahmen der Anteilsveräußerung von 49 % der Anteile an der KVG an die NBB (Norddeutsche Busbeteiligungsgesellschaft) wurden vom Kartellamt Auflagen über die Ausschreibung der Busverkehrsleistungen in der Landeshauptstadt Kiel gemacht, die beachtet werden müssen.

Zur Zeit besteht deshalb die Gefahr, dass, obwohl die KVG in den letzten Jahren enorme Kostenreduzierungen erreicht hat, ein privates externes Unternehmen das Ausschreibungsverfahren gewinnt und die KVG ihre Fahrer nicht weiter beschäftigen kann. Mit einem möglichen Rückkauf der Anteile kann - auf Grund des zwischenzeitlich eindeutigen EU-Rechtes - eine Ausschreibung entfallen und die Stadt an ihr eigenes Tochterunternehmen Aufträge direkt vergeben. Diese Chance muss Kiel nutzen!"

Antrag zur Ratsversammlung am 17.04.2008, Drucksache Nr. 0318/2008

Betreff: Ausschreibung der ÖPNV-Leistungen

Antrag:

Die Ratsversammlung beauftragt die Oberbürgermeisterin damit, in der Mai-Sitzung der Ratsversammlung die Voraussetzungen einer Rekommunalisierung der KVG darzulegen und über den möglichen Zeitplan einer europaweiten Ausschreibung der Busverkehrsleistungen zu berichten.

Des weiteren wird die Oberbürgermeisterin beauftragt, alle Vorbereitungen zu treffen, damit die Ausschreibung so spät wie möglich erfolgt.

Die Oberbürgermeisterin wird ferner beauftragt, der Ratsversammlung bis zum 18.09.2008 zu berichten, wie die KVG als Verkehrsunternehmen für den ÖPNV in der Region Kiel erhalten werden und strategisch neu ausgerichtet werden kann.

Begründung:

Im Rahmen der Anteilsveräußerung von 49 % der Anteile an der KVG an die NBB (Norddeutsche Busbeteiligungsgesellschaft) wurden vom Kartellamt Auflagen über die Ausschreibung der Busverkehrsleistungen in der Landeshauptstadt Kiel gemacht: 50 % zum 01.01.2011, die restlichen 50 % zum 01.01.2013 gemacht.

Zum Zeitpunkt der Anteilsveräußerung wurde allgemein davon ausgegangen, dass es zu Richtlinien der Europäischen Union kommen würde, die eine Ausschreibungspflicht für alle Verkehrsdienstleistungen bringen würde. Dieses ist so nicht eingetreten.

Es ist für die Kommunen heute weiterhin möglich im Rahmen eines Inhouse-Geschäftes die Verkehrsdienstleistungen an ein 100 %ig eigenes Verkehrsunternehmen zu vergeben.

Die KVG hat große Erfolge zu verzeichnen auf dem Weg zu höherer Wirtschaftlichkeit. Auch durch erheblichen Verzicht der Mitarbeiter konnte die KVG inzwischen fast die Eigenwirtschaftlichkeit erreichen, die weiterhin als Ziel erhalten werden muss.

Aber trotz aller erfolgreicher Maßnahmen scheint eine Wettbewerbsfähigkeit im Ausschreibungswettbewerb gegen Großkonzernen nicht realistisch erreichbar bis Ende 2008, wenn die Ausschreibung nach unserer bisherigen Kenntnis spätestens angekündigt werden müsste. Um das städtische Unternehmen KVG und seine Arbeitsplätze auf Dauer zu sichern und den Kieler Bürgern einen attraktiven ÖPNV zu erhalten, erscheint die Rekommunalisierung als einzig sicherer Weg. Auf diesem Wege gilt es, soviel Zeit wie möglich zu gewinnen, die auch die KVG nutzen muss auf dem Weg zur Erreichung der Eigenwirtschaftlichkeit.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 15.04.2008, 20:18 Uhr - 4231 Clicks - Nr. 382

Terrorabwehr: Verfassungsschutz rüstet nach -

Lothar Hay nennt neue Befugnisse „behutsame, aber notwendige Fortentwicklung“

Erscheinungsdatum: 15.04.2008

Schleswig-Holsteins Verfassungsschutz soll zusätzliche Möglichkeiten zur Aufklärung und frühzeitigen Erkennung von Gefahren erhalten.

Gleichzeitig werden die parlamentarische Kontrolle und der Grundrechtsschutz gestärkt. Der entsprechende Entwurf zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes wurde am Dienstag (15. April) vom Kabinett erstmals beraten. Das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz (ULD) hat jetzt sechs Wochen Zeit zur Stellungnahme. Danach wird sich die Landesregierung mit der Angelegenheit erneut befassen.

Innenminister Lothar Hay sprach am Dienstag (15. April) in Kiel von einer behutsamen, aber dringend notwendigen Fortentwicklung des Landesverfassungsschutzgesetzes an den bundesweit bereits geltenden Standard. „Der Verfassungsschutz braucht diese Rechte, um insbesondere Gefahren durch den islamistischen Terrorismus frühzeitig zu erkennen“, sagte Hay. Schleswig-Holstein setze die Terrorismusbekämpfungsgesetze des Bundes in Landesrecht um und folge damit allen anderen Ländern. „Wir können unser Land und die Bevölkerung auf Dauer nicht wirksam schützen, wenn es für die Verfassungsschutzbehörden im Bund und in den Ländern nicht gleiche Mindeststandards gibt“, sagte Hay. Diese seien für eine reibungslose Zusammenarbeit unabdingbar.

Die Pläne der Landesregierung sehen vor, den Beobachtungsauftrag der Verfassungsschützer auf den internationalen Terrorismus zu erweitern. Davon erfasst werden in Zukunft auch einzelne besonders gefährliche Personen, wie etwa die so genannten Kofferbomber. Im Gesetzentwurf heißt es dazu, dass die Verfassungsschutzbehörde Informationen über Bestrebungen sammelt und auswertet, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche

Zusammenleben der Völker gerichtet sind. Einzelne Personen dürfen beobachtet werden, wenn sie als gewalttätig oder gewaltbereit gelten oder wenn von ihnen eine schwerwiegende Gefahr für Staat und Verfassung ausgeht.

Daneben darf die Behörde bei privaten Unternehmen im Einzelfall und unter engen rechtlichen Voraussetzungen Auskünfte über Passagier-, Konto-, Post- und Telekommunikationsdaten einholen. Zu den auskunftspflichtigen Unternehmen gehören beispielsweise Fluggesellschaften, Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen, Telekommunikationsdienste oder Postdienstleister. Voraussetzung hierfür ist, dass beispielsweise tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die Sicherheit des Bundes oder eines Landes vorhanden sein müssen. Umfangreiche Unterrichtungspflichten gegenüber Parlament und den Betroffenen selbst sorgen für ein Höchstmaß an rechtsstaatlicher Kontrolle.

Der Verfassungsschutz soll künftig im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags auch technische Mittel einsetzen, um Standorte von Handys ausfindig zu machen. „Dazu müssen jedoch hohe rechtliche Hürden überwunden werden“, sagte Hay. Nur der Innenminister dürfe die Maßnahme anordnen, die G 10-Kommission, die Eingriffe in das Post- und Fernmeldegeheimnis vorab kontrolliert, müsse zustimmen und im Nachhinein werde die Parlamentarische Kontrollkommission unterrichtet.

Als Gegengewicht zu den erweiterten Befugnissen des Geheimdienstes wird die parlamentarische Kontrolle über die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über die Durchführung von Maßnahmen zur Post- und Fernmeldeüberwachung organisatorisch in einem Parlamentarischen Kontrollgremium zusammengefasst. „Die Abgeordneten erhalten dadurch einen besseren Überblick über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes“, sagte Hay. Derzeit sind die Kontrollaufgaben noch auf zwei Gremien aufgeteilt.

Klare Rechtsnormen sorgen für mehr Transparenz. „Jeder Bürger kann sofort erkennen, was der Verfassungsschutz darf und was nicht“, sagte der Minister. Es gebe keine rechtlichen Grauzonen. Beispielsweise würden alle nachrichtendienstlichen Mittel genau und abschließend im Gesetz beschrieben.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 15.04.2008, 20:24 Uhr - 4608 Clicks - Nr. 383

Keine Giftgasfunde in der Lübecker Bucht

Erscheinungsdatum:

15.04.2008

In der Lübecker Bucht wurden die gesuchten sogenannten Lübecker Giftgasbehälter nicht gefunden. An zwei Stellen waren seit Montag im Auftrag des Schleswig-Holsteinischen Innenministeriums

durch eine Fachfirma entsprechende Untersuchungen vorgenommen worden.
Es wurden Munitionsreste identifiziert, worüber die zuständige Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes umgehend informiert worden ist.

Innenminister Lothar Hay: „Ich habe sofort nach Bekanntwerden möglicher Gefahren für Mensch und Umwelt eine Untersuchung in Auftrag gegeben. Wir haben damit alles in unseren Möglichkeiten stehende getan, um an den uns genannten Standorten die gesuchten Giftgasflaschen zu finden.“

Verantwortlich für diesen Presstext:
Marion Wecken
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Tel: 0431-988-3009, Fax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 15.04.2008, 22:21 Uhr - 8414 Clicks - Nr. 384

Auch 2008: SPD-Ortsverein im Sommer nach Berlin

Der SPD-Ortsverein Rendsburg bietet interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch in diesem Jahr wieder die Möglichkeit nach Berlin zu fahren.
In der Sommertour vom 04.07. – 06.07. 08 erleben wir die Bundeshauptstadt auf vielen Touren und mit interessanten Besuchen (z.B. im Stasigefängnis Hohenschönhausen). Die Fahrt, auf der auch ein Treffen mit dem Bundestagsabgeordneten Sönke Rix geplant ist, kostet pro Person im Doppelzimmer 145,-Euro, auf Wunsch Einzelzimmer gegen Aufpreis möglich. Wir freuen uns über jede Anmeldung unabhängig von Alter, Geschlecht und Parteizugehörigkeit. Nähere Informationen und Anmeldungen sind bei Matthias Bruhn unter 04331/780309 oder per Mail matthias.bruhn@gmx.com abzurufen.

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 15.04.2008, 22:38 Uhr - 2212 Clicks - Nr. 385

Quo vadis Jürgen-Fuhlendorf-Gymnasium (JFG) in Bad Bramstedt?

Ein Schulverband wäre die beste Lösung für die Zukunft der Bad Bramstedter Schulen, zu diesem Ergebnis kam die SPD-Kreistagsfraktion nach einem Informationsgespräch mit Bad Bramstedts Bürgermeister Kütbach. Inhaltlich ging es um den Übergang des Jürgen-Fuhlendorf-Gymnasiums vom Kreis auf die Stadt Bad Bramstedt (oder einen neu zu gründenden Schulverband), wie das neue Schulgesetz es vorsieht.

Die Fraktionen im Kreis sind sich schon seit längerer Zeit darüber einig, das JFG abzugeben und sich ausschließlich auf die beruflichen Schulen des Kreises zu konzentrieren.

Der Übergangsprozess wird bereits seit einem Jahr diskutiert. Das Schulgesetz geht von einem fairen Interessenausgleich aus, was innerhalb der „kommunalen Familie“ selbstverständlich sein

sollte.

Festzuhalten ist, und davon haben sich die Beteiligten überzeugt, dass die Schulgebäude des JFGs in einem guten Zustand sind und dass kein Sanierungsstau vorliegt. Allerdings müssen die vorhandenen Fachräume modernisiert und weitere Fachräume zusätzlich gebaut werden. Für den zukünftigen Ganztagsbetrieb, der wichtig und richtig ist, um erfolgreich für die Zukunft auszubilden, ist der Bau einer Mensa unverzichtbar. Hierfür müssen Förderprogramme, wie sie in den letzten Jahren bereits aufgelegt waren, genutzt werden. Schon aus diesem Grunde ist die zukünftige Schulträgerschaft dringend zu klären, damit bis zum Beginn des Schuljahres 2009/2010 die notwendigen Fakten geschaffen werden können.

Die Verhandlungen zwischen Kreis und Stadt über den „fairen Interessenausgleich“ müssen umgehend intensiviert werden (hier sind die Verwaltungen beider Seiten gefordert), damit die politischen Gremien zeitnah Entscheidungsgrundlagen erhalten.

Keine Kommentare

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 16.04.2008, 08:06 Uhr - 9707 Clicks - Nr. 386

Kreis Steinburg und Europa

Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung besuchten die Kreistagskandidaten Ilona Adamski und Jürgen Klein zusammen mit 12 weiteren Seminarteilnehmern aus ganz Deutschland für 4 Tage Brüssel. Thema des interessanten Seminars: „Gute oder schlechte MigrantInnen für die EU“.

Schwerpunktthemen waren die Europäische Migrationspolitik nicht ohne Integrationspolitik, die EU-Blue-Card auf den europäischen Arbeitsmärkten, die Lissabon-Strategie, die Ansätze der EU zur Integration von Drittstaatenangehörigen sowie die Mitwirkungsmöglichkeiten europäischer Städte bei der Mitgestaltung der Migration und Integration. Vorträge hochkarätiger Referenten halfen den Teilnehmern diese wichtigen Themen besser verstehen zu können.

Ilona Adamski merkte in dem Zusammenhang an, dass gerade die zukünftige Blue-Card für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Deutschland von Bedeutung sein wird, um fehlende Spezialisten nach Europa zu holen. Dabei dürfen aber die deutschen Facharbeiter nicht außer Acht gelassen werden. Es muss deshalb darauf geachtet werden, dass die Wertgrenzen der Blue-Card auf hohem Niveau angesiedelt werden. Nachteile könnten sonst unsere Facharbeiter in den Gemeinden, Kreisen und Städte haben.

Die Stellung der EU wird nach Auffassung von Jürgen Klein in der Meinung der Allgemeinheit unterschätzt. Schon jetzt erleben wir, dass die Entscheidungen „Brüssels“ deutlich auf das Leben hier vor Ort Einfluss nehmen. Bei öffentlichen Ausschreibungen im Wert über 250.000 € muss beispielsweise schon heute europaweit ausgeschrieben werden. Ilona Adamski ergänzt, dass es schwierig sein wird alle 27 Länder unter einem Hut zu bringen, denn ausgehandelte Kompromisse sind für alle bindend, auch wenn es einzelnen EU-Mitgliedern nicht gefällt. In Zeiten der so genannten Globalisierung wird es unumgänglich sein mit unseren Nachbarn noch mehr zu kommunizieren und enger zusammen zu arbeiten.

Zum Thema der Migration muss festgestellt werden, dass „Brüssel“ wegen der örtlichen Gegebenheiten nur einen groben Rahmen vorgeben kann. Die Lösungen müssen fallweise vor Ort gesucht und entschieden werden.

Abschließend stellten beide Kandidaten fest, dass sich der Besuch in Brüssel gelohnt hat. Der Kreis

Steinburg darf nicht nur wegen der möglichen Fördergelder der EU ein Interesse daran haben und sollte die Arbeit der Europapolitiker noch ernster nehmen als bisher

Jürgen Klein fiel auf, dass trotz der protzigen Fassade der EU-Gebäude die Europaabgeordneten - z.B. Willy Piecyk - und deren Mitarbeiter in Minibüros arbeiten müssen. Der deutsche Arbeitsschutz würde hier deutliche Bedenken anmelden.

Keine Kommentare



[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 16.04.2008, 14:44 Uhr - 2968 Clicks - Nr. 387

Kaffee und Kuchen im Haus an der Stör

Zum traditionellen Kaffee- und Kuchennachmittag hatte der SPD- OV Neumünster Süd am vergangenen Freitag, den 11.04.08, wieder alle Bewohnerinnen und Bewohner des Seniorenheimes an der Stör in NMS-Wittorf eingeladen. Und wie auch in den vergangenen Jahren konnte der OV, Vorsitzende Wolfgang Radzko wieder sehr viele gut gelaunte Gäste begrüßen. Der anwesende SPD-Direktkandidat, RH Bernd Delfs, wies in seinem Grußwort darauf hin, dass diese Veranstaltung bereits seit über 20 Jahre

regelmäßig stattfindet. Sein besonderer Dank galt den vielen Kuchenspendern für die selbstgebackenen Kuchen. Viele von ihnen halfen auch beim Auftragen und so aß manch einer der Senioren und Seniorinnen gerne ein kleines Stückchen Kuchen mehr.

Im Anschluss der Kaffeetafel spielte Frau Lobsien (Akkordeon) zur Unterhaltung auf. Es wurde so manches Lied gemeinsam gesungen und die Stimmung wurde schon etwas ausgelassen.

In den Gesprächen der Teilnehmer mit den Gastgebern ging es neben den Geschichten von damals auch sehr oft um die zukünftige Entwicklung der Stadt. Als die Veranstaltung nach ca. zwei Stunden endete waren sich alle einig: Ein toller Nachmittag.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 16.04.2008, 17:28 Uhr - 12616 Clicks - Nr. 388

VOYAGER auf Planet-Alsen eingeschlagen

Der *Planet-Alsen* ist inzwischen weit über unsere Region hinaus bekannt. Bundesweit berichten Zeitungen über „Itzehoe, die Stadt mit dem Planeten vor ihren Toren!“ Doch gerade jetzt schrumpft diese Welt. Es scheint manches bereits verloren. Aber es naht Rettung auf reduzierter und zurückzukaufender Fläche durch die Verantwortlichen der Stadt und ihrer engagierten Bürger.

Dabei gilt es auch eine Welt jenseits des Vordergründigen zu bewahren. Der *Planet-Alsen*, das sind die goldenen Hallen eines schlafenden Zementdrachens dessen Haut sich ständig färbt oder die „Hall of Fame“ der Sprayer. Auf solchen Rippen werden *Planet-Klänge* erzeugt und um ihn herum Filme gedreht. Einige seiner Jünger sind zu Weltruhm gelangt. Einer hat sogar den Studenten-Oskar

gewonnen. Es braucht viel Inspiration den Planeten davor zu retten ein Schwarzes Loch zu werden. Studenten aus allen Teilen des Nordens werden im Rahmen des Architektur- und Kultursommers konkrete erste Schritte ausarbeiten.

Am 4.4. 200(2x4=)8, welch ein Zufall, konnte Setus Studt, während einer seiner nächtlichen Exkursionen, am Firmament über **Planet-Alsen** einen sich ständig vergrößernden Lichtschweif beobachten. Das glühende Objekt schlug um 4:44 Uhr (Sommerzeit) in seine Welt ein. Die Einschlagsstelle bleibt vorerst geheim. Der Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen und Rockminister Björn Gerbers waren sofort bereit sich finanziell an den Bergungskosten zu beteiligen.



Hinter einer Absperrung, die aus Sicherheitsgründen errichtet wurde, ist die Sonde auf **Planet-Alsen** zu sehen. Jörn Thießen wird sie mit dem Namen VOYAGER taufen und die Schirmherrschaft über das neue Kunstprojekt von Setus Studt übernehmen. Jörn Thießen: „Das Weltall weiß schon vom Planeten Alsen, Itzehoe kann ihn jetzt kennenlernen. Ein kulturelles und soziales Projekt, das unterstützt werden muss.“

Aus VOYAGER konnte eine unversehrte Blackbox geborgen werden. Sie enthält eine Unmenge an zu entschlüsselnden Daten. Es scheint sich um einen Fundus an kulturellen Inspirationen und planerischen Ideen zur Rettung des **Planet-Alsen** zu handeln. Es gilt Itzehoes Himmelskörper zu beleben.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 16.04.2008, 17:32 Uhr - 3425 Clicks - Nr. 389

SPD-Engelsby: „Feuer, Wasser, Luft und Erde“

Das Spielmobilteam lädt alle großen und kleinen Kinder herzlich zum Eröffnungsfest des Spielmobils am Mittwoch, den 30. April ein.

Unter dem Motto „Feuer, Wasser, Luft und Erde“ wird von 15 bis 17 Uhr auf dem Kinderspielplatz Am Wasserturm das Ende der Winterpause mit zahlreichen Spielen und Aktionen gefeiert.

Ab dem 5. Mai ist das Spielmobil dann wieder in den verschiedenen Stadtteilen Flensburgs unterwegs. Der neue Fahrplan für die Sommersaison 2008 ist auf dem Fest erhältlich.



Auch in diesem Jahr wird wieder ein kostenloser Busdienst aus Richtung Weiche und Richtung Neustadt für Kinder und Eltern eingerichtet.

In Weiche geht es um 14.15 Uhr beim Jugendtreff Weiche im Jägerweg los. Der Bus fährt über das Jugendzentrum EXXE (14.30 Uhr), Deutsches Haus (14.33 Uhr), Glücksburger Straße (14.35 Uhr), Kiefernweg/Osterallee (14.45 Uhr), Twedter Plack (14.50 Uhr) zur Haltestelle Bohlberg.

Aus Richtung Norden startet der Bus um 14.25 Uhr in der Apenrader Straße/Alsenstraße und fährt über Junkerhohlweg (14.30 Uhr), Neustadt (14.33 Uhr) und Schiffbrücke (14.40 Uhr) zum Bohlberg.

Die Rückfahrt der Busse erfolgt um 17 Uhr.

Keine Kommentare

[SPD-Owschlag](#) - veröffentlicht am 16.04.2008, 17:46 Uhr - 2787 Clicks - Nr. 390

Owshlags Schule auf dem Weg in die Zukunft

Es geht um einen bedeutenden Standortfaktor:

Die Schule von Owschlag bereitet sich zielstrebig auf ihre Rolle als Regionalschule vor. Die Owshlager Schule hat ein Potential von 70 Schülerinnen und Schülern für die Klasse 5 der Orientierungsstufe des kommenden Schuljahres gemeldet (das entspricht drei Klassen). Es komme jetzt darauf an, mindestens 45 Schülerinnen und Schüler für den 5ten Jahrgang zu gewinnen.

Die Schule von Owschlag bereitet sich zielstrebig auf ihre Rolle als Regionalschule vor, so der amtierende Schulleiter, Herr Raube, gegenüber dem Vorsitzenden des Schulausschusses des Amtes Hüttener Berge, Horst Luhn (SPD), und dem SPD-Vorsitzenden und Spitzenkandidaten von Owschlag, Volkhart Meyer.

Die Owshlager Schule hat ein Potential von 70 Schülerinnen und Schülern für die Klasse 5 der Orientierungsstufe des kommenden Schuljahres gemeldet (das entspricht drei Klassen). Es komme jetzt darauf an, mindestens 45 Schülerinnen und Schüler für den 5ten Jahrgang zu gewinnen. Gelingt das dauerhaft nicht, befürchtet die SPD nicht absehbare Folgen für den Schulstandort Owschlag und für Owschlag als Zentralort.

Das Neue an der Situation „Regionalschule“ ist, dass hier die Lernenden von Haupt- und Realschule zunächst im 5. und 6. Jahrgang in gemeinsamen Klassen weitergeführt werden, aber dabei je nach Leistungsvermögen unterschiedlich schnell in ihrem persönlichen Lernprozess voranschreiten. Das heißt, dass der Unterricht in einer Klasse unterschiedlich gestaltet werden muss. Es bedeutet aber auch, dass der Unterricht zwischen den Parallelklassen aufeinander abgestimmt sein muss. Man sieht schon an dieser stark verkürzten Darstellung, dass dieser so genannte „differenzierende Unterricht“ eine besonders große Herausforderung für die Lehrkräfte und für die Erarbeitung des Stundenplanes bedeutet.

Natürlich, die SPD hätte es lieber gesehen, wenn Owschlag eine Gemeinschaftsschule angestrebt hätte. Aber jetzt ist es, wie es ist und auch diese Schulform hat unstrittige Stärken, wie Herr Raube betonte. Die Lernenden können in dieser Schulform klare Abschlüsse, also Realschul- und Hauptschulabschluss in der bekannten Qualität erwerben und auch der weiterführende Weg ist ihnen nicht verbaut. Die Lehrenden unserer Schule sind engagiert dabei, den Weg „Regionalschule“ vorzubereiten.

Wir von der SPD wollen sie dabei nach Kräften unterstützen, weil die Schule ein ganz entscheidender Standort- und Wirtschaftsfaktor ist. Sie ist mitentscheidend, ob sich junge Familien in Owschlag ansiedeln oder nicht. Sie ist mitentscheidend, ob Familien, die – wie die meisten – ihre Arbeit außerhalb Owshlags finden, hier bleiben (können) oder wegziehen (müssen).

Mit allen sich daraus ergebenden Folgen für Handel und Gewerbe am Ort. Sie ist mitentscheidend, ob in Owschlag qualifizierte Arbeitskräfte für das örtliche und regionale Gewerbe ausgebildet und erzogen werden, die von klein auf bekannt sind.

Damit ist die Schule auch entscheidend für die Frage, wie Owschlag sich weiterentwickeln kann und letztlich auch, ob Owschlag seine Funktion als ländlicher Zentralort halten kann. Von den politisch allein Verantwortlichen sind hier die Weichen in jüngster Vergangenheit falsch gestellt worden. Das muss revidiert werden, wobei der jetzt eingeschlagene Weg „Regionalschule“ erstmal weiterverfolgt werden muss.

Aber in diesem Rahmen ist eine weitere Steigerung der Anziehungskraft unserer Schule erforderlich. Dazu gehört, dass die schon vorhandenen, aber zum Teil im Verborgenen blühenden oder als selbstverständlich hingenommenen Stärken unserer Owschlagener Schule deutlicher öffentlich herausgestellt und in unser aller Bewusstsein verankert werden. Es muss ein auf Stolz begründetes Gemeinschaftsgefühl für „unsere Owschlagener Schule“ bei möglichst allen in Owschlag Lebenden wachsen. Die Schule muss auch als kultureller Mittelpunkt in unserer Gemeinschaft entdeckt werden.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 16.04.2008, 20:49 Uhr - 4385 Clicks - Nr. 391

Zweites Integrationsminister-Treffen in Kiel:

Kinder so früh wie möglich fördern - Länder haben große Fortschritte gemacht.

In der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt ging am Donnerstag (10. April) das zweite Treffen der für Integration zuständigen Minister und Senatoren der Länder zu Ende.

Im Mittelpunkt der Konferenz, an der auch Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble und die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Prof. Dr. Maria Böhmer, teilnahmen, standen die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern, die Umsetzung des Nationalen Integrationsplans, die Deutsche Islam-Konferenz und der Zwischenbericht der Länder zur frühkindlichen Sprachförderung für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte. Nordrhein-Westfalen und Schleswig Holstein koordinieren die Zusammenarbeit der 16 Länder in Integrationsfragen.

Innenminister Lothar HayLothar Hay

"Wir sind bei der Stärkung der frühkindlichen Bildung einen großen Schritt voran gekommen“, sagte der nordrheinwestfälische Integrationsminister Armin Laschet. Er sprach von einer Erfolgsgeschichte. Schleswig-Holsteins Innenminister Lothar Hay äußerte sich erfreut, dass die meisten von den Ländern eingegangenen Selbstverpflichtungen umgesetzt seien. „Die Wege sind teils unterschiedlich, an wesentlichen Punkten sind die Vorgehensweisen aber deckungsgleich“, sagte Hay.

Der Zwischenbericht zeigt, dass heute in allen Ländern spätestens im Jahr vor der Einschulung festgestellt wird, wie weit die Kinder in ihrer sprachlichen Entwicklung sind. Es gibt eng aufeinander abgestimmte Bildungs- und Erziehungspläne für Kindertageseinrichtungen und Grundschulen. Fortbildungen für Erzieherinnen und Erzieher zur Verbesserung der frühkindlichen Sprachförderung gehören zu den Regelangeboten beruflicher Weiterqualifizierung oder sind in Vorbereitung.

Laschet und Hay betonten, dass die deutsche Sprache der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration sei. „Die Kinder müssen Deutsch so früh wie möglich lernen und beherrschen“, meinten beide Minister. Die Länder sorgten für gute Startbedingungen. Davon profitierten die Kinder aus

Zuwandererfamilien ganz besonders.

Die Länder vereinbarten, einen gemeinsamen Bericht zur Umsetzung ihrer Selbstverpflichtungen aus dem Nationalen Integrationsplan bis zum Herbst des Jahres zu erarbeiten. „Dabei werden wir uns neben der frühen Sprachförderung vor allem auf die Ausbildung und die Integration in den Arbeitsmarkt konzentrieren“, sagte Hay. Er halte landesspezifische Arbeitsmarktprogramme für erforderlich. Schleswig-Holstein fördere bereits mit dem Programm Schule und Arbeitswelt die Ausbildungs- und Berufsreife Jugendlicher. Das Konzept des Arbeits- und Bildungsministeriums richte sich besonders an solche jungen Leute, die den Schulabschluss voraussichtlich nicht erreichen. „Unser wichtigstes Ziel ist es, dass junge Menschen eine qualifizierte Berufsausbildung bekommen“, sagte Hay.

Ein weiteres Kernthema der Konferenz war das Integrationsmonitoring. Die Länder wollen bei der Entwicklung von Indikatoren zur Erfassung des Standes der Integration eng zusammenarbeiten. Eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Nordrhein-Westfalen und Berlin soll sich gezielt um diese Fragen und ein gemeinsames Vorgehen der Länder kümmern. „Zwischen multikultureller Blauäugigkeit und integrations-skeptischem Alarmismus hilft die nüchterne Beschreibung von Zielen und die regelmäßige Überprüfung, ob diese auch erreicht wurden“, begründete Integrationsminister Laschet die Initiative.

Die für Integration zuständigen Minister und Senatoren wollen ihre Zusammenarbeit auf eine stabile Grundlage stellen. Sie werden den Ministerpräsidenten empfehlen, eine Integrationsministerkonferenz als Fachministerkonferenz einzurichten, um die kontinuierliche Zusammenarbeit der in integrationspolitischen Angelegenheiten sicherzustellen.

Bundesinnenminister Schäuble informierte die Länderminister über den aktuellen Stand der Gespräche im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz. Die Länder unterstrichen den hohen Stellenwert, der der Integration der über drei Millionen Menschen muslimischen Glaubens zukommt. „Die Muslime in Deutschland sind ein integraler Bestandteil unserer Gesellschaft. Die Erfahrungen in den Ländern zeigen, dass Menschen unterschiedlichen Glaubens friedlich miteinander leben“, sagte Laschet. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Prof. Dr. Maria Böhmer, informierte die Länderminister über den Stand der Umsetzung des Nationalen Integrationsplans durch den Bund.

Der Zwischenbericht - Nationaler Integrationsplan (pdf 101-KB) zum Download.

Verantwortlich für diesen Presstext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 16.04.2008, 22:38 Uhr - 4824 Clicks - Nr. 392

Kieler SPD zur Kita-Resolution von Schwarz-Grün: Reine Augenwischerei!

Zur beabsichtigten Resolution der CDU und Grünen an den Landtag für die Gebührenfreiheit von Kindergärten erklären der Kreisvorsitzende Rolf Fischer der Kieler SPD und der SPD-Spitzenkandidat zur Kommunalwahl Ralph Müller-Beck:
Gebührenfreiheit von Kindergärten wird nicht durch Resolutionen hergestellt. Offenbar merkt die

Schwarz/Grüne Kooperation erst nach 5 Jahren, dass sie es versäumt hat, hier konkrete Schritte einzuleiten. Soziale Kälte lässt sich auch nicht 6 Wochen vor der Wahl mit unsinnigen Resolutionen kaschieren.

Anders als die CDU haben wir uns bereits im letzten Jahr eindeutig positioniert. Die Kieler SPD strebt völlige Gebührenfreiheit an. Die Kieler SPD hat sich in ihrem Wahlprogramm verpflichtet, auch ohne Landesförderung die Beiträge für das letzte Kindergartenjahr bis zum Jahr 2010 als ersten Schritt um 30 Prozent zu senken.



Mit Unterstützung von Bund und Land kann dies sogar noch schneller gehen. Wir fordern einen Mehrstufenplan des Landes: Ab 2009 soll das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei werden, ab 2011 dann zusätzlich das zweite und schließlich ab 2013 auch das erste Kindergartenjahr.

Mit der Beitragsfreiheit allein ist es aber nicht getan. Die Kieler SPD fordert zusätzlich, das Programm "Kein Kind ohne Mahlzeit" auch in Kiel umzusetzen.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 17.04.2008, 09:24 Uhr - 7362 Clicks - Nr. 393

Bessere medizinische Versorgung und Hilfen für Menschen ohne Wohnung.

„Für die Menschen ohne Wohnung im Kreis Pinneberg wird es zu einer erheblichen Verbesserung ihrer Lebenssituation kommen“, so kommentiert der Vorsitzende des Kreissozialausschusses Hans-Peter Stahl die Entscheidung seines Ausschusses, die medizinischen und sozialen Hilfe für Wohnungslose im Kreis Pinneberg sicherzustellen.

Gerade diese Menschen, die praktisch „auf der Straße leben“, - so Stahl - haben aufgrund ihrer sozialen Isolation und ihrer schwierigen Lebenssituation große Probleme die regulären Gesundheitsangebote zu nutzen. Mit den vorhandenen Strukturen der ärztlichen Versorgung können sie nur schwer erreicht werden. Oft genug wird die ärztliche Behandlung von diesen Menschen solange hinausgezögert, bis ein akuter Krisenfall eingetreten ist. Das jetzt verabschiedete Konzept will mit einem niedrigschwelligen Angebot einer solchen Entwicklung vorbeugen. Es zielt darauf ab, den Wohnungslosen „vor Ort“ auf zu suchen und seinen Lebensumständen entsprechend die notwendige ärztliche, pflegerische und soziale Hilfe anzubieten.

Nach Abschluss noch notwendiger Vorarbeiten, soll der Start des Projektes in den größeren Städten des Kreises erfolgen. Das Angebot steht den ca. 350 Menschen zur Verfügung, die in 106 Obdachlosenunterkünften im Kreis untergebracht sind und soll von den Region-Klinken, der Wohnungslosenhilfe der Diakonie und dem Verein „Medizinische Hilfe für Wohnungslose in enger Kooperation umgesetzt werden.

„Mit der Kompetenz dieser drei Partner“ –so Stahl- „werden gute Voraussetzungen für ein angemessenes medizinisches Versorgungsangebot geschaffen. Verbunden mit pflegerischen und sozialen Hilfen bietet es auch die Chance die Lebensumstände wohnungsloser Menschen insgesamt zu verbessern.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 17.04.2008, 09:45 Uhr - 12724 Clicks - Nr. 394

Harte Arbeit im Krankenhaus

Jörn Thießen hat sein zweitägiges Praktikum im Krankenhaus Heide hinter sich. Er war einer entsprechenden Einladung des Betriebsrat gefolgt, damit er sich einen persönlichen Eindruck von der Situation in den Kliniken verschaffen könne.



Hier die Eindrücke von Jörn Thießen:

„In diesen zwei Tagen Vollzeit-Praktikum habe ich am „eigenen Leib“ erfahren, welche Arbeit dort anliegt und unter welchen Bedingungen Pflegekräfte dort ihrem Dienst nachgehen. Ich habe sehr viel motivierte Frauen und Männer kennengelernt, aber auch deren belastende Situation, wenn die Zeit knapp wird und wichtige Dienstposten nicht besetzt werden können, weil die Finanzierung zunehmend schwieriger wird.

Hier hängen Bundes- und Landespolitik sehr eng zusammen und ich habe gelernt, wie dringend hier Handlungsbedarf besteht. Ich bin dem Betriebsrat für seine Begleitung dankbar und habe mehr als vorher begriffen, dass die Politik hier dringend gefragt ist.

Ich werde nach dem Sommer dieses Praktikum an anderer Stelle fortsetzen und habe mit der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat verabredet, deren gemeinsame Anliegen in Berlin und in Kiel deutlicher als vorher zu vertreten und für andere Entscheidungen zu werben. Wenn die Krankenhäuser bei uns nicht besser ausgestattet werden, dann leiden darunter alle pflegenden Berufe und die Patienten ebenso.“

Keine Kommentare

[SPD Rathausfraktion Neumünster](#) - veröffentlicht am 17.04.2008, 09:51 Uhr - 4168 Clicks - Nr. 395

SPD: Ja zum Hochseilgarten bei Gut Heil Neumünster

Die SPD wird am Donnerstag in der Sitzung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses für die Investitionsförderung zur Errichtung eines Outdoorparks mit Hochseilgarten und Beachsportanlage durch den SC Gut Heil Neumünster stimmen.

Die 25 %-ige Beihilfe in Höhe von 33.500,00 Euro soll der Verwaltungsvorlage zu Folge gezahlt werden sofern die steuerliche Unbedenklichkeit zur Gemeinnützigkeit und eine Baugenehmigung vorgelegt wird.

Die SPD wird nach Angaben ihres sportpolitischen Sprechers, Ratsherr Bernd Delfs, nach Rücksprache mit dem Verein einen Zusatzantrag vorlegen. Darin sind zwei weitere Bedingungen gefordert. Eine Bedingung ist der Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Stadt und dem Verein über die Sonderkonditionen zur Nutzung durch Neumünsteraner Schulklassen. Ferner soll der Verzicht auf einen laufenden Zuschuss zu den Unterhaltungskosten für den Bereich Hochseilgarten vom Verein erklärt werden.

„Da der Verein sich damit einverstanden erklärt hat, hoffe ich auf die Zustimmung des Ausschusses“, erklärte Bernd Delfs. „Natürlich erscheint die Meinung aus einem Teil der Verwaltung auf dem ersten Blick ebenfalls interessant, den Stadtwald Neumünster mit dem Kinderferiendorf für einen Hochseilgarten zu nutzen. Aber wie selbst ausgeführt, liegt ein Konzept dafür noch nicht vor.“



Nach Ansicht der SPD können viele angedachte Angebote vom SC Gut Heil ebenfalls - wenn nicht sogar unter günstigeren Bedingungen - vorgehalten werden.

„Neumünster darf sich dieses auch touristisch interessante Angebot nicht entgehen lassen. Hier ist schnelles Handeln nötig. Dazu ist der SC Gut Heil Neumünster nach unseren Informationen in der Lage“, stellte abschließend der Fraktionsvorsitzende Andreas Hering fest.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 17.04.2008, 11:21 Uhr - 1475 Clicks - Nr. 396

Mit Radwegescouts Kiels umweltfreundlichen Verkehr stärken

SPD-Ratsfraktion beantragt innovatives Konzept

Die Verkehrssicherheit der Kieler Fahrradwege weiter erhöhen - dieses Ziel verfolgt die SPD-Ratsfraktion.

"In diesen Tagen beginnt angesichts der Frühjahrstemperaturen für viele Bürgerinnen und Bürger die Radfahrtsaison 2008. Wir wollen deren Kenntnis ihrer Verkehrswege zur weiteren Verbesserung von Sicherheit nutzen", sagten Michael Wagner, umweltpolitischer Sprecher und Achim Heinrichs, verkehrspolitischer Sprecher.

Die SPD-Ratsfraktion wird deshalb in der nächsten Ratsversammlung beantragen, ein Konzept für den Einsatz ehrenamtlicher Radwegescouts zu entwickeln. "Was bereits im Autoverkehr seit längerem praktiziert wird, wollen wir jetzt auch im Radverkehr anwenden: Bauliche Mängel sollen systematisch an die Verwaltung weitergemeldet und von dieser möglichst zügig behoben werden. Eine wesentliche Aufgabe sehen wir dabei insbesondere darin, Radwege von Bewuchs freizuhalten."

Die Sprecher erinnerten in diesem Zusammenhang an den von der schwarz-grünen Kooperation im Rahmen des Kienbaum-Prozesses beschlossenen Abbau von einem Viertel der in der praktischen Grünflächenpflege tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dies werde auch auf den Pflegezustand des Bewuchses an den Fahrradwegen erhebliche Auswirkungen haben.

"Mit den Radwegescouts wollen wir der Kieler Radverkehrspolitik einen weiteren innovativen Baustein hinzufügen. Sichere Verkehrswege bilden eine wichtige Voraussetzung dafür, noch mehr Menschen zum Umstieg auf das umweltfreundliche Verkehrsmittel Fahrrad zu motivieren. Die Stadt Kiel kann damit ihre Position als Vize-Meister der fahrradfreundlichsten Städte Deutschlands unterstreichen, die sie sich durch zielstrebiges Engagement auf diesem Gebiet des Fahrradverkehrs in den letzten 20 Jahren systematisch erarbeitet hat", sind sich Wagner und Heinrichs abschließend sicher.

Antrag zur Ratsversammlung am 17.04.2008 Drucksache Nr. 0321/2008

Betreff:Radwegescouts für Kiel

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Tätigkeit ehrenamtlich tätiger Radwegescouts ggf. in Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub e.V. in Kiel zu entwickeln. Dieses soll durch Nutzung des Mängelformulars im Internet (www.kiel.de/verkehr) geschehen.

Begründung:

Im Bereich der Verkehrsteilnehmer des motorisierten Individualverkehrs gibt es bereits seit längerer Zeit freiwillige Verkehrsbeobachter. Diese melden ihre Beobachtungen über Staus sowie zusätzliche Gefahrenquellen wie Fahrbahnschäden oder verlorene Ladung an öffentliche und private Rundfunksender zur Einbeziehung in die Verkehrsberichterstattung. Auf diesem Wege wurden Polizei und Verkehrsbehörden zügig in die Lage versetzt, auf Mängel zu reagieren und vielfach größere Schäden zu verhindern.

Im Bereich des Fahrradfahrens sollte die Landeshauptstadt Kiel sich der örtlichen Kenntnis der an ihm teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger bedienen: Viele Fahrradnutzer fahren regelmäßig auf den gleichen Strecken. Dabei erkennen sie zeitnah entstandene bauliche Mängel. Darüber hinaus erkennen viele regelmäßige Fahrradfahrer in der Alltagspraxis Konfliktsituationen, welche am Reißbrett nicht unmittelbar erkennbar sind. Dieses soll zwecks schneller Behebung an die zuständigen Fachverwaltungen weitergegeben werden. Diese interessierten Fahrradbenutzer sollen die Möglichkeit erhalten, sich in Kiel als ehrenamtlich tätige Radwegescouts zu engagieren. Mit einem solchem Projekt kann Kiel die Verkehrssicherheit seiner Fahrradwege weiter erhöhen und ihre nachhaltige Unterhaltung unterstützen. Sichere Radwege bilden mit die Voraussetzung dafür, zukünftig noch mehr Menschen zum Umstieg auf dieses umweltfreundliche Verkehrsmittel zu motivieren. Die Landeshauptstadt unterstreicht damit ihre Position als Vizemeister im Ranking der fahrradfreundlichsten Städte Deutschlands, welche sie sich durch zielstrebiges Engagement auf diesem Gebiet in den letzten 20 Jahren erarbeitet hat.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 17.04.2008, 11:27 Uhr - 1411 Clicks - Nr. 397

SPD-Ratsfraktion will Busticket für arme Kinder prüfen lassen!

Thomas Wehner, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion erklärt:

"Mit vier Anträgen für die Ratsversammlung will die SPD-Ratsfraktion Konsequenzen aus dem sozialpolitischen Hearing im Rathaus (19.03.) ziehen. Dort wurde erneut deutlich: Mehr als ein Drittel aller Kieler Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren sind von Sozialleistungen abhängig.

Die materielle Not ist gestiegen. Die SPD will die auf dem Hearing von den Wohlfahrtsverbänden erhobenen Hauptforderungen gegen die Kinderarmut von Oberbürgermeisterin Volquartz prüfen lassen. So soll die Möglichkeit auf Vergünstigungen im öffentlichen Personennahverkehr (Busticket) für Kieler Kinder und Jugendliche, die noch zur Schule gehen oder sich in einer

Eingliederungsmaßnahme befinden und Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII beziehen, geprüft werden. Das war die auf dem Hearing an die Politik gerichtete Hauptforderung. Nun sind wir gefordert, endlich etwas Konkretes in die Wege zu leiten, um bedürftigen Kindern und Jugendlichen zu helfen.

Mit einer ähnlichen Problematik befasst sich ein weiterer Antrag der SPD-Ratsfraktion. So liegt der



Ratsversammlung ein Antrag zur Erstaussstattung für die Einschulung von Kieler Kindern vor. Danach erhält die Verwaltung den Auftrag zu prüfen, inwieweit Kieler Kindern mit Bezug von Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII eine Erstaussstattung für die Einschulung gewährt werden kann.

Für die Aktion "Kein Kind ohne Schulranzen" soll sowohl bei Wirtschaft und Einzelhandel als auch bei ortsansässigen Finanzinstituten und engagierten Bürgerinnen und Bürgern geworben werden. Besonders am Herzen liegt uns die tarifvertraglich geregelte Bezahlung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt Kiel. Daher fordert die SPD-Ratsfraktion noch vor den Kommunalwahlen im Mai die Vorlage eines Berichtes der Verwaltung zu prekären Arbeitsverhältnissen, den der Hauptausschuss bereits im Oktober 2007 eingefordert hatte, von der OB aber offensichtlich aber "vergessen" wurde.

Schließlich macht sich die SPD-Ratsfraktion für die Stärkung des Ehrenamtes stark und möchte die ehrenamtlich Tätigen für ihre Aktivitäten mit Vergünstigungen (Ehrenamtskarte), z. B. durch ermäßigte Eintritte bei Veranstaltungen und in Museen, würdigen und ihre Arbeit mit einem Obolus honorieren."

Antrag zur Ratsversammlung am 17.04.2008, Drucksache Nr. 0316/2008

Betreff: Vergünstigungen im öffentlichen Personennahverkehr für Kieler Kinder und Jugendliche

Antrag:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, bis zur Sitzung der Ratsversammlung am 15.05.2008 zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, Kieler Kindern und Jugendlichen, die zur Schule gehen oder sich in einer Eingliederungsmaßnahme befinden und jeweils Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII beziehen, Vergünstigungen für den öffentlichen Personennahverkehr im VRK (KVG, Autokraft, VKP, SFK) zu gewähren.

In die Prüfung ist einzubeziehen, ob und inwiefern Vergünstigungen für den genannten Personenkreis Bestandteil der Verträge mit den Verkehrsunternehmen werden können. Die finanziellen Auswirkungen sind darzustellen.

Begründung:

In dem Sozialpolitischen Hearing am 19.03.2008 wurde als einer der wichtigsten Forderungen des vom DRK-Kiel initiierten Netzwerkes gegen Kinderarmut die Verbesserung der Mobilität armer Kinder und Jugendlicher zur Sprache gebracht. Von mehreren Teilnehmern des Hearings wurde die Forderung nach einem vergünstigten Busticket erhoben.

Mit dem Antrag soll die Oberbürgermeisterin zur Prüfung der Realisierungsmöglichkeiten aufgefordert werden. Hierbei sind die beteiligten Verkehrsunternehmen einzubeziehen.

Antrag zur Ratsversammlung am 17.04.2008, Drucksache Nr. 0317/2008

Betreff: Erstaussstattung für die Einschulung

Antrag:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, bis zur Sitzung der Ratsversammlung am 15.05.2008 zu prüfen, inwiefern Kieler Kindern mit Bezug von Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII eine Erstausrüstung für die Einschulung gewährt werden kann.

Hierbei ist einzubeziehen, ob und inwiefern Mittel von Dritten, z.B. aus der Wirtschaft, dem Einzelhandel sowie den ortsansässigen Finanzinstituten und/oder engagierten Bürger/innen eingeworben werden können.

Die finanziellen Auswirkungen sind darzustellen.

Begründung:

In dem Sozialpolitischen Hearing am 19.03.2008 wurde diese Frage thematisiert. Sozialdezernent Möller lehnte zusätzliche freiwillige Leistungen ab. Mit dem Antrag soll die Oberbürgermeisterin zur Prüfung der Realisierungsmöglichkeiten aufgefordert werden. Hierbei ist zu prüfen, ob und inwiefern auch die Wirtschaft, der Einzelhandel sowie die ortsansässigen Finanzinstitute und/oder engagierten Bürger/innen für eine gemeinsame Aktion "kein Kind ohne Schulranzen" gewonnen werden können.

Antrag zur Ratsversammlung am 17.04.2008, Drucksache Nr. 0314/2008

Betreff: Prekäre Arbeitsverhältnisse bei der Landeshauptstadt Kiel

Antrag:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, spätestens bis zur Hauptausschusssitzung am 07.05.2008 und der Sitzung des Innen- und Umweltausschusses am 13.05.2008 den in der Hauptausschusssitzung vom 04.10.2007 beschlossenen Bericht zu den prekären Arbeitsverhältnissen bei der Landeshauptstadt Kiel vorzulegen.

Begründung:

Der Hauptausschuss hat auf seiner Sitzung am 04.10.2007 beschlossen, dass die Oberbürgermeisterin gebeten wird, dem Hauptausschuss und danach dem Innen- und Umweltausschuss zu berichten, ob im Bereich der Landeshauptstadt Kiel (Verwaltung, Betriebe, Anstalten und Gesellschaften) Stundenlöhne unter 7,50 € gezahlt werden. Dabei ist - soweit möglich - anzugeben, ob die Bezahlung tarifvertraglich geregelt ist, welche Tätigkeit ausgeübt wird und ob es sich dabei um geringfügige Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigungen handelt. Ggf. ist darzustellen, welche Einwirkungsmöglichkeiten die Landeshauptstadt Kiel hat, die Höhe der Entlohnung zu beeinflussen. Ein darüber hinausgehender Antrag der SPD-Ratsfraktion, ebenfalls zu berichten, ob und inwiefern bei Vergaben auch die Vermeidung prekärer Arbeitsverhältnisse bei Unternehmen und Subunternehmen erreicht werden kann, wurde von CDU und Grünen abgelehnt.

Der beschlossene Bericht wurde von der Oberbürgermeisterin auch sechs Monate nach der Beschlussfassung noch nicht vorgelegt. Es ist zu besorgen, dass er in dieser Wahlperiode "vergessen" werden soll.

Deshalb soll an die Vorlage nachdrücklich erinnert werden.

Antrag zur Ratsversammlung am 17.04.2008, Drucksache Nr. 0315/2008

Betreff: Konzept zur Förderung des Ehrenamtes in Kiel

Antrag:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, bis zur Sitzung der Ratsversammlung am 18.09.2008 ein Konzept zur Förderung des Ehrenamtes in Kiel vorzulegen. Das Konzept soll Vergünstigungen für die in Kiel ehrenamtlich Tätigen vorsehen (Ehrenamts-card), wie zum Beispiel ermäßigten Eintritt bei Veranstaltungen und Museen. Die Arbeit soll darüber hinaus in einer jährlichen Veranstaltung gewürdigt werden.

Die finanziellen Auswirkungen sind darzustellen.

Begründung:

Es wird immer schwieriger für die Mitarbeit in Vereinen, Verbänden und Organisationen ehrenamtlich arbeitende Menschen zu gewinnen. Die gleichwohl geleistete Arbeit verdient große Anerkennung der Stadtgesellschaft. Ohne sie könnten wichtige Aufgaben in der Jugendarbeit, im Sport, bei sozialen Diensten und der Feuerwehr nicht erfüllt werden. Die ehrenamtliche Arbeit sollte von der Landeshauptstadt Kiel nicht nur (aber auch) symbolisch honoriert werden. Daher ist ein Konzept erforderlich, das Vergünstigungen für die Benutzung städtischer Einrichtungen und Veranstaltungen vorsehen sollte. Die Leistungen sind in einer Ehrenamts-card zusammenzufassen.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 17.04.2008, 21:10 Uhr - 9681 Clicks - Nr. 398

Wodarg zum weltweiten Aktionstag der Landlosen- und Kleinbauernbewegung

In "La Via Campesina" haben sich Landlose, kleine und mittelständische bäuerliche Genossenschaften, LandarbeiterInnen und indigene Gemeinschaften aus Afrika, Asien, Amerika und Europa organisiert. Gemeinsame Ziele sind u.a. nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungssouveränität. Während sie für Ihre Rechte kämpfen, tun sie auch etwas für uns und unsere Nachkommen!



Jedes Jahr gedenkt das Netzwerk und seine UnterstützerInnen am "International Peasant's Struggle Day", ihrem Aktionstag, an das Massaker im Jahr 1996 in Brasilien, bei dem 19 Mitglieder der Landlosenbewegung MST von Paramilitärs ermordet wurden. So gab es 2007 bereits in 18 Ländern an über 50 Orten Aktionen der Solidarität.

Der drastische Anstieg der Grundnahrungsmittelpreise verschärft sich weiter und droht gerade

weltweit, Millionen Menschen in Armut und Hunger zu stürzen. Wir müssen die Agrarexportsubventionen endlich abschaffen und die ländliche Entwicklung stärken! Für eine wirksame Bekämpfung von Armut und Hunger brauchen wir eine nachhaltige Produktion von Grundnahrungsmitteln für lokale und regionale Märkte, also eine kleinstrukturierte, ökologisch nachhaltige Landwirtschaft, die Förderung von kleinbäuerlichen Betrieben und gerechtere Strukturen im Welthandel.

Auf meinen Reisen, aber auch im eigenen Land, habe ich die Wichtigkeit nachhaltiger Naturnutzung immer mehr schätzen und achten gelernt!

Dr. Wolfgang Wodarg

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 17.04.2008, 23:52 Uhr - 8641 Clicks - Nr. 399

Dr. Frank Martens startet Kommunalwahlkampf mit einer Kreisumradelung

Mit dem Fahrrad umrundet der SPD-Landratskandidat Dr. Frank Martens am kommenden Wochenende den Kreis Rendsburg-Eckernförde. Unterstützt wird er dabei von den auf der Strecke liegenden SPD-Ortsvereinen.

An festgelegten Treffpunkten gibt es Stärkung für den weiteren Weg, stoßen Kreistagskandidaten und Unterstützer für Teilstrecken dazu. Und auch das Gespräch mit Wählerinnen und Wählern soll dabei nicht zu kurz kommen. In einigen Orten gibt es längere Aufenthalte an SPD-Infoständen. 265 km will Dr. Martens in etwa 43 Stunden zurücklegen. Für jeden gefahrenen Kilometer spendet er 2 Euro für das Projekt „Frühradfahren“ der Landesverkehrswacht. In Rahmen dieses Projekts werden Schulen mit einem Satz Fahrräder für Frühradfahren ausgestattet, der Erlös dieser Aktion ist zugunsten der Grund- und Hauptschule Hohenwestedt.

Die Tour beginnt im Rahmen des Wahlkampfauftaktes, zu dem sich die SPD Rendsburg-Eckernförde am Freitag, den 18. April im Café und Bistro Wagenhaus in Rendsburg trifft. Um 20.30 Uhr macht sich Dr. Martens mit Unterstützern auf den Weg. Die erste Etappe führt nach Hademarschen.

Dort geht es am Sonnabend weiter nach Eckernförde.

Infostände besucht er

gegen 8.20 Uhr in Hohenwestedt (Am Markt vor EDEKA)

gegen 9.45 Uhr in Aukrug (Hauptstraße vor Markant)

gegen 12.45 Uhr in Bordesholm (Bahnhofstraße vor Kloppenburg)

gegen 14.15 Uhr in Flintbek (Kätterskamp vor Famila)

gegen 17.30 Uhr in Altenholz (Altenholzer Str. vor Famila)

Am Sonntag geht es über die Ämter Schlei-Ostsee und Hüttener Berge nach Rendsburg, wo die Tour gegen 15.45 Uhr am Kreishaus endet. Auf dem Weg besucht er gegen 14.00 Uhr noch einen Infostand am ZOB in Owschlag.

Mit diesem ungewöhnlichen Wahlkampfauftakt möchte der Landratskandidat gleichzeitig auf drei wichtige Anliegen seiner zukünftigen Arbeit hinweisen:

- Engagement für Kinder
- Umweltfreundliche Verkehrspolitik
- Radtourismus – ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für unseren Kreis

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 18.04.2008, 09:18 Uhr - 3430 Clicks - Nr. 400

Minderheitenpolitik muss in das Arbeitsprogramm

Zum Arbeitsprogramm 2008 der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung und der Region Syddanmark erklärt der europa- und minderheitenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Das Arbeitsprogramm ist eine gute Grundlage für die kontinuierliche Zusammenarbeit in der Grenzregion. Infrastruktur, Gesundheit und Hochschulkooperation sind wichtige Bereiche für eine zukunftsorientierte Kooperation.

Mit Sorge allerdings müssen wir registrieren, dass das Feld Minderheitenpolitik in diesem Arbeitsprogramm nicht die Rolle spielt, die man erwarten kann. Ich warne davor, dass Minderheitenpolitik als Selbstverständlichkeit betrachtet wird, um die man sich nicht mehr kümmern müsse. Im übrigen hat die vorgelegte Standortanalyse des Landtages mit wissenschaftlicher Zuverlässigkeit nachgewiesen, dass Minderheitenpolitik ein harter Standortfaktor ist. Dies gilt es jetzt in der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark konsequent umzusetzen.

Keine Kommentare

Artikelarchiv 2008

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 18.04.2008, 18:24 Uhr - 11918 Clicks - Nr. 401

Politischer Handlungsbedarf bei Leiharbeit

Die IG Metall Küste und die Schleswig-Holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten sehen politischen Handlungsbedarf bei der Leiharbeit. Dazu gehören insbesondere ein gesetzlicher Mindestlohn für die Leiharbeitsbranche sowie eine gleiche Bezahlung von Leiharbeiterinnen mit der Stammebelegschaft. Außerdem soll die maximale Verleihzeit in einem Betrieb begrenzt und eine Höchstquote für Leiharbeiter im Betrieb festgeschrieben werden.

Anlässlich eines Treffens von IG Metall Küste und den schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten erklärte Jutta Blankau, Bezirksleiterin der IG Metall Küste, in Kiel: "Leiharbeit ist ein Mittel zur Sicherung von Flexibilität der Unternehmen. Sie darf nicht zu Lohndumping und zur Schaffung von Austauschbelegschaften missbraucht werden. Wir setzen unsere betriebliche Kampagne "Gleiche Arbeit – Gleiches Geld" fort. Die Beschäftigten brauchen faire Arbeitsbedingungen."

Der Sprecher der SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein, Ernst-Dieter Rossmann, sagte dazu: "Die rot-grünen Reformen haben die Leiharbeitsbranche aus der "Schmuddelkiste" herausgeholt. Dabei gibt es auch Fehlentwicklungen und Missbrauch. Hier müssen wir gegensteuern und einschreiten."

Das Positionspapier gibt es [HIER](#).

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 19.04.2008, 11:44 Uhr - 1488 Clicks - Nr. 402

Dubiose Rolle von KIWI und CDU bei Wirtschaftsantrag

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Jürgen Hahn erklärt zum Entwurf eines Gesellschaftsvertrages, der dem Antrag der konservativen Mehrheitsfraktion für die Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft beigefügt ist:

"Es ist keine Überraschung, dass die SPD der Neubelebung und Weiterführung der Technologieregion K.E.R.N. e.V. anstelle einer monothematisch ausgerichteten reinen Wirtschaftsförderungsgesellschaft den Vorzug gibt.

Darüber hinaus wirft der Antrag der CDU-Ratsfraktion und vor allem ein Word-Dokument aus Rendsburg, mit dem Entwurf des dem Antrag beiliegenden Gesellschaftsvertrages, Fragen auf. Metadaten für Word-Dokumente werden automatisch von der Software erzeugt und sind "Bestandteil" der Datei. In den Metadaten zu der betreffenden Datei sind die KIWI als Firma und eine Mitarbeiterin der Geschäftsführung der KIWI als Autorin dokumentiert. Das bedeutet konkret: Eine Gesellschaft der Landeshauptstadt Kiel erarbeitet eine Vorlage bzw. einen Vertragsentwurf für die CDU-Fraktion des Kreises Rendsburg-Eckernförde und vermutlich auch für die Kieler CDU-Ratsfraktion.

Der betreffende Vertragsentwurf für die regionale Wirtschaftsförderungsgesellschaft lag noch nicht einmal dem Aufsichtsrat der KIWI vor. Die CDU macht sich die Stadt und die städtischen Gesellschaften zur Beute.

Wir haben dringenden Klärungsbedarf: Warum erarbeitet die KIWI einen Gesellschaftsvertrag für die Rendsburger CDU und vermutlich auch für die Kieler CDU? Wenn es keine Gegenleistung gab, wo sind die Kosten für die Erarbeitung des Vertragsentwurfs bei der KIWI verbucht? Handelt es sich bei dem Vertragsentwurf um ein nichtöffentliches Geschäftsdokument der KIWI?"

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 19.04.2008, 11:45 Uhr - 1375 Clicks - Nr. 403

Ein guter Tag für die KVG!

Zur heutigen (17.04.2008) Ratsversammlung erklärt der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Achim Heinrichs:

"Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Ratsversammlung heute eine gute Entscheidung getroffen: Die Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG) soll wieder zu 100% in städtischen Besitz übergehen. Dadurch soll auch in Zukunft sichergestellt werden, dass der Busverkehr in der Landeshauptstadt von der KVG und nicht von einem anderen Verkehrsunternehmen betrieben wird - in Übereinstimmung mit den Vorgaben des Vergaberechts. Mit dieser Entscheidung aus dem Rathaus wird die Zukunft der KVG und ihrer Beschäftigten ein Stück sicherer gemacht.

Die SPD-Fraktion sieht sich in ihrer Auffassung bestätigt: Zunehmend erweisen sich Privatisierungen nicht als der geeignete Weg, öffentliche Aufgaben der Daseinsvorsorge zu erfüllen. Rekommunalisierungen zeigen den richtigen Weg."

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Hörnerkirchen führt Gespräch mit dem Vorstand des SV Hörnerkirchen

Mitglieder der SPD-Fraktion des Gemeinderates von Brande-Hörnerkirchen haben sich im vergangenen Jahr bei den Leiterinnen der Kindergärten der Gemeinde und bei der Feuerwehr Brande-Hörnerkirchen/Osterhorn über vorhanden Sorgen und Probleme informiert.

Anfang April kam es nun auch zu einem bereits im Jahre 2007 geplanten Gespräch mit dem geschäftsführenden Vorstand des SV Hörnerkirchen.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion, Ulrich Konkel, Werner Harms, Frithjof Schmidt und Hans-Jörg Ingwersen, freuten sich über die Bereitschaft des Vorstandes, der vollständig vertreten war, sich mit der SPD treffen.

Beide Seiten waren sich einig, dass trotz des nahenden Wahltermins keine parteipolitischen Themen in das Gespräch einzubringen. Die erhaltenen Informationen waren für die SPD Hörnerkirchen sehr aufschlussreich:

Der SV Hörnerkirchen hat zurzeit rund 1.400 Mitglieder. Er deckt mit seinem Leistungsangebot große Bereiche der Sportdisziplinen ab. Hinzu kommt noch die dem Verein angegliederte Arbeit der vereinsoffenen Teestube.

Wie sich herausstellte, sind die vorhanden bzw. nicht vorhandenen Sportstätten das größte Problem. Die vorhandenen verteilen sich auf die Gemeinden Bokel und Brande-Hörnerkirchen.

Seit dem Zusammenschluss der Vereine MTV Hörnerkirchen, SC Grün-Weiß Bokel und Tennisclub Hörnerkirchen im Jahr 2001 gibt es in Bokel und Hörnerkirchen je 4 Tennisplätze sowie in Bokel 1 Fußballplatz mit Flutlicht und bei der Schule in Hörnerkirchen den Schulsportplatz (ohne Flutlicht) auf dem auch Fußball gespielt wird. Außerdem gibt es noch die Mehrzweckhalle und in Bokel ein Clubhaus, das von Fußballern und Tennisspielern gemeinsam benutzt wird.

Das Clubhaus ist stark renovierungsbedürftig und verursacht hohe Unterhaltskosten/Jahr. Die 4 Tennisplätze in Bokel müssen bald generalüberholt werden. In Hörnerkirchen fehlt ein Fußball-Trainingsplatz mit Flutlicht, so dass der Rasen des Schulsportplatzes überlastet ist und sich nicht regenerieren kann.

Die Mehrzweckhalle kann den Bedarf an Hallenplatz nicht decken, dieses gilt besonders im Winterhalbjahr.

Die 4 Tennisplätze auf dem Gelände der Gaststätte "Zur Tankstelle" sind in gutem Zustand. Sie gehören je zur Hälfte dem SV Hörnerkirchen und dem Wirt. Das Gelände ist langfristig gepachtet. Die Sanitär- und Umkleieräume sind etwas abgelegen. Die so genannte "Clubhütte" an den Plätzen ist in die Jahre gekommen.

Die Teestube ist stark frequentiert und arbeitet ebenfalls in sehr beengten Räumen auch personell an Rande ihrer Leistungsfähigkeit. Hier wurde in ehrenamtlicher Tätigkeit im vergangenen Jahr Erstaunliches geleistet, das bei Ausfall eines der sehr engagierten Mitarbeiter sofort gefährdet wäre.

Der SPD-Fraktions-Vorsitzende Werner Harms fasste den Gesprächsinhalt zusammen:

Die SPD-Fraktion ist nach diesem Gespräch zur Überzeugung gekommen, dass die Probleme kurzfristig einer Lösung harren. Wichtig sei es, dass der Verein schnell ein Konzept einschl. der unverbindlich geschätzten Kosten erstelle, das in zeitlicher Folge aufzeige, wie er sich eine Lösung vorstellen könne.

Wenn dieses Konzept der Gemeinde bzw. dem Amt vorliege, werde die SPD sich für eine praktikable Lösung einsetzen. Dieses sei umso gerechtfertigter, weil der SV Hörnerkirchen der öffentlichen Hand durch sein

Angebot erhebliche Kosten von der Hand halte.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 19.04.2008, 18:51 Uhr - 3140 Clicks - Nr. 405

SPD-Engelsby: Grünflächenpflege des Ortsvereins

Bei bestem Wetter trafen sich heute einige Mitstreiter des SPD-Ortsvereins zu einer Aktion im Bürgerpark Twedt an der Merkurstraße.

"Bewaffnet" mit Forken, Spaten, Schaufeln, Schubkarre und Straßenbesen ging es dem wuchernden Unkraut an den "Kragen".

Bei dem vierstündigen Einsatz wurden zwei vom TBZ zugewiesene Flächen komplett umgegraben, vom Unkraut befreit und mit neuem Mutterboden wieder aufgefüllt.



Etliche Körbe und Schubkarren beladen mit Unkraut, wurden bewegt, um die Flächen für eine neue Anpflanzung Anfang Mai herzurichten. Gemeinsam mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern sollen dann Blumen auf den ehemaligen verunkrauteten Beeten angepflanzt werden.

Bleibt zu hoffen, dass auch zum Pflanztermin am 03. Mai gutes Wetter herrscht und sich Freiwillige melden, die uns unterstützen.

Der SPD-Ortsverein Engelsby möchte mit dieser freiwilligen Aktion ein Zeichen setzen und den von vielen Mitbürgern beklagten Zustand der Grünflächen ein klein wenig verbessern.

Keine Kommentare

[SPD-Kropp](#) - veröffentlicht am 20.04.2008, 16:44 Uhr - 3133 Clicks - Nr. 406

Hubertus Heil: „Yes, we can!“

Der **Generalsekretär der SPD, Hubertus Heil** kam gestern zum Kommunal-Wahlkampfauftakt der Kreis-SPD nach Kropp.

Gut besucht war der Wikingerhof in Kropp bei herrlichem Sonnenschein.

Doch die SPD-Anhänger wollten die Gelegenheit nicht versäumen, einmal ihren Generalsekretär aus nächster Nähe zu erleben, der am Vormittag bereits in Kappeln und Schleswig unterwegs war.

Neben Hubertus Heil waren der Bundestagsabgeordnete **Wolfgang Wodarg**, der Landtagsabgeordnete **Holger Astrup**, SPD-Kreisvorsitzender **Dirk Peddinghaus**, der Fraktionsvorsitzende **Ingo Degner**, mehrere Kreistagsabgeordnete, örtliche SPD-Gemeindevertreter und -Kandidaten sowie der einzige hauptamtliche SPD-Bürgermeister des Kreises, **Reinhard Müller** aus Kropp anwesend.

Den Auftakt der Nachmittags-Veranstaltung bestritt der Liedermacher **Jens Röschmann** aus Kropp, in dem er mit politischen Liedern von Reinhard May für die richtige Einstimmung sorgte.

Die Begrüßung nahm der Kreisvorsitzende der SPD Dirk Peddinghaus vor, bevor Ingo Degner als

Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion das Eingangsreferat hielt.

Ingo Degner stellte die SPD als einzige Alternative für das Thema Sozialarbeit vor, denn alle anderen Parteien im Kreis können in dieser Hinsicht nicht viel vorweisen.

Die Bildungspolitik ist unser Aushängeschild, so Ingo Degner weiter. Ein gutes Kinderkrippen- und Kindergartenangebot eng verzahnt mit einem gut platzierten Gemeinschafts-Schulangebot **-länger gemeinsam lernen-** dazu regelmäßige Gesundheitsvorsorge für alle Kinder, das sind die Schwerpunkte des Kreis-Kommunalwahlkampfes. Mit sehr viel berechtigter Zuversicht geht die Kreis-SPD diesen Wahlkampf an.



Dem konkreten und zukunftsweisenden SPD-Kreiswahlprogramm haben die anderen Mitbewerber nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Reichlich Beifall gab nach dieser kämpferischen Rede.

Hubertus Heil gab in seinen Ausführungen einen aktuellen „Bericht aus Berlin“.

Hier stellte er die SPD als Partei des sozialen Aufstiegs dar, was er auch mit aktuellen Beispielen untermauerte. Bildung und Gesundheit für Kinder sind die besten Garanten für die Bekämpfung von Kinderarmut, die es in Deutschland leider noch viel zu viel gibt, so Hubertus Heil.

Aber dazu gehört auch, die Eltern in Arbeit zu bringen. Damit knüpfte er an das Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ an, wobei er direkt auf die Zeitarbeit einging.

Auf den Kommunalwahlkampf eingehend, beschwor er die Zuhörer, die Inhalte der Partei nach vorn zu stellen: „**Wirtschaftlicher Erfolg und Soziale Gerechtigkeit ist kein Gegensatz**“, rief er unter Beifall aus dem Publikum aus. Er versprach, dafür zu sorgen, dass es in nächster Zeit keinen Gegenwind aus Berlin geben wird. Mit einem lauten „**Yes, we can!**“ ermunterte Hubertus Heil die Zuhörer zuversichtlich und als Team in den Kommunalwahlkampf einzusteigen.

Einige Fragen der Zuhörer beantwortete Hubertus Heil noch, bevor er sich am späten Nachmittag nach einem langen Tag im Kreis Schleswig-Flensburg wieder nach Berlin verabschiedete.

Joachim Tschesch

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 20.04.2008, 17:50 Uhr - 4024 Clicks - Nr. 407

Lothar Hay appelliert an Personalchefs:

Vereinsarbeit und ehrenamtliches Engagement berücksichtigen.
Erscheinungsdatum: 19.04.2008

Innenminister Lothar Hay hat an die Personalchefs von öffentlichen Verwaltungen und Betrieben

der privaten Wirtschaft appelliert, bei Entscheidungen über die Einstellung von Bewerbern auf einen Arbeitsplatz auch die Vereinsarbeit und ehrenamtliche Tätigkeit für die Gemeinschaft als Qualifikationsmerkmale zu berücksichtigen. „Die Mitgliedschaft in einem Verein und das unentgeltliche Engagement für unsere Gesellschaft sind Teile einer erfolgreichen Biographie“, sagte Hay am Samstag (19. April) in Gelting (Kreis Schleswig-Flensburg). Hay sprach auf der Feier des MTV Gelting 08 aus Anlass seines hundertjährigen Jubiläums. Wer ehrenamtlich arbeite, merke schnell, dass dies kein Opfer sei, sondern ihn und die Gesellschaft bereichere. „Sport im Verein bedeutet, seine Zeit sinnvoll und gewinnbringend zu nutzen“, sagte der Minister.

Hay lobte den Teamgeist, die Fairness und das Gemeinschaftserlebnis im Sport. Es sei wichtig, junge Menschen so früh wie möglich an den Vereinssport heranzuführen. Der MTV Gelting leiste auf diesem Gebiet Pionierarbeit. Mit einem Spielkreis biete der Verein Kindern vom Krabbelalter bis zu fünf Jahren seit mehr als 20 Jahren eine sportliche Heimat. „Das ist vorbildlich und sollte viele Nachahmer im Land finden“, sagte Hay.

Der Minister überreichte dem MTV Gelting 08 in Anerkennung der Verdienste um den Sport die Ehrenurkunde des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein. Damit werden Sportvereine gewürdigt, die mehr als 100 Jahre ihren Mitgliedern eine sportliche Heimat geboten haben. „Die Ehrenurkunde des Ministerpräsidenten macht deutlich, dass der Sport und die Vereine eine hohe Bedeutung für das Land Schleswig-Holstein haben“, sagte Hay. Neben der Urkunde erhielt der Verein einen Gutschein über 250 Euro, mit dem die Jugendarbeit gefördert werden soll.

Verantwortlich für diesen Presstext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 20.04.2008, 17:54 Uhr - 4429 Clicks - Nr. 408

Leichtathletik-Verbandtag: Land hilft bei Sanierung von Sportanlagen -

Hay würdigt Vereinsarbeit für den Breitensport

Erscheinungsdatum:
20.04.2008

Die Landesregierung hilft den Kommunen bei der Sanierung und Modernisierung ihrer Sportanlagen.

Wie Innenminister Lothar Hay während des Verbandstages des Schleswig-Holsteinischen Leichtathletik-Verbandes (SHLV) am Sonntag (20. April) in Lübeck sagte, stellt das Land in diesem und im nächsten Jahr jeweils elf Millionen Euro zur Verfügung. Das Geld kommt aus dem Kommunalen Investitionsfonds und wird als zinsgünstiges Darlehen vergeben. Zusätzlich gibt es Zinszuschüsse von zwei Prozent aus dem Schleswig-Holstein-Fonds. Auch im Rahmen der Schulbauförderung sowie bei der Vergabe von Darlehen für allgemeine Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen können Kommunen im Einzelfall Sporteinrichtungen fördern. „Die Landesregierung mobilisiert ihre finanziellen Ressourcen nach Kräften und weiß gleichwohl, dass

sie in vielen Fällen nicht helfen kann“, sagte Hay. Er erinnerte an die Verantwortung der Städte und Gemeinden für ihre Sportstätten. „Das bleibt eine originäre Aufgabe und Kernkompetenz der kommunalen Selbstverwaltung“, sagte der Minister.

Hay würdigte die Leichtathletik als einen Sport, der für Freizeit und Menschen jeden Alters ideal sei. „Viele Disziplinen lassen sich einfach und mit wenigen Mitteln ausüben“, sagte der Minister. Es sei daher richtig, dass sich der Leichtathletikverband in Schleswig-Holstein besonders im Breitensport und in der Nachwuchsförderung engagiere. Die rund 300 Vereine, die im SHLV organisiert sind, kümmern sich intensiv um jene Mitglieder, die keinen Wettkampfsport betrieben. Hay nannte als Beispiel Walking und Nordic-Walking sowie rund einhundert Volks- und Straßenläufe, die der Schleswig-Holsteinische Leichtathletik-Verband auf die Beine stellt. „Der Verband macht eine Arbeit, die in die Breite der Gesellschaft hineinwirkt, die Menschen im Land bewegt und Talente sucht und fördert“, sagte Hay.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 20.04.2008, 23:00 Uhr - 7822 Clicks - Nr. 409

Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt fängt in der Schule an!

Auf Bitte des Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg war die stellvertretende SPD-Vorsitzende, Andrea Nahles einer Einladung des SPD-Amtsverbandes Langballig gefolgt und diskutierte am 16.4. mit einer sehr interessierten Zuhörerschaft über „Guten Lohn für gute Arbeit“ im Gasthaus „Laredo“ in Wees.



Sie zeigte sehr anschaulich welchen Stellenwert unser wichtigstes kommunalpolitisches Thema „Jugend und Bildung“ auch im Zusammenhang mit Chancen auf dem Arbeitsmarkt einnimmt.

Zwar würden Mädchen in Schule und Uni inzwischen oft besser als die Jungen abschneiden, doch gebe es in Deutschland immer noch keine Chancengleichheit zwischen Kindern aus armen und reichen Familien. Der Zugang zur Uni hängt trotz Bafög und anderen Förderinstrumenten immer noch von der Stärke des Elternhauses ab. Die Förderung von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligtem Milieu ist deshalb ein Schwerpunkt der SPD-Bildungs- und Arbeitspolitik.

Auch die Ausbeutung von Praktikanten wollen SPD – Bundestagsfraktion und Bundesregierung soweit wie möglich verhindern.

Weitere Themen waren: Kontrolle von Dumpinglöhnen, Mindestlohn, der Missbrauch von

Leiharbeit als Lohndrückerei und die Perspektiven des europäischen Arbeitsmarktes.

Dr. Wodarg berichtete in diesem Zusammenhang von der Bundesregierung, die sich beim Europarat in Strassburg für die Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta durch Deutschland und auch durch die EU ausgesprochen hatte. Gegen Staaten, die dann nicht für ausreichende Löhne sorgen oder Arbeitnehmerrechte beschneiden, könnten Einzelne beim Strassburger Menschenrechtsgerichtshof dann Klage einreichen.

Am Ende der Veranstaltung erhielt Andrea Nahles noch eine warme rote Wahlkampfweste vom SPD-Kreistagskandidaten und Ortsvereinsvorsitzenden Karsten Hansen.

[Aktuelles zum Kommunalwahlkampf und mehr finden Sie hier!](#)

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 21.04.2008, 10:20 Uhr - 5272 Clicks - Nr. 410

Herzlich Willkommen! SPD Neumünster feiert Familienfest

Den kommenden Samstag, 26. April 2008, 14 bis 18 Uhr, sollten man sich schon jetzt rot im Kalender eintragen. Die Neumünsteraner SPD lädt alle Familien an diesem Tag ein, um zusammen mit allen Direktkandidatinnen und -kandidaten, ein buntes und unterhaltsames Familienfest zu feiern.

"Wir freuen uns darauf, allen Familienmitgliedern, egal ob jung oder alt, ein interessantes Programm bieten zu können", erläutert SPD Spitzenkandidat Andreas Hering. Neben dem Mädchenmusikzug Neumünster sorgen Musiker Dieter Sell und die Band BEATSHOCK für die Richtige Stimmung auf dem Großflecken.



Kinderspiele wie Dosenwerfen und Torwandschießen dürfen an diesem Tag ebenso nicht fehlen wie die obligatorische Hüpfburg zum Austoben.

Selbstverständlich ist auch für das leibliche Wohl gesorgt. Ob frischgebackene Muffins, knackige Bratwurst mit Bier, fruchtige Käsespieße, rote Zuckerwatte, Kaffee und Kuchen - für jeden Geschmack ist etwas dabei!

"Zudem soll natürlich auch die Politik nicht zu kurz kommen", ergänzt Kreisschatzmeister Oliver Sundermann. "Neben politischem Talk auf der Bühne stehen natürlich alle Direktkandidaten zu einem persönlichen Gespräch in lockerer Atmosphäre zur Verfügung."

Keine Kommentare

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 21.04.2008, 13:35 Uhr - 10351 Clicks - Nr. 411

Aufruf zum 1. Mai

Der SPD-Kreisvorstand Steinburg schließt sich dem Aufruf des SPD-Präsidiiums zum 1. Mai an und fordert – nicht nur – die Mitglieder der SPD auf, am 1. Mai gemeinsam mit den Gewerkschaften für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu demonstrieren.

„Wie die CDU zu den berechtigten Interessen der Arbeitnehmenden steht, hat sie bewiesen, als sie mit ihren absoluten Mehrheiten im Kreis und in Itzehoe den traditionellen Arbeitnehmerempfang abschaffte“, kritisiert SPD-Kreisvorsitzender Rudolf Riep. Deshalb habe die SPD Steinburg es übernommen, den Arbeitnehmenden im Rahmen eines Arbeitnehmerempfangs Dank und Anerkennung auszusprechen.

Der Empfang findet am Sonntag, 27. April um 11:00 Uhr in Itzehoe, Alsen „Alte Werkstatt“ statt. Die Termine und Orte der Mai-Veranstaltungen des DGB in Itzehoe, Lägerdorf und Wilster stehen [HIER](#).



Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 21.04.2008, 20:27 Uhr - 7216 Clicks - Nr. 412

Ralf Stegner: "Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit!"

An einem Stand in der Großen Straße und im SPD-Parteibüro stellte sich Ralf Stegner am vergangenen Freitag den Fragen interessierter Bürgerinnen und Bürger. Der neue Spitzenmann der Schleswig-Holsteiner SPD nahm zu allen aktuellen Themen wie z.B. Ablehnung von Studiengebühren, Kindergärten für die Eltern kostenfrei gestalten, Mindestlohn Stellung. Klar wurde in den Diskussionen vor allem eins: Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Mit dabei waren der Spitzenkandidat der SPD für die Kommunalwahl Rolf Helgert, der SPD Kreisvorsitzende Helmut Trost sowie MdB Wolfgang Wodarg und Landtagsvizepräsidentin Ingrid Franzen.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 21.04.2008, 23:22 Uhr - 8801 Clicks - Nr. 413

Politischer Kaffeeklatsch mit Dr. Frank Martens

Generationenfreundliche Politik: Das geht uns alle etwas an - dafür müssen wir alle etwas tun. Aus diesem Grund lud die SPD Molfsee zum politischen Kaffeeklatsch in die Begegnungsstätte am Osterberg ein.

Dr. Frank Martens, unser (hoffentlich) neuer Landrat referierte zu diesem Thema und zeigte sehr versiert, wo die Knackpunkte liegen, wenn wir einfach abwarten, statt unsere Zukunft aktiv zu gestalten.

Dazu entwarf Dr. Frank Martens ein Bild, wie er sich ein gelungenes Zusammenleben von Menschen aller Altersgruppen im Kreis Rendsburg-Eckernförde und in einer Gemeinde wie

Molfsee vorstellt. Senioren- und Familienfreundlichkeit sind dabei kein Widerspruch, sondern gehen Hand in Hand:

Die Politik muss immer die Umsetzung konkreter Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger im Auge haben. So haben Dr. Frank Martens und die SPD im Jugendhilfeausschuss des Kreises gemeinsam mit den Gemeinden dafür gesorgt, dass sich das Angebot an Kindergartenplätzen in unserem Kreis deutlich verbessert hat. Unter seiner Mitwirkung wurden Streetwork-Projekte und Modell-Projekte zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe und Jugendarbeit auf den Weg gebracht.



Der neue Landrat muss unterschiedliche Interessen

bündeln, zusammenführen und integrieren. Diese Fähigkeit von Dr. Frank Martens ist umso mehr gefragt, da es auf kommunaler Ebene immer wichtiger wird, den demografischen Wandel zu gestalten.

In Rendsburg-Eckernförde haben wir das Glück, dass wir in unserem Kreis für alle Generationen etwas zu bieten haben für junge Familien ebenso wie für die ältere Generation. Aufpassen müssen wir aber, das Angebot den sich wandelnden Bedürfnissen anzupassen. Dr. Frank Martens setzt sich für bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten ebenso ein wie für einen Ausbau der Angebote im Gesundheitsbereich.

In Molfsee und Flintbek wurde gerade mit dem Lotsendienst für Senioren eine besonders gute Einrichtung in Betrieb genommen. Dr. Frank Martens setzt sich dafür ein, dass dieses Modell auf das ganze Kreisgebiet und auf die Kreisebene ausstrahlt.

Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat der Kreis Rendsburg-Eckernförde in der Tat noch Nachholbedarf, hier haben wir im Familienatlas im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielt. Für die 3-6-Jährigen haben wir zwar eine ausreichende Zahl von Kindergartenplätzen, bei der Ganztagsversorgung liegen wir jedoch im Bundesvergleich auf einem Abstiegsplatz (einem Platz im hinteren Achtel). Hier wird sich Dr. Frank Martens für eine Ausweitung der Betreuungszeiten und eine weitere Verbesserung der Betreuungsqualität stark machen. Besonders dort, wo Kreisverordnungen den guten Bestrebungen von Gemeinden im Wege stehen, wird sich Dr. Frank Martens für seine Gemeinden einsetzen.

Um Krippenplätze ist es in unserem Kreis ziemlich schlecht bestellt. Dr. Frank Martens wird sich dafür einsetzen, dass rasch zusätzliche Krippenplätze geschaffen werden und möglichst bald ein bedarfsgerechtes Angebot vorgehalten wird. Alle Eltern, die dies wünschen, sollen für ihr Kind einen Krippenplatz finden!

Nicht nur weil Dr. Frank Martens mit einer Krankenschwester verheiratet ist, liegt ihm die Qualität der Pflege besonders am Herzen. Insbesondere wenn sich Menschen nicht mehr selbst gegen etwaige Missstände wehren können, sind sie auf den Schutz des Staates besonders angewiesen. Dr. Frank Martens wird dafür sorgen, dass die Heimaufsicht des Kreises personell ordentlich ausgestattet wird und die Alten- und Pflegeheime auch unangemeldet kontrolliert werden, um die schwarzen Schafe - die sich ja glücklicherweise in der Minderheit befinden - zur Verantwortung zu ziehen. Hier darf nicht an der falschen Stelle gespart werden.

Nach seiner Vorstellung führte Dr. Frank Martens noch ausführliche Gespräche mit den zahlreichen Gästen. Schnell

waren sich die Gäste und die Gastgeber einig:

Wer so engagiert, kompetent und nahe bei den Menschen ist, der ist der einzig richtige Landrat für

Rendsburg-Eckernförde!

Die Molfseerinnen und Molfseer und die SPD Molfsee unterstützen Dr. Frank Martens und wünschen ihm alles Gute bei der Landratswahl am 25. Mai 2008!

Für den musikalischen Rahmen sorgte der Shantychor "De Fastmoker". Die SPD Molfsee bedankt sich bei allen Gästen, Organisatoren und Beteiligten für den gelungenen Nachmittag - es wird nicht der letzte gewesen sein!

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 22.04.2008, 08:02 Uhr - 1449 Clicks - Nr. 414

Recyclinghöfe sollen rekommunalisiert werden!

Der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, erklärt:

"Für die SPD-Fraktion liegt die Zukunft der Kieler Recyclinghöfe in ihrer Rekommunalisierung und in einem künftig städtischen Betrieb. Die städtische Aufgabenerledigung ist die geeignete Betriebsform, um den Gebührenzahler zu schonen, Arbeitsplätze zu sichern und eine ökologische Abfallentsorgung zu gewährleisten.

Eine Rekommunalisierung würde vor allem die Gebührenbelastung verringern. Schon heute zahlt der Gebührenzahler den Transport der andienungspflichtigen Recyclingabfälle zur endgültigen Entsorgung. Auf städtischen Höfen könnte Personal des städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes (ABK) eingesetzt werden; zum Teil ist hier an altersgerechte Arbeitsplätze zu denken, die derzeit in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozialwissenschaft der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel entwickelt werden. Neu wären die Kosten für die Errichtung und den sächlichen Betrieb der Recyclinghöfe - aber dafür würde auch die jährliche Vergütung an das beauftragte Privatunternehmen eingespart. Außerdem wären noch Erlöse aus dem Verkauf von Wertstoffen (z.B. Schrott) einzurechnen. Es spricht viel dafür, dass eine kommunale Lösung preiswerter sein wird als die jetzige Form der Aufgabenprivatisierung. Und durch eine Rekommunalisierung kann ein umweltgerechtes Recycling durch direkte Steuerung der städtischen Verwaltung jederzeit gewährleistet werden."

Antrag zur Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 23.04.2008, Drucksache Nr. 0339/2008

Betreff: Recyclinghöfe sollen rekommunalisiert werden

Antrag:

1. Die Kieler Recyclinghöfe werden rekommunalisiert. Nach dem Auslaufen der derzeitigen Verträge mit dem privaten Betreiber werden die Recyclinghöfe in städtischer Regie betrieben.

2. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Beschlussvorlage zur Rekommunalisierung der Recyclinghöfe zu erarbeiten und dem zuständigen Wirtschaftsausschuss und der Ratsversammlung vorzulegen.

Begründung:

Die Rekommunalisierung der Recyclinghöfe ist die geeignete Betriebsform, um den Gebührenzahler zu entlasten, Arbeitsplätze zu sichern und eine ökologische Abfallentsorgung zu gewährleisten.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 22.04.2008, 10:09 Uhr - 13540 Clicks - Nr. 415

Auf dem Weg zu einer europäischen Armee

Jörn Thießen und sein Kieler MdB-Kollege Hans-Peter Bartels sind die Initiatoren einer internationalen Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion zur Europäisierung der Streitkräfte, die am 5. Mai im Berliner Reichstagsgebäude stattfindet. „Und wir haben schon fast 300 Anmeldungen“, freut sich der Abgeordnete über die überraschend große Resonanz.

Das Interesse ist nicht selbstverständlich, denn die Forderung nach einer europäischen Armee steht bereits im Hamburger Programm der SPD, aber der Weg dahin ist sehr weit, und die Debatte darüber noch gar nicht richtig angestoßen. Die Veranstalter rechnen denn auch mit einem ähnlich langfristigen Einführungshorizont wie beim Euro, lassen sich davon aber nicht entmutigen. „27 EU-Mitgliedsländer mit 27 Verteidigungsministern, 27 Armeen und 27 Rüstungsprogrammen“, zählt Thießen auf: „Verteidigungspolitik wirkt manchmal noch wie eine der letzten nationalstaatlichen Nischen in Europa - aus der Ecke muss sie dringend raus.“

Das **Programm** der ganztägigen Berliner Konferenz umfasst Vorträge und Podiumsdiskussionen mit internationaler Besetzung,

[Anmeldungen](#) sind auch online noch bis zum 25. April möglich.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 22.04.2008, 10:58 Uhr - 55339 Clicks - Nr. 416

Über generelle Beitragsfreiheit der Kitas schnell entscheiden!

Gesa Tralau, Sprecherin des Forums Familie der SPD:

„Nachdem die Vorschläge der Koalitionspartner zur Beitragsfreiheit von Kindertagesstätten auf dem Tisch sind, kann und muss darüber jetzt schnell entschieden werden. Dazu gehört auch die Initiative ‚Kein Kind ohne Mahlzeit‘ auf Dauer abzusichern.“ Das erklärte die Sprecherin des Familienforums der schleswig-holsteinischen SPD Gesa Tralau. Das SPD-Familienforum der SPD unterstützte den von der SPD-Landtagsfraktion vorgeschlagenen Stufenplan, demzufolge ab 2009 das dritte, ab 2011 das zweite und ab 2013 das erste Kita-Jahr beitragsfrei werden soll. „Eigentlich wäre es andersherum sinnvoller, aber wenn es auf dieser Basis mit der CDU zu einer schnellen Einigung kommen kann und die Finanzierung so erleichtert wird, ist dieser Stufenplan akzeptabel. Entscheidend ist, dass ein Gesamtkonzept umgesetzt wird“, so Gesa Tralau, die auch Mitglied im SPD-Landesvorstand ist. Alle Beteiligten, die Familien, das Land und die Kommunen brauchen Planungssicherheit und kein jahrelanges Gewürge über dieses Thema. Das Gesamtkonzept wäre auch ein Meilenstein auf dem Weg zu einer besseren Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf.

Die SPD-Politikerin verwies auf neueste Erhebungen, denen zufolge der Anteil der Geringverdiener der in Armut lebender Familien stark ansteigt. Wer es mit Bildungsgerechtigkeit ernst meine, der müsse jetzt die kostenlose Bildung für alle realisieren, von der Kita bis zur Hochschule. Wenn der Grundsatz Aufstieg durch Bildung auch für die Zukunft gelten solle, dann müsse die Bildung der Kinder völlig unabhängig vom Portemonnaie der Eltern gemacht werden. Das gelte angesichts

steigender Kinderarmut auch für die Verpflegung in den Bildungseinrichtungen. Die wirtschaftlichen Probleme von heute, dürfen nicht der soziale Sprengstoff von morgen werden. Das sei angesichts der demografischen Entwicklung gerade in Schleswig-Holstein, die einzig vernünftige und zwingende Strategie im Umgang mit der auf uns zukommenden demografischen Entwicklung, so Tralau.

Das von Gesa Tralau geleitete Familienforum der SPD setzt sich innerhalb der SPD für die Interessen von Familien und Kindern ein, hält Kontakt zu den Vereinen, Verbänden und Organisationen in der Familienpolitik und organisiert öffentliche Veranstaltungen.

Kommentar von [Mattie](#) vom 05.07.2011, 19:00 Uhr:
This is exactly what I was looking for. Thanks for writing!

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 22.04.2008, 11:57 Uhr - 4334 Clicks - Nr. 417

20 Jahre Minderheitenbeauftragte – Veranstaltung mit Björn Engholm

20 Jahre Minderheitenbeauftragte ist für die SPD-Landtagsfraktion Anlass, diese Institution und ihre Repräsentanten in einer Feierstunde am 10. September zu würdigen. Dazu erklärt der minderheitenpolitische Sprecher Rolf Fischer:

Eine der ersten Entscheidungen der neu gewählten SPD-Regierung war 1988 die Berufung eines Minderheitenbeauftragten.

Damit machte das Kabinett unter Führung von Björn Engholm deutlich, dass die Minderheitenpolitik für die SPD und für das Land einen besonderen Stellenwert hat. Die Minderheitenbeauftragten der SPD-geführten Regierungen – Kurt Schulz, Kurt Hamer und Renate Schnack – haben diese Institution zu hohem Ansehen geführt und erfreuen sich noch heute großer Wertschätzung für ihre Arbeit.

Ein Schlüssel für den Erfolg der Institution Minderheitenbeauftragte war deren Unabhängigkeit – sie gehörten weder der Regierung noch einer Minderheit an und arbeiteten ehrenamtlich und ohne politische Weisungen der Staatskanzlei. Das ist auch unabdingbar, denn als Mittler zwischen den Minderheiten / Volksgruppen, der Mehrheitsbevölkerung und der Politik tragen sie zu einem von gegenseitigem Verständnis geprägten Miteinander bei. Der bzw. die Beauftragte für nationale Minderheiten und Volksgruppen, Grenzlandarbeit und Niederdeutsch achtet darauf, dass Schutz und Förderung der Minderheiten im Land verfassungsgemäß umgesetzt werden.

Für die SPD-Landtagsfraktion sind „20 Jahre Minderheitenbeauftragte“ ein Anlass, diese Institution und ihre Repräsentanten in einer Festveranstaltung am 10. September im Landeshaus zu würdigen. Wir werden nicht nur an die erfolgreiche sozialdemokratische Minderheitenpolitik erinnern, sondern auch unsere Vorstellungen für ihre Fortschreibung vorlegen. Eine konstruktive und umfassende Architektur dieses Politikfeldes ist vor dem Hintergrund der europäischen Entwicklung unverzichtbar.

Wir freuen uns sehr, dass Björn Engholm zugesagt hat, in der Veranstaltung über „20 Jahre Minderheitenbeauftragte“ zu sprechen.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 22.04.2008, 18:14 Uhr - 13720 Clicks - Nr. 418

Positionspapier zur Transformation der Bundeswehr

Als eines der Ergebnisse ihrer Klausurtagung vom letzten Wochenende hat die Arbeitsgemeinschaft für Sicherheits- und Verteidigungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion heute ein umfangreiches Positionspapier unter dem Titel "Transformation - Garant einer leistungsfähigen Armee" in Berlin der Presse vorgestellt.

Darin wird unter anderem zu einem mittelfristigen Verzicht auf die Bereitstellung fester Kontingente für NATO Response Force und EU Battle Groups aufgerufen. Die Europäisierung der Streitkräfte spielt eine zentrale Rolle in dem Papier, neben Stellungnahmen zur Ausrüstungs- und Beschaffungsplanung der Bundeswehr, die zum Beispiel eine Überprüfung fordern, ob der Eurofighter tatsächlich in der bislang geplanten Stückzahl benötigt wird.

Jörn Thießen dokumentiert [das Papier im Original](#).

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 22.04.2008, 19:35 Uhr - 3312 Clicks - Nr. 419

SPD-Engelsby: Unsere Kandidaten zur Kommunalwahl

Seit Montag, 21. April werben die zur Kommunalwahl am 25. Mai 2008 zugelassenen Parteien um die Gunst der Wählerinnen und Wähler.

Auf den großen, über das gesamte Stadtgebiet verteilten Plakattafeln, plakatieren sieben Parteien mit den unterschiedlichsten Aussagen aus ihren Wahlprogrammen.

Zur diesjährigen Kommunalwahl lautet das Motto der SPD-Flensburg: - Sozial. Gerecht. Für Flensburg. -

Gruppenplakate der Kandidaten aus den jeweiligen Wahlkreisen und Stadtteilen sind auf den Plakaten zu sehen. Für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sicherlich auch bekannte Gesichter, zumal die meisten unserer Kandidaten in den jeweiligen Stadtteilen wohnen und sich für die Belange des Stadtteils einsetzen.

Für den SPD-Ortsverein Engelsby kandidieren Karin Schmitzke, Rolf Helgert, Sylvia Meyerding und Andree Nitsch für den Rat der Stadt Flensburg.



Auf einer Informationsveranstaltung des Bürgerforums am 08. Mai um 19.30 Uhr im Gemeindezentrum Engelsby können Sie alle vier Kandidaten kennenlernen.

Keine Kommentare

Kandidatenvorstellung der SPD Sievershütten

Unser Team steht!
Wir haben die Wahl getroffen!

Auf der jüngsten Mitgliederversammlung der SPD wurde der Fraktionssprecher Stefan Weber zum Spitzenkandidaten für die Gemeindewahl in Sievershütten bestimmt.

„Unsere Liste ist ausgewogen und wir freuen uns darüber, dass wieder zwei Frauen kandidieren“, sagt Stefan Weber. Es folgt Elisabeth Sander auf Platz 2, Karl-Heinz Meetz an 3, Ina Steding (4), Reinhard Siert (5) Jörg Reimer (6) und Jens Grossmann (7). Karl-Heinz Meetz



möchte wieder in die Gemeindevertretung, jedoch nicht mehr Bürgermeister sein. „Ich bin nun 70 Jahre alt und habe es dann 10 Jahre lang mit Freude gemacht“, sagt Karl-Heinz Meetz.

Alle Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeindewahl in Sievershütten wurden einstimmig gewählt! Das gemeinsam erarbeitete Grundkonzept des Wahlprogrammes steht. Schwerpunkte sind: Gesicherte Lebensbedingungen, Bildung und lebenslanges Lernen, gesunde Umwelt nachhaltig sichern. Die Wahlkampfaktivitäten laufen zurzeit an. Unser Team ist hochmotiviert und freut sich auf die spannende Vorwahlzeit. Dann entscheiden Sie, die Wählerinnen und Wähler am 25. Mai über die Zusammensetzungen der Gemeindevertretungen.

Keine Kommentare

Molfsee: Aber sicher! Gewaltprävention vor Ort

Zu dieser Veranstaltung lud die SPD Molfsee am 8. April ein. „Gewaltprävention in Molfsee? Ist das hier eigentlich ein Thema?“, führte der Molfseer SPD Vorsitzende Ulf Daude in diesen Abend ein

und führte aus, dass es nicht nur die erschreckende und offensichtliche Gewalt wie in der Münchner U-Bahn oder in anderen Großstädten gibt. Gewalt kann viele Gesichter haben und versteckt sich zum Teil auch hinter bürgerlichen Fassaden. Da muss man sehr genau hinsehen, darf keinesfalls woanders hinschauen und muss sich einmischen.

Aber auch die offene Gewalt macht nicht vor einer bestimmten Region halt. Hierzu verglich Ulf Daude die Situation mit dem (oft nur teilweise bekannten) Zitat von Bertold Brecht: „Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin - dann kommt der Krieg zu Euch!“

Als Hauptredner und Diskussionspartner konnten wir für diesen Abend den SPD Landesvorsitzenden und Vorsitzenden der SPD Landtagsfraktion Dr. Ralf Stegner gewinnen, der eine ausführliche Analyse und Lösungsansätze zum Thema vorstellte.

Prävention im weiteren Sinne ist Gesellschaftspolitik!

Wir müssen ganz konkret die Eltern fachlich, finanziell, emotional und zeitlich in die Lage versetzen, sich um ihre

Kinder zu kümmern. Das bedeutet: Überstundenbegrenzung, Arbeitszeitverkürzung, Elternzeit, unterstützende und nicht entwürdigende Leistungen sowie Mindestlohn.

Wir müssen ein ergänzendes und in Teilen auch ersetzendes Angebot für Kinder und Jugendliche schaffen.

Dies kann beispielsweise geschehen durch:

- Qualitativ und quantitativ - sowie kostenlose - gute Angebote für Kinder unter und über drei Jahren

- Ein Schulsystem, das die Stärken der Schülerinnen und Schüler fördert und die Schwächen aufgreift: die Gemeinschaftsschule

- Schulangebote zur Entlastung berufstätiger Eltern

- Ausbildung: Betriebe dürfen nicht nur in guten Zeiten ausbilden!

- kostenfreier Zugang zur Bildung und Bildungsangeboten vor Ort

- keine Studiengebühren

Viele dieser Punkte finden sich auch im Programm der SPD Molfsee zur Kommunalwahl am 25. Mai 2008 als konkrete Forderung wieder.

Bei der anschließenden Diskussion stellte sich natürlich wie so oft die Frage: „Wie soll das alles bezahlt werden?“

Für die Dinge, die die Gemeinde Molfsee selbst beschließen kann, ist die Antwort auf diese Frage

allerdings recht einfach: Setzt die Verwaltungsstrukturreform um und fusioniert die Ämter Molfsee und Flintbek!

Diese Forderung stellen die SPD Molfsee und die UWM schon seit langer Zeit und sind bis heute an der Ignoranz der CDU und FDP gescheitert. So wurden bis heute schon über 850.000 Euro (!) verschwendet, die wir für Besseres hätten ausgeben können.

Die SPD Molfsee will in die Menschen und in das Gemeinwohl investieren – nicht in unnötige oder überflüssige Verwaltung!

Bedenken Sie dies am 25. Mai – gehen Sie wählen!

Keine Kommentare

[SPD-Sievershütten](#) - veröffentlicht am 22.04.2008, 21:10 Uhr - 4979 Clicks - Nr. 422

Kandidatenvorstellung der SPD Stukenborn

Wir haben die Wahl getroffen!

Auch die SPD-Mitglieder in Stukenborn haben gewählt. Winfried Kühnlentz ist unser Spitzenkandidat.

Auf Platz 2 folgt ihm Holger Rogat, Susanne Kühnlentz an 3, Thomas Oeck (4), Burkhard Roll (5), Mareike Rogat (6) und Robert Kühnlentz (7).

„Ich freue mich ganz besonders, dass wir nach den vielen Jahren „Abstinenz“ mit einer SPD-Liste in Stukenborn zur Gemeindewahl antreten können und dass wir auch zwei junge Leute, Mareike und Robert, dabei haben“. Wir wollen wieder mitgestalten, haben den Ehrgeiz unsere Ideen einzubringen und so die Gemeindepolitik zu bereichern“, sagt Winfried Kühnlentz.



Alle Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeindewahl in Stuvemborn wurden einstimmig gewählt! Das gemeinsam erarbeitete Grundkonzept des Wahlprogrammes steht. Schwerpunkte sind: Gesicherte Lebensbedingungen, Bildung und lebenslanges Lernen, gesunde Umwelt nachhaltig sichern. Die Wahlkampfaktivitäten laufen zurzeit an. Unser Team ist hochmotiviert und freut sich auf die spannende Vorwahlzeit. Dann entscheiden Sie, die Wählerinnen und Wähler am 25. Mai über die Zusammensetzungen der Gemeindevertretungen.

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 22.04.2008, 23:01 Uhr - 2678 Clicks - Nr. 423

A f A - Bundeskonferenz

Erfolgreiche AfA-
Bundeskonferenz für Schleswig-
Holstein
Gute Arbeit – Sicherheit im Alter
– Gemeinsam für soziale
Gerechtigkeit



Unter diesen Leitthemen waren die 13 Delegierten aus Schleswig-Holstein nach Kassel zur AfA-Bundeskonferenz gereist. Außerdem wurde dort ein neuer Bundesvorstand gewählt, dem auch zwei Genossinnen aus Schleswig-Holstein angehören.

Als stellvertretende Bundesvorsitzende wurde Kirsten Rölke und als Beisitzerin wurde Almut Auerbach gewählt.

Mit großem Applaus wurde die Rede des früheren AfA-Bundesvorsitzenden Rudolf Dreßler zur aktuellen Politik in Deutschland bedacht.

Beim anschließenden Gruppenfoto mit dem wiedergewählten Bundesvorsitzenden Ottmar Schreiner und den Delegierten aus Schleswig-Holstein kam auch Rudolf Dreßler zu der Gruppe.

Keine Kommentare

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 23.04.2008, 07:27 Uhr - 4641 Clicks - Nr. 424

Kostenfreies Kitajahr Redebeitrag im Landtag 23.04.08

Was mich als Fachsprecherin meiner Fraktion für die Kindertageseinrichtungen jedes Mal aufs Neue freut, ist der Perspektivenwechsel, den nicht nur wir im Landtag, sondern die gesamte Gesellschaft in den letzten Jahren durchlaufen hat.

In der Vergangenheit wurden Kindertagesstätten und Kinderkrippen hauptsächlich unter dem Aspekt betrachtet, dass man die Kinder eben irgendwie betreuen muss, wenn beide Elternteile bzw. die allein erziehende Mutter berufstätig sind.

Heute reden wir nicht mehr in erster Linie von Betreuung, sondern es ist klar: Kitas sind Einrichtungen der Bildung und Erziehung. Wir verstehen die Kindertagesstätten als eigenständige vorschulische Bildungseinrichtungen.

Der Besuch der Kindertagesstätten ist keine Pflicht und wird es bis auf weiteres auch nicht sein können. Das Grundgesetz setzt hohe Hürden, wenn es darum geht, das Erziehungsrecht der Eltern einzuschränken. Die Schulpflicht ist eine solche Einschränkung. Ohne eine entsprechende Ergänzung des Grundgesetzes ist es nicht möglich, den Kitabesuch für verpflichtend zu erklären.

Das Land hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten sehr viel dafür getan, ein flächendeckendes Angebot an Kitaplätzen bereitzustellen. Nur wenige Kinder haben vor der Einschulung keine Kita von innen gesehen. Allerdings dürfen wir diese wenigen Kinder nicht aus dem Auge verlieren.

Es ist für Kinder von großer Bedeutung, dass sie möglichst früh eine Kita besuchen. So können u.a. auch Entwicklungsverzögerungen viel eher erkannt und behoben werden, wie z.B. auf die Sprachentwicklung Einfluss genommen werden. Und auch stärken können deutlicher gefördert werden.

Das neue Schulgesetz, das wir vor gut einem Jahr verabschiedet haben, verstärkt die Zusammenarbeit zwischen Kita und Schule, insbesondere auch die Untersuchung der Sprachfähigkeit. Und deshalb wissen wir auch: Sprachdefizite sind kein reines Migrantenproblem, man kann es gar nicht oft genug betonen.

Damit alle Kinder möglichst frühzeitig eine Kita besuchen, muss der Zugang möglichst leicht sein. Und das ist am besten durch eine kostenfreie Kita zu erreichen. Lange genug haben wir als SPD dieses schon gefordert. Und trotzdem hat die problematische Situation der öffentlichen Haushalte dieses immer wieder verhindert. Aber irgendwann ist diese Argumentation nicht mehr haltbar! Es müssen jetzt Taten folgen!

Wir wissen auch wie es heute um den Landeshaushalt bestellt ist.

Dennoch spricht sich die SPD für einen großen Wurf aus. Wir halten es für unverzichtbar, dass möglichst alle Kinder künftig eine Kindertagesstätte besuchen.

Bildung muss möglichst früh allen Kindern zu gängig sein, damit Grundlagen gelegt werden können, später in der Schule diese Grundlagen genutzt und verbessert werden können.

Dafür brauchen Eltern und Kinder die Unterstützung aller - in diesem Falle eine beitragsfreie Kindertagesbetreuung.

Das ist eine wirkliche Hilfe für Eltern und Kinder. Junge Familien brauchen die ganze Aufmerksamkeit und Hilfe der Gesellschaft. Auf dem Weg zu einer familienfreundlichen Gesellschaft kann für junge Familien noch eine Menge verbessert werden. Dazu gehört natürlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, denn die meisten Eltern haben heute nicht wirklich die Wahl ob sie arbeiten gehen wollen oder nicht. Die meisten müssen es.

Und ein weiterer großer Brocken ist für viele Familien das Mittagessen in der Kita.

Wenn zur Mittagszeit die Kinder aus finanziell leistungsfähigeren Familien sich zum Essen an den Tisch setzen, üben Kinder ärmerer Eltern im Nebenraum einen Chor knurrender Mägen ein. Die Recherchen haben es deutlich gemacht: Eltern melden ihre Kinder von der gemeinsamen Mittagsmahlzeit ab, weil es einfach zu teuer ist. Das ist ein wirkliches Problem und muss anders werden!

Wir fordern deshalb den schnellen Einstieg in ein Stufenprogramm zur Beitragsfreiheit für Eltern. Der Einstieg soll mit dem dritten Kitajahr im August 2009, also mit Beginn des neuen Kitajahres erfolgen.

Damit darf es aber dann nicht das Ende vom Einstieg in die kostenfreie Kindertagesbetreuung sein. Wenn wir es wirklich als sinnvoll erkennen, müssen wir die Beitragsfreiheit wirklich auf alle Kitajahre ausdehnen.

Das heißt mit Beginn des Kitajahres 2011 will die SPD auch das zweite Kitajahr beitragsfrei stellen, mit Beginn des Kitajahres 2013 soll dann der Besuch der Kita für alle Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt täglich fünf Stunden kostenfrei sein.

Die Zeit davor, also die Betreuung in Krippen wollen wir in dieses Programm nicht einbeziehen.

Sollen Kinder gesund aufwachsen, benötigen sie natürlich gesunde nährstoffreiche Verpflegung, also etwas anderes als Fast Food. Wenn Kinder ausreichend erforderliche Nährstoffe ausgewogen zu sich nehmen, ist auch das Gehirn aufnahmefähig und kann bessere Lernerfolge erzielen. Auch derartiges können Kinder in der Kita erlernen. Diskussionen über übergewichtige Kinder hatten wir bereits in der Vergangenheit.

Durch die beitragsfreie Kita erhalten die Kommunen eine sehr weitgehende Entlastung, weil sie dann nichts mehr in die Sozialstaffeln zuschießen müssen.

Die Haushaltsmittel können und müssen für den Gesamtbereich der Kindertagesstätten erhalten bleiben.

Wenn es dem Land gelingt, einen solchen Kraftakt zu unternehmen, setzen wir voraus, dass die Gemeinden diese Einsparungen nicht in den allgemeinen Haushalt einfließen lassen, sondern dazu nutzen, den Kindern eine kostenfreies Mittagessen anzubieten oder dass wenigstens die Kinder alle zu einem günstigen Betrag mittags zusammen essen können.

Die Aktivitäten der Jugendministerin „Kein Kind ohne Mahlzeit“ sind hier beispielhaft zu benennen.

Die Wohlfahrtsverbände beteiligen sich in dem sie die Anträge aus den Kitas an die Stiftung weiterleiten. Das Projekt soll Spender, Kommunen, Privatleute anregen, sich zu beteiligen, um Kindern, die aus Kostengründen nicht am Mittagessen teilnehmen können, durch einen Zuschuss und einem eigenen kleinen Beitrag ein Mittagessen erhalten.

Diese Aktivitäten müssen unterstützt und ausgeweitet werden, damit die Kinder gesund und fit aufwachsen können. Sie sind schließlich unsere nächste Generation...

Während der Übergangszeit bis zur vollen Beitragsfreiheit der Kinderbetreuung brauchen wir einheitliche Sozialstaffeln in Schleswig-Holstein. Zwar gibt es Sozialstaffeln in den Kreisen, die jedoch alle unterschiedlich und nicht immer wirklich günstig sind. Es wäre gut, wenn das Fachministerium Gespräche mit dem Ziel landesweiter einheitlicher Sozialstaffeln mit den Kommunen initiieren und moderieren würde.

Wir wissen, dass dies keine Kleinigkeit ist. Wir gehen davon aus, dass für jedes Kind ein Monatsbetrag von 150 Euro, also 1800 Euro pro Jahr anfallen wird.

Wenn wir ab August 2009 für das letzte Kitajahr keine Beiträge erheben, würde das Land eine Belastung für das restliche Jahr 2009 von über 19 Mio. Euro zu tragen haben, wenn wir unterstellen, dass alle Kinder von diesem Angebot Gebrauch machen.

Im Jahr 2010 würden zusätzliche 44 Mio. Euro benötigt werden.

Wenn zum 1. August 2011 auch das zweite beitragsfreie Jahr hinzukäme, wären zusätzlich 61 Mio.

Euro erforderlich, im Jahr 2012 zusätzliche 84 Mio. Euro. Wenn 2013 alle Kitajahre beitragsfrei sind, entsteht ein zusätzlicher Bedarf von etwa 100 Mio. Euro.

Die Summe würde sich real senken, weil ohne Kindergartenpflicht auch nicht alle Kinder in eine Kindertageseinrichtung gehen werden.

Wir haben zur Zeit bei den fünfjährigen Kindern eine Versorgungsquote von 95 %, bei den vierjährigen Kindern sind es nur 88 % und bei den dreijährigen Kindern nur etwa 66 %.

Dennoch ist dieser Betrag natürlich gewaltig.

Zwei Finanzierungswege sind aus unserer Sicht völlig ausgeschlossen:

Es kann keine ernsthafte Perspektive sein, von der Bildungsministerin zu erwarten, eine Gegenfinanzierung innerhalb des Einzelplanes 07 zu finden, der für das laufende Jahr 1,24 Mrd. Euro umfasst.

Jeder von uns weiß, dass der Einzelplan 07 durch die Planstellen für die Lehrerinnen und Lehrer weitestgehend festgelegt ist. Und es wäre ein Schildbürgerstreich, wollten wir das Bildungsangebot für Vorschulkinder verbessern und gleichzeitig das für die Schülerinnen und Schüler durch Abstriche bei der Unterrichtsversorgung verschlechtern.

Wir werden uns auch nicht darauf einlassen, die wenigen nicht durch den Personalhaushalt gebundenen Mittel, die etwa zur Sprachförderung eingesetzt sind, für die Kinderbetreuung zu opfern.

Es ist aus unserer Sicht unerlässlich, für diesen Zweck frisches Geld in die Hand zu nehmen. Und natürlich habe ich Verständnis dafür, wenn hier im Hinblick auf den Länderfinanzausgleich auf die Haushaltslage verwiesen wird. Dazu sage ich: Kindertageseinrichtungen sind heute eben nicht mehr die Kür der Länder, sie sind die Pflicht der Länder, deren wichtigste Aufgabe die Bildung ist. Ich verweise auf die großen Anstrengungen, die das von unserem Parteivorsitzenden Kurt Beck regierte Rheinland-Pfalz unternommen hat, sowohl bei dem kostenlosen Kita-Besuch als auch beim Ausbau der Ganztagsangebote. Und es kann ja niemand behaupten, dass Rheinland-Pfalz zu den besonders reichen Bundesländern gehört.

Wir sprechen uns daher dafür aus, bei der Vorbereitung des nächsten Doppelhaushaltes nach Finanzierungswegen zu suchen. Das bedeutet auch neue Prioritätensetzung und Verzicht auf bisher liebgewordene Schwerpunkte.

Ich glaube, wir liegen gut im Zeitplan, wenn wir die Landesregierung ersuchen, uns noch vor der Sommerpause einen Bericht über ihre Haltung und die Möglichkeit zur Umsetzung zum kostenfreien Kita-Besuch vorzulegen.

Die anderen Anträge werden wir in die Ausschüsse überweisen.

Keine Kommentare

[Stormarner Kulturforum](#) - veröffentlicht am 23.04.2008, 12:46 Uhr - 2363 Clicks - Nr. 425

Foto-Wettbewerb des Bad Oldesloer Kulturforums startet am 28. April 2008

Ab 28. April sind alle Oldesloer Bürgerinnen und Bürger, der Fotoclub Bad Oldesloe, die VHS Fotokurse sowie Schülerinnen und Schüler der Foto-AGs aller Oldesloer Schulen aufgerufen, mit der Kamera durch die Kreisstadt zu ziehen um "Mein schönstes Bild von Bad Oldesloe" zu fotografieren

Bis spätestens 17. Mai sollte der Wettbewerbsbeitrag (mit Angabe des Namens des Fotografen,

Anschrift und das Alter) als 20x30er Fotoabzug in den drei Oldesloer Fotofachgeschäften Jessen, Ketelhohn sowie dem Fotogeschäft an der Hude abgegeben werden.

Dabei ist entscheidend, dass das Foto im Gebiet der Kreisstadt aufgenommen wurde - auch Bilder älteren Datums können eingereicht werden.

Eine Jury (bestehend aus den Inhabern der drei Geschäfte, Frau Schwitzke vom Fotoclub Bad Oldesloe, Oldesloes Kulturreferentin Frau Dr. Zander, Stormarns Kreiskulturreferent Dr. Spallek sowie Christian P. Schlichte vom Kulturforum) wird zehn PreisträgerInnen ermitteln, die erneut attraktive Preise gewinnen können - gesponsort wurden:

- * 1 Digitalkamera im Wert von € 100,- / 1 Portraitserie im Wert von € 100,- / 1 Portraitserie im Wert von € 80,- (Foto Ketelhohn)
- * 3x "Fotografieren wie ein Profi" in einem modernen Fotostudio mit Studioblitzanlage und digitaler Spiegelreflexkamera à 2 Stunden (Foto-Schnell-Service)
- * 3 Rundflüge über unserer schönen Kreisstadt (Foto Jessen)
- * 1 Buchgutschein der Buchhandlung Willfang

Im Anschluss an den Wettbewerb werden alle Arbeiten in einer Ausstellung im Stadthaus gezeigt. Diese wird durch Bürgermeister Tassilo von Bary Anfang Juni eröffnet werden. Zusätzlich ist angedacht, die Bilder kopiergeschützt im Internet auf <http://www.ipernity.com/home/Bad-Oldesloer-Kulturforum/> zu präsentieren (wenn Teilnehmer dies wünschen)

Das Kulturforum sowie die beteiligten Sponsoren und Jurymitglieder freuen sich auf viele interessante und schöne Bilder von Bad Oldesloe. Der Wettbewerb soll über alle Parteigrenzen hinweg die Kultur in unserer Kreisstadt fördern und beleben.

© Bad Oldesloer Kulturforum der Sozialdemokratie, SPD Bad Oldesloe

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 23.04.2008, 12:59 Uhr - 7870 Clicks - Nr. 426

Mißbrauch der Leiharbeit beenden!

Die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse hat sich bundesweit in den vergangenen vier Jahren mehr als verdoppelt. Bei zwei Veranstaltungen in Wees und Flensburg mit der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles war Leiharbeit ein wichtiges Thema. Auch die Landesgruppe Schleswig-Holstein in der SPD-Bundestagsfraktion hat gemeinsam mit der IG Metall Küste ein Positionspapier erarbeitet, welches ich hier vorstellen möchte.



Gab es 2003 rund 330.000 Leiharbeiter, so waren es 2006 rund 630.000 (2,4 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten). Nach Schätzungen der Leiharbeitsbranche ist die Zahl bis August 2007 sogar noch einmal auf rund 770.000 gewachsen (2,8 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten).

Die Inhalte folgender Forderungen haben wir auch auf dem Betriebsräte-Frühstück mit Andrea Nahles im Technologiezentrum Flensburg diskutiert. Weitere Themen waren Bildung und Ausbildung für Jugendliche, die Rentenpolitik, die Beendigung der Ausnutzung von Praktikantinnen und Praktikanten, europäische Aspekte von Arbeitsmarkt und sozialer Sicherung und weitere Themen, die sehr engagiert und sachkundig diskutiert wurden. Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern und besonders Andrea Nahles für ihre klaren und sachkundigen Ausführungen einen herzlichen Dank!

Leiharbeit gestalten - Missbrauch zurückdrängen!

Gemeinsames Positionspapier der IG Metall Küste und der Landesgruppe Schleswig-Holstein in der SPD-Bundestagsfraktion zur Entwicklung der Leiharbeitsbranche

In Schleswig-Holstein ist die Zahl von 2003 bis 2006 von 22.000 auf 34.000 Menschen angewachsen. Das ist ein Anstieg um mehr als 50 Prozent! Nach Angaben des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nimmt die Leiharbeit vor allem in den Betrieben stark zu, in denen sie vorher schon intensiv genutzt wurde. Leiharbeit ist besonders im verarbeitenden Gewerbe und hier vor allem in der Metallindustrie verbreitet.

Durch die rot-grünen Reformen der Leiharbeitsbranche wurden endlich Regeln in der Branche geschaffen. Das hat in der Folge auch zum starken Abbau der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren beigetragen. Es sind jedoch nicht alle Probleme gelöst worden. Im Gegenteil: Es besteht nach wie vor politischer Handlungsbedarf!

Zu den Problemen der Leiharbeitsbranche

1. Ein zentrales Ziel der Flexibilisierung der Leiharbeit war die Schaffung von Brücken in eine Festanstellung. Dieser "Klebeffekt", also der Anteil der Leiharbeiter, die in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis übernommen werden, ist mit ca. 13 Prozent allerdings gering geblieben.
2. Trotz des Trends zur Verdrängung (siehe Punkt 3), ist die durchschnittliche Verweildauer eines Leiharbeiters in einem Betrieb relativ kurz: Die meisten Zeitarbeiter verbleiben nur weniger als drei Monate im Betrieb. Damit ist Leiharbeit weitgehend als Beschäftigungsbrücke gescheitert.
3. Mit der Liberalisierung der Leiharbeit unter rot-grün war eine grundsätzliche Gleichstellung der Leiharbeiter mit den Festangestellten in den Betrieben beabsichtigt. Das neu geregelte Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz (AÜG) von 2003 sieht formal den Gleichbehandlungsgrundsatz der Leiharbeiter und der Stammbeschaft bei vergleichbarer Tätigkeit vor. Es wurde jedoch damals auch festgelegt, dass durch eine Tarifvereinbarung von dem Prinzip der Gleichbehandlung abgewichen werden darf. Diese Ausnahmeregelung wurde rigoros genutzt, um Lohndumping durchzusetzen: Der so genannte Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften schlossen sehr frühzeitig mit einem der drei größten Zeitarbeitgeberverbände einen Tarifvertrag auf niedrigem Niveau ab und setzte damit den DGB unter Druck. Die Tarifgemeinschaft des DGB schloss daraufhin mit den zwei verbliebenen

Arbeitgeberverbänden Tarifverträge, die auf einem höheren Niveau lagen. Im Mai 2006 hat die Tarifgemeinschaft des DGB mit dem Bundesverband Zeitarbeit (BZA) und der Interessengemeinschaft Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) einen Mindestlohntarifvertrag abgeschlossen. Dieser sieht einen Mindestlohn von 6,36 Euro in Ost- und 7,31 Euro in Westdeutschland sowie Mindestregelungen zu Urlaubsanspruch und Urlaubsgeld für Leiharbeiter vor. Zur Sicherung eines ausreichenden Einkommens für die Leiharbeitnehmer reicht dieser Tarifvertrag nicht aus.

4. Es gibt derzeit noch keine umfassenden empirischen Untersuchungen über das Ausmaß der Verdrängung von ständigen Arbeitsverhältnissen durch die Zeitarbeit. Dennoch zeigen zum Beispiel Erhebungen aus der Metall- und Elektroindustrie, dass zunehmend reguläre Arbeitsplätze durch Leiharbeitnehmer ersetzt werden. In der Automobilindustrie setzen nach einer repräsentativen Umfrage unter 1.650 Betrieben mit insgesamt 766.000 Beschäftigten 86 Prozent aller Unternehmen Leiharbeitnehmer ein. Der Anteil der Leiharbeitnehmer an den Beschäftigten beträgt bei Hilfskräften 17 Prozent und bei Facharbeitern 7 Prozent. Ein Drittel der Unternehmen beschäftigt in der Produktion permanent Leiharbeitnehmer. In der Elektroindustrie nehmen Unternehmen wie z.B. Siemens lediglich in Ausnahmefällen Neueinstellungen für Kernfunktionen vor und decken ihren Personalbedarf ansonsten nur noch mit Leiharbeitnehmern ab. Der Anteil der Leiharbeitnehmer kann dadurch höher als der Anteil der Kernbelegschaft sein. Im Dienstleistungsbereich gibt es insbesondere Beispiele aus dem Verlagswesen (Zeitungsredaktionen). Unternehmen gründen eigene Leiharbeitsgesellschaften aus, verlagern Beschäftigte in diese Tochterunternehmen und verleihen diese dann wieder an ihre ursprünglichen Arbeitgeber zurück. Insgesamt stellen wir fest: Zunehmend gehen Unternehmen dazu über, Stammebelegschaften durch Leiharbeitnehmer zu ersetzen. Dies führt zu gespaltenen Belegschaften. Die Beispiele aus der Metall- und Elektroindustrie sowie dem Verlagswesen, aber auch im Bereich der Krankenhäuser, zeigen, dass Betriebe Leiharbeit verstärkt für die Implementierung einer zweiten Tarifstruktur nutzen. Leiharbeit dient immer häufiger nicht mehr nur als Instrument zur Abdeckung kurzfristiger Auftragsspitzen oder als Einstieg in reguläre Beschäftigung. Stattdessen wird Leiharbeit zu Tariffucht und Lohndumping genutzt. Diese Entwicklung führt zu erheblichem Druck auf das Tarifgefüge der Stammebelegschaften. Der Gleichbehandlungsgrundsatz des AÜG existiert durch die Lohndumping-Konkurrenz des CGB nur noch auf dem Papier.

Zu den Forderungen gegen Missbrauch in der Zeitarbeit

Leiharbeit ist ein sinnvolles Instrument, wenn sie dazu dient, kurzfristige Auftragsspitzen in den Unternehmen zu bewältigen.

Sie kann auch ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument sein, um insbesondere Langzeitarbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir wollen Leiharbeit daher nicht abschaffen. Wir müssen jedoch dort einschreiten, wo Leiharbeit missbräuchlich genutzt wird.

Leiharbeit muss auf die oben beschriebenen Kernfunktionen begrenzt werden. Deshalb fordern wir:

* Mindestlohn einführen:

Die Leiharbeitsbranche braucht einen Mindestlohn.

Dazu muss die Branche in den Geltungsbereich des Arbeitnehmer- Entsendegesetzes aufgenommen werden. Ziel ist die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des existierenden Mindestlohn-Tarifvertrages, der zwischen den Tarifvertragsparteien abgeschlossen wurde.

* Eine Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetz:

o Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit

Nach einer von den Tarifpartnern festzulegenden angemessenen Einarbeitungszeit (im Rahmen eines gesetzlich festgelegten Zeitkorridors von maximal sechs Monaten) muss für Leiharbeitnehmer die gleiche Bezahlung ("Equal Pay") und die gleichen Arbeitsbedingungen wie für Stammarbeitskräfte gelten. Der verschlechternde Tarifvorbehalt muss aufgelöst werden.

o Verleihzeit begrenzen

Die maximale Verleihzeit an einen Betrieb muss wieder begrenzt werden.

o Höchstquote für Leiharbeiter

Es müssen per Gesetz eine allgemeine Höchstquote für Leiharbeiter in einer Belegschaft festgelegt und Einsatzzwecke vereinbart werden, die dann durch Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung noch weiter eingegrenzt werden können.

o Anstellung nicht nur für die Verleihdauer:

Das so genannte "Synchronisationsverbot" muss wieder in das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz aufgenommen werden. Es muss verhindert werden, dass ein Leiharbeitsunternehmen seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur für die Dauer eines bestimmten Entleiheinsatzes beschäftigt.

* Eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes:

o Betriebsräte stärken

Wir wollen, dass Leiharbeit auch eine Brücke in ein reguläres Arbeitsverhältnis ist. Unser Ziel ist es, dass die Beschäftigten in den Betrieben zum Stammpersonal des Unternehmens zählen und es keine Ausgrenzungen gibt. Dem Betriebsrat des entleihenden Betriebes muss deshalb ein Zustimmungsverweigerungsrecht nach § 99 Abs. 2 BetrVG eingeräumt werden, wenn statt Leiharbeit ein befristetes oder unbefristetes Arbeitsverhältnis im Betrieb möglich wäre. Außerdem müssen Leiharbeitnehmer bei der Ermittlung der Arbeitnehmerzahl für die arbeitsrechtlichen Schwellenwerte mitgezählt werden.

* Weiterbildung:

Für die Arbeitnehmerschaft in Leiharbeitsunternehmen muss sichergestellt werden, dass es ausreichend und qualitativ gute Weiterbildungsangebote und -möglichkeiten gibt. Weder die Leiharbeitsbetriebe, die in der Regel keine langfristige Personalentwicklung betreiben, noch die beauftragenden Unternehmen, die Leiharbeitnehmer beschäftigen möchten, um so genannte Nebenkosten von Arbeit zu minimieren, haben ein besonderes Interesse an der Qualifizierung und Weiterbildung der Leiharbeitsbeschäftigten. Deshalb fordern wir einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung und Weiterbildung für die Beschäftigten in der Leiharbeitsbranche sowie die Sicherstellung der Finanzierung für die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen der Leiharbeitnehmer.

Keine Kommentare

Hans Peter Robin neuer Vorsitzender der SPD-Senioren im Kreis RD-ECK

Die Kreiswahlkonferenz der SPD–Senioren AG 60 plus hat auf der Kreiswahlkonferenz in Rendsburg einen neuen Vorstand gewählt. Einstimmig wurde der Rendsburger Hans Peter Robin zum neuen Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft auf Kreisebene gewählt.

Zu seiner Seite stehen die 8 Beisitzer/Beisitzerinnen Heinz Danker; Harald Harder, Werner Uhrhammer, Hans–Peter Bornholdt, Uwe Krohze, Joachim Duysen, Ursula Voß und Gertrud Ehrenreich, zugleich Landesvorsitzende der AG 60 plus. Robin hat sich zum Ziel gesetzt, das Netzwerk der SPD–Senioren im Kreis auszubauen.



Zu Beginn der Veranstaltung überbrachte Andreas Breitner die Grüße des SPD–Landesverbandes und forderte die Senioren zum Einmischen auf und bat um Unterstützung im Kommunalwahlkampf. „Der Ausverkauf der kommunalen Einrichtungen muss ein Ende haben“, war sich Breitner mit den SPD-Senioren einig.

Der Landratskandidat der SPD, Dr. Frank Martens, erläuterte den Konferenzteilnehmern seine Vorstellungen über einen familien- und kindergerechten Kreis Rendsburg–Eckernförde. „Die Heimaufsicht sei ihm dabei ein besonderes Anliegen“, so Martens. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Hans Peter Robin rief die Senioren auf, für Dr. Frank Martens bis zum Wahltag zu werben, damit der Kreis Rendsburg–Eckernförde einen Landrat erhält, der kommunalpolitische Erfahrung und wirtschaftliche Kompetenz zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in das Amt einbringen kann.

Keine Kommentare

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 24.04.2008, 12:27 Uhr - 4816 Clicks - Nr. 428

Deutsch-dänisches Rahmenabkommen

Deutsch-dänisches Rahmenabkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich

Die bestehende Kooperation mit Dänemark im Gesundheitsbereich ist kontinuierlich gewachsen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark hat sich über Jahre weiterentwickelt und war auch den Landesregierungen der letzten Jahre immer ein zentrales Anliegen.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die sogenannte Patientenbrücke nach Norwegen. In fünf schleswig-holsteinischen Krankenhäusern wurden über 1200 norwegische Patienten über mehrere Jahre mit unterschiedlichen Krankheitsbildern stationär behandelt.

Diese Zusammenarbeit wurde sowohl von den norwegischen als auch von den schleswig-holsteinischen Behörden als erfolgreich bewertet.

Die engagierte Arbeit der Beteiligten im Land hat Voraussetzungen getroffen, die für weiterführende Kooperationen im Gesundheitsbereich im Ostseeraum genutzt werden können. Die Erfahrungen können zum Teil auch auf andere Kooperationen im grenzüberschreitenden Bereich übertragen werden.

Insgesamt hat sich der Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein erfolgreich als wichtiger Standort für grenzüberschreitende Gesundheitsleistungen für den skandinavischen Raum etabliert.

Die Kooperation mit Süddänemark betrifft verschiedene Fachgebiete und hat sich auch auf verschiedene Bereiche des Gesundheitswesens ausgedehnt.

Als Schwerpunkte dieser Zusammenarbeit sind zum Beispiel die Krankenhausversorgung, der Rettungsdienst – hier insbesondere die Luftrettung zu nennen, die strahlentherapeutische Versorgung und auch mit den Projekten der Telemedizin konnten in der Region Flensburg – Süddänemark gute Erfahrungen gemacht werden.

Mit dem neu entstehenden Partikeltherapiezentrum in Kiel – eine der modernsten Krebstherapieeinrichtung der Welt findet nicht nur die schleswig-holsteinische Gesundheitsversorgung sondern auch die dänische Gesundheitsversorgung eine hervorragende Ergänzung.

Der Kooperationsvertrag mit dem Universitätsklinikum Odense mit dem Schwerpunkt Onkologie besteht seit 2006.

Zusammenarbeit besteht auch in den Bereichen Stammzellenforschung, Osteoporose, Schilddrüsenerkrankungen, Diabetes, Pädiatrie, operative Gynäkologie, klinische Psychologie. Dazu gehören wissenschaftliche Projekte ebenso wie Ausbildung und Krankenversorgung.

Fast 10 Jahre versorgt die grenzenlose Klinik, das Flensburger St. Franziskus Hospital Tumorpatienten aus dem Nachbarland.

Bemerkenswert ist auch, dass nicht die Politik oder Krankenhausträger diese Zusammenarbeit angeregt haben, sondern die Patienten selbst haben diese Idee angeschoben, eine wohnortnahe Strahlentherapie zu ermöglichen. Vorher mussten die dänischen Patienten nicht nur lange Wege sondern auch sehr lange Wartezeiten in Kauf nehmen.

Die große Resonanz und positiven Ergebnisse halten bis heute an. Die grenzüberschreitende Behandlung hat sich so gut bewährt, dass der anfangs begrenzte Rahmen sichtbar zu einem in Europa außergewöhnlichen Projekt ausgebaut wurde.

Die Kooperation wird Jahr für Jahr erweitert und inzwischen auf die gesamte Region ausgedehnt. Dieses Projekt ist ein Gewinn für beide Seiten: Schleswig-Holstein und Dänemark.

Inzwischen besteht kein Zweifel, dass die Kooperation äußerst positiv ist, die grenzüberschreitende Strahlentherapie eins der erfolgreichsten Projekte in der Region ist.

Selbstverständlich ist die Zweisprachigkeit in der Klinik und der regelmäßige Austausch der Experten über onkologische Behandlungsverfahren. Sicher haben diese Faktoren zum Gelingen des Projektes beigetragen.

Und in der Region helfen rund um die Uhr Ärzte, Sanitäter und Rettungsassistenten grenzüberschreitend Verunglückten, kranken Menschen.

Das deutsch-dänische Rettungswesen funktioniert reibungslos.

Bis zu 600 mal rücken jährlich nordfriesische und Flensburger Rettungswagen nach Dänemark aus.

Umgekehrt erledigen dänische Notfahrzeuge vor allem Krankentransporte.

Der Hubschrauber „Christoph Europa 5“ und die Teams des Luftrettungszentrums in Niebüll meistern monatlich etwa 80 Grenzregions-Einsätze.

Der Arbeitskreis Europa der SPD-Landtagsfraktion hat sich in den vergangenen Wochen wiederholt mit den dänischen Sozialdemokraten in der Grenzregion getroffen und zu unterschiedlichen Fachgebieten beraten.

Dabei sind wir überein gekommen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Gesundheitspolitik zu vertiefen.

Das neue von der EU vorgelegte Weißbuch der grenzüberschreitenden Gesundheitspolitik stellt finanzielle Mittel in Aussicht. Diese Chancen sollten dann auch genutzt werden. Mit diesen Dokumenten der EU werden Weichenstellungen für die kommenden Jahre eingeleitet. Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Strategie greift Fragen wie grenzüberschreitende Gesundheitsprobleme, Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Gesundheitssysteme oder die Freizügigkeit von Patienten und medizinischem Personal auf. Und an dieser Stelle wird aber auch ein Widerspruch deutlich. Die Nationalstaaten bestehen einerseits darauf, dass die Gesundheitspolitik auf nationalstaatlicher Ebene entschieden und betrieben wird.

Andererseits werden in den letzten Jahren von vielen Patienten immer mehr Gesundheitsleistungen im Ausland in Anspruch genommen.

Im Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz der deutschen Länder im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft heißt es unter anderem:

„Man sähe auf europäischer in Bezug auf Gesundheitsdienstleistungen einen Bedarf für die Schaffung von Rechtssicherheiten und deren Kostenerstattung. Für eine generelle, gemeinschaftliche Regelung zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung bestehe nach Ansicht der Gesundheitsminister der Länder aber kein aktueller Bedarf.“

Die Gesundheitspolitik wird sich trotzdem dynamisieren, denke ich.

Und so sehe ich in erster Linie, dass die Europäische Kommission Rechtssicherheit durch den in Aussicht gestellten Gemeinschaftsrahmen schaffen muss.

Die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn sollten wir allerdings in jedem Falle vertiefen, denn die Ergebnisse sind für beide Seiten der Grenzregion erfolgreich.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 24.04.2008, 16:40 Uhr - 11228 Clicks - Nr. 429

WERTE WÄHLEN - eine besondere Kunstauktion mit Werten aus über 100 Jahren

Am Freitag, 25. April, gibt es in Norderstedt ein Highlight für Kunstliebhaber. In der Galerie Menssen, Ulzburger Straße 308, startet um 19.30 Uhr eine Kunstauktion der besonderen Art. Werke von namhaften Künstlern aus über 100 Jahren wurden von Jan D. Menssen ausgewählt, um an diesem Tag neue Besitzer zu finden. Kunstkenner aus Hamburg und Schleswig-Holstein, darunter auch Prominente aus Politik und Wirtschaft, haben sich angekündigt. Denn hervorragende Kunstwerke, etwa von Friedrich Kallmorgen oder Carl-Heinz Lieck, werden nicht alle Tage zu „reizvollen Limitpreisen ausgerufen“, wie es bei den Veranstaltern heißt. Das Auktionsangebot reicht von handwerklich guten – und zugleich erschwinglichen – Arbeiten aus dem Nachlass einer gut sortierten Kunsthandlung, bis hin zu anspruchsvolleren, hochpreisigen Werken. Für jeden Geldbeutel ist also etwas dabei.

Diese Auktion hat auch noch einen weiteren guten Zweck: Die Wahlkampfkasse von Jutta Hartwig soll wieder gefüllt werden, damit wir weiterhin in den Wahlkampf investieren können und Jutta Hartwig dadurch unsere neue Landrätin wird.

Ein Auszug aus dem Auktionskatalog kann unter <http://www.landraetin-hartwig.de/termine/> eingesehen werden. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, weshalb eine Anmeldung über die Email-Adresse 25.mai@landraetin-hartwig.de oder per Telefon im Wahlbüro Jutta Hartwigs unter 04551-9080993 erbeten wird.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 24.04.2008, 19:46 Uhr - 2809 Clicks - Nr. 430

Schnelle Aufklärung ist notwendig!

Zur aktuellen Entwicklung am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H) erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

„Wir nehmen die aktuelle Entwicklung am UK S-H mit Beunruhigung zur Kenntnis. Nach dem Abschluss des Tarifvertrags muss der Sanierungskurs jetzt zügig fortgesetzt werden, wobei die Sanierung nicht einseitig auf dem Rücken der Beschäftigten des UK S-H vollzogen werden darf. In dieser Situation ist es hochproblematisch, dass die Vorstandsposition des Pflegedirektors nicht besetzt ist, die kaufmännische Direktorin erst seit wenigen Tagen im Amt ist und der Medizinische Direktor und Vorstandsvorsitzende von der Ausübung seiner Amtsgeschäfte suspendiert wurde.

Aus dieser schwerwiegenden Maßnahme des Wissenschaftsministers aufgrund der laufenden staatsanwaltlichen Ermittlungen ergeben sich natürlich Fragen, ob und inwieweit sie tatsächlich geboten und gerechtfertigt war.

Ich habe deshalb eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet und mich nach den zeitlichen Abläufen zwischen dem Bericht des Landesrechnungshofes und den Maßnahmen der Staatsanwaltschaft sowie der Suspendierung des Vorstandsvorsitzenden erkundigt. Ich habe die Landesregierung auch um Auskunft darüber gebeten, inwieweit sie unabhängig von den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft eigene Ermittlungen durchgeführt hat.

Ich gehe davon aus, dass diese Fragen ohne eine Behinderung der laufenden Ermittlungen seitens der Staatsanwaltschaft durch die Landesregierung beantwortet werden können.“

Der Text der Kleinen Anfrage:

Schleswig-Holsteinischer Landtag Drucksache 16/

16. Wahlperiode 22.04.2008

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Jürgen Weber (SPD)

Suspendierung des Vorstandsvorsitzenden des UK S-H

Vorbemerkung des Fragestellers:

Im Zusammenhang mit der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen den Vorstandsvorsitzenden des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UK S-H) berichtet die Presse über die Weiterleitung eines Prüfberichtes des Landesrechnungshofes zum UK S-H für das Jahr 2007 zum 13. Februar an die Staatsanwaltschaft Kiel durch den Wirtschaftsminister. Des Weiteren

sollen „interne Ermittler“ des UK S-H parallel zur Prüfung des Landesrechnungshofes belastendes Material gefunden haben. (Lübecker Nachrichten v. 18. u. 19.04.2008) .

Aufgrund der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wurde der Vorstandsvorsitzende des UK S-H am 17.04.2008 durch den Wissenschaftsminister vom Dienst suspendiert.

Ich frage die Landesregierung:

Seit wann liegt der Bericht des Landesrechnungshofes über die Prüfung des Beschaffungswesens des UK S-H dem Wissenschaftsminister vor?

Trifft es zu, dass der Wissenschaftsminister den Bericht des Landesrechnungshofes der Staatsanwaltschaft Kiel zum 13.02.2008 zugeleitet hat? Wenn ja, trifft es weiter zu, dass die Staatsanwaltschaft durch den Wissenschaftsminister vor dem Vorstand des UK S-H über die Vorwürfe informiert wurde?

Sind der Landesregierung Gründe dafür bekannt, warum die Staatsanwaltschaft erst am 17. April 2008 Durchsuchungen in Kiel und anderen Städten durchgeführt hat?

Wenn die Landesregierung aus dem Prüfbericht des Landesrechnungshofes einen Anfangsverdacht für rechtswidriges Verhalten des Vorstandes bzw. des Vorstandsvorsitzenden des UK S-H entnommen hat, warum wurde der Vorstandsvorsitzende dann erst am 17. April 2008 vom Dienst suspendiert?

Wurde dem Vorstandsvorsitzenden des UK S-H vor seiner Suspendierung rechtliches Gehör gewährt?

Trifft die Darstellung im Bericht der „Lübecker Nachrichten“ vom 19.04.2008 zu, dass interne Ermittlungen parallel zur Untersuchung des Landesrechnungshofes geführt wurden?

Wenn dies so war, wer hat sie veranlasst, und durch wen wurden sie durchgeführt?
Zu welchen Ergebnissen haben sie geführt?

Wurde die Landesregierung über die Ergebnisse der internen Ermittlungen informiert? Wenn ja, wer wurde wann und durch wen informiert?

Wurden die Ergebnisse der internen Ermittlungen durch die Landesregierung an die Staatsanwaltschaft weitergegeben? Wenn ja, wurde vorab eine Stellungnahme der Betroffenen eingeholt?

Hat der Wissenschaftsminister das Kabinett vor der Suspendierung des Vorstandsvorsitzenden des UK S-H über diese Maßnahme informiert?

Hat die Landesregierung den Aufsichtsrat des UK S-H vor der Durchführung dieser Maßnahme unterrichtet? Wenn ja, wann erfolgte dies?

Jürgen Weber

Keine Kommentare

SPD-Auftakt für die heiße Wahlkampfphase - Ralf Stegner: „Wir sind das Original

Für die Flensburger SPD hat jetzt die heiße Wahlkampfphase begonnen. Den Startschuss dazu gab ihr Landesvorsitzender Ralf Stegner. Nach einer Wahlkreisbereisung, zu der ihn die Landtagsvizepräsidentin Ingrid Franzen eingeladen hatte, traf er sich mit den Kandidatinnen und Kandidaten der SPD, den Ortsvereinsvorsitzenden, den Ratsmitgliedern und dem SPD-Kreisvorstand.



Stegner sorgte für einen Motivationsschub bei seinen politischen Freunden und setzte inhaltliche Akzente:

„Bei uns in Schleswig-Holstein setzen wir auf die richtigen Themen: Aufschwung für alle und ein fairer Mindestlohn, Gemeinschaftsschulen und Aufstieg durch Bildung, soziale Politik für Kinder, Jugendliche und Familien. Und wir stehen für eine moderne, nachhaltige Umwelt-, Energie- und Klimapolitik.“ Ralf Stegner war zuversichtlich, dass es der SPD mit ihrem klaren politischen Profil gelingen werde, die Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen: „Wir Sozialdemokraten sind das Original für soziale Gerechtigkeit.“ Er zeigte sich beeindruckt von der Zuversicht und dem Engagement der Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer an der Flensburger Basis.

In den Diskussionen spielte vor allem die Bildungspolitik eine zentrale Rolle. Die SPD kämpfe für bessere Bildungschancen und sei klar gegen Studiengebühren, so Ingrid Franzen. Begrüßt wurde die landespolitische Initiative für eine mittelfristig beitragsfreie Kinderbetreuung in Schleswig-Holstein. Das sei der notwendige Schritt, um echte Wahlfreiheit bei Erziehung und Betreuung herbeizuführen, erläuterte der Kreisvorsitzende Helmut Trost. Solange dies nicht gegeben sei, würden gerade Kinder aus bildungsfernen Schichten – die von einer außerhäuslichen Betreuung am meisten profitieren könnten – schon aus Kostengründen von diesen Angeboten ferngehalten. Der Vorsitzende der Landes-SPD will den Kommunalwahlkampf mit voller Kraft und vor allem themenbezogen führen. Ralf Stegner: „Unser Wahlziel ist es, in Schleswig-Holstein, wo immer möglich, wieder stärkste kommunalpolitische Kraft zu werden.“ Dies gilt auch für Flensburg, wie Helmut Trost und der Spitzenkandidat Rolf Helgert unterstrichen. „Sozial. Gerecht. Für Flensburg.“ – unter diesem Motto wollen die Flensburger Sozialdemokraten deshalb in die heiße Phase des Wahlkampfs gehen.

Keine Kommentare

Girls-Day: 4 Mädchen aus Kiel in der SPD-Ratsfraktion

Über das Internet haben sich die vier Mädchen: Michelle Riedel, Britta Petersen, Sabrina Carlsen und Julia Deppe aus der 8. Klasse der Integrierten Gesamtschule Friedrichsort und der Goethe Realschule bei der SPD-Ratsfraktion angemeldet, um beim diesjährigen Girls-Day am 24.04. teilzunehmen.

Alle wollten mehr über die Politik erfahren, wie z. B. "Was tut die Ratsversammlung?" oder "Wie funktioniert überhaupt Politik?".

Die Mädchen haben sich die verschiedenen Tagungsräume im Kieler Rathaus angesehen und die unterschiedlichen Ämter erklären lassen. Dabei konnten sie feststellen, dass die Kommunalpolitik alle Themen und Probleme behandelt, die sie und ihr Lebensumfeld unmittelbar berührt und angeht.

Als Anregung für die Ratsversammlung würden sie ein kostenloses oder zumindest vergünstigtes Busticket für alle Kieler Schülerinnen und Schüler in den Ferienzeiten vorschlagen.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 25.04.2008, 11:34 Uhr - 7646 Clicks - Nr. 433

MdB Wodarg zum Welt-Malaria-Tag: "Nicht nur reden, sondern handeln!"

"Wir dürfen nicht zusehen, wie Millionen Menschen in armen Ländern an Infektionskrankheiten wie Malaria sterben, die wir durch Forschung, Entwicklung neuer Arzneimittel, Insektenschutz und konsequente Aufklärung retten könnten," fordert der Gesundheits- und Entwicklungspolitiker Dr. Wolfgang Wodarg anlässlich des heutigen Welt-Malaria-Tages. Rechtzeitig hatte er gestern im Plenum des Bundestages den von ihm erarbeiteten Antrag zum Kampf gegen "vernachlässigte Krankheiten" vorgestellt.



In Afrika, südlich der Sahara wird ein Erwachsener pro Jahr ca. 1000 mal mit Malaria infiziert. Krank werden aber vor allem Kleinkinder und Schwangere. Mehr als 1,3 Million Menschen sterben jährlich an der Erkrankung. Auch wenn in einigen Ländern durch Moskitonetze und Innenraumspray mit Insektiziden ein leichter Rückgang der Krankheitshäufigkeit erreicht werden konnte, bleibt Malaria eine sehr gefährliche Seuche.

"Um dieses Elend in Entwicklungsländern zu mildern, müssen die Maßnahmen zur Therapie und Bekämpfung der Malaria dringend verbessert werden." **Der von Dr. Wolfgang Wodarg für die Regierungsfractionen erarbeitete Antrag "Deutschlands globale Verantwortung für die Bekämpfung vernachlässigter Krankheiten - Innovation fördern und Zugang zu Medikamenten für alle sichern" enthält folgende Kernforderungen:**

- * Niedrigere Medikamentenpreise für Entwicklungsländer.
- * Hilfe bei der Lizenzerteilung und Eigenherstellung von patentgeschützten Medikamenten.
- * Einrichtung eines internationalen Forschungsfonds für patentfreie Medikamentenforschung.
- * Förderung von PPPs und Produktentwicklungspartnerschaften (PDPs).
- * Mehr Forschungsmittel und bessere Koordinierung der Massnahmen der deutschen Akteure.
- * Schwerpunkt Präventionsforschung, Impfstoffentwicklung und Aufbau nachhaltiger

Versorgungsstrukturen.

Anlässlich der Verabschiedung seines Antrages erklärt Dr. Wolfgang Wodarg:

Geforscht wird da, wo Geld zu verdienen ist. Dieses Gesetz des Marktes macht über ein Drittel der Weltbevölkerung für den Pharmamarkt uninteressant. Die Lebenserwartung in Entwicklungsländern liegt unter anderem deshalb bis zu 30 Jahre unter der der Industrieländer, weil täglich Tausende Menschen an vermeidbaren oder behandelbaren "vernachlässigten Krankheiten" sterben. Gegen Erkrankungen wie Malaria, Tuberkulose, Schlafkrankheit, verschiedene Wurmerkrankungen oder Lepra gibt es kaum wirksame und nur stark veraltete Medikamente. Studienergebnisse zeigen, dass nur 10 Prozent der weltweiten Ausgaben für Gesundheit in die Erforschung für jene Krankheiten fließen, unter denen 90 Prozent der Menschen leiden!

Der Deutsche Bundestag hat sich dieser Problematik angenommen und auf Initiative von Dr. Wolfgang Wodarg (Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) einen Antrag auf den Weg gebracht, der die Bundesregierung auffordert, Deutschlands globale Verantwortung für die Bekämpfung vernachlässigter Krankheiten mit mehr Geld und der Förderung von Innovation und Forschung wahr zu nehmen.

Dass dieser Antrag mit seinen Forderungen den Finger in eine tiefe Wunde legt, machen die folgenden Zahlen deutlich. Deutschland gibt für die Bekämpfung von Tropenkrankheiten pro Jahr gerade mal 20,7 Mio. Euro aus und damit nicht mal 15% des Budgets, welches das britische Entwicklungshilfeministerium oder das italienische Forschungsministerium im gleichen Zeitraum zur Verfügung stellen. "Für die drittstärkste Wirtschaftskraft der Welt mit seinen großen Forschungskapazitäten wird es für Deutschland höchste Zeit seinen ethische Verpflichtung gerecht zu werden!" appelliert Wodarg.

Es gibt Anlass zur Hoffnung, dass mit diesem Antrag nun endlich ein auf breiter Basis getragenes Instrument mit Signalwirkung in Richtung Genf verabschiedet wurde. Denn dort wird die zwischenstaatliche Arbeitsgruppe der WHO zur Entwicklung einer bedarfsgerechten Forschung in der nächsten Woche die entscheidenden Weichen für den Zugang zu wirksamen und bezahlbaren Medikamenten für den Großteil der Weltbevölkerung stellen.

"Es darf nicht nur dort geforscht werden, wo mit Patenten lukrative Monopole möglich sind. Die Forschung muss in weitaus größerem Masse der echten gesundheitlichen Not der Menschen auch in armen Ländern gerecht werden," fordert der Arzt und Bundestagsabgeordnete.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 25.04.2008, 12:14 Uhr - 3356 Clicks - Nr. 434

SPD: Stadtwerke müssen vollständig im Eigentum der Stadt bleiben.

Zum Vorschlag der Flensburger FDP, knapp ein Viertel der Stadtwerke zu verkaufen, um Schulden der Stadt zu tilgen, teilt der Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, Rolf Helgert mit:

Die SPD steht eindeutig zu dem in der Ratsversammlung einstimmig beschlossenen Zukunftskonzept der Stadtwerke Flensburg. Dieses sieht einen Verkauf an private Investoren nicht vor.

Der Vorschlag der FDP ist zu Recht in der Serie „Kommunalwahl“ erschienen. Es handelt sich

nämlich um nichts anderes als Wahlkampfgetöse.

Die von der FDP veröffentlichten Zahlen des zu erwartenden Erlöses sind völlig aus der Luft gegriffen. Die zu erzielende Summe läge deutlich unter dem genannten Betrag von 100 Millionen Euro. Mit einem solchen Vorschlag spielt die FDP mit dem Feuer. Eine Schuldenreduzierung wird auf anderem Wege gelingen. Dafür darf nicht das wertvollste „Tafelsilber“ der Stadt verscherbelt werden.



Für die Flensburger SPD sind die Stadtwerke ein unantastbarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Nur wenn sie vollständig im Eigentum der Stadt bleiben, ist eine verlässliche Energieversorgung mit einer sorgfältigen Preiskalkulation, die sich an den Bedürfnissen der Kunden und nicht am Shareholder Value orientiert, gewährleistet.

Die Stadtwerke sind zudem ein großer und wichtiger Arbeitgeber, der, im Gegensatz zu anderen Unternehmen in der Stadt, in den letzten Jahren zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen hat und auch weiterhin schaffen will.

Um dieses auch in Zukunft gewährleisten zu können, bekennen wir uns auch in unserem Kommunalwahlprogramm eindeutig zu Stadtwerken im vollständigen Besitz der Stadt Flensburg. Auch ein Teilverkauf steht für uns nicht zu Debatte.

Für die Flensburger SPD gilt: Hände weg von den Stadtwerken!

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 25.04.2008, 14:31 Uhr - 9877 Clicks - Nr. 435

Elf Mädchen schauten hinter die Kulissen der Landespolitik

Es gibt immer noch weitaus mehr Männer in der Politik als Frauen. „Wir wollen, dass sich das ändert. Deshalb wollen wir verstärkt Mädchen und junge Frauen für politische Aktivitäten gewinnen“, so die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Sandra Redmann. Wünschenswert seien nicht nur mehr Politikerinnen, sondern auch mehr Mitarbeiterinnen im Politikbetrieb. Aus diesem Grund hat die SPD-Landtagsfraktion am Girls' Day wieder interessierten Mädchen angeboten, sich über die Aufgaben und Arbeitsabläufe in der Fraktion zu informieren. Elf Mädchen haben das Angebot genutzt.



„Ich wollte schon immer wissen, was Politiker machen und wie Politik richtig funktioniert“, begründet die 13jährige Julia ihre Teilnahme. „In den Medien erfährt man sehr wenig über die Arbeit der Politiker“, so die 14jährige Nora.

Die Abgeordneten Wolfgang Baasch, Birgit Herdejürgen, Sandra Redmann, Anna Schlosser-Keichel und Siegrid Tenor-Alschausky berichteten zu Beginn über ihre Arbeit und den Alltag von Landespolitikern. Anschließend lernten die Mädchen die Arbeit der wissenschaftlichen

Referentinnen und Referenten der SPD-Landtagsfraktion kennen. Sie erhielten eine Führung durch das Landtagsgebäude und im Besucherforum des Landtages Informationen durch die Landtagsverwaltung. Anschließend verfolgten sie von der Zuschauertribüne die Debatte im Plenarsaal.

Beim gemeinsamen Mittagessen im Abgeordnetenkasino des Landeshauses hatten die jungen Frauen Gelegenheit, in zwangloser Atmosphäre Politikerinnen und Politiker „auszufragen“ sowie Themen und Fragen zu erörtern.

Die Mädchen waren mit dem Tag in der Fraktion zufrieden: „Klasse fand ich, dass wir die Gelegenheit hatten, mit einigen Abgeordneten ins Gespräch zu kommen und mit ihnen über aktuelle Themen diskutieren zu können“, so die 16jährige Mirja. „Sehr spannend, hinter die Kulissen zu schauen und neues zu lernen“, sagt Ricarda (16). Die gleichaltrige Marisa staunte, „dass die Politiker alle ganz verschiedene und interessante Bereiche haben, für die sie zuständig sind“.

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 25.04.2008, 16:17 Uhr - 2324 Clicks - Nr. 436

Endlich Planungssicherheit für Mühle und Jugendzeltplatz

Nicht aussitzen, sondern sich einsetzen für die Belange der Jugend fordert der jugendpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Gerd-Rainer Busch den Hauptausschuss des Kreises auf. „Die vom Kreis übertragenen Aufgaben erfüllt der Verein für Jugend und Kulturarbeit optimal“, dieses Bekenntnis kommt den Mitgliedern der schwarzen Mehrheitsfraktion im Kreistag Segeberg ständig leicht und locker über die Lippen. Auch wenn es natürlich stimmt: Lippenbekenntnisse und verbale Lobeshymnen helfen weder dem Verein noch den Jugendlichen im Kreis, wenn man es ständig dabei belässt. An den Taten nicht an den Worten muss gemessen werden. Seit Jahren befassen sich diverse Fachleute mit Planungen zum Ausbau des Jugendzeltplatzes in Wittenborn und zur Modernisierung der „Mühle“ in Bad Segeberg.

Mittlerweile wurden alle kreiseigenen Immobilien in einen Eigenbetrieb, die „Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg“, übernommen und somit dem direkten Einfluss des Jugendhilfeausschusses und was schwerer wiegt, auch des Kreistages entzogen. Zuständig auf kommunalpolitischer Seite ist nunmehr der Hauptausschuss des Kreises als „Werkausschuss“.

Hier wird schon seit der Neuorganisation gemauert und auch die wohl vorhandenen aber gesperrten Finanzmittel blockiert. So kann der Eigenbetrieb nicht einmal weiter für die Zukunft planen. „Es ist sicherlich zulässig zu vermuten, dass hier die ungeliebte Entscheidung des Kreistages, die Evangelischen Akademie nicht zu erwerben noch schmerzt, und man hofft, nach der Kreistagswahl zu anderen Mehrheiten zu kommen. Die Schwarze Mehrheit scheint den Kreistagsbeschlusses ignorieren und aussitzen zu wollen“, so Gerd-Rainer Busch, der jugendpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion, „ein solches Demokratieverständnis soll und darf nicht Platz greifen. Ich fordere die CDU-Fraktion auf, Mehrheitsbeschlüsse der Kommunalen Selbstverwaltung ernst zu nehmen.“

Es ist dringend geboten, die benötigten Finanzmittel für Zeltplatz und Mühle freizugeben, damit die Planungen fortgesetzt und die notwendigen baulichen Maßnahmen alsbald ausgeführt werden können. Hierfür trägt der Hauptausschuss die Verantwortung.

Keine Kommentare

SPD Flensburg: Kein Verkauf der Flensburger Stadtwerke

Zu der Diskussion um einen möglichen Verkauf von Anteilen der Flensburger Stadtwerke erklärt Helmut Trost, Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Flensburg:

Kurzfristige Wirtschafts- und Finanzinteressen dürfen nicht unser Handeln bestimmen. Es ist der falsche Weg, getrieben von der Finanznot das Flensburger Tafelsilber zu veräußern. Die Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen ist der falsche Weg.



Denn Energie ist mehr als eine Ware, Wasser ist mehr als ein Wirtschaftsgut. Die Versorgung der Flensburgerinnen und Flensburger mit bezahlbarer, verlässlicher Energie gehört zu den wichtigsten Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge.

Energiepolitik ist gleichermaßen Infrastrukturpolitik und nicht zuletzt auch Politik für den Standort Flensburg und seine Arbeitsplätze. Für die Weiterentwicklung einer modernen und nachhaltigen Energieversorgung brauchen wir darum Stadtwerke in kommunaler Hand.

Wir treten auf kommunaler Ebene für eine ganzheitliche Politik ein, die kommunale Gestaltungspotentiale nutzt, Energie-, Klima- und Umweltpolitik verbindet und als wichtigen Standortfaktor verankert. Die Flensburger Stadtwerke sind hierfür unverzichtbar.

Die Privatisierung öffentlicher Güter gefährdet unsere kommunale Zukunft. Die Unterordnung der öffentlichen Daseinsvorsorge unter privatwirtschaftliche Gewinninteressen lehnt die Flensburger SPD deshalb ab. Im Interesse von Versorgungssicherheit und der Bezahlbarkeit von Energie muss die Stadt Flensburg über ihre Stadtwerke den vollständigen Einfluss behalten. Anstatt eine überflüssige Privatisierungsdiskussion zu führen, sollten Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort genutzt werden – beispielsweise durch die Schaffung eines Sozialtarifes bei den Strompreisen.

Keine Kommentare

MdL Neugebauer zur HSH-Nordbank

Die Wettbewerbsfähigkeit und den Marktwert der HSH-Nordbank erhalten
Die Sozialdemokraten bekennen sich zur Landesbeteiligung an der HSH-Nordbank, so der Finanzexperte Günter Neugebauer. Die HSH-Nordbank ist hervorragend aufgestellt, und an der Beteiligung hat das Land bisher kräftig verdient. Neugebauer warnt davor, die HSH-Nordbank schlecht zu reden. Sie hat einschließlich 2007 schwarze Zahlen geschrieben, sie hat ein funktionierendes Geschäftsmodell, das von Rating-Agenturen und vom Kapitalmarkt bestätigt wird. Allerdings muss angesichts des finanzpolitischen Umfeldes der internationalen Finanzkrise der Börsengang verschoben werden. Der Umwandlung der stillen Einlagen in haftendes Eigenkapital haben wir bereits zugestimmt, so Neugebauer, und eine weitere Erhöhung der Beteiligung über stille Einlagen oder Wandelanleihen werden wir sorgfältig prüfen. Das Bekenntnis zur HSH-Nordbank ist auch ein Bekenntnis zur öffentlich-rechtlichen Struktur und Verantwortung der Sparkassen, denn sie stehen in der regionalen Verantwortung für ihre Kunden, Kommunen und das Land.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 26.04.2008, 11:09 Uhr - 4657 Clicks - Nr. 439

Landesfeuerwehrversammlung 2008 - Lothar Hay:

Freiwillige Feuerwehren müssen flächendeckend erhalten bleiben.

Erscheinungsdatum: 26.04.2008

Innenminister Lothar Hay hat sich auf der Landesfeuerwehrversammlung in St. Peter-Ording am Samstag (26.4.) für den Erhalt eines flächendeckenden freiwilligen Feuerwehrwesens ausgesprochen. Er appellierte an Gemeindevertreter und Bürgermeister, auch weiterhin zusammen mit der örtlichen Freiwilligen Feuerwehr für neue Mitglieder zu werben. Für die örtliche Feuerwehr sieht Minister Hay keine Alternative. „Wenn es tatsächlich einmal ernst wird, ist die schnelle Hilfe durch die Feuerwehr der eigenen Gemeinde die effektivste Hilfe, die man sich vorstellen kann“.

Die sichere Alarmierung und die sofortige Einsatzbereitschaft rund um die Uhr sind besondere Stärken der Feuerwehren. Sie sind deshalb nicht nur die zahlenmäßig größte sondern auch die zuverlässigste Kraft im Hilfeleistungssystem des Landes. Die Feuerwehr ist der wichtigste Pfeiler im System der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. Mit ihrer Leistungsbereitschaft beweist sie tagtäglich, dass auf ein leistungsfähiges und überall verfügbares Feuerwehrwesen nicht verzichtet werden kann. Ansonsten würde das zu einem nicht hinnehmbaren Sicherheitsdefizit führen.

Es gilt auch zukünftig die Leistungsfähigkeit der Feuerwehren zu erhalten. Ausbildung, Ausrüstung und Mannschaft sind der Grundstock für erfolgreiche Feuerwehren. Hay begrüßte die Aktion des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages, der 2008 das „kommunale Jahr der Feuerwehren“ unter dem Motto „Gemeinsam sicher! – Die Gemeinde und ihre Feuerwehr“ ausgerufen hat. So werden insbesondere die Nachwuchsprobleme der Feuerwehren in die Kommunen und in das Bewusstsein der Einwohnerinnen und Einwohner getragen. Dieses Vorhaben kann mit dazu beitragen, Feuerwehr als eine Sache, die alle angeht, publik zu machen.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Marion Wecken

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3009, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 26.04.2008, 11:12 Uhr - 2200 Clicks - Nr. 440

Duburg im Aufwind

Duburg im Aufwind,

ein Artikel von Sönke Bohm, Direktkandidat für den Wahlkreis 5 (Nördliche Altstadt/ Duburg).

Eines der ältesten und schönsten Stadtteile Flensburgs, ist zweifelsohne Duburg, benannt nach der

gleichnamigen Burg, an deren Stelle heute die Handelslehranstalt über den Dächern Flensburgs residiert.

Im östlichen Verlauf des Stadtteils zieht sich eine begrünte Anhöhe, bis zur Duburger Str. durch. Viele Aussichtspunkte eröffnen einen weiten Blick über die Stadt.

Es waren in den letzten Jahren nicht die vielen positiven Seiten, die Duburg in die Schlagzeilen brachte: Leerstände, Verunreinigungen der Straßen und Parkprobleme beherrschen die Berichterstattung.

Auch auf Initiative der SPD-Ratsfraktion ist Duburg seit einigen Jahren als Sanierungsgebiet ausgewiesen und schnell stellten sich einige, sichtbare Erfolge ein: Die Schloßstr. wurde umgestaltet, der ruhende Verkehr ist beiderseitig in Parkstreifen geordnet, eine neue Möblierung fügt sich in das historische Straßenbild ein, auch der Collundtspark wird bald einen Durchgang bis zur Duburger Str. bekommen.

Eine nächste große Maßnahme wird die Umgestaltung des Platzes vor der Handelslehranstalt sein. Der vorhandene Spielplatz soll gemeinsam mit dem Schulhof zum „Turnierplatz“ als Ort der Begegnungen umgestaltet werden. In kleinen Schritten und in Abstimmung mit den Eigentümern erfolgen Einzelmaßnahmen, wie Entsiegelungen und Abbrüche von Hofbebauungen. Mit diesen Maßnahmen soll das Gründefizit behoben werden und mehr Licht und Raum in die Blockbebauungen kommen.

Die Maßnahmen der Stadtsanierung können nur zum Erfolg geführt werden, wenn vor Ort ein breites Bündnis aus Bewohnern, Gewerbetreibenden und Eigentümern besteht. Schon bevor der Sanierungsprozess in Laufen kam, haben sich die Bewohner für den Stadtteil engagiert und formiert. Regelmäßig lädt das Duburgforum zu Aktionen ein und vertritt die Interessen des Stadtteils im Sanierungsbeirat der Stadt. Und auch Lösungen für den ruhenden Verkehr werden unter Einbeziehung der Bewohner und des Duburgforums erarbeitet.

Der Sanierungsprozess und das Engagement der Betroffenen vor Ort, sind Vorbild für weitere Stadtentwicklungsmaßnahmen.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 26.04.2008, 14:41 Uhr - 8030 Clicks - Nr. 441

Landesgartenschau in Schleswig eröffnet!

Am Freitag, den 25. April, wurde nach langer Vorbereitungszeit in Schleswig eine blühende Landesgartenschau eröffnet. Eine Eröffnungszereemonie mit Tanz und Musik begeisterte die Schleswiger und ihre Gäste aus aller Welt. Schleswigs neuer Garten liegt direkt am Schleiufer und bietet viel für jung und alt.

Im grossen blauen Festzelt hatten sich etwa 1600 Menschen versammelt. Zahlreiche Ehrengäste - unter ihnen auch Heide Simonis, die sich als Ministerpräsidentin bereits für die Landesgartenschau in Schleswig stark gemacht hatte. Die Chöre vom Schleswiger Dom waren mit Jung und Alt Bühnenfüllend erschienen und lieferten eindrucksvolle Klangerlebnisse vom Ghospel mit Solistin bis zum



mehrstimmigen Schleswig-Holstein Lied, in dessen letzte Strophe alle Gäste einstimmten. Nach Begrüßungen, Festreden, Ballett-Darbietungen und Musik ging es dann in den sonnigen Garten, wo

der Ministerpräsident Peter-Harry Carstensen einen Walnussbaum pflanzte und die zahlreichen Gäste in den wunderschönen Garten ausschwärmten.

Die Landesgartenschau in Schleswig ist ein Gewinn für die Region: Allen, die zu dieser Leistung beigetragen haben und besonders allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern sage ich hiermit herzlichen Dank.

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 26.04.2008, 20:08 Uhr - 3281 Clicks - Nr. 442

SPD-Engelsby: Flensburger Rundschau

Seit heute wird in Flensburg die Sozialdemokratische Zeitung **Flensburger Rundschau** von den Kandidaten und Kandidatinnen zur Kommunalwahl am 25. Mai verteilt.

Ab sofort können Sie sich über unser Bestellformular die jeweilige Ausgabe mit Ihrem SPD-Kandidaten bestellen.

Die Flensburger Rundschau erscheint jeweils zu den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein.

Mit dieser Zeitung möchten wir Sie über die Arbeit der Flensburger Sozialdemokraten informieren.

Der Ortsverein Engelsby bietet Ihnen die Ausgaben für den Wahlkreis 14 - Karin Schnittke -, Wahlkreis 16 - Andree Nitsch -, Wahlkreis 17 - Rolf Helgert - und Wahlkreis 20 - Sylvia Meyerding an.

Die Flensburger Rundschau werden wir Ihnen dann schnellstmöglich per eMail zusenden.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 27.04.2008, 23:40 Uhr - 8185 Clicks - Nr. 443

Neugebauer zur Umsatzentwicklung des Glücksspiels

FDP ist schlechter Verlierer, CDU sollte ihrem Ministerpräsidenten vertrauen.

Zu den Presseerklärungen von CDU und FDP zur Umsatzentwicklung des Glücksspiels erklärt der SPD-Finanzpolitiker Günter Neugebauer:

Die Entwicklung der Umsätze im Glücksspiel im ersten Quartal 2008 überrascht nicht, sondern ist erwartet worden. Ausschlaggebend ist die von allen Bundesländern mit dem Staatsvertrag gewollte Bekämpfung der Spielsucht, aber nicht zuletzt auch die Entwicklung der Kaufkraft nach außergewöhnlichen Preisanhebungen, z.B. bei Lebensmitteln und Energie.

Im Übrigen empfehle ich, die nächsten drei Quartale des Jahres abzuwarten, um ein abschließendes

Urteil über das von CDU und SPD auf Vorschlag der Landesregierung und ihres Ministerpräsidenten Carstensen vom Landtag verabschiedete Gesetz zu fällen.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 28.04.2008, 08:14 Uhr - 8062 Clicks - Nr. 444

Wolfgang Wodarg mit Hubertus Heil in Kappeln, Schleswig und Kropp

Durch den Besuch des SPD-Bundesgeschäftsführers hat der SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg seinen Kommunalwahlkampf eingeläutet. Der örtliche Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg war dabei: In Kappeln auf der Strasse, beim Besuch im Schlei-Klinikum Schleswig und in Kropp im Wikingerhof.

In Kappeln hatte der SPD-Ortsverein auf dem Platz vor dem Hotel des "Landarztes" einen bunten Stand aufgebaut, Pflasterzeitungen vorbereitet, auf denen die SPD gegen Lohndumping durch Leiharbeit und für Mindestlohn Stellung bezog und empfing die Bundestagsabgeordneten Heil und Wodarg mit grosser Besetzung. Nach Grußworten und thematischen Ansprachen der Gäste stand der Dialog mit Passantinnen und Passanten im Programm und wurde kräftig genutzt. Während Hubertus Heil vor allem das Programm "Gute Arbeit" in den Vordergrund stellte, nutzte Wodarg auch die Gelegenheit den Bundesgeschäftsführer in den Kampf um eine bessere Notärztliche Versorgung im Kappler Raum einzubinden.

Nach Kappeln war ein Besuch im Schlei-Klinikum in Schleswig die nächste Station. Bei Geschäftsführung und Personalvertretung informierten sich die örtlichen Kreistagskandidatinnen und -kandidaten mit den beiden Abgeordneten über die Pläne des Klinikums und über deren Sorgen in Bezug auf die für Schleswig-Holstein ungünstigen Basisfallwerte. Vor der Weiterreise wurde noch das Modell eines neuen Patientenzimmers demonstriert.

Im Wikingerhof in Kropp warteten bereits die Vertretungen zahlreicher Ortsvereine auf den Besuch. Nach einer kurzen Begrüssung durch den Kreisvorsitzenden Dirk Peddinghaus hielt Ingo Degner als Spitzenkandidat eine kämpferische Rede, in der er klar machte, wo der politische Gegner steht und was er von ihm hielt. Nach einer ebenfalls sehr klaren programmatischen Rede des Gastes aus dem SPD-Bundesvorstand gab es Kaffee und Kuchen. Vor den Reden und auch danach sang der Liedermacher Jens Röschmann aus Kropp Lieder von Reinhard Mey zur Gitarre.

Mit dem Wahlkampflogan des amerikanischen Präsidentschaftskandidaten "Yes, we can!" ermunterte Hubertus Heil in seinem Schlusswort die Anwesenden. Alle waren sich einig: Das war ein gelungener Wahlkampfstart!

Keine Kommentare

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 28.04.2008, 08:46 Uhr - 2445 Clicks - Nr. 445

Flensburger Stadtgeschichte

Flensburg braucht eine lebendige Dokumentation der Flensburger Stadtgeschichte
von Peter Rautenberg, Flensburger Stadtpräsident von 1992 bis 2002.

Nicht als Konkurrenz zum Museumsberg mit den kunstgeschichtlichen Sammlungen, nicht als Konkurrenz zum Schifffahrtsmuseum mit der

Schiffahrtshistorie, sondern als notwendige Ergänzung.

Im Museumsmagazin lagern viele sehenswerte, zur Ausstellung geeignete Objekte, die aber nicht ausgestellt werden können, weil es dafür keinen Platz gibt. Im Stadtarchiv ist sehenswertes Material vorhanden, das der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollte.

In die angestrebte Ausstellung kann die aktive Erinnerungs- und Gedenkstätte für Opfer des Nationalsozialismus integriert werden. Wo soll ausgestellt werden? Ein möglicher Standort könnte die Erweiterung des Schiffahrtsmuseums sein.

Um die Flensburger Stadtgeschichte für alle sichtbar zu machen, gehören schließlich Informationstafeln an bedeutenden Stellen im öffentlichen Raum.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 28.04.2008, 09:23 Uhr - 3513 Clicks - Nr. 446

Neue Initiativen für deutsch-dänische Grenzregion

Das vierte gemeinsame grenzüberschreitende Forum der Sozialdemokraten aus Schleswig-Holstein und Süd-Dänemark setzte einen Schwerpunkt auf die Stärkung der Bereiche Wirtschaft und Verkehr in der Grenzregion. In einer Kleinen Anfrage forderten die Abgeordneten Rolf Fischer und Bernd Schröder die Landesregierung auf, zu diesem Themenbereich Stellung zu nehmen. Dazu erklären die beiden Abgeordneten:

Wir begrüßen es außerordentlich, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Wirtschaft und Verkehr auch von der Landesregierung als bedeutsam angesehen wird. Allein die Zahl der Grenzpendler von Deutschland nach Dänemark, die sich auf mittlerweile 11.500 Personen beläuft, zeigt dass die verkehrliche Situation weiter entwickelt werden muss. Wir lenken das Interesse allerdings auch auf die relativ geringe Zahl von 1.200 Pendlern, die von Dänemark nach Schleswig-Holstein pendeln, um zu arbeiten. Diese Zahl könnte erhöht werden. Dazu bedarf es einer Steigerung der Mobilitätsmöglichkeiten. Wir erwarten, dass in dem regionalen Wachstumsforum in Süd-Dänemark Fragen der Verkehrskooperation auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dies wird von den dänischen Sozialdemokraten unterstützt. Wir begrüßen die Planung, dass die Bahnverbindung zwischen Niebüll und Esbjerg künftig durchgängig nutzbar ist. Damit entfällt das bislang erforderliche Umsteigen in Tondern. Gerade auch für die Entwicklung des Tourismus ist die rasche Umsetzung dieser Planung wichtig.

Die SPD wird das in diesem Jahr auslaufende INTERREG-Projekt zwischen den Partnern Autokraft und Sydbus mit der Zielsetzung diskutieren, ein Folgeprojekt für die kommenden Jahre aus den INTERREG-Mitteln zu finanzieren. Die Stärkung des ÖPNV und der Busverkehre hat vor dem Hintergrund der geforderten Mobilität große Bedeutung.

Die Antwort der Landesregierung macht aber auch deutlich, dass zwar langfristig der Weiterbau der A23 entlang der Westküste bis nach Esbjerg umgesetzt werden soll. Diese Maßnahme soll für die anstehende Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes angemeldet werden. Mit einer Realisierung wird aber nicht vor 2015 gerechnet. Wir setzen darauf, dass es trotzdem möglich ist, diese Straßenverbindung schon früher in Angriff zu nehmen.

Im fünften Forum der Sozialdemokraten aus Dänemark und Schleswig-Holstein, das im September 2008 stattfindet, wird neben diesen Verkehrsfragen die grenzüberschreitende Energiepolitik eine Rolle spielen.

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 28.04.2008, 10:15 Uhr - 2717 Clicks - Nr. 447

SPD lädt zum Arbeitnehmerempfang nach Kiel

Betriebs- und Personalräte werden von der Landes-SPD eingeladen

Mit Unterstützung der AfA lud der SPD-Landesvorstand und die SPD-Landtagsfraktion zum dritten Mal in Kiel zum Arbeitnehmerempfang für Betriebs- und Personalräte aus ganz Schleswig-Holstein ein. Der Legiensaal im Gewerkschaftshaus war brechend voll und es gab für den Landesvorsitzenden Ralf Stegner viel Beifall für seine Aussage: "Zu einem jährlichen Empfang für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Landesregierung, hatte zuletzt unsere Ministerpräsidentin Heide Simonis eingeladen. Der jetzige Ministerpräsident hielt ihn leider nicht für notwendig.

Der SPD-Arbeitnehmer-Empfang durch die Landes-SPD ist für uns eine Notlösung mit dem Verfallsdatum 2010.

Ein Gastwort hielt der DGB-Nord Vorsitzende Peter Deutschland und die Hauptrede wurde gehalten vom Vorsitzenden der Gewerkschaft Ver.di Frank Bsirske.

Hier nun einige Zitate aus Ralf Stegners Rede:

- Dumping-Löhne + Hartz IV - An die CDU/FDP/Wirtschaftsverbände: Das ist nicht Marktwirtschaft, das ist staatliche Misswirtschaft.
- Die Hungerlöhne heute sind die Hungerrenten von morgen. Bei Nichthandeln ist wachsende Altersarmut vorprogrammiert.
- Stundenlöhne von drei oder vier Euro sind kein Standortvorteil, sondern schlichtweg eine Schande für eine starke und moderne Volkswirtschaft
- Wer etwas für die jüngere Generation tun will, soll sich wie wir für ein "Recht auf Ausbildung" und einen kostenlosen Bildungsweg einsetzen.
- wir wollen viele Menschen gewinnen, die an der Seite der Gewerkschaften und der SPD dafür kämpfen

"Gute Arbeit muss drin sein"

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 28.04.2008, 10:39 Uhr - 10704 Clicks - Nr. 448

Einwohnerversammlung: Jutta Hartwig überzeugte mit Kompetenz

Beim ersten öffentlichen Aufeinandertreffen der Landratskandidaten konnte die Sozialdemokratin zahlreiche Zuhörer für sich gewinnen.

„Ich verstehe mich nicht in erster Linie als Politikerin, sondern als pragmatische, zuverlässige und kommunikative Arbeiterin. Das verbinde ich mit der Rolle einer Landrätin“, stellte Jutta Hartwig (Foto links) zu Anfang klar. Als sich am vergangenen Donnerstag die beiden Kandidaten für das Landratsamt, Jutta Hartwig (SPD) und Thomas Stritzl (CDU), im Bad Segeberger Kreishaus



erstmalig in direkter Gegenüberstellung begegneten, wurde es voll im Sitzungssaal. Zu der Einwohnerversammlung, die vom amtierenden Landrat Georg Gorissen (Foto rechts) moderiert wurde, waren viele Bürger aus dem gesamten Kreis gekommen, um die beiden Kandidaten im direkten Vergleich zu sehen.

Vor allem mit ihren beruflichen Kompetenzen konnte Hartweg, die als freie Unternehmensberaterin arbeitet, bei den Zuhörern punkten. Ihre umfangreichen Erfahrungen aus dem Dienstleistungssektor und mit der Modernisierung von Verwaltungsstrukturen wolle sie auch in ihrer Position als Landrätin einsetzen, erklärte Hartweg. Die Landratskandidatin hob besonders hervor, dass es notwendig sei, an der Zukunftsfähigkeit des Kreises Segeberg zu arbeiten. „Wir müssen den Kreis national und international für die Wirtschaft aber auch für Familien attraktiver machen – und dazu möchte ich beitragen“, so Hartweg.

Eines der dominierenden Themen des Abends war der demografische Wandel. Hartweg machte deutlich, dass es notwendig sei, die soziale Infrastruktur den Entwicklungen anzupassen. „Ich setze mich dafür ein, dass wir Angebote für ein selbstbestimmtes und aktives Wohnen und Leben im Alter rechtzeitig und praxisnah vorbereiten“, sagte sie. Dies, so die Landratskandidatin, gelte auch für Produkte und Dienstleistungen in den Bereichen Mobilität und Kommunikation. Hartweg sprach sich ferner dafür aus, Haus- und Wohngemeinschaften für ein selbstbestimmtes Leben zu unterstützen und die Mehrgenerationen-Pilotprojekte weiter auszubauen.

Neben notwendigen Anpassungen für ältere Mitbürger hatte Hartweg aber auch soziale Probleme bei Kindern und Jugendlichen im Blick. „Die zunehmende Kinderarmut ist in einem reichen Land wie Deutschland nicht akzeptabel“, sagte die Landratskandidatin. In der Kinder- und Jugendhilfe, betonte Hartweg, müssten mehr Anstrengungen unternommen werden.

Die Zuhörer konnten spüren: Jutta Hartweg freut sich auf ihre mögliche neue Aufgabe als Landrätin. „Ich möchte zu einem prosperierenden, menschenfreundlichen und weltoffenen Kreis Segeberg beitragen“, erklärte sie abschließend.

Keine Kommentare

[SPD-Oelixdorf](#) - veröffentlicht am 28.04.2008, 12:50 Uhr - 4844 Clicks - Nr. 449

Gelungene Premiere

Erstmals veranstaltete der SPD-Ortsverein Oelixdorf ein Frühlingsfest für Kinder. Das Interesse an dem Fest überraschte auch die Organisatoren, wobei das Wetter als hilfreich anzusehen war. So war neben der Hüpfburg an der Popcornmaschine, dem Glücksrad, der Melkkuh und dem „Hau-den-Lukas“ Schlangestehen angesagt.

Auch am Kuchenbuffet hatten die Helferinnen alle Hände voll zu tun, galt es doch, die leckeren Kuchen an die Frau und den Mann zu bringen. Der Erlös des Verkaufs der hausgemachten Spenden kommt dem Förderverein der Grundschule für den Mittagstisch zugute.



Groß war auch das Gedränge beim Verteilen der Luftballons für den Weitflugwettbewerb. Leider blieben durch unberechenbare Windböen viele Ballons in den Bäumen hängen. Trotzdem schafften doch viele Ballons an den Bäumen vorbei davon zu fliegen.

„Es war zwar ein anstrengender Nachmittag – aber die Freude der Kinder war ein mehr als angemessener Lohn“, meinte die Vorsitzende Gisela Albrecht und versprach eine Fortsetzung im nächsten Jahr.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 28.04.2008, 15:30 Uhr - 7868 Clicks - Nr. 450

Pflegestützpunkte

Hans-Peter Stahl fordert die Einbeziehung der Beratungsstelle Pflege und Demenz bei der ortsnahen Versorgung.

„Wir haben gegenüber dem Land die klare Erwartung, dass die Beratungsstelle Pflege und Demenz bei der Einrichtung von Pflegestützpunkten mit einbezogen wird“, so Hans-Peter Stahl, sozialpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion.

Die SPD erwartet vom Land und den zuständigen Leistungsträger (Pflegekassen und Krankenkassen) dass bei der Einrichtung von Pflegestützpunkten die vorhandene Beratungsstrukturen berücksichtigt wird. Das gilt insbesondere für die trägerunabhängige Beratungsstelle Pflege und Demenz die seit Jahren eine erfolgreiche Beratertätig im Kreis Pinneberg ausübt.

Hintergrund für den SPD-Vorstoß ist das vom Bundestag beschlossene Pflege-Weiterentwicklungsgesetz. Es sieht u.a. vor, dass die Länder zuständig sind für die Einrichtung von Pflegestützpunkten. Pflegestützpunkte und Pflegeberater/innen sollen zur wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung der Versicherten dienen. Beim Eintreten oder Vorliegen von Unterstützungs- und Pflegebedarf sollen die Betroffenen eine wohnortnahe und umfassende Beratung über die möglichen Leistungen, die verschiedenen Angebote und Handlungsmöglichkeiten erhalten.

„Als Kreis“ – so Stahl - „muss der Kreis seiner Verantwortung für die ältere Generation gerecht werden“. Mit dem Aufbau von Pflegestützpunkten wird für Stahl ein wichtiger Schritt getan, der künftig sicherstellen, dass die Angebote für Pflegebedürftige direkt vor Ort besser aufeinander abgestimmt und miteinander vernetzt werden. An einem leistungsstarken Ausbau der Stützpunkte wird sich die SPD aktiv beteiligen.

Kommentar von [Sylvia Krause-Stöner](#) vom 02.07.2013, 15:08 Uhr:

RE: Pflegestützpunkte

Sehr geehrte Frau Stahl, ich bin ganz Ihrer Meinung. Die Hilfe aus einer Hand ist für die ältere Generation sehr wichtig. Durch den erheblichen bürokratischen Aufwand verschiedener Anträge kommt die ältere Generation nicht mehr mit. Ich habe meine Ausbildung als Pflegeberaterin §7a SGB XI am 17. 06. 2013 erfolgreich abgeschlossen und suche einen neuen Wirkungskreis. Sollte Interesse nach engagierten Mitarbeiter bestehen würde ich mich über eine Antwort freuen. Ich bin flexibel und würde einen Umzug in Kauf nehmen. Mit freundlichen Grüßen Sylvia Krause-Stöner

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 28.04.2008, 15:32 Uhr - 7325 Clicks - Nr. 451

Krippenausbau

Thorsten Fischer: Ole Schröder (CDU) verliert den Blick für die Wirklichkeit vor Ort.

„Es ist schon erstaunlich, wie aus dem fernen Berlin für Dr. Ole Schröder (CDU) der Blick für die Wirklichkeit vor Ort verschwimmt“, kommentiert Thorsten Fischer (SPD) die Wahlaussage des CDU-Kreisvorsitzenden, die CDU wolle den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder bis zu 3 Jahren fördern. (Ue-Na berichtete)

„Offensichtlich“ –so der jugenpolitische Sprecher des SPD-Kreistagsfraktion- „hat Herrn Schröder die jahrelange Blockadehaltung der Kreis CDU nicht mitbekommen. Seit März 2007 habe die SPD mehrfach ein Krippenausbauprogramm eingefordert, um die fatale Unterversorgung im Kreis abzubauen. Mit ihren Anträgen ist sie immer wieder im Kreistag an der CDU-Mehrheit gescheitert.

Erst in der Oktober Sitzung des Jugendhilfeausschuss im letzten Jahr setzte sich die SPD mit ihrem Vorschlag durch, wenigstens einen Krippenausbauplan auf den Weg zu bringen. Auch dieser erste Schritt konnte nur bei Stimmenthaltung der CDU Mitglieder erreicht werden. So zeichnet sich ab, dass frühestens mit dem Haushalt 2009 der Kreis ein wirkungsvolles Krippenausbauprogramm auf den Weg bringen kann.

In diesem zentralen Bereich der Familienpolitik hat der Kreis durch die Blockadehaltung der CDU fast 2 Jahre verloren, ist Fischer Fazit und kündigt für die SPD-Kreistagsfraktion noch vor der Sommerpause eine Initiative an, um mit Beginn des Jahres 2009 die Weichen für einen zügigen Ausbau von Betreuungsplätzen für die Kinder bis zum Lebensjahr zu stellen.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 28.04.2008, 18:12 Uhr - 3323 Clicks - Nr. 452

Neue Schulformen: Norderstedts Schüler in guten Händen?

SPD kritisiert Umgang mit Elternwillen und unklare Umfrageergebnisse

Nun steht fest: Die vier Gymnasien bleiben erhalten, dazu können die Eltern ihre Kinder auf drei Regional- und drei Gemeinschaftsschulen schicken.

„Das Votum für die zukünftigen Schulformen gilt nur noch als reine Formsache. Nach der üblichen Methode der kurze Weg von der Verwaltung zur CDU-Fraktion. Es wird nicht mal in Frage gestellt, dass der Ausschuss anders entscheiden könnte.“, kritisiert Johannes Paustenbach

Der Fraktionsvorsitzende der Norderstedter SPD weiter:

„Bei den realschulempfohlenen haben anstatt wie angegeben nicht 39,9 % sondern 49,9% der Eltern als Erstwunsch für die Gemeinschaftsschule gestimmt, die von der Verwaltung in den Medien veröffentlichte Zahl stimmt damit nicht und wirft ein ungünstiges Licht auf die Schlüsse, die CDU und Verwaltung aus der Umfrage gezogen haben.

Geht man nach den Elternmeinungen, dann muss die Weichenstellung anders aussehen. Von allen Eltern, deren Kinder eine Empfehlung für die Realschule oder Hauptschule haben 49,9 % bzw. 62,8 % die Gemeinschaftsschule bevorzugt. Damit liegt bei allen Äußerungen die Regionalschule klar hinter der Gemeinschaftsschule. Die Gemeinschaftsschule ist also neben dem Gymnasium die bevorzugte Schulform.

Die Entscheidung der Verwaltung scheint sich sehr nach den Wünschen der Schulleiter und der Kollegien zu richten und nicht nach dem zu erwartenden Bedarf. Der Wille der betroffenen Eltern

und ihrer Kinder wurde damit in wesentlichen Punkten missachtet.“, so Paustenbach.

Zudem würden die geplanten 3 Regionalschulen voraussichtlich die Mindestschülerzahlen nicht erreichen. Und mit den Schulen Falkenberg und Friedrichsgabe lägen zwei Regionalschulen in unmittelbarer Nachbarschaft.

Die SPD-Fraktion hat dagegen nach Anhörung der Schulen durch den zuständigen Ausschuss einen Beschluss gefasst, der die Situation an den einzelnen Standorten berücksichtigt und die jeweiligen Perspektiven aufzeigt.

Und setzt sich dafür ein, dass

-im SZ Süd das Gymnasium bestehen bleibt und die Realschule und die Hauptschule sich zu einer Gemeinschaftsschule entwickeln

-das Gymnasium Harksheide bestehen bleibt

-die Realschule Harksheide und die Hauptschule Falkenberg sich zu einer Gemeinschaftsschule mit eigener Oberstufe entwickeln (möglichst als gebundene Ganztagschule)

-das Lessing – Gymnasium bestehen bleibt

-die Realschule Friedrichsgabe eine Gemeinschaftsschule wird

-die Grund – und Hauptschule Friedrichsgabe als Grundschule erhalten wird

-die Realschule Garstedt eine Regionalschule wird

-das Copernicus – Gymnasium bestehen bleibt

-aus der IGS eine Gemeinschaftsschule wird

„Unser Vorschlag erfüllt eher die zukünftigen Bedarfe, insbesondere durch Zusammenlegung der Schulen HS Falkenberg und Realschule Harksheide zu einer Gemeinschaftsschule. Damit bekennen wir uns zu unserer Verantwortung für einen geordneten Umwandlungs- und Reformprozess, wie er in anderen Kommunen längst im Gang bzw. schon abgeschlossen ist. Dass wir dabei die Gemeinschaftsschule favorisieren, liegt an den eindeutigen Vorteilen, die sie gegenüber einer Regionalschule hat, und wie sie von den meisten Eltern und Schülern ebenso gesehen werden: keine Trennung der Kinder schon nach der vierten Klasse, langes Offen halten des Bildungsweges, auf unterschiedliche Begabungen professionell eingestellte Lehrer, kein Sitzen bleiben, individuelle Förderung, alle Abschlüsse in einer Schule, inklusive Fachabitur und Hochschulreife nach 13 Jahren durch eine eigene Oberstufe.“, so der SPD-Fraktionschef abschließend.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 28.04.2008, 21:24 Uhr - 6415 Clicks - Nr. 453

Flensburg nach der Gebietsreform: kreisangehörige Stadt oder weiter kreisfrei

Es ist nicht davon auszugehen, dass die Stadt Flensburg nach der geplanten Gebietsreform weiter eine kreisfreie Stadt sein wird. Darin waren sich alle Experten einig, die sich auf einer Veranstaltung des SPD-Kreisverbandes mit möglichen Zukunftsmodellen beschäftigten.

„Wenn Flensburg nicht kreisfrei bleibt“, fasste der Vorsitzende Helmut Trost die Ergebnisse des Expertengesprächs zusammen, dann ist der Status der Großen kreisangehörigen Stadt ganz offensichtlich die beste Lösung.“ Die SPD knüpft dies allerdings an eine Reihe von Voraussetzungen und sieht in vielen Fragen noch Klärungsbedarf.



In einer Diskussionsveranstaltung mit Verwaltungsexperten, Verfassungsrechtlern und kommunalen Praktikern war man der Frage nachgegangen, wie das Verhältnis zwischen dem Kreis Schleswig-Flensburg und dem Oberzentrum Flensburg zukünftig aussehen könnte. Dabei standen die Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger von Stadt und Kreis genauso im Mittelpunkt wie mögliche Risiken für die Stadtfinanzen.

Der Verfassungsrechtler Harald Rentsch verglich die Regelungen in anderen Bundesländern und machte deutlich, dass Basis einer Veränderung auf jeden Fall eine neue gesetzliche Regelung sein müsse. Allein auf der Grundlage der alten Experimentierklausel könne man das Vorhaben nicht angehen. Insbesondere plädierte Rentsch, der auch Mitautor eines Kommentars zur Gemeindeordnung ist, für die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zwischen Stadt und Kreis. Man müsse ein gemeinsames Ziel- und Forderungspapier an das Land entwickeln.

„Für Flensburg muss die Waagschale zwischen Autonomieverlust und finanzieller Ausstattung ausgeglichen sein“, meinte Dr. Harald Freter. Er berichtete über die Erfahrungen aus Norderstedt, einer Kommune, die bereits Große kreisangehörige Stadt ist und in der er als hauptamtlicher Stadtrat gearbeitet hat. Er hielt den Weg für richtig, wenn damit ortsnahe und schnelle Entscheidungswege in der Verwaltung geschaffen würden. Eine für Flensburg akzeptable Neuregelung des Finanzausgleiches forderte Bürgermeister und Kämmerer Henning Brüggemann. „Dem Umland kann es nur gut gehen, wenn es Flensburg gut geht“, meinte er und verdeutlichte die Auswirkungen einer Neuregelung auf die Haushaltssituation. Einig waren sich die Sozialdemokraten darin, dass die sozialen Lasten von Stadt und Kreis zukünftig gerecht verteilt und von beiden in Gemeinschaft getragen werden müssen.

„Der Bürger darf bei den Veränderungen nicht der Verlierer sein“, stellte der Kreistagsabgeordnete Dirk Peddinghaus klar und war sich mit Rolf Helgert, dem Vorsitzenden der Flensburger SPD-Ratsfraktion, darin einig, dass auch das politische Ehrenamt nicht leiden dürfe. „Die Reform muss sich nicht nur rechnen, sondern muss sich auch lohnen“, betonte dieser und machte so deutlich, dass der Nutzen nicht nur in Einsparungen, sondern auch in Qualitätsverbesserungen für das Dienstleistungsunternehmen Verwaltung liegen muss.

Von Vertretern der Nachbargemeinden wurde in der Diskussion das Verhalten Flensburgs bei manchen Planungsverfahren und Entscheidungen kritisch hinterfragt. „Kooperation statt Konfrontation – davon soll das Verhältnis zwischen Stadt und Umland zukünftig geprägt sein“, meinte dazu Helmut Trost für die Flensburger SPD in seinem Fazit zu der Veranstaltung.

Keine Kommentare

Arbeitnehmerempfang in Itzehoe

AfA-Landesvorsitzender in Itzehoe

Jetzt Text zum übernehmen "Dass der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädler folgende Rede auf dem Arbeitnehmerempfang des SPD Kreisverbandes Steinburg in Itzehoe in einer "Alten Werkstatt" auf dem Alsengelände vor rund 60 Anwesenden gehalten hat.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ich danke und beglückwünsche euch als AfA-Landesvorsitzender und Kieler Metalller zu eurer Entscheidung, sogenannt die Lücke, die bei euch entstanden ist zu füllen und wie vermehrt an andren Orten in Schleswig-Holstein Arbeitnehmerempfänge anlässlich des 1. Mai – Dem Tag der arbeitenden Menschen- durchzuführen.

Am Freitag fand ein Empfang in Kiel auf Landesebene statt, zu der der SPD-Landesvorstand und die Landtagsfraktion eingeladen hatte zum dritten Mal.

Zu einem jährlichen Empfang für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Landesregierung, hatte zuletzt unsere Ministerpräsidentin Heide Simonis eingeladen.

Der jetzige Ministerpräsident hielt ihn leider nicht für notwendig und schaffte ihn einfach ab.

Ralf Stegner formulierte deshalb am Freitag:

Der SPD-Arbeitnehmer-Empfang auf Landesebene ist für uns eine Notlösung mit dem Verfallsdatum 2010.

Das sehe ich auch so, aber ausdrücklich nur für die Landesebene und nur wenn wir es gemeinsam schaffen, dass eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wieder Einlader wird.

Auf Orts- und Kreisebene brauchen wir die konkrete Gemeinsamkeit denn sie ist gerade der Ausdruck der Verbundenheit und des Respekts des eigentlichen Rückgrates unserer Gesellschaft – den Arbeitnehmern.

Und ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es zwischen Gewerkschaften und der SPD ganz viel Gemeinsames gibt, wobei sich die Schnittmengen seit dem Hamburger Parteitag der SPD sicher mehr als vergrößert hat.

Wir, die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften, werden stärker. Wir sind selbstbewusst und wir haben in Tarifbewegungen Erfolge erzielt, die sich sehen lassen können.

Die Entgeltrunden in 2008 sind eine deutliche Trendwende

In der Eisen- und Stahlindustrie steht die Fünf für die west- und die ostdeutsche Stahlindustrie. Das ist seit 15 Jahren der höchste Abschluss.

Den Kolleginnen und Kollegen von Ver.di gelang es gegen massive Widerstände der öffentlichen Arbeitgeber einen höheren Reallohn für 1,3 Mio Beschäftigte durchzusetzen. Ein bemerkenswerter Abschluss durch eine beachtliche Mobilisierungs- und Kampfbereitschaft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

In der Chemiindustrie hat es einen ebenso beachtenswertes Tarifergebnis inklusive einer Regelung zur Fortsetzung des gleitenden Überganges in die Rente gegeben.

Zusammengefasst heißen die Ergebnisse:

- Mehr Binnennachfrage
 - Mehr Wachstum
 - Neue Arbeit
 - Mehr Steuereinnahmen des Staates und damit auch Stärkung der Handlungsfähigkeit des Staates
- Diese Erfolge waren nur möglich, weil die Beschäftigten selbstbewusst für ihre Interessen gekämpft haben. Das hat sich ausgezahlt, das hat sich gelohnt.

Diejenigen, die seit 20 Jahren erzählen,

-der Staat ist schlecht, der Markt ist gut,
-Finanzmarktkontrolle ist schlecht, freier Börsenhandel ist gut,

all diese Ackerländer, Sinns, Westerwelles oder neoliberalen Wirtschaftsweisen, stehen heute vor einem Scherbenhaufen ihrer Politik. Aus Glücksrittern werden plötzlich Raubritter.

Josef Ackermann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, ruft jetzt nach der starken Hand des Staates. Jetzt - nachdem die Zocker an den Finanzmärkten Milliarden in den Sand gesetzt haben. Banken wackeln, Immobilienmärkte brechen zusammen. Der Staat soll die Scherben zusammenkehren: Mit zig Milliarden unserer Steuergelder muss er versuchen, einer der größten Krisen dieser kapitalistischen Finanzwelt Herr zu werden.

Diejenigen, die diese Krise verursacht haben, werden ihr nicht mehr Herr. Ihr Tun galt allein der Rendite: hoch, höher, am höchsten - koste es was es wolle: das war ihre Devise. Ihre Gier nach Profit kannte keine Grenzen.

Jetzt rufen diese neoliberalen Freiheitskämpfer den Staat um Hilfe, den sie zuvor bekämpft, den sie verachtet haben. Vorher die Milliarden-Profite kassieren und nachher die Krise von uns, vom Steuerzahler, finanzieren lassen. Das ist deren Politik. Primitiver und unverfrorener geht es nicht mehr.

Wir dürfen aber nicht nur klagen. Wir müssen diesem neuen Finanzmarktkapitalismus etwas entgegensetzen. Das heißt: Wir brauchen mehr Mitbestimmung.

Beschäftigte und Betriebsräte müssen mehr Einfluss auf Entscheidungen der Unternehmen haben. Nur dann werden die Beschäftigten nicht länger zum Objekt und Kostenfaktor degradiert. Der Macht der - neudeutsch - Shareholder, der Großaktionäre und Renditejäger, müssen Grenzen gesetzt werden.

Mehr Mitbestimmung für Betriebsräte und Gewerkschaften ist unverzichtbar.

Wenn die anderen Moral und Ethik verachten, dann müssen wir sie erst recht ernst nehmen.

Ethische Normen sind der Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält. Normen regeln, wie wir zusammenleben.

Unser Grundgesetz schützt das Privateigentum. Richtig. Aber es legt ihm auch Pflichten auf: Eigentum muss dem Allgemeinwohl dienen.

Unsere politischen Werte, für die wir uns einsetzen, sind: Soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität, gelebte Demokratie, Würde, Anerkennung und Respekt. Sie sind tief in der Geschichte der Arbeiterbewegung verankert. Sie sind aber auch in Betrieb und Gesellschaft mehrheitsfähig. Nicht nur in unserem Lande. Sie sind Werte, für die demokratische und soziale Bewegungen weltweit kämpfen.

Würde, Anerkennung und Respekt heißt für uns: Jeder Mensch wird ernst genommen: Jeder Mensch hat Anspruch, sein Leben selbst- und mitbestimmen. Jeder Mensch ist emanzipierter Akteur in Wirtschaft und Gesellschaft.

Nehmt Hartz IV. Von 350 oder 400 Euro im Monat kann niemand leben. Das reicht materiell vorne und hinten nicht. Aber das allein ist es nicht. Es gibt ja Millionen Menschen, die müssen das schaffen, die sind dazu gezwungen und haben keine Alternative.

Aber ein Leben in Würde, ein menschwürdiges Leben, ist so nicht möglich. Nehmen wir den 58jährigen, der 40 Jahre gearbeitet hat, entlassen wird und keine Chance auf Arbeit hat. Der muss sein fürs Alter Ersparnis opfern und wird auf Sozialhilfe gesetzt, sprich Hartz IV. Was geschieht mit dem Menschen ?

Nicht nur, dass er in finanzielle Not gerät. Seine ganze Lebensleistung, die Leistung von 40 Jahren Arbeit wird entwertet. Und das lässt sich mit Anerkennung, Respekt und Würde nicht vereinbaren. Oder denken wir an die wachsende Altersarmut. Denken wir an die Rente mit 67. Oder die entwürdigende Diskussion um 1% Rentenerhöhung. Denkt auch an die Ausweitung prekärer

Beschäftigung und von Leiharbeit.

- Hungerlöhne und prekäre Arbeitsverhältnisse sind für uns niemals akzeptabel.
 - Menschen haben ein Recht auf einen Lohn, von dem man leben kann.
- Es gibt eine breite Übereinstimmung in der Bevölkerung, dass jemand, der arbeitet, von seinem Lohn auch leben können muss. Und dass alle, die ein Leben lang hart geschuftet haben, auch im Alter ein Recht auf ein anständiges Auskommen, auf ein Leben in Würde haben.
- Stundenlöhne von drei oder vier Euro sind kein Standortvorteil, sondern schlicht eine Schade für eine starke und moderne Volkswirtschaft.
 - Derzeit rund 750.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf ergänzende staatliche Unterstützung durch das Arbeitslosengeld II angewiesen.
 - 1,5 Milliarden Euro werden gegenwärtig aus dem Bundeshaushalt an berufstätige Menschen bezahlt. Trend stark steigend.
 - Dumping-Löhne + Hartz IV: An die CDU/FDP/Wirtschaftsverbände und Herrn Carstensen dem Ministerpräsidenten, der gestern beim Wahlauftakt der CDU gesagt haben soll: Die Forderung nach Mindestlohn ist der verkehrte Weg. „Das was wir zurzeit in Deutschland erleben ist nicht Marktwirtschaft, das ist staatliche Misswirtschaft! Gepaart mit grenzenlosen Zynismus der Großverdienerklicke“
 - Hungerlöhne heute – sind die Hungerrenten morgen. Bei Nichthandeln ist wachsende Altersarmut vorprogrammiert.
 - Also von der Kinderarmut über Hungerlöhne zur Altersarmut in einer der reichsten Volkswirtschaften auf diesem Planeten. Was für ein Skandal.
- In zwei Umfragen von Allensbach und Emnid sind unabhängig von Parteizugehörigkeiten jeweils große Mehrheiten von meist über 70 Prozent
- für einen Mindestlohn,
 - für starke Gewerkschaften,
 - für mehr soziale Gerechtigkeit,
 - gegen Rente mit `67,
 - für einen stärkeren Staat und
 - gegen weitere Privatisierungen.
- Das heißt: Wir Gewerkschaften und Arbeitnehmer haben gute Chancen, für unsere Forderungen Gehör und Zustimmung zu finden. Zustimmung, die uns hilft, Parteien, Regierung und die Arbeitgeber in diesem Land in unserem Sinne zu bewegen.
- in diesen Tagen erleben wir, wie Teile von Politik und Medien Jung und Alt gegeneinander ausspielen. Da macht das böse Wort von der „Rentner-Republik“ die Runde, da ist davon die Rede, die Alten würden die Jungen ausbeuten.
- Anlass ist die Rentenanpassung von 1,1 Prozent, die nicht mal die aktuelle Inflation ausgleicht, geschweige denn, dass der 15prozentige Kaufkraftverlust der Renterinnen und Rentner in den vergangenen zehn Jahren auch nur annähernd ausgeglichen würde.
- Unser Problem ist nicht die angebliche „Rentner-Republik“. Unser Problem ist die wachsende Armut im Alter, vor allem für Menschen, die niedrige Einkommen hatten oder lange arbeitslos waren. Unser Problem ist, dass der gesellschaftliche Reichtum immer ungerechter verteilt wird, dass die Rentenformel so gestutzt wurde, dass ein menschenwürdiges Leben im Alter für viele nicht mehr erreichbar ist.
- Und auch deshalb sage ich:
- Die Entscheidung für die „Rente mit 67“ ist falsch.
- Sie bringt nur eines: für Millionen Arbeitnehmer eine noch kleinere Rente. Keine der Begründungen trägt. Weder werden so die Sozialsysteme von Kosten entlastet. Noch trägt der Hinweis, es gebe mittelfristig einen riesigen Mangel an Fachkräften, und deshalb müssten die Älteren länger arbeiten.

Wir setzen auf eine solidarische Lösung: Die Älteren, die nicht mehr können, müssen in Rente

gehen können. Flexibel bis zum 65. Lebensjahr. Zum guten Leben gehört, dass jeder die Möglichkeit hat, gesund in Rente zu gehen und nicht krank und mit kaputten Knochen. Deshalb muss auch ein neuer guter Ersatz für die Altersteilzeit gefunden werden.

die Entscheidung für die Rente mit 67 wird noch absurder, wenn wir bedenken, wie sich diese Gesellschaft verändert: Unsere jungen Leute erhalten nur noch selten eine sichere Vollzeitstelle. Das ist nicht mehr die Regel. Sie ergattern eine Projektarbeit oder sind selbstständig tätig. Sie ergattern eine befristete Stelle oder müssen Leiharbeiter werden.

Ich behaupte: Auf unsicherer Arbeit kann niemand ein Leben aufbauen, ein Leben mit Familie und Kindern schon gar nicht.

Und dann klagen Politiker, die prekäre Arbeit gesetzlich erleichtert haben, über den Kindermangel in dieser Gesellschaft.

Das ist das, wenn wir von unseren Grundwerten sprechen, von Anerkennung, Würde und Respekt, dafür haben wir uns in Gewerkschaften zusammengeschlossen, dafür kämpfen wir.

Lasst uns am 1. Mai gemeinsam:

- für unsere Ideen werben
- Politisch-gesellschaftlichen Druck aufrecht erhalten
- Die Menschen bewegen sich an der anstehende Wahl aktiv zu beteiligen – auch um den Neonazis den Weg in die Rathäuser und Kommunalparlamente zu verschließen. Und
- Viele Menschen gewinnen, die an der Seite der Gewerkschaften und der SPD dafür kämpfen, dass gemäß dem Motte des 1. Mai 2008

Gute Arbeit drin sein muss!

Keine Kommentare

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 29.04.2008, 11:24 Uhr - 3320 Clicks - Nr. 455

Klönschnack mit Senioren/innen

SPD-Direktkandidat Claus-Rudolf Johna besuchte die Bewohner/innen des Propst-Riewerts-Hauses im Rahmen des Kaffee- und Kuchennachmittages des SPD-Ortsvereins Neumünster-Süd.

Am vergangenen Freitag (25.04.2008) begrüßte der SPD-Direktkandidat (Innenstadt/Süd) Claus-Rudolf Johna zahlreiche Bewohner/innen des Propst-Riewerts-Hauses zum Kaffee- und Kuchennachmittag. Der SPD-Ortsverein Neumünster Süd hatte erstmalig zu einem gemütlichen Kaffee- und Kuchennachmittag im Propst-Riewerts-Haus eingeladen.

Claus-Rudolf Johna dankte in seiner Begrüßung den vielen Helfern des SPD-Ortsvereins-Süd für die Hilfe und besonders auch für die vielen selbstgebackenen Kuchen und Torten.

Anschließend nutzten viele Bewohner/innen die Möglichkeit zu einem persönlichen Gespräch mit dem Kandidaten. Daneben standen auch der Ortsvereinsvorsitzende Wolfgang Radzko, die stellv. SPD-Kreisvorsitzende Helga Hein, der Ratsherr Bernd Delfs, sowie der Vorsitzende der SPD-Seniorengruppe AG 60Plus Uwe Holtz zum persönlichen Gespräch bereit.

Das perfekte musikalische Rahmenprogramm wurde von Frau Lobsien und Herrn Nissen gestaltet.

Die Bewohner/innen waren von dem persönlichen Klönschnack, der Musik und dem reichhaltigen Kuchen und Torten-Angebot so begeistert, dass immer wieder eine Frage gestellt wurde: Kommt ihr nächstes Jahr wieder ??.

Ja, wir kommen gerne wieder, denn auch uns hat es Spaß gemacht und unser Kandidat Claus-Rudolf Johna wird Euch dann als Ratsherr begrüßen.

[SGK-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 29.04.2008, 12:18 Uhr - 2691 Clicks - Nr. 456

Kristin Alheit Bürgermeisterin von Pinneberg

Mit neuem Schwung kann die SPD in die Kommunalwahl am 25. Mai gehen.

Als ersten Schritt dahin konnten die Genossen in Pinneberg den überragenden Wahlsieg von Kristin Alheit bei der Bürgermeisterwahl feiern.

Bei einer Wahlbeteiligung von 37,5 % konnte sich Kristin Alheit gegen den Amtsinhaber Horst-Werner Nitt (29 %), den CDU-Bewerber Kurt Schoula (7,7%) und den abgeschlagenen Einzelbewerbern Bernd Heinz Stachowski und Carsten Struck, mit 58,4 % gleich im 1. Wahlgang durchsetzen.



Ab Juli werden dann drei SPD-Frauen, neben Kirstin Alheit sind das Christiane Küchenhof in Schenefeld und Dr. Brigitte Fronzek in Elmshorn, die Geschicke ihrer Städte leiten.

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 29.04.2008, 13:21 Uhr - 3334 Clicks - Nr. 457

Flensburger Rundschau lesen!

Viele Flensburgerinnen und Flensburger hatten sie vielleicht schon in der Hand: Die Flensburger Rundschau - Die sozialdemokratische Zeitung für Flensburg.

Seit einigen Tagen wird die Flensburger Rundschau in allen Wahlkreisen verteilt. Es stellt sich damit die Kandidatin oder der Kandidat für **Ihren Wahlkreis** bei Ihnen vor und die SPD berichtet über ihre kommunalpolitische Arbeit.

Informieren Sie sich, lesen Sie die Flensburger Rundschau und gehen Sie bitte am 25. Mai zur Kommunalwahl.

Flensburger Rundschau
Sozialdemokratische Zeitung für Flensburg - Mai 2008

Liebe Engelsbyerinnen und Engelsbyer

Wahlkampf! Nicht in der Sonne mit der Zeitung! Sonst alle die gleiche Frage! Sie wollen wissen nicht wollen gehen? Sie haben, dass können Sie die Leute hier besuchen.
Über Sie machen einen Inhalt!

Wie immer man Kommunalwahlen bestreitet, er sind die einzige Möglichkeit umzusetzen auf Kandidaturen und Kandidaten hier von Ort und auf die Politik in unserer Stadt Flensburg zu erfahren.
Und da man sich / oder parallel dazu, oder zumindest immer können kann, immer die Kandidaten und Kandidaten auch Ende und Arbeit stellen, wenn Sie sich, die Bürgerinnen und Bürger, mit Ihren Wünschen und Anliegen an uns wenden. Mit dem Kopf die Verantwortung für die Kandidaten, Kandidaten, KDA, über sich und/oder andere beschaffte von, Nebenbei und das sind in der Zwischenzeit mit Ihnen. - Aber ich schon nicht leben im politischen Flensburg. Anders als Landtags- oder Bundestagskandidaten, die langjährig tätig sind, arbeiten wir Kommunalpolitiker nach Stundenlohn in unserer Freizeit. Für mich bedeutet das vorerst bis demnächst bis zum Ende von 1.000 Uhr bis 21.000 Uhr oder nicht selten auch noch länger in städtischen Ausschüssen zu arbeiten, in

Bürgerveranstaltungen oder Wahlkampfgenossen zu einem, Fraktionen oder Parteiveranstaltungen zu begleiten, Hausbesuchen oder Bürgerhaushalten im Landhaus, in der Bausche oder in der Wahlkampfzeit oder hier in der Regel, die Politik zu unterstützen. Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern zu führen oder Briefe und E-Mails zu beantworten.

Und ein Wahlkampf heißt ich mich auf die Sitzungen inhaltlich von, scharf bei, langfristigen und Anträge oder Mitteilungen für die Öffentlichkeit. So eine Verantwortlichkeit eines Kommunalpolitikers hat es in sich, mit Recht, wenn man sich nicht wegen der Verantwortung großen, die man führt und wenn man sich mit einer Wahlkreise und Wähler verbindet.

Sozial-Gesicht für Flensburg

Dafür arbeite ich mit meiner Arbeit für die Politik und für meine Stadt. Und dafür arbeite ich mit Ihnen am 25.05.2008.

Ralf Holger

Die SPD-Kandidatin Wahlkreis 17 - Ralf Holger

Zur Person:
Ralf Holger, geboren in der Flensburger, 30 Jahre alt, verheiratet, 2 Kinder

Ausbildung:
Verwaltungswissenschaftler, Betriebswirtschaftler, 1984 und 1985, SPD-Mitglied seit 1979, seit 2002 SPD-Fraktionvorsitzender

Flensburg SPD

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 29.04.2008, 13:36 Uhr - 1513 Clicks - Nr. 458

EBG: Stadt muss Bedingungen für zeitgemäßen Unterricht sicherstellen!

Nach der Presseberichterstattung über die öffentliche Diskussionsveranstaltung im Ernst-Barlach-Gymnasium stellen der Suchsdorfer Ratsherr Thomas Wehner und der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang klar:

Thomas Wehner: "Wie ich auf der Veranstaltung erklärt habe, machen überfüllte Klassen und Fachräume keinen zeitgemäßen Unterricht möglich.

Die Mensa ist zu klein, die Räume sind einfach zu wenig, auch für das kulturelle Angebot. Ich erwarte, dass der Antrag des Ortsbeirates Projensdorf, zur Verbesserung der Raumsituation an der Schule, zügig abgearbeitet wird und dem Ausschuss ein beschlussreifes Raumkonzept vorgelegt wird. Das Raumkonzept muss den Bedingungen der offenen Ganztagschule und der Profilerstufe genügen. Der Genehmigung des Haushalts bedarf es hierfür nicht. Danach kann politisch entschieden und das Konzept an der Schule umgesetzt werden."

Bernd Vogelsang: "Es ist davon auszugehen, dass für die Umsetzung des neuen Schulgesetzes auch an vielen anderen Schulen in Kiel räumliche Umbauten und eine verbesserte Ausstattung erforderlich werden. Es ist daher höchste Zeit, die Selbstverwaltung über die notwendigen Maßnahmen und den Gesamtfinanzierungsbedarf sowie die Fördermittel des Landes und des Bundes zu informieren. Kiel ist leider Schlusslicht bei der Schulreform! Die erforderlichen Mittel können nach Auffassung der SPD-Ratsfraktion in einen Nachtragshaushalt gestellt werden."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 29.04.2008, 13:39 Uhr - 1809 Clicks - Nr. 459

LINKSPARTEI täuscht Öffentlichkeit

Während des "Sozialpolitischen Hearings" am 19. März im Ratssaal hatte sich Frau Bombosch betont emotional zu ihrer persönlichen Situation als 1-Euro-Joberin und Alleinerziehende eines 11-jährigen Sohnes geäußert.

Sie beklagte, wohl aus eigener Betroffenheit, das Nichtvorhandensein von Betreuungsmöglichkeiten für Kieler Schulkinder während der Osterferien. Noch vor einem konkreten persönlichen Hilfsangebot der Kieler AWO an die Alleinerziehende versprach ihr ein Ratskandidat der Linkspartei Hilfe.

SPD-Ratsfrau Ursula Latacz stellt dazu fest: "Frau Bombosch kandidiert auf Platz 8 der Liste der Linkspartei. Offensichtlich fungierte sie als Stichwortgeberin für den Ratskandidaten der Linkspartei bei dieser wichtigen Veranstaltung. Die Betreuungsproblematik war ansonsten kein Thema. Diese politische Trickserei und Täuschung der Öffentlichkeit schadet dem sozialen Anliegen. Die Betroffenen sollten dies künftig unterlassen."

Kommentar von [Manuela Bombosch](#) vom 05.05.2008, 13:28 Uhr:

RE:LINKSPARTEI täuscht Öffentlichkeit

Ihr Schreiben vom 28.04.2008 wegen des Sozialpolitischen Hearings am 19.03.2008 Sehr geehrte Frau Latacz, Sie schrieben mir einen sehr „netten Brief“ über das Sozialpolitischen Hearing. Ich freue mich, dass ich jetzt dank Ihres Schreibens eine neue Arbeit als Schauspielerin erhalten habe. Nur leider ohne Bezahlung !! Es ist ja toll von Ihnen zu hören, dass mein Hartz IV Status mit einem 1 Euro Job und wenig Geld zum Leben von mir bewusst inszeniert sein sollte. Ich bin betroffene ALG II Bezieherin und alleinerziehende Mutter. Genau aus diesem Grund bin ich im Januar 2008 nicht in die SPD, sondern in DIE LINKE eingetreten. Dank Ihrer Politik gehöre ich jetzt zu den Armen. Mein Kind verfügt nur über 79,62 Euro Essengeld und 10,80 Euro Busgeld im Monat,

obwohl allein die Monatskarte im Abo 29,83 Euro kostet. Vor dem „Sozialpolitischen Hearing“ habe ich ein Termin mit Herrn Bornhalm (Leiter des Amtes für Soziale Dienste) gehabt. Mit Ihm habe ich ein gutes Gespräch geführt über die Kinderbetreuung meines Sohnes, sowie meiner persönlich angespannten sozialen Situation. Leider konnte er mir mit seinem persönlichen Bedauern nicht weiter helfen. Besonders enttäuscht bin ich über Ihre böartige Unterstellung, mit meinem Parteikollegen soziale Betroffenheit inszeniert zu haben, obwohl ich mich als Parteimitglied oder Kandidatin nicht geoutet habe. Interessant finde ich nur, dass andere Dienste mir ehrliche Hilfe angeboten haben, aber das dafür zuständige Jobcenter nicht in der Lage war, mir weiterzuhelfen. Nur dieses wollte ich auf der Veranstaltung zum Ausdruck bringen. Da einen Tag später schon die Osterferien begannen, war ich mit meinem Sohn in einer misslichen Situation, da ich zur Aufrechterhaltung meines 1 Euro Jobs nicht wusste, wo ich ihn unterbringen sollte. Ihre öffentliche Unterstellung weise ich auf das Schärfste zurück. Auf Ihr Angebot mir zu helfen komme ich gerne zurück und möchte Sie bitten, innerhalb der SPD darauf hin zu wirken, dass die Hartz IV Gesetze wieder abgeschafft werden, um nicht nur meine Situation, sondern auch die vieler anderer Menschen zu verbessern. Mit freundlichen Grüßen, Manuela Bombosch Kiel, den 02.05.2008

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 30.04.2008, 07:12 Uhr - 2753 Clicks - Nr. 460

Rente mit 67

So soll keiner in Rente gehen!!

Ausgehend von der AfA-Bundeskonferenz in Kassel will der AfA-Landesvorstand sich erneut mit der Thematik "Rente erst mit 67" befassen. In die Diskussion werden wir eine Änderung der Beitragsjahre als Voraussetzung für die Erlangung des vollen Rentenanspruches einbringen. Folgendes Antragsbegehren wollen wir auf Initiative unseres Landesvorstandsmitgliedes Dagmar Wilhelmy-Hellmut zur Diskussion stellen:

Ich beantrage eine Möglichkeit zu schaffen, nach 40 Beitragsjahren ohne Abschläge in die Rente zu gehen, auch vor Erreichen des gesetzlichen Rentenalters.

Begründung:

Wer 40 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat, sollte nicht mit Rentenabzug bestraft werden. Dazu gehört der folgende Begründungsteil, den Dagmar dazu geschrieben hat:

Im Jahr 1999 haben meine Kollegen und Kolleginnen einen Vertrag über Teilzeit unterschrieben unter der Voraussetzung, dass dann der freiwerdende Vollzeit-Arbeitsplatz an die jungen Menschen geht. So war es einmal gedacht und viele meiner Kollegen und Kolleginnen haben ja deshalb diesen Vertrag so angenommen. Leider ist es anders gekommen. Es wurden die freiwerdenden Stellen nicht wieder besetzt oder nur als Halbtagsstelle vergeben. Wir finden das nicht in Ordnung. Wir wollten doch für die jungen Menschen eine Perspektive schaffen und jetzt fühlen wir uns getäuscht.

Wir haben die Altersteilzeit, die ja meistens ab dem 55. Lebensjahr beginnt und bis zur vorgezogenen Rente ab 60 Jahren auf 10% - 18% des Gehaltes verzichtet. Somit wurde in die Rentenversicherung weniger eingezahlt und das haben wir ja gerne in Kauf genommen. Jetzt haben viele von uns schon ihren vorläufigen Rentenbescheid zugeschickt bekommen und damit kam das böse Erwachen. Wir haben alle gerechnet und viele meiner Kollegen und Kolleginnen waren schockiert.

Viele von uns haben ihre Lehre zwischen dem 15.- und 16. Lebensjahr angefangen. Die meisten von ihnen haben bis zum 60. Lebensjahr durchgearbeitet. In den meisten Fällen waren wir also durchgängig 40- 45 Jahre berufstätig und haben dementsprechend in die Sozialversicherung eingezahlt.

Wir haben ausgerechnet, das die vorgezogene Rente mit 60 Jahren bei einem Rentenabschlag von 18%, sowie Krankenkasse derzeit 7,1% und die Pflegeversicherung derzeit 1,975% zu Buche schlägt.

Es ergibt sich eine vorgezogene Rente zwischen: 800 - 1100 Euro.

Das ist für die Meisten von uns ein Schock. Wir denken da auch an viele Alleinstehende.

Da wir in den meisten Fällen eine Abfindung erhalten, die wenn wir Sparsam sind bei 200 Euro pro Monat liegt, kommen wir je nach Höhe der Abfindung ca. 5 - 7.5 Jahre damit aus und dann ist alles weg.

Leider ist die Abfindung nicht steuerfrei und der Freibetrag wurde auch gestrichen.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 30.04.2008, 10:54 Uhr - 2119 Clicks - Nr. 461

Aufruf der SPD-Flensburg zum 1. Mai

Liebe Flensburgerinnen und Flensburger, die Flensburger SPD wird sich in der Flensburger Ratsversammlung auch weiterhin für Solidarität und Gerechtigkeit, für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einsetzen.

Unsere Ziele sind:

Bei öffentlichen Investitionen achten wir auf Tariftreue.

Keine Privatisierungen von Öffentlichen Einrichtungen, wie dem Technischen Betriebszentrum oder den Friedhöfen.

Kein Verkauf von Anteilen der Stadtwerke.

Krippenangebote für alle Kinder unter 3 Jahren.

Ein kostenfreies Kindertagesstättenjahr.

Eine kommunale Förderung von Maßnahmen zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit.

Mehr gebundene Ganztagschulen.

Eine starke, mit städtischen Geldern geförderte Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft.

Ein Frauenförderplan in den städtischen Unternehmen.

Eine Stärkung des Jugendaufbauwerkes.

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 30.04.2008, 11:35 Uhr - 2103 Clicks - Nr. 462

SPD Bad Segeberg kooperiert mit BBS und Grünen

Das wichtigste Wahlziel von SPD, BBS und Bündnis 90/Die Grünen:

Die absolute CDU – Mehrheit in der Stadtvertretung muss abgewählt werden!

Gemeinsam werden SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die freie Wählergemeinschaft BBS an ihren Informationsständen am kommenden Samstag, 3. Mai 2008, von 10.00 bis 12.30 Uhr in der Fußgängerzone vor dem Ernst-Wickel-Haus, Oldesloer Str. 20, mit den Bürgerinnen und Bürgern das Gespräch suchen.

Bei allen Unterschieden zwischen ihren Wahlprogrammen steht für die drei Gruppen aber fest: Zum Wohle der Stadt Bad Segeberg sollte sich die absolute Mehrheit der CDU in der Stadtvertretung nicht wiederholen! Die drängenden Probleme dieser Stadt können nur gelöst werden, wenn man miteinander statt übereinander spricht.

Eine Stärkung der Fraktionen von SPD, BBS und Bündnis 90/Die Grünen bringt mehr Demokratie ins Rathaus und eine bessere Information für die Bürger, da die Parteien bei allen Entscheidungen sachlich argumentieren müssen.

gez. Otto Marquardt

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 30.04.2008, 14:01 Uhr - 1413 Clicks - Nr. 463

Verschleppte Schulentwicklung Nachteil für Kieler Kinder

Der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt:

"Mit Ausnahme der Landeshauptstadt Kiel haben die Landkreise, Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein ihre Schulentwicklungsplanung abgeschlossen und sind dabei die Schulreform umzusetzen. Dort überall wissen Lehrkräfte, Eltern und Kinder, welche Schulart sie ab dem Schuljahr 2008/2009 besuchen können.

Dabei stellen wir erfreut fest, dass der mit den Gemeinschaftsschulen eingeleitete bildungspolitische Paradigmenwechsel auf breite Akzeptanz stößt.

In der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt Kiel haben CDU und Grüne rechtzeitige Vorarbeiten für die Schulentwicklungsplanung und ab dem Frühjahr 2007 frühzeitige, konkrete Planungsschritte verschleppt. Die Schwarz-Grüne Zerstrittenheit in Fragen der Bildungspolitik führt zu Nachteilen für Kieler Schulkinder, Eltern und Lehrkräfte. Zum Schuljahr 2008/2009 wird es in Kiel keine Gemeinschaftsschule oder Regionalschule geben. Auch für vorbereitende Investitionen zur Schulentwicklung ab dem Schuljahr 2009/2010 haben CDU und Grüne Mittel aus dem Haushaltsentwurf gestrichen.

Die SPD kämpft für ein Ende der schwarzgrünen Schulentwicklungsblockade, damit endlich der Elternwille berücksichtigt wird."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 30.04.2008, 14:11 Uhr - 1528 Clicks - Nr. 464

CDU/Grüne Erbbaupolitik beenden

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer und SPD-Ratsherr Michael Wagner, stellvertretender Vorsitzender des Siedlerbeirates, erklären:

"CDU und Grüne wollen mit dem Zwangsverkauf der städtischen Erbbaugrundstücke ca. 43 Millionen € Einnahmen erzielen. 1.300 Erbpächter sollen den Haushalt sanieren. Dass damit vor allem Familien belastet werden, die über ein kleines Einkommen verfügen, ist für CDU/Grüne bedeutungslos.

Viele Erbpächter in Kiel haben ihr Haus auf städtischem Erbpachtgrund, weil die Kieler SPD sich immer um die Eigentumsbildung des "kleinen Mannes" gekümmert hat. CDU und Grüne haben diese Möglichkeit abgeschafft. Sie nehmen in Kauf, dass sich die Betroffenen Erbpächter verschulden müssen, um ihre Grundstücke zu kaufen. Sie üben Druck auf die Erbpächter aus. Schwarz-Grün will den Verkauf an meistbietende Dritte, wenn die Erbpächter ihre Grundstücke nicht selbst kaufen können oder wollen. Ob diese Dritten denselben Kaufpreis/m²

Erbpachtgrundstück zahlen wie die Erbpächter oder ob die Erbpachtgrundstücke unter diesem Preis verkauft werden, lässt Schwarz-Grün offen.

CDU und Grüne betreiben mit der Abschaffung der städtischen Erbbaupolitik und dem Verkaufskonzept eine zutiefst ungerechte Politik.

Gegen diese Ungerechtigkeit wird die SPD weiter kämpfen, und: Wenn die Kieler es wollen, werden wir nach der Kommunalwahl CDU/Grüne Erbbaupolitik beenden."

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 30.04.2008, 20:04 Uhr - 4184 Clicks - Nr. 465

Jahrestagung schleswig-holsteinischer Wohnungsunternehmen -

Lothar Hay sieht Stadtentwicklungspolitik wieder auf einem guten Weg

Erscheinungsdatum: 30.04.2008

Die Stadtentwicklungspolitik in Schleswig-Holstein ist nach Ansicht von Innenminister Lothar Hay wieder auf einem guten Weg. Wie Hay auf der Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holsteinischer Wohnungsunternehmen (ASHW) am Mittwoch (30. April) in Kiel sagte, werden inzwischen rund 40 Innenstädte, Stadtteile und Wohnquartiere in 25 Städten gefördert. Dafür stellen Bund, Land und Gemeinden in diesem Jahr insgesamt 27,5 Millionen Euro zur Verfügung, rund 16 Millionen Euro mehr als vor zehn Jahren.

„Die Städtebauförderung hat mittlerweile auch wieder in den alten Ländern eine beachtliche Größenordnung angenommen“, sagte der Minister. Er sprach sich dafür aus, das hohe Niveau zu halten. Die Städtebauförderung sei ein äußerst erfolgreiches Förderprogramm von großer wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Bedeutung. „Ein öffentlicher Euro löst in der Regel das sechs- bis achtfache an Bauinvestitionen aus“, sagte der Minister. Davon profitiere insbesondere die regionale Wirtschaft. Die Landesregierung halte an ihrem Ziel fest, die Städte als attraktive Wirtschaftsstandorte und als Orte für Wohnen, Leben und Kultur zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Hay äußerte sich zuversichtlich, dass das neue Landesgesetz zur sozialen Wohnraumförderung am 1. Januar 2009 in Kraft treten kann. Damit verfolgt die Landesregierung das Ziel, Wohnungen für Menschen zu schaffen, die sich nicht aus eigener Kraft auf dem Wohnungsmarkt behaupten können. In öffentlich geförderten Miet- und Genossenschaftswohnungen sollen besonders Familien mit Kindern, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung einziehen. Weitere Ziele der Wohnraumförderung sind nach Aussage von Hay die Sicherung und Wiederherstellung sozial stabiler Wohnquartiere samt Umgebung, der Klimaschutz und die Energieeinsparung. „Diese Grundzüge halte ich für sinnvoll und unverzichtbar“, sagte Hay. Damit werde die Wohnraumförderung ein effektives Instrument der sozialen Stadtentwicklung.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare